VERENA SCHREIBER

FRAKTALE SICHERHEITEN

EINE KRITIK DER KOMMUNALEN KRIMINALPRÄVENTION

[transcript] Kultur und soziale Praxis

Verena Schreiber
Fraktale Sicherheiten

Kultur und soziale Praxis



Für Emma und Anton

Verena Schreiber (Dr. phil.) arbeitet am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Ihr Forschungsinteresse gilt geographischer Stadtforschung und Gesellschaftstheorien.

Verena Schreiber

Fraktale Sicherheiten

Eine Kritik der kommunalen Kriminalprävention

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Lektorat & Satz: Verena Schreiber
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-1812-9
PDF-ISBN 978-3-8394-1812-3

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: *http://www.transcript-verlag.de*

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: *info@transcript-verlag.de*

Inhalt

Einleitung | 7

1 Kommunale Kriminalprävention – Vertrautheiten (verwerfen) | 11
Anwendungsgebiete | 15
Polizei | 17
Kommune | 19
Schule | 21
Quartiersmanagement | 23
Legitime Kritik | 25
Entwicklungsphasen | 28
Vorbereitungen | 28
Kriminalitätsfurcht | 30
Community Policing | 34
Etablierte Beweisführungen | 36
Broken Windows | 37
Defensible Space | 39
Regieren mit Verräumlichungen | 42
Aktivierung lokaler Gemeinschaften | 43
Situative Kriminalprävention | 46
Umbau des Straf-Wohlfahrtskomplexes | 51
Prävention als Risikomanagement | 56
Übergang I | 59

2 Das Wahrheitsspiel anders spielen | 61
Poststrukturalistische Spielregeln | 64
Sprachtheoretische Implikationen | 65
Diskursanalytische Angebote | 72
Zur Frage der Methode und ihrem kritischen Potenzial | 82
Mit Foucault ins Feld | 88
Foucaults Texte | 88
Wissen, Macht, Subjekt | 93
Unter unseren Füßen graben | 108
Die konkreten Aussagen | 119

Raumtheoretische und methodische Verdichtungen | 121
Foucault, raumtheoretisch interpretiert | 122
Anschauungsraum – Das Semiotische Viereck | 133
Übergang II | 141

3 Fraktale Sicherheiten | 143
Utopie | 144
Visionen und Bedrohungen | 145
Bevölkerung | 148
Aktivierung zur Selbstführung | 154
Diffusion | 163
Dystopie | 170
Grenzfiguren | 171
Gefährliche Orte | 179
Opfer | 185
Widerspenstige Momente | 188
Außenwelt | 192
Therapeutische Orte | 193
Familie | 199
Kinderräume | 209
Quartier | 222
Mythos | 233
Unentschiedenheit | 235
Vorverlagerung | 239
Erneuerung | 243

Schluss | 247

Literatur | 253

Anhang | 293

Dank | 299

Einleitung

Prävention gehört zweifellos zu den Dingen, denen wir uns nicht entziehen können und auch nicht entziehen wollen. Tagtäglich versuchen wir, mit vorbeugendem Handeln Schlimmeres abzuwenden und Gutes herbeizuführen. Der präventive Handlungsimperativ berührt den Bereich der Sicherheit in besonderer Weise, erscheint es doch schlichtweg selbstverständlich und bedarf es keiner weiteren Begründung, Unsicherheit gar nicht erst entstehen zu lassen (vgl. Bröckling 2004b: 210). In der Formel „Vorbeugen ist besser als Heilen" fasst die Kriminalpolitik ihr neues Leitbild Prävention prägnant zusammen. Sie gilt als vielversprechende Alternative zu fürsorgerischem Interventionismus einerseits und Bestrafung andererseits und damit als Ausdruck von Vernunft im Umgang mit der Kriminalität.

Den Anlass zur Untersuchung bildet ein gewisses Unbehagen gegenüber der Selbstverständlichkeit, mit der uns die Kriminalprävention entgegentritt. Es hat sie schließlich nicht immer gegeben, sondern ihre Erscheinung steht in engem Zusammenhang mit der Entdeckung des Risikos als „Objektivierungsprinzip sozialer Probleme" (Ewald 1993: 22). Sie ist dem Menschen daher weder naturgegebenes Handlungsprinzip noch die einzig mögliche Antwort auf das Problem der Kriminalität, das die Gesellschaft sich schafft. Wie andere Macht-Wissen-Komplexe, „die wir erstens als unverzichtbar halten und die wir zweitens gewohnt sind, als mehr oder weniger positive, humane ‚Errungenschaften' zu betrachten" (Gehring 2007b: 16), bringt auch die Kriminalprävention ihre Rechtfertigung eigens hervor.

Aus der Verlegenheit, die Kriminalprävention zum einen nicht akzeptieren zu wollen, ihr zum anderen aber nichts entgegenhalten zu können, entstand das Bedürfnis ihrer Analyse. *Fraktale Sicherheiten* ist daher der Versuch, an die Bedingungen zu gelangen, mit denen die Kriminalprävention sich uns als ein „endgültig gesichertes Wissen" (Foucault 1981 [1969]: 258) gibt. Dieses Anliegen ist maßgeblich von der archäologischen Forschungsperspektive Michel

Foucaults inspiriert. Für meine Analyse der Kriminalprävention wurde das kritische Potenzial seiner Arbeiten richtungsweisend, Positivitäten auf ihre Akzeptabilitätsbedingungen hin zu befragen, hervortreten zu lassen, „daß das gerade nicht selbstverständlich war, daß es durch kein Apriori vorgeschrieben war, daß es in keiner altehrwürdigen Tradition festgeschrieben war“ (Foucault 1992 [1978]: 34 f.).

Ein zweiter Impuls ging von der Beobachtung aus, dass sich die kriminalpolitischen Diskurse und Maßnahmen verändert haben. In deutschen Städten und Kommunen entstanden in den letzten Jahren komplexe Präventionskonglomerate, mit denen die Interventionstechniken bislang weitgehend unkoordinierter Präventionsprofessionen aufeinander abgestimmt werden sollen. Aus diesem Prozess erwuchs ein neuer Zuständigkeitsbereich, von dem eine ganz eigene Präventionsdynamik ausgeht: die kommunale Kriminalprävention. Sie erweist sich derzeit als eine sehr erfinderische und erfolgreiche Wissensproduzentin der Kriminalpolitik, welche die Andersartigkeit ausgemachter Menschen und Räume als die Ursache ihres Daseins erfasst, obgleich diese in Wirklichkeit der Effekt ihrer Institutionalisierung, ihrer Verfahrensweisen und ihrer Diskurse ist (vgl. Butler 1991: 9). Um ihrer Definition des Problems entgegenzutreten, muss die Frage nach der Prävention daher anders gestellt werden (vgl. Donzelot 1980 [1977]: 110 f.): Dann geht es nicht darum, zu entscheiden, was gute Kriminalprävention ist und ob sie durch ihre sanften Selbst- und Fremdführungstechniken eine menschlichere Variante kriminalpolitischer Intervention darstellt. Vielmehr drängt sich die Frage auf, was sie aus uns machen soll, was die Ziele sind, auf die sie hinwirkt.

Um diesen Perspektivwechsel vollziehen zu können, nähert sich die Arbeit ihrem Gegenstand im Krebsgang. Das erste Kapitel übernimmt die Funktion, die Leser_innen zunächst mit dem Phänomen der Kriminalprävention vertraut zu machen. Hierfür suche ich sie an ihren Sichtbarkeitspunkten auf und erschließe von hier aus sukzessive die ihr zugrunde liegenden Rationalitäten des Regierens mit Verräumlichungen und ihre Verbindung zu neoliberalen Denkweisen.

Dem zweiten Kapitel kommt die Aufgabe zu, „die Kunst des langsamen Wiederkäuens zu erlernen“ (Butler 2002: 252). Zu diesem Zweck wird das kritische Inventar des ersten Kapitels um die zentralen Begriffe Foucaults – Wissen, Macht und Subjekt – analytisch angereichert. Es sind diese drei Begriffe, die an dem grundsätzlichen Blickwechsel auf das Soziale und das Räumliche mitgewirkt haben, der in den letzten Jahren in Teilen der Sozialwissenschaften vollzogen wurde (vgl. Honneth 2003: 20). Mit der (Wieder-)Entdeckung ihrer analytischen Kraft für die Beschreibung unserer gegenwärtigen Probleme ging die Entwicklung zahlreicher Werkzeugkisten für diskursanalytisches Arbeiten ein-

her. Auch meine Arbeit macht einen raumtheoretisch inspirierten methodologischen Vorschlag, der sich zum einen an das Verfahren der Aussagenanalyse anlehnt, das Foucault in der *Archäologie des Wissens* (1981 [1969]) beschrieben hat, und sich zum anderen bei der „kunstreichen […] klappernden, strukturalistischen bedeutungserzeugenden Maschine" (Haraway 1995: 31) des Semiotischen Vierecks (vgl. Greimas 1971 [1966]) strukturierende Hilfestellung holt. Mit diesem Kapitel soll die Bereitschaft erhöht werden, den Besorgnissen, welche die Prävention in uns hervorruft, in einem gewissen Abstand – konzeptionell und methodologisch – zu begegnen.

Das dritte Kapitel ist die eigentliche Archivarbeit. Hier begebe ich mich an die Oberfläche der Aussagen, welche die Kriminalprävention als ein allgemein akzeptiertes Wissen hervorbringen. Die Leser_innen erwartet eine Durchquerung der Kriminalprävention mit vier Ortsbesichtigungen. Im Verlauf der strukturarchäologischen Analyse zerlegte ich meinen Gegenstand in vier fraktal aufgebaute Schichten, aus welchen der aus Wahrheitsproduktionen und mikrophysikalischen Mächten „gemischte Zustand" (Deleuze 1993b [1986]: 125) der Kriminalprävention zusammengesetzt ist. Wir begegnen der Vision eines friedlichen menschlichen Zusammenlebens und suchen Orte auf, an denen sie wirksam werden soll. Wir treffen auf bedrohliche Fremdkörper und schwelgen in Nostalgien, beides Elemente, die uns die Notwendigkeit von Prävention ständig vor Augen führen. Eine solche Aufsuchung der Prävention will sich ihr weder versichern noch sie aufheben. Sie versucht vielmehr in die Oberfläche, die die Prävention aus unzähligen Fäden webt, einige Löcher zu schneiden. Denn „[i]m Moment der Verunsicherung werden Monster geboren, die Freiheit versprechen; nicht alle ihre Versprechen sind Lügen; gestraft ist, wer sich nicht mit den neuen Technologien und ihrer wissenschaftlichen Legitimation befaßt" (Haug 1995: 7).

1 Kommunale Kriminalprävention – Vertrautheiten (verwerfen)

Kommunen gelten derzeit als aussichtsreichste Orte, der Kriminalität[1] effektiv vorzubeugen. Sie haben sich kriminalpolitisch verselbstständigt und warten mit eigenen Begriffen, Maßnahmen und institutionellen Plätzen der Sicherheitsgewährleistung auf (vgl. May, Kessl und Schaarschuch 2001: 4). Trotz der einschlägigen Bezeichnung „kommunale Kriminalprävention" ist allerdings auch nach über 20 Jahren ihrer Verwendung in Kriminalpolitik und Kriminologie nicht abschließend geklärt, welche Praktiken mit dem Begriff genau benannt und welche Ziele verfolgt werden. Im Gegenteil, parallel zur Bedeutungszunahme des Lokalraums für kriminalpräventive Interventionen, mehrten sich auch kritische Stimmen und wiesen auf die unscharfe Ver- und Anwendung hin. So bewegen sich „[u]nter dem Dach der kommunalen Prävention […] sozialpädagogische und stadtplanerische Projekte ebenso wie Initiativen, die auf eine verstärkte Überwachung öffentlicher Räume und die Verdrängung von missliebigen Gruppen wie Obdachlosen, Drogenkranken und gelangweilten Jugendlichen aus dem Straßenbild abzielen" (Jasch 2003: 414). Auch ohne kommunale Ausrichtung vereint die Kriminalprävention bereits höchst unterschiedliche Erwartungen in

---

1 Von einer Arbeit, die vielfach auf die „Kriminalität" Bezug nimmt, wird erwartet, dass sie sich mit dem Begriff intensiv auseinander setzt. Diese Erwartung muss ich sogleich enttäuschen. Meine Auseinandersetzung mit der kommunalen Kriminalprävention operiert recht unverfroren mit dem Kriminalitätsbegriff. Dies hat einerseits ganz praktische Gründe der Bewältigbarkeit. Andererseits scheint sich die kommunale Kriminalprävention selbst von der Diskussion um den Kriminalitätsbegriff abgekoppelt zu haben; mehr noch, sie hat die Abkopplung explizit zum Garanten ihrer Leistungsfähigkeit gemacht. Daher nur ganz kurz: Ich verstehe Kriminalität als soziale Konstruktion (vgl. Cremer-Schäfer 1997) im Sinne des *labeling approach*, also als einen Prozess der Normsetzung durch die Kontrollinstanzen, der Kriminalität erst erschafft (vgl. Sack 1993; Jasper 2000).

sich, die sich aus einem „Wirrwarr von politischen, technologischen, wissenschaftlichen, ideologischen, ja, eschatologischen Elementen“ (Schulz und Wambach 1983: 7) ableiteten. Die kommunale Kriminalprävention ist darüber hinaus nicht nur unbestimmt, sondern sogar widersprüchlich. Sie vereint Ansätze, die integrieren wollen, mit Praktiken, die ausschließen (vgl. Frehsee 1998: 742).

In diesen Widersprüchen bewegt sich nicht nur die Kriminalpolitik. Mit Prävention greift sie einen Begriff auf, der gesamtgesellschaftlich eine Schlüsselstellung einnimmt. Trotz seiner inhärenten Widersprüche genießt er eine hohe Plausibilität quer durch die politischen Lager und dient den Menschen als normativer Fluchtpunkt, an dem sie ihr Handeln ausrichten können, mit dem sie die Welt interpretieren und sich als deren Subjekte begreifen können (vgl. Bröckling, Krasmann und Lemke 2004: 10 ff.). Über das Gefühl hinaus, etwas Richtiges zu tun, bietet der Präventionsbegriff allerdings wenig Präzises. Ganz allgemein leitet er sich von dem lateinischen *praevenire* (zuvorkommen) ab und bezeichnet damit zunächst nicht viel mehr als ein zeitlich strukturiertes Handlungsprinzip (vgl. May, Kessl und Schaarschuch 2001: 3): „Man tut etwas, *bevor* ein bestimmtes Ereignis oder ein bestimmter Zustand eintreten, *damit* diese nicht eintreten oder zumindest der Zeitpunkt ihres Eintretens hinausgeschoben wird oder ihre Folgen begrenzt werden.“ (Bröckling 2008: 38, Hervorhebungen im Original) Gerade seine inhaltliche Unbestimmtheit macht den Präventionsbegriff so erfolgreich. Aufgesogen vom „gesunden Menschenverstand“ sorgt die Prävention als sanfte Schwester repressiver Kriminalpolitiken dann für das gute Gefühl, „auf der Seite der Vernunft zu stehen“ (May, Kessl und Schaarschuch 2001: 3). So wird kaum jemand der Aussage widersprechen, dass Vorsorge zu betreiben notwendig ist. Denn die Sorge um die körperliche Unversehrtheit oder die Angst, Opfer einer Straftat zu werden, kurz: der Wunsch nach Sicherheit ist so groß, dass auch der Wunsch nach Vorsorge immer größer wird.

Zu unbedingter Skepsis gegenüber der allgemeinen präventiven Sehnsucht rieten Christa Schulz und Manfred M. Wambach (vgl. 1983) bereits in den frühen 1980er Jahren, also zu einer Zeit, in der die Kommune mit dieser Thematik noch gar nicht so eng vertraut war (vgl. auch Völker 1987). Sie befürchteten in der Präventionsbewegung ein „wissenschaftlich legitimiertes System der Sortierung, Selektion und Platzierung von Menschen, ihrer zusätzlichen Diskriminierung und zusätzlichen Privilegierung“, so dass sich herausstellen könnte, „daß künftig die beste Form von Prävention die sein wird, vor Prävention zu warnen“ (Schulz und Wambach 1983: 10). Im Namen der Vorbeugung kann daher Humanes wie Inhumanes erfolgen, sie kann Leben verbessern, aber auch Ausschluss erzeugen (vgl. Bröckling 2004b: 211). Grundsätzlich könnte sich die Prävention sogar auf die Bearbeitung ungerechter gesellschaftlicher Bedingun-

gen beziehen. Sie ist als subversive Strategie zumindest denkbar, in der Praxis versucht sie hingegen oft, einen Zukunftsentwurf umzusetzen, der mögliche Subversionen abwehren soll (vgl. Ziegler 2001: 8). Kurzum: Hinter dem Begriff der Prävention verbirgt sich keine widerspruchsfreie Formel und dennoch dient er der Kriminalpolitik als Glaubenssatz und scheint nahezu immun gegenüber Kritik. Schließlich haben sich die Präventionsaktivitäten in vielen Bereichen vervielfältigt, obwohl ab den 1980er Jahren kritische Stimmen zunahmen (vgl. Lindner und Freund 2001: 69).

Auf der Ebene der Plausibilitäten ist der kommunalen Kriminalprävention folglich nicht gut beizukommen. Setzt man die Prävention allerdings in Beziehung zu den gesellschaftspolitischen Umstrukturierungen der letzten Jahrzehnte, lösen sich einige Widersprüche bereits weitgehend auf. Es zeigt sich, dass die mit der kommunalen Kriminalprävention zum Ausdruck gebrachte lokale Ausrichtung die logische Weiterführung einer neoliberalen Kriminalpolitik ist, die sich in Deutschland in Abkehr von den wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssystemen formierte (vgl. Singelnstein und Stolle 2008). Hinreichend verstehen lässt sich die Unausweichlichkeit, mit der die Prävention in die Kommunen drängt, aber letztlich erst aus der Bedeutung, welche die Risikokalkulation für die Organisation menschlichen Zusammenlebens einnimmt. Denn erst mit der Entdeckung des Risikos sind wir einer Bedrohung nicht mehr schicksalhaft ausgeliefert, sondern werden in die Lage versetzt, sie präventiv abzuwenden.

In diesem Kapitel gehe ich daher der Frage nach, welche gesellschaftlichen Veränderungen in der Wahrnehmung von Kriminalität und Abweichung für die deutsche Kriminalpolitik eine solche Herausforderung darstellten, dass man auf sie mit der Institutionalisierung der kommunalen Kriminalprävention reagierte (vgl. Foucault 2003c [1977]: 518). Hierfür ziehe ich drei Differenzierungsebenen ein, die meinen Gegenstand für die struktur-archäologische Beschreibung im dritten Kapitel aufbereiten: die lokalen Anwendungsgebiete, die raumbezogenen Rationalitäten und die neoliberalen Denkweisen.[2] Konkret werde ich:

2 Bereits in diesem frühen Stadium der Arbeit orientiert sich mein Vorgehen an den methodischen Anweisungen Foucaults, von den lokalen Phänomenen ausgehend die Analyse in immer weiteren Kreise zu vollziehen, um zu den allgemeinen Problemen – in meinem Fall die Prävention – zu gelangen: „Was ich dieses Jahr tun wollte, war nichts anderes als ein kleines methodisches Experiment, um Ihnen zu zeigen, daß es im Ausgang von einer relativ lokalen und relativ mikroskopischen Analyse jener Formen der Macht, die durch das Pastorat gekennzeichnet sind, vollkommen, ohne Paradox oder Widerspruch, möglich war, an die allgemeinen Probleme des Staates anzuknüpfen, und zwar unter der Bedingung, daß man den Staat gerade nicht zu einer transzendenten Wirklichkeit erhebt, deren Geschichte man allein in Bezug auf sie selbst schreiben könnte. Die Geschichte des Staates soll auf der Grundlage der Praxis

- *erstens den Gegenstand an der Oberfläche seines Auftretens aufsuchen*: Ich differenziere, wie sich die Kriminalprävention in den Kommunen institutionalisiert, welche Maßnahmen sie einsetzt und welche Kritik legitim geübt werden darf. Anschließend vollziehe ich die Entwicklungsphasen der Kriminalprävention im internationalen Kontext nach. Meine Untersuchung beginnt also an den räumlichen und zeitlichen Sichtbarkeitspunkten, bei den Anwendungsgebieten (vgl. Foucault 1981 [1969]: 231). Ziel dieser Vorgehensweise ist es, zunächst die Instanzen erscheinen zu lassen, die als zuständig gelten, um sie daran anschließend zum Gegenstand der Analyse erheben zu können (ebd.: 61 ff.).
- *zweitens die etablierte Beweisführung aufheben*: Ich distanziere mich zu den international verbreiteten Thesen, mit denen die Kriminalprävention ihre lokale Ausrichtung begründet und verweise im Gegenzug auf die ihnen zugrunde liegenden Rationalitäten des Regierens mit Verräumlichungen. Mit diesem Schritt entferne ich mich zusehends von den institutionellen Lokalisierungen, die ich zum Ausgang der Betrachtung gemacht habe. Ich nähere mich langsam den diskursiven Verortungspraktiken, welche die Kriminalprävention zu einer kommunalen machen (freilich erst mit der Kompetenz einer kritischen Beobachterin). Dieser Schritt erfüllt den Zweck, für die Selbstverständlichkeiten zu sensibilisieren, mit denen der Präventionsdiskurs uns einhüllt und ist gleichzeitig Weigerung, dem „guten Gefühl“ behände nachzugeben.
- *drittens den Gegenstand mit neoliberalen Umstrukturierungen konfrontieren*: Ich ordne die Kommunalisierung der Kriminalprävention in den Prozess des neosozialen Umbaus des Straf-Wohlfahrtskomplexes ein und zeige die enge Verbindung von lokal argumentierender Prävention und die im neoliberalen Risikomanagement geforderte Anpassungsleistung und Selbst-

---

der Menschen geschrieben werden können, auf der Grundlage ihres Tuns und der Art und Weise ihres Denkens. Der Staat als Handlungsweise und Denkweise, ich glaube, daß das gewiß nicht die einzige Analysemöglichkeit ist, die man hat, wenn man eine Geschichte des Staates schreiben will, aber sie ist eine Möglichkeit, die, glaube ich, fruchtbar genug ist – diese Fruchtbarkeit ist meiner Ansicht nach mit der Tatsache verbunden, daß man sieht, daß es zwischen der Ebene der Mikromacht und der Ebene der Makromacht nicht so etwas wie einen Einschnitt gibt, daß, wenn man von der einen spricht, man den Bezug auf die andere ausschließt. Tatsächlich läßt sich eine Analyse in Begriffen von Mikromächten ohne Schwierigkeit mit der Analyse von Problemen wie dem der Regierung und des Staates verknüpfen“ (Foucault 2006 [1977-1978]: 513 f.). Was diese Vorgehensweise für mich attraktiv machte, war, dass ich mich bereits mitten in die Analyse begeben konnte, ohne hierfür vorab ihre Methode explizit machen zu müssen.

führung des Menschen auf. Diese dritte Differenzierungsebene öffnet den Blick für die Geschichte ökonomischer und sozialer Transformationen und die Ausbildung des präventiven Wissens, das für unsere Gesellschaft hegemonial geworden ist. Am Ende sollen einige (genealogische) Zusammenhänge offen liegen, welche die kommunale Kriminalprävention zum Paradigma eines zeitgemäßen Umgangs mit Kriminalität und Unsicherheit haben werden lassen.

ANWENDUNGSGEBIETE

Auf die Kriminalpolitik übt die Idee der Prävention schon lange eine starke Anziehungskraft aus. Bereits 1764 formulierte der italienische Rechtsphilosoph Cesare Beccaria die präventive Formel, dass mit der Vorbeugung eines Verbrechens mehr erreicht werde, als durch seine spätere Vergeltung (vgl. Beccaria 2005 [1764]: 107). Diese Position ist heute fest etabliert und maßgebend, wenn es um die Ausgestaltung kriminalpolitischer Praktiken geht. In Form der kommunalen Kriminalprävention erfährt die Prävention in der Kriminalpolitik in den letzten Jahren eine zusätzliche Dynamisierung und Aufwertung. Mit ihr werden nunmehr auch ökonomische Aspekte eines rationaleren Kriminalitätsmanagements und die Hoffnung verbunden, Bürger_innen und Staat wieder einander anzunähern.

Zur Begründung der neuen Ortsbezogenheit führt die Kriminalpolitik mehrere Argumente an (vgl. Lehne 1996: 300 ff.). So habe die „subjektive" Sicherheit (neben der „objektiven" Kriminalität) den Status einer eigenständigen Problemlage mit großer gesellschaftlicher Relevanz erlangt. Diesem Problem sei allein durch Polizeiarbeit nicht mehr beizukommen (vgl. Baier und Feltes 1994: 694). Es erfordere vielmehr die ressortübergreifende Zusammenarbeit aller sich für die Sicherheit zuständig fühlenden gesellschaftlichen Instanzen. Dies könne letzten Endes nur auf kommunaler Ebene erfolgen. Darüber hinaus ist in der Kriminalpolitik die Auffassung weit verbreitet, dass Kriminalität in ihren Entstehungszusammenhängen lokal gebunden sei und dementsprechend auch „vor Ort" angegangen werden müsse (z. B. Kube, Schneider und Stock 1996; Heinz 1999; Ziercke 2002; Müller 2004; Feltes 2004b). Mit der Beobachtung, dass die Mehrheit aller Täter_innen am Wohnort straffällig werde (z. B. Steffen 2005: 157; Birzele 1995: 4), rückt die Kommune als zentrale Erklärungsvariable von Kriminalität in den Vordergrund. Schließlich wird ihr ein Expertinnenstatus in Bezug auf lokale Verhältnisse und Probleme zugeschrieben, der auf der Vorstellung basiert, „dass Bürgernähe, Praxisbezug, Sachkompetenz in den Rathäusern,

Kreativität und Flexibilität in kleinen Einheiten sowie die sehr direkt wirkende demokratische Rückbindung die kommunale Selbstverwaltung zur Problemlösung besonders qualifizieren" (Deutscher Städte- und Gemeindebund 2003: 2). Mit diesen Argumenten appelliert die Kriminalpolitik an die Städte, mehr Verantwortung für die Sicherheitsgewährleistung zu übernehmen.[3]

Auf diese Forderungen reagieren die Kommunen mit einer fortschreitenden Institutionalisierung lokaler Präventionsarbeit in den letzten zwei Jahrzehnten. An vier institutionellen Plätzen findet der Diskurs um kommunale Kriminalprävention derzeit seinen legitimen Anwendungspunkt: Erstens äußert sich die kommunale Kriminalprävention in Form einer veränderten Polizeiarbeit, die sich zunehmend am Leitbild der Bürgernähe orientiert und in Fachdiskursen mit dem Begriff des *Community Policing* diskutiert wird. Zweitens setzte sich in den 1990er Jahren die Vorstellung durch, dass die Bekämpfung von Kriminalität breiter angelegt werden müsse und daher auch örtliche Institutionen neben der Polizei in die Sicherheitsvorsorge mit einbezogen werden sollten. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildete die flächendeckende Etablierung lokaler Netzwerke der Kriminalprävention um die Jahrtausendwende. Die kriminologische Fachliteratur diskutiert die zunehmende Institutionalisierung nahezu ausschließlich unter Rückgriff auf diesen Trend (z. B. Brink 2005). Präventionsnetzwerke sind zweifellos sehr produktive Institutionen der kommunalen Kriminalprävention und werden nach wie vor neu gegründet. Dynamischer entwickelt sich gegenwärtig allerdings eine Ausrichtung kommunaler Kriminalprävention, die Reinhard Kreissl (1981: 133) bereits vor mehreren Jahrzehnten als „Kolonialisierung der Sozialpolitik durch die Kriminalpolitik" identifiziert hat. Hierunter fasst er die Vereinnahmung der Sozialen Arbeit, insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit, durch die Kriminalpolitik. Ihre deutlichste Ausprägung findet diese Praxis gegenwärtig drittens im Bereich der Präventionsarbeit an Schulen und viertens im Quartiersmanagement. In ihrem Zusammenspiel bilden diese vier Sichtbarkeitspunkte meines Erachtens derzeit den Mechanismus, der gemeinhin als kommunale Kriminalprävention bezeichnet wird.

Mein Verständnis geht somit über solche Ansätze hinaus, welche die kommunale Kriminalprävention mit *Community Policing* gleichsetzen, bzw. als dessen deutsche Variante diskutieren (z. B. Feltes 1996; Kolbe 2005: 12). Auch

3 Die Verschiebung der Zuständigkeit verläuft allerdings nicht ohne Widerspruch. So mahnt etwa der Deutsche Städte- und Gemeindebund an, dass die aktive Mitwirkung der Kommunen an der Kriminalprävention nicht selbstverständlich sei: „Denn die Bekämpfung und Vorbeugung von Kriminalität und Gewalt ist zunächst eine Aufgabe der staatlichen Gewalt von Bund und Ländern. Polizei und Justiz ist diese Aufgabe in erster Linie zugewiesen." (Landsberg 2003: o. S.)

wenn das Gedankengebäude, auf dem die kommunale Kriminalprävention aufbaut, mit dem des *Community Policing* übereinstimmt, macht eine differenzierte Betrachtung der praktischen Umsetzung Sinn. So begreife ich die kommunale Kriminalprävention in einem übergeordneten Sinn als netzwerkartigen Mechanismus, der auf der kommunalen Ebene in unterschiedlichen Institutionen zur Anwendung kommt, u. a. auch in einer veränderten Polizeiarbeit, aber eben nicht ausschließlich.

Polizei

In den letzten Jahren sind in Deutschland eine Vielzahl von Kooperationsformen zwischen Polizei und lokaler Bevölkerung entstanden (vgl. z. B. die Auflistung der Maßnahmen in Posiege und Steinschulte-Leidig 1999). Ihnen zugrunde liegt die Auffassung, dass eine enge Zusammenarbeit von Polizei und Gemeinde wichtig sei, um Probleme im lokalen Kontext lösen zu können (vgl. Pütter 1999b: o. S.). In der konkreten Umsetzung gehen sie höchst unterschiedlich vor. Am ehesten lassen sich die Kooperationen meines Erachtens hinsichtlich der Qualität der Beziehung zwischen Polizei und Bürger_innen systematisieren.

So identifiziere ich erstens Kooperationen, die eine aktive Einbeziehung von Bürger_innen in die Polizeiarbeit anstreben. In diesen Bereich fallen etwa die als „Sicherheitswacht" bezeichneten Zusammenschlüsse von Bürger_innen und Polizei, die seit 1994 in 59 bayerischen Städten und seit 1998 in Sachsen aktiv sind. Die zentrale Aufgabe der Sicherheitswachten sehen Vertreter_innen darin, „dort präsent [zu] sein, wo Straftaten drohen, die Gefährdung aber dennoch nicht so groß ist, dass Polizeibeamte ständig vor Ort sein müssen" (Bayerische Polizei 2010). Unter „dort" fasst die Bayerische Polizei größere Wohnsiedlungen, öffentliche Parks und Anlagen, die Umgebung von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel, das Umfeld von Gebäuden oder Einrichtungen, bei denen es immer wieder zu mutwilligen Zerstörungen oder zu Schmierereien kommt, und das Umfeld von Asylbewerber-Unterkünften (ebd.). Einer ähnlichen Logik folgt der „Freiwillige Polizeidienst", der gegenwärtig in über 90 hessischen Kommunen mit ca. 700 Polizeihelfer_innen eingesetzt wird. Ausgestattet mit Pfefferspray, Handy und Dienstkleidung, steht ihm neben den „Jedermannsrechten" (z. B. Notwehr, Nothilfe) eine ganze Reihe von Befugnissen zu. So dürfen die Polizeihelfer_innen zum Beispiel Platzverweise erteilen, Gegenstände sicherstellen, die Identität feststellen und Berechtigungsscheine prüfen, Zeichen und Weisungen im Straßenverkehr erteilen und Ordnungswidrigkeiten erforschen (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2009). Bei dieser Kooperationsform steht die personelle, aktive Einbindung der lokalen Bevölkerung im Vordergrund.

Zweitens versucht die Polizei den Kontakt zu den Bürger_innen zu intensivieren, indem sie ihre Präsenz vor Ort ausweitet, Streifengänge intensiviert und lokale Anlaufstellen einrichtet. Dieses Vorgehen verlangt von den Polizeibeamt_innen neue Kompetenzen und eine Erweiterung ihres Aufgabenspektrums. Sie sollen sozial und kommunikativ geschult als Ansprechpartner_innen und Konfliktschlichter_innen vor Ort der lokalen Bevölkerung zur Verfügung stehen (vgl. Pütter 1999a). Die Bevölkerung übernimmt in dieser Konstellation der Zusammenarbeit den Part der Informantin über ortspezifische Problemlagen. Der geflügelte Ausdruck von der Polizei „als Freund und Helfer" ist hier wörtlich zu nehmen. In der kriminalpolitischen Praxis wird in diesem Sinne die Forderung einer Wiederbelebung des „Dorfpolizisten" laut. So hat z. B. die Stadt Frankfurt die so genannte Stadtpolizei eingerichtet, die „mit Rat und Tat rund um die Uhr an der Seite des Bürgers – mitten im Leben und dort, wo man sie braucht" (Stadt Frankfurt am Main 2009c) stehen soll. Polizeiliche Präsenz vor Ort, Service und Bürgernähe wird zusätzlich durch eine Innenstadtwache der Stadtpolizei auf der Haupteinkaufsstraße sowie durch ein Sicherheitsmobil gewährleistet. Nach Aussage des sicherheitspolitischen Sprechers der Frankfurter CDU-Fraktion will das Sicherheitsmobil „zusammen mit der Stadtpolizei, den Präventionsräten sowie den Freiwilligen Polizeihelfern für mehr Sicherheit in den Stadtteilen sorgen und sich effektiv in das kommunale Frankfurter Konzept für Sicherheit, Prävention und Ordnung einfügen" (Seubert 2009).

Schließlich sollen drittens Initiativen der Polizei für mehr Bürgernähe sorgen, die auf eine Belebung nachbarschaftlichen Engagements abzielen. Hier ist die bundesweite Kampagne „Ganze Sicherheit für unser Viertel" der polizeilichen Servicestelle für kriminalpräventive Kommunikationsarbeit „Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes" (o. J.) hervorzuheben. Die örtlichen Polizeistellen bieten Unterstützung bei der Gründung von Nachbarschaftsinitiativen an und beraten auf Informationsveranstaltungen im Viertel zu den Themen Sicherheit, Einbruch und Betrug. Die Polizei übernimmt in diesem Prozess assistierende Funktion und leistet vor allem Kommunikationsarbeit. Ziel dieser Maßnahmen ist es, das lokale Kontrollpotenzial innerhalb der Nachbarschaft für die Vorbeugung von Kriminalität und Abweichung zu mobilisieren. Dabei richtet sich der Fokus ausschließlich auf die soziale Kontrolle von Menschen, die „von außen" in das Viertel kommen. Dies wird u. a. durch Metallschilder und Aufkleber mit der Aufschrift „Vorsicht – Wachsamer Nachbar" signalisiert.

Kommune

Auf die Forderung der Kriminalpolitik nach einer stärker gemeinschaftlichen und ortsbezogenen Vorgehensweise bei der Kriminalprävention, haben die Kommunen in den letzten 20 Jahren mit der Einrichtung so genannter kriminalpräventiver Räte reagiert. Hierbei leistete der „Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein" Pionierarbeit. Er wurde 1990 gegründet und zum Vorbild für die Einrichtung vieler weiterer Landespräventionsgremien in den Folgejahren.[4] Die ersten kommunalen Präventionsräte entstanden bereits in den 1980er Jahren (vgl. Müller 2004; Frehsee 1998: 740). Seitdem haben sich auf subkommunaler, kommunaler und regionaler Ebene knapp 1.000 Präventionsnetzwerke in Deutschland gebildet. Insbesondere in Niedersachsen und Baden-Württemberg ist die Institution der Präventionsräte mit jeweils über 150 Kooperationen stark verbreitet (vgl. Schreiber 2007: 24 ff.). Den Höhepunkt der Gründungswelle bildete die zweite Hälfte der 1990er Jahre. Seitdem ist die Zahl der Neugründungen rückläufig (vgl. ebd.: 28).

In einigen Bundesländern existieren parallel zu den Präventionsgremien noch andere Netzwerke. In Nordrhein-Westfalen haben sich seit 1997 ca. 700 Ordnungspartnerschaften in 179 Städten etabliert (vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2008: 21). Diese Zusammenschlüsse von Polizei und – in erster Linie – kommunalen Behörden mit ihren Ordnungs-, Sozial- und Jugendämtern verfolgen das Ziel „in einer Stadt und Gemeinde die Beteiligten an einen Tisch zu holen und durch dieses gemeinsame Netzwerk der Zuständigen Missständen abzuhelfen. Die Themenfelder reichen dabei von Spielplatzpatenschaften über Hilfe für jugendliche Aussiedler bis hin zur Zusammenarbeit zwischen Stadt, Polizei und Bundesgrenzschutz bei Problemen auf Bahnhofsvorplätzen" (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2009).

Zwar identifizieren Präventionspartnerschaften im Gründungsprozess eine Gemengelage an lokalen Problemen. Für die eigentliche Gründung sind aber häufig Empfehlungen und Vorgaben durch die Länder ausschlaggebend. So werden die Kommunen zum Teil dazu verpflichtet, wenn nötig per Doktrin von oben, ein kriminalpräventives Netzwerk einzurichten (vgl. Clarke 2007: 69). In Deutschland haben in einigen Bundesländern die Innenministerien Pilotprojekte in den Kommunen angestoßen oder die Polizei damit beauftragt, lokale Räte zu

4 Über einen eigenen Landespräventionsrat oder eine Koordinierungsstelle Kriminalprävention verfügen Schleswig-Holstein (gegründet 1990), Hessen (1992), Berlin (1994), Mecklenburg-Vorpommern (1994), Niedersachsen (1995), Sachsen-Anhalt (1999), Brandenburg (2000), Rheinland-Pfalz (2000), Baden-Württemberg (2002), Nordrhein-Westfalen (2002) und Thüringen (k. A.).

gründen (vgl. Heinz 1999: 96 f.). In Hessen wurde die Bildung von Präventionsräten in das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufgenommen (vgl. Goldberg 2000: 18).

In den letzten Jahren werden zunehmend Forderungen nach einer strukturellen Neuausrichtung laut. Dies wird von Mitgliedern der Präventionsräte zumeist mit Problemen der Handlungsfähigkeit z. B. aufgrund zu hoher Mitgliederzahlen begründet (z. B. Kommunaler Kriminalpräventionsrat Hannover 2009). Vor diesem Hintergrund folgt die Gremienstruktur immer häufiger einer entscheidungsbezogenen und räumlichen „Präventionshierarchie" (Goldberg 2000: 19). Die zweigliedrige Umgestaltung in entscheidungsbefugte Lenkungsausschüsse und thematisch aufgestellte Arbeitskreise findet sich vor allem in größeren Städten. Daneben ist eine räumliche Ausdifferenzierung zu beobachten. Vor allem in Frankfurt und Stuttgart wird die Arbeit des zentralen Präventionsrates durch zahlreiche Stadtteilgremien ergänzt. Mit zunehmender Vergrößerung des Maßstabs der Präventionsarbeit steigt die Betonung des lokalen Bezugs und der örtlichen Ursachen für Kriminalität und Unsicherheitsgefühl. So empfehlen sich Stadtteilgremien insbesondere aufgrund der Möglichkeit der Nutzung und Vernetzung der vorhandenen örtlichen Sozialstrukturen. Im Gegenzug dazu heben die Kreisgremien überörtliche, stärker ursachenorientierte Präventionsmaßnahmen als zentrale Anliegen ihrer Arbeit hervor.

Ein Kernziel der Institutionalisierung von Präventionsnetzwerken ist, die Aktivierung kommunaler Akteure dauerhaft sicher zu stellen: „Wenn wir in der Kriminalprävention eine größere Wirkung, als es bisher der Fall war, erzielen wollen, müssen wir alle diejenigen Personen und Institutionen zusammenbringen, die etwas dazu beitragen können, d. h. vorhandene Potentiale müssen aktiviert und neue Partner gewonnen werden. Alleingänge einzelner Ressorts oder von Einzelpersonen haben so gut wie keine Chance, irgendeines unserer aktuellen Kriminalitätsproblem zu lösen. Das Erfordernis verbesserter und erweiterter Zusammenarbeit bezieht sich sowohl auf den Austausch von Informationen, Ideen, Erfahrungen und Erkenntnissen als auch auf Beiträge in Form von Arbeitszeit und Finanzmitteln." (Jäger 1996: 41) Neben den kommunalen Akteuren sind es insbesondere die Bürger_innen, die in den Gremien zur Mitarbeit motiviert werden sollen. In den Gremien fände jeder die Gelegenheit, „sich aktiv im Rahmen seiner Möglichkeiten an Maßnahmen zur Verhinderung von Kriminalität in seinem Umfeld zu beteiligen. Bürgerinnen und Bürger sollten unabhängig davon, ob sie beruflich mit dem Themenfeld zu tun haben oder in örtlichen Einrichtungen engagiert sind, ihre Verantwortung für den Sicherheitszustand ihres Gemeinwesens gemeinsam mit den kommunalen Einrichtungen wahrnehmen können. Ein kommunaler Präventionsrat kann und sollte hierfür den entspre-

chenden Rahmen bieten“ (Müller 2004: o. S.). Von der Zusammenarbeit verspricht sich die Kommune eine Win-Win-Situation. Die Bürger_innen profitierten einerseits, indem sie durch die Aufgabenübertragung die Möglichkeit erhielten, an der sicheren Gestaltung ihres Wohnumfelds aktiv zu partizipieren. Andererseits könne die Politik der Bevölkerung wieder näher kommen (vgl. Doll 2002). Die Ansiedlung von Präventionsaktivitäten auf der lokalen Ebene wird also auch als eine demokratisierte Form von Politik beworben und dies, obwohl die Gremienmitglieder in der Regel nicht gewählt und daher auch nicht demokratisch legitimiert sind (vgl. Steffen 2005: 164).

Bei der konkreten Präventionsarbeit lässt sich kaum eine gemeinsame Linie ausmachen. Als Maßnahmen kommen z. B. kriminologische Regionalanalysen, Sportevents, Schulprojekttage aber auch Videoüberwachung oder Verschärfungen kommunaler Satzungen zum Einsatz. Präventionsgremien decken mit ihren Projekten folglich ein breites Themenspektrum ab. Sie zielen mit den Maßnahmen jedoch vorrangig auf eine Zielgruppe: Kinder und Jugendliche (vgl. Schreiber 2007: 48 ff.).

Schule

Auch deutsche Schulen stellen gegenwärtig einen wesentlichen Austragungsort kriminalpräventiver Maßnahmen dar. Das war nicht immer so. Bis vor wenigen Jahren noch konzentrierte sich die Präventionsarbeit an Schulen vor allem auf die Gesundheitserziehung. In jüngerer Zeit gewinnt jedoch eine Ausrichtung der Prävention an Bedeutung, die stärker auf soziale Aspekte rekurriert und als Gewalt- und Suchtprävention mittlerweile mit der Gesundheitsprävention gleichgezogen hat (vgl. Pütz, Schreiber und Schwedes 2010: 279).

Vor diesem Hintergrund werden für Schulen derzeit zahlreiche Präventionsprogramme entwickelt, die Schüler_innen Methoden zur Problembewältigung aufzeigen möchten. „Faustlos“, „Lions Quest – Erwachsen werden“ und „Be smart – don’t start“ sind die drei am weitesten verbreiteten Programme (vgl. Pütz, Schreiber und Schwedes 2009a: 42). Obwohl die konkreten Vorgehensweisen unterschiedlich ausgestaltet sind (z. B. hinsichtlich der Zielgruppe, dem Interventionszeitpunkt, der Einbettung in den Stundenplan), pausen sich zwei Formen der präventiven Intervention immer wieder durch. Einerseits halten die Programme die Kinder und Jugendlichen dazu an, Selbstreflexion zu betreiben und Strategien zu entwickeln, mit denen sie sich optimal an die gegebenen Lebensumstände anpassen können. So versucht etwa das „CONVA Sicherheitstraining“ (Wittek und Fröhlich 2009), Kinder zu mehr Eigeninitiative und zur Übernahme von Verantwortung für die eigene Sicherheit zu motivieren. Andererseits

kommen Programme zum Einsatz, die Schüler_innen in Kontrollstrategien unterweisen, die sie gegenüber ihren Mitschüler_innen anwenden sollen. An vielen Schulen übernehmen gegenwärtig Schüler_innen die Aufgabe, bei Konflikten zu vermitteln – ausgebildet als „Streitschlichter" (Jefferys-Duden 2008) oder als „Konfliktlotsen" (Hagedorn 2005). Solche Programme zielen auf die Befähigung von Kindern und Jugendlichen, Konflikte in nicht-kriminalisierter Form auszutragen. Hierdurch, so heben Vertreter_innen schulischer Präventionsarbeit hervor, könnten „Jugendliche unterschiedlicher, oft verfeindeter Jugendkulturen, deutsche und ausländische Jugendliche […] in Programmen zusammenarbeiten und dadurch die beim Gegenüber vorhandene Gewalt erleben und möglicherweise zu verstehen lernen" (Baier und Feltes 1994: 696).

Die für die kommunale Kriminalprävention charakteristische Ortsbezogenheit äußert sich bei Schulen in mehrfacher Weise. Schule gilt als grundlegender Integrationsmotor für Gesellschaft insgesamt, aber auch als „Motor der Sozialen Stadtteilentwicklung" (Freie und Hansestadt Hamburg 2000: 4). Insofern wird der Vernetzung von Schulen mit weiteren lokalen Institutionen eine hohe Bedeutung beigemessen. Tatsächlich stehen sie in enger Beziehung mit ihrem Stadtteil, da sie explizit außerschulische Akteure des sozialen Nahraums in die konkrete Präventionsarbeit einbinden. So ist bei drei Vierteln aller Präventionsprojekte an Schulen mindestens ein Akteur beteiligt, der nicht aus dem Kollegium der Schulen und häufig aus dem Stadtteil stammt (vgl. Pütz, Schreiber und Schwedes 2010: 282 ff.). Stellvertretend für die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren des Stadtteils kann das Präventionsprogramm PiT (Prävention im Team) angeführt werden, bei dem Teams, vorrangig aus Lehrer_innen, Polizeikräften und Angehörigen der Jugendhilfe, Kinder und Jugendliche innerhalb und außerhalb der Schule in der Übernahme von Werthaltungen anlernen (vgl. Bildungsserver Berlin-Brandenburg 2009; Institut für schulische Fortbildung und schulpsychologische Beratung des Landes Rheinland-Pfalz 2009). Zudem vernetzen sich Schulen nach außen. Sie sind nach den Strafverfolgungsbehörden und den Kommunalverwaltungen die kommunale Institution, die am häufigsten in den Präventionsgremien mitarbeitet (vgl. Schreiber 2007: 41).

Dass Schulen für die kommunale Kriminalprävention maßgebliche Bedeutung einnehmen, hat seine Ursache in der grundsätzlichen Fokussierung der Präventionsarbeit auf Kinder und Jugendliche, häufig in Verknüpfung mit Maßnahmen zur Gewalt- und Drogenprävention (vgl. Schreiber 2007: 52; Kant, Pütter und Hohmeyer 2000, Obergfell-Fuchs 2001, Brand, Fuhrmann und Walter 2003). Aufgrund der allgemeinen Schulpflicht kann die Schule Kinder und Jugendliche so umfassend wie keine andere Institution präventiv erreichen und ist

damit für die kommunale Kriminalprävention eine besonders attraktive Partnerin.

Quartiersmanagement

Mit dem Quartiersmanagement wurde in den 1990er Jahren ein Instrument der Stadtentwicklung geschaffen, das auf die Aktivierung endogener Potenziale lokaler Gemeinschaften abhebt. Seitdem ist in zunehmendem Maße zu beobachten, dass sich der Anspruch des Quartiersmanagements, die Lebensqualität im Stadtteil zu erhöhen, mit Aspekten der Sicherheit verquickt (vgl. Lindenberg 2001), bzw. die Quartiersarbeit immer häufiger auch unter dem Begriff kommunale Kriminalprävention geführt wird. Die gelisteten Projekte in der Broschüre „Soziale und sichere Stadt – Sozialraum-Management“ (Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein 2006) verdeutlichen diese Entwicklung an einer Reihe von Städten.

Quartiersmanagement könne nach Gerhard Litges, Maria Lüttringhaus und Christoph Stoik (2005: 562) als „komplexe Strategie zur Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Wohnquartieren aufgefasst werden und zeichnet sich methodisch vorrangig durch Aktivierung und Organisation der materiellen und personellen Ressourcen eines Stadtteils aus“. Bis in die 1980er Jahre beschränkte sich die Partizipation von Bewohner_innen an Stadtentwicklungsprozessen auf die Bürgerbeteiligung in Form der Stellungnahme und Anhörung bereits weit fortgeschrittener Planungen. Im Gegensatz dazu versuchen die neuen Partizipationsbemühungen, die Bürger_innen im Sinne der kommunitaristischen Prämissen zur Selbstorganisation und -regulation zu aktivieren (vgl. Lanz 2001: 5). Stadtteilorientierte Gemeinwesenarbeit, so etwa Jörg Ziercke (vgl. 2001: 206), versuche die Jugendlichen zu befähigen, selbst Veränderungen zu erreichen.

Aspekte der Sicherheit und Kriminalität kommen ausdrücklich zur Sprache, wenn es um die allgemeine Begründung des Quartiersmanagement geht. So folgert beispielsweise die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, dass dort, wo sich geographisch etwa Leerstand, Arbeitslosigkeit und Migration überlagern, eine Abwärtsspirale einsetze: „Als Konsequenz nimmt die soziale Ungleichheit zu, es gibt Anzeichen von Verwahrlosung und eine zunehmende Gewaltbereitschaft innerhalb des öffentlichen Raums, die Kriminalität steigt an.“ (Meier 2008: o. S.) So sind es insbesondere marginalisierte Stadtgebiete, die kriminalpolitisch verstärkt Aufmerksamkeit erfahren und zum Gegenstand „integrierter“ Programme werden, wie das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“. Ziel solcher Programme ist es,

das Quartier zur primären Ebene der Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität zu bestimmen (vgl. Mayer 2003: 268).

Kriminalprävention wird im Quartiersmanagement explizit und implizit betrieben. Explizit, wenn das Quartiersmanagement mit kommunalen Akteuren der Sicherheitsvorsorge in den Präventionsgremien fusioniert oder mit der Polizei zusammenarbeitet (vgl. Eick 2005: 114 f.); implizit, wenn Aktivitäten zu Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung in das allgemeine Aufgabenspektrum des Quartiersmanagement einfließen. Belege für beide Varianten liefert beispielsweise Andrej Holm (vgl. 2001), wenn er die Vorgehensweise des Quartiersmanagements bei der Umgestaltung des Berliner Helmholtzplatzes beschreibt. Um den Platz nachhaltig von als unliebsam betrachteten Gruppen, etwa Obdachlosen, zu „befreien", wurde zum einen die Polizei mit der Platzkontrolle betraut. Zum anderen wurde auf die Anwohner_innen erzieherisch eingewirkt, indem sie mit Plakaten und Faltblättern zur Verantwortungsübernahme für den Platz animiert wurden.

Bislang dominieren allerdings städtebauliche Aspekte die Praxis des sicherheitsbezogenen Quartiersmanagements (vgl. Litges, Lüttringhaus und Stoik 2005: 568). Vor diesem Hintergrund nehmen Entwicklungen in der Wohnungswirtschaft auf das Quartiersmanagement besonderen Einfluss. So kamen jüngst das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit und das Landeskriminalamt Niedersachsen mit dem Verband der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen und Bremen e. V., dem Landespräventionsrat, dem Landeskriminalamt und vielen weiteren Akteuren zusammen, um die „Vereinbarung zur Sicherheitspartnerschaft im Städtebau" zu treffen. Ziel der Vereinbarung war es, der städtebaulichen Sicherheit und Kriminalprävention beim Planen, Entwickeln und Sanieren von Bauvorhaben mehr Gewicht zu verleihen (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales 2008). Vertreter_innen der Idee kriminalpräventiver Siedlungsgestaltung bemängeln zwar, dass bislang noch keine systematische Verknüpfung von Kriminalprävention und Städtebau in Deutschland bestehe (z. B. Kube 2003; Schubert 2005; Birkenstock und Mentzel 2007), wie dies z. B. mit der Einführung der EU-Vornorm ENV-14383-2 zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung bei der Stadt- und Gebäudeplanung in den Niederlanden geschieht (vgl. Soomeren und Mölck 2004). Auch eine Umfrage unter deutschen Wohnungswirtschaften zeigt, dass bislang nur eine Minderheit der Wohnungsunternehmen sicherheitsrelevante Aspekte in ihrem Gesamtbestand berücksichtigt. In vielen Einzelprojekten wenden die Unternehmen allerdings baulich-technische Maßnahmen der Kriminalprävention an (vgl. Pütz, Schreiber und Schwedes 2009b: 74 ff.).

So finden sich derzeit in vielen größeren deutschen Städten Vorzeigeprojekte, die dem Anliegen der Kriminalprävention folgen (vgl. die vorgestellten Projekte bei Ehmke 2004; Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf 2005: 25 f.; Berger und Kaldun 2007; Landespräventionsrat Niedersachsen, Niedersächsisches Justizministerium und Niedersächsisches Ministerium für Soziales 2008). Bei aktuellen Bauausführungen orientiert sich etwa die Stadt Düsseldorf an folgendem Leitsatz: „Gebäude und Anlagen sollen so angeordnet werden, dass sie erreicht und benutzt werden können, ohne Angsträume (z. B. generell nicht einsehbare Stellen wie Nischen in Toreinfahrten, hohe Hecken, verdeckte Haus- und Wohnungseingänge, Unterführungen) durchqueren zu müssen.“ (Niedersächsisches Ministerium für Soziales 2004: 9) In Frankfurt am Main wurde 2005 das Neubauprojekt „dornbuschHÖFE“ mit dem von Innenministerium und Polizei ausgestellten Gütesiegel „Ausgezeichnete Wohnsicherheit“ versehen. Der Bauherr der Wohnanlage, die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Hessen mbH, betonte dabei, dass „[d]ie dornbuschHÖFE [...] von Anfang an als Frankfurts sicherste Wohnanlage konzipiert worden [sind]. Wir als eines der großen Wohnungsunternehmen haben uns vorgenommen, dem Thema aktive Wohnsicherheit und Kriminalitätsprävention künftig mit einer noch stärker engagierten Grundhaltung gegenüber zu stehen als das bisher schon der Fall ist“ (GWH - Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Hessen mbH 2006: 25). Ein weiteres Beispiel für die städtebauliche Kriminalprävention ist der Freiburger Stadtteil Rieselfeld. In der Broschüre „Städtebauliche Kriminalprävention“ des Landeskriminalamts Baden-Württemberg (vgl. 2004: 24 ff.) wird er als Musterbeispiel einer gelungenen präventiven Siedlungsgestaltung angeführt. Für Essen dokumentierte das Institut für Stadtplanung und Städtebau der Universität Duisburg-Essen (vgl. Schlömer und Schmidt 2008) die umfassende kriminalpräventive Umgestaltung der Wohnsiedlung Heeme. Für dieses Projekt bezog die Allbau AG das Polizeipräsidium, das Amt für Statistik der Stadt Essen und die Universität in die Quartiersplanung ein (vgl. Loibl 2006).

Legitime Kritik

Auch zwei Jahrzehnte nach den ersten Institutionalisierungsversuchen stellt die kriminologische Begleitforschung der kommunalen Kriminalprävention heraus, dass Anspruch und Umsetzung nach wie vor weit auseinanderfallen. So wird die Institutionalisierung kommunaler Kriminalprävention von Beginn an von einer Debatte begleitet, die sich gegenstandsimmanent mit Problemen der Bürgereinbindung und Finanzierung oder Fragen der Zuständigkeit und inhaltlichen Ausrichtung auseinandersetzt (z. B. Deutsches Forum für Kriminalprävention 2005;

Brink 2005). Zum Gegenstand der Problematisierung werden damit vorrangig Evaluationsfragen, welche die Arbeitsfähigkeit der Präventionsgremien berühren.

Im Folgenden stelle ich diese legitimen Kritikfelder kurz vor. Gleichzeitig muss ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ich einen anderen Horizont der Kritik gegenüber der kommunalen Kriminalprävention eröffnen möchte. Zweifelsohne ist die etablierte Problematisierung der kommunalen Kriminalprävention berechtigt und wichtig. Mir geht es hier aber vor allem darum, den Bruch mit der vertrauten Logik kommunaler Kriminalprävention schrittweise vorzubereiten. Auch die etablierte Kritik an der Präventionsarbeit ist letztendlich nichts anderes als ein Teil dieser vertrauten Logik. Den Bruch vorzubereiten heißt folglich notwendigerweise auch, die Leser_innen zunächst mit der Form von Problemerfassung kommunaler Kriminalprävention bekannt zu machen, die von den als zuständig bestimmten Instanzen legitim geäußert werden darf.

Als ein zentrales Problem wurde in den letzten Jahren die Bürgereinbindung betrachtet. Auf der einen Seite stehen ihr die Präventionsgremien selbst skeptisch gegenüber (vgl. Brink 2005: 93 ff.). Auf der anderen Seite ist sie in vielen Gremien nicht realisiert worden. Diese Tatsache stellt die kommunale Kriminalprävention vor das Problem, ihrem Leitbild des gesamtgesellschaftlichen Engagements nicht gerecht werden zu können. So wird mit der bürgernahen Polizeiarbeit und der Einrichtung lokaler Präventionsräte primär das Anliegen verfolgt, Bürger_innen in die Sicherheitsgewährleistung stärker einzubeziehen. Kommunale Kriminalprävention soll, so heben die Programme hervor, „[a]ll jenen Personen und Einrichtungen, die wegen ihrer Profession, wegen ihrer eigenen Betroffenheit oder wegen ihres (oft ehrenamtlichen) Engagements ein besonderes Interesse und besondere Möglichkeiten hatten, an der Verhinderung von Straftaten mitzuwirken, [...] organisatorisch dazu auch die Gelegenheit [geben]“ (Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern 2004: 4). Während die Kommunalverwaltungen und die örtliche Polizei sich in nahezu allen Gremien engagieren, arbeiten „funktionslose“ Bürger_innen dahingegen deutlich seltener in den Gremien mit (vgl. Schreiber 2007: 41). In diesem Kontext wird auch die Frage diskutiert, welche Bürger_innen mit den Initiativen angesprochen werden. Die Gremienstruktur begünstigt die Einbeziehung von formal organisierten Gruppen und sozial bessergestellten Akteuren (vgl. Lehne 1998: 122). Informelle Zusammenschlüsse mit fehlender politischer Vertretung, z. B. Kinder und Jugendliche, verfügen über weniger Ressourcen, was sowohl ihren Zugang zu den Gremien als auch ihre Mitarbeit und Stellung in den Gremien erschwert. Zudem sind die Kooperationsbeziehungen höchst asymmetrisch. Einige Instanzen scheitern bereits daran, sich in den Räten Gehör zu verschaffen, während

etwa die Polizei von kommunalen Entscheidungsprozessen unabhängig agieren kann (vgl. Hornbostel 1998: 109).

Ein weiteres Kritikfeld formiert sich um die Frage, ob es gerechtfertigt sei, den Schwerpunkt der Präventionsarbeit auf die Themenbereiche Jugend, Gewalt und Drogen zu legen. Diese Frage stellt sich in zweifacher Hinsicht. Zum einen ist es für die kommunale Kriminalprävention als Querschnittsaufgabe schwierig, ein exklusives Aufgabenfeld ausweisen zu können. Empirische Untersuchungen zeigen, dass es weniger die konkrete Arbeit der Präventionsgremien ist, die ihren (guten) Ruf begründet. Denn in vielen Fällen stoßen sie – wenn überhaupt – nur Projekte an, die sowieso in das kommunalpolitische Aufgabenspektrum fallen oder nur mittelbar etwas mit Kriminalität zu tun haben (vgl. Kant, Pütter und Hohmeyer 2000: 214 ff.; Lehne 1998: 124). In diesem Sinne bildet die Reduzierung von Kriminalität häufig nur ein nachrangiges Ziel kommunaler Präventionsarbeit (vgl. Schreiber 2007: 52), was auch damit zusammenhängt, dass bei der Einrichtung der Gremien häufig gar keine konkreten Probleme vorlagen (vgl. ebd.: 38). Zum anderen besteht daher in vielen Kommunen gar kein kriminalpräventiver Handlungsbedarf. Begründungen für die Notwendigkeit kriminalpräventiver Intervention, die mit zunehmender Gewaltbereitschaft und Kriminalität argumentieren, können durch die Kriminalstatistiken weitgehend widerlegt werden. So kommt der Zweite Periodische Sicherheitsbericht zu dem Schluss, dass „[w]eder für die Gewalt an Schulen noch für die Gewalt junger Menschen im öffentlichen Raum […] Zuwächse zu erkennen" sind (2006: 345; vgl. auch Boers, Walburg und Reinecke 2006). Auch die Polizeiliche Kriminalstatistik 2008 belegt, dass die Tatverdächtigenzahlen bei Kindern und Jugendlichen im Hellfeld, und schon seit längerem im Dunkelfeld, bei allen Straftaten, also auch bei Gewaltkriminalität und Körperverletzung, rückläufig sind (vgl. Bundesministerium des Innern 2009: 11). Eine Umfrage unter Schulen zur Präventionsarbeit brachte außerdem das Ergebnis, dass der Anstieg von Präventionsmaßnahmen an Schulen nicht auf konkrete Vorkommnisse zurückgeführt werden kann (vgl. Schwedes 2009: 54 f.). Die Tatsache fehlender Veranlassung bewegt Detlev Frehsee (1998: 740) zu der Vermutung, dass es Gemeinden gibt, „in denen das bedeutendste kriminologische Phänomen der Kriminalpräventive Rat selbst ist." In der Konsequenz unklarer Zielformulierungen und mangelnden Handlungsbedarfs rücken dann Themenbereiche und Aktionsfelder ins Zentrum der Präventionsarbeit, die jenseits, unterhalb oder an der Schwelle strafrechtlicher Relevanz liegen (vgl. Lehne 1996: 301). Beide Aspekte befördern, dass verstärkt Kinder und Jugendliche zur Zielscheibe präventiver Interventionen werden und zwar in Form ihrer Behandlung als Täter und nicht in Form des Jugendschutzes (vgl. Hohmeyer 1999, Absatz 5).

ENTWICKLUNGSPHASEN

Die gegenwärtig zahlreichen Orte der Sichtbarkeit kriminalitätsvorbeugender Intervention in den Kommunen täuschen darüber hinweg, dass sich die Kriminalprävention in Deutschland zunächst nur zögerlich durchsetzte. In den USA fand die kommunale Kriminalprävention in Form der bürgernahen Polizeiarbeit bereits seit den 1970er Jahren Anklang (vgl. Obergfell-Fuchs 2001: 282). Zu diesem Zeitpunkt wurde auch in Deutschland über die Effektivität von Kriminalprävention diskutiert, wenn auch unter anderem Vorzeichen. Praktische Ausweitung erfuhr die Kriminalprävention erst im Zuge der Entdeckung der Kriminalitätsfurcht als kriminalpolitische Kategorie und der Implementierung des *Community Policing*. Erst unter Anstrengungen auf kommunaler Ebene stieg die Kriminalprävention folglich zum sicherheitspolitischen Leitbild auf (vgl. Wurtzbacher 2008: 150 ff.).

Vorbereitungen

Entgegen anfänglicher Bemühungen der Briten und US-Amerikaner zur Kommunalisierung des Polizeiwesens entwickelte sich die deutsche Polizei nach dem Zweiten Weltkrieg stärker in Richtung einer föderativ strukturierten, zentralisierten und fortschreitend spezialisierten Eingriffsbehörde zur Abwendung von Bedrohungen des Staatsganzen jenseits spezifischer kommunaler Aufgabenbereiche (vgl. Prätorius 2000: 376, zitiert nach Wurtzbacher 2008: 143). Die Debatte um eine präventive Orientierung der Polizeiarbeit wurde nach Kreissl (vgl. 1981: 129) durch zwei Phänomene angefacht, zum einen durch die Kampagne zur Terrorismusbekämpfung in Reaktion auf die Ereignisse der späten 1960er Jahre und zum anderen durch die Verwissenschaftlichung polizeitaktischer Argumentation. Die Entwicklung zur präventiven Polizei fiel damit in eine Phase, „die zugleich mit einem demokratischen Aufbruch gerade in den Institutionen verbunden war, die das präventive Zentrum der Sozialkontrolle sind: die Institutionen der Sozialisation“ (Riehle 1988: 137).

An dem Vorstoß, wichtige Sozialisationsorte polizeilich zu durchdringen und die Polizei zum „gesellschaftlichen Diagnoseinstrument“ umzubilden, war insbesondere der ehemalige Präsident des Bundeskriminalamts, Horst Herold, beteiligt. Seine Vision war es, die Prognosefähigkeit der Polizei unter Zuhilfenahme verfeinerter Massenstatistiken zu erhöhen und hierdurch Kriminalprävention effektiver zu machen: „Je mehr Informationen aus der Wirklichkeit – zur Kriminalitätsdichte und zur Raumstruktur – ständig hereinfluten, um so mehr verfeinert sich der Thesaurus. Ziel eines hohen, von jeglicher hierarchischer Einfluß-

nahme freien Informationsdurchsatzes ist die Bildung immer neuer Stichworte, ob nun im Kriminalitätsregister, im Literaturregister, im Krebsregister, im Wissenschaftsregister […]. In einem permanent verdichteten Geflecht von Elementaraussagen bildet sich eine Topographie der Sachzusammenhänge, ein ständiger Prozeß der allmählichen Annäherung an eine vollständige Abbildung der Wirklichkeit.“ (Herold 1988 [1983]: 78 f.) Die spezifische Leistung der Polizei liege dann in ihrer sensoriellen Funktion für die Aufspürung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Nach Eckart Riehle kommt in den Forderungen Herolds nach einer vorbeugenden Verbrechensbekämpfung weniger der Anspruch zum Ausdruck, die Ursachen der Kriminalität zu beseitigen, als vielmehr das Projekt einer Verpolizeilichung der Prävention: „Was als vorbeugende Verbrechensbekämpfung und Gefahrenvorsorge firmierte, entpuppte sich tatsächlich als Projekt einer Verknüpfung der Teilnetze sozialer Kontrolle […], in dessen Zentren eine Fülle staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen stehen und mitwirken. Polizei und Strafjustiz bilden aus dieser Sicht den Schlußteil des Netzes, das die Institutionen der Jugendfürsorge und Jugenderziehung ebenso einbezieht, wie die Kontrolle der Familie durch die Möglichkeit der amtlichen Vormundschaft, wie Institutionen der Sozialisation und Sozialfürsorge. [...] Die Projekte der Jugendpolizei und der Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit können als Versuch gewertet werden, Teilnetze der sozialen Kontrolle unter polizeilicher Dominanz zu koordinieren und zu vereinheitlichen.“ (Riehle 1988: 130 f.) Kontroverse Erfahrungen mit den polizeilich bedingten Eskalationsprozessen in der Auseinandersetzung mit den sozialen Bewegungen und das institutionalisierte Selbstverständnis der Polizei als Verbrechensverfolgerin nach begangener Tat hemmten jedoch zunächst die Ausbreitung der damals schon im angloamerikanischen Raum verbreiteten präventiven Kriminalpolitik (vgl. Sack 1995: 435 f.).

Allerdings konstatierte Wolfgang Reichel (vgl. 1983: 90) bereits Anfang der 1980er Jahre, dass sich unmerklich im gesamten Apparat sozialer Kontrolle eine Hinwendung zu präventiven Aktivitäten vollzogen hat (vgl. auch Schreiber 1980: 392). Zu diesem Zeitpunkt plädierten auch erstmals Vertreter_innen der Kriminologie, Politik und Praxis konzentriert für eine ressortübergreifende, vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung und für den Ausbau der polizeilichen Präventionsarbeit (vgl. Schwind 1980: 5 und die Beiträge in Schwind, Berckhauer und Steinhilper 1980). Bis in die 1990er Jahren galt Deutschland aber noch als „Entwicklungsland“ (Nack 1993: 175) im Bereich kommunaler Kriminalprävention. Dies änderte sich erst mit dem Aufkommen der Debatte um die Kriminalitätsfurcht und der Implementierung internationaler kriminalpolitischer Konzepte in die deutsche Kriminalpolitik. Mittlerweile ist es im deutschen kri-

minalpolitischen Diskurs Konsens, dass der kommunalen Kriminalprävention für die Kriminalpolitik eine zentrale Bedeutung zukommt (vgl. Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz 2006: 665 ff.). Dies dokumentiert auch der massive Anstieg von Konferenzen zum Themenfeld der (kommunalen) Kriminalprävention seit den 1990er Jahren. Seit 1995 wird in jährlichem Turnus der Deutsche Präventionstag veranstaltet. Er bringt regelmäßig über 2.000 Politiker_innen, Polizeibeamt_innen, Sozialarbeiter_innen und andere an Prävention interessierte Menschen zusammen. Ergänzt wird diese nationale Veranstaltung durch eine Reihe lokaler und regionaler Veranstaltungen von Ländern und Kommunen.

Kriminalitätsfurcht

Verstärkte Aufmerksamkeit erlangte die kommunale Kriminalprävention im Kontext der Geburt der Kriminalitätsfurcht. Seit Beginn der 1990er Jahre wurde in Deutschland die Kriminalitätsfurcht immer häufiger Gegenstand der kriminologischen Forschung (z. B. Reuband 1992). In den USA setzte die wissenschaftliche Auseinandersetzung bereits ab Mitte der 1960er Jahre ein, als sich die Perspektive von der Resozialisierung des Täters auf den Schutz des Opfers verschob (vgl. Boers 2002: 1399). In Deutschland spielte das Thema Kriminalitätsfurcht bis zur politischen Wende 1989 keine große Rolle. Es gewann erst im Rahmen der darauf folgenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche an Beachtung, die einen Anstieg des Unsicherheitsgefühls erwarten ließen. Das gleichzeitige Aufblühen der Umfrageforschung führte zu einer massenhaften Durchführung von Befragungen zum Sicherheitsempfinden und zur Opferwerdung (vgl. Kury und Obergfell-Fuchs 2003: 9 ff.).

Mittlerweile steht die deutsche Kriminalpolitik der Kriminalitätsfurcht den Status eines eigenständigen Problemfelds zu (vgl. Boers 2002: 1400). Im Februar 1998 formulierte die Innenministerkonferenz im Beschluss „Partnerschaft für mehr Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden“ (der in weiten Teilen die Forderungen der „Aktion Sicherheitsnetz“ des damaligen Innenmisters Kanther aufgriff) die Reduzierung der Kriminalitätsfurcht als eigenes Ziel und forderte zu diesem Zweck eine Reihe repressiver und präventiver Strategien in den Städten (vgl. Kant und Pütter 1998; Posiege und Steinschulte-Leidig 1999: 26). Obwohl repräsentative Befragungen zeigen, dass die Kriminalitätsfurcht der Menschen in den letzten Jahren sinkt (z. B. Reuband 2007), wird sie nach wie vor als ein Hauptargument für die Institutionalisierung kommunaler Kriminalprävention angeführt.

Für die Entstehung von Kriminalitätsfurcht spielt die tatsächliche Kriminalitätsrate nur eine untergeordnete Rolle. Aus Umfragen zur Einschätzung der kriminalstatistischen Wirklichkeit weiß man, dass Menschen ihre Umwelt in einer Weise als kriminell und gefährlich erfahren, die sich nicht mit der PKS[5] deckt. So zeigte zum Beispiel eine Befragung zur Einschätzung der Mordhäufigkeit aus dem Jahr 2001, dass wesentlich mehr Mordfälle in Deutschland vermutet werden, als die PKS erfasst (vgl. Kania 2004: 149). Auch das umgekehrte Phänomen trifft zu. Karl-Heinz Reuband (vgl. 2007) konnte mithilfe einer Lokalstudie zu Düsseldorf zeigen, dass die Kriminalitätsfurcht der Menschen sank, während die örtliche Kriminalitätsbelastung anstieg. Beide Phänomene verweisen darauf, dass sich das Wissen um die Kriminalität der Gesellschaft nicht aus unmittelbarem subjektivem Erleben und unmittelbaren Opfererfahrungen ableitet. Die Kriminalitätsfurcht erklärt die Kriminologie vielmehr durch zwei andere Thesen: entweder mit allgemeinen Verunsicherungen, die durch eine diffuse Gemengelage gesellschaftlicher Transformationsprozesse, durch die Auflösung sozialer Netzwerke, durch Individualisierung und durch die Verschlechterung der sozialen Lage eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung hervorgerufen würden und in die viel konkretere Kriminalitätsfurcht münden können (z. B. Singelnstein und Stolle 2008: 37) oder durch dramatisierende Berichterstattungen in den Medien (z. B. Pfeiffer 2004) und durch den populistischen Umgang mit dem Sicherheitsthema durch die Politik (z. B. Frehsee 1998). Auf diese beiden Thesen soll im Folgenden kurz eingegangen werden.

– *Zum Zusammenhang von Kriminalitätsfurcht und allgemeinen Verunsicherungen*: Vertreter_innen dieser These gehen davon aus, dass insbesondere der wohlfahrtsstaatliche Modernisierungsprozess zu einem Anstieg gefühlter Unsicherheit führt. Zwar nähmen das allgemeine Einkommensniveau

5 Allerdings ist die Ableitung der objektiven Kriminalitätsbelastung aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) mit Vorsicht zu genießen. Die PKS ist eine Zusammenstellung der polizeilich registrierten Kriminalität (so genanntes „Hellfeld“). Das heißt, sie bildet die polizeiliche Einschätzung einer Gegebenheit als kriminell ab, nicht jedoch den Umfang der Aburteilungen nach Abschluss von Strafverfahren (vgl. Kerner 2003: 5). Die Aussagekraft dieser Statistik wird weiterhin dadurch eingeschränkt, dass ein Teil der Delikte nicht angezeigt wird und damit unentdeckt bleibt (so genanntes „Dunkelfeld“). Die PKS ist daher nicht in Lage, die Kriminalitätslage „wirklichkeitsgetreu“ wiederzugeben, sondern sie ist u. a. abhängig von der Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung, von der polizeilichen Kontroll- und Personaldichte, von Änderungen im Strafrecht, von dem Wissen in der Bevölkerung um kriminelles Handeln aber auch von „wirklichen“ Kriminalitätsänderungen (vgl. Rügemer 2000; Lüdemann und Ohlemacher 2002; Bundeskriminalamt 2010). Das hat zur Konsequenz, dass Kriminalität nicht messbar ist.

und die Bildung zu, gleichzeitig würden jedoch weite Teile der Gesellschaft aus tradierten Bindungen, wie Familien, freigesetzt (vgl. Boers 1997: 42). Die Errungenschaften der Chancengleichheit und Emanzipation eröffneten damit neue Freiheiten im Handeln, entließen die Einzelnen aber zugleich in eine bislang ungekannte Ungewissheit (vgl. Kunz 1997: 18). Die neue Flexibilität produziere damit eine ausweglose „Unsicherheit, die alle Aspekte des individuellen Lebens durchdringt“ (Bauman 2003: 160) – von Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut, Umweltgefahren, Epidemien und Terror bis hin zu Angst vor Kriminalität. Mit dem radikalen Wandel der gesellschaftlichen Bedingungen in den letzten Jahrzehnten gehe daher neben der Freiheit, sich anders zu verhalten, ein tiefgreifendes Gefühl der Verunsicherung einher. Infolge der Pluralisierung und Individualisierung von Lebensweisen gerieten die tradierten Normgefüge ins Wanken. Sie würden durch situations- und kontextabhängige Wertprioritäten ergänzt, die keine allgemeine Gültigkeit mehr beanspruchen, sondern nur noch für bestimmte soziale Gruppen und Zusammenhänge gelten (vgl. Singelnstein und Stolle 2008: 30). Gleichzeitig komme es zu diffusen Erfahrungen von Unsicherheit durch zunehmende Mobilität. In Folge neuer Technologien der Kommunikation, des Transports und der Informationsverarbeitung nehme die Mobilisierung von Menschen, Objekten und Informationen zu. Diese ließen sich nicht mehr in traditionellen territorialen Grenzen kontrollieren (vgl. Kreissl 2000: 36). Mit der Mobilisierung von Menschen verstärkten sich zudem Fremdheitserfahrungen, indem durch die zunehmende Öffnung der nationalstaatlichen Grenzen der „kulturell Andere“ immer mehr zum Bestandteil des Alltags werde (vgl. Glasze, Pütz und Schreiber 2005).

– *Zum Zusammenhang von Kriminalitätsfurcht mit Medien und Politik*: Anhänger_innen dieser These verweisen auf den Einfluss von Politik und Medien auf die Wahrnehmungen von Kriminalität. Die allgemeine Unsicherheit, die aus veränderten gesellschaftlichen Bedingungen herrühre, könne sich in einer konkreten Furcht vor Kriminalität äußern, wenn Politik und Medien Ängste schüren. Die Bevölkerung sei bei der Einschätzung der Kriminalitätsbelastung auf vermittelte Erfahrungen angewiesen: „Typischerweise zum einen auf die Eigendynamik der Narrationen im Bekanntenkreis, die mit zunehmender räumlicher und zeitlicher Distanz an Dramatik gewinnen, und typischerweise zum anderen auf in vielen verschiedenen Formen dargereichte Darstellungen von Kriminalität, Verbrechen, Gewalt etc.“ (Milanés 1998: 54 f.) So habe die Berichterstattung über Kriminalität in den Medien einen prägenden Einfluss auf unsere Konstruktion von Kriminalitätswirklichkeit (vgl. Kania 2004; Kury, Lichtblau und Neumaier

> 2004), aber auch auf die Politik. Sie nutze die mediale Aufbereitung von Kriminalität, um einen Handlungsbedarf zu begründen. Das Zusammenwirken von Medien und Politik hat Sebastian Scheerer (1978) als „politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf" bezeichnet. Die Politik mache sich die wachsenden Sicherheitsbedürfnisse zunutze und „schürt die Kriminalitätsfurcht eher, statt zu beschwichtigen, indem sie das Publikum mit immer neuen Feindbildern versorgt" (Frehsee 1999: 20). Dabei erweise sich die Projektion von strukturellen Ohnmachtserfahrungen der Bürger_innen auf vermeintliche Bedrohungen als erstaunlich stabil und attraktiv für das komplette Spektrum der politischen Lager (vgl. Frehsee 1998: 752). Geeignete Umgangsweisen mit Kriminalität würden nicht mehr ausschließlich in einem Expertendiskurs verhandelt, sondern in einem politischen Diskurs. Kriminalpolitische Vorstöße im Wahlkampf etwa stünden stellvertretend für eine Politik, die mithilfe der Medien den Kriminalitätsdiskurs wach halte, um von den Bedrängnissen durch die allgemeine ökonomische Lage abzulenken (vgl. Frehsee 1999: 20).

Auf der Basis der beiden aufgezeigten Argumentationen lässt sich ein schlüssiger Zusammenhang zwischen kommunaler Kriminalprävention und der Kriminalitätsfurchtdebatte herstellen. Wenn in Folge der Pluralisierung der Wertvorstellungen kaum noch ein gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, was als normal und was als anders zu gelten hat, „kann sich [soziale Kontrolle] daher nicht mehr auf das einzelne Individuum beziehen, sondern muss danach entweder die Gesamtheit der Bevölkerung erfassen oder sich verstärkt an Strukturen, Lagen, Orten und Situationen ausrichten, die Devianz begünstigen oder ermöglichen" (Singelnstein und Stolle 2008: 31). Vor diesem Hintergrund richtet die Kriminalprävention ihre Strategien zunehmend an dem lokalen Paradigma aus und wird zur Aufgabe von Städten und neuen Sicherheitsakteuren vor Ort. Denn „[w]o sämtliche Gewissheiten sukzessive schwinden, beruhigt dann, dass man ihnen dann doch zumindest präventiv noch hinlänglich begegnen könne" (Lindner und Freund 2001: 73). Mit der Verkürzung des Sicherheitsthemas auf die Kriminalitätsbekämpfung vor Ort können so „greifbare Ver-Gegenständlichungen der ansonsten kaum fassbaren Systemrisiken" (Kunz 1997: 21) erwirkt werden. Der strukturellen Ohnmacht wird mit der kommunalen Kriminalprävention eine Strategie gegenübergestellt, die das „Kriminelle", „Bedrohliche" und „Unsichere" räumlich und damit handgreiflich macht. Systemrisiken erscheinen dann prinzipiell bezwingbar. Wenn die Politik dem wirtschaftlichen System nichts entgegen setzen könne, müsse wenigstens die Kriminalpolitik in der Form einer symbolischen Ersatzpolitik politische Aktionsfähigkeit und Gestaltungs-

macht beweisen (vgl. Ziegler 2001: 16). Nach Werner Lehne (vgl. 1998: 312) geht es der kommunalen Kriminalprävention nicht vorrangig um die Vermeidung von Gefahrenquellen und um die Verbesserung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, sondern um symbolisches Handeln und um die Anerkennung der Besorgnis der Bürger_innen. Es stellt sich daher ganz grundsätzlich die Frage, inwieweit etwa kriminalpräventive Räte zur Verbesserung konkreter Lebenslagen einen Beitrag leisten können. Selbst Anhänger der kommunalen Kriminalprävention heben hervor, dass diese „an der Arbeits- und Wohnungslosigkeit, an der steigenden Armut, die sich in den letzten Jahren parallel zum Kriminalitätsaufkommen entwickelt hat, nur wenig ändern [kann], wohl aber an dem Umgang mit den davon betroffenen Menschen“ (Trenczek und Pfeiffer 1996: 24).

Mit der kommunalen Kriminalprävention ist in den Kommunen folglich eine Institution geschaffen worden, die vorrangig auf die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens abzielt und mit Kriminalität „an sich“ nur wenig zu tun hat. Paradoxerweise wird mit ihrer Einrichtung aber vielfach die Hoffnung verbunden, zur Kriminalitätsreduktion beizutragen – und das, obwohl sie das Moment der Kriminalitätsbekämpfung aufgrund der Konzentration auf Aspekte der gefühlten Unsicherheit kaum berührt.

Community Policing

Im Zuge des allgemeinen Booms der Orientierung an lokalen Einheiten (vgl. Obergfell-Fuchs 2001: 296 ff.) und an modernen Managementpraktiken im Sinne der *Urban Governance* (vgl. Fehervary 1996: 151) wurde für die Kriminalpolitik das *Community (Oriented) Policing* bedeutsam. Mit ihm greift die deutsche Kriminalpolitik ein Konzept auf, das als vermeintliches „Kontrastprogramm“ (Schwind 2009: 330) zu repressiven Polizeistrategien international an Bedeutung gewinnt (vgl. Greene und Mastrofski 1988; Trojanowicz et al. 1998; Miller und Hess 2004). Der Transfer des *Community Policing* in die deutsche Kriminalpolitik gab letztlich den Ausschlag, dass sich die Kriminalprävention endgültig der lokalen Ebene zuwandte.

Vor dem Hintergrund der *Urban Governance*-Debatte stellt *Community Policing* eine grundlegende Verschiebung der polizeilichen Fachperspektive dar. Der Begriff lässt sich in zwei Richtungen verwenden (vgl. Einig et al. 2005). Auf der einen Seite dient er als Fachbegriff für eine neue polizeiliche Organisationsform, bei der netzwerkartige Mechanismen und marktförmige Steuerungsinstrumente das Zusammenwirken der gesellschaftlichen Elemente regeln. Auf der anderen Seite dient er als Sammelbegriff für die neueren, teilweise heterogenen Entwicklungen polizeilicher Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene seit

den 1990er Jahren in Deutschland. Der unterstellte Kontrast zu herkömmlicher Polizeiarbeit dient dabei eher analytischen Zwecken. Denn in der Praxis existieren neue und traditionelle Organisationsformen der Polizei nebeneinander. Dies erschwert eine präzise Definition. Nach Peter Kolbe (2005: 10 f.) meint *Community Policing* die „gemeinsame Anstrengung zwischen der Polizei und der Gemeinde, um Probleme der Kriminalität und Unordnung zu identifizieren, wobei alle Akteure der Gemeinde Lösungen für Probleme suchen. Es basiert auf engen, von gegenseitigem Nutzen geprägten Beziehungen zwischen der Polizei und Mitgliedern der Gemeinde". Wesley G. Skogan (2004: xxiii; 2005) sieht gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit durch drei Prinzipien gekennzeichnet: „decentralization", „community involvement" und „community engagement", sowie „problem solving". Je nach Anliegen bringt der Begriff daher eine neue Philosophie, eine neue polizeiliche Organisationsform, ein neues Programm oder nur einen neuen Namen für eine bereits bestehende Arbeitsform zum Ausdruck (vgl. Fehervary 1996: 149 ff.; Obergfell-Fuchs 2001: 208).

Folgt man der ersten Blickrichtung, verbirgt sich hinter dem *Community Policing*-Konzept ein neues Selbstverständnis der Polizei als Sicherheitsdienstleisterin. Zu der Verunsicherung traditioneller Polizeiarbeit habe beigetragen, dass Kriminalität nicht entscheidend mit dem bestehenden Strafjustizsystem und gemeinhin genutzten polizeilichen Instrumenten bekämpft werden könne (vgl. Feltes 1996: 126 ff.). Auch aufgrund der steigenden Anzahl kommerzieller Sicherheitsanbieter sei sie einem härteren Wettbewerb und Konkurrenzdruck um die Sicherheitsgewährleistung ausgesetzt, so der Tenor der innerpolizeilichen Diskussion (vgl. Obergfell-Fuchs 2001: 277). Polizeiarbeit müsse daher zuallererst Serviceleistung für den „Kunden" sein. Diese Ansicht schließt an ein US-amerikanisches Polizeiverständnis an, das Polizei als staatliche Dienstleitung betrachtet, „die Angst, Unordnung und Unzivilisiertheit verringern und dabei das Empfinden der lokalen Bevölkerung berücksichtigen soll" (Garland 2008 [2001]: 67). Polizeilicher Erfolg ließe sich daher nicht mehr ausschließlich an der Rate der Verbrechensaufklärung messen. Vielmehr müsse die Polizei sich über die objektive Kriminalitätslage hinaus mehr den Sorgen der Bevölkerung widmen (vgl. Feltes 2003) und den Passant_innen als Ansprechpartnerin und Vollzugskraft im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen (vgl. Deutscher Städte- und Gemeindebund 2003: 4).

Vor diesem Hintergrund erweiterte die Polizei ihr Dienstleistungsangebot auf das Vorgehen gegen geringe Ordnungswidrigkeiten im strafrechtlichen Vorfeld und auf die Präsenz vor Ort (vgl. Legge 2001: 70). Mit der verstärkten Präsenz vor Ort zielen Vertreter_innen des Konzepts vor allem auf die Reduzierung der Kriminalitätsfurcht und die Steigerung des Sicherheitsgefühls. *Community Poli-*

cing als Arbeitsphilosophie legitimiert sich also weniger über die konkreten Erfolge bei der Reduktion von Kriminalität, sondern über den Erfolg, die lokale Bevölkerung in Aktionsbereitschaft zu versetzen. Ziel der intensivierten Kommunikation mit der lokalen Bevölkerung ist es, die Bürger_innen zu mehr Verantwortungsübernahmen für die eigene Sicherheit zu motivieren (vgl. Obergfell-Fuchs 2001: 281) und die Distanz zwischen Polizei und Bürger_innen abzubauen. Polizeiarbeit im Sinne der *Community Policing*-Philosophie ist daher in erster Linie präventiv, bzw. proaktiv. Sie versucht, als abweichend deklariertes Verhalten vor Ort zu unterbinden und mithilfe der verstärkten Einbeziehung der Bevölkerung zu bewältigen.

ETABLIERTE BEWEISFÜHRUNGEN

An der Bedeutungszunahme des Lokalen für kriminalpräventives Handeln haben zwei im internationalen Kontext breit kommunizierte kriminologische Thesen maßgeblichen Anteil: die These der *Broken Windows* (Wilson und Kelling 1982) und die These des *Defensible Space* (Newman 1972). Die Forschung zu aktuellen Entwicklungen in der europäischen Kriminalpolitik ist sich weitgehend einig, dass diese Thesen immer öfter auch Referenzpunkte für die europäische Debatte und damit auch für Deutschland sind (z. B. Wacquant 2009: 253; Newburn 2002). Der Schluss auf einen umfassenden Import anglo-amerikanischer Kriminalpolitiken liegt nahe, fallen doch in zahlreichen aktuellen Publikationen und in der kriminalpolitischen Praxis immer wieder Begriffe, die kriminologischen Schlüsseltexten aus den USA entnommen wurden (z. B. Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2002; Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes 2003). Auch die notorischen Forderungen von Politiker_innen nach „Zero Tolerance", z. B. von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Wahlkampfauftakt von Hamburg 2008 im Umgang mit Gewaltkriminalität, oder das aus dem „Neighbourhood Watch Program" entlehnte Frühwarnsystem „Ringmaster" sind augenscheinliche Belege für die Beliebtheit anglo-amerikanischer Kriminalpolitiksrhetorik.

Broken Windows und *Defensible Space* bilden explizit und implizit die Legitimation für eine Vielzahl der gegenwärtig in der Kommune angesiedelten kriminalpräventiven Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die beiden Thesen näher zu betrachten und ihre einerseits relativ simple, andererseits höchst fragwürdige Beweisführung für ein raumbezogenes Vorgehen gegen Kriminalität und Kriminalitätsfurcht nachzuvollziehen. Ihre Nacherzählung hilft zwar nicht, die Ausbreitung von Kriminalität zu erklären, wohl aber, in einem

nächsten Schritt dafür aufmerksam zu werden, aus welcher Perspektive die kommunale Kriminalprävention auf den Menschen schaut.

Broken Windows

Kein anderer Text genießt in der kriminalpolitischen Debatte in den letzten Jahren eine derart hohe Aufmerksamkeit wie der 1982 in der Monatszeitschrift *Atlantic Monthly* erschienene weniger wissenschaftliche, denn alltagsweltliche Aufsatz „Broken Windows. The police and neighborhood safety“ von James Q. Wilson und George L. Kelling. Aktuelle Broschüren zur kommunalen Kriminalprävention scheinen sich ohne einen Verweis auf diese These nicht mehr legitimieren zu können (z. B. Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes 2003; Niedersächsisches Innenministerium 2003).

Die Prominenz der These verdankt sich insbesondere ihrer Symbolik. Mit dem eingängigen Bild der „zerbrochenen Fensterscheiben“, die repariert werden müssen, um die Zunahme von Kriminalität und letzten Endes den Verfall eines Gebiets zu stoppen, formulieren die Autoren eine alltagsweltlich plausible Kausalkette. Es seien gerade die Bagatellen und „life style crimes“, die überall sichtbaren kleinen Normverletzungen, die in der Bevölkerung das Vertrauen in die normative Ordnung schwinden ließen und die Zustimmung zu Präventionspolitik beförderten (vgl. Hassemer 1998: 802 ff.). Die von den Autoren dabei sehr einfach gehaltene Einteilung der „Menschheit in solche, die aktiv diese gewünschte Ordnung aufrechterhalten, und solche, die dies nicht tun und deshalb eine Gefahr darstellen“ und die Tarnung der daran anschließenden Forderung nach Ordnung als Kriminalpolitik, dient Bernd Belina (2006: 142) zufolge vor allem der Durchsetzung neokonservativer Wertvorstellung durch den Staat.

Im Detail: Die Autoren werfen die These auf, dass Unordnung und Verwahrlosung in einem Wohnquartier Zeichen für den Zusammenbruch der sozialen Kontrolle seien. Zu diesen Zeichen zählen die Autoren Dinge wie Menschen gleichermaßen (Wilson und Kelling 1982: 30), in ihren Worten: „physical disorder“ (z. B. geplünderte Autos) und „disorderly people“ (soziale Randgruppen wie Obdachlose, Drogenabhängige oder Jugendliche). Zeichen von Unordnung lösten Unsicherheitsgefühle bei den Bewohner_innen aus, so dass es zu Vermeidungsverhalten und Rückzug aus der Nachbarschaft käme. Ein Gebiet, aus dem sich die „ordentlichen“ Bewohner_innen zurückziehen und das dadurch nicht mehr durch soziale Kontrolle geschützt ist, sei im Umkehrschluss für die Ausbreitung krimineller Übergriffe besonders anfällig (vgl. ebd.: 32). Wilson und Kelling benennen mit den „disorderly people“ den Typ des „existenziellen Störers“, der durch dein bloßes So-Sein einen Angriff auf die öffentliche Ordnung

darstelle (vgl. Frehsee 2000: o. S.). Sie liefern keine Begründung, warum es genau die von ihnen benannten Gruppen sind, die zum Zusammenbruch der sozialen Kontrolle beitragen.

Die Autoren behaupten in der Hauptsache, dass kleinere Ordnungswidrigkeiten und abweichendes Verhalten an der Untergrenze der Strafwürdigkeit alsbald größere Vergehen nach sich zögen, so dass ein Gebiet in kürzester Zeit verfalle und zu einem sozialen und kriminellen Brennpunkt verkomme. Der Aufenthalt von unbekannten Gruppen und der bauliche Zustand eines Gebäudes stehen damit in Verdacht, den Anfang einer Serie an größeren Vergehen zu bilden und Furcht vor Kriminalität in der Bevölkerung auszulösen. In der Konsequenz erfordere eine wirkungsvolle Eindämmung von schwerwiegenden Straftaten und Kriminalitätsfurcht, bereits abweichendes Verhalten im Vorfeld der Strafwürdigkeit vor Ort zu ahnden und die soziale Kontrolle im Wohngebiet zu erhöhen sowie gegen baulichen Verfall vorzugehen.

Die symbolische Wirkung von *Broken Windows* (z. B. Hermann und Laue 2001) als auch ihr tatsächlicher Einfluss auf konkrete Polizeistrategien (z. B. Hess 2000; Cornel 2002; Häfele 2009) wird vielfach in Frage gestellt. Denn bislang ist eine von *Broken Windows* inspirierte selektive Null-Toleranz-Praxis gegenüber Minderheiten für deutsche Städte uncharakteristisch (vgl. Laue 2002: 377 ff.), auch wenn der Begriff in der politischen Debatte häufig fällt. Die New Yorker Null-Toleranz-Praxis fungiere hierzulande eher als Beispiel für einen „härteren" Umgang mit Störern, denn als Inspirationsquelle für die kriminalpolitische Praxis (vgl. Belina 2006: 192 ff.). Es greift daher auch zu kurz, die gegenwärtigen Veränderungen in der deutschen Kriminalpolitik schlicht als „Globalisierung" der geradewegs aus den USA zu uns überschwappenden „Sicherheitsdoxa" (Wacquant 2009: 253) zu interpretieren.

Meines Erachtens ist es für die Einschätzung aktueller Trends der kommunalen Kriminalpolitik auch weniger wichtig, ob sie sich explizit auf *Broken Windows* beziehen. Vielmehr ist entscheidend, dass sie die gleiche Argumentation verwenden, die gleichen Wertvorstellungen bedienen und in diesem Sinne gegen die gleichen als unordentlich deklarierten Verhaltensweisen vorgehen, die auch *Broken Windows* benennt. So ist etwa in der Arbeitsbeschreibung der Präventionsräte in Berlin zu lesen: „Im Rahmen dieser Bürgerbeteiligung wird in den meisten Bezirken deutlich, dass das subjektive Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität vor Ort im Wesentlichen durch so genannte ‚Disorder'-Konflikte beeinträchtigt sind, also z. B. Unordnung und Schmutz im öffentlichen Raum, Belästigungen durch Lärm oder freilaufende Hunde, die deutliche Präsenz von ‚auffälligen' Bevölkerungsgruppen wie Punker, Trinker oder Obdachlose auf öffentlichen Plätzen etc. Damit ist auch ein Teil der eingeschlagenen Aktivitäts-

felder der Präventionsräte vorgezeichnet, die sich oft auf dem Feld primärer Prävention bewegen.“ (Behn 2005: 111) Hier scheint es völlig unstrittig zu sein, dass ein Vorgehen gegen „Unordnung“ der Reduzierung von Kriminalität diene.

Die diskursive Vermengung von Kriminalpolitik mit Aspekten der Sauberkeit und Ordnung ist aktuell in vielen deutschen Städten zu beobachten.[6] Die eigentliche Funktion dieser Vermengungspraxis tritt im kriminalpolitischen Umgang mit Graffiti-Ausdrucksformen besonders deutlich zu Tage. Ihre Unterbindung dient weniger der Prävention schwerwiegender Kriminalität. Das Vorgehen gegen Graffiti soll vielmehr der Durchsetzung von konservativen Wertvorstellungen dienen. Denn Graffiti gelten gegenwärtig wie keine andere Ordnungswidrigkeit als Zeichen für den Bruch mit der unterstellten sozialen Ordnung durch Jugendliche im Quartier. Die Einstufung von Graffiti als „Beeinträchtigung der Lebensqualität“ (Ordnungspartnerschaft Graffiti in Münster 2004: o. S.) und die in einigen Städten praktizierte Verfolgung von Sprayer_innen unter Einsatz von Wärmebildkameras und Hubschraubern soll zum Ausdruck bringen, dass solche durch autorisierte Akteure als Abweichung deklarierten jugendlichen Lebensäußerungen nicht geduldet werden.

Defensible Space

Die These des *Defensible Space* erfährt in der deutschen Kriminalpolitik eine ähnlich hohe Beachtung wie *Broken Windows*. Sie wurde erstmals 1972 durch den amerikanischen Architekten und Stadtplaner Oscar Newman formuliert und

---

6 Dies verdeutlicht zum Beispiel die gemeinsame Platzierung der Themen Sicherheit und Sauberkeit auf den Internet-Seiten der Stadt Frankfurt. Dort ist zu lesen: „Bei Frankfurt am Main denken viele zu Unrecht an Kriminalität, denn mit einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und Stadtverwaltung, einer wegweisenden Drogenpolitik und der vielbeachteten Aktion ‚Gewalt-Sehen-Helfen‘ ist Frankfurt am Main inzwischen Vorreiter bei der Entwicklung neuer Strategien zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. Und: Frankfurt ist sauberer geworden! Eine direkt der Oberbürgermeisterin unterstellte ‚Stabsstelle Sauberes Frankfurt‘ kümmert sich konkret und schnell um wild abgelagerten Müll, reinigt schmutzige Ecken der Stadt und geht besonders gegen Graffiti vor. Doch der Stabsstelle geht es auch darum, das Wegwerf-Bewusstsein der Frankfurterinnen und Frankfurter und der Touristen zu sensibilisieren. Und das klappt: Seit ein weggeworfener Zigarettenstummel mit 20 Euro Bußgeld belegt wird, hat die Sauberkeit in Frankfurt deutlich zugenommen. Zudem hat die Stadt den ‚Club Sauberes Frankfurt‘ ins Leben gerufen, in dem all jene Mitglied werden können, die sich überdurchschnittlich für ein sauberes Frankfurt engagieren. Grünanlagen sind dadurch wieder einladend, Straßen wieder kaugummi- und der Sand der Kinderspielplätze kot- und keimfrei.“ (Stadt Frankfurt am Main 2009b)

ist weit über die USA hinaus einflussreich geworden. Hinter der griffigen Metapher der „verteidigbaren Räume“ verbirgt sich der Anspruch, durch die gezielte bauliche Gestaltung des Wohnumfelds eine starke Nachbarschaft aufzubauen. Nur eine starke Nachbarschaft, in der hohe soziale Kontrolle herrsche, könne sich auch gegen Kriminalität zur Wehr setzen – so die These (vgl. Newman 1996: 9). Somit haben alle *Defensible Space*-Programme das gleiche Anliegen: „They restructure the physical layout of communities to allow residents to control the areas around their homes. This includes the streets and grounds outside their buildings and the lobbies and corridors within them. The programs help people preserve those areas in which they can realize their commonly held values and lifestyles.” (ebd.) Wie *Broken Windows* unterstellt auch *Defensible Space* einen Zusammenhang zwischen sozialer Kontrolle und Kriminalität. Der Unterschied liegt vor allem darin, dass *Broken Windows* unmittelbar gegen Abweichung durch den direkten Zugriff auf Menschen vorgeht, wohingegen *Defensible Space* für eine Verhaltensnormierung qua Raumgestaltung plädiert.

Im Detail: Den Anlass zur *Defensible Space*-These gab die Entwicklung, die das über 2.700 Wohneinheiten umfassende städtische Hochhausprojekt Pruitt-Igoe im Bundesstaat Missouri nahm. Die Wohnsiedlung war 20 Jahre nach ihrer Entstehung derart von Vandalismus betroffen, dass die Stadt St. Louis 1972 nur noch den Abriss als Ausweg sah. Newman beobachtete in Pruitt-Igoe, dass die Gemeinschaftsanlagen zwar heruntergekommen, die einzelnen Apartments jedoch sehr gepflegt waren. Er folgerte daraus erstens, dass „residents maintained and controlled those areas that were clearly defined as their own“ (Newman 1996: 11), und dass die Erzeugung von Verantwortung für einen Raumausschnitt am besten über die bauliche Gestaltung zu realisieren sei. Er folgerte zweitens, dass fehlende Verantwortung und soziale Kontrolle zu einem Anstieg von Kriminalität führen. Beide Folgerungen bleiben ohne nähere Begründung im Raum stehen. So bleibt unthematisiert, was Menschen dazu motiviert (oder eben gerade nicht), für gemeinschaftlich genutzte Flächen Verantwortung zu tragen und wieso fehlende Verantwortung und soziale Kontrolle zwangsläufig zu einem Anstieg von Kriminalität führen. Newman zeigt folglich kein Interesse an den gesellschaftlich zu verantwortenden Ursachen für den Verfall der Wohnanlagen und ist auch nicht bestrebt, an ihnen etwas zu verändern. Vielmehr geht es ihm darum, mit *Defensible Space* der Kommune ein Instrument an die Hand zu geben, das es mit einfachen baulichen Mitteln erlaubt, städtische Bevölkerung kostengünstig zu verwalten (vgl. Belina 2007).

Folgt man *Defensible Space*, dann wird die „Verteidigungsfähigkeit“ eines Quartiers durch vier Planungsansätze gewährleistet: Territorialität, natürliche Überwachung, Image und Milieu (vgl. Schubert 2005: 15 ff.). Der Grundsatz der

Territorialität unterstellt einen Zusammenhang zwischen der Raumgestaltung, menschlichem Verhalten und Wahrnehmung. Um Menschen zur „Verteidigung" ihres Quartiers zu motivieren, müsse ihnen das Gefühl gegeben werden, für einen bestimmten Raumausschnitt verantwortlich zu sein. Dies gelinge, indem das Wohnumfeld mithilfe unterschiedlicher Materialien und Ebenen symbolisch und materiell in einzelne Territorien eingeteilt und eine für diesen Raumausschnitt spezifische Nutzung und Zugangsordnung festgelegt werde. In diesem Sinne unterteilt Newman ein Wohnquartier in privaten, halbprivaten, halböffentlichen und öffentlichen Raum. Er verknüpft somit einzelne Territorien mit spezifischen Nutzungsbefugnissen. Die Festlegung der Nutzungen qua Raumgestaltung mache leichter deutlich, wer für welchen Raumausschnitt zuständig sei und erleichtere so die natürliche Überwachung. Mit zunehmend öffentlichem Charakter sinke jedoch die Verantwortung für den Raumausschnitt. Daher dürfe der Übergang von privatem in öffentlichen Raum nicht abrupt geschehen, sondern müsse über Zwischenstufen verlaufen. Wenn ein Quartier nach diesen Gesichtspunkten realisiert sei, unterstütze dies zudem die Bildung von Milieus und leiste letztlich, dass das Image des Wohngebiets gefördert und seiner Stigmatisierung entgegengewirkt werde (vgl. ebd.).

Newmans Blick auf die Entwicklung Pruitt-Igoes ist ein städtebaulicher. Er entspricht der durch den „polarisierenden Diskurs der 1970er Jahre geprägten Interpretation: Pruitt-Igoe ist ein Beispiel einer entmenschlichten Moderne, eine soziale Katastrophe, die unweigerlich in Kriminalität, Verwahrlosung, Anonymität und Vandalismus endet" (Horlitz 2009: 2). Für das Scheitern des Projekts werden vorrangig architekturale Versäumnisse verantwortlich gemacht, „a design flaw, wrought upon the unsophisiticated poor by well-meaning intellectuals. What are not discussed in this myth are issues of race […] and issues of poverty" (Birmingham 1999: 291). Mit dieser abstrahierenden Sicht auf die sozialen Implikationen von Ausschlussprozessen ist Newman ein Vertreter der klassischen Kriminalgeographie par excellence. Sie erklärte die Kriminalität eines Gebietes in Abhängigkeit von Aspekten der gebauten Umwelt (vgl. Schwind 2009 ff.) und erlegt damit der Stadtplanung, insbesondere dem Städtebau einschließlich der Architektur und dem Wohnungswesen, eine Mitverantwortung für die Verhinderung von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht auf (vgl. Kube 2003: 65). In diesem Sinne leitet Newman mithilfe weiterer Untersuchungen einen grundsätzlichen Zusammenhang ab zwischen der Kriminalitätsbelastung und der Wohnhausarchitektur, etwa die Größe einer Wohnanlage oder die Anzahl der Wohneinheiten, die einen Eingang teilen (vgl. Newman 1996: 28).

Der unterstellte Wirkungszusammenhang von Städtebau und Kriminalität war für die Stadtplanung bereits in den 1980er Jahren Ausgangspunkt präventi-

ver Interventionen. Damals stand die Thematik im Fokus der feministischen Planungsdiskussion zum Zusammenhang von Geschlecht und öffentlichem Raum. In der Folge wurden im kommunalen Auftrag zahlreiche Projekte angestoßen, welche auf die Verbesserung der Sicherheitssituation von Frauen vor Ort und die Vermeidung von so genannten Angsträumen abhoben (vgl. Pohlmann-Rohr 1996). Unter der Bezeichnungen CPTED (*crime prevention through environmental design*, Jeffery 1971) oder der europäische Variante DOC (*designing out crime*) kommt es neuerdings zu einer Renaissance von Maßnahmen der kriminalitätsabwehrenden Siedlungsgestaltung. Diese identifizieren Kriminalitätsrisiken in der Unüberschaubarkeit und schlechten Einsehbarkeit von Innenhöfen, der unkontrollierten Begrünung und mangelnder Ausleuchtung z. B. von Gehwegen und Eingangsbereichen. Ziel von CPTED ist es, mittels einfacher baulicher und gestalterischer Maßnahmen, menschliches Verhalten zu manipulieren und hierdurch das Sicherheitsgefühl zu stärken und Tatgelegenheiten zu verringern.

REGIEREN MIT VERRÄUMLICHUNGEN

Die etablierten Beweisführungen *Broken Windows* und *Defensible Space* können zur Klärung der Kriminalitätsentstehung nur wenig beitragen. Kehrt man die Betrachtung aber um und wertet das von ihnen identifizierte Potenzial des Raumes zur Vermeidung von Kriminalität nicht mehr als Beleg für ihre Richtigkeit, sondern als Ausdruck einer spezifischen Regierungsweise, dann öffnet sich eine weitere Differenzierungsebene der kommunalen Kriminalprävention. Die für die kommunale Kriminalprävention maßgebliche Bezugnahme auf den Ort kann dann als eine Rationalität des Regierens identifiziert werden, als Regieren mit Verräumlichungen. Aus dieser Perspektive stellt sich die Frage nach der Funktion, welche die raumbezogene Kriminalprävention für die Regierung von Gesellschaft übernehmen soll.

Das Regieren mit Verräumlichungen wurde von kritischen Sozialwissenschaftler_innen insbesondere in zweifacher Weise zum Gegenstand der Betrachtung gemacht (vgl. Belina 2006): Zum einen ist mit Verräumlichung die Aneignung der räumlichen Maßstabsebene des Nahraums zum Zweck der Aktivierung einer lokal-gemeinschaftlichen Selbstregulation angesprochen. Zum anderen bemühen Thesen wie *Broken Windows* oder *Defensible Space* eine situative, raumfetischistische Argumentation, indem sie Abweichung und Ort in einen ursächlichen Zusammenhang bringen. Kommt eine solche Argumentation in

konkreten Programmen zur Anwendung, z. B. in Form der kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung, dann kann von einer räumlichen Praxis gesprochen werden.

Aktivierung lokaler Gemeinschaften

Kommunale Kriminalprävention arbeitet grundsätzlich ortsbezogen. Sie ist Teil einer skalierten Kriminalpolitik, welche die verschiedenen Aufgaben und Funktionen auf verschiedenen Skaleneinheiten einer vertikalen Maßstabshierarchie verteilt (vgl. Jessop 2007: 28 f.). Mit der kommunalen Kriminalprävention kam seit den frühen 1990er Jahren in Deutschland ein Prozess in Gang, für den die Veränderung von hierarchischen Anordnungen der kriminalpolitischen Autorität kennzeichnend ist. Ihre Entstehung fiel in eine Phase, in der die lokale Ebene insgesamt eine vorherrschende Bedeutung für politische Steuerung und ökonomische Prozesse erhielt. Mit territorial-orientierten Aktivierungs- und Entwicklungsmaßnahmen versuchten die politischen Akteure den Krisenerscheinungen des Wohlfahrtsstaates zu begegnen (vgl. Mayer 2003: 266 ff.). In der Wissenschaft wird dieser auch in anderen Politikfeldern zu beobachtende Prozess mit dem Begriff der „Entstaatlichung" oberhalb und unterhalb der Nationalstaaten (auch „glokalisierte" Staatlichkeit) diskutiert (z. B. Jessop 1997) und auf die Dezentralisierungs- und Rückbautendenzen in der Kriminalpolitik verwiesen (vgl. Clarke 2007: 67). Während also seit den 1970er Jahren ökonomische Produktionsprozesse und die Regulierung des Marktgeschehens zunehmend auf die transnationale Ebene verlagert werden, wird im Gegenzug das Soziale in kleinräumigen Formaten neu territorialisiert und die bisherige wohlfahrtsstaatliche Regierung des Sozialen in eine Regierung über soziale Nahräume überführt (vgl. Kessl und Otto 2007: 9 f.).

Neu an der aktuellen Hinwendung zum Lokalen ist, dass sich die Präventionsarbeit nicht mehr vorrangig an gesamtgesellschaftlichen Problemlagen orientiert, sondern zu je ortsspezifischen Lösungen zu kommen versucht. Die ortbezogene Ausrichtung kriminalpolitischer Regierungsstrategien steht in engem Zusammenhang mit dem allgemeinen Bedeutungsgewinn gemeinschaftlicher Rhetorik. Für viele Politikfelder scheint derzeit die kommunitaristische Position mit ihrer Beschwörung lokaler Potenziale eine vielversprechende Antwort auf die Krise der modernen Gesellschaften darzustellen.

Nach dem kommunitaristischen Vordenker Amitai Etzioni ist der Kommunitarismus eine Bewegung zur Verbesserung unserer moralischen, sozialen und politischen Umwelt. Ziel sei es, das gemeinsame Wertebewusstsein zu fördern, das Etzioni durch den Individualismus des (neo-)liberalen Denkens gefährdet sieht: „Wir Kommunitarier wollen mit unseren Mitbürgern den Wandel in den

Werten, Sitten und politischen Strategien herbeiführen, der uns im gesellschaftlichen Bereich das zu tun erlaubt, was die ökologische Bewegung im Bereich der Natur anstrebt: unsere Zukunft zu sichern und zu stärken.“ (Etzioni 1995: 3)[7] Erreicht werde die Wiederherstellung von solchen Bürgertugenden über die Wiederbelebung von Gemeinschaften als *geographische* Einheiten (vgl. ebd.: 143). Nur funktionsfähige geographische Gemeinschaften könnten ein hohes Maß an sozialer Verantwortung übernehmen, eine starke Demokratie fördern und sich der Mehrheitsdiktatur und staatlichen Kontrolle widersetzen. Die *Community*, so Ronald W. Clarke (2007: 62), bilde in dieser Vorstellung das „selbstdisziplinierende, selbst-regulierenden ‚Herz der Nation'“.

Anfänglich richtete sich die kommunitaristische Position mit ihren Forderungen nach einem Mehr an Gemeinschaft sowohl gegen das wohlfahrtsstaatliche System als Entmündigungs- und Kontrollinstanz (vgl. Rose 2000: 80) als auch gegen den durch den neoliberalen Kurs geförderten Individualismus, auf einen Punkt gebracht: gegen den Staat. In der aktuellen politischen Debatte unterliegt der Kommunitarismus einer diskursiven Verschiebung und wird nunmehr von der Politik selbst in Anspruch genommen. Der Gemeinschaftsbegriff führt einen (kriminal-)politischen Expertendiskurs an und verfestigt sich zu einem professionellen Aufgabenfeld (vgl. ebd.: 81). Gemeinschaftliche Gesichtspunkte werden zunehmend unter ökonomischen Aspekten verhandelt und es wird nach den Stärken von Gemeinschaften für kriminalpolitischen Nutzen gefragt.

Insbesondere in der kommunalen Kriminalprävention wird immer wieder auf das vermeintliche Konfliktlösungspotenzial von Gemeinschaften abgehoben. Die Stärkung der Loyalität, die der lokalen Gemeinschaft gelte, könne zu einem Rückgang von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht beitragen und staatliche kriminalpolitische Intervention ergänzen, wenn nicht gar überflüssig machen. In diesem Sinne erfordere „[d]ie Kriminalitätslage und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in den Städten […] gemeinsames Denken, gemeinsames Handeln und die Übernahme gemeinsamer Verantwortung für präventive Maßnahmen“ (Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf o. J.: 2). Städte wie Frankfurt am Main werben mit kommunalen Präventionsinitiativen für die „Aktivierung und Stärkung der im Stadtteil vorhandenen Kompetenzen und Potenziale“ oder für die „Schaffung selbsttragender Bewohnerorganisationen und nachbarschaftlicher Hilfen“ (Stadt Frankfurt am Main 2009a). So hätten „Präventionsprojekte […] viel breitere Ziele als allein die

7 Dass es sich bei den beschworenen Werten und Sitten um bürgerliche Moralvorstellungen handelt, die keiner weiteren Begründung bedürfen, kennzeichnet den Kommunitarismus als bürgerliche Ideologie (vgl. Michel 2005: 108).

Bekämpfung der Kriminalität. Sie versuchen beides: Unter den Bewohnern Gruppen aufzubauen, die zur Eigenorganisation fähig sind, und zugleich die Kontrolle von Verwaltung und Polizei wiederherzustellen“ (Blankenburg 1996: 179).

Von Seiten der kritischen Sozialwissenschaft und der kritischen Kriminologie wurden mit den Schlagwörtern „Regieren durch Community“ (Rose 2000) oder „Regieren aus der Distanz“ (Garland 1997: 182, mit Bezug auf Rose und Miller 1992) analytische Perspektiven aufgezeigt, mit denen eine solche Mobilisierung von Kräfteverhältnissen und die Einflechtung gemeinschaftlichen Denkens in die Kriminalpolitik kritisch betrachtet werden können. Die Politik der Gemeinschaft zielt hiernach auf die Stärkung der lokalen Selbstregulation sozialer Probleme. Der Gemeinschaftsbegriff bekommt daher neben der psychischen auch eine politische Färbung: „Psychisch soll das in der verödeten Öffentlichkeit umherirrende Individuum Halt im Nahraum kommunitärer Kuscheligkeit finden, politisch bietet sich die Wiederbelebung der autonomen, selbstverantwortlichen *Community* als neue Form des Regierens durch extern überwachte Selbstkontrolle an.“ (Kreissl 2004: 38)

Die Übertragung von Verantwortung wirkt sich vor allem auf die Möglichkeit aus, staatliche Leistungen zu empfangen. Wenn die Solidarität kleinräumiger Gemeinschaften über soziale Inklusion oder Exklusion entscheidet, „wird ein formal für jeden Einzelnen gleiches Recht durch ein de facto sowohl personen- als auch klassenspezifisch ungleich verteiltes und bewertetes soziales Kapital substituiert. Dies bedeutet dann aber nicht nur, dass direkte staatliche Herrschaft und Kontrolle für die privilegierte Mehrheit relativiert wird, sondern vor allem auch, dass das wohlfahrtsstaatliche Versprechen allgemeiner Teilhabe und rechtsstaatlich geregelter und durchgesetzter Sicherheit an das Maß spezifischer soziokultureller Teilnahme – gemäß der hegemonialen Logik der jeweiligen sozialen Felder – gebunden wird, die der weniger privilegierten Minderheit gerade vorenthalten wird“ (Ziegler 2001: 19). Somit leisten gemeinschaftsbezogene Regierungsweisen einer Entfernung der Armen aus der Welt der ethischen Verpflichtungen Vorschub, indem die Bewohner_innen so genannter problematischer Stadtteile in ihre eigene Lokalgemeinschaft „ausinkludiert“ werden (vgl. Lindenberg und Ziegler 2005: 623). In der Konsequenz können gesellschaftliche Konflikte überhaupt nicht mehr als solche thematisiert werden (vgl. Einig et al. 2005: VII). Ursächliche Zusammenhänge der Marginalisierung werden ausschließlich in der lokalen Gemeinschaft gesucht und nicht in gesellschaftlichen und strukturellen Ausschließungsprozessen. Ein in diesem Sinne verstandener Kommunitarismus ist vor allem darauf ausgerichtet „‚Verantwortung auf die Community-Ebene zu verlagern ohne auch Kapazitäten zur Finanzierung und

demokratischen Kontrolle bereit zu stellen'. Kurz gesagt gehe es darum, die lokale Community zum geringst möglichen Preis ‚wieder ans Arbeiten zu bringen'" (Jessop 2007: 50).

An den Gemeinschaftsbegriff trägt die kritische Sozialwissenschaft darüber hinaus noch viel grundsätzlichere Kritik heran. Wer Gemeinschaften identifiziert, unterstellt zwangsläufig Gemeinsamkeiten und blendet Unterschiede aus. Wenn etwa Skogan seinem Plädoyer für eine bürgernahe Polizeiarbeit voraus-stellt, dass Gemeinwesen besorgt seien, wenn sie nicht in der Lage sind, „disorder"-Phänomene entsprechend ihren Vorstellungen zu ändern (vgl. 1990: 117), gibt er ganz selbstverständlich vor, dass es auch gemeinsame Vorstellungen gäbe. Aus dieser Sicht „wird die ‚Community' von allen negativen oder kriminogenen Eigenschaften befreit; per definitionem wird sie mit den gesetzestreuen BürgerInnen gleichgesetzt" (Pütter 1999b: o. S.). In der kriminalpolitischen Praxis hat dies zur Folge, dass Akteure, die über ein höheres ökonomisches, soziales und symbolisches Kapital verfügen, Partikularinteressen gegenüber weniger Privilegierten durchsetzen können (vgl. Holm 2001). In letzter Konsequenz mündet gemeinschaftsbezogene Kriminalprävention in die Konzentration auf die Forderungen durchsetzungsmächtiger Mitglieder, während die Interessen gesellschaftlicher Gruppen, die am gravierendsten von sozialen Problemen betroffen sind, überhört würden (vgl. Lindenberg und Ziegler 2005: 624). Für das Quartiersmanagement kann Margit Mayer (vgl. 2003) zeigen, dass häufig bestimmte Stadtteilgruppen beteiligt werden, während andere (unerwünschte) Gruppen gleichzeitig ausgegrenzt werden. Insbesondere gesellschaftliche Gruppen, die aufgrund fehlender sozialer und ökonomischer Ressourcen nicht von den Selbstbestimmungspotenzialen der Prävention Gebrauch machen können, bleibt daher der Status von gleichrangigen „Partner_innen" verwehrt (empirisch dazu Wurtzbacher 2008).

Situative Kriminalprävention

Die situative Kriminalprävention bildet neben der Aktivierung lokaler Gemeinschaften eine weitere Methode des Regierens mit Verräumlichung (differenziert dazu die Beiträge in Hirsch, Garland und Wakefield 2000). Situative Ansätze basieren auf der kriminalgeographischen Prämisse, dass eine Abhängigkeit von Kriminalität und äußeren Umständen bestehe (vgl. Killias 2005: 31). Insofern könne über die Veränderung des räumlichen Kontextes Kriminalität reduziert und menschliches Verhalten gezielt gesteuert werden. Die lokale Ebene wird somit zum bevorzugten Wirkungsbereich von Interventionsmaßnahmen.

In der Kriminalprävention kommen derzeit unterschiedliche Strategien zum Einsatz, die, stark vereinfacht, entweder Veränderungen am Menschen oder an den Situationen vornehmen, in denen Menschen sich befinden. Die ungleichen präventiven Anliegen erklären sich dadurch, dass verschiedene ätiologische Grundvorstellungen der Problemgenese zum Tragen kommen (vgl. Schmitt 2008: 231 f.). So sehen Vertreter_innen verhaltensbezogener Präventionsstrategien die Ursache für abweichendes Verhalten beim Individuum. Zur Erklärung dienen etwa biologische oder psychologische Kriminalitätstheorien (vgl. Schwind 2009: 104 ff.). Vertreter_innen positivistisch-sozialstruktureller Ansätze gehen von problematischen sozio-ökonomischen Gesellschaftsstrukturen aus, die in inversem Verhältnis zu individualisierbaren Gefährdungen stünden (vgl. Ziegler 2001: 12). Der Bandbreite situativer Strategien liegt dagegen ein Verständnis von Devianz zugrunde, die durch „falsche Reize" ausgelöst werde, die von Situationen ausgingen. Situative Kriminalprävention versucht, „Kriminalität und abweichendes Verhalten zu verhindern, indem spezifische Maßnahmen eingeführt und angewendet werden, die die Merkmale solcher Situationen beeinflussen oder verändern, in denen Delikte begangen werden können" (Lüdemann und Ohlemacher 2002: 135). Sie setzt an der „Oberfläche" (Kube, Schneider und Stock 1996: 13) an, an Situationen, Objekten und (Tat-)Örtlichkeiten, die Gelegenheiten für kriminelles Verhalten bieten könnten. Situative Prävention zielt erstens auf die Erhöhung des wahrgenommenen Aufwands (increasing perceived effort), zweitens auf die Erhöhung der wahrgenommenen Risiken (increasing perceived risks) und drittens auf die Verminderung der erwarteten Belohnung (reducing anticipated rewards) von Delikten (vgl. Clarke 2000: 100). Besonders einflussreich sind in Deutschland situative Interventionen geworden, die am physischen Raum ansetzen (für Großbritannien Crawford 2000: 196; Hughes 1998: 58 ff.). Zu ihren Maßnahmen zählen etwa die architektonische Siedlungsgestaltung unter kriminalitätsabwehrenden Gesichtspunkten, der Ausbau der sozialen und technischen Überwachung oder auch die Entschärfung so genannter Kriminalitätsbrennpunkte (vgl. die Auflistung in Heinz 2005: 11). Ziel der Veränderung von „Tatgelegenheitsstrukturen" ist es, die Eintrittswahrscheinlichkeit von kriminellen Handlungen zu minimieren.

Für dieses Vorgehen stützt sich die situative Kriminalprävention auf die Folgerungen der Kriminalgeographie. Diese basiert auf den sozialökologischen Annahmen der Chicagoer Schule, insbesondere zu „delinquency areas". In ihren Arbeiten über städtische Kriminalität aus den 1930er und 1940er Jahren versuchten Clifford R. Shaw und Harry D. McKay die unterschiedlichen räumlichen Verteilungen abweichenden Verhaltens als Ergebnis ökologischer Prozesse darzustellen (vgl. Rolfes 2003: 334). Hiernach bestehe ein Zusammenhang zwi-

schen der Raumstruktur und der Kriminalität. Die kriminalgeographische Forschung versucht diesen Zusammenhang zu erfassen, indem sie nicht nur kriminelles Verhalten in seiner raumzeitlichen Verteilung *beschreibt*, sondern gleichermaßen versucht, Kriminalität durch spezifische raumzeitliche Verbreitungs- und Verknüpfungsmuster demographischer, wirtschaftlicher, sozialer, psychischer und kultureller Einflussgrößen zu *erklären* (vgl. Schwind 2009: 312). Noch deutlicher bringt Herold (1988 [1983]: 77) die präventive Leistung der Kriminalgeographie auf den Punkt: „Kriminalgeographie hat eine Doppelnatur. Einerseits soll sie den räumlichen Anfall der Kriminalität zählen und tabellieren oder kartographisch darstellen, um die Orte zu lenken, an denen Verbrechen ihrer statistischen Wahrscheinlichkeit nach geschehen. Mich hat jedoch die andere, die präventive Seite der Kriminalgeographie noch stärker interessiert, die Frage nämlich, welche räumlichen Faktoren dafür ursächlich sind, daß es an bestimmten Orten zu Kriminalitätsmassierungen kommt. Bei näherer Untersuchung ergeben sich berechenbare Zusammenhänge zwischen den Strukturelementen eines Raumes – Geschoßflächendichte, Schaufensterdichte, Angebot an abendlichen Treffpunkten, kulturellen Begegnungen usw. – und dem kriminellen Magnetismus dieses Raumes.“

In Deutschland verbreiteten sich situative Ansätze anfangs nur zögerlich. Die Ursache hierfür liegt laut Martin Killias (2005: 37) in der „vorherrschenden Gegenposition“, die „letztlich auf einer fatalen Neigung [beruht], überall nach den ‚tiefen‘ Ursachen zu forschen, und einer entschiedenen Abneigung gegen einfache Erklärungen und Lösungen“. Die situative Prävention steht damit stellvertretend für die neoliberale Wende in der Kriminalpolitik, bei der kriminalpolitische Erfolge zunehmend an Kriterien der Effizienz gemessen werden. So gilt es als ökonomischer Vorteil, sich nicht mehr um eine Personen und deren Verhalten kümmern zu müssen (vgl. Obergfell-Fuchs 2001: 33). Die Veränderung der Anreizstruktur und das Beschneiden von Gelegenheiten bilde das rationalere, zurückhaltendere und verhältnismäßigere Konzept, solange zu wenig über individuelle Verbrechensursachen bekannt sei (vgl. Heinz 1999: 94). In diesem Sinne wertet auch die *Environmental Criminology* es als Erfolg, dass „preventive measures should try to change the ‚near‘, situational causes of crime, rather than the ‚distant‘ dispositional causes. Changing near causes is more likely to succeed in reducing crime because the link between cause and effect is more direct“ (Clarke 2008: 180).

International erfreuen sich situative Ansätze seit längerem großer Beliebtheit (vgl. Koetzsche 1996). Sie erklären Kriminalität und Abweichung mit ökonomischen Begriffen, die der Theorie der rationalen Wahl entlehnt werden (wahlweise auch dem *Routine Activity Approach* oder der *Crime Pattern Theorie*, vgl.

Clarke 2008: 178; Obergfell-Fuchs 2001: 26 ff.). Hiernach entstehe eine kriminelle Handlung (wie jede andere Handlung auch) durch einen Abwägungsprozess zwischen den subjektiven Kosten und dem subjektivem Nutzen von Handlungsalternativen (vgl. Lüdemann und Ohlemacher 2002: 51). Kriminalität wird als normaler Bestandteil von modernen Gesellschaften gefasst, in denen Mitglieder unter rationalen Beweggründen handeln (vgl. Crawford 2000: 194 f.). Thomas Feltes (2004a: 11) folgert daraus: „Der Umgang mit Kriminalität in einer Gemeinde kann und muss erlernt werden. Kriminalität gehört zu modernen Gesellschaften wie Krankheit und Arbeitslosigkeit." „Kriminelle" unterscheiden sich aus dieser Sicht nicht „wesentlich" von allen anderen Gesellschaftsmitgliedern, sondern lediglich hinsichtlich des Ergebnisses des Abwägungsprozesses. Insofern mache es, der Theorie der rationalen Wahl zufolge, für die Kriminalprävention auch keinen Sinn, an Täter_innen als Personen anzusetzen. Vielmehr müsse die konkrete Situation analysiert und manipuliert werden, in der sich Menschen für oder gegen eine Tat entscheiden.

In der Verbindung mit neuen Technologien gewinnen situative Ansätze für die kommunale Kriminalprävention zusätzlich an Bedeutung. Noch abseits des öffentlichen Interesses, zumindest in Deutschland, kommen Computerprogramme in der Polizeiarbeit zum Einsatz, die für ein rationaleres Kriminalitätsmanagement sorgen sollen – die GIS-gestützte Kartierung „krimineller Orte". Bereits Ende der 1960er Jahre ließ Herold Computerprogramme entwickeln, welche die präventive Polizeiarbeit effizienter machen und zu diesem Zweck Städtekarten bereitstellen sollten. Ziel dieser Karten war es abzubilden, „wo und zu welchen Zeiten Massierungen der Kriminalität stattfanden oder zu erwarten waren. Solche Karten waren Einsatzbefehle für die Schutzpolizei, mit den entsprechenden Kräften zu den Orten des Geschehens zu fahren, wo es passieren mußte" (Herold 1988 [1983]: 65).

Durch die zunehmende Verfügbarkeit digitaler Ortungssysteme erreichen Kriminalitätskarten in den letzten Jahren eine völlig neue Qualität der Datenerfassung, -verarbeitung und -darstellung. Sie weisen sich durch detailreiche kleinräumige Differenzierungen der Kriminaldaten sowie durch die Möglichkeit aus, durch fortlaufende Erhebungen, Veränderungen in der Kriminalitäts- und Sozialstruktur abzubilden (vgl. Luff 2004: 7). Digitale Landkarten der Kriminalität liefern in Echtzeit schnell verwertbares Wissen, auch für kartographische Laien. Mit der Anwendung geographischer Informationssysteme wird daher die Hoffnung verbunden, so genannte Kriminalitätsbrennpunkte frühzeitig zu erkennen und damit die Grundlage für taktische Führungsentscheidungen zu legen (vgl. Nommel 2002: 549). Mit Hilfe der statistisch-analytischen Funktionen der Software sollen nunmehr auch ursächliche Zusammenhänge von Kriminalität und

dem kommunalen Lebensumfeld aufgezeigt werden können (vgl. Arndt 1996: 431). Das meint, dass die EDV-gestützte kriminologische Regionalanalyse als ein Instrument betrachtet wird, mit dem sich Kriminalität nicht nur beschreiben, sondern vielmehr vorbeugen lasse. Ziel der flächendeckenden Erfassung von Unsicherheiten, Kriminalität und Abweichung sei es, die Kommune mit einem „Präventionsnetz" (Hunsicker 1993: 725) zu überziehen. Die Technologie nimmt also zum einen Einfluss auf die zeitliche Dimension der Verbrechenskontrolle, indem sie weit vor dem Eintritt einer Situation interveniert. Sie nimmt zum anderen Einfluss auf die räumliche Dimension der Verbrechenskontrolle, indem sie lückenlos den jeweiligen Präventionsbedarf für ein Gebiet ermitteln soll.

Durch die GIS-Technisierung erfährt die situative Prävention insbesondere in der anglo-amerikanischen Kriminologie besonderen Auftrieb. Im Arbeitsfeld *Crime Mapping* scheint der Einsatz von GIS zur Visualisierung, Speicherung und Prävention von Verbrechen bereits als Fahndungsinstrument der Zukunft zu gelten: „Wo überlastete Polizisten in den Metropolen täglich neue Delikte zu bewältigen haben, funktionieren die digitalen Karten als schnelle Informationsquelle. Sie geben einen Überblick, wirken inspirierend und bieten kurzfristige Fahndungsansätze" (Böhne 2006: o. S.), war z. B. bei *Spiegel Online* zu lesen. In Deutschland ist noch keine flächendeckende Anwendung geographischer Informationssysteme für die Kriminalprävention zu beobachten. Die Entwicklung in Bayern legt allerdings nahe, dass der Einsatz von GIS sich zukünftig verstärken wird. So setzt die bayerische Polizei seit 2004 das Geographische Lage-, Analyse-, Darstellungs- und Informationssystem „GLADIS" ein. „Seit 2006", so der ehemalige bayerische Innenminister Günther Beckstein (2007: o. S.), „kann so jeder der rund 32.000 bayerischen Polizeibeamten durch die automatisierte Vernetzung der polizeilichen Vorgangsdaten mit GLADIS die tagesaktuelle Kriminalität für seinen Zuständigkeitsbereich geographisch analysieren." Die Anwendung geographischer Informationssysteme in der Polizeiarbeit ermöglicht jeder legitimierten Person, ihre eigene Kriminalitätskarte in Echtzeit genau für ihren Bereich zu produzieren.

Von Seiten der kritischen Sozialwissenschaft wird der situative Ansatz mit ethischen Aspekten konfrontiert, weil er Kriminalität nicht ursächlich angeht, sondern lediglich ihre Erscheinung an einem bestimmten Ort in einer bestimmten Situation zu verhindern sucht (z. B. Rosenbaum, Lurigio und Davis 1998: 162 ff.). In der neoliberalen Programmatik dient der räumliche Zugriff der kostengünstigen und einfachen Verwaltung der städtischen Risikobevölkerung, nicht der Lösung sozialer Probleme (vgl. Belina 2007). Dies schon deshalb nicht, weil die Konzentration auf die Kommune, den Stadtteil und die Nachbarschaft – also auf öffentliche Räume – zur Folge habe, dass Kriminalität jenseits der

Sichtbarkeit, etwa häusliche Gewalt, aus dem Blick gerät (vgl. Hughes 1998: 68). Die kriminalgeographische Kartographie bringt so genannten Kriminalitätsbrennpunkten eine gesonderte Aufmerksamkeit entgegen. Sie tarnt sich als Unterstützerin für benachteiligte Quartiere und gibt vor, ihnen helfen zu wollen, „eine ‚normale' Community zu werden" (Clarke 2007: 65). Das Vorgehen beschränkt sich allerdings auf den kurzfristigen Fahndungserfolg vor Ort und reduziert damit das komplexe Phänomen der Kriminalität auf den räumlichen Aspekt als Ursache-Wirkungs-Zusammenhang. Die Normabweichung als Handlung vor Ort wird dann nicht mehr als Symptom für ein soziales Problem angesehen, sondern als das eigentliche Problem (vgl. Singelnstein und Stolle 2008: 75). In letzter Konsequenz wird damit der Raum zum Explanans, also zum Auslöser von Kriminalität erklärt (vgl. Belina 2000: 132). So führen die (neuen) kriminalgeographischen Raumstrategien zu einer radikalen Abstraktion von Täter und Opfer, die über die Abstraktionen durch die Theorie der rationalen Wahl hinausgeht. Nicht mehr konkrete Verhaltensweisen von Individuen erscheinen dann kriminell, sondern der Raum selbst, in dem abweichendes Verhalten zu Tage tritt (vgl. Belina 1999). Situative Strategien können folglich noch produktiver wirken als Regierungstechniken über Gemeinschaften. Denn „[w]ährend die individuellen Empowermentstrategien als personale Prävention und die kommunitären Formen der Prävention als soziale Prävention verstanden werden können, scheint es soziale Felder zu geben, in denen auf Empowerment verzichtet werden kann und eine Simulation sozialer Ordnung durch eine Aktivierung der lokalen Gemeinschaft an ihre Grenzen stößt. In diesen Feldern dominieren situative Präventionsstrategien, die auf die moralisierende Kontrolle partikularer Gemeinschaften verzichten und sich a-moralischer technischer Kontrollformen bedienen" (Ziegler 2001: 21).

UMBAU DES STRAF-WOHLFAHRTSKOMPLEXES

Die raumbezogenen Regierungsweisen, mit denen die kommunale Kriminalprävention die Menschen zu führen versucht, erschließen sich umfassender in der Auseinandersetzung mit den weitreichenden Veränderungen gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen. So hat die Konfrontation des Wohlfahrtsstaates mit neoliberalen Glaubenssätzen zum einen dazu geführt, dass die Kriminalpolitik heute in einem anderen Verhältnis zu ihrem Gegenstand steht, als das noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war. Zum anderen ist der Prozess der Neoliberalisierung durch einen Bedeutungsgewinn des Urbanen gekennzeichnet (vgl. Eick, Sambale und Töpfer 2007). Die kommunale Kriminalprävention kann vor die-

sem Hintergrund als eine Strategie verstanden werden, mit der sich die Kriminalpolitik als lokales Projekt für mehr Engagement, Eigenvorsorge und Selbstverantwortung neoliberal modernisiert.

Im folgenden Abschnitt möchte ich den Einfluss neoliberalen Denkens auf den Straf-Wohlfahrtskomplex skizzieren, der zu einer Verschiebung kriminalpolitischer Logiken und Programme geführt hat und der die kritische Sozialforschung von einer „Kultur allgegenwärtiger Kontrolle" sprechen lässt, „in der wir heute leben, ohne uns ihre absurden und befremdlichen Züge noch angemessen vergegenwärtigen zu können" (Günther und Honneth 2008: 9).

Kriminalpolitische Strategien stellen ein Mittel zur Sicherung und Stabilisierung von Gesellschaftsformen und Herrschaftsverhältnissen dar. In dem Maße, in dem sich Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen verändern, wandeln sich auch die dazugehörigen Kriminalpolitiken. Die in den letzten Jahrzehnten zu beobachtenden Verschiebungen der kriminal- und kontrollpolitischen Strukturen können daher in Zusammenhang mit der Krise des wohlfahrtsstaatlichen Systems gebracht werden. Das Modell wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme, das bis in die 1970er Jahre hegemonial war, ist gekoppelt an ein beständiges Wirtschaftswachstum und annähernde Vollbeschäftigung. Dies garantierte die vorherrschende fordistische Produktionsweise, die auf Massenerzeugung und -absatz beruhte. Die Sozialversicherungsleistung ergab sich aus der Unterstellung von Normalitätsannahmen. Zum einen baute sie auf der Idee des Normalarbeitsverhältnisses mit langer Beschäftigungszeit und Vollzeitarbeit auf, zum anderen auf der Normalfamilie mit einem zumeist männlichen Ernährer und abhängigen Familienmitgliedern (vgl. Bleses und Rose 1998: 53 ff.). Die Aufgabe des keynesianischen Wohlfahrtsarrangements bestand darin, diesen Soll-Zustand zu sichern und soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter durch Versicherungsleistungen und Regulation präventiv zu reduzieren (vgl. Lindenberg und Ziegler 2005: 618). Die öffentlichen Fürsorgestrukturen und Sozialversicherungen bezogen sich auf die Bevölkerung als statistisch berechenbare Einheit. Individuelle Freiheiten wurden zugunsten der Sicherung der industrie-kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsweise beschränkt (vgl. Kessl und Krasmann 2005: 230).

Vor diesem Hintergrund begegnete der fordistische Wohlfahrtsstaat kriminellen Verhaltensweisen und der Abweichung von sozialen Normen mit Mechanismen, die der dauerhaften Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt dienen sollten. Freiheitsentzug zielte auf die moralische Besserung und Resozialisierung des Gefangenen ab (vgl. Foucault 1976 [1975]: 346 ff.). Das Gefängnis galt als notwendige, aber diesem Zweck kontraproduktive Institution, so dass Alternativen zur Inhaftierung, wie Geldstrafen, Bewährung und gemeinnützige Arbeit,

von den Regierungen geschaffen wurden (vgl. Garland 2008 [2001]: 60). Kriminalität erklärte die Kriminologie hauptsächlich durch soziale Deprivation, was mangelnde Bildung, ungünstige familiäre Sozialisation oder schlechte Arbeitsmarktchancen umfassen konnte (vgl. ebd.: 62). Kriminelle galten demnach als Opfer nachteiliger gesellschaftlicher Verhältnisse. Insofern waren Präventionsprogramme von dem Gedanken der Wiedergutmachung und durch Versöhnlichkeit gegenüber Menschen gekennzeichnet, die der Normalitätsreferenz nicht entsprachen. Dies allerdings zum Preis normierender Normalisierung, Beeinflussung und Veränderung von Differenz (vgl. Lindenberg und Ziegler 2005: 619), denn die präventive Kontrolle in den Institutionen Familie, Schule und Fabrik diente der Sozialdisziplinierung und hatte zum Ziel, nomozentristische Subjekte hervorzubringen (vgl. Ziegler 2001: 13).

Seit den 1970er Jahren befindet sich der Straf-Wohlfahrtskomplex in Deutschland in einer Krise. Ende der 1960er Jahre stiegen Arbeitslosen- und Inflationsraten in den kapitalistischen Ländern deutlich an, begleitet von schrumpfenden Steuereinnahmen und ansteigenden Sozialausgaben. Die Krise der politisch-ökonomischen Organisation des „embedded liberalism" (Harvey 2007: 20 ff.) hatte für die Gesellschaftsmitglieder extreme Auswirkungen. In der Folge fiel ein Teil der Bevölkerung aus der Erwerbsarbeit und somit auch aus den sozialen Sicherungssystemen dauerhaft heraus (vgl. Singelnstein und Stolle 2008: 30). Vor diesem Hintergrund wich auch der optimistische Anspruch der wohlfahrtsstaatlichen Präventionslogik und die Unterstützung für das Resozialisierungsideal einem massiven Pessimismus gegenüber ihrer Effektivität (vgl. Lindenberg und Ziegler 2005: 619).

Zu den sozialen Unsicherheiten kam ein enormer Anstieg der Kriminalitätsraten. Für die USA und Großbritannien zeigt David Garland, dass die veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse dazu führten, dass sich Kriminalität zu einem normalen gesellschaftlichen Tatbestand entwickelte. Steigende Kriminalitätsraten stellten die strafrechtliche Moderne zunehmend in Frage und zerstörte in der Bevölkerung das Vertrauen in die Fähigkeit der Strafjustiz, die ansteigende Kriminalität zu kontrollieren (vgl. 2008 [2001]: 201 ff.). Die Entwicklung hin zu einer Gesellschaft, die sich an eine hohe Kriminalitätsbelastung gewöhnt hat, veranlasst Garland (2004) dazu, die USA und Großbritannien als „High Crime Societies" zu fassen. Kriminalität wurde zunehmend als Massenphänomen wahrgenommen. Galten bis dahin fast ausschließlich mangelhaft sozialisierte Jugendliche aus ärmeren Schichten in räumlicher und sozialer Distanz als von Kriminalität betroffen, wurden Normerosion und Unordnung („incivilities") zunehmend auch im alltäglichen Leben der Mittelschicht sichtbar. Ansteigender Wohlstand löste in der Bevölkerung einerseits die Vorstellung aus,

dass man eher Opfer eines Verbrechens werden könnte. Andererseits machte sich ein Gefühl des Kontrolldefizits breit, sowohl im Bereich der staatlichen Schutzaufgaben als auch im Bereich der alltäglichen sozialen Kontrolle.

Beide Entwicklungen, die Krise der politisch-ökonomischen Organisation sowie die veränderte Wahrnehmung der Kriminalität durch die Bevölkerung hatten zur Folge, dass die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme um neue Regierungsprogramme ergänzt wurden. Diese stellen nicht mehr den Schutz des Einzelnen vor sozial verursachten Problemen in den Mittelpunkt, sondern den Schutz der Gesamtheit und ihrer Ressourcen vor dem Einzelnen (vgl. Dollinger 2006a: 153). Das trifft auch auf die deutsche Sozial- und Kriminalpolitik zu. Dominierte lange Zeit das reaktive Präventionsverständnis des klassischen Strafrechts, wonach angedrohte Sanktionen potenzielle Täter von der Begehung von Straftaten abhalten sollten, formuliert die „neue" präventive Kriminalpolitik ein weiteres Anliegen: Aus einer angebotsorientierten ökonomischen Logik strebt sie nach der umfassenden Mobilisierung kommunaler Akteure für die Effizienzsteigerung sozialer Kontrolle und für die Steigerung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung (vgl. Sack 1995: 436 ff.).

Typisch für neoliberale Gesellschaften ist eine Form der Kontrolle, die weder mit Repression noch mit fürsorgerischem Interventionismus operiert, sondern vielmehr darauf abzielt, Gesellschaft so rentabel und leistungsfähig wie möglich zu gestalten und das, was diesem Anspruch nicht genügt, zu marginalisieren (vgl. Castel 1983: 68). Die Ideologie des Neoliberalismus geht davon aus, „dass man den Wohlstand der Menschen optimal fördere, indem man die individuellen unternehmerischen Freiheiten und Fähigkeiten freisetzt, und zwar innerhalb eines institutionellen Rahmens, dessen Kennzeichen gesicherte private Eigentumsrechte, freie Märkte und freier Handel sind" (Harvey 2007: 8). Die veränderten Vorgehensweisen der Kriminalpolitik weisen Züge solcher neoliberalen Freiheitsideologien und neoklassischen Ökonomiemodelle à la Hayek und Friedman (vgl. Kessl und Krasmann 2005: 233) auf und begegnen der Kriminalität in Form pragmatischer Strategien des Problemmanagements (vgl. Lehne 1998: 113). Auch die sozialen Sicherungssysteme werden folglich zunehmend der Marktlogik unterworfen (vgl. Butterwegge, Lösch und Ptak 2008: 176 ff.).

Vor diesem Hintergrund identifiziert Garland (vgl. 2004: 57) zwei Tendenzen, welche die gegenwärtigen Verschiebungen im Straf-Wohlfahrtskomplex charakterisieren. Zum einen die Verschärfung des Strafrechts und ein härteres Durchgreifen der Strafjustiz (Strategie souveräner Staatlichkeit), zum anderen marktförmige Problemlösungen und private Strategien der Kriminalitätsvorbeugung (adaptive Strategien). Verschärfungen des Strafrechts sind auch in Deutschland zu beobachten. So brachte seit den 1990er Jahren die Politik der

Inneren Sicherheit in rasanter Geschwindigkeit „[n]eue Straftatbestände, reduzierte Strafbarkeitsvoraussetzungen, erhöhte Strafrahmen, verschärfte und erleichterte Sanktionierungen im materiellen Strafrecht“ hervor (Hassemer 1998: 796). Für die kommunale Kriminalprävention fällt allerdings die als „adaptiv“ bezeichnete Strategie stärker ins Gewicht (auch wenn in den Kommunen Satzungsverschärfungen vorgenommen werden). So überträgt der Staat einen Teil der Verantwortung für die Sicherheitsgewährleistung zusehends auf die Zivilgesellschaft und private Akteure und motiviert auf lokaler Ebene für ein gemeinschaftliches Vorgehen gegen Kriminalität (vgl. Garland 2004: 38). Die Kommune nutzt die „Bildung hybrider Organisationen, die die alten Grenzen von öffentlichem und privatem Leben überschreiten; ferner die Aktivierung von vorbeugenden Maßnahmen auf Seiten der Kommunen, der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger; und schließlich eine Neudefinition der Ziele und Praktiken in den Organisationsapparaten der Polizei, der Bewährungshilfe und der Gefängnisse. Regierungen haben begonnen, solche adaptiven Reaktionen zu entwickeln und neue Infrastrukturen für die Kriminalprävention und für die Beziehung zwischen Polizei und Bürgern (*community policing*) durch Strategien der kommunalen Kriminalprävention aufzubauen“ (ebd.).

Zu diesem Prozess zählt insbesondere der neue Stadtteilbezug in der Sozial- und Kriminalpolitik, der sich in der kommunalen Kriminalprävention paradigmatisch abbildet. Denn im Sinne der politischen Ökonomie gelten raumbezogene Maßnahmen als effizienter und sehr viel effektiver für die Führung von Bevölkerung (vgl. Jessop 2007: 42). Im Vergleich zu anderen neoliberalen Sicherheitsprogrammen, die derzeit in den Städten wirksam werden, mag die kommunale Kriminalprävention vergleichsweise nachrangig erscheinen. Sie ist jedoch ein spezialisierter Mechanismus, der die Bevölkerung mittels vieler in das alltägliche Leben eingestreuter Maßnahmen in präventivem Verhalten anlernt und zu freiheitlicher Selbstkontrolle und Optimierung der eigenen Sicherheit antreibt.

Durch den Einfluss der Ökonomie auf kriminalpolitisches Denken und Handeln, wodurch auch das Soziale zusehends auf das Ökonomische umcodiert wird (vgl. Ziegler 2001: 14), veränderte die Kriminologie ihren Blick auf Kriminalität und auf den Kriminellen. Kriminalität wird fortan auch gefasst als ein Ereignis, „das keiner Motivation oder Disposition, keiner Pathologie oder Abnormität bedarf“, sondern einen normalen, allgemein verbreiteten Aspekt moderner Gesellschaften darstellt (Garland 2008 [2001]: 63). An abweichendem Verhalten interessieren dann nicht mehr die Sozialisationsbedingungen des einzelnen Täters, sondern vielmehr die situativen Reize, die eine Tat begünstigen oder unattraktiv machen. Für eine Kriminalpolitik, die situative Aspekte von Kriminalität ins Zentrum kriminalpräventiver Bemühungen stellt und nicht den Täter, verliert

das wohlfahrtsstaatliche Prinzip der Resozialisierung an Bedeutung. An seine Stelle treten die Strafziele der Vergeltung, Unschädlichmachung durch Freiheitsentzug und das Risikomanagement (vgl. ebd.: 50).

PRÄVENTION ALS RISIKOMANAGEMENT

Im neoliberalen Staat tritt an die Stelle wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme ein marktförmig organisiertes Risikomanagement. Ein Kernziel neuer Wohlfahrtsregime besteht darin, „die Verantwortung für gesellschaftliche Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut etc. und das (Über-)Leben in Gesellschaft in den Zuständigkeitsbereich von kollektiven und individuellen Subjekten (Individuen, Familien, Vereine etc.) zu übertragen und zu einem Problem der Selbstsorge zu transformieren“ (Lemke 2000: 38). Die Individualisierung und Privatisierung von Risiken bilden für den Neoliberalismus zentrale Regierungsmittel. Das Risiko geht jedoch nicht in neoliberalen Wohlfahrtsregimen auf, sondern hat vielmehr eine eigene Geschichte, die sich in der kommunalen Kriminalprävention sozialräumlich artikuliert.

Prävention, verstanden als ein Umgang mit dem Risiko, entwickelte sich mit der Vorstellung, dass das Gesellschaftliche kontingent sei und nicht Naturnotwendigkeiten oder einem gottgewollten Schicksal unterliege. Mit der Kontingenz des Gesellschaftlichen eröffnet sich die Möglichkeit, bestehende Verhältnisse zu verändern. Veränderungen in der Gegenwart haben allerdings einen offenen Ausgang in der Zukunft. Sie weisen neben dem Aspekt der positiven Erweiterung von Handlungsoptionen immer auch eine ungewisse Seite auf: „Nur weil, was sein wird, immer auch anders sein könnte, ist es durch vorbeugendes Handeln beeinflussbar; nur weil das Kontingente immer auch das Bedrohliche, Nicht-Gewollte einschließt, ist vorbeugendes Handeln nötig.“ (Bröckling 2008: 39) Das ungewisse Moment, das in der Veränderung liegt, bringt die Präventionsidee auf den Plan und macht sie zu einem zentralen Handlungsprinzip der Zukunftsgestaltung: Prävention hat die Aufgabe, Kontingenz zu bändigen (vgl. Lindenberg und Ziegler 2005: 617).

Auf Kontingenzen kann Prävention jedoch nicht unmittelbar einwirken, da es an einer konkreten Angriffsfläche mangelt. Sie benötigt ein Konstrukt, das den Handlungsrahmen vordefiniert. Diese Aufgabe erfüllt die Risikokalkulation. Die Erzeugung von Risiken bildet nach Ulrich Beck eine zentrale Charakteristik der späten Industriegesellschaft (vgl. Evers und Nowotny 1987: 32). Hier begegnet der moderne Mensch der Ungewissheit, die im Kontingenten liegt, mit dem Begriff des Risikos. Es dient ihm als „Objektivierungsprinzip sozialer Probleme,

die nur dann gelöst werden können, wenn sie als Risiken gefaßt werden" (Ewald 1993: 22). Da es unmöglich ist, Zukünftiges vorwegzunehmen, sind Risiken zwar unvermeidbar (vgl. Kneer und Nassehi 1993: 169), im Gegensatz zu Gefahren aber nicht unbeherrschbar. Hat die Gefahr immer nur als Behauptung Bestand, da ihr Beweis erst im Nachhinein erbracht werden kann (vgl. Castel 1983: 53), lässt sich das Risiko im Vorhinein berechnen. Hierfür werden „abstrakte Daten oder *Faktoren*, die das Auftreten unerwünschter Verhaltensweisen mehr oder weniger wahrscheinlich machen, zueinander in Beziehung gesetzt" (vgl. ebd.: 59, Hervorhebung im Original). Die Transformation von Gefahren in Risiken ist damit untrennbar verbunden mit der Geschichte der Datenerhebung und -verarbeitung, der Statistik und der Wahrscheinlichkeitsrechnung (vgl. Bröckling 2008: 44). Was jetzt als individuelles oder soziales Problem erscheint, ist „nicht mehr Produkt von Gefahren, die der Vorsehung, dem Schicksal und anderen, dem menschlichen Zugriff entzogenen Mächten entspringen, sondern auf Handlungsentscheidungen zurückzuführende Risiken" (Lindenberg und Ziegler 2005: 612).

Erst in der Logik der Übersetzung von kontingenten Gefahren in kalkulierbare Risiken macht die Prävention folglich Sinn. Denn mit der Entdeckung des Risikos bleibt die Verwirklichung einer Bedrohung nicht mehr dem Zufall überlassen. Insofern erscheint das Handlungsprinzip folgerichtig, bereits im Vorfeld eines statistisch möglichen Schadenseintritts einzugreifen (vgl. Singelnstein und Stolle 2008: 62). Durch die Risikofaktoren-Forschung wird der Mensch erst in die Lage versetzt, sein eigenes Risiko kennenzulernen, abzuwägen und ihm durch vorbeugende Maßnahmen zu begegnen. Denn sie kann prinzipiell alles, was sich nach statistischen Gesichtspunkten aufbereiten lässt, hinsichtlich seiner Abweichung von Normalverteilungen bewerten und auf dieser Grundlage zur Angriffsfläche präventiven Handelns machen (vgl. Bröckling 2008: 43).

In dem Maße, in dem die Risikokalkulation zu einem zentralen Handlungsprinzip moderner Gesellschaften wird, wird der Begriff der Prävention bestimmend für die staatliche Sicherheitsverantwortung (vgl. Huster und Rudolph 2008: 14). Die Präventionsidee entwickelte sich mit dem Aufkommen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Kriminalitätsrisiken und der Entwicklung von Kriminalitätstheorien. Mit der Kriminologie wurde im 18. Jahrhundert eine Disziplin geschaffen, die auf das Erklären kriminellen Verhaltens angelegt war und aufgrund ihres positivistischen Zuschnitts als Erklärungsergebnis statistische Wahrscheinlichkeiten hervorbrachte (vgl. Kunz 2008: 10 ff.). Indem die Kriminologie die Ursachen von Kriminalität in Risikofaktoren übersetzen konnte, ließ sich auch deren Management präventiv versuchen. Zum einen in Form der primären Prävention, die sich auf die grundlegende gesellschaftspolitische

„Regulation sozialer und klassenmäßiger Konflikte [konzentriert], die normalisierend auf eine spezifische Form gesellschaftlicher Reproduktion zielt" (Böllert 1992: 161, zitiert nach Ziegler 2001: 11). Für das neoliberale Risikomanagement sind jedoch zum anderen sekundäre Präventionsstrategien kennzeichnend, welche die Risikoquelle in Situationen und an Orten unterstellen. Kommunale Kriminalprävention erweist sich vor diesem Hintergrund als eine skalierte Form der sozialstaatlichen Risikoregulation (vgl. Lindenberg und Ziegler 2005: 612).

In der sozialwissenschaftlichen Forschung werden insbesondere zwei problematische Effekte des neoliberalen Risikomanagements diskutiert. Erstens entwickle die Prävention durch die Techniken der Aktivierung und Selbstoptimierung ein ambivalentes Verhältnis zum Subjekt. So ist die Prävention einerseits „mit der Auflösung des Begriffs des *Subjekts* oder des konkreten Individuums verbunden, der durch einen Komplex von *Faktoren*, die Risikofaktoren ersetzt wird" (Castel 1983: 51, Hervorhebung im Original, vgl. Bröckling 2008: 45). Und „[a]ndererseits machen vorbeugende Strategien gerade die Seite des Subjekts stark und inaugurieren es als selbstverantwortlichen und kompetenten Agenten seines eigenen Lebens" (Bröckling 2008: 45). Die Kriminalpolitik richte sich neu aus und mache soziale Sicherheitsbemühungen zunehmend zu persönlichen: „Sukzessive zeichnen sich Kontrollformen ab, die sich von Versuchen der direkten Formung des Individuums verabschieden und versuchen, es als rationalen und eigenverantwortlichen Unternehmer seiner selbst zu rekonzeptionalisieren." (Ziegler 2001: 16) Strukturell verursachte soziale Probleme werden in individuelles Fehlverhalten und Subjektqualitäten umgedeutet (vgl. Dollinger 2006b: 12). Im Falle des Schadenseintritts kann und soll somit auch die Verantwortung dem individuellen Menschen aufgebürdet werden (vgl. Frehsee 2001: 52). Für die neue Kriminalpolitik hängt der Erfolg von Prävention daher zunehmend davon ab, inwieweit das Individuum für die persönliche Risikovorsorge aktiviert werden kann.

Zweitens befördere präventives Risikomanagement, dass immer weiter von konkreten Rechtsgutverletzungen abgesehen werde. Im Strafrecht greift dieses Prinzip der Vorverlagerung, indem nicht mehr nur eine konkrete Tat einen polizeilichen Eingriff veranlasst. Vielmehr streben die neuen Sicherheitsgesetze danach, den Zeitpunkt des Eingreifens weit vor den Eintritt einer kriminellen Handlung zu verlagern. Dies bringt eine grundsätzliche Veränderung des Blicks auf den (straffällig werdenden) Menschen mit sich. Die Vorverlagerung staatlicher Eingriffsbefugnisse als auch sozialkontrollierender Maßnahmen stellen prinzipiell jeden Menschen unter Verdacht. Menschen werden folglich mit Verhaltensnormierungen konfrontiert, obwohl sie ein Fehlverhalten noch gar nicht gezeigt haben (vgl. Dollinger 2006a: 147). Die Vorfeldkriminalisierung von

Gefährdungshandlungen birgt Frehsee (1999: 16, Hervorhebung im Original) zufolge sogar die Gefahr, dass „die Unschuldsvermutung durch Ansätze zur Beweislastumkehr erodiert; Massenfilterungsverfahren der Raster-, Schleier-, Schleppnetzfahndung oder Massengenomanalysen dienen nicht mehr der Ermittlung von Schuld, sondern von *Unschuld*, indem der in das Zielraster geratene Bürger nun von sich aus aktiv werden muß, um den Unschuldsstatus wiederherzustellen". Im Präventionsstaat drehe sich die Betrachtung der Bürger_innen um. Jeder Einzelne gilt als Risikofaktor für die Sicherheit aller, keiner ist mehr prinzipiell unverdächtig, sondern jeder ist potenziell verdächtig (vgl. Prantl 2007: o. S.).

ÜBERGANG I

Mit der finalen Erzählung der kommunalen Kriminalprävention als Strategie des neoliberalen Risikomanagements ist ihre empirische Analyse inhaltlich vorbereitet. Kommunale Kriminalprävention präsentiert sich in diesem Stadium der Arbeit (je nach Perspektive) als eine Geschichte der Kriminologie, der Ökonomie, der Pädagogik, sogar der Geographie. Neben der inhaltlichen Aufbereitung verfolgte das Kapitel das Anliegen, die alltagweltliche Vertrautheit zu verwerfen, in der uns die kommunale Kriminalprävention gegenübertritt. Ich ging auf Abstand zu der Ansicht, dass sie sich durch gute Gründe rechtfertigen ließe, dass sie die sanfte Form aktueller Kriminalpolitik bilde. Ich verwarf entgegen meines alltagsweltlichen Vorverständnisses die Vorstellung, dass sie allein den seriösen Umgang mit Kriminalität und Unsicherheit in modernen Gesellschaften darstelle, weil sie Kriminalität zu bekämpfen versucht, bevor sie entsteht. Zu diesem Zweck verwies ich auf die Pfadabhängigkeiten und neoliberalen Denkweisen aktueller Kriminalpolitiken. Zusammengefasst: Die hier eingenommene Perspektive begegnete der Kriminalprävention bereits mit Skepsis und war geprägt von der Vorstellung der Bedingtheit kriminalpräventiven Wissens.

Eine solche Betrachtung bleibt allerdings oberflächlich und dient nur begrenzt einer prinzipiellen Problematisierung hegemonialen Wissens, wenn sie lediglich zu zeigen vermag, dass die kommunale Kriminalprävention einen kontingenten Wissenstyp in der aktuellen Kriminalpolitik bildet. Die hier getroffenen Aussagen geben keine Antworten auf das, was kommunale Kriminalprävention ist. Sie sind vielmehr der Ort, von dem aus eine Reihe neuer Fragen aufgeworfen werden: Warum diese Instanzen und keine anderen? In welcher Beziehung stehen sie zueinander und in welcher Beziehung stehen wir zu ihnen? Welche Effekte gehen von ihr aus? Und in der Hauptsache: Welches abgegrenzte

Ganze glaube ich auf diese Weise überhaupt umschrieben zu haben (vgl. Foucault 1981 [1969]: 65)? Was die Darlegung kommunaler Kriminalprävention daher nicht vermag, ist die Bezüge freizulegen, welche ihre Privilegierung gegenüber anderen Wissensinhalten am Leben erhalten, und zwar die Privilegierung des Lokalen als auch die Privilegierung der Prävention insgesamt. Letztlich eröffnet sich nur die Alternative, innerhalb dieses Wissensfeldes Position zu beziehen und zwischen den unterschiedlichen Rechtfertigungen abzuwägen. Denn ich konnte zwar auf einige unmittelbar sichtbaren Widersprüche und problematischen Effekte der kommunalen Kriminalprävention hinweisen, die sich vorrangig aus dem Spannungsfeld von konzeptionellen und praktischen Fragen ergeben. Was ich jedoch noch nicht beantworten konnte, ist meine zentrale Fragestellung: Auf welche Weise gelingt es der kommunalen Kriminalprävention, trotz ihrer augenfälligen Widersprüche, derart unhintergehbar unseren Alltag mitzubestimmen? Oder anders: Wie erreicht sie es, uns ins Vertrauen zu ziehen? Angenommen also, es gibt die kommunale Kriminalprävention nicht als folgerichtige „Idee von bestechender Vernünftigkeit“ (Heinz 2005: 9), welche andere Geschichte lässt sich dann anhand der verschiedenen Praktiken schreiben, die sich um die unterstellte Sache der kommunalen Kriminalprävention gruppieren (vgl. Foucault 2006 [1978-1979]: 16)? Und vor allem, wie lässt sich diese schreiben?

Gesucht ist darum ein Instrumentarium, das es ermöglicht, die Kriminalprävention in ihren Bezügen reichhaltiger zu erschließen. Das folgende Kapitel ist daher zu allererst Suche nach einer konzeptionellen Perspektive, mit der ich eine Stufe der Problematisierung meines Gegenstands erreiche, auf welcher sich ganz grundsätzlich Kritik an einem aktuellen Wissenstyp und Steuerungsprinzip üben lässt. Das heißt, ich werde im Anschluss an dieses Kapitel für einige Zeit auf Abstand zu meinem Gegenstand gehen. Im Gegenzug nähere ich mich der Theorieschreibung an, um anschließend eine pointiertere Geschichte der kommunalen Kriminalprävention zu versuchen. Die bis hier gebotene Erzählung bildet folglich nicht das Ergebnis, sondern den notwendigen Bezugspunkt für die Theoriebildung als auch den Ankerpunkt der empirischen Neubeschreibung. Die hier geschaffene Einheit kommunale Kriminalprävention ist unabdingbar, „um sie sogleich der Frage zu unterziehen; um sie zu entknüpfen und um zu erfahren, ob man daraus nicht andere rekonstruieren muß; um sie in einen allgemeinen Raum zu stellen, der, indem er ihre scheinbare Vertrautheit auflöst, erlaubt, ihre Theorie zu bilden“ (Foucault 1981 [1969]: 41). Jetzt gilt es eine Theorie zu finden, die mir erlaubt, das Wahrheitsspiel der kommunalen Kriminalprävention anders zu spielen (vgl. Foucault 2005 [1984]: 895).

2 Das Wahrheitsspiel anders spielen

Im Vertrautheiten-Verwerfen haben die Sozialwissenschaften in den letzten Jahrzehnten eine gewisse Routine erlangt. Auf diese Entwicklung haben insbesondere die Arbeiten Foucaults nachhaltig Einfluss genommen. So hat sein unnachgiebiges Infragestellen normalisierender und wahrheitsproduzierender Diskurse mithilfe des Analyserasters des „Macht-Wissens“ (Foucault 2002 [1972]: 486) die Betrachtung von Gesellschaft und Raum maßgeblich verändert. Foucault zufolge erschafft die „Ausübung der Macht [...] ständig Wissen und umgekehrt, das Wissen hat Machtwirkungen zur Folge. […] Es ist nicht möglich, dass die Macht ohne Wissen ausgeübt wird, es ist nicht möglich, dass das Wissen keine Macht erzeugt“ (2002a [1975]: 930). Mit seinem Konzept des Wissens bricht Foucault mit dem wissenschaftlichen Verständnis von Erkenntnis. Vielmehr rückt er die diskursiven Praktiken der Wissenschaft selbst, die ein Wissen bilden, ins Zentrum der Analyse (vgl. Foucault 1981 [1969]: 258 ff.). Dieser (wissenschaftlichen) Wahrheitsproduktion stellt Foucault eine weitere Form produktiver Macht an die Seite, die „Verfahren und Methoden individueller Dressur“ (Lemke 1997: 120), die mikrophysikalischen Machtpraktiken. Mit ihnen fasst er die vielen kleinteiligen Taktiken alltäglicher Auseinandersetzung, in denen ein spezifisches Wissen angewendet und (re-)produziert wird. In der Neubestimmung des Verhältnisses von Macht und Wissen liegt der analytische Gewinn für meine Untersuchung der kommunalen Kriminalprävention, nämlich „gegen eine bestimmte Konzeption der Beziehungen zwischen Macht und Wissen Stellung zu beziehen, die uns permanent auf ihre Identität oder Opposition verpflichten will. Diesen Zwang macht Foucault selbst zur Analyse“ (ebd.: 98).

Gemeinhin werden die Arbeiten Foucaults in den Sozial- und Geisteswissenschaften für ihre „poststrukturalistische Philosophie“ gewürdigt (Moebius und Reckwitz 2008; Münker und Roesler 2000; Stäheli 2000; für die Geographie: Soja 1989). Mit dem Begriff des Poststrukturalismus wird eine Art des Denkens

zusammengefasst, die sich in Frankreich ab den 1960er Jahren entwickelt habe[1] und mit den Überzeugungen und der Methode des sprachwissenschaftlichen Strukturalismus kritisch auseinandersetze (vgl. Münker und Roesler 2000: VIII). Folgt man dieser Begriffsbestimmung, sei den poststrukturalistischen Theoretiker_innen ein Aufgreifen des sprachtheoretischen Differenzparadigmas eigen, das als kritischer Einspruch gegen totalisierende Tendenzen philosophischer Theorien (vgl. ebd.: X) und paradigmatisch in der Konstatierung des Zerfalls der großen Erzählungen der Moderne (vgl. Lyotard 1994 [1979]) weitergeführt wurde. Poststrukturalist_innen lehnten im Gegensatz zum Strukturalismus die Existenz überzeitlicher Strukturen ab und verwiesen im Gegenzug auf die Bedingtheit jeglichen Wissens. Der Poststrukturalismus frage daher auch nicht nach den Ursprüngen von Wissenssystemen, sondern nach ihren Entstehungsbedingungen, „nach den Mechanismen diskursiver und semiotischer Stabilisierung und Destabilisierung, nach der Subjektivierung von Körpern und Psychen, nach der gesellschaftlichen Produktion von Differenzmarkierungen und Ausschlußmechanismen, nach kulturellen Intertextualitäten und Kulturkämpfen“ (Moebius und Reckwitz 2008: 9). Mit diesen Interessensgebieten erlange die poststrukturalistische Perspektive gesellschaftstheoretische Relevanz: Sie entlasse aus totalisierendem Denken und verweise im Gegenzug auf die diskursive Konstitution gesellschaftlicher Phänomene (vgl. Stäheli 2000). Für die Sozialwissenschaften und daher auch die Geographie gewann der Poststrukturalismus als konzeptioneller Rahmen in den letzten Jahren eine immer stärkere Bedeutung. Poststrukturalistische Soziologien und Geographien betonen das Scheitern von Sinnprozessen (z. B. Stäheli 2000: 8) und die Kontingenz aller Wahrheiten und sozialer Wirklichkeiten (z. B. Glasze und Mattissek 2009a: 13).

Die Arbeitens Foucaults in eine solche (von den Sprachwissenschaften inspirierte) Lesart des Poststrukturalismus zu verorten, ist nicht ganz unproblematisch. Wenn sich poststrukturalistische Soziologien und Geographien vorrangig an der Frage nach der diskursive Konstitution gesellschaftlicher Phänomene abarbeiten, besteht die Gefahr, in eine der Beliebigkeit ausgesetzte Gegenüberstellung konkreter Machtverhältnisse zu münden, bzw. Machtverhältnisse als solche gar nicht mehr benennen zu können. Die Problematisierung von Machtwirkungen ist allerdings exakt jener Anspruch, den Foucault an seine Arbeiten stellt und der auch für meine Analyse der kommunalen Kriminalprävention

1 Die Kanonisierung vieler ab dieser Zeit entstehender Arbeiten in die Liste „post“-strukturalistischer Werke ist dem Umstand geschuldet, „dass der Term Poststrukturalismus selbst, obwohl er eine Strömung französischer Theorie bezeichnet, eine angelsächsische und deutsche Erfindung ist“ (Žižek 1991: 142, zitiert nach Angermüller 2007: 10).

wichtig wird. Im folgenden Kapitel sollen daher die „poststrukturalistischen Spielregeln“ nachverfolgt und auf ihre Reichweite zur Analyse meines Gegenstands überprüft werden. Ich nehme vorweg, dass mit ihnen viel erklärt werden kann, sie jedoch für sich allein genommen für die Erfassung der kommunalen Kriminalprävention unzureichend sind. Denn aufgrund der Dynamik der Ein- und Ausschließung von Menschen, welche die Kriminalprävention kennzeichnet, erscheint eine solche Perspektive allein unangemessen und macht ein machtanalytisches Korrektiv unabdingbar. Daher wird anschließend das sprachtheoretisch argumentierende poststrukturalistische Inventar um die Foucault'schen Begriffe Wissen, Macht und Subjekt analytisch angereichert. Foucaults scharfsinnige Formulierungen sollen nicht nur nacherzählt, sondern für die Feldarbeit fruchtbar gemacht werden.

Eine machtanalytische Rückbindung meines Gegenstands stellt die vielen mikrophysikalischen Kräfteverhältnisse ins Zentrum. Im Umkehrschluss soll der oben beschriebene poststrukturalistische Blick die allzu lineare Einordnung der Kriminalprävention in das Feld neoliberaler Regierungsformen relativieren. Denn die Kriminalprävention machtanalytisch als in sich geschlossenen Bestandteil des gegenwärtigen Sicherheitsdispositivs zu akzeptieren, entwirft „das Bild der Herrschaft so homogen und integriert, dass es schwierig wird, überhaupt noch Ansatzpunkte für politischen Widerstand zu formulieren. Die einzige Alternative, die sich in dieser Perspektive noch stellt, ist die zwischen einer (erfolgreichen) Implementation eines Programms und seinem Scheitern. Kämpfe und Widerstände finden dann nur ‚zwischen‘ Programmen und ihren Implementationen statt, gehen aber nicht in die Programme bzw. Implementationen selbst ein“ (Lemke 2000: 42). Es erscheint daher unumgänglich, neben den Kohärenzen, welche die Kriminalprävention erfolgreich machen, auch die Ambivalenzen herauszuarbeiten, die sie als Einheit bedrohen. Die Einnahme beider Blickwinkel – des machtanalytischen und des poststrukturalistischen – soll mich dazu befähigen, eine Geschichte der Kriminalprävention zu erzählen, die sowohl ihre steuernden Mechanismen innerhalb eines neoliberalen Regimes als auch die Konstruiertheit sozialer Ordnungen in den Blick bekommt.

Wer die Diskussion um die Arbeiten Foucaults, den Poststrukturalismus und seine Methoden in den Sozialwissenschaften verfolgt, trifft im deutschsprachigen Raum seit einigen Jahren auf eine dynamische Forschungssituation. Hier stechen zählbar und mit ihrem Konkretisierungsgrad sprach- und diskursanalytische Konzeptionen hervor. Die unterschiedlichen Ansätze der Diskursanalysen erweisen sich je nach Spielart als flexible Synthese aus sprachwissenschaftlichem Strukturalismus und Hermeneutik, als Synthese empirischer und theoretischer Wissenschaft, schließlich als Synthese aller möglichen Theorien mit den

Konzepten Foucaults. Wie Brigitte Kerchner (2006: 34) für die Politikwissenschaft diagnostiziert, wurde auch das Selbstverständnis der Geographie „durch einen *discursive turn* herausgefordert, in dem die Sprach- und Kulturwissenschaften ein Wort mitzureden haben". In diesem Sinne fließt in viele aktuelle Arbeiten ein breites Spektrum an sprachwissenschaftlichem Vokabular und sprachanalytischen Instrumentarien ein, die sich unter der Bezeichnung Diskursanalyse und dem Bedürfnis nach neuen Denkangeboten vereinen. Ich werde mich einige Zeit mit den unterschiedlichen Spielarten der Diskursanalyse auseinandersetzen, um auch hier wieder das – diesmal methodologische – Potenzial für meine Analyse zu bestimmen und um ein Werkzeug Foucaults zu ergänzen.

Neben der theoretischen und inhaltlichen Schärfung bietet die Bezugnahme auf Foucault nämlich auch geeignete methodologische Ankerpunkte für meine Untersuchung. Indem ich mikroanalytisch die Aussage ins Zentrum der empirischen Untersuchung stelle, wende ich auf die Kriminalprävention ein Verfahren an, das Foucault als archäologische Beschreibung (vgl. 1981 [1969]) konzeptionalisiert hat. Wie kein anderes Verfahren legt die archäologische Beschreibung ihren Schwerpunkt darauf, die Beziehungen zwischen Aussagen herauszuarbeiten, die aus einer Idee eine allgemein akzeptierte Tatsache machen – eine Forschungsperspektive, die meine Fragestellung nach den Mechanismen, welche die Kriminalprävention zu einem gesellschaftlichen Faktum machen, engstens berührt. Methodisch bleibt das Verfahren jedoch (notwendig) unbestimmt. Für meine Studie hat sich die Konkretisierung der Archäologie im Anschauungsraum des Semiotischen Vierecks (vgl. Greimas 1971 [1966]) als besonders fruchtbar erwiesen. Nicht nur, weil es mit der vorgegebenen vierpoligen Topologie der Aussagen ihrer archäologischen Beschreibung strukturelle Hilfe bietet. Vielmehr macht eine topologische Betrachtung der Kriminalprävention radikal deutlich, wie sich gesellschaftliche Sortierungsprozesse in diskursiven und nicht-diskursiven Zuständen verdichten und stabilisieren.

POSTSTRUKTURALISTISCHE SPIELREGELN

Von den poststrukturalistischen Soziologien und ihren Operationalisierungen gehen zahlreiche Impulse für meine Untersuchung der Kriminalprävention aus. An die Seite der Erzählungen von Einheiten treten aus diesem Blickwinkel Erzählungen von Unterbrechungen. Poststrukturalistischen Soziologien zerlegen etablierte Erzählungen, hinterfragen deren Gültigkeit, um am Ende in die Irritation zu drängen und keine Illusionen zurückzulassen. Sie zeigen damit eine

Perspektive auf, die für die Analyse der in unserer Gesellschaft kaum noch begründigungspflichtigen Prävention besonders attraktiv ist.

Von diesem Denken konnte die Geographie in den letzten Jahren profitieren. Der Einfluss des Poststrukturalismus hat dazu geführt, dass der Raumbegriff immer häufiger auch abseits etablierter Konzepte verwendet wird. So verweisen aktuelle geographische Arbeiten beispielsweise auf die Konstruiertheit von Räumen. Der Poststrukturalismus wird jedoch nicht ausschließlich als ein aus der Sprachwissenschaft entlehntes Modell zur Erklärung gesellschaftlich-räumlicher Sinnproduktion bedeutsam. Er berührt die Geographie vielmehr auch als intellektuelle Strömung, so dass zunehmend französische Autor_innen gelesen werden. Hierzu zählen neben Foucault auch Gilles Deleuze, François Lyotard, Roland Barthes, Jacques Derrida und viele weitere. Zudem findet der Poststrukturalismus seinen Ausdruck in innovativen Forschungsprogrammen. Die beiden Dimensionen des Poststrukturalismus – seine sprachtheoretischen Implikationen und die hieraus erwachsenen diskursanalytischen Angebote – sollen im Folgenden diskutiert und hinsichtlich ihres theoretischen und methodologischen Gehalts für meine Analyse abgewogen werden.

Sprachtheoretische Implikationen

Poststrukturalistischen Soziologien ist eine spezifische Problematisierung von Sprache eigen. Den sprachtheoretischen Pionierarbeiten Ferdinand de Saussures und Ludwig Wittgensteins, sowie deren Überführung in die Anthropologie durch Claude Lévi-Strauss kommen hierbei wegweisende Bedeutungen zu. Insbesondere die Arbeiten Saussures beeinflussen bis heute auch viele geographische Arbeiten und inspirieren zu raumtheoretischen Interpretationen. Poststrukturalistisches Denken lässt sich daher auch nicht ohne eine Anerkennung des ihm vorausgehenden sprachwissenschaftlichen Strukturalismus erfassen.

Strukturalismus Saussures und seine Übertragung in die Sozialwissenschaften

In seinem posthum veröffentlichten *Cours de linguistique générale* (vgl. 1967 [1931]) entwarf Saussure einen relationalen Ansatz von Sprache, der ab den 1960er Jahren weit über die Sprachwissenschaften hinaus einflussreich wurde. Seine These von der „Differentialität von Sprache", welche die französische Diskursanalytik der 1960er Jahre beflügelte, ist angelehnt an einen Strukturbegriff, den bereits der Frühromantiker Friedrich Schleiermacher formulierte. Er definierte „Struktur" in ihrer spezifisch modernen Verwendung als „ein System

von Beziehungen zwischen Elementen, die ihre Bedeutung durch eindeutige Unterscheidung von allen anderen Elementen erwerben“ (vgl. Frank 1984: 14). Die Entstehung von Ordnungen über das In-Differenz-Setzen von Elementen blieb in der Nachfolge Saussures jedoch nicht auf die Erklärung der Konstitution von Sprache beschränkt. Insbesondere der Ethnologe Lévi-Strauss überführte das Differentialitätsprinzip in die Sozialwissenschaften und übertrug es auf Kategorien wie das Soziale und die Kultur (vgl. Lévi-Strauss 1969 [1958]). Auch in der Geographie werden die Thesen Saussures vielfach für ein anderes Verständnis von Kultur und Raum zu Grunde gelegt (z. B. Gebhardt, Reuber und Wolkersdorfer 2003).

Insbesondere die Ausführungen Saussures zur Dialektik von Sprache und Sprechen sowie die Abkehr von einem auf Repräsentation beruhenden Zeichenmodell lösten eine neue Sichtweise auf Sprache aus. In seiner berühmten Aussprache, „[d]ie menschliche Rede hat eine individuelle und eine soziale Seite; man kann die eine nicht verstehen ohne die andere“, bringt Saussure (1998 [1931]: 194) die Dichotomie von *langue* und *parole* als die beiden Pole der menschlichen Rede zum Ausdruck. Bei dieser Unterscheidung ist die Sprache (*langue*) „im Wesen ein kollektiver Vertrag, dem man sich, will man kommunizieren, rückhaltlos unterwerfen muß, zudem ist dieses gesellschaftliche Produkt autonom – so wie ein Spiel, das seine eigenen Regeln besitzt –, denn man kann sich seiner erst bedienen, wenn man es erlernt hat“ (Barthes 1979 [1964]: 13 f.). Die Sprache als sozialer Teil der menschlichen Rede existiert damit unabhängig vom Einzelnen. Dieser hat keine Möglichkeit zur Umgestaltung (vgl. Saussure 1998 [1931]: 196). Im Unterschied dazu bezeichnet das Sprechen (*parole*) den rein individuellen Vorgang der Selektion, Kombination und Aktualisierung einzelner Zeichen (vgl. Barthes 1979 [1964]: 14; Saussure 1967 [1931]: 16 f.). Die Beziehung zwischen Sprache und Sprechen ist charakterisiert als ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis, als dialektischer Prozess, in dem die Sprache zugleich das Instrument als auch das Produkt des Sprechens ist. Aber auch wenn sie sich gegenseitig bedingen, so sind Sprache und Sprechen nicht identisch: „Die Sprache ist erforderlich, damit das Sprechen verständlich sei und seinen Zweck erfülle. Das Sprechen aber ist erforderlich, damit die Sprache sich bilde.“ (Saussure 1967 [1931]: 22) Als abstrakter Regelapparat organisiert die *langue* die konkrete sprachliche Produktion – die *parole*. Letztere ist damit die aktualisierte Lösung des abstrakten Möglichkeitshorizonts der *langue* (vgl. Angermüller 2002: 20).

Mit der Unterscheidung von Sprache und Sprechen wirft Saussure ein Problem auf, dass zu einer Kernfrage des Strukturalismus avanciert: die Bestimmung des Verhältnisses von System/Struktur und Subjekt. So fasst Foucault zusam-

men, „dass hinter dem so genannten Strukturalismus ein bestimmtes Projekt stand, im Großen und Ganzen das Problem des Subjekts und der Umarbeitung des Subjekts“ (Foucault 2005b [1983]: 542). In der *Archäologie des Wissens* (1981 [1969]) diskutiert er dieses Problem hinsichtlich der Frage nach dem Verhältnis zwischen sich äußerndem Subjekt und der vom Subjekt geäußerten Aussage. Der Problematisierung des schreibenden Subjekts – des Autors – widmet Foucault sogar einen eigenen Vortrag (vgl. 1999 [1979]). In seinen späteren Schriften lockert er die Determiniertheit des Subjekts durch seine strukturelle Eingebundenheit und zeigt „daß die Debatten heute im wesentlichen weniger um den Strukturalismus als solchen gehen, um die Existenz oder Nicht-Existenz bestimmter Modelle oder Realitäten, die man als Strukturen bezeichnet, als vielmehr um den Platz und den Status, der dem Subjekt in Dimensionen zukommt, die man für noch nicht völlig strukturiert hält“ (Deleuze 1992: 26).

Wie für die Sozialwissenschaften insgesamt, wird auch für meine spezifische Untersuchung der Kriminalprävention die von Saussure aufgeworfene Differenzierung virulent. Sie findet ihren Ausdruck in den Fragen nach dem Verhältnis, in welchem das Soziale als System und die Aktionsfähigkeit des individuellen Subjekts zueinander stehen und nach den Möglichkeiten des Handelns, welche die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft haben, wenn sie doch sozialen Strukturen unterworfen sind (vgl. Stäheli 2000: 19). Gesellschaftstheoretisch gewendet verweist die Dialektik von Sprache und Sprechen im Kern auf die Frage, ob und in welcher Form Widerstand gegen den derart in sich geschlossenen Mechanismus Kriminalprävention möglich wird.

Der zweite für die Sozialwissenschaften wesentliche Aspekt der Ausführungen Saussures in seinen *Grundlagen der allgemeinen Sprachwissenschaft* bezieht sich auf seinen Entwurf von Sprache als einem „System von Zeichen, in dem einzig die Verbindung von Sinn und Lautzeichen wesentlich ist“ (Saussure 1998 [1931]: 196). Der Autor wendet sich damit gegen ein auf Repräsentation beruhendes Zeichenmodell, wonach die Zeichen einer Sprache elementare Ideen abbildeten. Ein solches Verständnis von Sprache spräche Zeichen die Funktion zu, Gedanken im Dienste der Kommunikation zu materialisieren (vgl. Frank 1989: 377 f.). Saussure plädiert nun für eine neue Sichtweise auf Sprache, die sie nicht mehr in Abhängigkeit zu einem außerhalb des Zeichens liegenden Inhalt begreift, sondern sie vielmehr in ihrer inneren Struktur untersucht.

Zu diesem Zweck arbeitet Saussure die Unmotiviertheit des sprachlichen Zeichens heraus. Hiernach sei das Verhältnis beliebig, in dem die Bezeichnung zum Bezeichneten steht, da die beiden Elemente keinerlei natürliche Zusammengehörigkeit aufwiesen (vgl. Saussure 1998 [1931]: 203). Nach Saussure verbinden sich im sprachlichen Zeichen nicht ein Name und eine Sache, sondern

eine Vorstellung und ein Lautbild (vgl. ebd.: 199). Die Bestimmung dieses Verhältnisses als „unmotiviert“ oder „willkürlich“ ist allerdings missverständlich. So kritisiert Roman Jakobson, dass der Zusammenhang zwischen dem Bezeichneten und dem Bezeichnenden ganz im Gegenteil eine erlernte Kontiguität sei, „die für alle Mitglieder der gegebenen Sprachgemeinschaft obligat ist“ (1974: 7). Der springende Punkt der Annahme einer Beliebigkeit zwischen Lautbild und Vorstellung besteht folglich nicht darin, dass z. B. für die Vorstellung „Haus“ beliebig viele andere Lautbilder als Bezeichnung dienen könnten (und in anderen Sprachen auch dienen). Gewichtig ist vielmehr die Folgerung, die Saussure daraus zieht: Durch die Unterscheidung wird es möglich, das sprachliche System der *langue* nicht länger als durch eine vorausgesetzte Sachwelt determiniert anzunehmen. Wenn die Sprache ihre Struktur aber nicht über außersprachliche Bezüge gewinnt, wodurch erhält sie dann ihren systemischen Charakter und ihre Beständigkeit? Hierzu stellt Saussure eine revolutionäre These auf, die nachhaltig strukturalistisches und poststrukturalistisches Denken prägen wird. Die Wertigkeit der Begriffe einer Sprache ist „nicht positiv durch ihren Inhalt, sondern negativ durch ihre Beziehungen zu den andern Gliedern des Systems definiert [...]. Ihr bestimmtestes Kennzeichen ist, daß sie etwas sind, was die andern nicht sind“ (Saussure 1998 [1931]: 215).

Diese These entwickelt sich zum Leitgedanken des Strukturalismus. Obwohl Saussure selbst nicht von der Struktur der Sprache spricht, sondern von dem sprachlichen System (z. B. 1998 [1931]: 196), nehmen seine Ausführungen einen paradigmatischen Status für ein bis heute gültiges Verständnis von Struktur ein. Die Struktur der Sprache versteht er als eine Klassifikation, die aus der Differenzsetzung von Elementen resultiert. Daraus folgt, dass sich Aussagen über die einzelnen Elemente eines Systems (über ihren Sinn) nicht auf der Basis ihnen unterstellter Eigenschaften treffen lassen, sondern lediglich aus ihrer Stellung innerhalb eines Differenzsystems. In der strukturalen Linguistik wird Struktur fortan verstanden, als „eine *autonome Ganzheit innerer Abhängigkeiten*. *Struktur* wird hier im Gegensatz zu einer einfachen Verbindung von Elementen als Bezeichnung für ein Ganzes verwendet, das sich aus gleichartigen Phänomenen zusammensetzt, wobei jedes von den anderen abhängt und nur in der Beziehung zu ihnen das sein kann, was es ist“ (Hjelmslev 1973 [1958]: 254, Hervorhebung im Original).

Dieses Denken bleibt grundsätzlich auch für den Poststrukturalismus charakteristisch, auch wenn er stärker auf die Brüchigkeit der Struktur hinweist. In der Auseinandersetzung mit dem Werk und der Sprache Raymond Roussels ist etwa Foucaults strukturalistisches Verständnis von Sinnproduktion deutlich spürbar: „In dem Moment, in dem sich die Wörter zu den Dingen hin öffnen, die sie,

ohne Zweideutigkeit und ohne Rest, aussprechen, haben sie auch einen unsichtbaren und vielgestaltigen Ausgang auf weitere Wörter, die sie in unerschöpflichen Kombinationen verbinden oder auseinandernehmen, tragen und zerstören." (Foucault 2001 [1962]: 292) Besser, so Philipp Sarasin (2005: 64), könne man zu dieser Zeit kein Strukturalist sein.

Wittgenstein, sprachanalytische Philosophie und Pragmatik

In seinem Frühwerk geht Wittgenstein noch davon aus, dass die Bedeutung der sprachlichen Ausdrücke empirisch perfekt fixierbar sei und sich alle sinnvollen Sätze auf ihre logischen Funktionen reduzieren ließen. Aus der Perspektive der formalen Logik versteht der Autor Sprache als einen „Spiegel", in dem sich die Welt abbilde. So sei der Satz „ein Bild der Wirklichkeit" (Wittgenstein 2001 [1922]: 40) und wiederum Ereignis und damit Teil der Welt. Die sprachlichen Elemente und die, aus denen Wirklichkeit besteht, seien insofern analog strukturiert und leisteten die Begründung von Erkenntnis (vgl. Lyotard 1985 [1983]: 71). Mit der Wende zur Sprache und der Ausrichtung auf das tatsächliche, lebendige Sprachgeschehen entdeckt der späte Wittgenstein, „dass die Bedeutung sprachlicher Zeichen nicht schlechthin fixiert ist, sondern dass sie sich in den unterschiedlichen *Kontexten*, in denen diese Zeichen (Sätze, Ausdrücke) *gebraucht* werden, *verflüssigt*" (Anzenbacher 2002: 182, Hervorhebungen im Original). Wie dann die jeweiligen Ausdrücke und Sätze im Sprachgebrauch verwendet werden, geben die jeweiligen kontextgebundenen „Sprachspiele" (Wittgenstein 2003 [1953]: 16) vor. Sprache verliert in diesem Verständnis ihre Einheit, so dass letztlich nur Sprachinseln zurückbleiben, die jeweils einer anderen Ordnung folgen und nichts miteinander gemeinsam haben müssen (vgl. Lyotard 1985 [1983]: 70). Hinter die Abfolge von Sprachspielen, in denen sich unser Leben vollziehe, könne nach Wittgenstein nicht zurückgegangen werden. In Sprache werde damit alles ausgetragen, sie sei absolut (vgl. Anzenbacher 2002: 184). Insofern verliert auch die Unterscheidung von Sprache und Sprechen ihre Berechtigung.

Mit seiner Sprachspieltheorie bringt Wittgenstein eine Perspektive in die Sprachwissenschaft ein, die seit Charles Sanders Peirce innerhalb der Zeichentheorie als Pragmatik bezeichnet wird. Vor allem John L. Austin und John R. Searle führen die Idee des Handlungscharakters jedes Sprechakts in der Strömung der Sprechakttheorie weiter und rücken durch den illokutionären, bzw. den vollziehenden (nicht-sprachlichen) Aspekt des Sprechens die Relevanz der Kontextualität in den Blick (vgl. ebd.: 185 ff.).

Mit der pragmatischen Wende der französischen Linguistik treten der Gebrauch und die Ereignishaftigkeit von Sprache in den Vordergrund: „Neben die Frage, was ein Satz aussagt, bzw. wie der Satz hervorgebracht wird, trifft die Reflexion des Umstands, *dass* der Satz geäußert wurde. An die Stelle abstrakt grammatikalischer Sätze treten geäußerte Sätze, d. h. nur in ihren faktischen Äußerungen (‚Enunziationen') existierende Aussagen (‚Enunzate')." (Angermüller 2002: 40, Hervorhebung im Original) Wie Wittgenstein betont auch Foucault das Prinzip der Singularität und lehnt die Idee einer den Aussagen zugrunde liegenden Wahrheit ab (vgl. Veyne 2003: 32). Foucault legt jedoch großen Wert darauf, Aussage und Sprechakt zu unterscheiden. Eine Gleichsetzung gestehe dem Konzept der Aussage nicht ihre ganze Ausdehnung zu. Denn eine Perspektive, die sich allein auf den Handlungscharakter der Sprache konzentriert, blende aus, dass Sprache Konventionen folgt. Sie könne daher auch den Machtcharakter nicht ausreichend erfassen. Allerdings sei die Aussage notwendigerweise auf die Äußerung angewiesen. Sie bilde den sichtbaren Körper, in dem sich die Aussagen manifestieren und auf deren Grundlage Aussagen beschrieben werden können (vgl. Foucault 1981 [1969]: 123). Vor diesem Hintergrund erschließt sich auch meine Analyse der kommunalen Kriminalprävention ihre Aussagen über faktische Äußerungen und stellen damit einen Aspekt in den Vordergrund, der „sich durch die Tatsache selbst vollzogen hat, dass es eine Aussage gegeben hat – und genau diese Aussage (und keine andere) unter ganz bestimmten Umständen" (Foucault 1981 [1969]: 121).

Herausforderungen einer Geographie nach dem *linguistic turn*

Die aufgeführten sprachtheoretischen Implikationen stellen die Geographie vor zwei Herausforderungen. Zum einen tut sich die Frage auf, wie die sprachtheoretische Wende mit dem *spatial turn* konzeptionell zusammengebracht werden kann. Zum anderen bleibt zu klären, inwieweit sprachtheoretische Überlegungen auch konsequent empirisch anwendbar sind, bzw. wie sich die für die Geographie zentralen nicht-diskursiven Praktiken in die Analyse einbeziehen lassen.

So hat sich erstens unter sprachtheoretischem Einfluss in weiten Teilen der Geographie der auf eine Bezeichnung des Philosophen und Literaturwissenschaftlers Richard Rorty (1992 [1967]) zurückgehende *linguistic turn* vollzogen. Die Sprachwissenschaft hat die sozialwissenschaftliche Theoriebildung der Geographie beflügelt und ihr viele Begriffe zur Verfügung gestellt, die ein anderes Begreifen des Zusammenhangs von Gesellschaft und Raum ermöglichen. Vielfach unter dem Etikett des Konstruktivismus geführt, gilt auch Raum nicht länger als objektive Tatsache und Letztelement, sondern als diskursiv konstruiert

(vgl. z. B. Glasze und Mattissek 2009a: 12 f.). Das Potenzial sprachtheoretischer Konzeptionen für die Auseinandersetzung mit Gesellschaft und Raum liegt dann darin, auf eine hermeneutische Verknüpfung von Text und ihm vorausgesetzten Kontext verzichten oder zumindest die Verknüpfung als kontingent begreifen zu können. Denn Sprache setzt immer nur Sprache voraus, sie gründet sich nicht in einem nicht-sprachlichen Ausgangspunkt (vgl. Deleuze und Guattari 1997 [1980]: 107). Zwischen einem Ort und seinem Namen bestehen damit in letzter Konsequenz keinerlei Gemeinsamkeiten mehr. „Denn bezieht man sich für die Erklärung der Zeichen auf die Sachen, heißt das nichts mehr und nichts weniger als eine undurchführbare Transposition der in den natürlichen Sprachen enthaltenen Bedeutungen in nichtsprachliche Bedeutungsganze zu versuchen: […] ein Unterfangen mit Traumcharakter." (Greimas 1971 [1966]: 9)

Während die Geographie von der sprachtheoretischen Wende berührt wurde, vollzog sich in den Nachbardisziplinen eine gegensätzliche Wende. So ist jetzt vielfach von der „Wiederkehr des Raumes" die Rede (prominent bei Schlögel 2007, wenn auch unter etwas anderem Vorzeichen). Im Zuge des so genannten *spatial turn* (vgl. die Beiträge in Döring und Thielmann 2008) wurden in den Kultur- und Sozialwissenschaften die Errungenschaften der sprachtheoretischen Wende zugunsten unterschiedlich gedachter nicht-diskursiver Praktiken reformuliert. Der *spatial turn* versucht eine Antwort auf die Behauptung, dass nichts außerhalb von Sprache oder außerhalb des Diskurses bestehe. Zwar sei die Erfahrung von Welt sprachlich vermittelt, aber nicht ausschließlich. Wir gehen nicht in Sprache auf. Das Postulat der Linguistik, dass Sprache keinen außersprachlichen Bezugspunkt voraussetzt, dürfe daher auch nicht in der Behauptung enden, dass nicht-diskursiver Praktiken auf aktuelle Steuerungs- und Ausschließungsprozesse keinen Einfluss nähmen. Bei dieser Problematik leistet die Auseinandersetzung mit den Arbeiten Foucaults meines Erachtens gute Dienste. In seinen historischen und methodologischen Schriften bietet er eine Verhältnisbestimmung von Diskursivem und Nicht-Diskursivem, die ich später näher ausführe und für meine Analyse der kommunalen Kriminalprävention fruchtbar mache.

Dies leitet zum zweiten Problem und dem nächsten Abschnitt über. Der *linguistic turn* hatte nicht nur Auswirkungen auf den Raumbegriff, sondern beeinflusste auch die Verfahren, mit denen Soziales und Räumliches empirisch erschlossen werden kann. In Folge der sprachtheoretischen Bewegung fand in den letzten Jahren eine Vielzahl an Diskursanalysen breite Anwendung in der Geographie und ihren Nachbardisziplinen. Linguistisch, diskurstheoretisch oder semiotisch inspirierte Arbeiten stehen allerdings nach wie vor vor dem Problem, dass sich die theoretische Absage an die Repräsentationsfunktion der Sprache und die forschungspraktische Notwendigkeit, Nicht-Sprachliches zur Aussprache

zu bringen, widersprechen. In unterschiedlicher Intensität versuchen die verschiedenen Verfahren daher auch außersprachliche Elemente in ihre Werkzeugkisten zu integrieren und etwa der Analyse von Akteuren, Machtverhältnissen und Dispositiven einen größeren Stellenwert einzuräumen. Im Folgenden sollen daher einige sozialwissenschaftliche Methoden der Diskursanalyse, die über rein sprachwissenschaftliche Verfahren hinausgehen, auf ihre Eignung für die Analyse der kommunalen Kriminalprävention überprüft werden.

Diskursanalytische Angebote

Wer gegenwärtig eine diskursanalytische Untersuchung vornehmen möchte, bekommt nicht nur von Foucault Methoden angeboten. Auch wenn in der Regel von *der* Diskursanalyse die Rede ist und die Mehrzahl damit (zumindest auch) einige Schriften Foucaults verbindet, verbergen sich hinter der Bezeichnung auch wissenssoziologisch-handlungstheoretische, sprachwissenschaftliche und viele weitere Zugänge, die sich von dem Forschungsprogramm Foucaults zum Teil deutlich absetzen (vgl. die Gegenüberstellungen bei Angermüller, Bunzmann und Nonhoff 2001; Keller et al. 2001a und speziell für die Geographie bei Glasze und Mattissek 2009b). Ein (vage) an Foucault angelehnter Diskursbegriff[2] gehört allerdings bei den meisten Verfahren zum Repertoire. Mit ihm drängt eine ganze Serie diskursbezogener Wörter im engeren Sinn (Dispositive, Diskursformationen u. v. a.) mit bestimmter Regelmäßigkeit auch in die deutschsprachige Geographie. Das ihnen folgende Angebot an Methoden der Diskursanalyse ist nahezu unüberschaubar geworden.

Im Folgenden beschränke ich mich auf einige Denkrichtungen der Diskurstheorie und -analyse, die immer auch Machteffekte spezifischer Aussageformationen behandeln (vgl. Link 1995: 743) und im deutschsprachigen Raum in den letzten Jahren eine gewisse Popularität erlangt haben. Dazu zähle ich die Wissenssoziologische Diskursanalyse, die Kritische Diskursanalyse, die Hegemonietheoretische Diskursanalyse und die Gouvernementalitätsanalyse.[3] Im Anschluss

---

2 Obwohl die prominente Verwendung des Diskursbegriffs auf Foucault zurückzuführen ist und er vielfach als Begründer der Diskursanalyse gilt, zeigt die Lektüre seiner Schriften, dass es andere Begriffe waren, denen seine Vorliebe galt. So bezeichnet er den Terminus Diskurs selbst mehrfach als abgenutzt und uneindeutig (z. B. Foucault 1981 [1969]: 156).

3 Gewiss bestehen die aufgezählten Forschungsstränge nicht in der scharfen Trennung, welche die Aufzählung suggeriert. Außerdem ist die Aufzählung nicht vollständig und blendet eine ganze Reihe an Theorien und Methoden der Diskursforschung aus, die beispielsweise in den Sprachwissenschaften angesiedelt sind und die Erfassung von Machteffekten sicher auch für ihre Verfahren reklamieren würden. Als Beispiel sei

an die Gegenüberstellung bleibt zu klären, ob aus den methodischen Angeboten ein meinem Forschungsanliegen gerecht werdendes eigenes analytisches Projekt abgrenzbar ist.

Wissenssoziologische Diskursanalyse

Unter der Bezeichnung Wissenssoziologische Diskursanalyse legt der Augsburger Arbeitskreis „Sozialwissenschaftliche Diskursforschung“ um den Soziologen Reiner Keller seit ungefähr zehn Jahren eine Konzeption der Diskursforschung vor, die ihren Ausgangspunkt in der soziologischen Wissenstheorie von Peter Berger und Thomas Luckmann (vgl. 2001 [1966]) nimmt und von dort aus einen Brückenschlag insbesondere zum Forschungsprogramm Foucaults und zu poststrukturalistischen Theorien versucht (vgl. Keller 2004: 56). Mit der Integration des Foucault’schen Diskursbegriffs in die Wissenssoziologie versucht diese interpretativ-hermeneutische Forschungsperspektive die Analyse von subjektiven Allerwelts-Wissensvorräten und kleinen Lebenswelten um die Analyse institutionell-organisatorischer Wissensproduktion zu ergänzen (vgl. Keller 2001: 114) – und damit eine Alternative zur Unterteilung von Makro- und Mikro-Soziologie anzubieten.

Kaum eine andere Ausrichtung der Diskursforschung hat sich im deutschsprachigen Raum derart produktiv entwickelt. So entstanden alleine in den letzten Jahren neben zahlreichen empirischen Fallstudien fünf Einführungswerke in bereits mehreren Auflagen, die alle, zum Teil ergänzt um weitere diskursanalytische Perspektiven, vorrangig das Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung thematisieren (Keller et al. 2001a; Keller et al. 2003; Keller 2004; Keller 2005; Keller et al. 2005). Als Gründe für das gesteigerte Interesse der Sozialwissenschaften an Diskurstheorien und -analysen, geben die Vertreter_innen dieser Strömung vor allem drei Aspekte an: erstens die zunehmende Bedeutung symbolischer Ordnungen – insbesondere Sprache – für die Analyse sozialer Beziehungen, zweitens die verstärkte Vermittlung gesellschaftlichen Wissens in kommunikativen Vorgängen und die bewusste Gestaltung von Kommunikationsprozessen (vgl. Knoblauch 2001: 209) und daran anschließend drittens die Ausübung sozialer Kontrolle und Macht durch Diskurse (vgl. Keller et al. 2001b: 7 f.).

---

hier nur die „linguistische Diskurssemantik“ genannt, die der Sprachwissenschaftler Martin Wengeler im Anschluss an Dietrich Busse (2000), Wolfgang Teubert (2007) und Fritz Hermanns (1995) als „linguistische integrative Diskursgeschichtsschreibung“ in Form eines dreiachsigen Verfahrens von Wortschatz-, Metaphern- und Argumentationsanalyse weiterentwickelt (2005a; 2005b).

Einen zentralen Unterschied zu den Arbeiten Foucaults sieht dieses Forschungsprogramm in der Konzentration auf das Handeln von Akteuren: „Gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion ist ein andauernder und fortschreitender Prozeß, in dem kollektive Akteure in einem *symbolischen Kampf* um die Durchsetzung ihrer Deutungen – das heißt etwa der Formulierung von Problemdefinitionen, Verantwortlichkeiten, Handlungsnotwendigkeiten – stehen." (Keller 1997: 314, Hervorhebung im Original) An der Integration des handlungstheoretischen Vokabulars (Akteur, Handlung, Interessen, Konflikt, Regeln, Ressourcen etc.) wird der Einfluss der Strukturationstheorie von Anthony Giddens deutlich spürbar. Dieser Aspekt der Wissenssoziologischen Diskursanalyse weicht deutlich von dem Foucault'schen Diskursbegriffs ab. Wissenssoziologische Diskursanalysen stellen kollektive und individuelle Akteure in den Mittelpunkt und konzentrieren ihre Untersuchung diskursiver Auseinandersetzungen auf spezifische Akteure und ihre Argumente, auf spezifische Konfliktkonfigurationen und historisch spezifische Situationen (vgl. Schwab-Trapp 2001: 276). Vereinfacht, in einem solchen Verständnis werden Diskurse eher zwischen unterschiedlichen Akteuren ausge*handelt* und nicht umgekehrt, Subjekte als abgeleitete Funktion von diskursiven Praktiken betrachtet.[4] In Anlehnung an die Wissenssoziologie wird der Diskursbegriff als „Wissensvorrat" spezifiziert. Damit orientiert sich dieser Forschungsansatz stärker an der Foucault'schen Achse Wissen, denn an Macht. Denn auch wenn von Macht die Rede ist, wird der Begriff eher aus der Perspektive Giddens' als autoritative Ressource verwendet und damit im Sinne der Herrschaft über Personen und Akteure (vgl. Giddens 1997 [1984]: 86), statt im Sinne Foucaults als mikrophysikalisches Kräfteverhältnis.

Eine Leerstelle vieler Diskurstheorien identifizieren Vertreter_innen dieser Forschungsperspektive vor allem im Fehlen konkreter Vorgehensweisen des methodisch-empirischen Arbeitens (vgl. Keller et al. 2001b: 7). Aus dieser Beobachtung folgt die Forderung, den sozialtheoretischen Gehalt des Strukturalismus und Poststrukturalismus in eine Methode zu überführen, „die die methodische Qualität ihrer Resultate zu begründen versucht, und die sich dem sozialwissenschaftlichen Methodendiskurs nicht unter Berufung auf die Unmöglichkeit einer methodologischen Position entzieht" (Diaz-Bone 2005: Absatz 3). Daher setzen sich die meisten der Arbeiten, die sich als wissenssoziologisch inspirierte Diskursanalysen verstehen, sehr intensiv mit methodologischen und methodischen Fragen der Diskursforschung auseinander (vgl. hierzu auch den Tagungsbericht „Praxis-Workshop Diskursanalyse" von Klemm und Glasze 2005). Dem primären Interesse an Diskursforschung als *Praxis* wird Rechnung getragen,

4 Zur unterschiedlichen Konzeption des Zusammenhangs Subjekt-Diskurs bei Foucault und Berger/Luckmann vgl. Link 2005.

indem eine Vielzahl an Methoden aus unterschiedlichen disziplinären Kontexten zugelassen wird (vgl. die einzelnen Beiträge aus der Forschungspraxis in Keller et al. 2003), solange über die konkrete Vorgehensweise der Datenbearbeitung ausdrücklich Rechenschaft abgelegt werden kann. Zumeist liegen Wissenssoziologischen Diskursanalysen umfangreichere Textkorpora unterschiedlicher Genres zugrunde, die mithilfe qualitativer Datenverarbeitungssoftware (in Anwendung von Kodierverfahren der Grounded Theory nach Glaser und Strauss 1998) ausgewertet werden (z. B. Diaz-Bone und Schneider 2003).

Die große Resonanz, welche die Schriften Foucaults im Speziellen und die Diskursanalysen im Allgemeinen gegenwärtig erfahren, liegt meines Erachtens zu einem Großteil in der Dynamik dieser Forschungsperspektive und ihren umfangreichen Publikationen begründet. Da stellt auch die Geographie keine Ausnahme dar. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse, so z. B. Annika Mattissek und Paul Reuber (2007: 179), stelle auch für geographische Analysen eine Reihe an direkt umsetzbaren Forschungsfragen bereit. Sie hat unbestreitbar das Methodenwissen in der Geographie nachhaltig erweitert.

Kritische Diskursanalyse und Critical Discourse Analysis

Ein in Deutschland nicht minder verbreiteter Zweig der Diskursanalyse, der aus einem sprachwissenschaftlichen Kontext stammt, ist die „Kritische Diskursanalyse der Duisburger Schule“ (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, kurz DISS). Sie wurde von dem Sprach- und Kulturwissenschaftler Siegfried Jäger in Anlehnung an die Arbeiten Foucaults und an die historische Diskursanalyse des Literaturwissenschaftlers Jürgen Link[5] ausgearbeitet (vgl. Jäger 2004). Im internationalen Kontext findet eine ähnliche Forschungsperspektive unter der Bezeichnung „Critical Discourse Analysis“ (CDA) breite Anwen-

5 Link gehört mit seinen Mitarbeiter_innen der Bochumer Diskurswerkstatt zu den Pionieren der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung (vgl. Diaz-Bone 2006). Im Mittelpunkt seiner Operationalisierung der Foucault'schen Diskurstheorie steht einerseits die von ihm entwickelte „Kollektivsymbolikanalyse“ als Analyse der Gesamtheit der bildlichen Redeelemente. Andererseits nimmt der „Interdiskursbegriff“ Michel Pêcheuxs für seine Analyse einen zentralen Stellenwert ein (vgl. Link 1982; 1988; Link und Link-Heer 1990). Unter „interdiskursiven“ Elementen fasst Link solche, „die nicht bloß auf einen einzigen oder wenige spezialdiskurse beschränkt sind, die statt dessen vielmehr **zwischen mehreren diskursen übereinstimmen**. Typisch dafür ist die kollektivsymbolik [...]: nicht bloß im sport-diskurs, auch im juristischen, politischen und religiösen usw. ist heutzutage ständig von fairneß die rede; fairneß wäre also ein typisches interdiskursives element“ (Link 1986: 71, Kleinschreibung und Hervorhebung im Original).

dung. In diesem seit Anfang der 1990er Jahren bestehenden Netzwerk haben insbesondere der britische Sprachwissenschaftler Norman Fairclough und die österreichische Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak durch umfangreiche Studien zum Zusammenhang von Sprache, Macht und Ideologie auf sich aufmerksam gemacht (u. a. Fairclough 1989; Fairclough 1995; Wodak et al. 1998; Wodak und Meyer 2001). Der niederländische Sprachwissenschaftler Teun van Dijk bietet seit dieser Zeit u. a. durch Herausgeberschaft der Zeitschrift „Discourse & Society" empirischen Arbeiten eine Plattform. Im Unterschied zur Kritischen Diskursanalyse (KDA) Jägers beziehen sich die Vertreter_innen der CDA neben dem Foucault'schen Forschungsprogramm expliziter auf ideologiekritische Ansätze von Louis Althusser oder Antonio Gramsci.

Die diskursanalytischen Strömungen der CDA und der KDA verstehen sich explizit als gesellschaftskritisch und vertreten ein emanzipatorisch-aufkläre-risches Forschungsverständnis. Anlass jeder sozialwissenschaftlichen Beschäftigung müsse die Ausbildung zur Kritikfähigkeit aller Menschen, noch allgemeiner, die Vision einer Bildung für das Leben sein (vgl. Fairclough 2001: 350). Innerhalb dieses Projekts bestehe die zentrale Aufgabe der CDA in der Notwendigkeit, ein kritisches *Diskursbewusstsein* zu sozialen Problemen zu schaffen: „Die Menschen müssen über Diskurse wie diesen [Diskurs über Flexibilisierung] Bescheid wissen – bspw. darüber, welche Einsichten er uns darüber eröffnet, wie Volkswirtschaften funktionieren oder funktionieren könnten, und welche anderen Einsichten er uns verschließt; [...] Menschen sind aus praktischen Gründen darauf angewiesen, so etwas zu wissen, denn fehlendes Wissen über derartige Zusammenhänge erschwert es ihnen, in den verschiedenen Bereichen ihres Lebens erfolgreich zurecht zu kommen [...]. Aber ein derartiges Wissen über den Diskurs muß von außen, aus Theorie und Forschung kommen und über Bildung vermittelt werden." (Fairclough 2001: 338) Kritik zu üben, umfasse daher zum einen sowohl die Offenlegung möglicher ideologischer Funktionen von Diskursen zur Aufrechterhaltung eines Systems: „[...] CDA aims to investigate critically social inequality as it is expressed, signalled, constituted, legitimized and so on by language use." (Wodak 2001: 2) Zum anderen versteht die CDA sich als sozial und politisch engagiert, indem sie Möglichkeiten zur Überwindung sozialer Bedingungen und Machtbeziehungen aufzeigt (vgl. Fairclough 2001: 347). Der ideologiekritische Anspruch drückt sich auch in den untersuchten Themenfeldern aus. Die Untersuchungen kreisen vorrangig um Ethnisierungs-, Rassismus-, Sexismus- und andere Diskriminierungsdiskurse (z. B. Jäger 2003).

Sowohl die CDA als auch die deutsche Variante der KDA verstehen ihre Aufgabe nicht darin, den Sprachgebrauch aus einer rein sprachwissenschaftlichen Perspektive zu analysieren. Sie betrachten Sprache vielmehr als eine Form

sozialer Praxis und verstehen sich daher als eine sozialwissenschaftliche Richtung der Diskursanalyse (vgl. Keller 2004: 29). Dieser Brückenschlag macht sich in den eingesetzten Analyseverfahren bemerkbar. Da auch bei dieser Linie der Diskursanalyse die eingesetzten Methoden stark variieren, sei lediglich das Analyseraster von Jäger kurz erwähnt. Sein diskursanalytischer Ansatz kommt nicht zuletzt aufgrund seiner stringenten und präzise beschriebenen Untersuchungsmethodik häufig zum Einsatz in sozialwissenschaftlichen Arbeiten (z. B. bei Kunz 2005). Um seinen Diskursbegriff zu präzisieren, bemüht Jäger die Metaphorik des Flusses. Hiernach sei der Diskurs ein „Fluss" von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit. „Das Wissen der Menschheit fließt durch viele Kanäle, die miteinander verbunden sein können, die einander kreuzen, ineinander übergehen und verschmelzen, unterirdisch weiterfließen und wieder auftauchen, aber auch versiegen können. Sie sind das Werk tätiger Menschen, die die Diskurse aufnehmen, weitertragen und vergegenständlichen." (Jäger 1999b: 255) Die Macht-Dimension Foucaults, die über ein rein sprachwissenschaftliches Verständnis von Diskursen hinausgeht, integriert die KDA unter Rückgriff auf Link als „institutionalisiertes Spezialwissen einschließlich der entsprechenden ritualisierten Redeformen, Handlungsweisen und Machteffekte" (Link 1988: 48). Um den Machtwirkungen von Diskursen auf die Spur zu kommen, legt die KDA ein linguistisches Instrumentarium vor, das von der Analyse des institutionellen Rahmens, über sprachlich-rhetorische Mittel bis hin zur Untersuchung ideologischer Aussagen reicht (vgl. Jäger 1999a). Zu diesem Zweck hat Jäger ein eigenes Vokabular entwickelt (Diskursstrang, -fragment, -position, -verschränkung usw.), welches auch unabhängig von diskursanalytischen Arbeiten der KDA mittlerweile breite Verwendung findet. Die eingesetzten Methoden stehen im Dienst, die Strukturierung von Gesellschaften durch Diskurse und die davon ausgehenden Machtwirkungen zugänglich zu machen – ein vorrangig sozialwissenschaftliches Anliegen. Diesem Anspruch möchte Jäger noch deutlicher gerecht werden, indem er seine Diskursanalyse zu einer Dispositivanalyse auszuweiten versucht (vgl. 2001: 106 ff.).

Hegemonietheoretische Diskursanalyse

Poststrukturalistische Theorien verlangen die Aufgabe unhintergehbarer Positivitäten. Ein solches Denken findet sich paradigmatisch in der Postulierung der Unmöglichkeit eines positiven Grunds von Gesellschaft in der Hegemonietheorie[6] von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Das Ende der Großerzählungen

6 Dieser Ansatz wird je nach Perspektive und disziplinärem Hintergrund auch als Diskurstheorie (vgl. Glasze und Mattissek 2009c), Theorie radikaler Demokratie (vgl.

globaler Emanzipation und die Multiplikation kultureller Identitäten führen die Autor_innen auf historisch-politische Umwälzungen zurück. Durch diese sei der Glaube an eine transzendentale Gründung von Gesellschaft von außerhalb endgültig verloren gegangen (vgl. Marchart 2002: 8 ff.). In der Konsequenz fordern Laclau und Mouffe jedoch nicht, dass Gesellschaftstheorien gänzlich auf ihre Kategorie der Gesellschaft verzichtet sollten. Vielmehr rückten durch eine solche Konzeption die kontingenten Gründungsversuche von Gesellschaft in den Blick. Gesellschaft existiere als fehlgeschlagener Versuch, sich selbst als universalen und hegemonialen Horizont zu etablieren (vgl. Stäheli 2000: 34). Das zentrale Anliegen ihrer Diskurstheorie besteht dann darin, gleichermaßen zu analysieren, welche diskursiven Praktiken der Sinnfixierung von Gesellschaft unternommen werden und in welchen Momenten der Dislokation (Bruch, Krise) solche Konstruktionsprozesse fehlschlagen. Wie ist also die Konstitution differentieller Identitäten jenseits eines tieferen systematischen Ensembles möglich (vgl. Laclau 2002 [1996]: 68)? Im Kampf um eine dauerhafte Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen durch Artikulationsprozesse sehen die Autor_innen den eigentlichen Modus des Politischen (vgl. Nonhoff 2007: 11 f.). Die Einheit einer Gesellschaftsformation ist das Resultat vielfältiger politischer Artikulationen, die sich aus hegemonialen Praxen unterschiedlicher sozialer Kräfte ergeben (vgl. Mouffe 1988: 37). Damit steht die Konzeption des Politischen von Laclau und Mouffe im Gegensatz zu Ansätzen, die das Politische mit dem politischen System oder mit Klassenkonflikten gleichsetzen (vgl. Stäheli 1999: 144).

Die Autor_innen nähern sich der Problematik der Sinnfixierung u. a. über eine originelle Weiterführung der Saussure'schen Betrachtung von Sprache als System von Differenzen, nach der jedes Element des Systems nur insofern eine Identität habe, als es von den anderen verschieden sei. Zu einer, wenn auch instabilen, Totalität gelange das System, wenn es sich über die Konstitution einer antagonistischen Grenze seiner differentiellen Natur vorübergehend entledigt. Diese Operation erfolge über die Einigung auf einen „leeren“ oder auch „geleerten“ Signifikanten jenseits der Grenze und über ein Auslöschen der Differenzen in Äquivalenzketten innerhalb des Systems. Am Beispiel der Konstitution der Einheit der Arbeiterklasse zeigt Laclau, dass die Vielzahl an Kämpfen und Mobilisierungen als miteinander verwandt wahrgenommen werden, „nicht weil deren *konkrete* Ziele miteinander verwandt wären, sondern weil sie alle in ihrer Konfrontation mit dem repressiven Regime als äquivalent wahrgenommen werden. Folglich stiftet nicht etwas von allen geteiltes Positives deren Einheit, son-

---

Nonhoff 2007: 7) oder als Sozialtheorie (vgl. Hirseland und Schneider 2001: 388) bezeichnet.

dern etwas Negatives: ihre Opposition gegenüber einem gemeinsamen Feind" (2002 [1996]: 71, Hervorhebung im Original).

Zahlreiche Studien vorrangig aus den Politikwissenschaften berufen sich gegenwärtig auf diese Konzeption des Gesellschaftlichen (z. B. Nonhoff 2006) und versuchen die Hegemonietheorie auch für empirisches Arbeiten fruchtbar zu machen. Insbesondere der Begriff des „leeren Signifikanten" genießt zunehmende Popularität bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Identitätskonstruktionen (z. B. Glasze, im Erscheinen; Marchart 2004, Marschik 2004). Allerdings scheint dieser Begriff gegenwärtig ein ähnliches Schicksal zu durchlaufen wie der Diskursbegriff. Durch seine häufige Verwendung verliert er zunehmend an Erklärungskraft, wenn die aktuelle Forschung potenziell jedem Substitut anlasten kann, als leerer Signifikant eine Rolle bei der Konstitution von Gesellschaft zu spielen.

Seit kurzer Zeit hält die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe auch Einzug in die deutschsprachige Geographie.[7] Den Mehrwert gegenüber ausschließlich von Foucault inspirierten Diskursanalysen, z. B. für Untersuchungen im Rahmen der Politischen Geographie, sehen ihre Vertreter_innen insbesondere darin, „Foucault's inconsistent and weakly theorized distinction between discursive and non-discursive practices" (Müller 2008: 329 ff.) zu überwinden.[8]

Gouvernementalitätsanalyse

Eine Forschungsperspektive, die sich nahezu ausschließlich auf die Schriften Foucaults zu Macht- und Regierungstechniken bezieht, stellen die Gouverne-

---

7 In der Kombination quantitativer und qualitativer linguistischer Verfahren sehen Annika Mattissek (vgl. 2007b) und Georg Glasze (vgl. 2007) eine gelungene Operationalisierung der Hegemonietheorie. Beide haben umfangreiche Methodensamples entwickelt, die diesen Ansatz für diskursanalytisches Arbeiten methodisch fruchtbar machen sollen. Z. B. schlägt Glasze vor, sich den diskursiven Praktiken der Sinnfixierung zunächst mittels korpusbasierter lexikometrischer Verfahren zu nähern und daran eine Analyse narrativer Muster anzuschließen (vgl. 2007: Absatz 25 ff.). Mattissek plädiert ebenfalls für den Einsatz linguistischer Verfahren in der Kombination von Lexikometrie und Verfahren der Mikroanalyse von Ausdrucksformen in Texten (vgl. 2007a: 48 ff.).

8 Dieser Vorwurf erscheint mir fragwürdig, verbindet Foucault doch z. B. im Dispositivbegriff explizit Diskursives und Nicht-Diskursives. Foucaults Schriften also Unvereinbarkeit oder gar Widersprüchlichkeit zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken zu unterstellen und eine vermeintlich unzureichende Theoretisierung zu beklagen, lässt außer Acht, dass doch gerade seine Arbeiten dafür gewürdigt werden, dass sie uneingeschränkt auf der Ebene des Gegebenen ansetzen.

mentalitätsanalysen dar. Sie fokussieren unterschiedliche Dimensionen des Regierens zum Erhalt der Bevölkerung durch konsequenten Anschluss an den von Foucault eingeführten „künstlichen" (Foucault 2006 [1977-1978]: 174) Begriff der Gouvernementalität. Während im anglo-amerikanischen Raum unter der Bezeichnung *studies of governmentality* eine eigenständige Analyseform der Rationalitäten der Regierungskünste vorrangig in den Politikwissenschaften hervorgebracht wurde (vgl. die Beiträge in Burchell, Gordon und Miller 1991; Miller und Rose 1994 [1988]; Barry, Osborne und Rose 1996), würdigte das Gouvernementalitätskonzept Foucaults im deutschsprachigen Raum lange Zeit kaum jemand. Ausnahmen bilden die einflussreichen Arbeiten von Lemke (bereits 1993), Bröckling (2000) und Krasmann (2003). Erst seitdem der Vorlesungszyklus Foucaults zur *Geschichte der Gouvernementalität* vollständig in deutscher Sprache vorliegt (2006 [1977-1978], 2006 [1978-1979]) kommt es zu einer regelrechten Rezeptionswelle auch in anderen Disziplinen (stellvertretend für die Erziehungswissenschaften die Beiträge in Weber und Maurer 2006, für die Sozialwissenschaften Krasmann und Volkmer 2007b).

Die Ausführungen Foucaults zur Gouvernementalität genießen nicht zuletzt deshalb eine hohe Reputation in den Politik- und Nachbarwissenschaften, weil sich der Autor hier zum ersten Mal umfassend der Frage der Staatlichkeit zuwendet (vgl. Saar 2007: 31 ff.; Foucault 2006 [1977-1978]: 173 ff.). Aus poststrukturalistischer Perspektive wird die Foucault'sche Analyse von Staat als Erweiterung materialistischer Ansätze gewürdigt (vgl. Lemke 2007: 50). Ähnlich der Universalien, die anderen Disziplinen zugrunde liegen (Gesellschaft, Raum, Kultur), erfährt auch der Begriff der Staatlichkeit eine Neu-Konzeptionalisierung. Er sei „das Produkt einer Vielzahl gesellschaftlicher Diskurse und Praktiken, die ‚den Staat' historisch zu einer mächtigen Figur geformt haben, die Staatlichkeit aber zugleich beständig verändern" (Krasmann und Martschukat 2007: 7).

Gouvernementalität verwendet Foucault einerseits als analytischen Begriff zu Untersuchung der Macht, andererseits zur Kennzeichnung des gegenwärtig vorherrschenden Machttypus der Sicherheit (vgl. Nonhoff 2008). Er fasst unter letzterem „die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat" (Foucault 2006 [1977-1978]: 162). In den beiden Vorlesungen zur *Geschichte der Gouvernementalität* führt Foucault seine machtanalytische Betrachtung durch das vielschichtige Konzept der Regierung (vgl. Foucault 2006

[1977-1978]: 181 ff.) weiter. Dieses „setzt unterhalb beziehungsweise jenseits staatlicher Institutionen an und verweist auf unterschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder, die in vielfältiger Weise auf die Lenkung und Leitung von Individuen und Kollektiven zielen" (Lemke 2007: 50). Die Vervielfältigungen der Regierungspraktiken beziehen neben Aspekten der Regierung durch andere auch das Problem der Führung seiner selbst ein (z. B. Foucault 2006 [1977-1978]: 135). Dadurch können Studien im Anschluss an das Gouvernementalitätskonzept herausarbeiten, wie „Macht sich nicht nur repressiv über Zwang und Gewalt, Verbot und Unterdrückung durchsetzt, sondern mit Wissensformen und Wahrheitsansprüchen operiert, die individuelle Erfahrungsweisen und Selbstkonzepte erst konstituieren" (Krasmann und Opitz 2007: 127).

Der Begriff der Gouvernementalität benennt neben einem spezifischen Machttypus auch die Erweiterung des machtanalytischen Instrumentariums (vgl. Krasmann und Volkmer 2007a: 8). Vertreter_innen dieser Forschungsperspektive schätzen die Idee des Regierens nicht ausschließlich als einen alternativen Ausdruck für neoliberale Regierungsformen, bei welchen Souveränität und Disziplin keine Rolle mehr spielten. Das Problem der Regierung von Bevölkerung ist „keineswegs als Ersetzung einer Gesellschaft der Souveränität durch eine Gesellschaft der, sagen wir, Regierung [zu verstehen.] In Wirklichkeit haben wir es mit einem Dreieck zu tun: Souveränität, Disziplin und gouvernementale Verwaltung, deren Hauptzielscheibe die Bevölkerung ist und deren wesentliche Mechanismen die Sicherheitsdispositive sind" (Foucault 2006 [1977-1978]: 161). Die Stärke dieses Konzepts liegt in der nun möglichen Integration und Analyse der triadischen Machtausübung durch Souveränität, Disziplin und Sicherheit (vgl. Gehring 2007a: 162), die nebeneinander die aktuelle Regierungspraxis anleiten. Gouvernementalität ist ein Mischverhältnis von Zwang und Freiheit, autonomer Selbstführung und disziplinärer Unterwerfung (vgl. Lemke 2000: 41). Foucault fasst sein Anliegen zusammen als den Versuch „die Machtbeziehungen hinsichtlich der Institutionen freizulegen, um sie unter dem Gesichtspunkt der Technologien zu analysieren, sie ebenso hinsichtlich der Funktionen freizulegen, um sie in einer strategischen Analyse wiederaufzunehmen, um sie hinsichtlich des Objekts flexibel zu machen, um zu versuchen, sie vom Standpunkt der Konstituierung der Felder, Bereiche und Wissensgegenstände zu positionieren" (Foucault 2006 [1977-1978]: 177).

Obwohl auf Foucaults Konzept der Gouvernementalität als eine Untersuchungs*methode* von Regierungspraktiken rekurriert wird (vgl. Lemke 2007) und Foucault selbst die Gouvernementalität als „Analyseraster" (Foucault 2006 [1978-1979]: 261) für Machtverhältnisse begreift, finden sich empirische Arbeiten bislang eher selten. In der deutschsprachigen Geographie setzen sich Hen-

ning Füller und Nadine Marquardt für „a spatial re-focusing of the governmentality studies“ (Füller und Marquardt 2009: 106) ein. Sie sind damit die ersten, welche die Analyse von Regierungspraktiken durch das Gouvernementalitätskonzept für die Stadtforschung empirisch fruchtbar machen. In Anbetracht dessen, dass Foucault selbst seine Gouvernementalitäts- und Machtanalysen nicht durch ein vorgegebenes methodisches Rezept bearbeitet hat, plädieren die beiden Autor_innen dafür, ihren Gegenstand im Sinn der interpretativen Analytik in Anlehnung an Hubert L. Dreyfus und Paul Rabinow (1994 [1982]) zu behandeln. Daran anschließend lässt sich festhalten, dass diese Forschungsperspektive weniger um die Zusammenstellung einer gut sortierten Werkzeugkiste unterschiedlichster sprachwissenschaftlicher oder anderer Verfahren bemüht ist. Denn in der Fokussierung auf Methodenfragen liegt die Gefahr, die politische Dimension des Foucault'schen Anliegens aus dem Blick zu verlieren und eine kritische Haltung zu aktuellen Fragen zugunsten einer „reinen“ Rekonstruktion diskursiver Formationen aufzugeben. Vor diesem Hintergrund sehen Füller und Marquardt das Potenzial von Gesellschaftsanalysen im Anschluss an Foucault auch vielmehr darin, ein spekulatives Denken über unsere Gegenwart anzuregen (vgl. Füller und Marquardt 2010: 84).

Zur Frage der Methode und ihrem kritischen Potenzial

Alle vier vorgestellten Positionen liefern wichtige theoretische und methodische Prämissen für aktuelle Anwendungen der Diskursanalyse. So leisten die ersten drei Perspektiven mit ihren Arbeitsweisen einen Beitrag dazu, vorrangig sprachliche Praktiken der Bedeutungsproduktion und die vierte Perspektive Machtpraktiken pointierter in den Blick zu bekommen. Alle vier Stränge nehmen zudem für sich in Anspruch, eine *gesellschaftskritische* Haltung zu vertreten und „mit ihren Mitteln zu zeigen, dass nicht alles so ist, wie es scheint und dass nicht alles so sein muss, wie es ist“ (Freikamp et al. 2008: 7). Es stellt sich daher erstens die Frage, ob sie durch die von ihnen aufgezeigten methodischen Perspektiven das empirische Forschungsprogramm Foucaults substanziell erweitern können und dabei dem kritischen Potenzial seiner Studien Rechnung tragen. Denn meines Erachtens muss sich eine Diskursanalyse, welche die methodologische Haltung Foucaults als unzureichend einstuft, insbesondere an ihrem Kritikbegriff messen lassen. Nur wo das vielschichtige Bündel der Beziehungen zwischen der Macht, der Wahrheit und dem Subjekt auch wirklich zutage gebracht wird, kann Kritik entstehen (vgl. Foucault 1992 [1978]: 15).

Die Frage nach den angewandten Methoden stellt sich für eine diskursanalytische Arbeit im Anschluss an Foucault zweitens, weil die Methode in Bezug auf

ihr Forschungsergebnis nicht neutral ist (vgl. Freikamp et al. 2008: 8 f.). So erwecken methodisch angereicherte Diskursanalysen den Eindruck, insbesondere wenn sie quantitative Verfahren einsetzen (z. B. die Lexikometrie), dass sie ihre Ergebnisse, wenn auch nicht als objektiv, so doch als weniger spekulativ begreifen als die von weniger formalisierten Untersuchungen. Solche diskursanalytischen Verfahren streben an, den Moment des Interpretierens durch die Anwendung quantitativer wie auch qualitativer Verfahren so weit wie möglich hinauszuzögern. Hierdurch können sie weite Teile ihrer Analysen als mehr oder weniger unabhängig vom gängigen Wissenschaftsverständnis verstehen.

Wahrheit setzt jedoch „nicht eine Methode voraus, um sie zu entdecken, sondern Verfahren und Prozesse, um sie zu wollen. Wir haben immer die Wahrheiten, die wir verdienen, in Abhängigkeit von den Wissensverfahren (namentlich den linguistischen Verfahren), Machtverfahren, Subjektivierungs- oder Individualisierungsprozessen, die uns zur Verfügung stehen“ (Deleuze 1993c [1986]: 169). Auch die eingesetzten Verfahren tragen daher trotz ihres vermeintlich objektiveren, weil besser nachvollziehbaren, Charakters zu einer spezifischen Konstitution gesellschaftlicher Realität bei. Denn die Wissenschaft kennt keine „Tatsachen“. Alle Tatsachen, „die in unsere Erkenntnis eingehen, [sind] bereits auf bestimmte Weise gesehen und daher wesentlich ideell“ (Feyerabend 1986 [1975]: 15 f.). Methoden streben wie andere Herrschaftsmechanismen nach der Bewältigung von Kontingenz. Die Verfahren lassen sich aus einer machtanalytischen Perspektive daher selbst als ein umkämpftes Herrschaftsverhältnis verstehen, das bestimmt, welche Verfahren als wissenschaftlich gelten und welche nicht. Sie sind in Foucault’scher Terminologie ganz konkrete Praktiken der Wissensgewinnung, die der Dynamik von Machtbeziehungen unterliegen. Insofern stellt Foucault jegliche Objektivierungspraktiken infrage und weist auch die Anwendung von allgemeingültigen, totalisierenden Methoden zurück.

Nun waren Diskursanalysen vielfach der Kritik ausgesetzt, dass sie ihren großen Theoriegebäuden kein adäquates analytisches Instrumentarium für empirisches Arbeiten an die Seite stellen konnten – und dadurch gezwungen zu reagieren. In den letzten Jahren sind durch den Einfluss der oben genannten Forschungsperspektiven zahlreiche Wege aufgezeigt worden, wie Diskursanalysen ganz konkret empirisch ausgestaltet werden können. Auch für die deutschsprachige Geographie ist die Diskussion diskurstheoretischer Aspekte vor dem Hintergrund methodologischer und methodischer Fragen charakteristisch (vgl. Klemm und Glasze 2005; Bauriedl 2007; Mattissek und Reuber 2007; Glasze und Mattissek 2009b). Mit Unterstützung durch die Wissenssoziologie hielt zwar der Diskursbegriff relativ früh in die deutsche geographische Theoriedebatte Einzug, die anderen Foucault’schen Begriffe Macht und Subjekt aber erst mit

deutlicher Verzögerung.[9] Der Aspekt „wie Raum diskursiv konstruiert wird" ist damit zur Leitfrage einer sich diskurstheoretisch informiert verstehenden Geographie avanciert (z. B. Mattissek 2007a: 42), die mit den unterschiedlichen Methodensamples beantwortet werden könne. Mit ihrem Bekenntnis zum Konstruktivismus und speziell zum Poststrukturalismus sehen diskursanalytische Verfahren ihr kritisches Potenzial hauptsächlich darin, „gegen machtbestimmte Diskurse anderen, marginalisierten Diskursen zur Wahrnehmung [zu] verhelfen" (Ullrich 2008: 21 f.). Das ist auch mein Anliegen. Allerdings erscheint mir das Kritikpotenzial Foucaults noch ungenutzt, wenn im Ergebnis „lediglich" die Relativierung des Wahrheitsanspruchs festgehalten werden kann. Im Verlauf meiner Untersuchung stellte ich fest, dass die von mir testweise durchgespielten Methoden und ihre Fragestellungen die Betrachtung meines Gegenstands simplifizierten.[10] Die gewonnenen „Ergebnisse" entfernten sich immer weiter von dem, was ich durch die Foucault'sche kritische Perspektive sichtbar machen wollte: die diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken, mit denen uns die Kriminalprävention zu ihrer Verbündeten macht. Kurz, ich arbeitete methodisch angeleitet an den Dingen vorbei, die mir relevant erschienen.

Nach einer Phase der Diskursanalyse, die sich mit methodischen Aspekten intensiv auseinander gesetzt hat, stellt sich meines Erachtens daher die Herausforderung, wieder dem Foucault'schen „Forschergeist" stärker gerecht zu werden. Das meint erstens experimentelles Arbeiten mit dem Untersuchungsgegenstand, was die Forderung Foucaults zu einem „spielerischen Umgang mit der Wahrheit" (Gasteiger 2008: 33) einlöst und zweitens, der Formulierung von Kritik wieder einen größeren Platz einzuräumen.

– *Für Experimente!* Der Ausbau an Methodenprogrammen zur Diskursanalyse konfrontiert mit dem Problem, sich mit dem Untersuchungsgegenstand kreativ und mit einer gewissen Offenheit auseinandersetzen zu können. Durch die Anwendung ausgefeilter Methodenprogramme besteht die Gefahr, die Problemwahrnehmung vorschnell einzuengen und die methodolo-

9 Eine Ausnahme bilden die Gender Studies in der Geographie, die über die Lektüre der Schriften Judith Butlers und in Auseinandersetzung mit ihrem Performanz-Begriff immer schon mit dem Verhältnis von Subjekt, Macht und Körper in Berührung kamen (z. B. Bauriedl et al. 2000).

10 Beispielsweise näherte ich mich zunächst der Kriminalprävention aus der Perspektive der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Mit ihrer Konzentration auf die Akteure und ihre Aushandlungsprozesse bekam ich allerdings die Präventionslogik nicht grundsätzlich in den Blick. Später ließ ich mithilfe eines Computerprogramms zur qualitativen Datenanalyse Worthäufigkeiten bestimmen mit dem Ergebnis, dass Begriffe zutage gefördert wurden, die ich durch meine intensive Lektüre dort auch erwartete.

gische Haltung Foucaults abzulegen, „stets neue Fragen zu entwerfen, die eigenen Prämissen zu variieren und möglichst unvoreingenommen für neue Horizonte zu bleiben, die sich im Laufe des Forschungsprozesses eröffnen" (Gasteiger 2008: 34). Bei dem Prozess der Diskursbezwingung kann der experimentelle Charakter von Diskursanalysen unter methodischen Eingrenzungen leiden; stärker noch, die Komplexität gesellschaftlicher Machtverhältnisse kann durch die Verfügbarmachung für den Wissenschaftsdiskurs sogar zum Verstummen gebracht werden. Dieses Verstummen läuft dem Foucault'schen Unternehmen des kritischen Aufrufens von Normalisierungspraktiken diametral entgegen. Ich sehe die Diskursanalyse auch als einen wissenschaftlichen Vorschuss für Experimente. Die Herausforderung im Entwurf eines analytischen Programms liegt dann darin, sich ökonomischen Prinzipien der Rationalisierung diskursiver Formationen entgegenzustellen und durch experimentelles Arbeiten einer Formalisierung der untersuchten Wissensordnung entgegenzuwirken. Die von Foucault aufgezeigte kritische Perspektive gegenüber allen Begriffsbildungen muss daher auch den Begriff der Methode einschließen, denn „Originalität, wenn es so etwas gibt, kommt nur einem Denken zu, das das eigene Ungesagte nicht verdeckt, sondern es unablässig wiederaufnimmt und neu thematisiert" (Agamben 2009: 8).

– *Für Kritik!* Methodisch angereicherte Diskursanalysen neigen häufig dazu, ihren Untersuchungsgegenstand zu entpolitisieren. Dies zeigt sich u. a. darin, dass als derzeitiges Kernproblem einer diskursanalytisch orientierten Forschung in der Humangeographie eine (noch) defizitäre Übernahme und Inwertsetzung methodischer Entwicklungen der Sprach- und Medienwissenschaften identifiziert wird (vgl. Reuber und Pfaffenbach 2005: 200). Wie hierdurch dem kritischen Anspruch, den Foucault formuliert, Rechnung getragen werden kann, wird dahingegen kaum problematisiert. Die durch die poststrukturalistische Theoriebildung aufgezeigte Möglichkeit, jeglichen Sinnbildungsprozess als kontingent zu begreifen, macht diesen Blick allein noch nicht zu einem kritischen. Zwar sehen poststrukturalistische Methodenkonzeptionen „in einer gewissen ‚Standpunktlosigkeit', im radikalen Hinterfragen jedweder Gewissheit (auch hinsichtlich der prinzipiellen Möglichkeit von Erkenntnis) und aller ‚großen Erzählungen' ihr eigentliches Kritikpotenzial" (Freikamp et al. 2008: 13). Foucaults Konzeption von Kritik als Infragestellung des lebensweltlichen Vorverständnisses ist aber nie nur „nüchterne Diagnose, sondern immer auch politische Konstruktion, deren Plausibilität davon abhängt, daß sie ihren Adressaten als glaubwürdige

Rekonstruktion ihrer Erfahrung erscheint" (Wolf 2003: 49).[11] Wenn Diskursanalysen den Schwerpunkt der Betrachtung auf die bewegliche Beziehung zwischen Signifikat und Signifikant und ihre Verräumlichungen legen, nehmen sie Abstand von einer inhaltlichen Betrachtung und Bewertung ihres Gegenstands. Die Frage „wie Raum diskursiv mit Bedeutung aufgeladen wird?" lässt sich dann unabhängig vom Inhalt nahezu an jeden Gegenstand herantragen. Zusammengefasst: Die Diskurstheorie wird gegenwärtig eher als diskursanalytische Methode für (neutrale) Fragestellungen zur symbolischen Bedeutung von Räumen in Anspruch genommen (vgl. Mattissek und Reuber 2007: 174 f.)[12], denn als Möglichkeit, sich gesellschaftlichen Sortierungsprozessen über Raumproduktionen kritisch gegenüberzustellen. Mit der vielfach vertretenen Position, dass Foucault selbst kein adäquates Analyseinstrumentarium, keine Werkzeugkiste für diskursanalytisches Arbeiten hinterlassen hätte (z. B. Reuber und Pfaffenbach 2005: 206), rücken dann zwangsläufig alternative forschungspraktische Datenerhebungs- und Auswertungsverfahren an die Stelle der Macht- und Aussagenanalyse. Meines Erachtens sollte sich aber gerade eine Diskursanalyse gegenüber anderen Forschungsprogrammen dadurch auszeichnen, dass sie der Machtvergessenheit entgegenwirkt. Die Herausforderung der Diskursanalyse besteht künftig darin, sich von „reinen" Inhaltsanalysen abzusetzen, indem sie ihr Potenzial, an aktuellen gesellschaftlichen Prozessen Kritik zu üben, stärker nutzt. Fragen zu können: „[w]ie [...] es möglich [ist], daß man nicht derartig, im Namen dieser Prinzipien da, zu solchen Zwecken und mit solchen

11 So ist die Art und Weise Foucaults Philosophie zu betreiben und sich mit intellektuellen Fragen auseinanderzusetzen, immer begleitet von politischem Aktivismus (vgl. Eribon 1999: 65 ff.). Er repräsentiert ab seiner professoralen Zeit an den Pariser Universitäten „die eigentliche Gestalt des kämpferischen Intellektuellen" (ebd. 1999: 297). Die Themen, mit denen er sich ab dieser Zeit vorrangig beschäftigt, sind die Geschichte der Strafsysteme und der Disziplinartechniken. Sowohl in den folgenden Schriften als auch in seinem politischen Engagement gegen die Haftbedingungen in Frankreichs Gefängnissen (zusammen mit Daniel Defert und Gilles Deleuze), zeigt sich seine institutionenfeindliche und machtkritische Perspektive deutlich (vgl. Sarasin 2005: 122 ff.). Eine diskursanalytische Untersuchung, die sich im Sinne Foucaults versteht, ist daher immer auch politisch motiviert.

12 Das Absehen von der Möglichkeit, sich gerade durch das Verfahren der Diskursanalyse dem Bündel der Beziehungen zwischen der Macht, der Wahrheit und dem Subjekt zu nähern, und damit zum Entstehungsherd der Kritik vorzudringen (vgl. Foucault 1992 [1978]: 15) spiegeln exemplarisch die von Mattissek und Reuber (2007: 180 f.) angebotenen Fragen für die Diskursanalyse Foucault'scher Prägung wider. Die Machtfrage wird lediglich in Bezug auf einzelne Subjektpositionen hin formuliert.

> Verfahren regiert wird – daß man nicht so und nicht dafür und nicht von denen da regiert wird?“ (Foucault 1992 [1978]: 11 f.) sollte das Instrument Diskursanalyse gegenüber anderen Verfahren auszeichnen (vgl. im Gegensatz hierzu die von Keller 2004: 66 aufgeführten Fragestellungen sozialwissenschaftlicher Diskursforschung). Meines Erachtens muss es daher heißen: nicht „nach“ Foucault, sondern „noch einmal“ Foucault: Wissen, Macht und Subjekt!

Foucault selbst schuf in seinen historischen Auseinandersetzungen mit den Humanwissenschaften, mit dem Strafsystem oder den aktuellen Regierungsweisen immer ein auf den Untersuchungsgegenstand passendes Werkzeug der Kritik. Er entwickelte das archäologische und das genealogische Verfahren. Später erweiterte er seine analytischen Strömungen um den Dispositiv-Begriff. Dieser dient insbesondere als ein Werkzeug zur Freilegung auch nicht-diskursiver Praktiken (vgl. Dreyfus und Rabinow 1994 [1982]: 133 ff.). Die Frage nach den Verfahren ist daher einerseits immer an den Untersuchungsgegenstand gebunden, denn eine „Methode, die auf allen Gebieten gleichermaßen gültig wäre, gibt es nicht“ (Agamben 2009: 7). Sie kann andererseits nicht isoliert von dem „theoretischen“ Foucault betrachtet werden. Für meine Analyse der Kriminalprävention hat dies zur Konsequenz, dass eine einfache Übernahme angebotener Methoden fehl schlägt, da sich das Instrumentarium immer nur rückgebunden an die Empirie konkretisieren kann und nicht davon unabhängig existiert.

Aus den beiden oben genannten Bedingungen, die ich an ein diskursanalytisches Forschungsprogramm stelle, ziehe ich die Konsequenz und gehe noch einmal einige Schritte zurück. Um das Wahrheitsspiel der Kriminalprävention wirklich anders spielen zu können, sollen erstens die Foucault'schen Begriffe Wissen, Macht und Subjekt in ihrem gesellschaftskritischen Potenzial für meine Analyse fruchtbar gemacht werden. Auf dieser Grundlage entwerfe ich zweitens ein an das Forschungsprogramm Foucaults angelehntes bewegliches Instrumentarium, das sich mit Dreyfus und Rabinow als interpretative Analytik versteht – interpretativ in dem Sinn, dass, wer diese Analyseform betreibt, „bemerkt, daß ihn selbst erzeugt hat, was er untersucht; folglich kann er niemals außerhalb davon stehen“ (1994 [1982]: 154). Der Schwerpunkt wird auf dem archäologischen Verfahren der Aussagenanalyse liegen, das den „Prozess der Verknappung und Regulierung ernsthafter Diskurse“ (ebd.: 152) inhaltsreich zu beschreiben vermag. Im Vordergrund der Methodisierung steht die Forderung, die eigenen Kategorien unablässig infrage zu stellen und die Weigerung, Grenzen des alltäglich Denkbaren zu akzeptieren.

MIT FOUCAULT INS FELD

Erneut also Foucault! Für meine Untersuchung der kommunalen Kriminalprävention hat die Auseinandersetzung mit seinen Texten einen dreifachen Reiz. Gesellschaftspolitisch bietet sich die Möglichkeit der „totalen Infragestellung“ (Dreyfus und Rabinow 1994 [1982]: 35) vertrauter Gewissheiten. Hiervon verspreche ich mir, einen radikalen Bruch mit der scheinbar anthropologischen Konstante vollziehen zu können, dass wir mit präventiven Kontrollformen zu gesellschaftsfähigen Bürger_innen gemacht werden müssen. Methodisch lässt sein Verfahren der archäologischen Beschreibung eine größtmögliche Beweglichkeit zu. Hierdurch kann die Kriminalprävention in ihren Bezügen reichhaltiger als durch andere Verfahren erschlossen werden. Und schließlich leisten seine Texte einen maßgeblichen Beitrag zur Diskussion um Raumkonzepte und die Überwindung der Dualität diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken.

Foucaults Studien inspirieren ohne jeden Zweifel hinsichtlich ihrer Theorie. Aber es sind seine ganz konkreten Analysen des Sagbaren und Sichtbaren, seine mikrophysikalischen Beschreibungen von Herrschaftspraktiken, denen man sich nicht entziehen kann. Es sind die minutiösen Schilderungen z. B. der Disziplinartechnologien, welche die Relevanz seiner Arbeiten vor Augen führen. Eine so verstandene Diskursanalyse zwingt zu empirischem Arbeiten, sie fordert auf, die verstreuten Aussagen zu sammeln, sorgfältig zu sichten und zu schichten. Mit Petra Gehring (vgl. 2007b: 15) lässt sich die Wirkung Foucaults auf die Sozialwissenschaften allgemein in drei Elementen konkretisieren: seine Theorieinhalte, seine als Archivarbeit charakterisierte Verfahrensweise und die Inhalte seiner Analysen selbst. Die Frage, warum es sich lohnt, die Herausforderung Foucault anzunehmen, beantwortet aber niemand eingängiger als er selbst: „Alle meine Bücher [...] sind, wenn Sie so wollen, kleine Werkzeugkisten. Wenn die Leute sie öffnen und sich irgendeines Satzes, einer Idee oder einer Analyse wie eines Schraubenziehers oder einer Bolzenzange bedienen wollen, um Machtsysteme kurzzuschließen, zu disqualifizieren oder zu zerschlagen, unter Umständen darunter sogar diejenigen, aus denen meine Bücher hervorgegangen sind ... nun, umso besser!“ (2002b [1975]: 887 f.)

Foucaults Texte

Auch wenn die Erstellung selbst seiner späten Schriften bereits 30 Jahre zurückliegt, hat Foucaults Denken nicht an Aktualität verloren. Im Gegenteil, die deutschsprachige Geographie beginnt erst seit wenigen Jahren die Reichweite seiner Ausführungen zur Wissensproduktion, zu strategischen Machtverhältnis-

sen und zu Subjektkonstitutionen auch für geographische Fragestellungen zu erfassen. Zwar finden die Foucault'schen Schriften noch nicht die selbstverständliche Beachtung wie im anglo-amerikanischen Raum. In der Folge informeller Lesekreise und institutionalisierter Wissenschaftsnetzwerke, die ihre Aufmerksamkeit auf Diskurstheorien und -methoden legen, halten aber immer öfter Foucault'sche Begriffe wie Diskurs, Wissen, Macht oder Gouvernementalität Einzug in die geographischen Debatten. In aktuellen Arbeiten, insbesondere im Umfeld der Kultur-, Stadt- und Sozialgeographie, taucht der Bezug auf Foucault schon regelmäßig auf. Hier und dort werden Auszüge aus seinen Schriften in den Lehrveranstaltungen behandelt. In einem Satz: Foucault ist in der deutschsprachigen Geographie noch lange nicht ausgelesen und gleichzeitig von einer einheitlichen Auslegung weit entfernt.

Das liegt vor allem daran, dass Foucaults Schriften von Richtungswechseln durchzogen sind. Der Autor betritt im Verlauf seiner wissenschaftlichen Arbeit immer wieder unterschiedliche Wege, was ein Nachvollziehen seines Denkens erschwert. Ihm selbst lag nichts ferner, als innerhalb einer bestimmten Denktradition verortet zu werden. Ein schwaches Licht auf die gewollte Unübersichtlichkeit wirft Deleuze. Er identifiziert als allgemeine Linie, die Foucaults Schriften durchziehe, das „Anders-Denken". Dieses äußere sich in drei Achsen: „den Schichten als historische (archäologische) Formationen, dem Außen als jenseits (Strategie), dem Innen als Substrat (Genealogie)" (Deleuze 2005 [1984]: 232). Obwohl alle Schriften Foucaults von den genannten Achsen durchzogen sind, nehmen insbesondere seine frühen Analysen die Idee der Schichten in Form von Diskursformationen in Anspruch. Foucaults Doktorarbeit zu *Wahnsinn und Gesellschaft* (1977 [1961]) bleibt nach ihrer Veröffentlichung zwar kein unbemerktes Buch, die darauf folgenden Schriften *Raymond Roussel* (1989 [1963]) und insbesondere *Die Geburt der Klinik* (2002 [1963]) finden aber nur wenig Anklang. Erst mit der Veröffentlichung von *Die Ordnung der Dinge* (1971 [1966]) gelingt ihm ein unerwartet großer Erfolg (vgl. Eribon 1999: 163 ff.). Seine hier angelegte Infragestellung der Humanwissenschaften spricht unzweifelhaft die Sprache des Strukturalismus. Der Aufgabe, die hierin entworfenen Begriffe zu präzisieren, und ein Vokabular zu erläutern, das in der *Ordnung der Dinge* im Dunkeln geblieben ist, widmet Foucault im Anschluss ein ganzes Buch: die *Archäologie des Wissens* (1981 [1969]) – auch, um sich dem Vorwurf des Strukturalismus zu entziehen.

Obwohl bis heute die Foucault-Rezeption von diesen beiden Werken seiner „formalistischen" oder „archäologischen" Phase maßgeblich geprägt ist, sind es für den Autor selbst rückblickend nicht diese beiden Bücher, denen seine Vorliebe galt (vgl. Eribon 1999: 264). Dies mag daran liegen, dass seine frühen

Schriften noch den Primat der Aussagen hervorheben – und das in der Zeit der 1968er, in der das Aufdecken von Machtverhältnissen die Theoriebildung beflügelte (vgl. Deleuze 1993c [1986]: 151). Die Aufgabe archäologischer Analysen erstreckt sich zwar auf beide Aspekte, nämlich: „aus den Wörtern und der Sprache die einer jeden Schicht entsprechenden Aussagen zu ‚extrahieren', aber auch aus den Dingen und dem Sehen der Sichtbarkeiten zu ‚extrahieren'" (Deleuze 2005 [1984]: 233). Dennoch kommt den Aussagen eine determinierende Rolle zu. Aber erst die gegenseitige Durchdringung nicht-diskursiver und diskursiver Formationen bildet jenes Wissen, jene Wahrheit, welche in den frühen Schriften Foucaults einen prominenten Platz einnimmt. Wahrheit umfasst „die Gesamtheit der Verfahren, mit deren Hilfe man zu jedem Zeitpunkt gegenüber jedermann Aussagen machen kann, die als wahr angesehen werden" (Foucault 2003c [1977]: 525) – das Sichtbare und das Sagbare. Eine archäologische Diskursanalyse, welche die Zonen der Sichtbarkeit vernachlässige, verstümmele daher sowohl die Vorstellung Foucaults von Geschichte als auch sein Denken (vgl. Deleuze 2005 [1984]: 234).

Seine Distanzierung von diesen Schriften mag auch damit zusammenhängen, dass die Humanwissenschaften, die sich Foucault zufolge entschlossen hatten, „den Menschen [...] auf die Seite der wissenschaftlichen Gegenstände zu rücken" (1971 [1966]: 414), die Legitimation ihrer Begriffe und Modelle insbesondere durch die Behauptung vom „Ende des Menschen" (1971 [1966]) in Frage gestellt sahen. Seine These vom empirischen Menschen als Produkt des 19. Jahrhunderts brachte ihm den Ruf eines antihumanistischen Denkers ein (vgl. Gehring 2007b: 19). Weite Teile der Sozialwissenschaften fühlten sich durch die Behauptung provoziert, dass die wissenschaftliche Erkenntnis des Menschen nicht auf ein moralisches Interesse am Menschen zurückgehe, sondern umgekehrt, weil man den Menschen zum Objekt wissenschaftlicher Erkenntnis gemacht hatte, sich die moralischen Thesen des Humanismus entwickelt hätten (vgl. Foucault 2001b [1966]: 698). Das brachte besonders linke Sozialwissenschaftler_innen auf, die sich doch als Kritiker_innen des sozialen Elends begriffen (vgl. Gehring 2007b: 19).

Foucaults frühe Schriften werden vor allem mit dem Wissensbegriff in Verbindung gebracht. Sie zeigen auch auf, dass Formen der „Subjektivierung" und die Frage nach der Herstellung des Menschen von Anfang an für ihn eine zentrale Rolle spielten. Eine neue Ausrichtung seines künftigen Forschungsprogramms fällt mit der Annahme des Lehrstuhls für Geschichte der Denksysteme 1971 am *Collège de France* zusammen: die Machtkritik (vgl. Sarasin 2005: 122 ff.). Das zunehmende Interesse an strategischen Kräfte- und Machtverhältnissen lässt die geschichteten Wissensbeziehungen, welche bislang im Zentrum seiner Schriften

gestanden haben, nicht außer Acht. Vielmehr bezieht Foucault fortan die beiden Achsen Wissen und Macht als wechselseitiges Voraussetzungsverhältnis aufeinander (vgl. Deleuze 2005 [1984]: 238). Innerhalb der nächsten Jahre folgen die Schriften *Überwachen und Strafen* (1976 [1975]), seine wohl populärste Schrift und Band I der Reihe *Sexualität und Wahrheit*: *Der Wille zum Wissen* (1983 [1976]). In diesen Büchern löst sich Foucault auch immer stärker von dem Diskursbegriff, der noch in der *Archäologie des Wissens* heraus stach. In den beiden posthum veröffentlichten Vorlesungen Foucaults zur *Geschichte der Gouvernementalität*: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung* (2006 [1977-1978]) und *Die Geburt der Biopolitik* (2006 [1978-1979]) breitet er das Programm einer Genealogie der Beziehungen von Wissen und Macht aus (vgl. Ewald und Fontana 2006: 9). Er wendet sich aber auch schon hier einer Machtform zu, welche die Freiheit des Individuums in ihre Regierungsrationalität integriert und insbesondere seine späten Schriften anleiten wird.

Die beiden Bände lösen im deutschsprachigen Raum seit kurzem eine neue Rezeptionswelle aus, in der Foucaults Ausführungen zur Gouvernementalität insbesondere für die Analyse neoliberaler Regierungstechniken herangezogen werden. In der daraus hervorgegangenen „Foucault-Industrie“ geraten seine früheren Schriften zunehmend aus dem Blick (vgl. PROKLA-Redaktion 2008: 176). So wird die *Geschichte der Gouvernementalität* nur selten mit seinen Überlegungen aus der *Archäologie des Wissens* in Bezug gesetzt oder in einer, wenn auch gebrochenen Linie, mit den übrigen Schriften gesehen. Mit der Abkehr von einer ausschließlich archäologischen Vorgehensweise lässt sich holzschnittartig der Anspruch Foucaults an sein Schaffen zusammenfassen, nicht mehr lediglich Normierungspraktiken auf der Ebene des Sagbaren zu beschreiben. Vielmehr widmet er sich ganz materiellen, mikrophysikalischen Praktiken der Disziplinierung, wofür par excellence seine Studie zum Panoptismus in *Überwachen und Strafen* steht.

Foucault richtet sein Denken wiederholt neu aus. Nicht, indem er mit den vorangegangenen Schriften bricht, sondern sein ganzes Projekt des „Anders-Denkens“ neu bewertet (vgl. Deleuze 2005 [1984]: 245). Insbesondere seit Ende der 1970er Jahre stellt er dem durch ein „Außen“ regierten Subjekt eine prinzipielle Fähigkeit zum Handeln an die Seite. In der Thematisierung des Innen als einem Verhältnis, dass sich vom Außen herleitet, entfaltet Foucault das Moment des Widerstands: „Das Subjekt ist stets konstituiert, Produkt einer Subjektivierung, erscheint jedoch in einer Dimension, die sich jeder Schichtung oder Kodifizierung widersetzt.“ (Deleuze 2005 [1984]: 246) Bis zu seinem Tod begleitet Foucault fortan die Auseinandersetzung mit Subjektivierungsweisen, das Verhältnis zu sich selbst als „Technologien des Selbst“ und als „Sorge um sich“

(vgl. Sarasin 2005: 187 ff.). Worum es ihm in der letzten Phase seines Schaffens geht, „ist, zu bestimmen, was das Subjekt sein muss, welcher Bedingung es unterworfen sein muss, welchen Status es haben muss und welche Stellung im Wirklichen oder im Imaginären es einnehmen muss, um zum legitimen Subjekt dieser oder jener Art Erkenntnis zu werden“ (Foucault 2005a [1983]: 777). Mit den erst seit wenigen Jahren auf Deutsch zugänglichen *Schriften* (Defert und Ewald 2001; 2002; 2003; 2005), einer umfangreichen vierbändigen Sammlung seiner Gespräche, Aufsätze, Vorworte und Vorträge von 1954 bis 1988, treten die Vielgestaltigkeit seines Schaffens und die unterschiedlichen Achsen seines Denkens noch einmal in ihrer ganzen Reichweite zu Tage.

Der kurze Blick auf einige seiner Texte zeigt, dass sich sein Werk nur holzschnittartig in eine archäologische, eine machtkritische oder eine auf das Subjekt gerichtete Phase einteilen lässt. Eine solche Systematisierung wird der wechselseitigen Durchdringung aller drei Achsen kaum gerecht. Vielmehr ist das Werk Foucaults von einer Diskontinuität geprägt, die für die Forschenden eine „Quelle ständiger Verunsicherung“ (Honneth 2003: 15) birgt. Was sich hier findet, lässt sich trotz der grundlegenden Begriffe Wissen, Macht und Subjekt nur schwer auf einen Nenner bringen. Wenn überhaupt eine gemeinsame Linie durch die heterogenen Schriften gezogen werden kann, dann bezüglich des Anspruchs, den etablierten Bereichen wie der Medizin, der Psychologie, der Erziehung und der Kriminologie ihre wissenschaftsgläubigen Universalansprüche zu rauben, um sich gegen die „Mächte der ‚Normierung‘“ (Eribon 1999: 13) auflehnen zu können. Hierfür zeichnet er in seinen Arbeiten „ein düsteres Schattenbild der Funktionsweise uns vertrauter modernen Institutionen“ (Gehring 2007b: 16). Mit Foucault muss jede Zugriffsweise auf den Menschen, und somit auch die so folgerichtig erscheinende Zugriffsweise Kriminalprävention, relativiert werden, um die Vertrautheit mit dieser Institution aufzuheben. Dies macht das Reizvolle an seinen Schriften aus. „Denn sobald man einen Schritt aus dem Gebiet des schon Gedachten hinaus macht, sobald man sich außerhalb des Widererkennbaren und Sicheren bewegt, sobald man neue Begriffe für neue Länder erfinden muß, fallen Methode und Moral, und Denken wird, nach einer Formulierung Foucaults, ein gefährlicher Akt, wird zur Gewalt, die man zunächst gegen sich selbst ausübt.“ (Deleuze 1993c [1986]: 148)

Die Verunsicherung, von der Axel Honneth spricht, gründet sich außerdem in seiner Betrachtung als politische Person. So sehen einige Autor_innen die Foucault'sche Theorieproduktion nahe am Marxismus (vgl. dazu die Ausführungen von Demirović 2008 und die übrigen Beiträge der PROKLA 151). Andere wiederum reduzieren ihn auf die Tätigkeit des Strukturanalytikers. Diese unterschiedlichen Rezeptionen kommen u. a. dadurch zustande, dass Foucault selbst

eine Begrenzung seines Denkens in beiderlei Richtung strikt ablehnt (vgl. Foucault 2005b [1983]). Hinzu kommt, dass er in seinen Schriften selten auf die Quellen verweist, die ihn bei seinen Abhandlungen inspiriert haben und so eine Rekonstruktion der Positionen, die sein jeweiliges Werk geprägt haben, nur indirekt möglich ist. Schließlich macht der weitgehende Verzicht auf Selbstzitationen deutlich, dass er seine Schriften weder als eine Weiterführung großer Theorietraditionen noch als in sich beständig fortführend versteht. Im Grunde trägt jede Arbeit Foucaults ihre eigene Handschrift und bedient sich einer Methodologie, die nur auf die untersuchte Disziplin zugeschnitten ist (vgl. Honneth 2003: 16). Vielleicht ist es so, wie Deleuze (1993c [1986]: 158) resümiert: Die Wendungen, die das Foucault'sche Werk mit jeder neuen Schrift nimmt, könnten letztlich „nur die Leser verstehen, die Foucault bei seiner Suche ‚begleitet' haben".

Wissen, Macht, Subjekt

Foucaults Studien kreisen immer um die Triade von Wissen, Macht und Subjekt. Auch das Anliegen, aus dem heraus Foucault die *Archäologie des Wissens* verfasst, erschließt sich letztlich nur über die Schnittstelle dieser drei Elemente. Jede Arbeit, die sich an Foucault anlehnt, muss sich daher die Frage stellen, inwieweit eine Analyse der Aussagen und ihre Verknüpfung in Diskursformationen auch immer eine Analyse von Machtverhältnissen ist und inwiefern Wissen und Wahrheit auf Machtverhältnisse und Subjektivierungsweisen bezogen sind.

Zahlreiche Interviews mit Foucault machen das Verhältnis zwischen Wissen, Macht und Subjekt zum Gegenstand. In einem Gespräch mit Shiguehiko Hasumi bringt Foucault das „Interface" zwischen Wissen und Macht paradigmatisch zum Ausdruck: „[D]ie Weltgesellschaft produziert ständig Wahrheitseffekte. Man produziert Wahrheit. Diese Wahrheitsproduktionen lassen sich nicht von der Macht und den Machtmechanismen trennen, denn einerseits ermöglichen und induzieren Machtmechanismen die Produktion von Wahrheiten, andererseits hat die Produktion von Wahrheit auch Machteffekte mit bindender Wirkung für uns. Für diese Beziehung zwischen Wahrheit und Macht, zwischen Wissen und Macht interessiere ich mich." (Foucault 2003c [1977]: 521) So evident der Zusammenhang auch erscheint, treten doch bei dem Versuch der Verhältnisbestimmung Probleme auf. Wenn die drei Achsen seines Denkens nur in ihrer Verschränkung zu erfassen sind, bilden dann nicht zumindest die Wissens- und die Machtkonzeption zwei identische Thesen, die lediglich einer unterschiedlichen Terminologie zweier theoretischer Zugänge folgen? Denn „[t]atsächlich ist jeder Punkt der Machtausübung zur gleichen Zeit ein Ort der Wissensbildung.

Und umgekehrt erlaubt und sichert jedes etablierte Wissen die Ausübung einer Macht. Anders gesagt, es gibt keinen Gegensatz zwischen dem, was getan, und dem, was gesagt wird“ (Foucault 1976: 118).

Diese Aussage legt zunächst den Schluss nahe, Macht und Wissen wären zwei identische Dinge. In einem Gespräch mit Gerard Raulet stellt Foucault allerdings mehrere Jahre später heraus: „[W]enn ich die These lese – und ich weiß wohl, dass man sie mir zuschreibt –: ‚Das Wissen ist die Macht‘, oder: ‚Die Macht ist das Wissen‘, in welcher Reihenfolge auch immer, dann schütte ich mich aus vor Lachen, da es doch genau mein Problem ist, ihre Bezüge zu untersuchen [...]. Allein die Tatsache, dass ich die Frage nach ihren Bezügen stelle, beweist ja wohl, dass ich sie nicht gleichsetze.“ (Foucault 2005b [1983]: 551 f.) Wenn Macht und Wissen aber nicht identisch sind, welchen Machttyp hebt Foucault dann durch die Verknüpfung mit dem Wissensbegriff besonders hervor, verändert sich doch sein Verständnis von Macht erheblich mit den verschiedenen Schriften? Und wie integriert er den Menschen in seine unterschiedlichen Analysen der Machttypen? Denn wann immer Foucault von Macht spricht, hat er das Verhältnis zwischen Menschen im Blick. Mindestens drei Dimensionen der Verschränkung der drei Achsen lassen sich dabei identifizieren: die Vorstellung von Wissen als Macht der Wahrheitsproduktion, der mikrophysikalische Machtbegriff und der Regierungsbegriff unter stärkerer Berücksichtigung von Technologien der Selbstführung. Diese drei Achsen erlangen auch für meine Betrachtung der kommunalen Kriminalprävention Relevanz. Sie stellen Konzepte und Praktiken bereit, die das Ziel der Konstitution des Subjekts in Form von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung und seine Unterwerfung verfolgen.

Wissen

Was Foucault in seinen frühen Schriften zum Ausdruck bringt, z. B. in *Die Ordnung der Dinge*, ist die Vorstellung von einer kognitiven Macht in Form einer Wissensordnung (vgl. Honneth 2003: 22). In seiner Broschüre zur Kandidatur am *Collège de France* skizziert Foucault, dass sich „[z]wischen der Meinung und der wissenschaftlichen Erkenntnis [...] die Existenz eines besonderen Niveaus erkennen [lässt], das ich als das des Wissens zu bezeichnen vorschlage. Dieses Wissen verkörpert sich nicht nur in den theoretischen Texten oder den Instrumenten der Experimente, sondern in einem umfassenden Ensemble von Praktiken und Institutionen: Es ist gleichwohl nicht schlicht und einfach deren Resultat und halbbewusster Ausdruck; es beinhaltet nämlich Regeln, die ihm zu eigen sind und so seine Existenz, sein Funktionieren und seine Geschichte charakterisieren“ (Foucault 2001b [1969]: 1071, vgl. Eribon 1999: 306). In der

Archäologie des Wissens wird dieses Verhältnis aufgegriffen und auf den Bereich der Aussagen und der durch sie freigesetzten Wahrheitsproduktion erweitert. An die Seite der alltäglich-praktischen Mächteverhältnisse tritt Macht als Wille zur Wahrheit. Foucault hebt hierbei auf die Diskurs-internen Prozeduren ab, die als Klassifikations-, Anordnungs- und Verteilungsprinzipien wirken (vgl. 2003 [1972]: 17). Mittels der Gesamtheit der Verfahren der Wissensbildung lassen sich Aussagen machen, die als wahr angesehen werden (vgl. Foucault 2003c [1977]: 525). Der Diskurs als Set von Formationsregeln der Aussageproduktion erscheint dann „als ein endliches, begrenztes, wünschenswertes, nützliches Gut, das seine Erscheinungsregeln, aber auch seine Aneignungs- und Anwendungsbedingungen hat. Ein Gut, das infolgedessen mit seiner Existenz (und nicht nur in seinen ‚praktischen Anwendungen') die Frage nach der Macht stellt. Ein Gut, das von Natur aus der Gegenstand eines Kampfes und eines politischen Kampfes ist" (Foucault 1981 [1969]: 175). Kognitive Macht in Form von Wahrheitsproduktion liegt somit nicht in dem, was die Aussage aussagt, sondern die Frage der Wahrheit wird zur Aussage selbst hin verschoben: zu ihrem Sinn, ihrer Form, ihrem Gegenstand, ihrem referentiellen Bezug (vgl. Foucault 2003 [1972]: 14).

Das Verhältnis von Wissen und Macht weist in dieser Bestimmung zwei Züge auf, die als Form der Ausschließung funktionieren und dem Prinzip des Mangels unterliegen. Einerseits als allgemeine „Bedingung der Möglichkeit": So zwingt die seriöse Aussage zum Sprechen nach bestimmten Formationsregeln. Wirklich werden können immer nur bestimmte Aussagen, und nicht die Vielfalt, die über das wirklich Mögliche hinausreicht (vgl. Gehring 2004: 110). Die seriöse, wahre Aussage ist damit vollkommen den Regelmäßigkeiten und Verhältnissen unterworfen, die das Aussagefeld konstituieren. Damit ist der Diskursformation Macht inhärent, da sie immer nur bestimmte Aussagen existieren und andere im Nichts verhallen lässt. Wissen fungiert als Ausschließungsmacht, da es auf die positive, seriöse Form des Sprechens beschränkt (vgl. Ruoff 2007: 146). Die Sprache obliegt daher dem Prinzip des Mangels, immer nur das sagen zu können, was in Worten verfügbar ist und was seriöse Gruppierungsprinzipien als Aussage zulassen.

Aus einem solchen Verständnis heraus lässt sich die Kriminalprävention als ein institutioneller Mechanismus untersuchen, durch den aus konkurrierenden Wahrheitsansprüchen „bestimmte Wissensordnungen zu Standardmustern gemacht werden konnten, so daß sich alle anderen Rechtfertigungspraktiken ihnen unterwerfen mussten" (Honneth 2003: 22). Ziel einer so verstandenen Diskursanalyse des Aussagefeldes kommunale Kriminalprävention ist es, jene spezifischen Beziehungen zwischen den Aussagen zu beschreiben, die gegenwärtig

das Erkenntnismonopol innehaben und deren Wissensordnung insgesamt einen spezifischen Aspekt aktueller gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse widerspiegelt.

Andererseits ist den Diskursen Macht in Form der Ausschließung immanent, da sie durch ihre Aneignungs- und Anwendungsbedingungen normieren, wer an der Aussagenproduktion beteiligt ist. So bildet die Aussageordnung ein Kräftefeld, das aus Kämpfen resultiert und umkämpft bleibt (vgl. Gehring 2004: 110). Die Produktion von Diskursen wuchert nicht willkürlich durch die Gesellschaft, sondern sie wird kontrolliert und kanalisiert – „und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen“ (Foucault 2003 [1972]: 11).

Bei der Wahrheitsproduktion kommt den Wissenschaften ein hohes Gewicht zu, auch wenn sich Foucaults Wissensbegriff nicht durch die Wissenschaft vereinnahmen lässt. „Denn nichts kann als Wissenselement auftreten, wenn es nicht mit einem System spezifischer Regeln und Zwänge konform geht – etwa mit dem System eines bestimmten wissenschaftlichen Diskurses in einer bestimmten Epoche, und wenn es nicht andererseits, gerade weil es wissenschaftlich oder rational oder einfach plausibel ist, zu Nötigungen oder Anreizungen fähig ist. Umgekehrt kann nichts als Machtmechanismus funktionieren, wenn es sich nicht in Prozeduren und Mittel-Zweck-Beziehungen entfaltet, welche in Wissenssystemen fundiert sind. Es geht also nicht darum, zu beschreiben, was Wissen ist und was Macht ist und wie die eine das andere unterdrückt oder missbraucht, sondern es geht darum, einen Nexus von Macht-Wissen zu charakterisieren, mit dem sich die Akzeptabilität eines Systems – sei es das System der Geisteskrankheit, der Strafjustiz, der Delinquenz, der Sexualität usw. – erfassen läßt.“ (Foucault 1992 [1978]: 33) Die Wissenschaften decken keine unantastbaren Wahrheiten auf, die hinter Alltäglichem verborgen liegen oder ideologischer Verfälschung entkleidet werden müssen. Sie sind vielmehr selbst Gegenstand eines politischen Kampfes. Sie bilden ein wirkungsvolles Aussagefeld, das selbst Wahrheitsansprüche produziert. Ihr Wissen ist daher weder neutral überprüfbar, noch unschuldig. Vielmehr ist „[d]as im Inneren der Institution Wissenschaft freigesetzte Wahrheitsbegehren [...] seinerseits machtvoll, gewalttätig, begehrlich, auch wenn eben dies verborgen bleibt“ (Gehring 2004: 112).

Auch wenn die Kriminalprävention daher den direkten Bezug zu einem Objektiven unterstellt, nämlich zu einer Kriminalitätsrate, einem kriminellen oder unsicheren Ort, ist sie doch durchzogen von Machtverhältnissen und ihre kriminologischen und kriminalgeographischen Theorien eingebettet in disziplinäre und disziplinierende Kontexte. Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht,

dass an der Aussagenproduktion der kommunalen Kriminalprävention nur einzelne Institutionen beteiligt sind, während andere gesellschaftliche Gruppen, wie Kinder und Jugendliche, ausgeschlossen werden.

Macht

Der Macht als Wahrheitsproduktion stellt Foucault die mikrophysikalischen Mächte an die Seite. Sein zunehmendes Interesse an kleinteiligen Machtmechanismen und deren Entstehung gründet in der Beobachtung, dass das Problem der übermäßigen Machtausübung nicht hinreichend über ökonomische Kategorien erfasst werden könne. Dies zeigten die Entwicklungen in der Sowjetunion nach dem Verschwinden des Stalinismus oder auch der Algerienkrieg Frankreichs. Beide Fälle machten deutlich, dass hier Machtmechanismen wirksam werden, die sich jenseits ökonomischer Zwänge ganz aus sich selbst heraus entfalteten. Marxistisch geprägte Analysen eigneten sich daher nicht länger zur Beschreibung solcher Prozesse (vgl. Foucault 2003c [1977]: 518 f.). Foucault stellt daraufhin die Frage, welche alternativen Vorstellungen von Macht jenseits staatlicher Souveränität die Phänomene besser in den Blick bekommen. Was ist folglich das Spezifische der Foucault'schen Macht, die sich von anderen Formen der Befassung mit Machtfragen unterscheidet und die er fortan ins Zentrum seiner Schriften stellt?

Im Gegensatz zu Machtfragen juridischer Modelle, denen ein formales Verständnis von Macht in Form des Verbots „du sollst nicht" zugrunde liegt, interessiert Foucault die Macht ausschließlich in ihren positiven Mechanismen (vgl. Foucault 1999 [1982]: 173 f.). „Unter ‚Macht' soll nämlich das Ergebnis eines Prozesses verstanden werden, in dem Individuen einem gesellschaftskonstitutiven Netz sozialer Regeln dadurch unterworfen werden, daß sie dieses durch wiederholte Formen der disziplinierten Einübung in ihrem psychophysischen Habitus vollständig zu übernehmen lernen." (Honneth 2003: 20) Im Mittelpunkt des Foucault'schen Machtbegriffs stehen damit nicht vorrangig Aspekte von Unterdrückung, Repression und Gewalt, sondern die produktiven Effekte von Macht, die nahezu unendlichen „Maschen der Macht" (Foucault 1999 [1982]). Die Vorstellung mikrophysikalischer Mächte konkretisiert Foucault durch die Abgrenzung zu einem institutionellen Machtverständnis, das sich Macht als lokalisierbar vorstellt – insbesondere in den Staatsapparaten oder einem staatlichen Souverän (vgl. Foucault 1976: 115). Macht gehe nicht von einem gegebenen Ort aus, sondern manifestiere sich in einem mehr oder weniger koordinierten Bündel von Beziehungen (vgl. Foucault 1978: 126). Durch die Gegenüberstellung von Besitzen und Wirken drückt der Autor aus, dass Macht nicht etwas ist,

was *besessen* werden kann und durch bestimmte Gruppen der Gesellschaft zur Ausübung kommt. Vielmehr *wirke* die Macht bereits „durch kleinste Elemente: die Familie, die sexuellen Beziehungen, aber auch: Wohnverhältnisse, Nachbarschaft etc. So weit man auch geht im sozialen Netz, immer findet man die Macht als etwas, das ‚durchläuft', das wirkt, das bewirkt" (Foucault 1976: 114).[13]

Das Problem der Lokalisierung der Macht – wenn auch nicht in Form zentralistischer Vorstellungen in den Staatsapparaten – stellt sich allerdings erneut, wenn Diskursanalysen die Frage nach den gesellschaftlichen Akteuren stellen. So suggeriert diese Frage, dass einzelne Besitzende ein bestimmtes Wissen generieren, dass Herrschaftsverhältnisse auch Besitzverhältnisse abbilden und bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zugeordnet werden könnten – und damit letztlich lokalisierbar seien. Foucault verfolgt ein anderes Ziel. Die Vorstellung von Macht entledigt er ihres Besitzcharakters und damit ihres Gegenübertretens in Form von Aktivität oder Passivität. Macht ist nicht das, was jemand ansammelt oder besitzt oder ausübt, sondern „[s]ie ist ein Phänomen ohne Singular" (Gehring 2004: 110), bzw. ein Phänomen, das nur im Plural existiert. Hierdurch wird der Blick frei für die permanente Wirkung der Macht in ihrer Feingliedrigkeit, in ihrer „Mikrophysik".

Diese Perspektive auf Macht wird auch für meine Analyse der kommunalen Kriminalprävention wichtig. Sie fragt nach der Vielfalt an Mechanismen, die hinsichtlich ihrer Machtwirkungen in den Dienst der Kriminalprävention gestellt werden, z. B. die Herrschaftsverhältnisse innerhalb der Familien oder die Beziehungen auf lokaler Ebene, z. B. innerhalb von Nachbarschaften. „Eine Analyse großer Einheiten, wie Staat, Klasse etc. verfehlt diejenige Wirklichkeitsebene, auf der Macht vor allem wirksam ist: die Ebene der alltäglichen Auseinandersetzung um die Wirklichkeit selbst." (Gehring 2004: 112) Bevölkerung zu verwalten – so präzisiert Foucault (vgl. 2006 [1977-1978]: 161) – heißt, sie gleichermaßen in der Tiefe zu verwalten, in den Feinheiten und im Detail. So schöpft der Mechanismus Kriminalprävention seine Wirkmächtigkeit daraus, dass er sich mit einer Vielzahl anderer Mächteverhältnisse verzahnt, die sich von der Familie

13 Wie Honneth (vgl. 2003: 20) bemerkt, wendet sich Foucault nur vordergründig gegen zentralistische Vorstellungen der Ausübung politischer Herrschaft, wie sie in der marxistischen Staatstheorie vertreten wurden. Denn bereits in den 1960er Jahren war darin nicht mehr der wesentliche Angriffspunkt des Foucault'schen Machtbegriffs zu suchen. Wichtiger ist für Foucault, der Verarmung der Machtfrage durch eine ausschließliche Behandlung in Begrifflichkeiten von Gesetzgebung und Staat, einen dichteren, feinmaschigeren Machtbegriff entgegenzustellen. So stünden Elemente einer Hierarchie in einem Verhältnis wechselseitiger Stützung und Konditionierung; sie hingen zusammen in Form einer endlosen „Erpressung" (Foucault 2003a [1977]: 264 f.).

bis hin zu lokalen Gemeinschaften erstrecken. Die kommunale Kriminalprävention könnte aus einem solchen Verständnis heraus nicht so beständig und umfassend die vielen Einzelnen erreichen, wenn sie nicht „in all den kleinen, lokalen Taktiken, die jeden von uns einzwängen, verwurzelt wäre und sie für sich nutze" (Foucault 2003c [1977]: 524). Der vermeintlich innerhalb des Staatsapparats lokalisierte Mechanismus funktioniert also insbesondere daher, weil es ein feines Netz von Mächten in der Gesellschaft gibt (vgl. Foucault 1976: 116), derer er sich bemächtigen kann. Konsequenterweise kann eine Foucault'sche Diskursanalyse dann auch nicht von *der* Macht sprechen, sondern immer nur von Mächten. Aspekte der Ausgrenzung und des Zwangs, die häufig zu einer allzu schnellen Klassifizierung gesellschaftlicher Gruppen in Unterdrückende und Unterdrückte führen, treten damit zunächst in den Hintergrund. So wird der Blick frei für die Frage nach alltäglichen Formen von Herrschaftsverhältnissen, die uns unmöglich zu hintergehen scheinen.

– *Präzisierung I Dispositiv*: Die beiden Konzeptionen – erstens die Vorstellung von einer kognitiven Macht als Wille zur Wahrheit und zweitens die Ausführungen zu den mikrophysikalischen Mächten – stehen im Denken Foucaults nicht additiv nebeneinander. Vielmehr stützt sich die Wahrheitsproduktion auf eine institutionelle Basis, auf ein Geflecht von Praktiken, das auf die Erscheinungsregeln des Diskurses verstärkend und erneuernd wirkt (vgl. Foucault 2003 [1972]: 15). Aus dieser Verzahnung von Wissen und Macht leitet Foucault einen Komplex ab, den er später Dispositiv nennen wird. Dieser ragt weit über den Begriff der Episteme[14], den er in *Die Ordnung der Dinge* verwendet, und über den Diskursbegriff hinaus, der in der *Archäologie des Wissens* eine zentrale Rolle spielt. In letzterer Schrift ist das Verhältnis zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken noch zugunsten des Primats der Aussagen bestimmt. Die Zonen der Sichtbarkeit werden negativ als „nicht-diskursive Formationen" bezeichnet, „die in einem Raum situiert sind, der lediglich das Komplement zu einem Aussagenfeld darstellt" (Deleuze 1992: 71). Obwohl Foucault dem Sagbaren noch den Vorzug einräumt, wird das Sichtbare jedoch niemals mit dem Sagbaren gleichgesetzt. Vielmehr setzt Foucault bereits in seinen frühen Schriften dem Sagbaren durch das Sichtbare eine eigene Form gegenüber, „die sich bestimmen, nicht aber auf eine Aussage reduzieren lässt" (ebd.: 72). Deleu-

14 Unter Episteme versteht Foucault das wissenschaftliche Bewusstsein (vgl. Foucault 1971 [1966]: 14), genauer: den spezifischen Modus, der das Denk- und Sagbare in einer Gesellschaft zu einem historischen Zeitpunkt systematisch und übergreifend organisiert (vgl. Angermüller 2002: 28). Die Episteme beschränkt sich auf die diskursiven Praktiken.

ze sieht hierin eine Reaktion Foucaults auf die Phänomenologie, da seine vorhergehenden Bücher den Vorrang der Formationen der Aussagen gegenüber den Weisen des Sehens und Wahrnehmens nicht ausreichend hervorheben (ebd.: 72 f.).

Durch die Einführung des Dispositivs versucht Foucault, den nicht-diskursiven Praktiken einen höheren Stellenwert einzuräumen und die Dichotomie zwischen Diskurs und Praxis zu überwinden. Fortan besteht die Aufgabe „jenes mehr oder weniger aufgezwungene, eingeübte Verhalten“ (Foucault 1978: 125) zu analysieren, das auch alles nicht-diskursive Soziale umfasst. Damit trägt Foucault letztlich dem Materialismus Rechnung, da jedes Erkenntnisfeld, das durch eine regulative Machtordnung erzeugt worden ist, materielle Gestalt annehme, indem es sich z. B. in der Architektur unserer Räume niederschlage (vgl. Honneth 2003: 23). Als eine spezifische Manipulation von Kräfteverhältnissen ist das Dispositiv „immer in ein Spiel der Macht eingeschrieben, immer aber auch eine Begrenzung oder besser gesagt: an Grenzen des Wissens gebunden, die daraus hervorgehen, es gleichwohl aber auch bedingen. Eben das ist das Dispositiv: Strategien von Kräfteverhältnissen, die Typen von Wissen stützen und von diesen gestützt werden“ (Foucault 1978: 123). Mit dem Dispositiv gelingt Foucault ein Kunstgriff, mit dem die aktuell vielfältig zum Einsatz kommenden Sortierungsprinzipien mehrdimensional erfasst werden. Es stellt sich für eine diskursanalytisch inspirierte Arbeit daran anknüpfend die Frage, wie man das Nicht-Diskursive jenseits der Aussagen in den Blick bekommen kann und ihrer eigenen Form analytisch gerecht wird.

– *Präzisierung II Sicherheitsdispositiv*: Foucault formuliert den Dispositivbegriff als Verbindung von Wissensordnungen und Machtstrategien bereits in seinen frühen Schriften, wenn er ihn auch nicht konsequent so benennt. Systematischer behandelt er den Begriff im Vorlesungszyklus zur *Geschichte der Gouvernementalität* und konkretisiert ihn anhand des Sicherheitsdispositivs als neuen Typ gouvernementalen Regierens. Foucault identifiziert drei Gesellschaftsmodelle: Souveränitätsgesellschaften, die über Leben und Tod entscheiden, Disziplinargesellschaften, in denen das Individuum von einem geschlossenen Milieu zum nächsten übergeht und schließlich Sicherheitsgesellschaften, die Kontrollformen freiheitlich verkleiden und Formen sozialer Teilhabe in die Steuerung von Bevölkerung integrieren (vgl. Deleuze 1993 [1990]: 254 f.).

  Für die Sicherheitsgesellschaften wird das Sicherheitsdispositiv hegemonial. Es umfasst jene aktuellen Technologien, die darauf abzielen, die Regulierung der Gesamtheit der Bevölkerung sicherzustellen. Im Unterschied zu

den Disziplinarmechanismen geschieht dies nicht vornehmlich über die Abrichtung von Körpern und die dauerhafte Unterwerfung ihrer Kräfte (vgl. Foucault 1976 [1975]: 175). Vielmehr werden Mechanismen eingeführt, die das Zufallsmoment des Menschseins kalkulierbar machen und dadurch globale Gleichgewichtszustände garantieren und Extreme vermeiden können sollen (vgl. Foucault 1999 [1976]: 284 f.). Zu diesem Zweck integriert das Sicherheitsdispositiv ohne Unterlass neue Elemente, es lässt gewähren, es „integriert die Produktion, die Psychologie, die Verhaltensweisen [...]. Es handelt sich also darum, immer weiträumigere Kreisläufe zu organisieren oder sich jedenfalls entwickeln zu lassen" (Foucault 2006 [1977-1978]: 73). Bei der Sicherheit tritt die Bevölkerung „als Subjekt von Bedürfnissen und Bestrebungen, aber ebenso auch als Objekt in den Händen der Regierung hervor; der Regierung gegenüber weiß sie, was sie will, zugleich aber weiß sie nicht, was man sie machen lässt" (Foucault 2000: 61).[15]

Die kommunale Kriminalprävention zeigt viele Symptome des Sicherheitsdispositivs, so dass sich an ihrer Programmatik paradigmatisch aktuelle Regierungskünste studieren lassen. Dies gerade nicht in der verbreiteten Logik, dass die Sicherheit in Form der Kriminalprävention die Frage nach dem angemessenen Umgang mit Kriminalität besser beantworte. Denn wie bei den Regimen der Souveränität und der Disziplin stehen sich auch bei der Sicherheit Befreiungen und Unterwerfungen einander gegenüber (vgl. Deleuze 1993 [1990]: 255). In der kommunalen Kriminalprävention verzahnen sich vielmehr spezifische Wahrheitsproduktionen mit freiheitlich wirkenden Kontrollformen und architekturalen Elementen der Ein- und Ausschließung. Auf der Suche nach den Bedingungen, welche die Kriminalprävention nahezu unausweichlich machen, soll mich daher die Perspektive auf die aktuellen Regierungskünste des Sicherheitsdispositivs fortdauernd unterstützen.

---

15 Diese Wirkungsweise neuer Regierungsformen haben die Sozialwissenschaften in den letzten Jahren mit den Begriffen der Sicherheitsgesellschaft (z. B. Legnaro 1997; Singelnstein und Stolle 2008), der Kontrollgesellschaft (z. B. Deleuze 1993 [1990]; Lindenberg und Schmidt-Semisch 1995), des Vorsorgestaats (Ewald 1993) oder der Präventionsgesellschaft (z. B. Strasser und Brink 2005) zu konzeptionalisieren versucht. Solche Gesellschaften zeichneten sich dadurch aus, „daß nicht nur staatliche, sondern allmählich und in stetig zunehmendem Ausmaß auch private Akteure an der Produktion von Sicherheit teilnehmen, daß die Überwachung nicht nur dem Staatsschutz im engeren Sinne gilt, sondern Aktivitätskontrollen von allen Bürgern – tendenziell durch alle Bürger – mit dem Ziel der Risikominimierung für alle angestrebt werden und daß schließlich die Produktion von Sicherheit nicht nur eine staatliche Aufgabe ist, sondern eine permanente gesellschaftliche Anstrengung, ein Régime des täglichen sozialen Lebens" (Legnaro 1997: 271).

– *Präzisierung III Regieren*: In der Darstellung der mikrophysikalischen Mächte ist bereits angelegt, dass Foucault Macht nicht mit Gewalt, Zwang oder Repression gleich setzt. Denn im Unterschied zu Gewalt, die auf Körper oder Dinge einwirkt, begründet Macht einen Freiheitsspielraum: „Während der Gewalt gegenüber nur Passivität bleibt, eröffnen Machtverhältnisse ein weites Feld von Reaktionsmöglichkeiten." (Meyer-Drawe 1996: 658) Für die Untersuchung der kommunalen Kriminalprävention wird in diesem Sinne eine weitere Differenzierung des Machtbegriffs wichtig, die Präzisierung als Regieren. Regieren versteht Foucault nicht ausschließlich im Sinne einer staatlichen Regierungsmacht. Vielmehr wirft er mit dem Begriff die Fragen auf: „Wie sich regieren, wie regiert werden, wie die anderen regieren, durch wen regiert werden muß man hinnehmen, was muß man tun, um der bestmöglich Führer zu sein?" (Foucault 2006 [1977-1978]: 135) Regieren bedeutet, die Führung von Menschen in Form ihrer Lenkung, Kontrolle und Leitung, sowohl durch Fremdherrschaftstechniken als auch durch die Förderung von Technologien der Selbstführung (vgl. Maurer und Weber 2006: 10). Wenn in gegenwärtigen politischen Diskursen Verantwortung eingefordert, Selbstbestimmung und Wahlfreiheit gepriesen wird, ist das nicht Ausdruck der Grenze des Regierungshandelns. Vielmehr ist die Förderung von Handlungsoptionen selbst ein Instrument neoliberalen Regierens, welches das Verhältnis des Subjekts zu sich und zu den anderen verändern soll (vgl. Lemke, Krasmann und Bröckling 2000: 30). Den Doppelsinn des Führens, der „von der „Regierung des Selbst" bis zur „Regierung der anderen" reicht (Lemke 2000: 33), umschreibt Foucault auch als Mechanismus des „Führens der Führungen": „‚Führung' ist zugleich die Tätigkeit des ‚Anführens' anderer (vermöge mehr oder weniger strikter Zwangsmechanismen) und die Weise des Sich-Verhaltens in einem mehr oder weniger offenen Feld von Möglichkeiten. Machtausübung besteht im ‚Führen der Führungen' und in der Schaffung der Wahrscheinlichkeit" (Foucault 1994 [1982]: 255). Während er sich in seinen früheren Schriften eher den Techniken der Fremdführung widmete, rücken in seinen späten Schriften immer stärker die Selbstführungstechniken und schließlich auch Möglichkeiten des Subjekts zum Handeln in den Vordergrund.

Aus der Perspektive der mikrophysikalischen Mächte ergeben sich für meine Analyse zwei Schwierigkeiten. Erstens verleitet die Vorstellung von unüberschaubaren, permanenten Machtverhältnissen dazu, jegliche gesellschaftlichen Prozesse auf die feingliedrigen Machtbeziehungen zurückzuführen und die vielfältigen Formen alltäglichen Zusammenlebens aus der Perspektive „Überall ist

Kampf“ (Foucault 2003c [1977]: 525) zu interpretieren. Denn wenn unser gesellschaftlicher Untergrund ein Untergrund aus Machtbeziehungen ist, dann ist eine Gesellschaft jenseits von Machtbeziehungen nicht denkbar. Welchen Erkenntnisgewinn leistet dann aber noch eine solche Perspektive auf alltägliches Leben? Daraus ergibt sich zweitens, bei normativen Aussagen zur kommunalen Kriminalprävention schweigen zu müssen. Auf die Frage, was die Macht überhaupt ist, entgegnet Deleuze (1992: 99), dass die Definition sehr einfach zu sein scheint: „Macht ist ein Kräfteverhältnis, oder vielmehr jedes Kräfteverhältnis ist ein ‚Machtverhältnis‘.“ Wenn es sich bei Machtbeziehungen aber um Kräfteverhältnisse und Konfrontationen handelt, die stets umkehrbar sind (vgl. Foucault 2003c [1977]: 524), dann wird auch eine Unterscheidung von Macht und Widerstand obsolet. Es scheint mit der Foucault'schen Perspektive auf Macht schwierig, über Machtbeziehungen eine qualitative Aussage zu treffen. Gleichzeitig versucht Foucault jedoch vor allem in seinen früheren Schriften, „an die Stimmen der Marginalisierten, der Ausgeschlossenen und der Verfemten zu erinnern und ihr Verstummen zu erläutern“ (Konersmann 2003: 56; auch Gehring 2004: 110). Die Reichweite der beiden Paradoxien lässt sich letztlich nur am Empirischen beurteilen.

Subjekt

Macht und Wissen erschließen sich erst in ihren tiefgreifenden Wirkungen auf Subjektivierungsprozesse vollständig. So betont Foucault häufig, dass das Subjekt das allgemeine Thema seiner Forschung sei. Auch bestreitet er, je eine Theorie oder Methodologie der Macht aufgestellt zu haben, so dass das übergeordnete Ziel seiner Untersuchungen auch nicht die Analyse von Machtverhältnissen wäre, sondern die des Subjekts (vgl. Foucault 1994 [1982]: 243). Ihm sei es immer darum gegangen, eine Geschichte der verschiedenen Verfahren zu entwerfen, die aus Menschen Subjekte machen – wofür eine Analyse der Macht allerdings unumgänglich sei (ebd.).

Die Position des Subjekts bei Foucault ist allerdings stärker noch als die beiden anderen Achsen Wissen und Macht in der Diskursforschung umstritten und Ausgangspunkt vielfältiger Mutmaßungen. Ist die Rezeption seiner frühen Werke geprägt von dem Missverständnis, dass Foucault durch die Postulierung des „Todes des Subjekts“ es jedweder Aktionsfähigkeit, sogar seiner Existenz beraubt hätte, begleitet die Besprechungen seiner späteren Schriften die Einschätzung, dass Foucault mit dem Verweis auf die Subjektivierungsweisen zum Subjekt „zurückgekehrt“ sei. Ich folge an diesem Punkt einer Reihe von Autor_innen, die in seinen späten Schriften keinen Widerspruch zu früheren Positi-

onen, sondern vielmehr deren Erweiterung und Radikalisierung sehen (z. B. Meyer-Drawe 1996: 656).

Aber zunächst zur These der Dezentrierung des Subjekts. In seinen frühen Schriften problematisiert Foucault das Wissen um den Menschen als eine junge Erfindung, die mit der Entstehung der Humanwissenschaften einhergehe. Dies brachte ihm auch den Ruf eines „anti-humanistischen" Denkers ein, der ihn bis heute begleitet. In einem Interview zum Erscheinen von *Die Ordnung der Dinge* bringt er sein Kernargument zum „Tod des Menschen" zum Ausdruck, „dass nämlich dort, wo Zeichen sind, nicht der Mensch sein kann und dass dort, wo man Zeichen zum Sprechen bringt, der Mensch schweigen muss" (Foucault 2001c [1966]: 651, zitiert nach Sarasin 2005: 88). Bestätigung dieser Einsicht Nietzsches findet Foucault u. a. im sprachwissenschaftlichen Strukturalismus als auch bei Wittgenstein. So bestimmte letzterer das Verhältnis, in dem das Subjekt zur Welt stehe, als mit dem Verhältnis von Auge und Gesichtsfeld vergleichbar (vgl. Wittgenstein 2001 [1922]: 138). So wenig man das Auge wirklich sehen könne und irgendetwas am Gesichtsfeld auf die Existenz eines Auges schließen ließe, so wenig komme das Subjekt als Inbegriff dessen vor, was uns in der Erfahrung empirisch-objektiv gegeben sei (vgl. Anzenbacher 2002: 118). Foucault greift in seinen Schriften mehrfach den Gedanken Wittgensteins auf, dass das Subjekt nicht zur Welt gehöre, sondern die Grenze der Welt sei (vgl. Wittgenstein 2001 [1922]: 136). In *Die Ordnung der Dinge* radikalisiert er diesen Gedanken in einer archäologischen Betrachtung der Humanwissenschaften kurzerhand, indem er die Schrift mit der These schließt, „daß der Mensch verschwindet wie am Meeresufer ein Gesicht im Sand" (1971 [1966]: 462).

Als Reaktion auf die ihm entgegenschlagende Kritik präzisiert Foucault in den folgenden Schriften die Beziehung zwischen der Sprache und dem Menschen. Um weitere Missverständnisse zu vermeiden, stellt er z. B. bereits auf den ersten Seiten der *Archäologie des Wissens* heraus: „[D]ieses Werk reiht sich wie die vorangegangenen nicht – wenigstens nicht direkt und in erster Instanz – in die Auseinandersetzung um die (mit der Genese, der Geschichte, dem Werden konfrontierte) Struktur ein, sondern in das Feld, in dem sich die Fragen nach dem menschlichen Sein, dem Bewußtsein, dem Ursprung und dem Subjekt manifestieren, überkreuzen und spezifizieren. Aber zweifellos hätte man nicht unrecht, wenn man sagte, daß auch da sich das Problem der Struktur stellt." (Foucault 1981 [1969]: 28) Er konkretisiert seine Vorstellung vom Verhältnis zwischen Subjekt und Struktur an der Beziehung, die der Autor zur Aussage unterhält. So ließe sich eine Aussage nicht präzisieren, indem ihr als Urheberin der Artikulation ein produktives Subjekt zugesprochen wird. Die in den Aussagen erscheinenden Subjekte sind nicht mit den sich äußernden Subjekten iden-

tisch. Insofern ist der Autor auch nicht Gegenstand der Analyse. Vielmehr gehe es darum „zu bestimmen, welche Position jedes Individuum einnehmen kann und muß, um ihr [der Aussage] Subjekt zu sein" (Foucault 1981 [1969]: 139).

Mit seinen historischen Schriften weitet er den Bereich auch auf die nicht-diskursiven Praktiken aus, unter deren Einfluss das Subjekt stehe. In die Mischung aus Wissen und Macht platziert Foucault ein Subjekt, das zu Aktionen fähig ist, das spricht, sieht und stirbt, „aber es sind tanzende Staubkörner im Staub des Sichtbaren und wechselnde Plätze in einem anonymen Gemurmel. Das Subjekt ist immer eine abgeleitete Funktion. Es geht hervor aus der Dichte dessen, was man sagt, was man sieht, und löst sich wieder darin auf." (Deleuze 1993c [1986]: 155) Diese aus dem sprachwissenschaftlichen Strukturalismus erwachsene Dezentrierung des Subjekts bietet den Sozialwissenschaften eine Alternative zur Konzeption des autonom handelnden Individuums. Foucault hat den Blick frei gemacht für die Konstitutionsprozesse von Subjekten durch Diskurse und nicht-diskursive Praktiken des Sozialen. Gleichzeitig bleibt aber das unbefriedigende Gefühl, der Ohnmächtigkeit des Subjekts ausgeliefert zu sein und Aspekten der Freiheit, der Möglichkeit des Handelns und der Veränderung nicht gerecht zu werden. Foucault zeigt eine „Subjektivität, die produziert wird, um unterdrückt zu werden" (Lemke 1997: 116).

In der Konsequenz der Auseinandersetzung mit den Machtbeziehungen versucht er etwas zu finden, was auch außerhalb von ihnen steht (vgl. ebd.: 119). Foucault begibt sich auf die Suche nach Widerstandspunkten, die es erlauben, die Formen des Wissens und die Kräfteverhältnisse zu überschreiten (vgl. Deleuze 1993a [1986]: 141 f.). Das Foucault'sche Subjekt erhält fortan eine weitere Dimension. Neben die Vorstellung des Subjekts als determinierte Funktion (vgl. Foucault 1981 [1969]: 136) tritt das Moment der Subjektivierung in zwei Ausprägungen. Einerseits die Subjektivierung als Bildung von Existenzweisen, die sich dem gängigen Wissensverständnis und den Herrschaftspraktiken entziehen. Hierunter fasst er die Erfindung von Lebensmöglichkeiten „die geeignet sind, der Macht zu widerstehen und sich dem Wissen zu entziehen, auch wenn die Macht sie sich anzueignen und das Wissen sie zu durchdringen sucht" (Deleuze 1993b [1986]: 135). Andererseits die Produktion des Selbst als Sorge um sich, die Selbstformierung (vgl. Foucault 2005 [1984]: 876); oder anders: der Anspruch unserer Gesellschaft, jedes Individuum zu einem tiefen Selbst zu bilden (vgl. Dreyfus und Rabinow 1994 [1982]: 295). Das Foucault'sche Selbst bringt die Macht in ein Verhältnis zu sich selbst: „Das ist dann nicht mehr der Bereich der kodifizierten Wissensregeln (Verhältnis zwischen den Formen), noch der Bereich der zwingenden Machtregeln (Verhältnis der Kraft zu anderen Kräften), sondern es sind gewissermaßen *fakultative* Regeln (Verhältnis zu sich)." (Deleu-

ze 1993c [1986]: 163, Hervorhebung im Original) Beide Aspekte lassen sich nicht als Rückkehr zu einem substanziellen Subjekt verstehen. Das Subjekt ist „keine Substanz“ (vgl. Foucault 2005 [1984]: 888), sondern eine *Form*, in der es sich auf aktive Weise durch Praktiken des Selbst verwirklicht (ebd.: 889).

Konsequenzen für die Betrachtung der kommunalen Kriminalprävention

Eine an Foucault angelehnte Beschreibung aktueller Herrschaftsverhältnisse versucht die Beziehung von Wissensformen und Machtverhältnissen zu uns herauszuarbeiten. Sie hat nur Berechtigung, insofern sie Probleme untersucht, die auch die unseren sind und die uns in unserer Existenzweise beeinflussen. Meine Vermutung ist, dass die Kriminalprävention exakt eines dieser Probleme ist, die unsere Existenzweise beeinflussen. Wie aber lässt sich ihr Einfluss auf uns in dem Verhältnis der drei Achsen Wissen, Macht und Subjekt adäquat erfassen? Wie müssen die Wissensformen der seriösen Aussagen auf der einen Seite und die Kräfteverhältnisse der institutionellen Arrangements auf der anderen Seite hinsichtlich ihrer Subjektivierungsweisen analysiert werden?

Erstens, indem den diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken Rechnung getragen wird. Dies allerdings nicht in der Form, „zwischen den nicht-diskursiven Formationen der Institutionen und den diskursiven Formationen der Aussage entweder eine Art von vertikalem Parallelismus zu etablieren [...] oder eine horizontale Kausalität, der zufolge die Ereignisse und die Institutionen die Menschen als vermeintliche Urheber der Aussagen determinieren“ (Deleuze 1992: 20). Deleuze spricht bei der Verhältnisbestimmung zwei Probleme an. Zum einen stellt er in Frage, ob der Schluss von den Regelhaftigkeiten der Aussageverknüpfungen auf die praktischen Herrschaftsverhältnisse zulässig ist. Zum anderen problematisiert er die Gefahr, die Funktion der Aussage an einen konkreten Akteur zu binden. Beides ist letztendlich dazu verurteilt, auf das autonome Individuum als letzte Erklärungsinstanz zurückzugreifen. Bereits in der *Archäologie des Wissens* stellt Foucault heraus, dass die diskursiven Beziehungen zwar den Ort bilden, von dem aus die Wirkungen auf die Subjekte bestimmt werden können (vgl. Foucault 1981 [1969]: 233). Letztlich gehe es der archäologischen Beschreibung aber darum, wie der untersuchte Diskurs, „der sich an ein bestimmtes Feld von Gegenständen wendet, der sich in den Händen einer gewissen Zahl von statutarisch bezeichneten Individuen befindet, der schließlich bestimmte Funktionen in der Gesellschaft zu erfüllen hat, sich über Praktiken artikuliert, die ihm äußerlich und selbst nicht diskursiver Natur sind“ (Foucault 1981 [1969]: 234). Ab *Überwachen und Strafen* scheint sich das Problem für

Foucault gar nicht mehr zu stellen. Er löst das Dilemma, indem er der Funktion des Strafens eine Vielzahl an „organisierten Materien“[16] zuordnet, in denen sich die diskursiven Formen verkörpern (vgl. Deleuze 1992: 50 ff.).

Eine ähnliche Logik ließe sich für die Funktion der Prävention von Straftaten ableiten. Auch die kommunale Kriminalprävention durchzieht ein sehr komplexes Bündel an institutionellen Arrangements. Allerdings, und an dieser Stelle muss ich ein Ergebnis der Analyse vorwegnehmen, scheint der Mechanismus auch deshalb so erfolgreich zu sein, weil er ohne den Verweis auf einen realen Ort auskommen kann. Würde man nur die lokalisierbaren Formationen zum Gegenstand der Analyse machen, gelänge es meines Erachtens nur bedingt, die Dynamik und Eigenheit der kriminalpräventiven Praxis in den Blick zu bekommen.

Zweitens muss eine Foucault'sche Analyse die Verstrickungen individuellen Lebens in die kommunale Kriminalprävention in den Blick bekommen. Dies gelingt mir (nur) auf der Ebene der Programmatik. Zwar ist mein Datenkorpus zum größten Teil aus Aussagen zusammengestellt, die tatsächlich stattgefunden haben. Diejenigen Menschen, um die es in den Aussagen geht, kommen selbst jedoch nicht zu Wort: Kinder, Jugendliche, Familien und andere durch den Diskurs als Objekte der Kriminalprävention hervorgebrachte Gruppen. Den Verstrickungen des Lebens begegnet meine Analyse daher vor allem in den Erwartungen an das Leben. Ich untersuche, welches Verhalten den Menschen zugetraut wird; wie sie sich verändern *sollen,* welche Zumutungen das präventive Programm von ihnen abverlangt (vgl. Bröckling, Krasmann und Lemke 2004: 12 ff.). Meine Analyse der kommunalen Kriminalprävention ist daher auch Programmanalyse: „Nicht ob oder wie Programme richtig umgesetzt werden gilt es daher zu eruieren, auch nicht, ob die Ziele, die sie formulieren, prinzipiell wünschenswert oder ihre Lösungsvorschläge geeignet sind. In diesem Sinne ist die Fragestellung nicht normativ, wohl aber darin, dass sie die Bedingungen auszuloten sucht, unter denen bestimmte Normen wirksam werden, und dass sie untersucht, mit was für einer Gesellschaft wir es zu tun haben, die bestimmte Probleme als die ihren akzeptiert, in bestimmter Weise diskutiert und traktiert.“ (Kessl und Krasmann 2005: 232) Wie werden die Menschen von der kommunalen Kriminalprävention angerufen, sich als verantwortliche Bürger für eine sichere Gesellschaft zu begreifen? Dies soll archäologisch unter Rückgriff auf die sprachlichen Strukturen analysiert werden, die der Beziehung zwischen Menschen eine Form aufdrängen.

16 Die Funktion des Strafens vollzieht sich nicht nur im Gefängnis, sondern ebenso im Hospital, in der Schule, in der Kaserne und in anderen sichtbaren Materien (vgl. Deleuze 1992: 50).

Unter unseren Füßen graben

Für die Analyse der kommunalen Kriminalprävention stelle ich Foucaults Aktivitäten auf den Kopf – von der *Gouvernementalität* zurück zur *Archäologie,* oder: Foucault noch mal bei der Wurzel packen. Ich verspreche mir von dem archäologischen Verfahren zu einem tieferen Verständnis der kommunalen Kriminalprävention zu gelangen, als dies mit den verbreiteten Operationalisierungen möglich ist.[17] Die der Kriminalprävention zugrunde liegenden Machtkonstellationen und Ordnungspraktiken erschließen sich erst umfassend, wenn ich mich an die diskursiven Ränder des präventiven Wissenstyps begebe und anfange, unter meinen Füßen zu graben. Hier lassen sich die Bedingungen freilegen, die der Prävention ihre Stabilität verleihen und ihren Status als seriöse Form des Umgangs mit Kriminalität und Unsicherheit sichern.

Die *Archäologie* behauptet, dass sich die Bedingungen von Macht auf der Ebene der Aussagen verdichten und von hier aus besonders reichhaltig registrieren lassen. Konsequenterweise muss meine Arbeit dann auch die konkreten Aussagen zum Ausgangspunkt der Analyse machen. Denn wenn die Aussagen und ihre Verflechtungen in diskursiven Formationen die Bedingungen stellen, welche die Existenz des Mechanismus kommunale Kriminalprävention sichern, dann muss auch eine Analyse an dem ansetzen, was wirklich erschienen ist. Das heißt, eine Aussageanalyse, die sich an Foucaults *Archäologie* orientiert, „kann sich niemals auf etwas anderes beziehen als auf gesagte Dinge, auf Sätze, die wirklich ausgesprochen oder geschrieben worden sind, auf Bedeutungselemente, die geschrieben oder artikuliert worden sind“ (Foucault 1981 [1969]: 159). Aus archäologischer Perspektive stellt meine Untersuchung die Frage, wie den Dingen der kommunalen Kriminalprävention ein Name zuteil wird, der durch die Tatsache der Benennung, durch die Positivität des Auftretens ihre Existenz sichert.

Archäologie des Wissens

Folgt man den Vorschlägen der Sozial- und Geisteswissenschaften, die Foucaults Schriften unterschiedlichen methodologischen Herangehensweisen

---

17 Wie Dreyfus und Rabinow (vgl. 1994 [1982]: 16) für ihre Lesart des Foucault'schen Denkens herausstellen, habe auch ich von den aktuell zahlreichen Denkangeboten zur Diskurstheorie nur diejenigen ausgewählt, die mir bei der Behandlung meines Problems hilfreich erschienen. Damit sind meine Antworten auf den Mechanismus kommunale Kriminalprävention stark beeinflusst von den Fragen, welche die *Archäologie* zu stellen vermag.

zuordnen, lassen sich mindestens zwei analytische Zugänge zu Wissenstypen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen bestimmen: ein archäologischer und ein genealogischer Zugang (vgl. Lemke 1997: 54 ff.). Während die Genealogie stärker auf die sich geschichtlich verändernden Machtverhältnisse schaut (ohne nach einem Ursprung zu suchen)[18], versucht die archäologische Methode „jenes ganze Gebiet der Institutionen, ökonomischen Prozesse und gesellschaftlichen Beziehungen zu entdecken, über die sich eine diskursive Formation artikulieren kann" (Foucault 1981 [1969]: 235). Archäologische Verfahren interessieren sich für die Wirksamkeiten diskursiver Ordnungen. Sie fragen, was spezifische Diskurse einer Zeit als wahr zu denken ermöglichen und was nicht (vgl. Gehring 2004: 48). Ihre Originalität liegt in der Konzeption der Aussage (vgl. Agamben 2009: 76 ff.), mit der der Untersuchungsgegenstand analytisch erschlossen werden kann. Foucaults genealogische Untersuchungen ergänzen das archäologische Anliegen um die dazugehörigen Machtpraktiken. Die beiden Zugänge sind daher nicht als konträr zu betrachten, sondern kennzeichnen unterschiedliche Schwerpunkte seines Wirkens.

Die *Archäologie des Wissens* (1981 [1969]) skizziert das Forschungsprogramm, auf das ich mich im Folgenden beziehe. Die Lektüre der *Archäologie* stand am Anfang meiner Auseinandersetzung mit Foucault. Sie hat meine spätere Beschäftigung mit diskursanalytischen Ansätzen maßgeblich beeinflusst und dazu geführt, auch in den anderen Schriften Foucaults immer den archäologischen Aspekt zu suchen. In Anwendung des archäologischen Forschungsprogramms begebe ich mich an die Grenzen des (geographischen) diskursanalytischen Wissenschaftsfeldes. Denn der archäologische Pfad wird gegenwärtig eher sporadisch betreten und unmittelbare Anknüpfungen für empirisches Arbeiten, an die ich mich anlehnen könnte, finden sich kaum. Selbst wenn zentrale Begriffe der *Archäologie,* wie die Aussage, die Diskursformation oder das Archiv, für die Studien entlehnt werden, geschieht dies weniger, um ein Verfahren zur Analyse zu entwickeln. Häufiger dienen sie dazu, eine Analogie der Konzeption von Gesellschaft – für die Geographie: Raum – zu Sprache herzustellen.

Foucault selbst distanzierte sich in späteren Jahren von der *Archäologie* und lehnte die Interpretation ab, dass er mit ihr jemals eine Methode hätte darlegen

18 Genealogie betreiben, „[d]as komplizierte Netz der Herkunft aufdröseln heißt vielmehr festhalten, was in der ihr eigenen Zerstreuung geschehen ist; es heißt die Zufälle, die winzigen Abweichungen – oder totalen Umschwünge –, die Irrtümer, falschen Einschätzungen und Fehlkalkulationen nachvollziehen, die hervorgebracht haben, was für uns existiert und Geltung besitzt; es heißt entdecken, dass an der Wurzel dessen, was wir erkennen und was wir sind, nicht die Wahrheit liegt und auch nicht das Sein, sondern die Äußerlichkeit des Zufalls" (Foucault 2002 [1971]: 172).

wollen: „Die *Archéologie du savoir* ist kein methodologisches Buch. Ich habe keine Methode, die ich unterschiedslos auf verschiedene Bereiche anwende. Im Gegenteil, ich möchte sogar sagen, ich isoliere ein und denselben Gegenstandsbereich, ein und denselben Objektbereich mit Hilfe von Instrumentarien, die ich vorfinde und die ich mir während meiner Forschungsarbeit selbst schaffe, ohne dabei dem Problem der Methode eine besondere Stellung einzuräumen." (Foucault 2003c [1977]: 521) Bei einer Überprüfung der in der *Archäologie* gestifteten Methodologie an den Geschichtserzählungen Foucaults bleibt außerdem unklar, welcher Stellenwert dem Aussagenkonzept in den Analysen beigemessen wurde. Nach Frank (1989: 363) stehe dem „wahren" Sinn von Foucaults Verfahren eine theoretische Ratlosigkeit gegenüber. Der alleinige Verweis auf die *Archäologie* ist daher alles andere als selbsterklärend. Foucault-basierte Vorgehensweisen fallen „je nach gewähltem historischem Abschnitt des Werkes und je nach dem Theorieinventar, dessen man sich bedient – durchaus sehr verschieden aus" (Pieper 2006: 271). Vor diesem Hintergrund sollen die folgenden Ausführungen dazu dienen, meine Verwendung der *Archäologie* zu spezifizieren.

In *Die Ordnung der Dinge* (1971 [1966]) bietet Foucault erstmals eine archäologische Beschreibung der abendländischen Wissenschaftsgeschichte an, indem er z. B. das in der Linguistik oder der Biologie produzierte Wissen hinsichtlich der Bedingungen des Entstehens analysiert. Die Aufgabe dieser Art der Beschreibung besteht darin, den Boden der Positivität jeder Wissenschaft freizulegen und zu versuchen, stets die erkenntnistheoretische Konfiguration zu enthüllen, die sie möglich gemacht hat (vgl. Foucault 1971 [1966]: 437). Das archäologische Forschungsfeld beschränkt sich jedoch keinesfalls auf die Untersuchung von Verwissenschaftlichungspraktiken von Wissen, sondern bezieht auch andere Aussagegebiete mit ein (vgl. Ruoff 2007: 68). Die theoretische Ausformulierung als allgemeines Forschungsprogramm folgt in seiner nächsten Schrift. Foucault nimmt das Anliegen in einer Fußnote in *Die Ordnung der Dinge* vorweg, indem er ankündigt, dass die methodologischen Probleme, die eine solche Archäologie der Humanwissenschaften stellt, in einer folgenden Veröffentlichung untersucht werden wird (vgl. 1971 [1966]: 25). Die *Archäologie des Wissens* kann daher als Antwort auf eine Reihe methodologischer Fragen gelesen werden, die sich aus der Lektüre von *Die Ordnung der Dinge* ergeben (vgl. Gehring 2004: 54).

Die Bezeichnung als *Archäologie* charakterisiert das Verfahren als Ausgrabungsarbeit. Es erfasst, „was wir heute sind und was es jetzt bedeutet, das zu sagen, was wir sagen. Dieses Graben unter unseren Füßen charakterisiert seit Nietzsche das gegenwärtige Denken" (Foucault 1987 [1969]: 12). Die hierin

mitschwingende Idee der geologischen Erkundung von vergangenen, verborgen gebliebenen, schweigsamen Beziehungen ist allerdings verwirrend. So versucht die *Archäologie* im Gegenteil insbesondere „die Beziehungen zu definieren, die an der Oberfläche der Diskurse liegen; [...] sichtbar zu machen, was nur insofern unsichtbar ist, als es allzusehr an der Oberfläche der Dinge liegt“ (Foucault 2001a [1969]: 981). Die kommunale Kriminalprävention archäologisch zu beschreiben, impliziert somit nicht, sich auf die Suche nach ihren Anfängen, ihrem Ursprung, ihrem sinnstiftenden Untergrund zu begeben. Sie verweist auch nicht notwendig auf die Vergangenheit, „sondern auf die Schichten, so daß es eine Archäologie der heutigen Zeit gibt“ (Deleuze 2005 [1984]: 233).

Die *Archäologie* reklamiert das allgemeine Niveau einer Beschreibung, „die das schon Gesagte auf dem Niveau seiner Existenz befragt: über die Aussagefunktion, die sich in ihm vollzieht, über die diskursive Formation, zu der er gehört, über das allgemeine Archivsystem, dem er untersteht. Die *Archäologie* beschreibt die Diskurse als spezifizierte Praktiken im Element des Archivs“ (Foucault 1981 [1969]: 190). Mit dieser Aussage sind die zwei zentralen Begriffe abgesteckt, die ich für meine archäologische Beschreibung der kommunalen Kriminalprävention hinsichtlich ihrer subjektkonstituierenden Funktion erläutern möchte. Jeder Mechanismus lässt sich in seinem Aufbau in zwei Dimensionen erfassen: in der Dimension seiner Elemente und in der Dimension der Beziehungen, welche die Elemente untereinander eingehen. Foucault trägt diesen beiden Dimensionen diskursiver Einheiten Rechnung durch (1) das Element der Aussage und (2) die Relation der Diskursformation.[19] Bei der Aussage handelt es sich um eine Existenzfunktion, welche die Bedingungen dafür liefert, dass Dinge erscheinen können (vgl. Foucault 1981 [1969]: 154). Die zweite Einheit der Diskursformation umfasst das „System, das [die] Verteilung [der Aussagen] beherrscht, die Stütze, die sie sich gegenseitig bieten, die Weise, wie sie sich implizieren oder ausschließen, die Transformation, der sie unterliegen, den Mechanismus, wie sie sich abwechseln, sich anordnen und sich ersetzen“ (Foucault 1981 [1969]: 53).

Die beiden Begriffe heben zwei Charakteristika von Sprache hervor und bieten in ihrer Symbiose einen hervorragenden Ausgangspunkt zur Entwicklung

19 Auf die dritte Einheit des „Archivs“ gehe ich konzeptionell nicht näher ein, weil, wie Foucault selbst sagt, es forschungspraktisch unmöglich ist, „*das allgemeine System der Formation und der Transformation der Aussagen*“ (1981 [1969]: 188, Hervorhebung im Original) einer Gesellschaft zu beschreiben. In einer Weise ist meine Studie dennoch Archivarbeit. Durch die Verschriftlichung und Sammlung von Tagungsbeiträgen bin ich selbst als Archivarin tätig geworden und habe die Vielfalt von Aussagen zur Kriminalprävention an die Oberfläche gebracht.

eines geeigneten diskursanalytischen Instrumentariums. Mit der Aussage rücken die Sprach*funktion* und die Ereignishaftigkeit in den Mittelpunkt; die diskursiven Formationen heben auf die *Strukturen*, bzw. die formalen Beziehungen zwischen den Aussagen ab. Beide Momente, die Funktionen und die Strukturen, sollen auch im Mittelpunkt der Analyse der kommunalen Kriminalprävention stehen. So ordnen sich die Aussagen im kriminalpräventiven Diskurs in einer spezifischen Struktur, einer Diskursformation an, was gleichzeitig die Funktion der Aussagen sicherstellt.

Mein Anliegen an die *Archäologie* lässt sich in dieser Form zusammenfassen: Nah an den Texten Foucaults bin ich darum bemüht, einen stabilen Analyserahmen um meinen Untersuchungsgegenstand zu bauen. Mit der Aussage und der Diskursformation als Werkzeuge der Analyse soll es gelingen, den diskursiven Dynamisierungsprozess der Sortierung von Menschen für einen kurzen Moment anzuhalten und sichtbar zu machen.

Aussage

Die Foucault'sche Aussage (*énoncé*) erschließt sich nicht über eine einfache Definition. Foucault stellt heraus, „daß die Aussage keinen eigenen Charakter haben kann und daß sie für eine adäquate Definition ungeeignet ist, insoweit sie für alle Analysen der Sprache der äußerliche Stoff ist, von dem aus sie ihren Gegenstand determinieren" (Foucault 1981 [1969]: 123). Im Gegensatz zu anderen linguistischen Einheiten lässt sich die Aussage auch nicht an formalen Kriterien festmachen – jedoch an ihrem Ereignis. An der Aussage interessiert nicht ein innerer Sinn, sondern allein „die Tatsache, dass sie (und wo und wie sie) existiert. Und dass an der bestimmten Stelle, an der man sie vorfand, ausgerechnet sie auftauchte und keine andere" (Gehring 2004: 57).

Genauer: Charakteristisch für die Texte Foucaults ist, dass sie ihre Gegenstände häufig ex negativo bestimmen. So kontrastiert die *Archäologie* zunächst eine Serie an Definitionen, die Foucault für eine Begriffsbildung seiner Aussage ausschließen möchte. „Beim ersten Blick erscheint die Aussage als ein letztes, unzerlegbares Element, das in sich selbst isoliert werden kann und in ein Spiel von Beziehungen mit anderen ihm ähnlichen Elementen eintreten kann. Ein Punkt ohne Oberfläche, der aber in Verteilungsplänen und spezifischen Formen von Gruppierungen ausgemacht werden kann. Ein Korn, das an der Oberfläche eines Gewebes auftaucht, dessen konstitutives Element es ist. Ein Atom des Diskurses." (Foucault 1981 [1969]: 116 f.) Die Konzeption der Aussage als Atom des Diskurses birgt zwei Fallstricke. Einerseits erscheint sie so als kleinste tragfähige Analyseeinheit. Damit würde sich die Aussage auf eine Stufe mit

anderen linguistischen Einheiten stellen, die als Spur auf etwas anderes verweisen. Andererseits könne sie als das Resultat des Isolierungsprozesses gelten (vgl. ebd.: 177). Beide Vorstellungen lehnt Foucault ab. Die Aussage nimmt weder den Status eines die Analysen unterstützenden noch den eines zurückbleibenden Elements ein. Somit unterscheidet sich eine an Foucault angelegte Aussagenanalyse deutlich von anderen diskursanalytischen Verfahren, die z. B. das Wort zur elementaren Einheit ihrer Untersuchung machen.

Foucault grenzt seine Aussage vehement von anderen Aussagekonzeptionen innerhalb der Linguistik ab. Seine Gegenüberstellung der Definitionen der Aussage aus den Bereichen der Logik, der Grammatik und der Pragmatik erfüllt den Zweck, die spezifischen Kriterien herauszuarbeiten, die für ein anderes Verständnis seiner Aussage notwendig erscheinen. Eine Aussage im Sinn der Aussagenlogik bezeichnet einen Sachverhalt, der hinsichtlich seines Wahrheitswerts in wahr oder falsch unterschieden werden kann (vgl. Anzenbacher 2002: 224 ff.). Dieses Kriterium ist für Foucault unzureichend. Denn selbst wenn zwei hinsichtlich der formalen Bedingungen der Folgerichtigkeit identische Aussagen vorlägen, kann es sich trotzdem um zwei völlig unterschiedliche Aussagen im Foucault'schen Sinne handeln, da sie aus unterschiedlichen diskursiven Gruppierungen herrühren (vgl. Foucault 1981 [1969]: 117). So wären die beiden fiktiven Aussagen: „Gebiet XY ist ein kriminelles Viertel" und „Ich habe am eigenen Leib erfahren, dass Gebiet XY ein kriminelles Viertel ist" zwar im logischen Sinne unterschiedslos. Nach Foucault'scher Auslegung müssten sie jedoch zwei unterschiedlichen Gruppen von Aussagen angehören. Seine Distanzierung zur Aussagenkonzeption der Logik verdeutlicht, dass eine archäologische Analyse dem Wahrheitswert von Aussagen notwendig gleichgültig gegenüber stehen muss, nicht aber den Bedingungen, unter denen die Aussage bestimmte Elemente als wahr erscheinen lässt.

Aussagen sind darüber hinaus von Sätzen zu unterscheiden. Es ließen sich durchaus Aussagen anführen, die im Sinne der Grammatik nicht der sprachlichen Struktur von Sätzen entsprächen (vgl. ebd.: 119). Für die Geographie mag zur Erläuterung das einfache Beispiel dienen, dass ihre Karten zwar Aussagen darstellen. Es wäre allerdings eine Vielzahl an Sätzen notwendig, um sie zur Aussprache zu bringen. Forschungspraktisch hat dies zur Konsequenz, aus der Einheit des Satzes nicht auf eine isolierte Aussage schließen zu können. Wenn die Sprachanalyse fragt, gemäß welchen Regeln eine bestimmte Aussage konstruiert worden ist und gemäß welchen Regeln andere ähnliche Aussagen konstruiert werden könnten, dann stellt die archäologische Analyse eine völlig andere Frage. Nämlich, wieso eine bestimmte Aussage erschienen ist und keine andere an ihrer Stelle? (vgl. ebd.: 42) Mit der Absage an die Vorstellung, „eine Aussage durch

die grammatischen Merkmale zu definieren“ (ebd.: 120), stellt sich Foucault der Position entgegen, Wahrheitsansprüche durch ein formales Regelwerk erfassen zu können.

Schließlich könnten Aussagen auch nicht mit Äußerungen gleichgesetzt werden – wenn sie auch mindestens zwei Aspekte miteinander teilen: ihren Ereignischarakter und ihre Kontextgebundenheit. Die Foucault'sche Aussage gleicht in ihrer Beschreibung dem Äußerungsakt, der „Operation, die durch die Formulierung selbst bewirkt worden ist, in ihrem Auftauchen“ (ebd.: 121). Sowohl in der Äußerung als auch in der Aussage sieht Foucault ein performatives Ereignis. Im Unterschied zur Äußerung, die sich dadurch auszeichnet, ein datiertes Ereignis zu sein, das immer wieder erneut *begonnen* werden kann, ist die Aussage jedoch ein von *wiederholbarer* Materialität (der Äußerungen) gekennzeichnetes Ereignis (vgl. ebd.: 145 ff). Kurz, die Äußerung ist vorübergehend, die Aussage ist beständig. Ebenfalls ähnlich der Äußerung bedarf auch die Aussage eines assoziierten Gebiets, was beide von der Proposition oder dem Satz unterscheidet (vgl. ebd.: 139). Hiernach gibt es „keine freie, neutrale und unabhängige Aussage; sondern stets eine Aussage, die zu einer Folge oder einer Menge gehört, eine Rolle inmitten der anderen spielt, sich auf sie stützt und sich von ihnen unterscheidet“ (ebd.: 144). Wenn Foucault seine Aussage auch nicht kontextunabhängig konzipiert, so interessiert ihn im Gegensatz zur Sprechakttheorie aber ganz und gar nicht „die Weise, in der ein lokaler, pragmatischer Kontext und ein Hintergrund von nichtdiskursiven Praktiken die Bedingung der Erfüllung gewöhnlicher Sprachakte [...] determinieren“ (Dreyfus und Rabinow 1994 [1982]: 71), sondern vielmehr ihre Existenz unabhängig vom Alltag.

An den drei genannten Auslegungen der Aussage bemängelt Foucault, „daß die vorgeschlagenen Kriterien zu zahlreich und zu gewichtig sind, daß sie der Aussage nicht ihre ganze Ausdehnung lassen“ (Foucault 1981 [1969]: 122) und vollzieht eine dreifache Ausklammerung. Indem er seine Aussage diametral zur Aussage der Logik entwirft, verabschiedet er sich von der Frage nach ihrem Wahrheitsgehalt. Mit der Abgrenzung zur Grammatik wirkt er einem Verständnis entgegen, das die Aussage als (fiktiven) Anwendungsfall einer Regel verstehen möchte. Aussagen müssen nämlich „real sein, dass heißt als wirksame Einheiten in der Geschichte wirklich vorgekommen sein“ (Gehring 2004: 56). In den Bereich der Aussagen fällt daher weder Mögliches noch Virtuelles (vgl. Deleuze 1992: 11). Dieses Merkmal rückt seine Aussage offenbar in die Nähe der Äußerung. Von ihr unterscheidet sie sich aber hinsichtlich ihrer Wiederholbarkeit. Schließlich wendet sich Foucault gegen die Vorstellung, dass hinter den realisierten Aussagen Bedeutungen lägen. Er lehnt einen interpretativ-hermeneutischen Zugang zu Sprache ab. Man gelangt über die Aussage nicht an

etwas anderes: „[S]ie fragt die gesagten Dinge nicht nach dem, was sie verbergen, was in ihnen und trotz ihnen gesagt wurde, nach dem Nicht-Gesagten, das sie verbergen, dem Gewimmel von Gedanken, Bildern oder Phantasmen, die sie bewohnen. Sondern umgekehrt, auf welche Weise sie existieren, was es für sie heißt, manifestiert worden zu sein, Spuren hinterlassen zu haben und vielleicht für eine eventuelle Widerverwendung zu verbleiben; was es für sie heißt, erschienen zu sein." (Foucault 1981 [1969]: 159)

Wenn die Aussage all das nicht ist, was meint Foucault dann in ihr entdeckt zu haben? Ihr zentrales Moment ist zum einen ihr produktiver Charakter. Es ist „das Wirkungsfeld der Aussagefunktion und die Bedingungen, unter denen sie verschiedene Einheiten erscheinen lässt" (ebd.: 154). Eine Diskursanalyse, die sich an die *Archäologie* anlehnt, zielt daher auf die Registrierung ihrer Funktionen ab. Die Aussagefunktion ist dasjenige, was „Leute zu einer bestimmten Zeit bestimmte Sprechakte ernst nehmen läßt" (Dreyfus und Rabinow 1994 [1982]: 80). Die Aussage ist somit überhaupt erst die Voraussetzung für die Existenz des seriös Gesagten. Sie ist performativ, indem sie in ihrem Auftauchen die Dinge bildet, von denen sie spricht – auch das artikulierende Subjekt. Zwar „verweisen die Sätze auf ein sogenanntes Aussagesubjekt, das die Macht zu besitzen scheint, den Diskurs beginnen zu lassen: es handelt sich, selbst wenn dies nicht explizit formuliert ist, um das ICH als grammatische erste Person, die irreduzibel ist auf die dritte Person des ER, als ‚Shifter' [embrayeur] oder als selbstreferentielles ‚Ich'. [...] Mit der Aussage verhält es sich in dieser Hinsicht ganz anders: sie verweist nicht auf eine einzelne Form, sondern auf sehr variable innere Positionen, die einen Teil der Aussage selbst bilden" (Deleuze 1992: 16). Die Artikulation erscheint als ein determinierter, als ein leerer Platz, der von verschiedenen Individuen ausgefüllt werden kann (vgl. Foucault 1981 [1969]: 139). Die Bezüge der Aussage zum sprechenden Subjekt hat Foucault aufgehoben. Er hat das Subjekt jedoch nicht prinzipiell eliminiert: „Das Autor-Subjekt ‚erlischt' nicht, so daß es seine Existenz einbüßt, sondern wir verlieren es aus den Augen, indem es sich ‚zerstreut'." (Konersmann 2003: 69) Hierdurch wird der Blick frei für die Positionen und Funktionen, die das Subjekt in der Verschiedenheit der Diskurse einnehmen kann (vgl. Foucault 1981 [1969]: 285).

Zum anderen stellt die Aussage Seriosität her. Ihre Funktion geht über die Performanz hinaus. Sie lässt nicht nur die Dinge durch ihr Auftreten scheinbar neutral entstehen, sondern sie macht Konventionen und folgt kontextuellen Bedingungen. Eine Aussage wird in eine seriöse Aussage überführt, indem sie durch Expertengemeinschaften, durch ihre Methoden der Rechtfertigung und Ablehnung als Wissen erscheint, das zu wiederholen und an andere weiterzugeben sei (vgl. Dreyfus und Rabinow 1994 [1982]: 72). Aussagen existieren daher

nicht unabhängig voneinander, sondern reihen sich in einen Aussagemechanismus ein (vgl. Foucault 1981 [1969]: 144). Sie haben stets Ränder, die von anderen Aussagen bevölkert sind (vgl. ebd.: 142) und die durch sie erneuert werden. Die Aussage folgt außerdem Konventionen, indem sie einer Menge von Bedingungen und Grenzen unterworfen ist, „denjenigen, die ihr durch die Gesamtheit der anderen Aussagen auferlegt sind, unter denen sie auftaucht, durch das Gebiet, in dem man sie benutzen oder anwenden kann, durch die Rolle oder Funktionen, die sie zu spielen hat“ (ebd.: 150). Während die Sprechakttheorien eher den performativen und kontingenten Charakter von Sprache in den Vordergrund rücken, sensibilisiert Foucault für ihren konventionellen, machtvollen Charakter. Die Aussage ist daher beides, kontingent und beständig; die Aussageanalyse berücksichtigt Wandel und Beständigkeit gleichermaßen (vgl. Gehring 2004: 52).

Mit Gehring (vgl. ebd.: 57) lassen sich die vier Bedingungen, unter denen eine Zeichenfolge als Aussage erscheint, folgendermaßen zusammenfassen: Erstens beziehen sich Aussagen auf etwas ganz bestimmtes als ihr Ausgesagtes, das zwar keinen Wahrheitswert, jedoch einen Wirklichkeitswert hat. Aussagen legen zweitens die Frage nach einem Jemand nahe, der als Subjekt der Aussage erscheint. Drittens aktivieren Aussagen ein begriffliches und sprachliches System, so dass eine Aussage immer nur als eine unter anderen auftritt. Und viertens bedarf eine Aussage einer materiellen Existenz, einer Substanz, eines Trägers, eines Ortes und eines Datums. Gleichwohl die Aussage mit diesen Kriterien konkretisiert ist, macht die Absage an formale Bestimmungskriterien es unmöglich, sie zu definieren. Welcher Satz, welche Proposition, welche Artikulation eine Aussage bildet, kann nur im Analyseprozess bestimmt werden. Foucault lässt offen, wie „das assoziierte Feld, das aus einem Satz oder einer Folge von Zeichen eine Aussage macht“ (Foucault 1981 [1969]: 143), gefunden werden kann. Deutlich wird jedoch, dass eine archäologische Analyse nur noch wenig mit linguistisch beschreibbaren Strukturen der Signifikanten zu tun hat. Vielmehr greift sie nach der Analyse von topologischen Räumen, von Kopplungen, Übergängen und diskursiven Ordnungen (vgl. Sarasin 2005: 67 ff.).

Diskursive Formationen

Bei der Analyse diskursiver Einheiten tritt an die Seite der Aussagen die Dimension ihrer Beziehungen. Mit dem Verweis auf die diskursiven Formationen trägt Foucault diesem Umstand Rechnung. Die archäologische Analyse sucht in einem zweiten Schritt nach den Bedingungen, welche die Verteilungen der Aussagen beherrschen. Die Diskursformation ist eine methodologische Präzisierung

der Wissensordnungen, die Foucault in der *Ordnung der Dinge* vor Augen führt. Mit ihrem Ordnungscharakter organisiert sie die Produktion von Wahrheit und Wissenschaftlichkeit in Gestalt von Redeordnungen (vgl. Gehring 2004: 47). Sie ist das Feld der Beziehungen, das „den in dieses Feld eingefügten Subjekten zu allererst erlaubt, symbolisch zu interagieren, Dinge wahrzunehmen, Relationen zu konstatieren, kurz: eine Welt auszumachen und zu differenzieren" (Frank 1989: 368).

Aussagen bilden in Gestalt von diskursiven Formationen Aussagenfamilien. Eine Aussagenfamilie nimmt ihre spezifische Form an, dadurch dass niemals alles, was möglich wäre, auch tatsächlich als Aussage erscheint und auch nicht alles gleich häufig gesagt wird. Das bedeutet: „Die Aussagen *gruppieren* sich also. Und in den Kriterien ihrer Häufung steckt augenscheinlich eine typische Regelmäßigkeit." (Gehring 2004: 55, Hervorhebung im Original) Die Diskursformation ist ein Regelsystem, das die Modalitäten dafür stellt, dass bestimmte Aussagen zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort ihren Platz einnehmen und als seriös gelten. Sie hat zwei Eigenschaften. Einerseits tritt sie durch ihren Ordnungscharakter als statisches Gebilde auf, als fixierte Formvorgabe. Andererseits ist sie stets auch Prozessbegriff (vgl. ebd.: 71 ff.) und hängt von Kräfteverhältnissen und deren Umbrüchen ab (vgl. Deleuze 1992: 184).

Gegenwärtig taucht eine Fülle von verstreuten Aussagen zur kommunalen Kriminalprävention auf, die sich um unterschiedliche Wissensfelder gruppieren. Das archäologische Verfahren strebt danach, ein Ordnungsprinzip heraus zu präparieren, das den Verlauf dieser Aussagen charakterisieren kann. Die Aussagenanalyse nimmt dann die Form einer Prozedur an, die aus einer fortgesetzten Teilung des Textes besteht (vgl. Hjelmslev 1974 [1943]: 35). Hierbei folgt sie der strukturalistischen Auffassung, dass ihr Untersuchungsgegenstand als auch seine Teile nur kraft von Verbindungslinien und Abhängigkeiten existieren, so dass „jeder seiner Teile [...] nur durch die Verbindungslinien und Abhängigkeiten definiert werden [kann], die ihn verbinden mit anderen gleichgeordneten Teilen, mit dem Ganzen und mit seinen Teilen des nächsten Grades" (ebd.: 28). Als strukturalistisches Projekt versucht die archäologische Beschreibung die kommunale Kriminalprävention „nicht vom Standpunkt der sprechenden Individuen aus zu erforschen, noch, was sie sagen, vom Standpunkt formaler Strukturen aus, sondern vom Standpunkt der Regeln, die nur durch die Existenz solchen Diskurses ins Spiel kommen" (Foucault 1971 [1966]: 15).

Wenn das archäologische Verfahren danach strebt, Regelhaftigkeiten in der Aussagenverteilung zu identifizieren, stellt sich die Frage, „[w]elche Art von Verbindung [...] man zwischen all diesen Aussagen als gültig anerkennen [soll], die auf zugleich vertraute und eindringliche Weise eine rätselhafte Masse bil-

den?“ (Foucault 1981 [1969]: 49) Wie kann man sicher sein „daß man durchaus diskursive Gesamtheiten individualisiert hat?“ (ebd.: 105), hat man es bei den Objekten, den Äußerungen, den Begriffen und den Strategien mit Verstreuungen, Überlagerungen und Transformationen zu tun? Schließlich, wie soll mit der Diskursformation als konstruierte Einheit umgegangen werden, hebt das archäologische Verfahren doch zu Beginn hervor, dass es ihm um die Auflösung aufgestellter Einheiten geht?

Foucault schlägt vor, die Betrachtung der vier Kategorien (Objekte, Äußerungsmodalitäten, Begriffe und Strategien) umzudrehen, was sein Verfahren gegenüber konventionellen Inhaltsanalysen auszeichnet: (1) Auf die Objekte soll nicht mehr Bezug genommen werden als Kriterium zur Abgrenzung einer diskursiven Formation. Vielmehr rückt diese in das Blickfeld durch eben ihre Funktion, Gegenstände zu gestalten. „Diese Gestaltung wird gewährleistet durch eine Gesamtheit von zwischen den Instanzen des Auftauchens, der Abgrenzung und der Spezifizierung aufgestellten Beziehungen.“ (ebd.: 67) Die Diskurse sind daher eher als Praktiken (denn als lexikalische Organisation) zu betrachten, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen (vgl. ebd.: 74). (2) An die Stelle der Analyse eines konstanten Äußerungsstils (vgl. ebd.: 51) tritt die Untersuchung der Formation der Äußerungsmodalitäten, etwa in dem Sinne, „wer das Recht hat, Aussagen zu machen, von welcher Stelle diese Aussagen hervorgehen, und welche Position das Subjekt des Diskurses innehat“ (Dreyfus und Rabinow 1994 [1982]: 93, vgl. Foucault 1981 [1969]: 75 ff.). (3) Hinsichtlich der Berücksichtigung der Begriffe empfiehlt Foucault zu bestimmen, „gemäß welchen Schemata (der seriellen Anordnung, der gleichzeitigen Gruppierung, der linearen und reziproken Modifizierung) die Aussagen miteinander in einem Diskurstyp verbunden werden können“ (Foucault 1981 [1969]: 89), anstatt die Begriffe in einem virtuellen deduktiven Gebäude erneut anordnen zu wollen (vgl. ebd.: 83). (4) Will man die Einheit einer diskursiven Formation erklären, ersetzt Foucault schließlich die Ausmachung von teleologischen Begriffen der Entwicklung von Themen und Theorien (Strategien) durch die Analyse eines bestimmten „Manövrierraums“, in dem Handlungsmöglichkeiten genutzt und aufgegeben werden (vgl. Dreyfus und Rabinow 1994 [1982]: 97).

Nicht jede Beschreibung eines diskursiven Gebiets verlangt nach der Aufmerksamkeit aller vier Kategorien. Für jede Untersuchung ist es nötig, diejenigen Formationsregeln zu definieren, die das diskursive Feld in seiner Besonderheit entstehen lassen (vgl. Foucault 1981 [1969]: 95). Für meine Untersuchung der kommunalen Kriminalprävention stellt sich insbesondere die Frage nach den Institutionen der Abgrenzung, die den Bereich des Sagbaren reglementieren: Wem wird das Recht eingeräumt zu sprechen und wem nicht? Meine Analyse

fragt außerdem nach dem Wissensgebiet, das die Gegenstände definiert (vgl. ebd.: 63): Was sind die spezifischen Gegenstände und Instrumente der Verifizierung der kommunalen Kriminalprävention (vgl. ebd.: 76 f.)? Und schließlich untersuche ich, welche Aussagen aus anderen Gegenstandsbereichen (Ökonomie, Medizin, Religion etc.) im Diskurs der kommunalen Kriminalprävention aktiviert werden. Welche Aussagen dienen als höhere Instanz und welche werden nicht zugelassen, da ihnen ihre Gültigkeit abgesprochen wird (vgl. ebd.: 85 f.)?

Die konkreten Aussagen

Konkrete Aussagen zur kommunalen Kriminalprävention, auf denen eine archäologische Beschreibung aufbauen kann, sind reichlich und breit gestreut. Das liegt daran, dass die kommunale Kriminalprävention ein Aussagenfeld vielfältiger Verortung ist. Sie wirkt vertikal durch unterschiedliche Wissensfelder. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Aussagenfelder sich für die Rekonstruktion der Wissensordnungen und Machtechniken besonders eignen, scheinen doch alle möglichen Institutionen etwas zur Erscheinung der kommunalen Kriminalprävention beizutragen.

Foucault schlägt vor, „wie ein reiner Empirist zu beginnen, indem man als Ausgangsdaten einfach ein Ensemble von Sprechakten nimmt, die zu einer bestimmten Zeit als seriöse galten“ (Dreyfus und Rabinow 1994 [1982]: 83). Eine unvoreingenommene Aussagenanalyse sei letztlich nur möglich, wenn man die Streuung der Aussagen einer Zeit vollständig und ohne jede Voreinschränkung kartiere (vgl. Gehring 2004: 71). Das ist aus forschungspraktischen Gründen bei der kommunalen Kriminalprävention jedoch nicht möglich. In der Literatur werden verschiedene Möglichkeiten angeboten, einen Analysekorpus von Diskursfragmenten aus einem unterstellten Gesamtdiskurs zu isolieren (vgl. auch Höhne, Kunz und Radtke 2005: 30): durch die Fokussierung eines Themas, durch die Beschränkung auf einen Wissensbereich, durch die Konzentration auf eine Institution oder ausgewählte Akteure, durch die Begrenzung auf eine Diskursform oder durch zeitliche und geographische Eingrenzung. In den meisten Diskursanalysen werden mehrere der Auswahlkriterien miteinander verknüpft. Die einzelnen Abgrenzungsverfahren sind auf das Aussagenfeld der kommunalen Kriminalprävention schwer anwendbar. Weder trifft man auf einen klar umrissenen Bereich von Diskursdokumenten, die sich thematisch der kommunalen Kriminalprävention zuordnen lassen. Noch lässt sich der Korpus sinnvoll über beteilige Institutionen oder Akteure abgrenzen, da die kommunale Kriminalprä-

vention eine unüberschaubare Menge an Einrichtungen für ihre Zwecke in Anspruch nimmt.

Ich fand schließlich ein Ensemble von Sprechakten, einen „Aussageknoten" in den Tagungen zur Kriminalprävention und kommunalen Sicherheitspolitik. Vier Aspekte haben mich darin unterstützt, mein Aussagenensemble aus diesem Medium zusammenzustellen. Erstens folgt die Auswahl dem Vorschlag von Deleuze, die Texte, die den Korpus zur Analyse bilden, um einen diffusen Brennpunkt der Macht herum auszuwählen (vgl. 1992: 30). Die Tagungen zur Kriminalprävention und kommunalen Sicherheitspolitik bilden einen solchen Brennpunkt, da hier konkurrierenden Wissensbereichen ein Podium geboten wird, ihre Wissensformen als seriösen Umgang mit Kriminalität zu präsentieren. Es sind die ausgewählten Wissensbereiche der Kriminologie, der Stadtplanung, der Politik, der Medizin, der Jugendarbeit und weitere, denen das Recht eingeräumt wird zu sprechen, deren Aussagen als seriös gelten. Zweitens berücksichtige ich Foucaults Anregung, für eine Aussagenanalyse einen Bereich zu wählen, in dem die Aussagenbeziehungen zahlreich, gedrängt und relativ leicht zu beschreiben sind (vgl. Foucault 1981 [1969]: 46). Aussagebeziehungen fand ich am stärksten auf den Tagungen zur kommunalen Kriminalprävention in verdichteter Form vor. Foucault schlägt weiter vor, für die Aussagenanalyse einen Bezugspunkt jenseits der Wissenschaft zu wählen, um die Aussage nicht nur im Moment ihrer formalen Struktur und ihrer Konstruktionsgesetze, sondern auch in ihrer Existenz und den Regeln ihres Erscheinens zu erfassen (vgl. ebd.: 46). Mit der Berücksichtigung von Redeereignissen auf den Tagungen konnte ich daher drittens tatsächlich Gesprochenes in die Analyse einfließen lassen. Ich wurde Zeugin, wie die Aussagen in den Situationen ihrer Äußerung Subjektivierungseffekte erzielten, welche die Teilnehmer_innen zu einem fiktiven „Wir" vereinten. Viertens finden konkrete Reden und Diskussionen im Vergleich zu abstrakten Pressekorpora in aktuellen Diskursanalysen bislang wenig Beachtung und es stellt sich die Frage, ob diese vergleichsweise ungetestete Materialbasis reichhaltigere Erkenntnisse hinsichtlich der Rekonstruktion von Beziehungsgefügen in der aktuellen Kriminalpolitik eröffnet.

Die Reden und Diskussionen sind einer Folge von Aussageereignissen entnommen, die sich in den letzten 15 Jahren auf Fachkongressen zur Kriminalprävention in Deutschland vollzogen haben. Diese fanden auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene statt. Von 5/2004 bis 11/2007 zeichnete ich auf 16 Tagungen Eröffnungsreden und Diskussionsforen sowie viele Vorträge auf. Anschließend wurden die Aufnahmen transkribiert und in ein Computerprogramm zur qualitativen Datenanalyse importiert. Redebeiträge, Podiumsdiskussionen und Vorträge weiter zurückliegender und aktueller Tagungen sind vielfach dokumentiert und

wurden in den Datenkorpus integriert, so dass in die Analyse Material aus insgesamt 32 Tagungen eingeflossen ist (vgl. Anhang). An erster Stelle der Analyse stand das mehrfache gründliche Lesen meines Materials. Anschließend codierte ich die Texte in einem mehrstufigen Verfahren.[20]

Mein Korpus weist eine Eigentümlichkeit auf. Vor allem durch eine von mir durchgeführte Studie zu lokalen Präventionsgremien begab ich mich vorübergehend auf die Seite derer, die beobachten, erheben, Statistiken aufstellen und auslegen. Ich wurde Teil einer Gruppe von Personen, die für die Wissenschaftlichkeit und Seriösität in der Auseinandersetzung mit der kommunalen Kriminalprävention steht. Man lud mich auf Tagungen ein. Irgendwann tauchte mein Name sogar auf den Seiten des Deutschen Präventionstags unter der Rubrik „Experten“ für Fragen zur Prävention auf. Somit wurden auch meine Aussagen Bestandteil des Feldes seriöser Aussagen zur Kriminalprävention. Das heißt, ich bin selbst Teil des Mechanismus geworden, den ich doch aus der Distanz hinsichtlich seiner diskursiven Kräfteverhältnisse untersuchen wollte. Konsequenterweise sind daher auch meine Statements und Vorträge in den Datenkorpus eingeflossen.

RAUMTHEORETISCHE UND METHODISCHE VERDICHTUNGEN

Nachdem die inhaltlichen und aussagenanalytischen Anschlüsse meiner Arbeit an das Foucault’sche Projekt vollzogen wurden, ist noch die Frage nach der methodischen Umsetzung offen. Dieser letzte Block des Kapitels nimmt das Experiment vor, die Aussagenanalyse in ein „räumliches“ Werkzeug zu überführen.

Während Foucault mit der *Archäologie* einen methodologischen Ansatz unterbreitet, der gesellschaftliche Prozesse aus einer relational-räumlichen Perspek-

20 Auch wenn die Materialbasis umfangreich ist, sind die berücksichtigten Reden und Diskussionen doch nur ein kleiner Auszug aus einem viel größeren Gesamtdiskurs. Dies muss im Vergleich zu quantifizierenden Verfahren jedoch nicht als Mangel gelten. Denn „Texte sind grundsätzlich Fragmente eines in seiner Gänze unrealisierbaren ‚Urtexts‘“ (Angermüller 2003: 209). Ich folge daher der Behauptung von Thomas Höhne, Thomas Kunz und Frank-Olaf Radtke (vgl. 2005: 46), dass die untersuchten Fragmente nicht nur einen Ausschnitt des Diskurses markieren, sondern das Ganze des Diskurses im Kleinen enthalten. Das Allgemeine des Diskurses im Sinne seiner Seriosität findet sich wieder im Besonderen, d. h. in seinen Fragmenten und kann hierüber rekonstruiert werden.

tive begreift, verweist er in seinen historischen Schriften immer wieder auf die Machtwirkungen von Raumproduktion. Für geographisch interessierte Arbeiten lohnt sich schon aus diesem Grund eine Lektüre seiner Texte zur Erschließung von Raumkonzepten. Umgekehrt kann, so meine These, eine raumtheoretisch inspirierte Auslegung seiner Texte dabei helfen, das komplexe Wechselspiel zwischen Sichtbarem und Sagbarem, zwischen nicht-diskursiven und diskursiven Praktiken, kurz ihre Topologie *forschungspraktisch* besser in den Blick zu bekommen. Denn was versteht Foucault unter jenen „topologischen Operationen" (Deleuze 2005: 249), die uns zu unseren aktuellen Problemen zurückbringen sollen? Was sind für Deleuze (ebd.) die Schichten, die etwas Neues sehen oder sagen lassen? Mit diesem Vokabular verweisen die Autoren auf die Vielschichtigkeit von Machtprozessen, auf das Ineinandergreifen und Aufeinanderwirken von Aussagen- und Sichtbarkeitssegmenten auf der Oberfläche.

Ich schlage daher vor, die topologischen Prozesse, die uns als Gesellschaft hervorbringen, auch mit topologischem Werkzeug zu erschließen. Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden zunächst einige raumtheoretische Angebote aus den Texten Foucaults filtriert werden, die inhaltlich auf die Betrachtung meines Untersuchungsgegenstands rückwirken. Daran schließe ich die Ableitung eines für meine Analyse der Kriminalprävention passenden Werkzeugs der Kritik an, das „Semiotische Viereck". Mit diesem Instrument soll es gelingen, die Schichten von Wahrheitsproduktionen und mikrophysikalischen Mächten der Kriminalprävention in ihrer spezifischen Topologie zu erfassen. Dieser Abschnitt bildet den dritten und damit letzten Schritt der theoretisch-methodischen Ausformulierung meines diskursanalytischen Vorgehens. Am Ende sollen die Voraussetzungen geschaffen sein, die eine Umkehrung der Betrachtung der Kriminalprävention möglich machen.

Foucault, raumtheoretisch interpretiert

Foucaults Schriften sind in unterschiedliche Richtungen raumtheoretisch interpretierbar, denn er selbst hat den Raumbegriff selten explizit gemacht. In der deutschsprachigen Geographie werden seine Texte daher auch weniger zur Erschließung von Raumkonzepten heran gezogen. In der anglo-amerikanischen Geographie hingegen wird Foucault sogar für sein „particular spatial vocabulary of power" (Allen 1997: 64) gewürdigt. Stuart Elden und Jeremy Crampton (2007: 1) stellen ihrer Zusammenstellung und Diskussion von Texten Foucaults zur Geographie voraus, dass „Foucault's work was always filled with implications and insights concerning spatiality. Many geographers, philosophers and social scientists have developed these issues in their own work, either through a

sustained analysis of Foucault's own work, or in application in a range of other areas". Die Autoren denken hier z. B. an Chris Philo, der bereits Anfang der 1990er Jahre dafür plädiert, das „Andere" der Perspektive Foucaults auf Raum in der Geographie stärker zu berücksichtigen (vgl. Philo 1992).

Bei Foucault selbst finden sich nur einige verstreute Stellungnahmen zur Geographie. In seiner letzten Antwort auf die *Fragen an Michel Foucault zur Geographie* (2003 [1976]: 54) in *Hérodote*, trifft er die der Geographie schmeichelnde Aussage: „Die Geographie muss wirklich im Zentrum dessen stehen, womit ich mich befasse." Diese Aussage darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass sich Foucault in seinen Hauptwerken nicht dezidiert dem Raum zuwendet. Allerdings bezeugt jede seiner historischen Studien, als auch seine Theorie- und Methodentexte, die implizite und praktische Berücksichtigung des Raums.

In einer stark vereinfachten Systematisierung lassen die Foucault'schen Ausführungen zwei Facetten der Raumreflexion zu. Auf der einen Seite macht er eine Perspektive auf Raum hinsichtlich seiner Ökonomie praktischer Ortsgebundenheit zur Sortierung von Gesellschaft stark. Auf der anderen Seite rekurriert er auf einen topologischen Raumbegriff, der Raum im Sinne von Räumlichkeit als Anordnungen der Ein- und Ausschließung in der Verbindung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken versteht und der von Deleuze an vielen Stellen konzeptionell formuliert wurde.[21] Die ökonomische Perspektive räumt der Beziehung des Subjekts zum praktischen Ort das Privileg ein und fragt, wie der physisch-materielle Raum für die Verwaltung und Sortierung von Bevölkerung produktiv gemacht werden kann. Die topologische Perspektive fokussiert demgegenüber auf das soziale Feld, in dem die raumbildenden Elemente von Sprache und Praxis in eine Beziehung zu ihrer Umgebung als auch untereinander eintreten. Es stehen sich also die raumtheoretischen Positionen der territorialen Bindung einerseits und die der topologischen Verortung andererseits gegenüber (vgl. Dünne und Günzel 2006: 10). Raum erhält in der ersten Verwendung den Charakter eines Verortungsraums, während der zweite Aspekt auf den Vorgang, auf den Vollzug des Platzierens abhebt, der sich in einer spezifischen Form darbietet (vgl. Hörster 1997: 96). In der Geographie wird dem ersten Gesichtspunkt ein höherer Stellenwert beigemessen, da mit ihm unmittelbar an konkrete

21 Andere Autor_innen sehen den Raumbegriff bei Foucault in weiteren Dimensionen. So differenziert Michael Ruoff (2007) beispielsweise vier Schwerpunkte der Raumthematisierung im weiteren Sinne: (1) der Zusammenhang von Sprache und Raum als Verbindung von Sichtbarem und Sagbarem, (2) die Verräumlichung des Denkens in den Wissenschaften, (3) die Idee der Heterotopie als „Gegenort" und schließlich (4) die ökonomisch-politisch motivierte Raumanalyse.

„erdräumliche“ Ausschnitte angeschlossen werden kann. Der zweite Gesichtspunkt fordert eine stärkere Berücksichtigung raumtheoretischer Modelle anderer Disziplinen. Aus dem sprachwissenschaftlichen Strukturalismus und der Mathematik etwa speist sich ein Denkangebot von Räumlichkeit, das auf die Relationalität aller Existenz abhebt.

Die folgende Systematisierung von Raumangeboten bei Foucault nimmt zunächst auf die Ökonomie praktischer Ortsgebundenheit Bezug. Schwerpunktmäßig werde ich mich allerdings der topologischen Perspektive widmen, auch weil sie die praktische Ortsgebundenheit in ihre Konzeption integriert. Foucaults gesellschaftsbezogene Studien haben bis heute nicht an Wirkung verloren, weil sie wie keine anderen, die Beziehungen ent*falten*, in denen das Innen des Subjekts zum Außen der diskursiven und nicht-diskursiven Machtverhältnisse steht. Im Mittelpunkt steht für ihn immer das Wechselspiel zwischen dem Sagbaren und dem Sichtbaren, das Deleuze als ein topologisches bezeichnet. Im Unterschied zu einem „rein“ relationalen Raumverständnis, das gesellschaftliche Phänomene als ein sich aus Verbindungslinien zwischen einzelnen Elementen zusammensetzendes Netzwerk erfasst, interessiert sich die Topologie für das Feld, die Oberfläche, die sich zwischen den einzelnen Elementen des Sagbaren und Sichtbaren aufspannt. Die Topologie ist damit vor allem Analyseinstrument. An diese Oberfläche möchte auch meine Analyse der Kriminalprävention gelangen; sie nicht nur hinsichtlich ihrer physisch-materiellen Existenz befragen, sondern auf dem Feld, auf dem der praktische Raum mit dem diskursiven Beziehungsgefüge auf uns wirkt. Die topologische Sichtweise Foucaults besticht in all seinen historischen Schriften. Als konzeptionelle Denkoperation stellt sie die Leser_innen allerdings vor enorme Herausforderungen (z. B. bei der Lektüre Foucaults früher Schrift *Das Denken des Außen* 2001a [1966]): Wie ist die Oberfläche beschaffen, auf der sich Sagbares und Sichtbares anordnet und auf das Subjekt wirkt? Wie sich den Rissen und Fäden nähern, welche die beiden Achsen teilen und zusammenhalten?

Ökonomie praktischer Ortsgebundenheit

Der Aspekt der territorialen Verfügungsgewalt (vgl. Günzel 2006: 24) über Menschen steht im Zentrum der historischen Schriften Foucaults. Insbesondere in *Überwachen und Strafen* (Foucault 1976 [1975]) beschreibt Foucault am Beispiel unterschiedlicher Institutionen die Kunst, Individuen im Raum zu verteilen und darüber Machtausübung zu perfektionieren (vgl. Foucault 1976 [1975]: 181 ff.). So diente im städtischen Raum das rigorose Parzellieren dem Zweck der lückenlosen Überwachung bei Ausbruch der Pest: „Schließung der

Stadt und des dazugehörigen Territoriums; Verbot des Verlassens unter Androhung des Todes; Tötung aller herumlaufenden Tiere; Aufteilung der Stadt in verschiedene Viertel, in denen die Gewalt jeweils einem Intendanten übertragen wird.“ (ebd.: 251) Dieser Ausnahmesituation stellt Foucault mit der berühmten Beschreibung des Bentham'schen Panopticons ein Funktionsmodell des Raumes an die Seite, das die Beziehung der Macht zum Alltagsleben der Menschen definiert (vgl. ebd.: 263). Das Panopticon sei kein „Traumgebäude“, sondern in vielen Variationen bereits realisiert: „[E]s dient zur Besserung von Sträflingen, aber auch zur Heilung von Kranken, zur Belehrung von Schülern, zur Überwachung von Wahnsinnigen, zur Beaufsichtigung von Arbeitern, zur Arbeitsbeschaffung für Bettler und Müßiggänger. Es handelt sich um einen bestimmten Typ der Einpflanzung von Körpern im Raum, der Verteilung von Individuen in ihrem Verhältnis zueinander, der hierarchischen Organisation, der Anordnung von Machtzentren und -kanälen, der Definition von Instrumenten und Interventionstaktiken der Macht – und diesen Typ kann man in den Spitälern, den Werkstätten, den Schulen und Gefängnissen zur Anwendung bringen.“ (ebd.: 264) Raum versteht sich in diesem Sinne als eine Produktivkraft für Einschließungsmilieus (z. B. die Schule, das Krankenhaus, die Familie etc.), mit ihm lassen sich Individuen konzentrieren, verteilen, anordnen (vgl. Deleuze 1993 [1990]: 254). Wie kaum eine andere Analyse Foucaults sensibilisiert *Überwachen und Strafen* die Leser_innen dafür, wie in unser Alltagsleben eingeflossene Funktionsräume für die Kontrolle von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen nutzbar gemacht werden.

Besonders deutlich bringt Foucault den Zusammenhang von Raumproduktion und der Führung von Menschen in der ersten Vorlesung zur *Geschichte der Gouvernementalität* zum Ausdruck. Die das gegenwärtige Sicherheitsdispositiv umfassenden Disziplinarmechanismen, die Souveränität und die Sicherheit, behandeln den Raum in je unterschiedlicher Weise (vgl. Foucault 2006 [1977-1978]: 26 ff.). Während die Disziplin die praktische Ortsgebundenheit nutzt, um Körper von Individuen hierarchisch zu organisieren und zu kontrollieren, liegt die Aufgabe des modernen Sicherheitsraums darin, nicht kontrollierbare, zukünftige Ereignisse in einem veränderbaren Rahmen zu verwalten. Am Beispiel der Stadtgestaltung im 18. Jahrhundert beschreibt Foucault (2006 [1977-1978]: 36 f), wie die Verwaltung von Bevölkerung erreicht werden sollte: „Erstens Achsen schlagen, die die Stadt durchdringen und Straßen, die weiträumig genug sind, um vier Funktionen sicherzustellen. Erstens die Hygiene, das Durchlüften [...] Zweitens, den Binnenhandel in der Stadt sicherstellen. Drittens, dieses Straßennetz derart mit den Landstraßen der Umgebung verbinden, daß die Waren von außen hereinkommen oder befördert werden können, dies jedoch ohne Ver-

nachlässigung der Zollkontrolle. Und schließlich eines der wichtigsten Probleme für die Städte im 18. Jahrhundert, nämlich die Überwachung zuzulassen, da ja der durch die ökonomische Entwicklung notwendig gewordene Wegfall der Festungsmauern bewirkte, daß man die Städte nicht mehr schließen oder tagsüber das Kommen und Gehen nicht mehr genau überwachen konnte [...] Anders gesagt, es handelte sich darum, die Zirkulation zu organisieren, das, was daran gefährlich war, zu eliminieren, eine Aufteilung zwischen guter und schlechter Zirkulation vorzunehmen und, indem man die schlechte Zirkulation verminderte, die gute zu maximieren." Es wäre verkürzt, diese Ausführungen Foucaults als Beleg dafür zu sehen, dass er einem substantiellen Raumverständnis den Vorrang gibt. Raum interessiert ihn vielmehr als soziale Praxis (vgl. Belina und Michel 2007: 22). Denn jedem Vorgang der Subjektwerdung ist ein Stück materiellen Zwangs inhärent, „weil es stets wenn nicht der handgreiflichen Disziplinierung, so doch der physischen Präsenz verräumlichter Gewalt bedarf, um ein menschliches Wesen in das entsprechende Netzwerk sozialer Regeln einzuüben" (Honneth 2003: 24).

Für die Geographie schließen sich an diese Perspektive die Fragen an, welche Funktionen Raumproduktionen bei der Steuerung von Bevölkerung erfüllen und wie durch die Praxis des Territorialisierens gesellschaftliche Teilhabe und Ausschluss organisiert wird. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Gesichtspunkt der Ökonomie praktischer Ortsgebundenheit auch für meine Analyse der kommunalen Kriminalprävention an Relevanz. So kann die Versammlung von Menschen an einem Ort, als auch ihr Ausschluss aus der praktischen Aneignung von Orten im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention festlegen, an welchen gesellschaftlichen Bereichen sie teilhaben dürfen. Wenn allerdings die praktischen Raumproduktionen den Ankerpunkt meiner Betrachtung bilden würden, stellt sich erstens die Frage, warum etwas, das praktisch verortet ist, ein wesentlicherer Status eingeräumt werden sollte als etwas, was nicht praktisch verortet ist. Zweitens liefe meine Untersuchung Gefahr, insbesondere die ortlosen Praktiken aus dem Blick zu verlieren – und damit gerade die Mechanismen zu vernachlässigen, welche die kommunale Kriminalprävention derart unhintergehbar und unangreifbar machen. So widersprüchlich es klingt, wie ich zeigen werde, kommt die kommunale Kriminalprävention trotz ihrer lokalen Bezugnahme auch ohne Sichtbarkeiten aus. Ob und wie die territorialen Verfügungen Einfluss über Menschen ausüben, kann sich daher immer nur im Empirischen zeigen.

Konkretisierung: Heterotopien

In den nahezu identischen Vorträgen *Die Heterotopien* (2005 [1966]) und *Von anderen Räumen* (2005 [1967]) bezieht Foucault dezidierter Stellung zu allgemeinen Aspekten von Raum und Räumlichkeit. Bedeutsam wird letzterer durch die einleitende, vielzitierte These, dass sich unsere Gegenwart „als Zeitalter des Raumes begreifen“ (2005 [1967]: 931) ließe. Beide Vorträge sorgten insbesondere in der Architektur (z. B. Brauns 1992) und Kunst für Aufsehen. So dokumentiert zum Beispiel die Künstlerin Taryn Simon in der photographischen Werkserie *An American Index of the Hidden and Unfamiliar* nicht-alltägliche Orte, die für die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Mythos und das Funktionieren des Alltags wesentlich sind, deren Existenz aber kaum bekannt ist (vgl. Simon, Rushdie und Wasow 2007). Auch die anglo-amerikanische Geographie ließ sich von der Idee der „anderen Orte“ inspirieren (z. B. Soja 1995). In der deutschsprachigen Geographie werden diese Schriften bislang selten explizit herangezogen (eine Ausnahme bildet z. B. Hasse 2007).

Als Heterotopien bezeichnet Foucault Räume, die eine ideale Ordnung sowohl im Äußeren als auch in seinem mythischen Gegensatz verwirklichen (vgl. Foucault 2005 [1967]: 936). In ihnen trifft sich die aufgefaltete Heterogenität wirklicher und unwirklicher Orte, „die Unwirklichkeit geschichtsordnender Utopien und die dem entgegenstehenden Unordnungen, grammatiklosen Chaosse, überlagern, überschneiden, überstürzen sich, um zuletzt in Turbulenzen zu tiri-delirieren“ (Riese 1993: 18). Heterotopien sind Räume, die sich allen anderen realen Orten widersetzen (vgl. Foucault 2005 [1966]: 10 f.). Während der geläufigere Utopie-Begriff einen Raum ohne realen Ort umschreibt, versteht sich die Heterotopie als eine lokalisierte Utopie. Sie übernimmt in der Gesellschaft die Aufgabe, Menschen zu versammeln, welche sich „im Hinblick auf den Durchschnitt oder die geforderte Norm abweichend verhalten“ (Foucault 2005 [1966]: 12). An diesen „anderen“ Orten komprimiert sich das „Andere“ der Gesellschaft. Foucault denkt hierbei z. B. an Psychiatrien, Krankenhäuser oder Gefängnisse, aber auch an Friedhöfe und Gärten. In den Heterotopien verdichten sich all die Brüche und Widersprüche auf engstem Raum, die den gesellschaftlichen Alltag mitbestimmen, aber weitgehend dethematisiert bleiben oder gar verschwiegen werden müssen (mythisch-diskursive Seite). Sie „beunruhigen, wahrscheinlich weil sie heimlich die Sprache unterminieren, weil sie verhindern, daß dies *und* das benannt wird, weil sie die gemeinsamen Namen zerbrechen oder sie verzahnen, weil sie im voraus die Syntax zerstören, und nicht nur die, die die Sätze konstruiert, sondern die weniger manifeste, die die Wörter und Sachen (die einen vor und neben den anderen) zusammenhalten läßt“ (Foucault

1971 [1966]: 20, Hervorhebung im Original). Heterotopien „trocknen das Sprechen aus", „lösen die Mythen auf" (ebd.). Sie haben folglich eine ganz eigene Ökonomie praktischer Ortsgebundenheit. Als „Nichtorte der Sprache" (Defert 2005: 75) sind sie nicht etwa aus der lebensweltlichen Realität verbannt. Im Gegenteil sichern gerade die „Masken ihrer Äußerlichkeit" (Hasse 2007: 76) und ihre offensichtliche Integration in die Stadtarchitektur (physisch-materielle Seite), dass eine Problematisierung ihrer gesellschaftlichen Funktion ausbleibt. Ihre besondere Leistung ist es, als verstreute Zentren von Mächten zu fungieren, die nicht versteckt werden, aber durch ihre Unsagbarkeit im Verborgenen bleiben und dadurch die gesellschaftliche Organisation sicherstellen können.

Auch wenn Foucault fünf (2005 [1966]) bzw. sechs (2005 [1967]) heterotopologische Grundsätze verfasst, bleibt er exakte Kriterien zur Bestimmung von Orten als Heterotopien schuldig. Die relativ kurzen Texte haben eher fragmentarischen Charakter, weniger bieten sie eine ausgearbeitete Theorie (vgl. Hasse 2007: 74). In diesem Sinne provoziert die den „anderen Orten" immanente, aber nicht theoretisch ausformulierte Grenzverwischung zwischen Mythischem und Physisch-Materiellem die gleichen Fragen, die an das Verhältnis von Diskursivem und Nicht-Diskursivem generell gestellt werden können und weiter oben auch schon mehrfach gestellt wurden. Mit dem Verweis auf die Topologie soll das Verhältnis explizit zum Thema gemacht werden.

Topologie

Für die französischen Theoretiker_innen ist eine raumtheoretische Position augenfällig, die bei der Verhältnisbestimmung von Sichtbarkeits- und Sagbarkeitssegmenten hilfreich ist: die Topologie. Insbesondere Deleuze neigt zu einer raumbegrifflich aufgeladenen Sprache, was ihm z. B. im Gespräch mit Didier Eribon als eine Privilegierung der Geographie gegenüber der Geschichte bescheinigt wird: „Sie machen sich lieber zum Geographen, Sie bevorzugen den Raum, und Sie sagen, daß man eine ‚Kartographie' der Formen des Werdens entwerfen muß." (Deleuze 1993 [1989]: 48) Wenn Deleuze über die Karte, das Diagramm, die Linie oder das Lokale spricht, bezieht er sich allerdings nicht primär auf einen Raumbegriff, der die reale Ausdehnung von Körpern aufgreift. Vielmehr betrachtet er Räume in einem topologischen Sinn als Zwischen-Räume: „Was struktural ist, ist der Raum, aber ein unausgedehnter, präextensiver Raum, reines *spatium*, das allmählich als Nachbarschaftsordnung herausgebildet wurde, in der der Begriff der Nachbarschaft zunächst genau einen ordinalen Sinn hat und nicht eine Bedeutung in der Ausdehnung." (Deleuze 1992 [1973]: 15, Hervorhebung im Original)

Beim Perspektivenwechsel weg von einem situierten Raum hin zu einer topologischen Raumauffassung wird Raum im Anschluss an die mathematische Auslegung „nicht mehr als eine dreifach dimensionierte Entität oder formale Einheit gefasst, sondern anhand von Elementen beschrieben, die relational zueinander bestimmt werden. Mit anderen Worten: An die Stelle des Ausdehnungsaprioris tritt eine Strukturdarstellung von Raum“ (Günzel 2007: 17), ein Netzwerk von Platzierungen und Lagerungen, in dem wir uns bewegen (vgl. Hörster 1997: 25). Die Ökonomie praktischer Ortsgebundenheit bildet dann (nur noch) einen Aspekt der Topologie.

Mit dem ausschließlichen Rekurs auf die Relationalität gesellschaftlicher Prozesse ist das Spezifische der Topologie allerdings noch nicht deutlich genug hervor gehoben. Die Topologie versucht nicht einfach eine Struktur oder ein Netzwerk zu identifizieren und den Linien zu folgen, welche die Struktur zwischen ihren einzelnen Elementen zieht. Ihr geht es vielmehr um die Oberfläche, auf der die unterschiedlichen Elemente aufeinander Bezug nehmen, und die Bewegungen in den Zwischenräumen. Es sind hiernach gerade nicht die klaren Linien und direkten Wege der Struktur, die uns führen. Vielmehr bewegen wir uns auf einem aus Diskursivem und Nicht-Diskursivem geschichteten Feld ohne Untergrund und sind bei jedem Schritt von den Dingen eingenommen.

Zur Veranschaulichung zerlege ich im Folgenden die Topologie in zwei Typen von Beziehungen. Zum einen konfrontiert uns die Sichtweise mit gemischten Zuständen von Sprache und Praxis und ihren Wirkungen auf uns; zum anderen mit Beziehungen von diskursiven Elementen untereinander. Etwas genauer: Foucault geht es im ersten Fall darum, „Entsprechungen im Verschiedenen zu beschreiben“ (Günzel 2007: 21). Auf diesen Aspekt rekurriert insbesondere Deleuze, wenn er die Beziehung zwischen den Foucault'schen Achsen von Wissen und Macht als wechselseitiges Durchdringen konzipiert. Sich auf die Oberflächen im Sinne der Topologie zu begeben, impliziert im zweiten Fall, das stärker strukturalistische Moment der Lagebeziehungen für das analytische Vorgehen zu berücksichtigen und die Topologie als Analyseinstrument fruchtbar zu machen. Innerhalb *einer* Achse interessiert dann die Anordnung von Elementen in einer spezifischen Struktur. Diesen Gesichtspunkt hebt Foucault heraus, wenn er in der *Archäologie des Wissens* dafür plädiert, die Beziehungen zwischen den Aussagen in diskursiven Formationen zu beschreiben.

Gemischte Zustände

Geographische Diskursanalysen setzen häufig an geschriebenen oder gesprochenen Worten an. Gleichzeitig suchen sie nach Entsprechungen im Nicht-

Diskursiven. Für dieses Vorgehen können sie sich an nahezu alle Schriften Foucaults anlehnen. Den praktischen Herrschaftsmechanismen, stellt Foucault in all seinen Schriften eine Begleiterin an die Seite – die Sprache. Beide Achsen bilden unsere gesellschaftlichen Positivitäten. Wir sind unablässig von ihnen durchdrungen. Denn „[w]enn es stimmt, dass das Innen sich durch Faltung des Außen bildet, dann besteht zwischen ihnen eine *topologische Beziehung*, das Verhältnis zu sich ist dem Verhältnis zum Außen homolog, und der gesamte Inhalt des Innen steht in Bezug zum Außen“ (Deleuze 2005 [1984]: 248, Hervorhebungen im Original). In diesem Sinne stelle ich die These auf, dass wir auch in einer spezifischen Verbindung zur Kriminalprävention stehen, die in einer topologischen Beziehung von diskursiven und nicht-diskursiven Elementen auf uns Einfluss nimmt.

Auf die Abhängigkeit der beiden „äußeren“ Achsen voneinander verweist Deleuze (vgl. ebd.: 249), wenn er herausstellt, dass gesellschaftliche Machtverhältnisse immer nur unter der Berücksichtigung ihrer nicht-diskursiven Formationen und ihrer diskursiven Formationen erschlossen werden können. So verwirklichen sich Machtverhältnisse in diskursiven Formationen. Diskursformationen haben ohne einen (machtvollen) Sichtbarkeitsraum nichts zu verkörpern. Umgekehrt aber bleiben Machtverhältnisse instabil und flüchtig und können keine Form annehmen, wenn sie nicht durch diskursive Formationen aktualisiert werden (vgl. ebd.: 240 f.). Die diskursive Formation ist daher nur ein Artikulationsprozess unter vielen: „Eine artikulierte Welt hat eine unentscheidbare Anzahl von Orten und Weisen, Verbindungen herzustellen. Die Oberflächen einer solchen Welt sind keine fugenlos gekrümmten Ebenen. Unähnliche Dinge können miteinander verbunden, ähnliche auseinandergebrochen werden – und umgekehrt. Die Oberflächen [...] sind – übersät mit Tasthaaren, Ausstülpungen, Einstülpungen und Einkerbungen – in Glieder unterteilt.“ (Haraway 1995: 71) Eine Foucault’sche Diskursanalyse vollzieht sich folglich immer mehrpolig an verschiedenartigen Dingen, „sie arbeitet in einer Vielzahl von Registern; sie durchläuft Zwischenräume und Abstände; sie hat ihren Bereich dort, wo die Einheiten nebeneinander stehen, sich trennen, ihre Ränder festlegen, sich gegenüberstehen und zwischen sich leere Räume zeichnen“ (Foucault 1981 [1969]: 224). Besser kann man erstens die Topologie als Forschungsperspektive nicht ausdrücken. Zweitens wird hier deutlich, dass die Reduzierung des Foucault’schen Anliegens entweder ausschließlich auf den Aspekt der Lokalisierung von Machtverhältnissen oder auf die Untersuchung sprachlicher Strukturen seiner Intension entgegenläuft, nicht-diskursive Praktiken mit diskursiven Formationen in Beziehung zu setzen. Die Erfassung beider Achsen bildet folglich das Charakteristische einer an Foucault angelehnten Diskursanalyse.

Die Integration ähnlicher Ordnungen unähnlicher Dinge ist vor allem eine forschungspraktische Herausforderung. Ihre gemeinsame Analyse entzieht sich gängigen Verfahrenstechniken. Denn auch wenn sie sich durchdringen, sich gegenseitig stabilisieren und in Beschlag nehmen, sind die Achsen Wissen und Macht doch nicht identisch. Im Gegenteil, sie sind durch einen „gewaltigen Riß" durchbrochen, wie es Deleuze (1993a [1986]: 140) zum Ausdruck bringt, „der die Form des Sichtbaren auf die eine Seite bringt, die des Aussagbaren auf die andere, und zwar irreduktibel. Und außerhalb der Formen, in einer anderen Dimension verläuft der Faden, der beide miteinander vernäht und den Zwischenraum einnimmt". Auf das Problem der Zusammenführung verweist auch Foucault selbst. Die „nackte" Erfahrung des Außen stehe schweigsam außerhalb des Sagbaren, „weil das Außen niemals sein Wesen preisgibt; es kann sich nicht als positive Gegenwart darbieten [...], sondern nur als Abwesenheit, die sich ständig von sich selbst zurückzieht und tiefer in das Zeichen hineingräbt, in dem sie uns auffordert, ihr zu folgen, so als ob es möglich wäre, sie jemals zu erreichen" (Foucault 2001a [1966]: 680). Somit bleibt auch die Sprache über das, was uns als Außen entgegentritt, immer nur Kommentar und damit stets außerhalb des in ihr Gesagten (vgl. ebd.: 679).

Lagebeziehungen

Der bizarre Begriff der Topologie lässt sich forschungspraktisch auf die Lagebeziehungen[22] von Aussagen in diskursiven Formationen eingrenzen. Dies gelingt besonders gut, wenn hierfür die frühen Schriften Foucaults zu Hilfe genommen werden. Insbesondere in *Raymond Roussel* (1989 [1963]) und in *Das Denken des Außen* (2001a [1966]) beschreibt er eine Räumlichkeit, die er in den Bewegungen der Sprache entdeckt (vgl. Sarasin 2005: 48). Die Denkweise von Räumlichkeit als Architektur von Sprache formuliert Foucault paradigmatisch in der *Archäologie des Wissens* (1981 [1969]) aus. „Im Grunde genommen", so Hörster (1997: 94, mit Bezugnahme auf Foucault 1971 [1966]: 24), „sind ja alle Foucaultschen Diskursanalysen und seine gesamte Archäologie des Wissens Analysen von Räumen, versuchte Foucault doch zu zeigen, ‚nach welchem Ordnungsraum das Wissen sich konstituiert hat'". Foucault stellt die archäologische Beschreibung als eine Analyseform vor, welche die Aussagen nach funktionalen Ähnlichkeiten isoliert und ihre Ordnungen untersucht. Mit Sarasin (2005:

22 Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich verwende den Begriff der „Lagebeziehung" nicht im Sinne der raumwissenschaftlichen Geographie. Er soll hier weder auf objektiv messbare Distanzen verweisen, noch ist es mein Ziel, mit den identifizierten Lagebeziehungen ein allgemeines Raumgesetz zu begründen.

68) lassen sich diese Ordnungen „nicht in einer linguistischen Analyse erschließen, sondern in einer allgemein topologischen, räumlichen Untersuchung ihrer Verteilungen, Grenzen und Übergänge". Dabei versucht die archäologische Analyse nicht die sie umgebende Stummheit zum Sprechen zu bringen. Sie lehnt einen Text „unterhalb" ab, denn „[d]as Aussagegebiet ist völlig an seiner eigenen Oberfläche befindlich. Jede Aussage nimmt darin einen Platz ein, der nur ihr gehört. Die Beschreibung besteht also anläßlich einer Aussage nicht darin herauszufinden, den Platz welches Nicht-Gesagten sie einnimmt, noch wie man sie auf einen stummen und gemeinsamen Text reduzieren kann, sondern umgekehrt darin, welchen besonderen Platz sie einnimmt, welche Verzweigungen im System der Formationen ihre Lokalisierung gestatten, wie sie sich in der allgemeinen Streuung der Aussagen isoliert" (Foucault 1981 [1969]: 174).

Eine so verstandene topologische Beschreibung verwehrt sich dagegen, eine verborgene Metaerzählung herbeizuzitieren. Sie hebt auf das symbolische Element der Struktur ab, das die Struktur weder in präexistenten Realitäten noch in imaginären oder begrifflichen Inhalten aufgehen lässt. Was übrig bleibt, ist ein Sinn, „der notwendig und einzig aus der ‚Stellung' hervorgeht. Es handelt sich nicht um einen Platz in realer Ausdehnung, noch um Orte in imaginären Bereichen, sondern um Plätze und Orte in einem eigentlich strukturellen, das heißt, topologischen Raum" (Deleuze 1992 [1973]: 15). Die einzelnen Elemente erhalten ihren Sinn ausschließlich aus ihrer Stellung im Beziehungsgefüge der diskursiven Formation. Sie treten mit ihrer Umgebung in eine Nachbarschaftsordnung ein und spannen durch ihre je spezifischen Abstände „Räume der Entzweiung" (Foucault 1981 [1969]: 218) auf.

Fraktale

Sich der kommunalen Kriminalprävention topologisch zu nähern, impliziert zwei Aspekte: erstens sich zwischen den diskursiven und nicht-diskursiven Elementen zu bewegen (gemischte Zustände) und zweitens die (diskursiven) Elemente aus ihrer Spracharchitektur zu erschließen (Lagebeziehungen). Forschungspraktisch möchte ich den beiden Anliegen in der Ausweisung einzelner „Fraktale" gerecht werden. In metaphorischer Verwendung bringt der Fraktal-Begriff (vgl. Mandelbrot 1991) die Wiederkehr des Gleichen in unterschiedlichen Schichten und damit auch die Entsprechung im Verschiedenen zum Ausdruck. Fraktale sind sich selbstähnlich, d. h. sie zeigen auf verschiedenen Ebenen einen ähnlichen Grad an Regelhaftigkeit und Irregularität. Die von mir identifizierten Fraktale bilden somit die einzelnen Schichten, aus denen sich die kommunale Kriminalprävention zusammensetzt. Sie existieren nicht unabhängig voneinander, son-

dern sind immer nur Bruchstücke, die wiederum in anderen Bruchstücken aufgehen, ihre Ordnung auf ein anderes Plateau transformieren. Sie bilden für sich jeweils Oberflächen, die sich immer weiter nach außen schieben, bis sie auf einem anderen Niveau wieder auf eine ähnliche Ordnung treffen. Topologie betreiben ist also einerseits das Arbeiten in verschiedenartigen Registern und das Suchen nach ihren Nahtstellen.

Andererseits ist die Topologie die rekonstruierende Bewegung auf dem Wirkungsfeld der Aussagen. Die einzelnen Fraktale formieren sich inhaltlich aus einer Mikroanalyse konkreter Aussagen. Die Mikroanalyse versucht die verstreuten Aussagen der kommunalen Kriminalprävention in diskursiven Formationen zu systematisieren und als Fraktale mit spezifischen Funktionen auszuweisen. Forschungspraktisch bin ich daran gebunden, auch die diskursiv unähnlichen Zustände einzelner Fraktale über Sprachliches erschließbar zu machen. Es bleibt somit letztlich eine Plausibilisierungslücke offen zwischen der Tatsache nicht-diskursiver Zustände und der Notwendigkeit, sie zur Aussprache zu bringen.

In der Integration beider topologischer Aspekte soll die kommunale Kriminalprävention als eine Oberfläche aus Fraktalen und Zwischenräumen entstehen. Meine Fraktale machen die vereinzelten Erscheinungen der Aussagen „als einen Effekt verständlich […]: daher müssen die Beziehungen vervielfältigt werden, müssen die verschiedenen Typen von Beziehungen, die verschiedenen Verkettungsnotwendigkeiten differenziert werden, müssen die Interaktionen und die zirkulären Aktionen entziffert werden, müssen heterogene Prozesse in ihrer Überlagerung betrachtet werden“ (Foucault 1992 [1978]: 37). Hier nimmt die allgemeine Konkretisierung einer Foucault'schen Diskursanalyse ihr Ende und die Suche nach einem für den eigenen Untersuchungsgegenstand passenden Werkzeug der Kritik ihren Anfang. Für meine Untersuchung der kommunalen Kriminalprävention stellt sich die Frage, wie die Beziehungen vervielfältigt werden können. Wie sich den verstreuten Aussagen und verschiedenartigen Dingen in ihrer Komplexität nähern? Mein Vorschlag ist zu diesem Zweck ein topologisch arbeitendes Werkzeug zu Hilfe zu nehmen, das unterschiedliche Typen von Beziehungen in ihren zirkulären Interaktionen erschließen kann – das Semiotische Viereck des Pariser Semiologen Algirdas Julien Greimas.

Anschauungsraum – Das Semiotische Viereck

Für meine Analyse der kommunalen Kriminalprävention greife ich mit dem Semiotischen Viereck ein im weiteren Sinne diskursanalytisches Werkzeug auf, das gesellschaftliche Phänomene in einer zirkulär-topologischen Bewegung von

Entsprechungen und Abgrenzungen erfasst. In ungezwungener Anwendung hat das Semiotische Viereck für meine Untersuchung einen dreifachen Reiz: einen methodischen, einen disziplinären und einen inhaltlichen. Erstens ist es in seinem vierpoligen Aufbau präzise und gleichzeitig beweglich und leistet damit der in der *Archäologie* geforderten Erschließung komplexer Bündel an Beziehungen strukturelle Hilfestellung. Damit trägt es zweitens zur Erweiterung des analytischen Inventars relationaler poststrukturalistischer Geographien bei. Mit dem Semiotischen Viereck wird die gängige Beschreibungsdichte gesellschaftlicher Teilungs- und Herrschaftsverhältnisse in den binären Gegensatzpaaren hier-dort, innen-außen oder nah-fern um weitere Widersprüche angereichert. Schließlich vermag es drittens als topologisches Modell in seinen einzelnen Polen und ihren Zwischenräumen die verschachtelte Vielfalt an Beziehungen auf einer Oberfläche abzubilden und kommt damit der geforderten Integration verschiedenartiger Dinge einer Foucault'schen Machtanalyse sehr nahe.

Anwendung auf die Archäologie

Das Semiotische Viereck von Greimas ist ein Modell der strukturalen Semantik[23], das im deutschsprachigen Raum in den Sprachwissenschaften erst seit kurzem wieder stärkere Beachtung findet (vgl. Kim 2002: 2).[24] Während Greimas es auf literarische Texte anwandte, haben weitere Vertreter_innen der strukturalen Analyse dieses Werkzeug auf die Untersuchung kultureller Ordnungen übertragen und sie als ein dichtes Netz von oppositionellen Einheiten, als ein System differentieller Elemente konzipiert (vgl. Parmentier 1989: o. S.). So finden sich in anderen Disziplinen verstreute, zum Teil hervorragende Anwendungen des Semiotischen Vierecks, die mich bei der Analyse der kommunalen Kriminalprävention inspiriert haben: z. B. in der feministischen Wissenschaft von Donna Haraway (vgl. 1995), in der Geographie von Michael Flitner (vgl.

---

23 Für eine intensivere Befassung mit diesem Theoriegebäude vergleiche Greimas (1971 [1966]), Schleifer (1987), Angermüller (2002) oder Ohno (2003).

24 Ein Grund hierfür kann in der anglo-amerikanisch beeinflussten Lesart französischer Theoretiker der 1960er und 1970er Jahre liegen. Die Etikettierung Intellektueller wie Foucault „mit der [sic] seltsamen Präfix ‚post'" (Angermüller 2007: 9) wirkte sich auf die Rezeption vermeintlicher Strukturalisten aus – und damit vermutlich auch auf die Wahrnehmung von Greimas. Obwohl seine strukturale Textanalyse durch die Pariser Schule der Semiotik weiterentwickelt wurde, bedingte die Wende zum „Post"-Strukturalismus, dass seine strukturalistische Herangehensweise nicht anschlussfähig erschien (vgl. Kim 2002: 1) und daher auch nur geringe Ausstrahlung auf die Sozialwissenschaften ausübte. Hinzu kommt, dass strukturale Ansätze gegenüber der Pragmatik zunehmend in die Defensive geraten (vgl. Angermüller 2002: 49).

2000), in der Theologie (vgl. Delorme 1979) oder in den mit großer Sorgfalt vollzogenen Strukturierungen des amerikanischen Literaturtheoretikers und Marxisten Frederik Jameson (z. B. 1988 [1981]). „[W]e outsiders or interlopers – who resist the invitation to join the discipline and ‚become semiotics‘ that is, to *convert* to the entire Greimassian code (and to abandon the other ones as so many false religions and false gods) – should also feel free to *bricolate* all this, that is, in plainer language, simply to *steal* the pieces that interest or fascinate us, and to carry off our fragmentary booty to our intellectual cave.” (Jameson 1987: viii, Hervorhebung im Original) In Anlehnung an Haraway werde ich im Folgenden diesen „strukturalistischen Motor für amoderne Zwecke anwerfen“ (1995: 31). Genauer: für eine amoderne Lesart der kommunalen Kriminalprävention, „die darauf beharrt, dass es weder Anfänge, noch Aufklärungen, noch Endpunkte gibt“ (ebd.).

Mit Angermüller (vgl. 2007: 61) sind die das Semiotische Viereck konstituierenden Elemente formalisierbare Produkte eines kontingenten Prozesses, der mit mindestens vier Positionen formallogisch beschrieben werden kann. Die Bestimmung der vier Positionen des Vierecks erfolgt rückbezüglich (vgl. nachstehendes Textfeld), was dazu führt, dass jede Position von allen anderen bestimmt wird (vgl. Angermüller 2002: 63). Die vier topologischen Pole können in ihrer Charakteristik nicht unabhängig von den anderen erfasst werden. Sie bilden in ihrer Gesamtheit ein Kollektiv, das ohne Mittelpunkt auskommt.

Überträgt man die vierpolige Struktur des Semiotischen Vierecks auf die archäologische Aussagenanalyse, wird es möglich, die verstreuten Aussagen in (mindestens) vier Diskursformationen zu gruppieren und die Charakteristik herauszuarbeiten, in der sie zwischenräumlich aufeinander Bezug nehmen. Foucault legt in der *Archäologie des Wissens* Wert darauf herauszustellen, dass die Art und Weise, wie verschiedene Elemente in einer Diskursformation miteinander in Beziehung gesetzt werden, niemals unbeweglich und damit endgültig definiert ist (vgl. Foucault 1981 [1969]: 108). Diesem Anspruch wird das Modell gerecht, da seine „Struktur von Relationen […] sich in einem komplexen Prozess sich wiederholender und rekursiv verbundener Operationen [konstituiert], die eine gegebene Position vorläufig determinieren und stabilisieren“ (Angermüller 2002: 51 f.).

Das Semiotische Viereck bringt das gedrängte Durcheinander und unermüdliche Fließen der Aussagen für einen kurzen Augenblick in einen „Beharrungszustand“ (Greimas 1973 [1966]: 421). Dies erleichtert, die Aussagen „aneinander anzunähern, zu analysieren, zu isolieren, anzupassen und zu verschachteln“ (Foucault 1971 [1966]: 22). Denn nichts ist tastender, nichts ist empirischer, so Foucault weiter, als die Einrichtung einer Ordnung unter den Dingen. In diesem

geordneten Zustand lässt sich kurzzeitig einigen Strömungen folgen, welche die Figuren der Kriminalprävention in Sichtweite spülen, bevor sie wieder im Meer der Aussagen verschwinden. Besonders fruchtbar erweist sich das Werkzeug, um das schwer zu fassende Nicht-Gesagte archäologisch zu erschließen. Insbesondere die vierte Position versammelt formallogisch jene Aussagen, die häufig verdrängt werden, unausgesprochen bleiben oder im Diskurs scheinbar bedeutungslos sind. Durch die Überführung des (Nicht-)Gesagten in die Viererstruktur gelingt es, Aussagen, die zunächst unwesentlich erscheinen, in ihrem möglicherweise führenden Charakter für das grundsätzliche Funktionieren des Diskurses zu erfassen.

In Anwendung des Semiotischen Vierecks auf die *Archäologie*, wird meine Analyse der kommunalen Kriminalprävention zur struktur-archäologischen Beschreibung. Im Unterschied zum offenen Entwurf der *Archäologie* können mit dem Modell Bezüge präzisiert und gewichtet werden. Während die *Archäologie* ihren Gegenstand nur aus der Empirie erschließt, nutze ich folglich zusätzlich ein strukturalistisches Vehikel. Ich nähere mich dem Mechanismus kommunale Kriminalprävention von zwei Seiten, von den empirischen Aussagen und mithilfe einer vorgegebenen vierpoligen Oberfläche. Mit dem Aufgreifen dieses Modells sollen jedoch keine objektiven Strukturen der Bedeutung behauptet werden: „Das logische (bzw. semiotische) Viereck repräsentiert keine höhere, weil mathematisch begründete Ordnung, auf die sich Welt reduzieren ließe. Im Gegenteil: das logische Viereck spiegelt nichts wider, es ist ein kleinräumiges System von sich gegenseitig konstituierenden Termen – und nichts weiter." (Angermüller 2002: 57) Es lässt nur die „Pole und Spannungslinien" (Flitner 2000: 255) hervortreten, welche die Menschen auf einen bestimmten Platz verweisen. Es „läßt sich diese spezifische Bedeutung zurückverfolgen auf das System, das sie hervorbrachte. Wir haben dafür Greimas' semantisches oder semiotisches Rechteck als eines der brauchbarsten Embleme übernommen" (Jameson 1988 [1981]: 237).

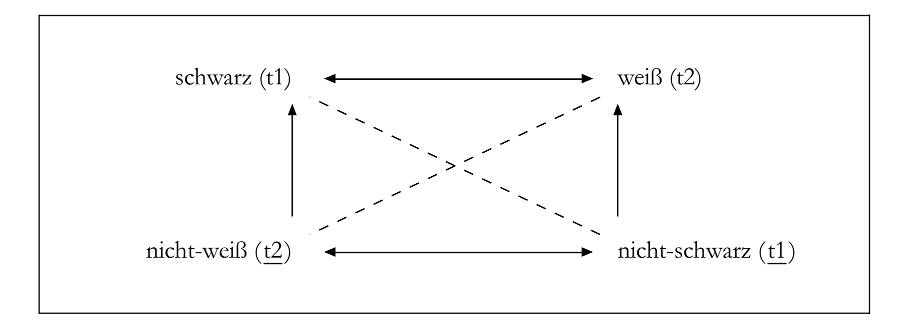
Die topologische Syntax des Semiotischen Vierecks

Greimas geht von der Annahme aus, „dass Bedeutung nie das Produkt einzelner Differenzen ist“ (Angermüller 2002: 64). Er identifiziert vielmehr ein Bedeutungssystem, dass zwei Typen binärer Relationen umfasst, die Kontrarität und die Kontradiktion (vgl. Greimas und Courtés 1982: 308). „Eine solche Typologie von Relationen hat uns erlaubt, die Existenz einer elementaren Bedeutungsstruktur, die komplexer ist und den Rahmen der Binarität überschreitet, zu postulieren.“ (ebd.: 25, vgl. Angermüller 2002: 65) Das Semiotische Viereck geht von der Beziehung des binären Gegensatzes aus, ergänzt diese aber um die Beziehung der Negation. Die vier einzelnen Positionen bestehen dann aus zwei konträren Termen (Wortzeichen) und zwei weiteren Termen, die in Widerspruch zu den beiden konträren Termen stehen. Es entsteht eine Viererstruktur zweier oppositioneller Paare. Das Semiotische Viereck bildet ein räumliches Intervall, das auf den drei Operationen der Kontrarität, der Kontradiktion und der Implikation beruht (vgl. Lücke 2002: 43).

– *Kontrarität* (↔): umfasst die binäre Opposition zweier Terme t1 und t2 (z. B. schwarz/weiß) und damit den einfachsten Fall der Beziehung (vgl. Parmentier 1989: o. S.). Die beiden Terme stehen im Verhältnis der Präsupposition zueinander, das meint, dass die Anwesenheit von t1 die Anwesenheit von t2 voraussetzt und umgekehrt. Sie bilden die Endpunkte, die beiden extremen Pole einer „semantischen Achse“ und teilen eine Dimension disjunktiv unter sich auf (vgl. Ohno 1995: 330). Für das unten abgebildete Beispiel einer topologischen Syntax der unbunten Farben heißt das, dass schwarz und weiß die beiden äußeren Pole der Dimension Helligkeit bilden. Beide Terme sind prinzipiell miteinander unvereinbar. Zwischen die beiden Terme kann jedoch der „komplexe“ oder „utopische“ Begriff treten. Er impliziert die ideale Synthese der beiden Hauptpole des Widerspruchs und damit dessen unvorstellbare und unmögliche Auflösung und Aufhebung (vgl. Jameson 1988 [1981]: 248). Der komplexe Term (im Beispiel: grau) ist nicht in das binäre System von Oppositionen integrierbar, weil er ihren Gegensatz aufheben würde (vgl. Lücke 2002: 24).

– *Kontradiktion* (---): bezeichnet die Relation der gegenseitigen Exklusivität. Der Term $\underline{t1}$ ist das Produkt der einfachsten Operation der Verneinung, des Ausschlusses dessen, was t1 alles nicht ist (vgl. Angermüller 2002: 62). $\underline{t1}$ und $\underline{t2}$ sind „simple negatives of the two dominant terms, but include far more than either: thus ‚nonwhite‘ includes more than ‚black‘“ (Jameson 1987: xiv). Die Anwesenheit von t1 präsupponiert die Abwesenheit von $\underline{t1}$.

– *Implikation* (→) beschreibt die einseitig gerichtete Relation von $\underline{t2}$ (bzw. $\underline{t1}$) zu t1 (bzw. t2). Die Terme $\underline{t2}$ und $\underline{t1}$ implizieren jeweils t1 und t2. Im Beispiel beinhaltet nicht-weiß die unbunte Farbe schwarz, bzw. schwarz setzt voraus, dass es nicht-weiß gibt.



Die Elemente der strukturalen Semantik, die ich hier selektiv herausgreife, erfüllen daher keinen anderen Zweck, als einige analytische Begriffe zu entlehnen, von denen ich annehme, dass sie allgemein genug sind, die Analyse der kommunalen Kriminalprävention zu vertiefen.[25]

Sozialwissenschaftlich angewendet, geht das Semiotische Viereck über die Betrachtung abstrakter Sätze und grammatikalischer Aktualisierungen weit hinaus und vermag empirisch-konkrete Aussagen in spezifischen Kontexten in den Blick zu bekommen (vgl. Angermüller 2002: 35 f.) und sich damit zum Diskurs zu öffnen. Meine Arbeit nimmt das Beschreibungsprinzip des Semiotischen Vierecks daher zum Ausgangspunkt, nicht etwa abstrakte Gegensatzpaare

25 Vor diesem Hintergrund sollte es nicht irritieren, dass eine archäologisch inspirierte Arbeit ein strukturalistisches Modell als Analysewerkzeug verwendet. Foucault distanziert sich zwar zum Strukturalismus: „Dieser Punkt ist eine Bitte an den deutschsprachigen Leser. In Frankreich beharren gewisse halbgewitzte ‚Kommentatoren' darauf, mich als einen ‚Strukturalisten' zu etikettieren. Ich habe es nicht in ihre winzigen Köpfe kriegen können, daß ich keine der Methoden, Begriffe oder Schlüsselwörter benutzt habe, die die strukturale Analyse charakterisieren" (Foucault 1971 [1966]: 15). Oder in einem Gespräch mit Studierenden: „Mein Programm stützt sich auch nicht auf die Methoden der Linguistik. Der Begriff der Struktur hat keinerlei Bedeutung für mich" (Foucault 2003 [1978]: 597). Er bezeichnet allerdings sein Forschungsprogramm in *Wahnsinn und Gesellschaft* selbst als „Strukturuntersuchung der historischen Gesamtheit – Vorstellungen, Institutionen, juristische und polizeiliche Maßnahmen, wissenschaftliche Begriffe" (Foucault 1977 [1961]: 13) und deutet in einem Gespräch mit Hasumi an, „dass es durchaus Gründe für dieses Missverständnis gab" (Foucault 2003c [1977]: 516), ihn als Strukturalisten zu bezeichnen. Auch fragt sich Foucault in der Figur seines fiktiven Widerparts gegen Ende der *Archäologie*, inwieweit sich seine Analyse von strukturalistischen Unterfangen distanziere. Denn „mit ziemlicher Unverfrorenheit haben Sie Ihre Unfähigkeit als Methode verkleidet; uns präsentieren Sie jetzt die unüberwindbare Distanz, die Sie von einer wirklichen strukturalistischen Analyse trennt und immer trennen wird, als einen explizit gewollten Unterschied" (Foucault 1981 [1969]: 283).

aus Texten zu isolieren. Vielmehr möchte ich die Mechanismen der kommunalen Kriminalprävention in einem gesellschaftlich relevanten Sinn freilegen.

Anreicherung der Beschreibungsdichte poststrukturalistischer Geographien

Poststrukturalistische Geographien begegnen hegemonialen Ordnungen, indem sie diese als (instabile) Produkte von Differenzierungen erklären. In Folge des sprachtheoretischen Einflusses konnten sie so in den letzten Jahren weitgehend unangetastete gesellschaftsbildende Differenzierungen und Hierarchisierungen sichtbar machen: die Konstruktion von Natur in Abhängigkeit zur Kultur, die Konstruktion des Globalen Südens in Abhängigkeit zum Globalen Norden oder die Konstruktion des Orients in Abhängigkeit zum Okzident. Mit dem Wissen um die Vielfalt an Differenzierungsprozessen, die Greimas mit dem Semiotischen Viereck zum Ausdruck bringt, stellt sich jedoch die Frage, ob mit der Dekonstruktion ausschließlich binärer Oppositionen gesellschaftliche Wirklichkeit angemessen erfasst ist. Zwar bildeten weite Teile der Sozial- und Kulturwissenschaften im Zuge des *linguistic turn* einen Forschungsstil aus, der seine Gegenstände konsequent relational als ein System von Differenzierungen beschreibt (vgl. Berndt und Pütz 2007: 17 ff.; Berndt und Boeckler 2008). Seitdem verfolgen poststrukturalistische Geographien das Ziel, nicht in einem polaren Denken zu verharren, sondern den geographischen Blick auf die Position des Dazwischen zu lenken (vgl. Lossau 2000). Es lässt sich allerdings beobachten, dass die Forderung, den Komplexitätsgrad bei der Betrachtung gesellschaftsbildender Differenzierungen zu erhöhen, auch weiterhin eine Herausforderung darstellt.

Bei der Erschließung von Sortierungsmechanismen kommt der Beschreibung in Binarismen besondere Bedeutung zu. Poststrukturalistische Geographien betrachten insbesondere den *raumbezogenen* Binarismus hier/dort (respektive innen/außen und nah/fern) in der Verknüpfung mit sozialen Differenzierungen (z. B. eigen/fremd) als konstitutiv für die Herstellung sozialer Ordnung (vgl. Glasze und Pütz 2007: 2). Diese Hervorhebung des raumbezogenen Binarismus in der Geographie impliziert erstens, dass dieser Unterscheidung eine andere Qualität zugesprochen wird als sozialen Unterscheidungen. Sie impliziert zweitens, dass sich diese andere Qualität des „Raumbezogenseins" aus dem Widerspruch zu „nur" als sozial verstandenen Unterscheidungen ergäbe. Oder anders: Die hier/dort-Unterscheidung produziere Bedeutung, nicht nur als Differenzsystem, sondern zusätzlich durch ihre lokale Bezüglichkeit.

Meine Auseinandersetzung mit der Kriminalprävention knüpft an die Überlegungen zum (hier/dort-)Binarismus an und versucht diese in zwei Punkten zu erweitern. Die archäologische Beschreibung macht erstens erforderlich, das analytische Inventar des einfachen Binarismus auf weitere Widersprüche auszuweiten. Die Strukturierung und Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen erschöpft sich nicht in einer Unterscheidung. Zwar ist die hier/dort-Differenz zweifellos „basal" (vgl. Redepenning 2006: 115 ff.). Vielleicht kann die binäre Opposition sogar als elementare Relation der Bedeutungserzeugung unserer Kultur gelten (vgl. Stallybrass und White 1986: 3). Die unterschiedlichen Aspekte sozialer Ordnung konstituieren sich aber nie nur in einer Differenz, sondern in vielen weiteren Widersprüchen und unentscheidbaren Zwischenräumen. Diese können mit dem alleinigen Rückgriff auf die binäre Opposition (oder auf ausschließlich raumbezogene Binarismen) nur unzureichend erfasst werden.

Zur Verdeutlichung ein fiktiver Analysespot der Kriminalprävention: Was würde ich finden, wenn ich mich ausschließlich auf die Suche nach binären Oppositionen begeben würde? Ich würde ein „hier" und ein „dort" finden und diese Codes mit den gesellschaftlichen Kategorien des „Eigenen" hier und des „Anderen" dort verknüpfen (in der Rolle des „Anderen" klassischerweise der „Ausländer", der „Jugendliche" und ihre Kombination). Die Ausdifferenzierung zweier Pole würde dann den Freiraum eröffnen, beide Seiten durch viele weitere Merkmale auszugestalten und gegeneinander abzugrenzen (z. B. durch die Verknüpfung des „Anderen" mit dem Wohngebietstyp der Großwohnsiedlung). Aus einem vielschichtigen Prozess würde eine bezwingbare Alternative aus zwei polaren Gliedern. Meine Analyse würde damit aber lediglich eine ohnehin bekannte Figur abbilden. Die vielfältigen Bezüge im kriminalpräventiven Diskurs erschließen sich nicht ausschließlich über Beschreibungen in binären Oppositionen des „Eigenen" und des „Anderen". Hier soll die Integration weitere Differenzierungen, in meinem Fall mithilfe des Semiotischen Vierecks, zu einer reichhaltigeren Betrachtung gesellschaftlicher Sortierungsmechanismen beitragen.

Zweitens kann eine stärker auf die Topologie gemischter Zustände rekurrierende Geographie die Beziehung von diskursiven und nicht-diskursiven Elementen anders in den Blick bekommen als raumbezogene Binarismen. Auch die hier/dort-Unterscheidung ist zunächst eine Lagebeziehung wie alle anderen Lagebeziehungen auch. Hier und dort bringen paradigmatisch eine Abstandsbeziehung zum Ausdruck, jedoch nicht notwendig einen lokal wirkenden Gegensatz. Sonst würde die hier/dort-Relation den Charakter der Repräsentation lokaler Aspekte erhalten, indem sie Signifikat und Signifikant aneinander koppelt. Dem Nicht-Diskursiven ist daher meines Erachtens mit der hier/dort-Semantik

nicht ausreichend Rechnung getragen, denn das „Äußere“ geht nicht in einer diskursiven Lagebeziehung auf. Auch dann nicht, wenn diese in räumlichen Begriffen beschrieben wird. Das „Äußere“ muss vielmehr als eigenständiges Register topologisch in die Analyse integriert werden, z. B. als ein Pol unter anderen im Semiotischen Viereck.

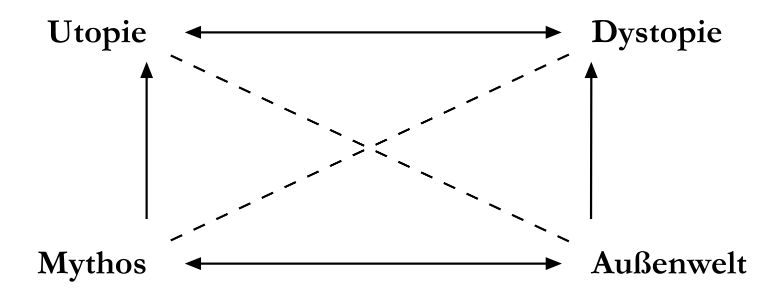
ÜBERGANG II

Meine Beobachtung ist, dass der Mechanismus kommunale Kriminalprävention aus vier Fraktalen aufgebaut ist, die mithilfe des Semiotischen Vierecks auf einer Oberfläche abgebildet und in Beziehung gesetzt werden können. Die vier Fraktale umfassen aus einer Foucault’schen Perspektive örtliche und unörtliche Momente und produzieren in ihrem Zusammenspiel Wahrheiten und Machtverhältnisse. Sie bringen sich in einem Prozess ständiger Abgrenzung und Entsprechung hervor. Zur Vorbereitung auf die anschließende Empirie nehme ich an dieser Stelle die grundlegenden Bezüge vorweg, welche ich bereits aus der strukturalen Analyse gewonnen habe. Zu ihrer (macht-)vollen Entfaltung gelangen die Fraktale freilich erst in der archäologischen Analyse der Aussagenbeziehungen im folgenden Kapitel. Es sind im Detail utopische Visionen, Abdrängungen in die Dystopie, lokale Steuerungsnetze und mythische Erzählungen, welche die Kriminalprävention als einen gemischten Zustand diskursiver und nicht-diskursiver Dinge konstituiert.

Über Utopien schreibt Foucault, dass sie „in einem allgemeinen, direkten oder entgegengesetzten Analogieverhältnis zum realen Raum der Gesellschaft stehen. Sie sind entweder das vervollkommnete Bild oder das Gegenbild der Gesellschaft, aber in jedem Fall sind Utopien ihrem Wesen nach zutiefst irreale Räume“ (Foucault 2005 [1967]: 935). Die Kriminalprävention integriert beide Momente. Im utopischen Fraktal sammelt sie all das, was sie aus uns machen möchte. Auf der Achse einer entmutigenden Gegenwart ist die Utopie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, die Perfektion gesellschaftlicher Wirklichkeit. Ihr Gegenüber ist die Dystopie. Sie fungiert als Sammellager aller ungewollten Zustände, alles Nicht-Erreichten, alles, was es an Vergangenem abzustreifen gilt. Utopie und Dystopie sind unvereinbar, setzen jedoch gegenseitige Anwesenheit voraus. Diese Konstellation bringt sie in ein Abhängigkeitsverhältnis. Die Kriminalprävention muss notwendig auch das Gegenbild gewollter Gesellschaft zeichnen, ohne das sie nichts zu verkörpern hätte. Sie muss widerständige Ordnungen aufnehmen, Norm- mit Gegenplatzierungen vereinen und ihre Beziehung untereinander hierarchisieren. Utopie und Dystopie teilen sich die Kriminalprä-

vention untereinander auf, einerseits als Unmöglichkeit und andererseits als Notwendigkeit. Die Kriminalprävention als konfliktfreier Raum, als Utopie guten Lebens, muss notwendig unverwirklicht bleiben, um dauerhaft bestehen zu können.

In kontradiktionärem (oder exklusivem) Verhältnis zur Utopie, zu allem Visionären, steht die faktische Außenwelt. Erst mit der Verbindung zu ihr wird die Kriminalprävention zu einer kommunalen, respektive lokalen Angelegenheit. Im Fraktal der Außenwelt vereinen sich all die mikrophysikalischen Disziplinierungs- und Sortierungsorte, an denen die Überführung des Mythischen ins Utopische versucht wird. Durch ihren faktischen Charakter ist die Außenwelt aus der Utopie vollkommen ausgeschlossen. Sie ist all das, was die Utopie nicht ist: konkret, unvisionär, gegenwärtig und damit fortwährende Bedrohung der Kriminalprävention, in eine Dystopie umzukippen. In der Außenwelt wird die Prävention wirksam. Hier erzeugt sie Effekte, hier gelingen und scheitern ihre Strategien; in jedem Fall enthält die Außenwelt ungleich mehr, als die Utopie aufnehmen möchte. Zur Dystopie steht die Außenwelt in implizitem Verhältnis, das meint, dass die dystopischen Elemente in der Außenwelt angelegt, aber als solche nicht entschieden sind. Die Dystopie schöpft ihr Klientel aus der Außenwelt, die Utopie aus dem Mythos, das letzte und am vorsichtigsten zur Sprache gebrachte Fraktal, auch weil es das empfindlichste und empfindsamste ist. Im mythischen Fraktal wird die Prävention zur Nostalgie. Im Gegensatz zur Außenwelt ist hier nichts gegenständlich und alles Sehnsucht. Wir begegnen den Menschen in ihrem produktivsten Zustand. Wie zu zeigen sein wird, ist dies im Fall der Kriminalprävention die Figur des Kindes. In der rückgewendeten und dennoch zeitlosen Erinnerung an das Kind ist nichts entschieden, ganz im Gegensatz zur Dystopie. Stärker noch, die Unentschiedenheit des Kindes und damit die Möglichkeit zur Erneuerung wird zur Voraussetzung des utopischen Traums von einer konfliktfreien Gesellschaft.



Fraktale Sicherheiten

Prävention überzeugt uns in der Schlichtheit ihrer Botschaft: Vorbeugen ist besser als Heilen! In einer griffigen Formel präsentiert sie die Lösung für das komplexe Phänomen der Kriminalität. Diese Schlichtheit macht sie uns zur Landkarte für eine Welt, in der Widersprüche und Homogenitäten dicht gedrängt stehen. Prävention ist Heils- und Unheilsbringerin. Sie organisiert uns unübersichtliche Differenzen in übersichtliche Ordnungen. Sie ist uns Bewältigungsstrategie für eine entmutigende Wirklichkeit und Sortierungsfeld, das uns näher zueinander bringt und entfremdet. Sie erzählt von einer utopisch gewaltfreien Zukunft, von dystopisch menschlichem Versagen, von einer Außenwelt, in die wir unsere ganze Hoffnung legen und von dem Mythos des Kindes.

Die Aufgabe der Analyse ihrer Aussagen besteht darin, den Verlauf ihrer sortierenden Bewegungen zu erfassen. Das heißt, ich werde so viele Aussagenlinien wie möglich freilegen, von denen jede einzelne zur Bildung eines Feldes beiträgt. Am Ende soll die Topologie der Prävention offen liegen, ihr Gleiten in die Zwischenräume all dieser kleinen Linien (vgl. Deleuze 1980 [1977]: 245 f.). Bei diesem Vorgehen leitet mich die Frage an, wie die Prävention in uns die Gewissheit hervorruft, etwas Folgerichtiges zu tun. Mein Ziel ist es, die Anweisungen der Prävention freizulegen, mittels derer wir in Gesellschaft eintreten und nach denen wir uns verhalten sollen. Was nach der Analyse entstand, sind vier Fraktale, die ganz unterschiedliche Gestalt annehmen und erst aufeinander bezogen ihre ganze Wirkung entfalten. Prävention ist ein gemischter Zustand aus Wahrheitsproduktionen und mikrophysikalischen Mächten, aus diskursiven Welten und Außenwelten. Aus ihrem Zusammenspiel entsteht eine Sehnsucht, die der neoliberalen Gesellschaft zutiefst innerlich ist, die Bereitstellung produktiver Menschen.

Mein Vorgehen ist folgendes: Ich beginne den Weg durch das semiotische Viereck links oben und folge den Fraktalen im Uhrzeigersinn (vgl. Haraway 1995: 33 ff.). An den Rändern des präventiven Sortierungsfeldes befinden sich

epistemische Anweisungen, die vorgeben, was in welcher Weise über die Welt gewusst werden soll. Sie sind soziales Regelwerk, mit dem wir Wissen über uns selbst und die restliche Wirklichkeit erlernen (vgl. Honneth 2003: 22). Der linke Rand führt uns außerdem zu einigen „kleinen, lokalen Taktiken" (Foucault 2003c [1977]: 524), denen sich die Kriminalprävention bemächtigt und die, in Verkettung mit dem Wissen, eine weitreichende Technologie des gegenwärtigen Sicherheitsdispositivs bilden. Das Vorgehen im Uhrzeigersinn erzeugt das Bild einer stringenten Abfolge, wo eigentlich keine ist. Denn die Topologie hat weder einen klar definierbaren Anfang, noch einen finalen Punkt, der alles zusammenführt. Prävention als Topologie zu schreiben meint vielmehr, sie in ihrer Dynamik zu erfassen. Daher müssen immer wieder kleine Umwege gegangen, Rückwege hingenommen und Sprünge gemacht werden. Es bedeutet auch, dass die Fraktale in beliebiger Reihenfolge gelesen werden können, denn ihre jeweiligen Positionen erschließen sich zirkulär.

Mein Text hat die Eigentümlichkeit, die Leser_innen mit den Pronomina „wir" und „uns" anzusprechen. Dieses vereinnahmende Stilmittel ist charakteristisch für den Präventionsdiskurs. Er ruft uns performativ als Kollektiv an und nimmt uns damit in die Mitte einer konsensuellen Gemeinschaft von Tüchtigen. Er suggeriert uns, dass die Prävention keine Angelegenheit Einzelner ist, sondern uns alle angeht. Die Unausweichlichkeit, mit der uns die Prävention entgegentritt, soll in der Analyse zur Aussprache gebracht werden. Dies gelingt nicht, wenn ich ihre Botschaft an uns verobjektiviere. Im Gegenteil, beim Lesen sollen wir am eigenen Leib ständig spüren, dass wir gemeint sind, jede_r von uns; exakt so, wie es die Prävention fordert.

UTOPIE

Ich beginne mit den Aussagen, die uns auf eine auf die Zukunft gerichtete Vision „eines friedlichen, sinnhaften und glücklichen menschlichen Lebens" (E_62)[1] einstimmen. Sie sollen bewirken, dass wir uns in den Dienst der Prävention stellen möchten. Sie üben mit uns ein, Prävention ernst zu nehmen und sind uns Anweisung, wie wir uns auf die Zukunft hin verhalten sollen. In diesem Fraktal

1 Die Buchstaben-Ziffernfolgen hinter den Zitaten kennzeichnen die Texte, denen die Zitate entnommen wurden. Sie sind im Anhang mit den dazugehörigen Texten aufgelistet. Die Buchstaben markieren die Textarten (D= Diskussionen, E=Eröffnungsreden, El=Einladungen, F=Festvorträge, G=Grußworte, SRL= SRL-Tagung) und die Ziffern die Reihenfolge der Texte im Datenkorpus soriert nach ihrem Erscheinungsdatum.

lernen wir, wie wir sein sollten und was wir sein könnten, wenn wir unser Leben präventiv ausrichten.

Ihre Anweisungen zum Glücklichsein richtet die Prävention in unterschiedlicher Weise an uns. Sie ruft uns einerseits als Bestandteil von Bevölkerung an, die unsere individuelle Verfasstheit völlig negiert. Hier geht es schlichtweg darum, uns als Ganzes in einem erträglichen Gleichgewicht zu halten. Andererseits werden wir als Individuen zur Willensbildung angehalten. Wir werden angeregt, uns in die Prävention aktiv einzubringen. Dass wir von mehreren Seiten angesprochen werden, macht es ungleich schwerer, aus der Prävention heraus treten oder sie auf ihre Rationalitäten hin befragen zu können.

In diesem Fraktal ist die Prävention eine Utopie, weil sie etwas verändern möchte. Sie führt uns vor Augen, wie Leben in produktives Leben überführt werden kann. Aus der Ferne hören wir allerdings dystopische Stimmen, die das Material der Prävention bilden. Sie sind darum Ausgangspunkt der Betrachtung der Utopie. Der dystopischen Vielfalt werde ich zu einem späteren Zeitpunkt in einem eigenen Fraktal gerecht. Hier dient ihre kurze Ausführung dazu, den Übergang zwischen dystopisch Ungewolltem und dem zukünftigen Wunschbild zu vollziehen. Wir lernen in diesem Fraktal:

– Prävention im Spannungsfeld von Visionen und Bedrohungen kennen,
– uns als einen Teil von Bevölkerung zu begreifen,
– dass wir uns aktiv und aus freiem Willen in die Prävention einbringen sollen,
– dass sie in alle Teile unseres Lebens diffundiert.

Visionen und Bedrohungen

Wenn die Prävention bestehen will, muss sie notwendig unverwirklicht bleiben. Sie muss eine Gegenwart wirklich werden lassen, die ihr einen unabdingbaren Status verleiht. Die Seriosität der Aussagen, mittels derer sie uns ins Vertrauen ziehen möchte, hängt folglich maßgeblich von der Gesellschaftsdiagnose ab, die sie zu liefern vermag. Sie muss uns die Gegenwart als zutiefst gefährlich und die Zukunft als zutiefst gefährdet begreifbar machen. „Gewalt ist fast allgegenwärtig“ (E_29); diese Bedrohung zu internalisieren, ist unser erstes Lernziel.

> Wir sind mutlos im Hinblick auf die Zukunft, wir sind misstrauisch im Blick auf unsere Nachbarn und wir sind ängstlich, ohne Selbstsicherheit. Und ich denke, auch das ist gestern Abend deutlich geworden, Angst ist ein Thema, was mit Sicherheit zu tun hat. (E_34)

Die Anrufung dystopischer Elemente bildet die notwendige Voraussetzung für die Rechtfertigung präventiver Interventionen. Prävention lebt davon, in den Menschen Ängste hervor zu rufen. Erst die Angst vor einer unsicheren Zukunft legitimiert Ordnungsphantasien, deren Resultat die freiwillige Unterwerfung des Selbst unter die Handlungsmaxime der Prävention ist. So ist es Aufgabe des Präventionsdiskurses, dass Risiken „einerseits drastisch aufgebauscht und zugleich andererseits als potenziell beherrschbar präsentiert" (Rose 2000: 98) werden. Vor diesem Hintergrund kommt keine Aussagengruppierung im Präventionsdiskurs ohne den Bezug auf Bedrohungen aus. Jeder Text kommt an den Punkt, an dem er eine Wirklichkeit präsentieren muss, deren Ordnung grundlegend erschüttert sei.

Es vergeht keine Woche, ohne dass wir uns über dramatische Eruptionen von Gewalt entsetzen. Die Gewalt, die von Jugendlichen ausgeht, erschreckt uns dabei besonders. Auf die Frage nach den Gründen entsteht oft Ratlosigkeit. Wir versuchen Erklärungsmuster: Die Eltern sind's, die nicht erziehen, die schlechten Lehrer, die schlimme Wohnsituation, Arbeitslosigkeit. Mag sein, dass alles ein bisschen zutrifft, aber der wirkliche Grund liegt womöglich tiefer: Im „Wärmetod der Zwischenmenschlichkeit", wie ein Ethnologe den Zustand bezeichnet hat, in dem wir heute leben. „Wärmetod": Ein Zustand, in dem die Wärme stirbt. Ein Tod, der eintritt, wenn gegenseitiges Verständnis und Kommunikation untereinander keinen Raum mehr haben; wenn Trost und Mitleid füreinander ausbleiben. Ein Tod, der eintritt, wenn Geld, Stärke, Rationalität alles überlagern und unter den Teppich kehren, was an Konflikten, an Schwachheit, an Leid auch zum Leben gehört. (E_14)

Uns die Welt als eine erschütterte Ordnung zu vergegenwärtigen, ist ein wichtiger Schritt des Präventionsdiskurses, uns als Präventions-Kollektiv hervor zu bringen. Die Herausforderung bei der Formierung einer Gemeinschaft von Vorbeugenden besteht darin, die erzeugten Erschütterungen nicht nach außen zu drängen und aus dem Kollektiv heraus zu nehmen. Vielmehr versucht die Prävention, Unordnungen als integralen Bestandteil einer Bewegung zu deuten, die sich für das größere Ganze, hier den Erhalt der (Zwischen-)Menschlichkeit einsetzt. Prävention schließt nicht aus, sondern ruft uns alle als Präventionssubjekte über die Einigung auf eine gemeinsame Zukunft hin an. Entscheidend für die Formierung von Gleichgesinnten ist daher nicht die Frage, wer wir heute sind, sondern wer wir zukünftig sein wollen.

Wir – Staat und Gesellschaft – müssen nicht nur etwas gegen Gewalt und Extremismus unternehmen, sondern auch etwas dafür tun, um das Zugehörigkeitsgefühl zu stärken, um

gefährdeten jungen Menschen zu sagen: Ihr gehört zu uns, wir brauchen euch, ihr könnt etwas Sinnvolles tun für euch selbst und für die Gesellschaft. (F_07)

Prävention bietet ein Zukunftsmodell an, das den Widersprüchen der modernen Welt trotzt, indem sie sie in die eigene Sache zu integrieren vermag. So würde eine einfache Sortierung von Menschen in Präventionssubjekte und -objekte den Präventionsdiskurs schwächen und seine Glaubwürdigkeit in Frage stellen. Selten legt sich der Diskurs auf konkrete Figuren fest. Denn prinzipiell soll jede_r angesprochen werden, sich jede_r als Subjekt der Prävention erfahren lernen. In Bezug auf das Zukünftige haben wir alle die Möglichkeit, an Prävention mitzuwirken. Prävention schließt also ein. Sie integriert die Gefährdung in ihre Ordnung, provoziert nicht den Widerspruch, sondern macht ihn in sich produktiv.

Durch die Berufung auf die Zukunft gelingt der Prävention, sich einer Bewertung im Jetzt zu entziehen. Was sein könnte, entbehrt der inhaltlichen Grundlage einer Kritik. Denn wie soll etwas kritisiert werden, was noch nicht eingetreten ist und von dem man auch nicht weiß, ob es jemals eintreten wird? Die Verlagerung ins Zukünftige entbindet die Prävention aus aktuellen Problemen, denn Ziel des Präventionsprinzips ist die Vorbeugung eines Zustands in der Zukunft, nicht die Bewältigung von Problemen im Hier und Jetzt. Prävention ist eine Art „Science-Fiction", welche uns ein Bild von einer besseren Welt entwirft. Prinzipiell ist alles möglich, auch eine Gesellschaft ohne Gewalt!

Der heutige Tag steht unter dem Thema: „Prävention – eine Investition in die Zukunft". Prävention vermeidet Gewalt, mehr noch, sie entzieht ihr systematisch den Nährboden. Das Ziel: Eine Gesellschaft ohne Gewalt! Welch eine phantastische Vision! (E_14)

Zum Maßstab des Handelns im Heute wird ein Zustand, der immer nur als Vision Gültigkeit hat. Kriterien, die für eine Bedrohung sprechen sollen, sprechen aus einer hypothetischen Zukunft. Aber sie liefern die Legitimation für ein konkretes Eingreifen in der Gegenwart (vgl. Ziegler 2001: 9). Vorbeugendes Handeln ist ein Handeln mit unklarem Ausgang, ins Positive gewendet: ohne Ausgang. Es ist unendlich, weil es unbegrenzt Aufschub in die Zukunft einfordern kann. Prävention stößt zwar an. Wohin die Reise geht, bleibt aber „Zukunftsmusik".

Jede Musik muss jedoch, abgesehen von der im Hier und Jetzt Improvisierten, erst mal in der Gegenwart komponiert werden, damit sie später zu Gehör gebracht werden kann. (E_19)

Prävention ist paradox. Ihre Vision muss unrealisierbar bleiben, um ihr nicht die Grundlage zu entziehen, auf der sie gebaut ist: „Gewaltprävention, eine gesellschaftliche Daueraufgabe“ (E_53). Ihre Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen für effektiven Zugriff zu schaffen, weniger, eigene Ziele zu formulieren. Wenn Prävention die Notwendigkeit der Veränderung einer unvollkommenen Situation ist, dann lässt sich die Frage, wer wir zukünftig sein wollen, auch nur in Abgrenzung davon bestimmen, wer wir nicht sein wollen. Prävention bestimmt ihre Inhalte somit ex negativo. Wir wollen keine …

… fatale Entwicklung, die droht kennzeichnend für unsere Gesellschaft zu werden, die des Weg-Sehens. Weg zu sehen, sich abzuwenden, wenn andere – selbst in der Öffentlichkeit, in Zügen, in Straßen, auf Plätzen, mitten in einer Stadt – bedroht und misshandelt werden. Eine der schlimmsten Fehlentwicklungen unserer Zeit, wie ich meine. (E_61)

… Narrenfreiheit (F_01)

… Maßlosigkeit und Gier (F_07)

… Unkultur des Wegsehens (D_02)

… um sich greifende Entsolidarisierung der Gesellschaft (SRL_16).

Prävention definiert keine originären Inhalte dessen, was sein soll. Das vermag sie auch gar nicht. Denn vorgebeugt werden kann per definitionem immer nur etwas Nicht-Gewolltem, nicht etwas Gewolltem. Prävention konstituiert ihre Inhalte daher mittels Ausschluss und Verneinung. Sie selbst kann nichts Originäres schaffen, sondern immer nur einen Zustand der Abwesenheit proklamieren. Was sie hervorbringt, ist notwendig unrealisierbar. Das macht sie gleichermaßen unüberprüfbar und unantastbar.

Bevölkerung

Prävention nimmt den Menschen totalisierend und individualisierend ins Visier, ersteres, indem sie ihn in demographischen Faktoren erfasst.

Wir haben (Wort) relativ genaue Vorstellungen davon, wie sich die Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt oder auf den regionalen Wohnungsmärkten verändern werden in den nächsten 15 Jahren. Und diese Rahmenbedingungen, Demographischer Wandel, Entwicklung der Arbeitsplätze, Entwicklungen eben auch der Alterszusammenstellung der

Bevölkerung, also dass wir im Durchschnitt eben älter werden, dass sich die Haushalte weiterhin verkleinern, dass die Anzahl der Singlehaushalte (Wort). Das wissen wir alles und das ist sozusagen der eine Eckpunkt, an dem wir uns orientieren müssen, um betriebswirtschaftlich, unternehmerisch, verantwortungsvoll und letzten Endes erfolgreich arbeiten zu können. (D_12)

Das Verhältnis von Prävention und Demographie spezifiziert Castel (1983: 61) dergestalt, dass die präventiven Politiken „sich nicht in erster Linie mit Individuen, sondern mit Faktoren, mit statistischen Korrelationen heterogener Elemente [befassen]. Sie dekonstruieren das konkrete Subjekt der Intervention und konstruieren ein Kombinatorium aller risikoträchtigen Faktoren. Ihre Hauptabsicht besteht nicht darin, eine konkrete Gefahrensituation anzugehen, sondern alle denkbaren Formen des Gefahreneintritts zu antizipieren. In der Tat eine ‚Prävention', die dem Verdacht die wissenschaftliche Dignität einer Wahrscheinlichkeitsrechnung verleiht". Die Prävention kann somit als ein Verfahren verstanden werden, das daran beteiligt ist, „eine diffuse, räumlich wie zeitlich weit verstreute Menge von Menschen in eine Population zu verwandeln, die dann zum Adressaten von Kontroll- und Steuerungsmaßnahmen werden kann" (Bröckling 2008: 44).

Wir werden die brauchen, schlicht und einfach, für das Funktionieren dieses Staates. (SRL_16)

Die Prävention ist Bestandteil der modernen Risikokalkulation und treibt die Produktion und Verwaltung einer durch statistische Faktoren aufbereiteten Bevölkerung gegenwärtig maßgeblich mit voran. Mit der Analyse der Aussagen des Präventionsdiskurses kann der Zusammenhang zwischen Risikokalkulation und Bevölkerung weiter differenziert werden. So hat die Einflussnahme der Prävention auf die Größe der Bevölkerung drei Dimensionen, die ich im Folgenden ausführe: eine Wissen generierende, eine steuernd-sortierende und eine legitimatorische Dimension.

Die Prävention ist erstens gegenwärtig eine der produktivsten demographischen Wissensproduzentinnen innerhalb der Kriminalpolitik. Techniken der Risikokalkulation haben durch die Objektivierung sozialer Phänomene die Größe der Bevölkerung mit hervor gebracht. Mit der zunehmenden Bedeutung des Risikos steigt auch die Nachfrage nach Parametern, mit denen es im Zaum gehalten werden kann. Für die unaufhörliche Vervielfältigung des Risikowissens bietet die Prävention die logische Begründung, denn „wer vorbeugen will, weiß nie genug" (Bröckling 2008: 43).

> Was wissen wir und was wollen wir eigentlich wissen und was fangen wir mit dem Wissen an? Und das ist ein Thema auch für uns heute, welche Sicherheit wollen wir? (E_34)

Die Prävention etabliert sich in der Kriminalpolitik als ein Mechanismus, der stets neues Wissen einfordert. Sie identifiziert und produziert neue Risiken, denen dann wieder durch neue Präventionsstrategien vorgebeugt werden muss (vgl. Lemke 2000: 35 f.). Die rationalistische „Träumerei von der absoluten Kontrolle über den Zufall“ und der „Mythos einer vollkommenen Ausschaltung des Risikos“ (Castel 1983: 62) befördert eine Fülle von neuen Risiken, die als Zielscheibe präventiver Interventionen dienen. Ziel ist die perfekte Prävention „die sowohl Repression als auch Fürsorge überflüssig machen würde“ (ebd.: 70). Durch die Prävention wissen wir, was gut ist, ohne dass wir es kennen lernen müssen.

Dem unerschöpflichen Prozess der Vermessung von Bevölkerung vermag die Prävention mit der Kriminalität(-srate) einen weiteren Faktor hinzuzufügen. So forciert sie den Prozess, Menschen hinsichtlich ihrer Abweichung von Normgrößen sortieren zu können. Die Qualität menschlichen Zusammenlebens bemisst sich dann an der spezifischen Zusammensetzung kriminalstatistischer Merkmale:

> Seit den ersten Schritten in der Kommunalen Kriminalprävention sind rund acht Jahre vergangen. Acht Jahre, in denen sich die Kriminalitätsbelastung für die Bürgerinnen und Bürger beständig verringert hat. Seit 1993 verzeichnen wir einen Rückgang um fast zwölf Prozent auf 5.389 Straftaten pro 100.000 Einwohner. Zum siebten Mal in Folge ist Baden-Württemberg das sicherste Bundesland und damit „Musterländle“ auch in Sachen Sicherheit. (E_11)

Die Prävention macht ein Wissen um Kriminalität hegemonial, das sich aus Erhebungen, Beobachtungen und Kalkulationen generiert. Die komplexen gesellschaftlichen Phänomene der Kriminalität und des Sicherheitsgefühls werden im Präventionsdiskurs in quantitative Aussagen übersetzt, zu statistischen Faktoren aufbereitet und deren Einfluss auf Menschen in Zahlen ausgedrückt. Was Sicherheit heißt, bemisst sich dann an abstrakten Daten. Geht die statistisch ermittelte Kriminalitätsrate zurück (wie im obigen Zitat), kann die Bevölkerung gleichermaßen einen Zugewinn an Sicherheit verzeichnen. In dieser Logik existiert die Kategorie Sicherheit nicht für Individuen, sondern immer nur für Populationen. Sicher sind wir als Bundesland, aufbereitet als Konglomerat statistischer Faktoren, nicht als konkreter Mensch.

Wie das wahre Leben so ist, es passiert trotzdem etwas. Und na klar, wird dadurch schon mal helle deutlich, dass es eine vollständige Sicherheit nicht geben kann, sondern wir immer nur eine relative Sicherheit haben können. (D_09)

Mit der Prävention geht eine spezifische Bezugnahme auf das Subjekt einher. Prävention entwickelt ihr Wissen nicht vorrangig in der Auseinandersetzung mit Individuen, sondern aus statistischen Korrelationen. Kriminologische Vorstellungen vom Individuum als Träger einer Bedrohung werden abgelöst durch Populationen, die aus der Kombination abstrakter, generell risikoträchtiger Faktoren geschaffen und gesteuert werden (vgl. Castel 1983: 51). Der Mensch tritt in dieser Perspektive in „Gestalt eines wandelnden Risikos" (Schulz und Wambach 1983: 8) auf und wird zum Objekt von Sicherheitskalkulationen. Wir werden zusammengefasst zu „Hochrisikofamilien" (F_04) und sortiert hinsichtlich unseres „Risikoprofils" (F_04).

Moderne Zeiten sind auch unsichere Zeiten. Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und aktuelle Entwicklungen bringen Chancen, aber auch Risiken, produzieren Gewinner, aber auch Verlierer. So war im Jahr 2005 rund ein Viertel (26%) der deutschen Bevölkerung vom Risiko der Einkommensarmut betroffen, durch sozial- und familienpolitische Transferleistungen konnte dieses Risiko auf 13% gesenkt werden. In diesen unsicheren Zeiten leistet Kriminalprävention einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zu sozialer Teilhabe, Integration und Solidarität. Kriminalprävention, das sind nicht nur Strategien, Programme und Maßnahmen zur Verhinderung und Verminderung von Kriminalität. Kriminalprävention bedeutet auch, wo immer dies möglich ist: Ausgrenzung vermeiden und Integration fördern! (E_63)

Mithilfe von Wahrscheinlichkeitsberechnungen bringt die Prävention uns als Datensatz hervor und klassifiziert uns zum Zweck der Kriminalitätskontrolle hinsichtlich unterschiedlicher Niveaus der Abweichung (vgl. Krasmann 2000: 196). Im letzten Zitat sortiert sie uns hinsichtlich der Abweichung von Normaleinkommen in Gewinner_innen und Verlierer_innen und leitet daraus unspezifischen Präventionsbedarf ab. Die Prävention verortet in diesem Fall die Kriminalität bei der sozialen Kategorie der Einkommensarmut (vgl. Cremer-Schäfer 1997). Sie sortiert in reich und arm und zeigt uns einmal mehr auf, dass von den „Armen" Gefahr ausgeht (vgl. Cremer-Schäfer 2007: 173). Mit dem unterstellten Zusammenhang von Einkommensarmut und Präventionsbedarf (re-)produziert die Prävention ein „differenzielles Kalkül der Gefahren, das die Unterscheidung von ‚gefährdeten' und ‚gefährlichen' Individuen und Klassen erlaubt" (Lemke 2000: 35). Aus der mit dieser Unterscheidung einhergehenden Demonstration

von Überlegenheit lässt sich Prävention dann auch als Moral-Erziehung der einkommensschwachen Bevölkerung durchsetzen (vgl. Cremer-Schäfer 2007: 175 f.).

Sie ist zweitens auch Steuerungsinstrument, das sein Wissen auf die Größe der Bevölkerung strategisch anwendet. Indem sie zum einen Kriminalität und Sicherheit in die Berechnung von Populationen einflechtet und sich zum anderen als deren wirkungsvolle Regulierungsgröße anbietet, kann sie sich als entscheidender Mechanismus der Steuerung und Sortierung von Bevölkerung entwerfen. Denn wenn die Prävention plausibel machen kann, dass die Regulation der durch sie mit erzeugten Kriminalitätsfaktoren maßgeblich zur Funktionsfähigkeit von Bevölkerung beiträgt, dann braucht die Bevölkerungspolitik auch ein Instrument, das diesen Faktor im Gleichgewicht zu halten vermag. In diese Position drängt die Prävention in den letzten Jahren sehr erfolgreich, erfolgreicher noch als ihre repressive Schwester.

Repressive Maßnahmen allein, wie sie oft schnell und vermehrt von Bürgern, aber auch einzelnen Vertretern der Politik gefordert werden, können Kriminalität nicht aus der Welt schaffen. Denn nicht die Ursachen, sondern nur deren Symptome können durch Repression erreicht werden. Staatliche Sanktionen packen das Übel eben nicht an der Wurzel. Wenn auch die Kriminalität nicht vollends unterbunden werden kann, so kann doch das Ausmaß von Kriminalität in vielen Lebensbereichen zurückgedrängt und verringert werden. Prävention kann Kriminalität nicht abschaffen; Prävention kann aber sehr wohl Straftaten nicht geschehen lassen und Opfer schützen. Je weniger Straftaten geschehen, umso sicherer fühlen sich die Bürger. Allerdings sind Straftaten, zu denen es nicht kommt, kaum wahrzunehmen und so bleibt erfolgreiche Präventionsarbeit konkret weitestgehend unsichtbar. (E_06)

Prävention präsentiert sich als eine kalkulierende Wissenschaft, wohl wissend um die Unmöglichkeit der vollständigen Vorbeugung von Kriminalität im Sinne des Risikomanagements. Als Steuerungsinstrument ist sie gar nicht bestrebt, Kriminalität gänzlich abzuschaffen. Vielmehr versucht sie, die Kriminalität und ihre Wahrnehmung in einem für das Funktionieren der Gesamtbevölkerung erträglichen Maß zu halten. Bevölkerung durch Prävention verwalten meint dann, die zuvor durch Konvention bestimmten Normgrößen einzuhalten.

Neben der Bezugnahme auf Bevölkerung in der Wissen generierenden und der steuernd-sortierenden Dimension berührt die Prävention die Bevölkerung in einer dritten Weise. Sie belegt ihre Erfolge mit statistischen Kennzahlen über Bevölkerung. Je nach Ausprägung der Statistik geht sie allerdings unterschiedlich vor. Kann sie Zahlen vorweisen, die in einem Vergleichszeitraum gesunken

sind, ist die Überzeugungsarbeit vergleichsweise einfach zu leisten. Prävention zieht dann den einfachen Schluss, dass gleichbleibende oder sinkende Zahlen an Straftaten hinreichend für den Erfolg von Prävention stehen:

> Wir dürfen uns freuen, dass Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität auf weite Strecken im Anstieg seit der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert nachlässt, sogar mitunter in einen mehr deutlichen oder merklichen Rückgang umgeschlagen ist. Hoffen wir, dass dies anhält. Und seien wir stolz, wenn uns außer unserer täglichen Erfahrung auch die Ergebnisse solider Evaluationsstudien davon überzeugen, dass das mit Ihnen, mit uns und mit Tausenden anderen draußen im Lande zu tun hat, also mit der erfreulich vielseitig und professionell gewordenen Präventionslandschaft. (E_61)

Positive Entwicklungen der Kriminalstatistik werden als Effekt gelungener Prävention ausgedeutet. Die Bezugnahme auf Instrumente der quantitativen Wissenschaft leistet, dass sich die Prävention als seriöse Wissenschaft präsentieren kann. Lassen sich ihre Erfolge jedoch nicht über statistische Kennzahlen und Evaluationen belegen, ist sie gezwungen, alternative Deutungen anzubieten. Dies gelingt ihr, indem sie mehr präventive Anstrengungen fordert. Übernimmt die Statistik im ersten Fall die Funktion, Erfolge zu belegen, dient sie im zweiten Fall zur Rechtfertigung weiterer präventiver Interventionen. Damit Prävention auch zukünftig eingefordert werden kann, muss die Statistik folglich immer auch hinter den Erwartungen zurück bleiben. Der Präventionsdiskurs gestaltet sich daher als ein heikles Ausbalancieren zwischen Erfolg und Investition.

> Bei einigen Deliktformen haben sich leider Ausmaß und Zahl der Straftaten noch ausgeweitet. Und auch die Kriminalität von Jugendlichen und von strafunmündigen Kindern ist insbesondere im großstädtischen Milieu erschreckend hoch. Daher dürfen wir in unseren Anstrengungen auf dem Feld der inneren Sicherheit keinesfalls nachlassen. Wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. (F_01)

Schließlich vermag die Prävention die Statistik noch in einer weiteren Variante für sich nutzbar zu machen, und zwar gerade, indem sie ihre Nutzlosigkeit herausstellt. Prävention präsentiert sich als Kritikerin quantitativer Verfahren und kehrt die Argumentation um. Sie nutzt den Verweis auf die ungenügende Aussagekraft von Statistiken als einen Beleg dafür, dass Prävention letztlich nicht messbar sei. Dies tut ihrer Notwendigkeit jedoch keinen Abbruch. Vielmehr ermöglicht die argumentative Umkehrung, dass auch eine gleichbleibende oder hohe Kriminalitätsrate zur Legitimation von Prävention beiträgt:

> Durch ihre Arbeit ist deutlich geworden, dass ein solcher Ansatz tatsächlich auch Erfolge bringt. Dies ist nicht immer leicht, denn Erfolge gewalt- und kriminalpräventiver Arbeit zu messen, ist naturgemäß sehr schwer: Nicht ausgeübte Gewalt oder nicht begangene Straftaten lassen sich eben nicht zählen. (E_04)

Egal also, welchen Zusammenhang die Prävention zur Statistik herstellt, in allen Fällen ist sie ihr zuträglich. Der präventive Glaubenssatz ist daher tautologisch. Prävention kann nie falsch sein. Selbst wenn das präventive Versprechen, Sicherheit zu gewährleisten, nicht eingelöst werden kann, scheinen präventive Misserfolge nicht die Aufgabe von, sondern ein Mehr an Prävention zu fordern (vgl. Dollinger 2006a: 150). Die Prävention bewegt sich daher geschmeidig im Wechselspiel von statistisch belegbaren Erfolgen und Irrtümern, von statistisch Erreichtem und noch zu Erreichendem. Den Widersprüchen begegnet sie gelassen und macht sie zu ihrer inhärenten Logik.

Aktivierung zur Selbstführung

Die Prävention sieht eine ihrer zentralen Aufgaben darin, in uns das Bewusstsein zu bilden, etwas tun zu wollen.

> Solches Tun erwächst nicht aus dem Nichts. Es bedarf des Anstoßes durch die Ideen und Initiativen Einzelner, die sich dem Gedanken einer gewaltfreien Lebenswelt in besonderer Weise verpflichtet fühlen. (E_14)

Die Prävention versteht sich als ein solcher Anstoß. Sie umfasst nicht nur eine auf die Zukunft gerichtete potenzielle Veränderung, sondern immer auch den Akt, die Veränderung herbeizuführen. Vorbeugen bedeutet, etwas jetzt zu tun, um etwas anderes werden zu lassen. Prävention ist daher zuallererst ein „Aktivierungsimperativ“ (Kocyba 2004: 20), ganz unabhängig von dem Ziel, auf das hin aktiviert werden soll. Wer nichts tut, kann auch nicht vorbeugen. Und umgekehrt, wer vorbeugen will, kann nicht untätig sein. Die Aktivierung von Menschen ist ein Moment gouvernementaler Führung, das im Anschluss an Foucault als maßgeblich für aktuelle Regierungstechniken angesehen werden kann. Aktivierung meint, dass: „[e]twas, das noch nicht oder nicht mehr aktiv, das passiv ist, aber aktiv sein könnte, […] durch einen Anstoß von außen aktiv gemacht, in Aktionsbereitschaft versetzt, zu Aktivität befähigt werden“ (ebd.: 18) soll. Prävention als Aufruf zum Aktiv-Werden passt sich damit optimal in die geforderte moderne Lebensweise ein, „in Bewegung zu sein“ (Bauman 2005: 37).

Aus Nichts kann keine Aktivität entstehen. Hier braucht es den präventiven Anstoß aus der Dystopie, um uns in Bewegung zu setzen. Wir sollen uns in besonderer Weise dazu aufgerufen fühlen, endlich aktiv zu werden. Das gelingt nur, wenn uns klar ist, dass wir unserem Schicksal ohne Prävention hilflos ausgeliefert sind.

Die Menschen, die in einer Stadt leben und sich mit ihr identifizieren, leiden unter Kriminalitätsfurcht und unter den Folgen der Verbrechen und Vergehen, die Ihnen zugefügt werden und die sie häufig in Zusammenhang mit Gewaltausübung – in der Wohnung, auf der Straße, in der Schule, im Wohnumfeld erdulden. Sie rufen nach Schutz und um Hilfe. Sie wollen ihre Ängste verlieren. (E_01)

Prävention bestimmt uns als machtlos (vgl. Bröckling 2004a: 57) und nimmt uns vorrausschauend die Handlungsfähigkeit. Sie führt uns die Passivität unseres Lebens vor Augen und die Konsequenzen hieraus. Sie konfrontiert uns in Bildern des vermeintlich Alltäglichen mit unserer Machtlosigkeit und erzeugt ein Gefühl der Ohnmacht und der Angst, um sich anschließend als das Moment einzuführen, das uns aus dieser Hilflosigkeit befreien kann. Erst erzählt die Prävention von Menschen, die um Hilfe rufen, die erdulden müssen, weil sie Verbrechen und Gewaltausübung machtlos gegenüber stehen. Anschließend antwortet sie auf den von ihr erzeugten Hilferuf mit dem Aufruf zum Aktiv-Werden. So erreicht sie, dass wir uns als Subjekte verstehen lernen, die in ihre Situation selbstbestimmt eingreifen können. Wir sollen uns in der Möglichkeit sehen, eine Veränderung wirklich herbeiführen zu können und auch zu wollen. Die Prävention ist dazu Hilfestellung. Ihr umfassendes Angebot lässt die Menschen allerdings auch in Bringschuld stehen. Wer das präventive Angebot nicht annimmt und sich willentlich nicht aktivieren lässt, scheitert selbst verschuldet und muss auch für seine Situation die Konsequenzen tragen (vgl. Schmidt-Semisch 2004: 224).

Deshalb liegt es im Interesse jedes Einzelnen, aktiv zu seinem Schutze beizutragen. Kommunale Kriminalprävention bietet die Chance, die soziale Verantwortung und Ordnung im öffentlichen Leben wieder mehr in den Vordergrund zu stellen. Gerade in unserer Zeit wird deutlich, dass Sicherheit von staatlichen oder kommunalen Sicherheitsbehörden allein nicht gewährleistet werden kann. Die Grenzen einer sinnvollen vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung sind dann schnell erreicht, wenn sich in unserem Gemeinwesen jeder nur noch um sein engstes Umfeld kümmert. Wenn es den Menschen gleichgültig ist, ob beim Nachbarn eingebrochen, das Auto an der Ecke aufgebrochen oder der Ausländer wegen seiner Nationalität zusammengeschlagen wird, dann wird auch jedes Präventions-

projekt es schwer haben, Erfolge zu erzielen. Das Ergebnis lokaler Präventionsaktivitäten hängt deshalb ganz entschieden von der Bereitschaft jedes einzelnen Einwohners ab, sich mit den Zielen Kommunaler Kriminalprävention zu identifizieren, das eigene Verhalten unter diesem Aspekt selbstkritisch zu reflektieren und gegebenenfalls entsprechend zu ändern. Jeder Einzelne kann und soll dazu beitragen, den Gemeinsinn und das Wir-Gefühl in unserer schönen Stadt zu stärken, um dadurch das Rechtsbewusstsein zu fördern und letztendlich soziale Strukturen zu schaffen, die kriminalitätsverhütend wirken. (G_02)

Prävention leistet einer Verlagerung von sozialer Sicherheit hin zu persönlicher Sicherheit Vorschub (vgl. Ziegler 2001: 16). Ist Prävention erfolgreich, erfährt das Individuum die an es herangetragenen Erwartungen als selbstgewollt. So vervielfältigen sich „die Anforderungen an die Individuen, sich die notwendigen Risikoinformationen auch zu beschaffen und in Präventionsmaßnahmen umzusetzen“ (Schmidt-Semisch 2004: 224). Wer fördert, darf auch fordern. Das Individuum soll zu seinem persönlichen Risiko-Manager werden. Fördern und Fordern, das heißt, auch nur derjenige erhält Unterstützung, der bereit ist, etwas zu investieren, sich aktiv einzubringen. Sicherheit gibt es nur, wenn wir auch selbst einen Beitrag dazu leisten. Dieser Beitrag heißt Vorbeugen. Prävention betreiben ist die Voraussetzung dafür, Schutz auch einfordern zu dürfen.

Die aufnehmende Gesellschaft darf und muss verlangen, dass Zuwanderer sich aktiv bemühen, bestimmte Regeln und Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, kennen zu lernen und zu akzeptieren. (F_07)

Die Aufforderung zum Aktiv-Werden ist charakteristisch für den „aktivierenden“ Sozialstaat. Hier gilt, dass (soziale) Sicherheit nicht mehr ohne eine entsprechende Gegenleistung garantiert wird (vgl. Butterwegge, Lösch und Ptak 2008: 182 ff.; Dollinger 2006b: 9). Nur wer glaubhaft machen kann, Prävention gewissenhaft betrieben zu haben, Eigeninitiative ergriffen zu haben, seinen Zustand durch „individualistisch-managerielle“ (Dollinger 2006b: 9) Anstrengung erreicht zu haben, kann sich der Unterstützung von außen sicher sein. Aktive Vorbeugung von Risiken avanciert so zu einem „moralischen Imperativ“ (Bröckling 2004b: 214), etwas tun zu müssen. Sie sortiert uns nach demographischen Merkmalen, nimmt uns aber individualisierend in die Pflicht, aus unserem Leben das Beste zu machen. Wir werden als Ganzes verwaltet, haben aber nur als Einzelne die Möglichkeit, Unterstützung einzufordern. Es sind unsere demographischen Merkmale, die ein Problem provozieren, aber unsere individuellen Leistungen, die darüber entscheiden, ob wir es lösen können.

Mit dem Aufruf zum Aktiv-Werden vermittelt die Prävention, dass eine alternative Form von Kriminalpolitik jenseits von Disziplin und Repression möglich sei. Bestehende Herrschaftsstrukturen sind durch ihre Verbreitung jedoch nicht verschwunden, sondern haben ihr Erscheinungsbild und ihre Techniken verändert. So lässt sich die „Ersetzung der Justiz“ durch präventive Erziehung „ebenso als Ausweitung der Justiz, als Verfeinerung ihrer Verfahren und als unendliche Verzweigung ihrer Macht lesen“ (Donzelot 1980 [1977]: 110). Präventive Führung artikuliert sich nicht vorrangig über Disziplinierung, sondern indem wir darin angeleitet werden, uns als selbstverantwortlich für unsere Sicherheit zu begreifen.

Also ich denke, zuerst müssen sie selber aktiv werden. Man kann nicht erwarten, dass immer nur alles von außen kommt. Wenn Sie ihre Handtasche richtig tragen und richtig festhalten, wird Ihnen, wird derjenige, der sie Ihnen wegnehmen wollte, schon wesentlich, naja, wie soll ich sagen, vorsichtiger werden. Also ich denke, es kann nur so sein, dass wir gemeinsam etwas für die Sicherheit tun. (D_04)

Mit dem Moment der Aktivierung arbeitet die Prävention daran mit, den Menschen aus der fürsorglichen Belagerung des Wohlfahrtsstaates in die Freiheit der Selbstsorge zu entlassen; der aktivierende Staat mutet uns zu, unsere Lebensrisiken eigenverantwortlich zu „managen“ (Bröckling 2004b: 214). Insbesondere Präventionsstrategien, welche die Ursache für abweichendes Verhalten beim Individuum sehen und dementsprechend die Befähigung des Einzelnen anstreben, auf strukturelle Bedingungen mit adäquatem Verhalten im Rahmen eines vorgegebenen Normenkontextes zu reagieren, schreiben auch die Verantwortung für abweichendes Verhalten dem Individuum zu (vgl. Schmitt 2008: 233). Das eigene Handeln erscheint dann dafür verantwortlich, ob ein Risiko eintritt oder nicht, ob man sich sicher fühlen darf oder nicht. Die Anweisung zur Verantwortungsübernahme ist u. a. von Krasmann (vgl. 2000: 198) als Strategie der Responsibilisierung beschrieben worden, als Mobilisierung unter dem Signum von Eigenverantwortung, Eigenständigkeit und Eigeninitiative. Durch die Praxis der Aktivierung werden wir unser eigenes Risiko: Wir stehen in der Verantwortung, uns zu Objekten der Risikokalkulation zu machen und uns selbst als Risikofaktoren hervorzubringen (vgl. Dollinger 2006a: 152). Die Prävention verortet somit die Risikoquelle bei dem sich verhaltenden Menschen und kann im Falle des Schadenseintritts auch die Verantwortung dem individuellen Menschen aufbürden (vgl. Frehsee 2001: 52).

Über das Moment der Aktivierung stellt die Prävention nicht nur die Forderung, Verantwortung zu übernehmen, sondern kommt auch zu einer moralischen Bewertung. Wer nichts tut, macht sich schuldig.

> Wenn ich nun den Titel der heutigen Tagung „Kriminalprävention jetzt oder nach uns die Sünd-Flut" anschaue, dann spreche ich in diesem Zusammenhang doch mal gleich zwei Sünden an. Die Sünde des Straftäters, der unsere gemeinschaftliche Ordnung verletzt, und die Unterlassungssünden derer, die diesen ersten Sündenfall nicht verhindert haben. (E_25)

Nichtstun ist nicht nur nichts, sondern sündiges Nichtstun. Der Präventionsdiskurs vollzieht den Schluss von Handlungen auf Personen. Wenn Prävention grundsätzlich gut ist, dann ist auch die Person, die vorbeugt, prinzipiell ein guter Mensch. Entscheidender ist jedoch die Umkehrung. Wenn kein Handeln schlechtes Handeln ist, dann ist auch die Person, die nichts tut, schlecht. Prävention gewichtet folglich fehlende Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit an der Sicherheitsgewährleistung als moralisches Vergehen und daraus folgernd den passiven Menschen als Täter. Paradoxerweise als einen Täter, der nichts tut. Nichtstun erhält die moralische Bedeutung der Sünde. Sünde ist nicht nur die kriminelle Tat, sondern die Unterlassung ihrer Vorbeugung eine sündhafte Verletzung der gemeinschaftlichen Ordnung. Der Passive macht sich folglich gegenüber der ganzen Gesellschaft schuldig, nicht nur unbrauchbar. Für die Kriminalprävention ist produktives Leben nur aktiviertes Leben, Menschen sind nur gute Menschen, wenn sie sich als Handelnde anrufen lassen. Die Prävention spricht uns als schlechte Menschen an, die durch sie geläutert werden und entlässt uns als gute Menschen. Mittels ihrer Moralisierungen präsentiert sie sich als Ausweg aus der Schuld des Nichtstuns.

Prävention ist besonders effektiv, wenn wir uns aus freien Stücken auf sie einlassen.

> Prävention kann nicht von oben nach unten verordnet werden. Prävention wächst in umgekehrter Richtung von unten nach oben. Die Politik soll hierbei Anregung und Unterstützung geben. (E_06)

Mit dem Moment der Freiheit versetzt die Prävention uns in die Lage, uns selbstbestimmt in Situationen zu begeben und selbstständig aus ihnen zu befreien. Die eben aufgezeigte Schlussfolgerung von Aktivierung auf Verantwortung gelingt nur, wenn die Prävention sich als freiheitliches Engagement offeriert und nicht als Zwang. Nur wenn präventives Handeln einem freiwilligen Entschluss

folgt, kann auch die Konsequenz des Handelns moralisch bewertet werden. Prävention darf sich also nicht verordnen, sondern muss „tief in das Bewusstsein der Gesellschaft" (E_61) dringen. Prävention will von „unten heraus geboren" (D_08) sein, aus eigenem Willen erwachsen. Die Kriminalpolitik kann sich dann auf die Funktion der behutsamen Steuerung zurückziehen, die nur ab und an einen neuen Impuls aussenden muss.

Mit ihrem freiheitlichen Charakter passt sich die Prävention in Wirkmechanismen des Sicherheitsdispositivs ein, die mit den Begriffen der „Selbstführung" und des „Regierens aus der Distanz" bereits weiter vorne von mir beschrieben worden sind. Selbstführung ist eine zentrale Steuerungstechnik im Neoliberalismus. Im Gegensatz zur Disziplin wirkt die Selbstführung ohne Zwang: „Jeder Einzelne soll selbst wollen, was er soll" (Singelnstein und Stolle 2008: 69). Prävention wirkt am Willen des Menschen selbst und kann sich so immer aufs Neue reproduzieren. Gelingt dies, erreicht sie die Menschen viel umfangreicher als die Repression und auch solche, die bislang der Disziplinierung entkamen.

> Meine Damen und Herren, diese Befähigung, also das Empowerment sozial benachteiligter Menschen, insbesondere Kinder, zu einem selbst bestimmten, seelisch wie körperlich gesunden Leben, in dem sie alle ihre Fähigkeiten ausschöpfen können, das ist eine komplexe Aufgabe. Aber es ist auch eine unendlich lohnende Aufgabe. Also machen wir uns gemeinsam daran, die Netze dafür zu knüpfen. (F_04)

Die Kriminalprävention zeitigt sich nicht in Form von Verboten und unausweichlichem Gehorsam, sie fordert vielmehr, dass sich die Subjekte selbst therapieren, selbst führen und nicht aufhören, „über sich selbst zu reden" (Meyer-Drawe 1996: 662). Sie ist ein Projekt des sich Wiederherstellens für die Gemeinschaft und des Selbst-Verantwortlichseins für das eigene Scheitern. Aktiv sein heißt dann, permanent an sich zu arbeiten, sich leistungsfähiger zu machen, sich selbst zu optimieren. Diese Forderungen an uns verpackt der Präventionsdiskurs in Begriffen, die sich explizit auf das Selbst beziehen: *Empowerment*, Lebenskompetenz, Selbstbestimmung, Selbstverantwortung.

Aus der Selbstbefähigung, den modernen Anforderungen zu genügen, macht die Prävention ein Projekt der Emanzipation. So bedeute *Empowerment*, dass „Menschen offen und direkt an den für ihr Leben zentralen Entscheidungen partizipieren" (Etzioni 1995: 167). Das emanzipatorische Potenzial, das dieser Forderung grundsätzlich inne wohnen könnte, ist allerdings ambivalent. Indem die Prävention sich selbst als *Empowerment* konstituiert, schließt sie Widerstand aus. Gleichzeitig erlaubt ihr die Bezugnahme auf Selbstbefähigungsappelle, an unterschiedliche politische Strömungen anzuschließen und sich zu einem Ge-

meinschaftsprojekt zu machen. So setzt „[d]ie Linke […] auf Empowerment, um politischen Widerstand zu mobilisieren; Konservative erhofften sich die Stärkung von Nachbarschaften, Familien und anderen Gemeinschaften, um so die Kluft zwischen Individuum und staatlichen Megastrukturen zu überbrücken; Liberale schließlich sahen Empowerment als eine Strategie, um soziale Konflikte zu befrieden und von staatlicher Unterstützung unabhängige, ökonomisch rationale Akteure hervorzubringen“ (Bröckling 2004a: 57).

Prävention suggeriert jedem, unabhängig von seiner Überzeugung, dass er etwas an seiner Situation verändern kann, wenn er sich dazu bewegen lässt, sein Selbst auszuschöpfen. Prävention bietet dafür alles. Sie stellt Konzepte bereit, die uns unser Leben als positiv erfahren lassen; sie macht uns fit darin, die Ansprüche an modernes Leben auszuhalten; sie lernt uns an, uns als Unternehmer_innen zu begreifen und durch effizienten Einsatz unserer Ressourcen unsere Lebenswelt gewinnbringend zu gestalten. Und so gibt es in der Prävention auch …

… keine Verlierer, sondern jeder hat eine Chance, mit ins Boot zu kommen und mit in unserer Gesellschaft erfolgreich zu wirken. (E_24)

In neoliberaler Terminologie reproduziert die Prävention die Idee des *homo oeconomicus* als Unternehmer seiner selbst, „der für sich selbst sein eigenes Kapital ist, sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle“ (Foucault 2006 [1978-1979]: 314). Menschen sollen Prävention aus sich heraus als lohnende Aufgabe erfahren lernen, so dass für die Zukunft keine Unterweisung mehr notwendig ist. Jeder hat die Chance, aus seinem Leben das Beste zu machen und „produktiv mit Konflikten umzugehen“ (E_53). Argumentativ greifen solche Ökonomisierungsdiskurse zum einen auf die dem neoliberalen Denken implizite Freiheitsperspektive zurück. Sie positionieren sich als Gegenmodell zu wohlfahrtsstaatlichem Interventionismus und fordern im Zuge für mehr Freiheit weniger Staat. So sei Staatsinterventionismus immer weniger nötig und eine Epoche nie dagewesener Freiheit möglich, wenn die Lebensgestaltungsverantwortung des Einzelnen nur umfangreich aktiviert werden könne (vgl. Kessl und Krasmann 2005: 234). Zum anderen gelingt der Prävention mit der Betonung der Selbstbestimmung auch an linke Positionen der Staatskritik anzuschließen. Die Prävention ist kein ausschließlich konservativer Diskurs. Sie bedient sich an vielen Stellen, so dass alle politischen Strömungen in ihr übereinkommen.

Mit dem Moment der Selbstführung kann die Prävention außerdem die unbedingte Verpflichtung einfordern.

„Wer nichts tut, macht mit" ist was ganz Altmodisches. Wir appellieren eigentlich an das Gewissen, was uns gegeben ist und die 10 Gebote, die uns mitgegeben sind, aus unserem christlichen Selbstverständnis, aus unserem sozialen Selbstverständnis. Und wir appellieren an das Grundgesetz, das wir, denke ich, mit gutem Grund auch stolz vertreten können und müssen, nämlich die Frage: Wie stehe ich zu dem anderen? Wie ist das mit der Zivilcourage? Bin ich bereit, für den anderen einzutreten? Mich vor ihn zu stellen, um mit ihm gemeinsam das Leben zu gestalten? (E_53)

Prävention appelliert an unser Gewissen, an unser allgemeines Wissen um gut und böse. Sie präsentiert sich als modernes Differenzierungsmedium von selbstlosem, couragiertem Handeln und egoistischer Passivität. Prävention ist die neue Mitmenschlichkeit; wir wollen doch auch, dass andere für uns eintreten. Indem die Prävention das Gewissen anspricht, kann sie sich auf etwas berufen, was schon im Inneren des Menschen angelegt sei: ein in uns angelegter Willen, Bösem vorzubeugen. Der Wille müsse nur neu artikuliert werden. Und Prävention moralisiert. Mittels des Einsatzes von Begriffen der Solidarität und Zivilcourage verlangt sie, dass wir uns als füreinander verantwortlich begreifen und bereit sind, füreinander einzustehen. Als Einzelne sollen wir Verantwortung gegenüber dem Ganzen übernehmen. Die individuelle Entscheidung, zu handeln, wird zum Angelpunkt des allgemeinen Wohls. Die Zuschreibung von Verantwortung des Individuums für das Ganze bewirkt, dass wir uns noch drastischer in die Pflicht genommen fühlen sollen.

Unsere freiheitliche Ordnung lebt davon, dass die Bürger eigenverantwortlich mit Blick auf das allgemeine Wohl handeln. Freiheit und Verantwortung müssen Hand in Hand gehen. Dieser Gedanke liegt dem Freiheitsbegriff des Grundgesetzes zugrunde. Wachsende Vielfalt, Flexibilisierung, Virtualisierung und Mobilität dürfen nicht dazu führen, dass wir das Bewusstsein für das Ganze aufgeben. Wir müssen uns einen Vorrat an Gemeinsamkeit bewahren, ohne den eine Gesellschaft nicht bestehen und neue Herausforderungen nicht bewältigen kann. (F_07)

So arbeitet Prävention maßgeblich an der Herstellung eines Wir-Gefühls mit. Durch die gemeinsame Sache des Machens und der Verantwortung gelingt es, uns als Gemeinschaft entstehen zu lassen. Die Aufgabe der Kriminalprävention liegt somit nur nachrangig in der Reduktion von Kriminalität. Sie setzt vielmehr auf die kommunitaristische Idee, dass wir einem gemeinsamen Wertebewusstsein verpflichtet sind.

Die Haltung „Der Staat wird's schon richten!" ist Schnee von gestern und weicht Gott sei Dank zunehmend einer Haltung, die fragt „Was kann ich selbst dazu tun?". In unserem Land entwickelt sich mittlerweile eine großartige Kultur des Hinsehens, der Zivilcourage, der Nachbarschaftshilfe und der Aufmerksamkeit in der unmittelbaren Umgebung. (E_17)

Die Frage „Was kann ich selbst dazu tun?" steht für die intrinsische Übernahme von Verantwortung. Wer vorbeugen will, sieht sich in jeder Situation mit der Frage konfrontiert, was er selbst an der Situation ändern kann. Wer vorbeugen will, analysiert die Situation, schaut genau hin, ist aufmerksam. In dieser Logik gelingt es der Prävention, den äußeren Handlungsrahmen in einen inneren Entscheidungsspielraum umzudeuten. Wenn uns die Möglichkeit zugesprochen wird, uns für oder gegen Prävention zu entscheiden, können die „äußeren" Begebenheiten, wie ökonomische und bildungspolitische Aspekte, ausblendet bleiben. Prävention und das willentliche Nichtstun werden zu einem Akt innerer Entscheidungsfreiheit, der sich zwischen Aktivität und Gleichgültigkeit bewegt.

Nehmen wir das für uns, für uns nicht so dramatisch, und begehen wir um Gottes Willen aber nicht den pädagogischen Kardinalfehler, wenn wir den Einzelnen, oder die Einzelne vor uns haben, zu sagen, das macht ja nichts, das tun doch alle. Mit anderen Worten: In Familie, Kindergarten, Schule und Ausbildung ist Moralerziehung angesagt. Nicht durch den hochgestreckten Zeigefinger, sondern durch ruhige Korrektur, Anleitung zum Guten und, meine Damen und Herren Erwachsenen im Raume, nicht für uns, für die anderen, gutes Beispiel und Vorbild im eigenen Tun und Lassen. Normen, Normen auch des Rechts, des Polizeirechts, des Ordnungswidrigkeitenrechts, des Strafrechts und so weiter, werden, wenn ihre Gültigkeit und Regulierungskraft nicht ausleiern sollen, sie müssen stets bekräftigt werden. (E_61)

Der Erfolg der Präventionsidee liegt darin, dass sie den Menschen vermittelt, ihre Zukunft selbstgeführt optimieren zu können. Gleichzeitig erlegt die Prävention ihnen bei Versagen die Verantwortung für ihr Scheitern auf. Wer scheitert, hat nicht genügend Selbstsorge betrieben – ein „Freibrief für Mitleidslosigkeit" (Bröckling 2004b: 211), obwohl sie gleichzeitig Mitmenschlichkeit verkörpert. Die Steuerungstechnik der Selbstführung verschleiert durch ihren freiheitlichen Duktus faktische Machtverhältnisse. Sie simuliert Entscheidungsfreiheit, wo keine ist (vgl. Dollinger 2006b: 11). Als neoliberale Strategie zielt sie „auf die Konstruktion verantwortlicher Subjekte, deren moralische Qualität sich darüber bestimmt, dass sie die Kosten und Nutzen eines bestimmten Handelns in Abgrenzung zu den möglichen Handlungsalternativen rational kalkulieren. Da die Wahl der Handlungsoptionen innerhalb der neoliberalen Rationalität als Aus-

druck des freien Willens auf der Basis einer selbstbestimmten Entscheidung erscheint, sind die Folgen des Handelns dem Subjekt allein zuzurechnen und von ihm selbst zu verantworten“ (Lemke 2000: 38). Das Prinzip der Aktivierung erlegt damit auch jenen die Verantwortung zur Selbstoptimierung auf, die gerade nicht in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen (vgl. Kocyba 2004: 20). Der „moralische Imperativ“ zur Vorsorge gilt in Absehung von allen gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Die im präventiven Menschenbild angelegte Gleichzeitigkeit von Eigenverantwortlichkeit und gesellschaftlicher Determiniertheit produziert eine präventive Praxis, die grundsätzlich nur den leistungsfähigen und willigen Menschen erreicht und dem Inaktiven und Bedürftigen den Status des Wohlfahrtsbürgers mit sozialen Rechtsansprüchen nimmt (vgl. Butterwegge, Lösch und Ptak 2008: 187). Darüber klärt der Präventionsdiskurs allerdings nicht auf. So werden hier auch Lebensumstände und Situationen, auf die das Individuum keinen Einfluss hat, zum Effekt des freien Willens umgedeutet. In der Prävention kann es kein „unverschuldet“ mehr geben, da es nur ihre Anwendung ist, die aus der Schuld entlässt. Aufgabe des präventiven Diskurses muss daher sein, uns unser Tun immer wieder als freiheitliche Entscheidung zu vergegenwärtigen.

Diffusion

Prävention will, dass wir sie umfassend auf uns anwenden. Es geht ihr um viel mehr als nur darum, der Kriminalität vorzubeugen. Längst beschränkt sich die Kriminalprävention nicht mehr auf ausgewiesene Instanzen.

> Polizei, Justiz, Kommunen, Vereine und Verbände, die Wirtschaft, die Schulen, die Medien, gemeinsam müssen sie sich der Komplexität der Ursachen stellen. Sie müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass unterschiedliche Formen der Kriminalität auch ganz unterschiedliche Präventionsansätze erfordern. (F_01)

Prävention zieht die Wirkmächtigkeit aus ihrer Diffusion. In ihr verbinden sich die unterschiedlichen lokalen Instanzen zu einem Präventionskonglomerat, das vor keinem Bereich mehr zurückweicht. Die Erkenntnis, dass Kriminalität nicht durch einfache Ursache-Wirkungszusammenhänge zu erklären ist, legt die Prävention für sich aus. Wenn alles Ursache von Kriminalität sein kann, ist es nur zwangsläufig, alles zum Gegenstand präventiver Interventionen zu machen. Kriminalprävention streut. Sie vermag alle anderen Präventionsfelder in sich zu subsummieren. Weil es Ziel der Prävention ist, sich auf jede Situation anzuwen-

den, darf sie sich gerade nicht auf klar definierte Gegenstände beziehen, schon gar nicht exklusiv definiert durch das Strafrecht.

Prävention benötigt Freiräume, nur so können Strukturen von unten wachsen, sich verstetigen und in konkrete Präventionsaktivitäten münden. (E_13)

Vielmehr muss sie (auch mangels exakter juristischer Kategorien) zur Kennzeichnung ihres Gegenstands Begriffe aus der Pädagogik, der Psychologie und der Medizin entlehnen: Auffälligkeiten, Verhaltensstörungen, geringe Frustrationstoleranz, Fehlentwicklung, Aggressivität – „Nunmehr wird der Gesamtkatalog von Devianz zum Gegenstand kriminologischer Forschung und zum Gegenstand staatlicher Maßnahmen" (Reichel 1983: 92). Mit dem Begriff der Prävention gelingt es erstens, den wissenschaftlichen Diskurs um Kriminalität zu weiten und ihn nicht länger einem Expertengremium zu überlassen. Im Gegenteil arbeitet die Prävention maßgeblich daran, die Debatte um „abweichendes Verhalten" aus dem Kernbereich der kriminologischen Disziplin herauszulösen, um darunter weit mehr fassen zu können als Verhalten, das strafrechtlich verfolgt wird. So gewinnt auch in den Feldern der Sozialen Arbeit und der Jugendarbeit das Präventionskonzept seit den 1980er Jahren immer mehr an Bedeutung; nicht zuletzt deshalb, weil der strategische Einsatz des Präventionsbegriffs ermöglicht, zusätzliche Geldquellen zu erschließen (vgl. Schmitt 2008: 241) und sich aus der institutionellen Marginalisierung herauszuführen (vgl. Sturzenhecker 2000: 18).

Das heißt, sie kriegen diese Gelder nicht über den normalen Weg, sondern nur sozusagen über das Noch-Schlechter-Machen. (SRL_12)

Die Diffusion wirkt zweitens als Ausweitung der Kompetenzen beteiligter Institutionen. Indem die Polizei sich immer mehr auch für die Primärprävention zuständig fühlen soll, bei der es um Erziehungs- und Sozialisationsarbeit geht, ergeben sich Anknüpfungen an die Jugendarbeit und die Sozialpädagogik (vgl. Frehsee 2001: 58). Es verschwimmen die klaren Trennlinien zwischen der korrigierend-erziehenden Disziplinierung und sanktionierenden Sozialtechniken.

Vorgebeugt werden soll fast allem. In allen Lebenslagen, so lehrt uns die Prävention, sollen wir uns als präventives Selbst anrufen.

Ohne Frage ein weites Feld. Das Spektrum reicht sicherlich von der Verkehrs- bis zur Suchtprävention, ebenso wie von Präventionsstrategien im Gesundheitswesen bis hin dann zur Kriminalprävention, aus der traditionell heraus dieser Kongress entstanden ist. Die Einsicht wächst offensichtlich alles in allem, dass die zentralen Ziele in den verschiedenen

Präventionsfeldern nah bei einander liegen. Aber insbesondere auf den Ebenen der primären und der personenbezogenen Prävention wird es erst durch die Netzwerkbildung von Präventionsstrategien der verschiedenen Bereiche und Träger möglich, die unerwünschten Gefahren und Risiken, die wir haben, tatsächlich in den Griff zu bekommen und ihnen vorzubeugen. Und was alles bedeutet das nun für den Kongress, für den Deutschen Präventionstag in den kommenden Jahren? Wir setzen weiterhin auf qualitative und quantitative Fortentwicklung, auf Ausbau und Stärkung des Netzwerkes. Und mit Blick auf beispielsweise das Gesundheitswesen, die Suchtprävention aber auch die Bereiche Sport und andere, würde ich am liebsten oder ich sage es jetzt auch mit Worten von Humphrey Bogart, es ausdrücken. Er sagte bekanntermaßen im Film: „Das könnte der Beginn einer langen Freundschaft sein." Daraus folgt, dass sich Prävention prinzipiell auf jeden beziehen muss. Jeder und jede sind als Teilmenge von Bevölkerung, als Bürgerin und Bürger einer Stadt, eines Bundeslandes oder eines Landes dazu verpflichtet, ihren Beitrag zum Erhalt der Gesamtbevölkerung beizutragen. (E_51)

In dem Umfang, in dem es der Kriminalprävention gelingt, unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche auf ihre Logik einzuschwören und die Idee gemeinsamer Ziele wachsen zu lassen, kann die Bereitstellung funktionsfähiger Bürger_innen weiter voran gebracht werden. In der Prävention gibt es keine getrennten Interessen mehr zwischen Pädagogik, Gesundheitswesen und Kriminalpolitik. Vielmehr gilt es „die Synergien zu nutzen" (D_09). Alle sind Bestandteile der vorbeugenden Mission und verbinden sich in der Kriminalprävention freundschaftlich. Das macht es ungleich schwerer, ihr eine Absage zu erteilen. Sie wirkt subtil, ist nirgends originär auszumachen. Die enge Beziehung zur Pädagogik etwa lässt den Mechanismus sozialer erscheinen als die ihm an die Seite gestellten Programme der Sanktion und Disziplin (vgl. Maurer und Weber 2006: 12). So lässt sich auch in der Sozialen Arbeit eine „präventive Wende" beobachten (Lindner und Freund 2001: 71). Sie übernimmt immer weniger Kontrollfunktion *danach*, als vielmehr präventive Intervention *davor* und „empfiehlt sich immer mehr als die bessere Alternative, um gefährliche oder risikobehaftete Individuen oder Milieus zu kontrollieren und zu normalisieren" (Beckmann 2001: 57). Die Kriminalprävention profitiert von der „Universalisierung des Pädagogischen", von der Umstellung eines bereichsspezifischen Aufgaben-, Funktions- und Handlungsverständnis professioneller Pädagog_innen zu einer allgemeinen, alltäglichen und nicht mehr begründungspflichtigen Haltung (vgl. Maurer und Weber 2006: 16). Die in der Prävention vollzogene Verknüpfung von pädagogischen Begriffen und neoliberalen Freiheitsideologien erzeugt ein Konglomerat, das aus keiner Perspektive mehr in Frage steht. Auf Prävention können sich alle einigen.

So wird auch die Verwischung klarer Trennlinien zwischen als kriminell deklariertem und sonstigem Verhalten gezielt befördert, indem weitere Normalisierungsinstanzen in die Kriminalitätsvorsorge einbezogen werden, in denen die Kriminalprävention zunächst nicht zu erwarten wäre. Die bewusste Vermengung unterschiedlicher „Vorsorgeräume" geht so weit, dass nicht mehr zwischen Jugendarbeit, medizinischer Vorsorge und Kriminalprävention unterschieden wird, bzw. mehr noch, andere Erfahrungsräume wie die Jugendhilfe als „Zulieferer" und „Sensoren" (Peters 2000: 33) für die Kriminalitätsvorsorge in Anspruch genommen werden. Soziale Arbeit mit Kindern, die nunmehr unter dem Label Kriminalprävention firmiert, muss alle Kinder als potenziell kriminell begreifen.

Es ist ganz, ganz wichtig, dass aus all denen, vor allem aus den Kindern und Jugendlichen, gute Stuttgarterinnen und Stuttgarter werden. Und das beginnt dann-, deshalb beginnt für mich die Präventionsarbeit im Kindergarten als wichtigem Ort des sozialen Lernens, als wichtigem Ort zur Komplikationsfähigkeit [wahrscheinlich Konfliktfähigkeit gemeint] zu entwickeln. Dazu gehört ganz wesentlich auch das Erlernen der deutschen Sprache, eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber bekannterweise hat man dieses in Deutschland vernachlässigt. (E_24)

In der Konzentration auf Kinder und Jugendliche kommt die Diffusion der Kriminalprävention paradigmatisch zum Ausdruck. Vorbeugung bedeutet die Entgrenzung der Zielsetzung, der Zuständigkeiten, des Akteursspektrums, der Bearbeitungsebenen und der Lösungsstrategien (vgl. Lehne 1998: 118). Kriminalprävention wird hier zum Synonym für sozialpädagogische Handlungsfelder: soziales Lernen, Konfliktfähigkeit, Sprachkompetenz. Und zur Aufgabe der Jugendlichen. Die Adressierung an die Jugendlichen und die „politikfreie" Formulierung des präventiven Handlungsprogramms leistet, dass der strukturelle Kontext der Abweichungsproduktion ausgeblendet bleibt (vgl. Herriger 1983: 232 ff.). „Die Fokussierung auf unerwünschtes Verhalten bei Jugendlichen ersetzt dann die Auseinandersetzung mit problematischen gesellschaftlichen Verhältnissen" (Mensching 2005: 22).

Aus heutiger Sicht können wir froh sein, dass wir den oben genannten Forderungen nicht entsprochen haben, sondern uns darauf konzentriert haben, den Bereich präventiver Maßnahmen und Projekte weiter zu entwickeln. Dies geschah sowohl im Bereich der Jugendhilfe als auch im Bereich der Schule und im Freizeitbereich. Nicht, dass wir an der einen oder anderen Stelle auch sparen mussten. Insgesamt jedoch haben wir vielfältige Maßnahmen ergreifen können, um junge Menschen zu unterstützen, ihre soziale Kompetenz zu erhöhen und ihnen auf ihre Lebenswelt orientierte Hilfen anbieten zu können. Denken Sie

z. B. an die aufsuchende Jugendarbeit, an die hinausreichende Jugendarbeit, an die ambulanten Maßnahmen, Sportjugendclubs, an das Projekt der Diversionsmittler, an das Präventionsmodell Jugendfußball, an Schulstationen, Schülerclubs, Schülerwerkstätten an die vielen Konfliktlotsen und Streitschlichter an Berliner Schulen, an die vielfältigen Aktionen im Zusammenhang mit dem Sport und so weiter. Alle diese Maßnahmen haben nach meiner Überzeugung ihren Beitrag an der von mir beschriebenen Entwicklung der Delinquenz junger Menschen. (E_09)

Unter kriminalpräventivem Einfluss kehren sich die Ansprüche der Jugendarbeit um. Verstand sie ihre Aufgabe darin, die selbsttätige Aneignung der Welt durch Kinder und Jugendliche zu fördern und bezog sich hierfür auf deren Stärken, stehen durch die Präventionsorientierung nunmehr ihre Schwächen und ihr Abweichungspotenzial im Mittelpunkt (vgl. Sturzenhecker 2000: 15; Lindner und Freund 2001: 76 f.). Präventionsanstrengungen haben nicht primär die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen zum Ziel, sondern bieten ihnen auf ihre Lebenswelt orientierte Hilfen an. Was sich ändern lässt, ist die Kompetenz, mit ihrer Lebenswelt umzugehen. Prävention fordert damit eine optimierte Anpassung an häufig schlechte Lebensbedingungen (vgl. Schmitt 2008: 233).

Diffusion bedeutet grenzenlose Prävention. Wenn sämtliche räumlichen, zeitlichen und gesellschaftlichen Lebenssphären von Forderungen nach (Kriminalitäts-)Vorsorge durchdrungen werden, gelingt es ihr, uns aus der Ferne zu steuern. Mit großem Enthusiasmus erprobt die Prävention daher stets neue Formen des Regierens, integriert mal diese, mal jene Regierungskünste. Ihre umfassende Wirkung entfaltet sie aber erst, wenn sie am Körper ansetzt und Vorbeugung als körperliche und geistige Ertüchtigung definiert. Beliebte Einsatzfelder bilden daher die Musik, die Gesundheit und der Sport als Kanalisation abweichenden Verhaltens über die Formung von Körpern. Exemplarisch für Musik:

Indirekt bestätigte damit die Forschung von Bastian eine Aussage, die der frühere Innenminister Schily einmal getroffen hat: „Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit." Auch deswegen ist es nur zu begrüßen, dass zurzeit in Nordrhein-Westfalen ein breit angelegter Schulversuch anläuft. An den Grundschulen des Ruhrgebietes soll schrittweise das Konzept umgesetzt werden, dass jedes Kind im Laufe von vier Jahren ein Musikinstrument erlernt und dass überall dadurch kleine Schülerorchester entstehen. (F_06)

Exemplarisch für Sport:

Was das Jugendhaus Rödelheim anbelangt: Das ist wohl eines der geglücktesten Beispiele dafür, wie es funktionieren kann, wie Sozialpolitik funktionieren kann, gepaart mit Sportpolitik, wie wirklich Prävention funktionieren kann. Die Sportjugend Frankfurt ist neben dem Präventionsrat wirklich die wichtigste und großartigste Einrichtung, um eben präventive Arbeit zu leisten. (D_14)

Exemplarisch für Gesundheit:

Wir können uns ein solches Nebeneinander verschiedener gleich gerichteter Präventionskonzepte nicht länger leisten. Wir brauchen mehr Integration von Konzepten und Maßnahmen auf allen Ebenen. Und wenn ich alleine schaue auf die Themen Alkohol, Drogen, Tabak, Ernährung bei Kindern, wo wir im Gesundheitsbereich ansetzen, da ist das Grundprinzip zu erreichen, dass wir starke Kinder haben, innerlich starke Kinder, die andere Kompensationsmechanismen, Stressbewältigungsmechanismen erlernt haben und deshalb Nein sagen können zu diesen Themen. (F_04)

Die präventiven Machtverhältnisse wirken besonders effizient, wenn sie „materiell in die eigentliche Dichte der Körper übergehen können, ohne dass sie durch die Vorstellung der Subjekte übertragen werden müssen" (Foucault 2003b [1977]: 302). Prävention vermittelt uns, dass auf den Körper Risiken einwirken, die nur präventiv abgewendet werden können. Sie fordert uns dazu auf, unsere Körper als wehrhaftes System aufzubauen. Mit dem Zugriff auf die Körper erweitert die Prävention ihr Interventionsfeld weit über partielle räumliche, zeitliche und institutionelle Steuerungsformen. Ihr Übergang in unser Inneres ermöglicht, dass sie sich als Mikro-Macht an allen Orten und zu allen Zeiten auf die Herstellung von Sicherheit und Normalität anwenden kann.

Prävention lohnt sich mehrfach. Sie senkt die Kosten für Gesellschaft, die im Falle unseres Scheiterns anfielen und schöpft gleichzeitig mehr Gewinn aus uns, wenn andere Regulierungsmechanismen als das Strafrecht greifen können. Sie muss uns also verstehen lassen, dass wir nicht „an der Prävention – sondern durch die Prävention sparen" (E_17). Innerhalb der Kriminalpolitik präsentiert sie sich gegenüber der Repression als die zeitgenössische Variante, mit dem Mangel umzugehen. An Repression ist zwar zu sparen, durch Repression allerdings nicht. Die Prävention ist damit der Repression mit ihren „Folgekosten des Nichtstuns" (F_04) überlegen, weil sie den Mangel positiv zu wenden vermag. Diese Aussage ist in nahezu jedem Text zu finden.

Diese Art von Präventionsarbeit trägt damit auch entscheidend zur Senkung der Gesamtkosten der Prävention bei der Verbrechenskontrolle bei, für die wir als Steuerzahler gemeinsam aufzukommen haben. (E_17)

Deshalb muss ich in diesem Kreise die Bedeutung präventiver Arbeit nicht besonders betonen. Wir alle wissen, dass Prävention, dass Vorbeugen nicht nur besser, wirksamer und humaner ist, als später mit Repression gegen die Täter und mit Hilfe für die Opfer zu reagieren. Es ist auch billiger. Und dies ist ein Argument für Prävention, das wir in Zeiten knapper Kassen durchaus auch ins allgemeine Bewusstsein rücken dürfen. (E_40).

Wenn die Haftkosten bei uns 70 bis 100 € pro Tag sind, können wir auf jährliche Kosten kommen von vielleicht 30.000 €. Dafür kann man heutzutage bei uns locker einen Sozialarbeiter einstellen. Wenn es diesem einen Sozialarbeiter gelingen würde, im Lauf eines Jahres einen einzigen Intensivtäter in Lohn und Brot zu bringen und aus dem Knast herauszuhalten, hätte es sich schon finanziell gelohnt. (E_44)

Prävention legitimiert sich durch ihr Versprechen, gewünschte Effekte mit weniger Aufwand zu erzielen als repressive Maßnahmen (vgl. Bröckling 2008: 46). Gute Kriminalprävention ist daher eine Prävention, die sich finanziell lohnt, uns in Arbeit bringt, Kosten senkt, neue Arbeitsplätze schafft. Die Fragen nach der Reduzierung von Kriminalität und den Auswirkungen von Prävention auf den Menschen bleiben dabei ausgespart. Prävention ist erfolgreich, wenn sie zur Effektivierung von Bevölkerung beiträgt und den Gesamtnutzen steigert. Die Reduzierung von Kriminalität ist dabei nur Mittel zum Zweck. Was aber eigentlich genau „intelligent gespart" (E_17) wird, bleibt offen. Denn es liegt in der Natur der Sache, dass Prävention über das, was sie verhindert und ob sie überhaupt etwas verhindert, keine Aussage treffen kann. Und weiter, noch unklarer bleibt, wie etwas, dass nicht bekannt ist, in einen geldwerten Betrag übersetzt werden kann. Die Prävention ist also eine Gleichung mit vielen Unbekannten, was ihrer Glaubwürdigkeit allerdings keinen Abbruch tut. Vorbeugen meint investieren, ohne zu wissen, ob wir etwas zurückbekommen. Mit dieser Logik präsentiert sich die Prävention als zeitgemäßes Wirtschaften unter Knappheit. Ihr Vorgehen ist höchst spekulativ und mit unsicherem Ausgang. Was am Ende stehen bleibt, muss offen bleiben. Aber nur, wer etwas wagt, kann auch Gewinne abschöpfen.

Lassen Sie mich die Bilanz der Kommunalen Kriminalprävention in der Sprache der Börsianer ziehen: Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir die Kommunale Kriminalprävention mit Erfolg an die Sicherheitsbörse gebracht. Kommunale Kriminalprävention

steht heute hoch im Kurs und verfügt über ein breites Fundament, dank aller Beteiligter! Im laufenden operativen Geschäft müssen die wirksamen Netzwerke und Projekte weiter nachhaltig betrieben und intensiviert werden. Frühzeitige Investitionen bei Kindern und Jugendlichen versprechen besonders hohe Rendite. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit dieser krisenfesten Volksaktie eine langfristig gute Sicherheitsdividende einfahren werden. (E_13)

Prävention spricht eine ökonomische Sprache, die weit von den Menschen und ihren konkreten Situationen abstrahiert und den Umgang mit Sicherheit als spekulatives Geschäft betreibt. Prävention und spekulatives Wirtschaften zeigt noch eine weitere Parallele. Ihren Reiz spielt die Prävention durch ihre sich selbst verstärkende Dynamik aus, die, einmal entfesselt, kaum noch zu bremsen ist. Das „Gott sei Dank mittlerweile nicht mehr eingrenzbare Feld der Präventionsarbeit" (E_61) kennt, wie unternehmerisches Handeln, kein Ausruhen auf dem einmal Erreichten, denn „beim Vordrängen ist Innehalten schon ein Rückschritt" (Bröckling 2004c: 273). So erscheint auch die Sicherheit der Menschen im Diskurs der Prävention nicht als Selbstzweck, sondern ökonomisch motiviert. Die Prävention stellt es in den Zusammenhang ökonomischer Kriterien und lenkt Sicherheit in Standortvorteile um.

Erfolgreiche Präventionsarbeit schützt nicht nur den Einzelnen und die Gesellschaft, sondern sichert auch die Zukunftsfähigkeit unserer Städte. (E_61)

Die Anhaltung des Einzelnen zu vorbeugendem Handeln stellt sie in den Dienst, die Zukunftsfähigkeit der Städte zu sichern. Im Hinblick auf die Gesamtkalkulation begegnet sie den aus der Kriminalität entstehenden Belastungen vor dem Hintergrund, die daraus erwachsenden Kosten zu senken. Vorbeugen gilt daher nicht nur als besser denn Heilen, sondern Vorbeugen soll Heilen ersetzen.

DYSTOPIE

Im Übergang von der Utopie zur Dystopie wird das Gewollte vom Ungewollten geschieden. Während wir in der Utopie zu den Menschen bestimmt werden, die wir sein sollen, treffen wir hier auf Menschen, die das exakte Gegenteil verkörpern. Am rechten Endpunkt der utopischen Achse erreicht das Ungewollte seine höchste Dichte. Hier zeichnet die Prävention das Gegenbild einer ihr vorschwebenden Gesellschaft aus Elementen, die versagt und Schmerz erfahren haben oder sich sträuben.

Prävention ist der Blick in die Zukunft aus der Perspektive der Vergangenheit. Die dahinter liegende Logik ist an dieser Stelle recht einfach, ohne Dystopie gibt es auch keine Utopie. Denn die beiden Fraktale stehen im Verhältnis wechselseitiger Voraussetzung. Solange die Prävention Gutes tun will, kann sie nicht aufhören, das Ungewollte zu pathologisieren. Im dystopischen Fraktal werden drei Gruppen von Menschen so konstituiert, dass sie Angst und Schrecken erzeugen. Das „Andere“ des Eigenen verkörpern sie alle, aber auf ganz unterschiedliche Weise. So begegnen wir Figuren, die unsere gesellschaftliche Ordnung auf das Ärgste zu strapazieren scheinen. Es sind die Jugendlichen, die Armen und Arbeitslosen und die Ausländer_innen. Eine Spezifik der Kriminalprävention ist, nicht nur Zuschreibungen an Menschen vorzunehmen, sondern auch „kriminelle Räume“ auszuweisen. In diesem Fraktal werden wir daher auch erfahren, welche Orte wir meiden sollten. Wir werden zudem mit der Figur des Opfers vertraut gemacht, die unser Mitgefühl beansprucht und uns gleichzeitig in Sorge versetzen soll. Und schließlich kommen wir mit einigen wenigen widerspenstigen Momenten in Kontakt. Um die Notwendigkeit von Vorbeugung zu verstehen, müssen wir uns daher einlassen auf:

- Grenzfiguren,
- kriminelle Räume,
- Opfer,
- widerspenstige Momente.

Grenzfiguren

Bereits in der Utopie sind wir immer wieder dystopischen Figuren begegnet und auch auf dem weiteren Weg durch das Semiotische Viereck werden sie ständige Begleiterinnen sein. Mithin ist es an der Zeit, sie näher zu betrachten. Welche Figuren sind es also, die von der Sinnhaftigkeit der Prävention zeugen? An vielen Stellen setzt die Prävention Markierungspunkte, die uns helfen sollen, „Keime für Gewalt, Keime für Kriminalität“ (E_43) zu identifizieren. „Kriminelle Energie“ (E_37, F_07, D_05) könne etwa überall angetroffen werden, wo …

… Jugendliche, die mit frisierten Motorrädern und Mopeds wie die Irren in diesem Gebiet herumfahren. (D_14)

… es hinten und vorne nicht zum Leben reicht. (SRL_03)

… Jungen, Kinder aus Migrantenfamilien, norddeutsche Schüler und Schülerinnen sowie solche aus sozial schwachen Familien im Vergleich zu ihrer jeweiligen Gegengruppe

schon im Alter von zehn über eine erheblich größere Ausstattung mit Fernseher, Spielkonsole und Computer verfügen und deshalb von einem weit höheren und auch inhaltlich problematischeren Medienkonsum belastet sind. (F_06)

Die willkürlich wirkenden Aussagen geben bereits erste Anhaltspunkte dafür, dass der Kriminalprävention bei der Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Ordnung insbesondere drei Menschengruppen im Wege stehen. Das sind erstens die Jugendlichen, zweitens die Armen und Arbeitslosen und drittens die Ausländer_innen; jede Gruppe für sich genommen und in ihren diskursiven Verschneidungen. Begriffe wie „Jugend-Kriminalität", „Armuts-Kriminalität" oder „Ausländer-Kriminalität" schöpfen ihre Legitimation aus diversen soziologisch orientierten Kriminalitätstheorien (vgl. z. B. die Anomie- oder Kulturkonfliktstheorie bei Schwind 2009: 135 ff.). Die Bindestriche zeugen von einem Kriminalitätsverständnis, das einen ursächlichen Zusammenhang von Kriminalität und dem Status als Jugendlicher, als Arbeitsloser oder als Ausländer_in unterstellt (vgl. Jäger et al. 2002: 59). Die Ausweisung *ebendieser* Anderen durch die Kriminalprävention ist einigermaßen trivial, aber darum auch so anschlussfähig. Denn in dieser Auswahl unterscheidet sich die Prävention nicht sonderlich von anderen Herrschaftsdiskursen.

Die Kriminalprävention ist Bestandteil einer „*criminology of the other*. […] The other is concerned to demonize the criminal, to excite popular fears and hostilities, and to promote support for state punishment" (Garland 1996: 461, Hervorhebung im Original). Um sich zu behaupten, muss die Prävention danach streben, das Wissen um die Unterscheidung zwischen dem Normalen und dem Anormalen immer weiter auszubauen. „Der präventive Blick generalisiert deshalb den Verdacht und sucht Indizien aufzuspüren, die auf künftige Übel hindeuten und an denen die vorbeugenden Maßnahmen ansetzen können." (Bröckling 2008: 43) Die Erzeugung von Unsicherheit, Ängsten und Bedrohungslagen ist nicht einfach ein unintendierter Effekt von Prävention, sondern vielmehr die Bedingung, sich als gesichertes Wissen zu geben (vgl. Demirović 2008: 232 f.).

Besonders umfassend gelingt die Markierung „kriminogener Belastungsfaktor[en]" (F_06), wenn auf komplette Lebenswelten zurück gegriffen werden kann: Armut, Arbeitslosigkeit, Jugend oder Migrationshintergrund werden als „Herde der Abweichung" (Sturzenhecker 2000: 17) konstruiert.

Auf Dauer kann dies zur Herausbildung eines zahlenmäßig bedeutsamen jugendlichen Subproletariats führen, das, da es nichts zu verlieren und auf normalen Wegen auch nichts zu gewinnen hat, zum Nährboden für Gewalt und Kriminalität und zum Sammelbecken links- und rechtsextremistischer Gruppen wird. (F_01)

Die Verschneidung von Jugend mit Kriminalität ist im kriminalpräventiven Diskurs gängige Praxis. Die Prävention stößt sich grundsätzlich an Menschen, die sie in einem Übergangsstadium vermutet und bei denen man darum nicht so genau weiß, wo die Reise hingeht. Im kriminalpräventiven Diskurs werden Vorstellungen über die nachwachsende Generation reproduziert, die sich in vergleichbarer Form auch in anderen Disziplinen, etwa der Pädagogik, finden. So gelten Jugendliche „nicht mehr *grundsätzlich* als unschuldig, schutzbedürftig und erziehbar, sondern ebenso *grundsätzlich* als in Teilen bösartig, gefährlich und mit pädagogischen Maßnahmen nicht mehr zu erreichen“ (Amos 2007: 25, Hervorhebung im Original).

Ihre Arbeit gewinnt immer mehr an Bedeutung, allein wenn man die zunehmende Gewaltkriminalität von Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Schule betrachtet. Es wäre schon ein beachtlicher Erfolg, wenn es gelänge, diejenigen Jugendlichen zu erreichen, die noch für eine Ansprache empfänglich sind und sie auf diese Weise von einem Weg abzubringen, (Wort) Gewalt als ein legitimes Mittel zur Lösung von alltäglichen Problemen zu sehen. (E_24)[2]

Der kriminalpräventive Diskurs differenziert in der Regel zwei Gruppen, wenn von Kindern und Jugendlichen die Rede ist: eine gefährliche – die Jugendlichen – und eine gefährdete Gruppe – die Kinder. Die Dichotomisierung gefährlich/gefährdet ist kein neues Phänomen. Bereits in den 1950er Jahren erschienen Erziehungsratgeber mit dem Titel „Drohende Jugend – Bedrohte Jugend“ (vgl. Hahn-Dehm 2007: 120). Die beiden Pole gefährlich/drohend und gefährdet/ bedroht dienen einer Gesellschaftsdiagnose. Sie handelt von der zunehmenden Gewaltbereitschaft von Jugendlichen, von Fragen der gesellschaftlichen Zumutbarkeit, von fehlender individueller Disziplin und Moral, von einem Kontrollproblem.

Mit der diskursiven Verschränkung von Jugendlichen mit Kriminalität beteiligt sich die Prävention an der Kriminalisierung und Dämonisierung von Jugendlichen. Die Rede über „Jugend-Kriminalität“ hat den Effekt, dass Jugendliche per se als von den gängigen Normvorstellungen abweichende Menschen betrachtet werden und die Abweichung dazu negativ konnotiert ist. Sie gelten als Risi-

---

2 Die Behauptung der zunehmenden Gewaltkriminalität von Jugendlichen ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Prävention die Kriminalstatistik nach Belieben deutet. So verweisen selbst Kriminolog_innen immer wieder darauf, dass sich die Zunahme lediglich auf das Hellfeld bezieht und die Gewaltkriminalität im Dunkelfeld abnimmt (z. B. Schwind 2009: 70). Die „zunehmende Gewaltkriminalität“ ist damit schlicht eine Behauptung.

koträger, die vor sich selbst und andere vor ihnen geschützt werden müssten (vgl. Sturzenhecker 2000: 21). Dahingegen ist die Vorstellung von „Jugend als einem (kreativen) Potenzial" (Cremer-Schäfer 1997: 79) weitgehend verschwunden, bzw. exklusiv in die Figur des Kindes verschoben. Im Präventionsdiskurs wird Jugend kaum noch als Schonzeit beschrieben, sondern als risikobehaftetes Übergangsstadium. Positive Konnotationen finden sich, wenn überhaupt, nur noch in dem Reden über das schutzbedürftige Kind (vgl. ebd.). Die Figur des Kindes existiert auch im Präventionsdiskurs, jedoch nicht als dystopisches Element. Sie wird uns erst wieder im mythischen Fraktal begegnen. Denn während das Kind für das noch Unentschiedene steht und damit Hoffnungsträger ist, verkörpern Jugendlichen „the figuration of the child ‚at risk', and the specter of a wasted childhood or the child as waste" (Katz 2008: 12). In der Rede von gefährlichen Jugendlichen ist das Kind darum immer mit angelegt.

Denn recht bald werden die vernachlässigten Kinder groß, so dass sich die genannte Sünd-Flut als Folge dessen kurzfristig höchstens verdrängen lässt. (E_27)

Diese zur Schau getragene Glätte, die keine Unebenheiten, keine Makel mehr duldet, ist es, auf der immer mehr Menschen ausrutschen. Und diese sich freundlich gebende Kälte ist es, die die Hitze der Gewalt erzeugt. Daraus wächst eine unerhörte, eine ohnmächtige Wut gegen etwas, was keiner mehr so recht zu benennen vermag, am wenigsten die Jugendlichen selber. Eine Zerstörungswut, die sich nicht mehr gezielt gegen irgendeinen richtet, sondern einfach zuschlägt. Gerade dieses Motivlose, dieses scheinbar Grundlose ist das eigentlich Neue, das wirklich Beunruhigende an den jugendlichen Gewalttaten der jüngeren Vergangenheit. Dahinter steckt: Wenn ihr mich schon nicht liebt, dann sollt ihr mich wenigstens hassen. Wenn ihr mir, schwach wie ich bin, schon keine Achtung entgegenbringt, dann sollt ihr euch wenigstens vor meiner Stärke fürchten. Zur Schwäche gehört nicht nur der Schmerz darüber, unterlegen zu sein, auch die Wut darüber gehört dazu, und der Hass auf Leute, die es besser haben. (E_14)

Die Etikettierung jugendlichen Handelns als eine Zerstörungswut, die (scheinbar) grundlos zuschlägt, lässt die Suche nach der Ursache obsolet werden. Wo kein Motiv offensichtlich ist, darf ohne Begründung vorgebeugt werden. Die unterstellte Grundlosigkeit dient als beunruhigendes Moment und rechtfertigt die Entgrenzung der Präventionsarbeit. So lässt die geschickte Umkehrung des Blicks die Jugendlichen zum Gegenstand umfangreicher präventiver Interventionen werden. „The spectacles of ‚wasted youth' – which of course redound around a huge field of meanings – and youthful non-innocence (whether sexual, medicated, jaded, consumerist, criminal, violent, or otherwise) create a broad

and open-ended terrain for intervention, both material and spectacular." (Katz 2008: 14)

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist allerdings, dass sich Jugendliche in der Konsequenz von kriminellem Handeln bewusst sein müssen und wissen, dass es im Gefängnis nicht cool ist, sondern anders zugeht als in ihrer Vorstellung. Auch hier ist also für Aufklärung zu sorgen. (E_43)

Die Figur des Jugendlichen steht zum einen für den Normbruch und stellt unser „Vertrauen in die Unverbrüchlichkeit des Rechts" (Hassemer 1998: 804) auf eine harte Probe. An Jugendlichen manifestiert sich paradigmatisch die Angst vor dem Verlust der gesellschaftlichen Ordnung. Zum anderen dient ihre häufige Anrufung (und eben nicht ihre Anhörung) dazu, ein präventives Exempel zu statuieren. Die Forderung, bei Jugendlichen besonders konsequent gegen Abweichung vorgehen zu müssen, ist gleichzeitig die Versicherung dafür, dass sich die Prävention für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung einsetzt.

Während die Jugendlichen relativ ungehemmt mit kriminalisierenden Stereotypisierungen, die keiner expliziten Rechtfertigung mehr bedürfen, zu einer homogenen Gruppe geformt werden, geht die Prävention bei der Konstitution der beiden anderen Menschengruppen – den Armen und Arbeitslosen sowie den Ausländer_innen – vorsichtiger vor. Beispielsweise, indem sie die betreffenden Aussagen als Zitate verkleidet oder die Aussparung der Thematik als „ideologische Scheuklappe" degradiert.

Ich bin dafür, dass wir auch in diesem Bereich ohne ideologische Scheuklappen die Dinge beim Namen nennen. Es gibt in unserer international geprägten Gesellschaft keinen pauschalierten Ausländerhass. Es gibt aber – und das ist ein Fakt – Vorbehalte und Zurückhaltung gegenüber bestimmten Volkszugehörigen. Wenn ich Berichte aus meiner Stadt höre und die täglichen Polizeiberichte lese, ist es eben auffallend, dass viele und bestimmte Ausländer, aber auch Spätaussiedler aus Russland, Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten begehen. Dass sich damit in weiten Bevölkerungskreisen Vorbehalte aufbauen, ist verständlich. Dieser Zustand fordert uns heraus. Wir müssen weiter an der Integration arbeiten. Eine Abgrenzung oder gar Ghettoisierung verschlimmert die Entwicklung. Wir brauchen Integrationskurse, und wir brauchen vor allem finanzierte Sprachkurse, weil die deutsche Sprache die erste Stufe der Integration überhaupt ist. Das wird die erste Aufgabe eines Zuwanderungsgesetzes sein. Da hat sich das Koordinatenkreuz erheblich verschoben. Die vorrangige Aufgabe heißt also, Deutschland nicht als Zuwanderungsland fit zu machen und die Sozialversicherungssysteme und den Arbeitsmarkt bedienen, sondern

Sicherheit schaffen und Integration ermöglichen. Da wird es auch im Städtetag sicher neuen Diskussionsbedarf geben – besonders nach dem 11. September 2001. (E_12)

Und Ismael Ünsal vom Türkischen Bund sagt – und dann sind Sie auch erlöst von den vier Zitaten – einige Viertel in Kreuzberg und Neu-Kölln entwickeln sich zu Ghettos der untersten Unterschichten, aus denen auch die türkische Mittelschicht längst geflohen ist. Also, ich sag mal, wenn wir beide so etwas sagen würden, dann würden wir aber richtig Schimpfe kriegen. Aber das ist die gesellschaftliche Realität, es bilden sich Cluster. (SRL_16)

Mit der Rede über die „absoluten Unterschichtdeutschen" (SRL_03) oder die „Parallelgesellschaften" (F_02) markiert die Kriminalprävention weitere Menschengruppen, von denen eine Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung ausgehe. Gerade weil mithilfe rhetorischer Mittel eine Distanz zu stigmatisierenden Diskursen suggeriert und eine objektive Betrachtung gesellschaftlicher Problemlagen vorgegeben wird, kann die Verachtung dieser Menschen unmittelbar zur Sprache gebracht werden. Anders als bei der Konstitution von Jugend-Kriminalität, wird Armen und Ausländer_innen eine stärkere Verantwortung für den sozialen Ausschluss und die ausgemachte Abweichung zugeschrieben. Insbesondere der obere der beiden letzten Textauszüge ist ein Beleg dafür, dass die Vorbehalte gegenüber anderen Menschengruppen in deren eigenem Handeln begründet und darum als gerechtfertigt ausgewiesen werden. Während die Prävention jugendliche Abweichung zum Teil auch im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Verantwortung erfasst, fehlt diese Kontextualisierung in Aussagen zur Unterschicht und zu Ausländer_innen weitgehend. Erzählungen von „bildungsfernen Schichten" (F_04) und Migrant_innen erfassen „die Betroffenen nicht länger als passive Opfer sozialer Bedingungen, sondern als AutorInnen ihrer Geschichte und als Akteure, die ihre Situation selbst herstellen und gestalten" (Pieper 2003: 147). Arme, Arbeitslose, Aussiedler_innen und Ausländer_innen werden als handlungsfähige Subjekte dargestellt, die darum für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden können (vgl. Jäger et al. 2002: 67). Was sich unter dem Stichwort „Integration" vordergründig als ein Zugehen auf Migrant_innen und Vorgehen gegen Rassismus ausnimmt, erweist sich bei näherer Betrachtung als Überfremdungsdiskurs.

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Nord-Neukölln beträgt heute 50 Prozent. Wie gesagt, in den Schulen 80 bis 100 Prozent, in zehn bis fünfzehn Jahren wird Nord-Neukölln eine Migrantenstadt sein. Da hilft auch gar keine Politik. Da kann auch ein politischer Wechsel im Rathaus Neukölln eintreten, was ich als unkomfortabel empfinden

würde, aber gleichwohl würde es an dieser Entwicklung nichts ändern. Das ist nicht Politik, das ist Biologie. (SRL_02)

Wir haben einen wunderschönen Bauspielplatz, sogar noch relativ nah gelegen an der Wohnbebauung. Mit topographisch hervorragend angelegten Hügeln und allem Möglichen. Und das ist der Russenparkplatz in der Zwischenzeit geworden. Wir nennen das so, das ist nicht rassendiskriminierend gemeint, aber die jungen Zuwanderer, die auch wir in unserer Stadt, wie in vielen anderen Städten haben, treffen sich da besonders gerne, weil sie dort nicht eingesehen werden können mit dem, was sie tun. Ein Element, was man sicher mit einbeziehen muss in die künftigen Überlegungen, wenn es darum geht, Fehlentwicklungen von vornherein auszuschalten. (E_39)

Die Prävention konstituiert Menschen mit Migrationshintergrund als eine Gruppe, der sie machtlos gegenüber steht. Sie erfasst das „Sich-Ausbreiten“ als eine Tatsache, die insbesondere bei Migrant_innen biologisch angelegt sei. Mit der Identifizierung einer Neigung zur Abgrenzung und Ghettoisierung, erzeugt die Prävention das homogene Bild des bedrohlichen Fremden, auf den sich alle Ängste projizieren lassen und vor dem die Prävention Schutz biete. Die Prävention sortiert an anderen Stellen in „Mittelschichtsmenschen“ und „Unterschichtler“ mit je eigenen „Mittelschichtssprachen“ und „Unterschichtssprachen“ (alle SRL_16) und markiert damit eine Andersartigkeit, die kaum noch eine Kommunikation zulasse. Zusammen genommen mit mangelnder Sprachkenntnis, die immer nur in eine Richtung problematisiert wird, entsteht die Figur des kommunikationsbeschränkten Rückständigen. In biologistischen, kulturalistischen und sozialökologischen Argumentationslinien bedient die Prävention damit bereitwillig einen Überfremdungsdiskurs. Sie teilt Menschen ein in solche, die Subjekt von Sicherheit sein dürfen und in andere, die diese Sicherheit bedrohen (vgl. Meyer und Purtschert 2008: 168).

Mit den Zuweisungen von Persönlichkeitsmerkmalen an eine ganze Gruppe erfasst die Kriminalprävention Abweichung als Bestandteil eines spezifisch „anderen Kulturkreis[es]“ (F_02). Unterstellte Verhaltensweisen werden auf „kulturelle Differenzen“ (El_04) zurückgeführt und damit naturalisiert. Mit der Distinktion menschlicher Gruppen in eigen/fremd bzw. in eine „Wertordnung, die eine europäische ist“ (F_01) und eine „Machokultur“ (F_06) spielt die Prävention unter dem Signum der Sicherheit menschliche Gruppen gegeneinander aus. Das erlaubt ihr, Fragen der Kriminalität und Sicherheit als „Kulturproblem“ zu behandeln. Die Dichotomisierung ist für die Prävention zwingend, weil sie somit ihr Anliegen gegen eine „von außen“ ausgemachte Bedrohung spezifizieren kann. Prävention sortiert Menschen notwendig in Normale und Anormale

und erhebt die Normalen zur Norm. Sie ist folglich Ausdruck einer „Benennungsmacht“ (Lindenberg und Ziegler 2005: 616), die behauptet am besten zu wissen, was richtig und was falsch ist.

Ich habe hierzu ein konkretes Beispiel vor Augen: die Gemeinde Hügelsheim in der Nähe von Baden-Baden. Es lohnt sich, sich dort einmal umzuschauen und sich zu informieren. Anfang der 90er Jahre hatte Hügelsheim 2.000 Einwohner. Zehn Jahre später hatte Hügelsheim durch einen ganz starken Zuzug von vor allem Russlanddeutschen oder Deutschen aus Kasachstan 5.500 Einwohner. Zuvor waren dort die kanadischen Streitkräfte stationiert, die freiwerdenden Wohnungseinrichtungen und Gebäude hat man für die Unterbringung der Russlanddeutschen genutzt. Hügelsheim machte von Anfang an, unter Einbeziehung auch der Sozialarbeit, eine hervorragende Jugend- und damit auch Präventionsarbeit. Man muss sich vorstellen, was so ein schlagartiger Zuwachs bedeutet. Es ist ja mehr als eine Verdoppelung, ja fast eine Verdreifachung der Einwohnerzahl. Was das für Integrationsprobleme hervorruft, was da auch an jungen Menschen da ist, was da für ein aggressives Potenzial da ist, auch im Umgang mit den Einheimischen, das ist beachtlich. (F_03)

Die Prävention entdeckt bei bestimmten Menschengruppen ein „aggressives Potenzial“. Sie kennzeichnet diese insofern in diskriminierender Weise. Solche Stigmatisierungen „stehen konstitutiv im Zentrum präventiver Logiken, die zwischen Normalität und Abweichung, Gesundheit und Krankheit, risikoträchtigem und ‚normalem‘ Lebensstil, Problemgruppen und Mehrheit unterscheiden *müssen*, um einen Ansatzpunkt für ihre probabilistische Eskalationsunterstellung markieren zu können“ (Dollinger 2006a: 150 f., Hervorhebungen im Original). Auch wenn sie es selbst bestreitet, argumentiert die Prävention rassistisch, weil sie bestimmte Eigenschaften von Menschengruppen als natürliche unterstellt (vgl. Jäger et al. 2002: 60). So neigten junge Zuwanderer per se („in unserer Stadt, wie in vielen anderen Städten“, E_39) dazu, sich der Kontrolle der Mehrheitsgesellschaft aktiv zu entziehen; ein Beispiel dafür, dass die Figur des Ausländers stets negativ konnotiert ist. Eine Ausnahme hierbei bildet sein Verständnis als ökonomische Ressource, wobei der positive Aspekt sich ausschließlich aus dem Nutzen für die Mehrheitsgesellschaft ergibt und sich nicht in als positiv empfundenen Persönlichkeitsmerkmalen gründet. Die Herabwürdigung der Ausländer_innen reicht bis zur Unterstellung feindlicher Gesinnungen, die kulturessentialistisch begründet werden.

Fakt ist aber auch: Die Zuwanderer sind in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik gemessen am Bevölkerungsanteil deutlich überrepräsentiert. Um kriminellen Auffälligkeiten

entgegen zu wirken, ist es notwendig, Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen und sich zugleich intensiv um Integration zu bemühen. Solche Bemühungen müssen nicht nur in Richtung der aufnehmenden Gesellschaft erfolgen, sondern richten sich auch und gerade an die Zuwanderer bzw. Migranten. Nicht hinnehmbar ist es, wenn Zuwanderinnen und Zuwanderer insbesondere aus anderen Kulturkreisen unser Werte- und Normensystem nicht anerkennen oder diesem sogar feindlich gegenüber stehen. (F_02)

Der Präventionsdiskurs geht noch einen Schritt weiter. Er hält sich nicht mit der Frage auf, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist. Vielmehr stellt er sogleich die Frage, wie mit dem „Fakt", dass durch Einwanderung das Kriminalitätsrisiko steige, umgegangen werden muss. Wenn die Verschränkung von Kriminalität und Zuwanderung außer Frage steht, dann kann es nur noch darum gehen, die Gefahr, die von dieser Gruppe ausgeht, beherrschbar zu machen. Das meint, Zuwanderung steuern und begrenzen, Migrant_innen zur aktiven Integration auffordern, solange der „Point of no return" (SRL_16) noch nicht erreicht ist. Dass dieser „Fakt" aus einer anderen strafrechtlichen Betrachtung und Behandlung von Ausländer_innen resultiert (vgl. Narr 2000), bleibt dethematisiert.

Gefährliche Orte

Die Prävention rät zur Vorsicht gegenüber ausgewiesenen Menschengruppen. Sie nimmt uns darüber hinaus immer wieder an Orte mit, von denen eine Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung ausgehe. Zum Beispiel in die Stadt.

Die unsichere Stadt ist also auch ein soziales Konstrukt. Sie gehören, wie die amerikanischen Kriminologen sagen, zu den Modern Tales, den Legenden der Moderne. In denen aber natürlich, wie in jeder Legende, eine gehörige Portion todernste Wahrheit steckt. (E_38)

Wer lebt schon gerne in einem Stadtviertel, in welchem man Gefahr läuft, von aggressiven Bettlern oder süchtigen Junkies belästigt oder seiner Barschaft beraubt zu werden? Offene Drogenszenen und Zustände wie in Hamburg oder anderen deutschen Großstädten haben wir in Baden-Württemberg schon im Ansatz unterbunden. Herr Innenminister hat auf die Kernpunkte unserer Sicherheitsphilosophie hingewiesen. Danach kommt der Entschärfung so genannter Angstzonen, der Verhinderung von Vandalismus, der Bekämpfung örtlicher Drogenszenen und Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt und Straßenkriminalität zentrale Bedeutung zu. Entstehen hier Defizite, leidet die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, aber auch Handel und Gewerbe sind durch Umsatzrückgänge von den negativen Auswirkungen unmittelbar betroffen. (E_13)

Die Verschneidung ambivalenter Assoziationen im Stadtbegriff hat eine lange (auch wissenschaftliche) Tradition, an die sich die Kriminalprävention anhängt. Stadt gilt im Anschluss an Georg Simmel (vgl. 1903) als Erfahrungsraum von Differenz und damit gleichzeitig als Bedingung von Freiheit. In den Worten Zygmunt Baumans gesprochen, liegt das Geheimnis städtischen Glücks in der Balance, „von der Freiheit gerade so viel zu opfern, wie nötig ist, um die Qual der Unsicherheit erträglich zu machen, so daß man mit ihr leben kann" (1997: 206). Im kriminalpräventiven Diskurs fallen die Assoziationen mit dem Städtischen freilich weniger wohlwollend aus. Stadt gilt nicht primär als ein Element freiheitlicher Entfaltung, sondern vielmehr als sozialer Konfliktherd und Brutstätte des Verbrechens (vgl. Beste 2000: 20 f.). Dass die Stadt kaum als positiv konnotierter Erfahrungsraum von Differenz im Präventionsdiskurs gewürdigt, sondern als bedrohlich betrachtet wird, verdeutlicht die häufige Inanspruchnahme eines spezifisch städtischen Raums in besonderer Weise. So ist die Großwohnsiedlung Inbegriff der gefährlichen Stadt.

Die Architektur einer Stadt oder Gemeinde kann so stark kriminelle Handlungen produzieren, wenn sie auch nicht direkt dazu führt. Dies zeigt sich vor allem in Wohngebieten, so wie wir es wissen, großer Plattenbausiedlungen der Städte. (E_28)

Hot Spots, soziale Brennpunkte, kennen wir natürlich aus den Städten: Hochhaussilos, zusammenfallende Garagen statt Freizeitangebote, subkulturelle Treffen, in dem Zusammenhang unzählige Spielhallen ohne hinreichende Aufsicht, Rotlichtmilieu, Bahnhofsvorplätze, Fußballstadien als Treffpunkte von Hooligans und Rechtsradikalen, wo man abhängt und schaut, ob man irgendetwas kaputt machen kann. (E_44)

Dass die Prävention die Stadt im Allgemeinen und einige spezifische städtische Räume zu ihrem Gegenstand macht, ist kein Zufall. Ihre Aufrufungen stehen in Zusammenhang mit der zunehmenden raumbezogenen Argumentation bei der Ursachenforschung nach Kriminalität. Die Kriminalprävention steht vor dem Problem, dass sie einerseits jeden Menschen notwendig unter Verdacht stellen und als Kriminalitätsrisiko hervorbringen muss, um sich vorbehaltlos anwenden zu können. Andererseits versperrt die Totalität, mit der sie sich auf die Menschen bezieht, ein ihr explizit zugewiesenes Interventionsfeld. Ihre Handlungsfähigkeit steht in Frage. Sie benötigt folglich einen klar umrissenen Gegenstand, bei dem die Kriminalitätsursachen gleichermaßen zahlreich und gedrängt stehen. Zu diesem Gegenstand avanciert der „Ort".

Kriminalität entsteht vor Ort und wird auch dort gelebt. (E_28)

Und es zeigt sich sehr deutlich: Netzwerke vor Ort können die Praxis verändern. Sie sind dicht dran an dem Ort, wo Kriminalität entsteht und sich zuerst auswirkt. (F_04)

Der Zusammenhang zwischen Ort und Kriminalität ist im Präventionsdiskurs derart einleuchtend, dass die Frage nach der Begründung, was genau am Ort eigentlich Kriminalität entstehen lässt, ungestellt bleibt. Weil diese Beziehung so offensichtlich dethematisiert ist, lohnt sich eine nähere Betrachtung. In den zuletzt aufgeführten Aussagen wird noch nicht behauptet, dass der Ort Auslöser von Kriminalität sei, sondern dass Kriminalität hier wirksam werde. Er ist in diesem Zusammenhang nicht Ursache, sondern erst einmal Sichtbarkeitspunkt von Kriminalität. Der Ort ist der Gegenstand, an dem die Kriminalität in ein Problem der Öffentlichkeit transformiert wird, er ist unsere kriminelle Kontaktstelle. Zur Ursache von Kriminalität wird der Ort erst mit Hinweis auf seine Fähigkeit, Menschen zu versammeln.

Nun, es ist klar, Kriminalität ist untrennbar mit menschlichem Verhalten verbunden, insoweit bin ich durchaus ein Vertreter Freuds, ein Vertreter seines Lustprinzips, wenn Sie so wollen, der Mensch ist zunächst einmal sich selbst der Nächste. Je mehr Menschen auf engem Raum zusammenleben, umso größer ist das Konfliktpotential. (E_44)

Wenn der Raum erstens als etwas begriffen wird, das Menschen und Dinge aufnehmen kann und sich zweitens Aufnahmekapazität und Konfliktpotenzial linear zueinander entwickeln, dann steigt – in einfacher Schlussfolgerung – das Konfliktpotenzial mit der Dichte des Raumes. Der Mensch wird schlicht durch die Tatsache seiner praktischen Ortsgebundenheit zum potenziell Kriminellen, bzw. durch die Tatsache, dass er mit anderen Menschen zusammen einen Ort bildet. Entscheidend für das Ausmaß des Kriminalitätsrisikos ist dann, in welchem Umfang der Raum Menschen aufnimmt. Die Kriminalprävention unterstellt eine fiktive Höchstgrenze, ab der sich ein quasi natürliches Aufnahmepotenzial des Raumes gegen den Menschen kehrt. Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht überraschend, dass sie bei städtischen Räumen enden muss. Denn die Stadt verkörpert in unserer Gesellschaft das dichte Zusammenleben schlechthin.

Ja, Essen-Katernberg ist im vornehmen Amtsdeutsch ein so genannter Stadtteil mit besonderem Handlungsbedarf. Ich spreche eher von einem geographischen Raum, der als sozial sehr problematisch gilt. *Moderator*: Das noch mal ein bisschen konkreter. Zum Beispiel Ausländeranteil, wie hoch? (D_02)

> Wir müssen eben auch erkennen, dass Probleme der Migranten, die auch bei uns sind, wenn die zahlenmäßig zu sehr konzentriert unmittelbar (Wort), dass es doch Probleme mit der Sicherheit geben kann, untereinander innerhalb dieser Gruppe, aber auch nach außen. (E_24)

Die Andersartigkeit der ausgewiesenen Orte untermauert der Präventionsdiskurs, indem er sie mit jenen „verworfenen Wesen" (Krasmann und Opitz 2007: 140) füllt, die wir bereits kennen gelernt haben: mit Migrant_innen, Jugendlichen, Armen und Arbeitslosen. Das Problem ist vor diesem Hintergrund leicht zu bestimmen. Raum ist für die Prävention ein Behälter mit begrenzter Füllmenge.

> Wenn Sie die falschen Menschen da rein setzen, sieht das in kürzester Zeit anders aus. Egal, wie schön sie es planen. (SRL_10)

Die Konzentration auf den Ort präsentiert die Kriminalprävention als Alternative zu kriminologischen Ansätzen, welche die Ursache von Kriminalität im sich verhaltenden Individuum sehen. Sie umgeht damit die Verlegenheit, dass menschliches Verhalten kaum vorhersehbar ist. Da die unmittelbare Verwaltung des Lebens grundsätzlich problematisch ist, erscheint es ökonomisch sinnvoll, an Orten anzusetzen, an denen Leben maximal wirksam wird. Alle Orte, an denen sich „falsches" menschliches Lebens versammelt, werden dann zu Interventionspunkten. So löst die Prävention die Kriminalität von strukturellen und individuellen Bedingungen ab. Der Verweis auf den Ort hebt die Kriminalität an die Oberfläche und macht sie zu etwas Wirklichem, weil oberflächlich Wirksamem. Der Prävention gelingt es hiermit, das komplexe Phänomen der Kriminalität in eine einfache räumliche Information zu übersetzen. Sie identifiziert Kriminalität, ohne über die Sache selbst noch kommunizieren zu müssen (vgl. Hard 1993: 57 f.). Prävention ist daher heute vor allem etwas, …

> … was – ich bin gelernter Polizist – was bei uns früher verbunden war mit der Frage, man muss draußen sein und man muss zeigen, dass die Polizei vor Ort ist. (E_53)

Mit dem Verweis auf die Bedingung des Vor-Ort-Seins vollzieht der kriminalpräventive Diskurs zwei Raumabstraktionen. Erstens konstituiert er den Raum als Container, das meint als die Möglichkeit, etwas aufnehmen zu können. Es ist die räumliche Eigenschaft des Zusammenführens, die aus Menschen potenzielle Kriminelle macht. Insofern muss es Aufgabe der Kriminalprävention sein, den Prozess der Aufnahme zu kontrollieren und zu begrenzen. Diese Form der Raumproduktion führe ich im Fraktal der Außenwelt näher aus. In der Rede über

das Vor-Ort-Sein drückt sich zweitens die Konkretisierung und Verstetigung der Kriminalitätsursachen aus. Mit den „städtischen Räumen“ erschafft sich die Kriminalprävention Interventionsfelder, die einerseits allgemein genug erscheinen, um alles Mögliche in sich zu versammeln und andererseits einen begrenzenden Charakter aufweisen und damit die Kriminalprävention handlungsfähig machen. Städtische Räume werden zu Gegenständen, mit denen und gegen die die Prävention vorgehen kann. Sie sind ihr gleichermaßen Ursache und Wirkung. Denn dort, „wo ein Problem sichtbar wird, so die Unterstellung, liegen sowohl dessen Ursachen als auch die Chancen zur Problemlösung“ (Pütter 1999b: o. S.).

Mit Bezug auf den Ort wird die Prävention zu einer Wissensproduzentin über die gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Ort ist auch Symptom. So ist etwas nicht in Ordnung, wo …

… es stinkt, wo es dreckig ist und die Beleuchtung kaputt ist. (E_24)

… viele Häuser leer gezogen sind. (E_58)

… drei Jugendliche an der Straßenecke als Verunsicherung gelten für alte Leute. […] Skating, und so weiter, also Geräusch produzierende Tätigkeiten von jungen Leuten [sind]. (SRL_03)

Im kriminalpräventiven Diskurs hat sich, zusätzlich zum Container-Raum-Modell, ein weiteres Verständnis von Raum durchgesetzt, das ihn als „Registrierplatte“ für Kriminalität begreift. So betrachtet die Kriminalprävention die Gegebenheiten „vor Ort“ als hinreichende Quellenlage für die Erfassung der sozialen Verhältnisse. Noch schlichter, sie reproduziert die Botschaft, dass sich Abweichung und Kriminalität eins zu eins im Raum abbildeten. Der „Ort“ ist erster Zugang zu den sozialen Verhältnissen, da sich an ihm vermeintliche Abweichungen von gesellschaftlichen Normvorstellungen zeigen. Daraus folgt im Umkehrschluss, dass soziale Verhältnisse, die nicht örtlich wirksam werden, aus der kriminalpräventiven Erfassung heraus fallen, bzw. erst relevant werden, wenn sie örtlich wirksam werden. So bestimmt die Prävention mittels der selektiven Produktion von sozialen Verhältnissen als räumliche Verhältnisse was interventionsbedürftig sei und was nicht.

Ich will jetzt nicht näher drauf eingehen, welche Folgen beispielsweise das Ganze hat im Angst- und Vermeidungsverhalten, aber es ist belegbar, auch durch wissenschaftliche Forschung, beispielsweise durch die Broken Windows-Theorie aus dem Jahr 1982 erstmals so formuliert, dass der Kreislauf des Niedergangs an bestimmten Faktoren fest zu

machen ist, durch soziale Desorganisation letztendlich entsteht. Und das Ganze hat irgendwo seinen Ursprung im sich ausbreitenden Vandalismus, Müll, Graffiti. Eine Diskussion, die natürlich auch in bestehenden Wohngebieten geführt wird, die momentan auch in Heidelberg immer wieder geführt wird. Und diese Unordnung, Verwahrlosung lockt natürlich dann auch fremde Personen an, Personen, die nicht in die Region, oder in dieses Quartier gehören. Es macht sich mitunter dort Prostitution breit, es kommen Drogensüchtige und damit verbunden dann eben Drogenhändler. In der Folge entsteht Furcht bei den Bewohnern, die soziale Kontrolle nimmt ab, die wird letztlich nicht mehr vorhanden sein. Das Entdeckungsrisiko bei der Begehung von Straftaten wird immer geringer, bis zur Reduzierung auf null und es kommt zu einem Wegzug der normalen in Anführungszeichen Bevölkerung, die sich nicht mehr traut, aus dem Haus zu gehen, und dann haben wir diesen Teufelskreis der sozialen Desorganisation in Folge. (D_09)

Die aufgeführten Aussageereignisse machen schnell ersichtlich, welche Symptome derzeit für die Diagnose der Abweichung herhalten müssen. Es sind die bereits weiter vorne vorgestellten Zeichen der Unordnung, die Wilson und Kelling in ihrem *Broken Windows*-Aufsatz (1982) aufführen, die im Präventionsdiskurs permanent wiederholt werden. Im Präventionsdiskurs machen sich die meisten Städte zum Spiegelbild des mit *Broken Windows* beschriebenen Niedergangs. Jede Stadt kann ihren „Brennpunkt“ (z. B. E_01, E_28, D_02, D_14), ihr „Ghetto“ (z. B. F_01, D_10) und ihren „Angstraum“ (z. B. E_53, D_09) vorweisen. Wissenschaftlich belegt, diagnostizieren sie ihre ausgemachten Wohngebiete als unordentlich, desorganisiert, verwahrlost.

Dieser Prozess der Identifikation von „disorder-Phänomenen“ ist immer gleichzeitig auch ein Prozess der Unterscheidung, Homogenisierung und Sortierung. Mithilfe des diskursiven Zusammentragens von „disorder-Phänomenen“ erzeugt die Prävention die Vorstellung von bestimmten Gebieten als „quasi-biologische Milieus“ (vgl. Best und Gebhardt 2001: 59), in denen sich Ungewolltes „breit macht“ und „Normales“ verdrängt wird. Und sie weist spezifische Menschengruppen aus, die sich von Unordnung und Verwahrlosung angezogen fühlten. So entstehen Quartiere, „in denen überflüssig Gemachte räumlich konzentriert sind. In diesen Gegenden gilt, dass es ausreicht dort zu wohnen oder sich dort aufzuhalten, um als überflüssig und potentiell kriminell zu gelten und entsprechend behandelt zu werden. Mit anderen Worten werden diese Teile der Stadt *kriminalisiert*“ (Belina 2007: 227, Hervorhebung im Original).

Die Kriminalprävention verschneidet Menschengruppen mit Räumen und konstituiert so die absonderlichsten Container-Räume, die sich in ihrem Inneren homogenisierten und nach außen abschotteten, aus denen die Bevölkerung, wenn sie es denn kann, fliehe und die Übriggebliebenen sich dem Teufelskreis der

sozialen Desorganisation nicht mehr entziehen könnten. In diesen Gebieten, so erzählt sie, ist nichts mehr übrig geblieben von den städtischen Elementen freiheitlicher Entfaltung. Sie sind vielmehr das utopische Jenseits, unsere präventive Dystopie.

Opfer

Während wir zu den Grenzfiguren auf Abstand gehen sollen, rückt uns die Prävention mit einer anderen dystopischen Figur auf den Leib, mit dem Opfer. Wie die Grenzfiguren soll uns auch das Opfer in Angst und Schrecken versetzen. Allerdings auf eine völlig andere Weise. So appelliert die Prävention hiermit an unsere Empathie. Sie beansprucht das Opfer, um sich menschlich zu geben.

> Indem wir nicht schweigen und nicht wegsehen, helfen wir den Opfern psychischer Gewalt. Die Opfer psychischer Gewalt möchte ich ermutigen, ihr Leiden nicht zu verschweigen, denn sie sind es, die uns allen Wichtiges zu sagen haben. (E_56)

Das Opfer und dessen Furcht rückt seit den 1970er Jahren zunehmend ins Zentrum der kriminologischen Forschung und kriminalpolitischen Praxis und hat den Täter und seine Seele verdrängt (vgl. Walter 1995: 67). Auch im Präventionsdiskurs nimmt das Opfer eine zentrale Rolle ein. Im Zeichen des Opfers werden wir in ein spezifisches Verhältnis zur Prävention und zu uns selbst gebracht. Prävention scheint nicht länger nur aus rationalen oder ökonomischen Beweggründen sinnvoll, die in der Utopie entfaltet werden. Sie unterbereitet sich darüber hinaus als ein Einfühlungsvermögen und integriert damit ein Moment unmittelbarer Berührung in ihre Wirkungsweise, dem man sich nur schwer entziehen kann. Indem die Prävention das Schweigen des Opfers bricht und zu uns in seinem Auftrag spricht, kann sie ihrem Anliegen zusätzlich Nachdruck verleihen. So haben nicht nur die Prävention, sondern die von Kriminalität Betroffenen selbst etwas Wichtiges zu sagen. Im Namen der Opfer werden wir mit wahrhaft dystopischen Elementen konfrontiert: Gewalt, Leid, Schmerzen – tragische Erfahrungen der Vergangenheit, die wirklich stattgefunden haben. Mit ihrer Anrufung holt uns die Vergangenheit ein. Das Opfer dient als ein „lebenswirkliches ‚Das könntest auch du sein'-Metonym" (Garland 2008 [2001]: 56). Die Einfühlung geschieht insofern nicht vorrangig, um die Gefühle des Opfers zu verstehen, sondern um in uns das Bedürfnis nach Kriminalprävention auszulösen.

Mit der Bezugnahme auf das Opfer setzt die Prävention in uns ein empathisches Verstehen von Betroffenheit frei, das auf unser Handeln rückwirken soll. Das Opfer wird zu einem uns verbindenden Element und übernimmt gemein-

schaftsbildende Funktion. Denn wer „im Namen des Opfers spricht, spricht im Namen von uns allen“ (ebd.).

> Es ist Aufgabe eines jeden von uns, soweit es geht zu verhindern, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger Opfer von Straftaten werden. Für dieses Ziel lohnt sich jeder Einsatz, denn eine verhinderte Straftat erspart seelisches, vielleicht körperliches Leid und meistens auch wirtschaftliche Probleme. (E_17)

Das Opfer führt uns vor Augen, dass wir der Bedrohung durch die Kriminalität permanent ausgesetzt sind. Wir sollen ein ganz klein wenig am eigenen Leib spüren, was es bedeuten würde, der Prävention abzusagen. Die Prävention bringt uns daher dem Opfer nah – aber nicht zu nah. Denn die Anspielung auf das Opfer ist riskant. So fordert die Prävention unser Mitgefühl zu einer Figur, der wir uns doch eigentlich entledigen wollen sollen. Die Anrufung des Opfers hat daher immer einen ambivalenten Charakter: „Auf das Opfer versammeln sich projektiv die gesamten Übel, die das Gemeinwesen bedrücken.“ (Haas 2009: 27) Wenn Prävention sich als der beste Opferschutz begriffen sehen will, ist sie letztlich auch die Strategie, die uns vom Opfer „befreien“ möchte. Die Beziehung darf darum nicht zu eng werden. Wir sollen uns nicht selbst als Opfer verstehen lernen und in ein Vermeideverhalten fallen, sondern, im Gegenteil, aktiv werden. Die Betroffenen kommen infolgedessen nicht selbst zu Wort. Sie bleiben anonym, sprechen aus der Ferne, haben kein Gesicht. So stellt das „Opfer […] in gewissem Sinn einen viel repräsentativeren Charakter dar, dessen Erfahrung als allgemein und kollektiv, statt als individuell und atypisch betrachtet wird“ (Garland 2008 [2001]: 56).

> Der Zusammenhang liegt ja auf der Hand. Wer sich, wie wir, der Kriminalität aus der Opferperspektive nähert, für wen an der Kriminalität besonders die Verunsicherung, die Betroffenheit, die Schmerzen, das Leid der Opfer im Vordergrund steht, für den gilt in ganz besonderer Weise, dass die beste Straftat die ist, die verhindert werden konnte. (E_48)

Prävention, als Opferschutz begriffen, hat einen motivationalen Effekt (vgl. Karstedt 2007: 33). Das gezielte Auslösen von Emotionen ist der Prävention ein Mittel, uns zum Handeln zu aktivieren. Wir verstehen gefühlsmäßig, dass das „zum-Opfer-werden“ etwas Furchtbares ist und alles, was es verhindern kann, dann zwangsläufig gut und richtig. Die Stimme des Opfers ist uns darum auch eine Mahnung, sich über das eigene Tun und die eigenen Gefühle klar zu werden, sich zu entscheiden, auf welcher Seite wir stehen wollen. Prävention als

Opferschutz wirkt stimulierend, denn dass es zur Opfer-Werdung kam, hängt auch damit zusammen, dass wir es nicht verhindert haben. Wir tragen eine Mitschuld. Die Prävention erscheint dann als eine Form der Wiedergutmachung und Rehabilitierung unseres Versagens.

Die Frage, wo Prävention große Chancen hat, das sind Dinge, die bei Ihnen hier darzustellen sind. Besonders dankbar bin ich auch, Herr Professor Böttcher, die Frage Opferschutz als eine ganz wichtige Frage der Prävention mit darzustellen. Ich glaube, dass wir insgesamt in unserem Staat hier noch Nachholbedarf haben. Wir reden alle davon, Opferschutz geht vor Täterschutz, und in der nächsten Funktion sagen wir, der Opferanwalt ist zu teuer, während auch der 20. Gutachter für den Täter selbstverständlich vom Gericht angeordnet wird und bezahlt wird. Ich bin da nicht in einer Lage zu sagen, das machen wir anders. Ich bin auch mit meinen Vorschlägen zur Erweiterung des Opferanwalts im Kabinett am Finanzminister gescheitert. Nicht gescheitert, sondern er hat gesagt: „Das ist eine gute Idee, das machen wir dann, wenn wir mehr Geld haben." Also Sankt Nimmerlein plus zwei Jahre. Aber, dass der Opferschutz auch hier eine ganz ganz wichtige Funktion hat, will ich ausdrücklich anerkennen, und ich freue mich, dass Sie das dargestellt haben. (F_05)

Die Kriminalprävention nähert sich ihrem Gegenstand der Kriminalität und Unsicherheit immer häufiger aus der Opferperspektive und erzwingt damit eine Entscheidung. Wer einen verbesserten Opferschutz verlangt, fordert gleichzeitig die konsequente Bestrafung des Täters, wobei „für das Opfer" und „gegen den Täter" zu sein synonym verwendet werden (vgl. Ziegler 2004: 390). Mit der Dichotomisierung von Opfer und Täter (re-)produziert die Prävention zwei Figuren, die für das „Andere" stehen. Das Moment des Opfers ist jedoch ungleich produktiver. Während der Täter ganz außerhalb unseres empathischen Verstehens bleibt, kehrt die Prävention das Opfer ins Innen. Denn interessanterweise fordert die Prävention lediglich unser Mitgefühl für das Opfer und unterscheidet sich damit deutlich von den kriminalpolitischen Diskursen vergangener Jahrzehnte, bei denen noch um Verständnis für den Täter geworben wurde.

Die Opfer-Figur erfüllt darüber hinaus legitimatorische Funktion. Während beim Prinzip des wohlfahrtsstaatlichen Strafens das individuelle Opfer als eigenständige Kategorie weitgehend fehlte und seine Belange auch nicht dem öffentlichen Interesse zugeordnet wurden, werden derzeit die Interessen und Gefühle des Opfers regelmäßig beschworen, um neue Strategien der Kriminalpolitik zu bekräftigen (vgl. Garland 2008 [2001]: 52). Gleichzeitig kann damit das Misstrauen gegenüber anderen Kriminalpolitiken zum Ausdruck gebracht werden (vgl. Karstedt 2007: 35).

Insofern ist die Erkenntnis, dass Prävention Vorrang vor Repression hat, wahrlich nicht neu. Und das gilt auch für den Satz, dass der Opferschutz die wirksamste Prävention ist. Denken Sie an die Kriminalfälle Zurwehme und Schmökel. Vor dem Hintergrund der Kriminalitätszahlen und der von den Bürgern empfundenen Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls wird nicht nur in Berlin zu Recht in Frage gestellt, ob die bisherigen repressiven Maßnahmen und präventiven Strategien ausreichen. (E_06)

Heute gilt als gute Kriminalpolitik eine solche, die sich vorrangig nach dem Sicherheitsgefühl der Bürger_innen richtet. Hier kann die Prävention am meisten in die Waagschale werfen. Sie ist per definitionem dafür zuständig, Unsicherheitsgefühle gar nicht erst entstehen zu lassen und damit anderen kriminalpolitischen Strategien immer einen Schritt voraus. Vor allem, weil sie tautologisch ist: Opferschutz ist die wirksamste Prävention, Prävention ist der wirksamste Opferschutz.

Widerspenstige Momente

„Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand", hebt Foucault hervor (1983 [1976]: 116). Diesen Grundsatz auf meinen Gegenstand anwendend, müsste auch die Prävention in sich Widerstände versammeln, „mögliche, notwendige, unwahrscheinliche, spontane, wilde, einsame, abgestimmte, kriecherische, gewalttätige, unversöhnliche, kompromißbereite, interessierte oder opferbereite Widerstände, die nur im strategischen Feld der Machtbeziehungen existieren können. […] Sie sind in den Machtbeziehungen die andere Seite, das nicht wegzudenkende Gegenüber" (ebd.: 117). In diesem Sinne habe ich mich auf die Suche nach Widerstandspunkten begeben, die leise Kritik anklingen lassen. Wenn hier von Widerstand die Rede ist, muss klar sein, dass es nicht um „die kleinen Taktiken und Ausweichmanöver der Schwachen" (Hechler und Philipps 2008: 9) und als Grenzfiguren bestimmten Menschengruppen geht. Es geht auch nicht um die legitim geäußerte Kritik an der praktischen Umsetzung der Prävention, die im ersten Teil der Arbeit behandelt wurde. Was hier Beachtung erfährt, sind *dystopisch* wirkende Widerstände im Diskurs, die sich den Rationalitäten der Prävention entgegenstellen.

Ihr Aufspüren verlief notgedrungen entgegengesetzt meiner übrigen Vorgehensweise. Während die anderen Aussagen ständig an die Oberfläche traten und von sich aus auf sich aufmerksam machten, musste ich die widerspenstigen Aussagen mühsam heraussuchen. Damit ist auch gleich deutlich gemacht, dass es nur wenige sind. Das mag zum Teil der eigentümlichen Zusammenstellung meines Datenkorpus geschuldet sein. Es ist zum anderen aber auch Ausdruck der

List, mit der die Prävention den Widerspruch zu einem ihr inhärenten Element zu machen sucht. Um es gleich vorweg zu nehmen: Ich habe keine Aussage gefunden, die der Prävention grundsätzlich widerspricht. Es gab keinen Moment, in dem die Sinnhaftigkeit vorbeugenden Handelns und damit die Prävention selbst auf dem Spiel stand. Ein Mal allerdings deutete sich eine erhöhte Sensibilität für die Bedingungen an, unter denen die Prävention ihre Wirksamkeit entfaltet.

> Die Risiken der Kriminalprävention gründen sich auf Förderung einer Sicherheitshysterie, auf Bedürfnislagen, die über Kriminalität definiert werden, sowie polizeiliche Dominanz und Überschreiten rechtsstaatlicher Grenzen. (E_10)

Diese Problematisierung der Voraussetzungen ist eine einsame Aussage geblieben. Eingebettet in die Diskussion um ihre Chancen, hat die Kriminalprävention die Kritik an dieser Stelle zu ihrer Angelegenheit gemacht. Sie formuliert ihre Risiken selbst und gibt sich somit als reflexiver Diskurs. Prävention funktioniert nicht obwohl, sondern weil sie auf die ihr immanente Förderung einer Sicherheitshysterie verweist. Sie ist so erfolgreich, weil sie sich selbst als widerspenstige, teilweise gar subversive kriminalpolitische Praxis konstituiert. So macht sie sich zum Beispiel mit dem Begriff des *Empowerments* zur treibenden Kraft der Selbstbefähigung und damit auf eine ganz eigene Weise zu einer widerspenstigen Praktik. Sie hält den repressiven Strategien entgegen, dass eine andere Welt möglich sei. Sie verkörpert selbst den Widerpart zu den dystopischen Elementen, die sie erzeugt. Prävention ist somit „stets konfrontiert mit Gegenkräften, die ihre Anstrengungen unterlaufen, bremsen oder blockieren, und sie gewinnt erst in der Auseinandersetzung mit diesen Kontur" (Bröckling 2008: 45 f.). Kritik zu üben, ist demzufolge gerade kein Verrat an der Prävention, sondern die Optimierung ihrer Fortführung.[3] In dieser Verkettung werden die widerspenstigen Aussagen zum Widerstand eines sich selbst als Widerstand verstehenden Mechanismus. Wer Widerstand gegen den präventiven Fortschritt leistet, erscheint in diesem Licht rückschrittig. Auch wenn sich Widerstand regt, bleibt der alternativlose Status der Prävention unangetastet.

Und dennoch sollen hier vier widerspenstige Momente archiviert (und weniger kommentiert) werden, bevor sie wieder im Meer der Aussagen verschwim-

3 Die Schwierigkeit, Aussagen im Präventionsdiskurs als Widerstände bestimmen zu können, hängt auch mit dem Foucault'schen Blick auf die Machtbeziehungen zusammen. Foucault fasst den Widerstand in die Machtbeziehungen mit ein, so dass es schon konzeptionell nahe liegt, widerständige Praktiken als Katalysatoren für die Verbesserung der Machtmechanismen zu beschreiben (vgl. Lemke 1997: 118).

men. Sie sind auf eine Art von der Prävention vereinnahmt und rühren daher auch nicht „von irgendwelchen ganz anderen Prinzipien her, aber ebensowenig sind sie bloß trügerische Hoffnung und notwendig gebrochenes Versprechen" (Foucault 1983 [1976]: 117).

> Oft wird gesagt, also es wird sich aufgeregt über Graffiti, über Sprayen, über dieses Taggen und so an Häuserwänden und so beschwert. Doch es ist auch oft ein Zeichen von Platzangst oder einfach von Jugendlichen zu zeigen, dass sie Raum für sich haben wollen. Und nicht irgendeinen Raum, der abgelegen von der Stadt ist, wo es dann heißt, die Jugendlichen kommen dahin, dass sie ja weg sind und dort ihren ganzen bösen Energien da raus, freien Lauf lassen können und dort ihre Spraysachen, also Wände besprayen. Sondern es muss ein Platz sein, der gut zu erreichen ist, zentral, der zentral ist, was gut zu erreichen ist, mit Bus, Bahn und man nicht erst mal eine Stunde zu Fuß hinlaufen muss. […] Graffiti sollte man auch nicht als Beschädigung oder von Häuserwänden oder so sehen, sondern Graffiti ist eine Art, also ist moderne Kunst in den Augen der Jugendlichen. Es zählt als Kunst und viele regen sich auf, wenn es heißt, Graffiti ist was Schlechtes oder so. Sondern es ist einfach die Art von den Jugendlichen, sich auszudrücken. Ja, das wäre es erst mal von meiner Seite. Dankeschön. (D_09)

Diese Aussage ist ein Unikat und verdient es allein darum, festgehalten zu werden. Es gibt nur diesen einen Jugendlichen, dem in all den vielen Diskussionsforen, die ich besucht habe, das Recht eingeräumt wurde, zu sprechen. Die Kritik an der Stigmatisierung und Ausgrenzung Jugendlicher durch diesen Jugendlichen bleibt im Diskussionsverlauf folgenlos, aber irritierend.

> Eines, was mir aufgefallen ist, was nicht gesagt worden ist, ist, dass in einem demokratischen Land alle Bürger und Bürgerinnen geschützt werden sollen und Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger sein, und nicht nur für anständige Menschen, sondern auch für unanständige Menschen. Was hier bedeutet, weiß ich jetzt nicht. Ich frage sie, ob jemand sich oder wer kümmert sich um die Menschen, die in den Behörden, zum Beispiel in der Ausländerbehörde, im Ordnungsamt von Beamten und Beamtinnen psychisch terrorisiert werden? Diejenigen, die abgeschoben werden sollen, jede Woche, jede zweite Woche hingehen und von Beamten und Beamtinnen terrorisiert werden. (D_14)

Es gab einige Augenblicke, in denen die Haltung der Verachtung zur Sprache gebracht wurde, mit der die Prävention ausgemachten Menschen begegnet. Diese Aussagen sind keine Orte „der Großen Weigerung" (Foucault 1983 [1976]: 117). Vielmehr markieren sie die Prävention als ein gegenwärtiges Kräfteverhältnis ungleicher Beziehungen. Sie durchkreuzen die gängige Logik der Prävention

und setzen auf diese Weise einen kritischen Impuls. Sie zeigen, dass die Prävention die Problematisierung ihrer Vorgehensweise selbst provoziert. Im Moment scheint es so zu sein, dass die Prävention dieser kritischen Fragepraxis kompromissbereit begegnet, weil dies ihre Wirkmächtigkeit steigert.

Wenn wir hier alle sagen, „wir machen ja keine Stigmatisierung“, dann würde ich das bei dem, wie die Diskussion verlaufen ist, insofern kritisieren, weil hier permanent solche Begriffe gefallen sind wie: falsche Menschen, normales Leben, etc. Das ist eine normative Begrifflichkeit, die so eigentlich gar nicht anzuwenden ist (Wörter). Unter anderem auch reinrassige Schulen. Also, dass das überhaupt möglich ist, das zu sagen hier, finde ich hoch problematisch. (SRL_12)

Aber da hatte ich dann so Momente, wo nicht ganz sicher war, ob ich ihm folgen kann, ob die Zusammenhänge, die sie herstellen zwischen all diesen Aspekten, von denen nichts bestritten sei, ob die so tragfähig sind. Und zwei Sachen sind mir da insbesondere aufgefallen. Zum einen der Zusammenhang, den sie dargestellt haben immer, zwischen der Kultur dieser migrantischen Jugendlichen vor allen Dingen, die wir alle vor unserem geistigen Auge haben, als sie gesprochen haben, dieser Kultur und dem Umstand, dass sie eigentlich keine Arbeit finden. Da habe ich mich gefragt: Wenn die alle brav ihren Realschulabschluss machen würden, kämen dann die Headhunter der von ihnen ja auch erwähnten Neuköllner Großindustriellen, kämen die dann Schlange stehend ins Quartier und würden sagen: „Bitte fangt endlich an bei mir zu arbeiten“? Gibt es denn Arbeitsplätze für diese jungen Leute? Was haben die denn davon, ihren Realschulabschluss zu machen? Und das wissen die ja auch. Also ist es denn die Schuld der Kultur, dass sie keine Arbeit haben? Wo sind denn die Arbeitsplätze, die sie mit einer anderen Kultur hätten? Das ist die eine Verbindung, wo ich mir nicht ganz sicher war, ob ich sie tragen kann, dass die Kultur der Migranten schuld daran ist, dass sie keine Arbeit finden. (SRL_04)

Auch diese kleinen Erschütterungen im Präventionsdiskurs sind kein Anarchismus, der sich der Prävention vollkommen widersetzt. Aber sie sind der Ausdruck des Willens, „nicht um diesen Preis regiert zu werden“ (Foucault 1992 [1978]: 52, vgl. Butler 2002: 261 f.). Hier wurde sich schlicht geweigert, die Erzählungen und die Begriffe zu akzeptieren, welche die Prävention zu einem gesicherten Wissen machen. Der widerspenstigen Zähmung folgte auf dem Fuße. Die Aussagen wurden relativiert oder nicht weiter aufgegriffen.

AUSSENWELT

Mit dem Fraktal der Außenwelt fasse ich die Inanspruchnahme und präventive Modifizierung einer Reihe kleinteiliger Disziplinierungs- und Sortierungsorte zusammen. Hier erschließt sich die Prävention ihre Produktivität, „um den privaten Raum zu organisieren, die gemeinsame Zeit zu rhythmisieren, das kollektive Gedächtnis zu mobilisieren, Güter und Wissen zu produzieren und zirkulieren zu lassen, in die Sphären des Unsichtbaren zu gelangen, die Körperlichkeit neu zu erfinden, Nachbarschaft und Solidarität zu organisieren, sich um Kindheit und Alter zu kümmern, Glück und Schmerz zu pflegen" (Guattari 1992, zitiert nach Pelbart 2005: 40). Erst mit der Einflechtung in das soziale Netz mikrophysikalischer Machtverhältnisse entfaltet die präventive Wissensproduktion als Macht-Wissen-Komplex ihre ganze Wirksamkeit. In der Außenwelt versucht die Prävention all das zusammen zu führen, was ihr zuträglich ist. Sie verkoppelt die traditionellen gesellschaftlichen Normalisierungsinstanzen mit neuen Subjektivierungsweisen, sie integriert die Selbstführung in bestehende Herrschaftstechnologien (vgl. Foucault 2000: 48 ff.) und stabilisiert sich als Sozialtechnik. Im erfolgreichen Fall arbeitet sie in der Außenwelt nahezu unentdeckt an der Sortierung und Verwaltung der Bevölkerung sowie der Ausbildung des präventiven Selbst mit. Als Realisierungsort präventiver Intervention kann die Außenwelt niemals Bestandteil der präventiven Utopie werden, sondern immer nur als ihr Gegenstand im Netz der Fraktale fungieren. Orte der Außenwelt sind Voraussetzung für die Utopie, arbeiten aber gleichzeitig durch ihre Anfälligkeit für Krisen zeitweise widerständig der präventiven Utopie entgegen. Ihre Krisenanfälligkeit bedingt, dass Orte der Außenwelt immer außerhalb der Utopie bleiben müssen.

Legitimation für den lokal angesiedelten kleinteiligen Zugriff ist der Mythos der Kindheit, den ich im vierten Fraktal ausführe. Mithilfe eines lokalräumlichen Kontinuums soll das Kind auf Kurs gebracht werden und zwar bis ins kleinste Detail seiner Aktionen. Verwies das utopische Fraktal auf die Anweisung der Prävention zu diffundieren, so wird jetzt ersichtlich, wo hinein denn diffundiert werden soll: Mehr und mehr dringt die Prävention als institutionalisierte Dienstleistung in die den Kindern zugewiesenen Refugien ein. Die Normalisierung des Kindes geht die Prävention auf unterschiedlichen Ebenen an. Das Außenwelt-Fraktal ist ein gemischter Zustand aus Wissensproduktion über und Zugriff auf die daraus hervorgehenden „Orte". Wir bewegen uns daher zunächst:

– auf dem Feld der Wissensproduktion um therapeutische Orte.

Der weitere Aufbau des Fraktals orientiert sich zentrifugal an dem Radius, der um das Kind gezogen wird, ausgehend

– von der Familie,
– über die Kinderräume,
– bis hin zum Quartier.

Therapeutische Orte

Dreh- und Angelpunkt der gegenwärtigen Kriminalprävention ist der „Ort". Er ist energetische Quelle, wenn es darum geht, den präventiven Mechanismus zum Laufen zu bringen. Wer gegenwärtig seriös über Kriminalprävention spricht, lässt es nicht aus, auf die Gefahren und gleichzeitig das Potenzial des Ortes zu verweisen. Wo bis vor kurzem noch das Ideal so genannter primärer Prävention hochgehalten wurde, finden sich jetzt immer häufiger Verweise auf kriminalpolitische Alternativen.

> Man hat sich sehr stark auf soziale Ursachen beschränkt. Die räumlichen Einflüsse, die räumlich-geographischen Einflüsse, die sind bisher vernachlässigt worden. Dass wir heute hier zusammensitzen zeigt, dass man dieses Phänomen erkannt hat und dass man jetzt in der Tat solchen Gesichtspunkten größere Bedeutung beimisst als bisher. (D_08)

> Man muss halt vor Ort schauen, wie sie es gerade auch gesagt haben, man muss vor Ort, dort sind die Probleme, dort können wir dann auch Hilfe organisieren. (D_12)

> Ohne Ihr Engagement vor Ort kann wirksame Kriminalprävention nicht gestaltet und nicht umgesetzt werden. (E_06)

Auf dem zerstreuten Aussagenfeld der Prävention ist der Ort der neue Ankerpunkt. Er erdet im wahrsten Sinne des Wortes die präventive Wissensproduktion und verleiht der Prävention Erwartungssicherheit. Hier findet die Kriminalprävention all das, was bislang verhindert hat, das diffuse Phänomen der Kriminalität zu verstetigen. So hat die Entdeckung des Ortes die Kriminalprävention in den letzten Jahrzehnten maßgeblich verändert. Es ist der Ort, der den Diskurs um Kriminalitätsvorbeugung zu einem Diskurs um lokale (respektive kommunale) Kriminalprävention hat werden lassen.

Wie ich bereits im ersten Teil der Arbeit ausgeführt habe, gilt die zunehmende Bezugnahme auf den Ort als Hinweis auf einen sich in der Kriminalpolitik vollziehenden *spatial turn* (z. B. Belina 2007; Jessop 2007). Zwar ist die raumbezogene Betrachtung von Abweichung und Kriminalität seit der Entstehung der Kriminalgeographie Ausgangspunkt vielfältiger Interventionen. Die „neue" Ortsbezogenheit der Kriminalpolitik unterscheidet sich dazu jedoch in quantita-

tiver und qualitativer Hinsicht. Allein mit der Beobachtung, dass sich die Kriminalprävention auf die kommunale und subkommunale Ebene verlagert und weitere Akteure in die Vorsorge einbezieht, ist das Phänomen des Ortes nur ansatzweise erfasst. Mit der aussagenanalytischen Betrachtung möchte ich die Beziehung zwischen Ort und Kriminalpolitik differenzierter in den Blick nehmen. Denn um den Ort baut die Prävention ein verzweigtes Gerüst, das ihn zur Ursache und zum Symptom in der Dystopie, insbesondere aber zum Gegenstand der Therapie erhebt. Diese dritte Dimension ist für die Außenwelt entscheidend, weil sie die mikrophysikalischen Machtverhältnisse erfasst.

Die Kriminalprävention beteiligt sich am Geographie-Machen, indem sie eine einfache Umkehrung der Handlungsfolge vollzieht und die praktische Ortsgebundenheit zum Instrument der Steuerung macht. Wenn menschliches Verhalten sich räumlich ausdrücke, dann müsse sich über die Veränderung der räumlichen Begebenheiten im Umkehrschluss auch eine Veränderung des menschlichen Verhaltens herbeiführen lassen. Der Ort ist dann nicht nur Ursache und Symptom, sondern gleichzeitig auch mittels Prävention zu therapierender Gegenstand.

> Diese Gremien werden der grundlegenden Tatsache gerecht, dass man das Problem der Kriminalität vor Ort anpacken muss, weil hier nicht nur die Gründe ihrer Entstehung, sondern vor allem Ansatzpunkte ihrer Vermeidung liegen. (F_01)

> Und aus der damaligen Erfahrung ist natürlich bis zum heutigen Tage klar, dass man in einer Stadt, in einer Gemeinde, wesentlich besser in der Lage ist, konkrete Problemlagen zu analysieren, darauf aufbauend die richtige Diagnose anzustellen und dann dort konkret zu helfen, wo wirklich zu helfen ist, wo auch wirklich der Schuh drückt. Und genau hier liegt ja eben die Chance der kommunalen Kriminalprävention. Unerlässliche Voraussetzung ist allerdings, dass die Situation vor Ort gründlich analysiert wird, die Diagnose genau ist, spezifisch passt und erst darauf aufbauend dann die Therapie erfolgt. (F_03)

Präventive Therapie orientiert sich immer weniger am Menschen und immer mehr am allgemeinen Zustand des Ortes. Sie erfolgt extrinsisch und intrinsisch. Als intrinsisch verstehe ich die Therapie, wenn sie an den im Raum versammelten Menschen ansetzt. Prävention erfolgt intrinsisch, indem sie sich den vom Ort aufgenommenen Körpern verordnet und in den Menschen das Bedürfnis weckt, ihr Leben präventiv auszugestalten. Hierfür nimmt sie die bestehenden lokalen Normalisierungsinstanzen in Anspruch. So erscheint die Prävention zwar als lokales Projekt, das sich durch seine Einschließung weiterer Regierungsformen versichert. Sie macht sich dabei jedoch gleichzeitig auch von Verortungen unabhängig. Diese Strategien diskutiere ich in den drei folgenden Abschnitten Fami-

lie, Kinderräume und Quartier des Außenwelt-Fraktals. Als extrinsisch bezeichne ich dahingegen therapeutische Maßnahmen, die an den materiellen Gegebenheiten des Ortes Veränderungen vornehmen. Hier lassen sich drei Charakteristika differenzieren: Prävention therapiert operativ, symptomatisch und kalkuliert.

Prävention behandelt den Ort operativ, indem sie das Erscheinungsbild des Ortes manipuliert.

Mal gucken, was realistisch möglich ist, weil das ist ja zunächst eine Mischung aus Wohnungs- und Sozialpolitik, wo Leute in bestimmten Einkommensgrenzen die Möglichkeit hatten, öffentlich geförderte Wohnungen zu bekommen. Es sind ja häufig geförderte Wohnungen, da verändern sich natürlich die Möglichkeiten, steuernd einzugreifen. Überbelegung bei einem entspannten Markt, da gibt es erst mal eine freie Wohnungswahl und wer in eine Nachbarschaft von jemand anders ziehen möchte, tut das auch. Das überfordert die Integrationsfähigkeit von Hausgemeinschaften oder Quartieren, wäre bestenfalls zu regeln mit einem Wohnungsunternehmen oder den Eigentümern. Der kann es aber auch nicht alleine. Also es gibt dann Quartiere oder Viertel, wo versucht wird mit der Kooperation von verschiedenen Wohnungseigentümern zu versuchen, Ersatzangebote zu machen, zu entzerren, letztlich dann aber auch vor dem Hintergrund von Abriss. Also in dem Moment muss ich ein Management machen, wie ich Leute verteile. (D_10)

Was mache ich denn, wenn ich schon eine Ghettoisierung habe in einer Stadt mit häufig irgendwelchem Hintergrund und ich will jetzt einen weiteren Zuzug von entsprechenden Mitbürgern dort verhindern? Was tue ich städteplanerisch um das zu verhindern, um das zu entzerren? (D_10)

Diese starken Unterschiede, die sich zur sozialen Integration von türkischen Kindern im Vergleich der beiden Städte abzeichnen, sind offenkundig auch die Folge einer unterschiedlichen Verteilung der türkischen Familien in den beiden Städten. In Dortmund gibt es eine starke Konzentration der türkischen Wohnbevölkerung in bestimmten Stadtteilen mit der Folge, dass der kleine Mehmet im Kindergarten primär auf kleine Mustafas und möglicherweise Igors trifft. In Oldenburg dagegen verteilt sich die türkische Minderheit weit besser im Stadtgebiet mit der Folge, dass die kleinen Mehmets im Sandkasten primär auf Max und Moritz getroffen sind und dann schnell Deutsch lernten, zu Kindergeburtstagen eingeladen wurden und sich sozial besser integrieren konnten. (F_06)

Ziel der operativen Strategie ist es, „kritische Bevölkerungsschichten“, die „höchst inhomogen verteilt“ sind (SRL_10) qua Raumgestaltung umzuverteilen. Wenn der Raum als Fähigkeit verstanden wird, Menschen aufzunehmen, aber seine Aufnahmekapazität gleichzeitig als begrenzt gilt, dann muss es erstes Ziel

der präventiven Therapie sein, Menschen so anzuordnen, dass ein natürliches Gleichgewicht des Ortes hergestellt ist. Die Prävention greift operativ in den Ort ein, indem sie die materiellen Bedingungen derart manipuliert, dass immer nur eine begrenzte Anzahl an Menschen aufgenommen werden kann. Die Zitate verweisen beispielsweise auf gezielte Belegungspolitik oder die Strategie des Abrisses, also auf Maßnahmen, die schlichtweg einen Teil des Wohnens „wegschneiden". Beide Strategien steuern über die materiellen Voraussetzungen des Wohnens. Sie versuchen über ein Management des Wohnraums sicher zu stellen, dass Menschen umverteilt, sortiert und gemischt werden können. Der Ort, hier die Nachbarschaft und das Quartier, fungiert als abgrenzbarer Container, mit dem Kontrolle gewährleistet werden kann. Mithilfe des Ortes werden Menschen zu bewältigbaren lokalräumlichen Haufen kondensiert. Die therapeutische Prävention ist eine Sozialtechnik, die das „Ordnen menschlicher Vielfältigkeit" (Foucault 1976 [1975]: 279) gewährleisten soll „nach dem Prinzip der elementaren Lokalisierung oder der Parzellierung. Jedem Individuum seinen Platz und auf jeden Platz ein Individuum. Gruppenverteilungen sollen vermieden, kollektive Einnistungen sollen zerstreut, massive und unübersichtliche Vielheiten sollen zersetzt werden" (ebd.: 183).

Prävention therapiert zweitens symptomatisch, weil sie sich nicht auf die Kriminalität selbst richtet, sondern auf die vor Ort öffentlich wirksam werdenden Symptome.

> Ich habe es hier genannt: Stadtteilreparatur Galluspark und sie sehen hier den Galluspark. Das ist eine Siedlung, so zwei Kilometer nördlich von hier, in den 90er Jahren gebaut. Und im Galluspark leben in diesem Rondell, wo sie den Kreis sehen, in diesen viereckigen Baukomplexen 1600 Menschen, davon 700 Kinder und 40 Nationen. Und sie sehen, es ist engster Raum, es ist relativ neu gebaut und man hat bei der Konzeption Sozial-, Frei- und Spielflächen vergessen. Sie können sich vorstellen, 700 Kinder werden groß, kommen in die Pubertät, es ist kein Freiraum da. Konsequenz ist Kriminalität, Ruhestörung und Vandalismus. Und dann kamen natürlich die Politik und die Stadtplaner auf uns zu und sagten: „Jetzt repariert das Ganze". (SRL_09).

Prävention, die an den Symptomen des Ortes ansetzt, wird in der aktuellen kriminalpolitischen Debatte mit dem Begriff der situativen Prävention diskutiert. Hierunter werden solche Maßnahmen zusammengefasst, die an der Gestaltung des Ortes ansetzen und darüber versuchen, menschliches Verhalten zu steuern (vgl. Clarke 2008). Die Attraktivität des situativen Ansatzes beruht darauf, dass nicht mehr auf den einzelnen Menschen geschaut werden muss, sondern nur noch auf die materiellen Bedingungen vor Ort, mit denen die Bevölkerung (im

Zitat in den Parametern Altersverteilung und Nationalität zum Ausdruck gebracht), zu normadäquatem Verhalten angehalten werden kann, bzw. die Wahrscheinlichkeit erhöht wird, dass diese sich normadäquat verhält. Für die Prävention ist es in jedem Fall einfacher, an den materiellen Bedingungen Veränderungen vorzunehmen als an den Menschen, und diese so zu arrangieren, dass der Ort eine optimale Menge an Menschen aufzunehmen vermag.

Solche Dinge halt auch. Das ist ein Platz (Wörter) vor der Umgestaltung und da fand Drogenprostitution de facto statt. In Autos oder in den Gebüschen da hinten drin, recht unwürdig. Das ist komplett neu gestaltet worden, dieses Jahr fertig geworden. Also auch zum Stadtjubiläum sehr hübsch gelungen. Dank auch einer Bürgerinitiative, die da nie los, locker gelassen hat. Und das hat das Stadtbild dort und das Viertel extrem aufgewertet. Auch Frauenparkplätze, alles, wie es sich gehört, sauber eingerichtet. (SRL_10)

Orte umgestalten heißt konkret, unliebsame Symptome zu entfernen. Die situative Prävention erweist sich als eine Praxis, die durch gezielte Manipulation der äußeren Begebenheiten des Ortes gesellschaftliche Probleme unsichtbar macht. Wenn die Prävention Maßnahmen implementiert, die darauf zielen, Probleme unsichtbar zu machen und sie gleichzeitig Sichtbarkeit vor Ort zum Maßstab der Notwendigkeit präventiver Intervention erhebt (bzw. fehlende Sichtbarkeit mit der Nichtvorhandenheit von Problemen gleichsetzt), dann erreicht sie, dass ein ordentliches Erscheinungsbild vor Ort bereits den Erfolg von Kriminalprävention hinreichend belegt. Die Rede von der „Sauberkeit" des Ortes verweist auf eine Vorstellung von Kriminalität als „Krankheit", die auf die noch funktionsfähigen Begebenheiten übergreifen kann, wenn nicht interveniert wird. Ziel ist, „sauber eingerichtete" Orte zu bekommen, das heißt, von unliebsamen Symptomen „gesäuberte" Orte. Symptomatische Therapie begreift den Ort als einen Körper, der gesäubert und dadurch in seiner Funktionsfähigkeit, in seiner Verteidigungsfähigkeit, seinem Abwehrsystem wieder hergestellt werden könne.

Prävention therapiert drittens am Ort auf der Grundlage von Kalkulationen. Die Notwendigkeit und den Umfang der Intervention bestimmt sie nach der Wahrscheinlichkeit, mit dem ein bestimmtes Ereignis in einem zuvor abgegrenzten Bereich zu erwarten ist.

Es ist eine Aufgabenstellung von Stadtentwicklungspolitik, sicherlich nicht die Aufgabenstellung, sondern eine, durchaus auch wichtige neben anderen, dass wir heute bei der Gestaltung unseres Lebensumfeldes auch schlicht eine Minimierung der Risiko- und Gefährdungsräume vornehmen wollen. Ich sagte eben, für mich ist das im Wesentlichen neu. (E_39)

> Wir machen ganz spezielle Treffpunkte draußen für Jugendliche. Wir wissen inzwischen ganz genau, was Jugendliche sich wünschen, damit sie sich wohl fühlen und damit sie kein Sicherheitsrisiko mehr formen. Das kann man natürlich in der Zukunft, in 20, 30 Jahren, auch mit diesen ganz anderen Gruppen machen, die sich bilden. (D_12)

Der Ort gilt der Prävention als das Mittel, mit dem die Wahrscheinlichkeit eines Handlungseintritts versichert werden kann. Kalkulierte Therapie macht den Ort zum Verwaltungsobjekt von Risikopopulationen. Kriminalprävention ist dann „eine Form der Kriminalpolitik […], welche die sozialen Situationen und Gelegenheitsstrukturen so verändert, daß das konflikthafte Ereignis Kriminalität weniger wahrscheinlich wird“ (Mitglieder der Redaktion der Zeitschrift Neue Kriminalpolitik 2002: 339). Für diese Form der Therapie muss keine Kenntnis über den konkreten Ort vorliegen, sondern nur über die ihn generierenden Parameter, die als Risikopotenzial eines Ortes zusammengefasst werden. Grundlage der Prävention ist dann nicht, was konkret am Ort gefährlich ist, sondern dass er wahrscheinlich gefährdet sei. Die kalkulierte Therapie hat für die Prävention den enormen Vorteil, dass nicht auf ein konkretes Ereignis gewartet werden muss. Prävention erfolgt ohne Nachweis, bzw. ein durch die Prävention identifiziertes Risikopotenzial ist Nachweis genug.

Zeitgemäße Prävention ist neben dem Wecken einer utopischen Sehnsucht nach Vorbeugung am Menschen vor allem Vorbeugungsarbeit am Ort. Dies, indem sie den Ort als Ursache, Symptom und Therapie konstituiert. Mit diesem Vorgehen konstituiert sich die Kriminalprävention als eine Machttaktik, die auch nach den von Foucault identifizierten Kriterien der Disziplinen vorgeht (1976 [1975]: 280): „[D]ie Ausübung der Macht soll möglichst geringe Kosten verursachen (wirtschaftlich ist das möglich durch geringe Ausgaben, politisch durch Diskretion, geringes Aufsehen, relative Unsichtbarkeit, Erregung von möglichst wenig Widerstand); die Wirkung der gesellschaftlichen Macht soll möglichst intensiv sein und sich so weit wie möglich erstrecken, ohne Niederlagen oder Lücken zu riskieren; schließlich soll sich diese ‚ökonomische‘ Steigerung der Macht mit der Leistungsfähigkeit der Apparate verbinden, innerhalb derer sie ausgeübt wird (ob es sich um pädagogische, militärische, industrielle, medizinische Apparate handelt). Es gilt also gleichzeitig die Fügsamkeit und Nützlichkeit aller Elemente des Systems zu steigern.“ Die neue Hinwendung zum Ort löst primäre Prävention nicht ab. Vielmehr begründet die Kriminalprävention den Zugriff auf die lokalen Institutionen mit ortsbezogenen Argumenten.

Familie

Die Inanspruchnahme von kleinteiligen Macht- und Disziplinierungsorten beginnt bei den Familien.

> Wer Gewalt in der Gesellschaft bekämpfen will, muss in der Keimzelle der Gesellschaft, der Familie ansetzen! (E_13)

Von hier aus erschließt sich die Prävention den Menschen in immer weiteren Kreisen. Die familiären Beziehungen sind mikrophysikalische Machtverhältnisse, auf welche die Prävention nicht verzichten kann, weil sie vor allem einer spezifischen Gruppe von Menschen nachstellt: den Kindern. Da die Prävention am Kind ansetzt, ist die Familie nicht nur Keimzelle der Gesellschaft, sondern auch Keimzelle der Prävention.

> Denn eins ist uns allen klar hier im Raum und das ist ja auch dankenswerterweise das Feld, in dem Sie sich alle so vorbildlich engagieren. Mit den Kindern, die heute heranwachsen und mit der Frage, wie sie heranwachsen, entscheidet sich die Zukunft des Landes, und es ist beklemmend zu sehen, wie wenig das bisher in der Breite verstanden ist. (F_04)

Die Prävention sucht in der Außenwelt den Kontakt zu den kindlichen Kontaktstellen. Sie beginnt bei den Familien, weil in ihnen souveräne und disziplinierende Regierungsformen sowie Techniken der Selbstsorge bereits zur Anwendung kommen. Das alles sind Machtformen, die auch der Prävention eigen sind. Sie kann sich daher optimal in die Familien einflechten, ohne als Fremdkörper zu wirken. Gleichzeitig bilden Familien ein Geflecht von privaten und öffentlichen Abhängigkeiten, einen Knotenpunkt sozialer Fäden (vgl. Donzelot 1980 [1977]: 61). So sind die familiären Beziehungen von pädagogischen, medizinischen oder religiösen Diskursen durchzogen, an welche die Prävention anschließen kann. Familien gelten als bevorzugter Ort präventiver Intervention, weil sich in ihnen Schutz und Kontrolle, Hilfe und Herrschaft aufs Engste verketten (vgl. Wambach 1981: 214). Ihre Verhältnisse werden maßgeblich von den Schutzleistungen mitbestimmt, welche die Politik ihnen zugesteht, wenn sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Wenn Prävention in den politischen Programmen zur Pflicht erhoben wird, ist ihre Einflechtung in die Familien zwangsläufig. Auf der programmatischen Ebene entfaltet die Prävention in den Familien folglich weitmöglichste Reichweite. Allerdings sieht sie sich mit einer Außenwelt konfrontiert, die der Programmatik auch entgegenläuft. Wie ich schon an anderer Stelle

beschrieben habe, werden die Widersprüche der faktischen Welt der Prävention jedoch nicht zum Hindernis, sondern im Gegenteil, zu ihren stärksten Verbündeten.

Es kommt zwar die überwiegende Zahl der Familien wunderbar mit ihren Kindern zurecht. Aber es gibt daneben Kinder, die in Hochrisikofamilien aufwachsen. Das sind Kinder in sozial stark benachteiligten Familien, wo Sozialhilfebezug über mehrere Generationen stattgefunden hat, wo es Langzeitarbeitslosigkeit gibt, mangelnde soziale Integration bei Zuwanderern, Gewalt, Alkohol und Drogen, das alles sind Risikofaktoren. Bei Kindern aus solchen Familien schauen wir als Gesellschaft erst hin, wenn die Schäden unübersehbar sind. (F_04)

Die erste Kontaktaufnahme zur Familie erfolgt mit pathologisierendem Blick. Diese Form der Annäherung ist unabdingbar, will die Prävention sich selbst ins Spiel bringen. Als Präventionsort kann Familie nur dann geltend gemacht werden, wenn sie drei Bedingungen erfüllt. Sie muss die Ursache für Abweichung bilden, sie muss gesellschaftliche Krisen symptomatisch widerspiegeln und diese gleichzeitig therapieren können. Für die Prävention gilt die Familie – neben der Schule und dem Quartier – als ausgewiesener Ort, an dem diese drei Bedingungen zusammenlaufen. „Gewalt in der Familie", so erzählt die Prävention, ist eine „Ursache für die Kriminalität von morgen" (F_04) sowie ein Zeichen für die gesellschaftliche Krise überhaupt.

Wenn Eltern sich lautstark vor den Kindern streiten, dabei vielleicht sogar handgreiflich werden, so brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn ihre Kinder früher oder später Gewaltbereitschaft zeigen. Gleiches gilt, wenn Eltern ihre Kinder misshandeln. Gewalttäter haben oft in ihrer Kindheit Gewalt im Elternhaus erfahren. (E_03)

Der pathologisierende Blick trennt die Familie in Eltern und Kinder und weist ihnen Täter- und Opferrollen zu. Erfolgt der Rückgriff auf die Familie zwecks ursächlicher Begründung, begegnet sie uns nicht als ein in sich geschlossenes, sondern als ein auseinanderfallendes Gebilde. Eltern werden als der Teil der Familie bestimmt, der sich zunehmend gegen die eigenen Kinder richtet. Kinder gelten der Prävention in der Familie als eigenständige Subjekte, denen die Eltern zu entweder förderlichen oder hinderlichen Faktoren werden (vgl. Cremer-Schäfer 2004: 66).

Wir wissen, dass leider immer noch in vielen Familien Gewalt zum Erziehungsalltag gehört. (E_20)

Wir erfahren durch den Präventionsdiskurs, dass Eltern den familiären Schutzraum ausnutzen, ihren Erziehungspflichten nicht mehr nachkommen und die mangelnde Fähigkeit ihrer Kinder, sich in die gesellschaftlichen Erwartungen einzupassen, bewusst in Kauf nehmen. Die häufige Bezugnahme auf „häusliche Gewalt" (E_11, F_05 und viele weitere Stellen) verdeutlicht, dass die Wahrnehmung des „Hauses" als Ort des Schutzes und der Geborgenheit weitgehend einer Wahrnehmung als Ort der Gefahr gewichen ist. Das Haus, das exklusiv als ein den Familien vorbehaltener Raum fungiert, wandle sich zunehmend in einen Ort der Gewaltausübung von Eltern gegenüber ihren Kindern.

Zur Ursache von Kriminalität wird die Familie jedoch nicht ausschließlich durch ihre diskursive Verschneidung mit „Gewalt hinter der Haustür" (E_13) – und damit durch einen strafrechtlichen Bezugspunkt. Der Präventionsdiskurs begnügt sich bereits damit, präventive Intervention mit dem Mangel erzieherischer Autorität von Eltern (vgl. Cremer-Schäfer 1999) zu begründen.

> Ich bitte um Nachsicht, wenn ich hier Ressort fremd meine Meinung sage, dass wir Erzieher, Erziehung durch die Familie wieder stärken müssen. Viele in den Familien scheitern offensichtlich daran. Die Eltern wissen nicht, was die Kinder wollen oder die Kinder machen mit den Eltern, was sie wollen. (F_05)

In anderen Vorträgen tanzten die Jungs „den Eltern auf der Nase rum, sind die kleinen Paschas, die früh so werden, wie der Vater schon geworden ist" (D_01). Auch kam die Frage auf, „wieso die Eltern bis zum Amoklauf ihres Sohnes nichts von dessen massiven schulischen Problemen wussten?" (E_43). Die Prävention stellt die einfache Schlussformel auf, dass Familien, in denen es an erzieherischer Autorität mangele, auch mangelhafte Kinder erzeugen. Noch deutlicher abstrahiert die Prävention von strafrechtlich relevantem Verhalten, wenn sie aus der Zusammensetzung der Familie oder dem Beschäftigungsverhältnis der Eltern einen Präventionsbedarf ableitet. In diesem Sinne gelten insbesondere „unstrukturierte Familien" (vgl. Donzelot 1980 [1977]: 163 ff.) als Objekte präventiver Intervention. Hierunter fasst die Prävention solche, in denen Arbeitslosigkeit besteht …

> In vielen Familien sind unsere Schüler die einzigen, die morgens aufstehen. Es ist doch so. Familien, in denen eine regelmäßige Erwerbstätigkeit von den Kindern überhaupt nicht erlebt und damit auch nicht erlernbar ist. Ein Familienleben, das daraus besteht, dass man in seinem Sozialgefüge, wie immer es erst mal ist, lebt und die Kinder – O-Ton beim Befragen in der Grundschule von dem Lehrer, der Lehrerin – antworten auf die Frage: „Warum muss man denn arbeiten gehen?" „Weiß ich nicht, Frau Lehrerin." „Aber man

muss doch arbeiten gehen, um Geld zu verdienen, um Essen und Trinken zu können." „Nein, Frau Lehrerin, das Geld kommt doch vom Amt." (SRL_02)

… sowie Familien, die kinderreich oder in denen die Mütter alleinerziehend sind.

Man hat in dieses einzige grüne Fleckchen noch was rein gesetzt, obwohl es schon problematisch ist, weil es sind viele Jugendliche, die in den Hochhäusern wohnen und man hat eine Idee gehabt, diese Wohnblöcke alleinerziehenden, kinderreichen Familien anzubieten. Das heißt, man hat überall dort Alleinerziehende mit Kindern rein gesetzt. Und sie können sich vorstellen, irgendwann, wenn die in die Pubertät kommen ist keiner da, kein Mann da, der ihnen mal die Grenze setzt. (SRL_09)

Die Prävention konfrontiert uns mit einer Familie, die ihrer gesellschaftsintegrativen Funktion der Basissozialisation der Kinder nicht mehr nachkommt. Sie proklamiert „einen Funktionsverlust der Familie im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Qualität als Reproduktionseinheit" (vgl. Weber 2006: 154). Prävention stellt die Familie als eine Institution vor, die sich gegen den Staat wenden wird, wenn nicht frühzeitig vorgebeugt wird. Hier lernen Kinder nicht mehr die Bedingungen, die für das Funktionieren gesellschaftlicher Reproduktion unabdingbar sind, etwa die Notwendigkeit von Erwerbsarbeit. Gleichzeitig wird die Ursache für das gesellschaftliche Scheitern in den Familien selbst verortet. Einerseits in ihrer „Unvollständigkeit", andererseits, indem Familien ein mangelnder Wille bescheinigt wird, sich selbst aus ihrer Situation zu befreien.

Aber das entbindet natürlich Familien nicht davon, auch ihren Aufgaben nachzukommen. Man kann nicht alles vom Staat regeln lassen, sondern muss eben auch in vielen Fällen sich selbst um die Erziehung seiner Kinder kümmern. (D_14)

Beide Aspekte – mangelnde Strukturierung und mangelnder Wille – so schlussfolgert die Prävention, hätten negative Auswirkungen auf die Entwicklung des Kindes und mündeten letztlich in Kriminalität.

Bei Kindern aus solchen Familien schauen wir als Gesellschaft erst hin, wenn die Schäden unübersehbar sind. Also zum Beispiel: Schulversagen, Drogenabhängigkeit, Frustrationskompensation durch Alkohol oder Fettsucht, hohe Aggressivität und Jugendkriminalität. Und dann ist es für die Gesellschaft sehr teuer und aufwändig, zu helfen. Und die Erfolge sind begrenzt. (F_04)

Dass Entwicklung misslingt, begründet die Prävention folglich vor allem mit Gefahren, die aus dem Inneren der Familie und nicht von außen in die Familie kommen. Erst mit der Identifikation von internen Krisen kann die Prävention einen Anspruch auf die Familien erheben. Angeführt von den beschriebenen Konfrontationen mit den familiären Unzulänglichkeiten, nimmt die Prävention daher erneut Kontakt zur Familie auf und macht sie zu einem Objekt, das der Hilfe und Erziehung bedarf.

Wir müssen in Deutschland und anderswo einen Führerschein machen, um Auto zu fahren und brauchen aber derlei nicht um Kinder zu erziehen, nach wie vor nicht. Ich halte das als Erziehungswissenschaftlerin für einen groben Fehler. (D_02)

Die durch die Prävention gemachten „Bestandsaufnahmen und Kritiken [der Familie] bezeichnen ein Risiko des Versagens, das nach zwei entgegengesetzten Seiten ausschlagen kann: ihr fröstelnder Rückzug auf sich selbst, der sie zu einem Ort passiven Widerstandes, einem Hort machen kann, der seine Mitglieder übermäßig gegen alle Risiken des Draußen abschirmt, damit aber auch in ihrem sozialen Leben aufs schwerste hemmt – oder ihre Zerstreuung und Atomisierung durch eine wachsende Zahl Alleinlebender und Zufallsbindungen, die nicht genügend Sicherheit bieten, um den Individuen gesellschaftliche Selbständigkeit und Funktionsfähigkeit zu ermöglichen. In diesen Diskursen ist die Familie vom Tragpfeiler der Gesellschaft zu einem Ort am Rande des Verschwindens geworden" (Donzelot 1980 [1977]: 228). Auf beide Risiken nimmt die Prävention Bezug. Sie unterbreitet sich der Familie zum einen als eine Therapie, welche die internen Abläufe der Familie aktivieren und restrukturieren soll. Zum anderen forciert die Prävention die familiäre (Wieder-)Einbindung in ein weit gestreutes Feld von Abhängigkeiten zu der übrigen Außenwelt. Diese beiden Interventionsweisen der Prävention – die innerfamiliäre Restrukturierung und Aktivierung sowie die Einbindung in ein Netz gegenseitiger Kontrolle – bezeichne ich als intrinsische Therapien, weil sie unmittelbar an den Individuen anzusetzen versuchen.[4] Sie stehen im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. Das zweitgenannte Vorgehen, das ein Verbundnetz unterschiedlicher Steuerungsmechanismen um das Kind und die Familie spannt, erschließe ich sukzessive durch die Darlegung der beiden weiteren Orte der Außenwelt – die Kinderräume und das Quartier.

Zur Erinnerung, wir befinden uns im Fraktal der Außenwelt. Das heißt, nachdem ich die diskursiven Praktiken offen gelegt habe, mit denen die Familie

4 Als extrinsisch habe ich weiter oben solche therapeutische Maßnahmen bezeichnet, die an den materiellen Bedingungen des Ortes Veränderungen vornehmen.

zur Ursache gesellschaftlicher Fehlentwicklung bestimmt wurde, soll es fortan immer um die Frage gehen, in welcher Weise die Prävention in den Familien wirksam werden möchte. Wie werden die Familien zum Instrument präventiver Intervention bestimmt? Ich untersuche, wie die Prävention versucht, sich dem Kind einerseits über die häusliche Sphäre zu bemächtigen, so dass ein Abschirmen nach außen unterbunden werden kann und andererseits, wie das Kind und seine Familie an die öffentlichen Disziplinierungs- und Normalisierungsinstanzen angebunden werden sollen, so dass sich die an sie gestellten Erwartungen wieder stärker regulieren und verwalten lassen (vgl. Wambach 1981: 213).

Familien werden erstens zum Instrument präventiver Intervention, indem ihre Selbstregulierungspotenziale aktiviert werden. Hierfür konfrontiert die Prävention die Familie zunächst mit einer Fülle von vermeintlichen Anforderungen und Kompetenzen, die bei den Eltern präventiven Beratungs- und Handlungsbedarf hervorrufen soll.

> An Familien werden hohe Erwartungen gestellt: Sie sollen Kinder erziehen, deren schulische und berufliche Entwicklung fördern, das Alltagsleben bewältigen, den Familienmitgliedern emotionale Sicherheit und einen Ort der Regeneration bieten. Das zu erfüllen, verlangt ein hohes Maß an Kompetenzen, Einsatz und Solidarität der Familienmitglieder. Nachhaltige Familienpolitik muss daher Männern und Frauen ermöglichen, ihre Lebensvorstellungen umzusetzen. Sie wollen Familie, Kinder, Erwerbstätigkeit vereinbaren können. Dazu sind Rahmenbedingungen nötig, die die Gesellschaft stellen muss. (E_20)

Eltern werden durch die Frage, „[w]ie kann ich Erziehung und Beruf und Familie vereinbaren?“ (D_02) mit den an sie gestellten umfangreichen Anforderungen vertraut gemacht. Sie sollen die Fähigkeit erwerben, „Kindern und Jugendlichen einen kritischen Umgang mit den traditionellen Rollenmustern in den Medienangeboten“ (El_04) zu vermitteln. Eltern sollen „ehrenamtliche[s] Engagement“ (E_15) zeigen und sich in das öffentliche Leben einbringen, „das heißt also, die türkische Frau bastelt auch Martinslaternen, beteiligt sich am Martinszug genauso wie die deutsche Mutter“ (D_02). Zusammengefasst: Es gilt das Verlangen nach einer „Elternkompetenz“ (G_08) so hervorzurufen, dass Eltern die Prävention von sich aus fordern.

> Jetzt ging es darum, diese Sozialarbeiter haben Elternarbeit gemacht und haben die Eltern nicht plötzlich bekehrt oder geschult, sondern sie haben sie aus der Anonymität gerissen. Sie sind zu ihnen nach Hause und haben in ihrer Sprache mit ihnen gesprochen: „Warum kommst du nicht zur Elternversammlung? Du kümmerst dich nicht um die Zukunft deines Sohnes, du bist ein schlechter Vater.“ (Wörter) Plötzlich fehlten einfach Stühle bei der

nächsten Elternversammlung. Ja, ist wahr, da mussten Stühle geholt werden aus anderen Klassen. Weil urplötzlich fühlten sie sich gepackt. (SRL_ 14)

Prävention ist erfolgreich, wenn Familien ihre Krisen als selbst verschuldet begreifen und dementsprechend auch von sich aus anzugehen versuchen. Der Wunsch nach Prävention soll aus den Familien selbst kommen (vgl. Wambach 1981: 214). Dann steht die Prävention bereit mit einer Vielzahl an Angeboten. Sie wirbt für Kampagnen „zur Stärkung der Erziehungskompetenzen von Eltern" (E_30), für die „Elternuniversität" (E_61), für „Familienbildungsstätten" (D_14). Das Angebot an Beratung bewirkt, dass die Familie auf „sich selbst konzentriert und aufmerksamer denn je für die geringsten Details der Kindererziehung, […] gierig nach allem [greift], was ihr hilft ‚sich zu verwirklichen'" (Donzelot 1980 [1977]: 233). Zugleich machen die Präventionsmaßnahmen die Familien mit einer Vielzahl von Expertendiskursen vertraut, die zwar das familiäre Selbsthilfepotenzial beschwören, ihm aber gleichzeitig nur begrenzte Reichweite bescheinigen.

Natürlich ist das Projekt „Starke Eltern – Starke Kinder" nicht die einzige, sondern eine von zahlreichen Maßnahmen, die wir zur Stärkung der Erziehungsverantwortung der Eltern gefördert haben. Hinweisen möchte ich auch auf das Projekt von Professor Lösel zur „Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz und Entwicklung sozialer Fähigkeiten in der Familie". Es handelt sich dabei um ein in Deutschland in dieser Form erstmals praktiziertes Präventionsmodell, dessen Instrumente (Eltern- und Kinderbetreuung) nach strengen internationalen Qualitätsstandards evaluiert wurden. Die Wirksamkeit des Präventionsmodells konnte auf diese Weise bewiesen werden. Die Projektergebnisse werden in Kürze von Frau Ministerin Renate Schmidt der Öffentlichkeit vorgestellt. Weitere Maßnahmen reichen von der Herausgabe von Elternbriefen zur Gewaltthematik bis hin zu einem Online-Internet-Handbuch zu Erziehungsfragen von Professor Fthenakis. (E_20)

Um im Spiel zu bleiben, muss die Prävention die Balance schaffen, Eltern in der Eigenbewältigung familiärer Probleme anzuleiten und ihnen gleichzeitig zu vermitteln, dass sie es alleine nicht schaffen können. Mittels präventiver Expertise sollen Eltern die Beziehung zu ihrem Kind als ein Betreuungsverhältnis begreifen lernen, das sich, von außen angeleitet, stets therapieren muss, um an den Kindern viel Gutes zu erwirken. Eingebettet in einen Wissenschaftsdiskurs, der den Programmen höchste Qualitätsstandards evaluatorisch bescheinigt, wird den Eltern so eine Wirkung präventiver Intervention versichert, die sie selbst nicht beurteilen können sollen. Umringt von Erziehungsexpert_innen unterschiedlicher Professionen, wird die Familie in ihrer Beziehung zwischen Eltern

und Kind neu bestimmt, so dass „die bloße Zeit der Fütterung, die bloße Zeit der Zuwendung der Eltern zu ihren Kindern als Investition betrachtet werden muß, die in der Lage ist, ein Humankapital zu bilden“ (Foucault 2006 [1978-1979]: 319). Prävention an Familien ist die Betrachtung ihrer Beziehungen als ökonomische Ressource.

Neben dem vermeintlich mangelnden Willen, sich zu aktivieren, gilt die Zusammensetzung der Familie als eine Quelle ihrer Krise. Der angeleiteten Entfaltung von Selbstführungskräften stellt die Prävention daher zweitens Praktiken an die Seite, die auf die „Reproduktion der Familienmächte auf schlichten Rollenvollzug“ (vgl. Donzelot 1980 [1977]: 236) abzielen. Zur Verdeutlichung ziehe ich an dieser Stelle ein längeres Zitat heran, in dem eine Maßnahme zur „Re-Familialisierung“ (Richter 2004: 14) beschrieben wird, welche die Eltern-Kind- und Mann-Frau-Beziehungen in den Familien neu justieren soll.

Ein Beispiel: Wir versuchen das aufzubrechen mit so genannten Stadtteil-Müttern bei uns. Stadtteil-Mütter sind junge Migrantinnen, die wir sechs Monate lang aus der Arbeitslosigkeit holen, fortbilden in zehn Wissensgebieten: gesunde Ernährung, Volkshochschule, Gesundheitswesen. Also, was ist Impfen, warum sollte man impfen, gewaltfreie Erziehung, Sexualität, Schulwesen. Was gibt es für Schularten? Warum ist Schule überhaupt wichtig? Warum ist es wichtig, dass das Kind zur Schule geht, auch wenn die Oma krank ist? Und es ist nicht wichtiger, dass sie eine Woche die Oma pflegt und dann in der zweiten Woche erst wieder zur Schule geht? Sondern sie geht auch dann hin. Weil das ist der Wertekanon. Kommen hier immer wieder zurück auf unterschiedliche Wertvorstellungen. Der Wertekanon ist, an erster Stelle sind die Bedürfnisse der Familie und erst wenn die befriedigt sind, mache ich alles andere, auch zur Schule gehen. Auch Schulpflicht ist ein unbekannter Wert. So, diese Stadtteilmütter bilden wir aus, sechs Monate lang und dann schicken wir sie in Familien, von denen unsere Migrantenvereine sagen, zu denen haben wir keinen Kontakt. Wir wissen nicht, was hinter dieser Wohnungstür vorgeht. Da hat man mir gesagt, es hat auch keinen Zweck, Bürgermeister, wenn du hingehst mit der Amtskette und klingelst. Ich habe es dann auch gelassen. Aber wir nehmen unsere Stadtteilmütter, die losgehen, klingeln und versuchen hinter diese Tür zu kommen. Und dort Gespräche zu führen, zehn Besuche pro Familie. Und dann entscheidet die Familie, ob sie eine weitere Betreuung will oder nicht. Sie kann auch vorher schon abbrechen. Diese Stadtteil-Mütter haben einen bestimmten, einen burgunderfarbenen Schal um. Es ist im Grunde genommen nichts weiter als Gemeinwesenarbeit mit Gemeindeschwester von früher. Sie ist erkennbar – der purpurrote Schal. Sie muss im Quartier wohnen. Sie ist erkennbar im Supermarkt, an der Kasse. Jeder weiß, was eine Stadtteil-Mutter ist. Die Mutter kriegt einen höheren Sozialstatus, erstens in der Familie, weil sie hat ein Foto mit dem Bürgermeister und der Amtskette, wo er ihr das Befähigungszeugnis überreicht und

die Urkunde. Zweitens geht sie in andere Familien und sagt ihnen, was richtig und was falsch ist. Wir wissen das inzwischen, in der Rückwirkung, was die Kinder in der Schule sagen: „Meine Mutter ist Stadtteil-Mutter, die weiß, was richtig ist und die sagt es anderen." Und diese Frauen haben ein völlig neues Selbstwertgefühl. Es sind Frauen, die vorher meist noch nicht eine Erwerbstätigkeit hatten. (SRL_02)

Mit der Maßnahme der „Stadtteil-Mütter" versucht die Prävention die familiäre geschlechtliche Rollenverteilung wieder an die bürgerliche Moral anzupassen. Ziel dieser Präventionsstrategie ist „die Wiederherstellung der Kleinfamilie" (Weber 2006: 155), in der die Frauen das Funktionieren der Familie „hinter der Wohnungstür", also im privaten Bereich sicherstellen sollen. Die bürgerliche Kleinfamilie erfährt in der Kriminalprävention eine Renaissance als Präventionspartnerin. „Bei aller Vielfalt von Familienformen" (E_20) stellt die Prävention nämlich fest:

„Familie ist erfreulich stabil, 78 Prozent aller Kinder wachsen nach wie vor mit ihren beiden leiblichen Eltern und mit Geschwistern auf, und sie bietet für die allermeisten Menschen die wichtigste Orientierung im Leben. Sie stabilisiert die Familienmitglieder, darunter vor allem die Kinder. (E_20)

Die Prävention erzählt, dass sich die Familie durch ihren „unstrukturierten" Aufbau selbst bedrohe. Ziel der Intervention muss daher sein, die Familie wieder in ein „natürliches" Gleichgewicht zu bringen, das der Erziehung funktionsfähiger Kinder zuträglich ist. Hierfür verweist der Präventionsdiskurs auf traditionelle geschlechtliche Zuständigkeiten, insbesondere auf die der Frau. Projekte wie die „Stadtteil-Mütter" versuchen, in dem internen Bereich der Familie eine Macht zu revitalisieren, welche die Kinder wieder stärker an die Normalisierungsinstanzen anbindet, die außerhalb der Familie liegen, etwa an die Schulen. So werden Frauen darin geschult, das schulische Einwirken auf die Kinder zu unterstützen. In der Notwendigkeit einer guten Kindererziehung sieht die Prävention den Grund dafür, Frauen fördern zu müssen (vgl. Weber 2006: 150).

Ich entwickle zurzeit mit dem KFN ein Modell, wo wir ganz am Anfang des Lebens dieser Kinder in den Hochrisikofamilien stützend eingreifen. Und es beginnt mit Familienhebammen, d. h., es beginnt mit dem Thema Gesundheit, wobei wir genau wissen, es bezieht sich nicht nur auf das Thema Gesundheit. Es bezieht sich auf die große breite Palette, die hier Ihr Thema auch heute ist, aber das Thema Gesundheit auch innerhalb der Prävention, auch der Kriminalprävention, später ist eine Möglichkeit, den Zugang zu finden und darauf eine solide Grundlage der Struktur zu schaffen. (F_06)

Mit den Familieninterventionsprogrammen werden Frauen mit „ihren“ spezifischen Funktionen konfrontiert. Die Mutter ist der Prävention moralische Verbündete, indem sie mit Expertendiskursen der Medizin, der Religion oder der Pädagogik (vgl. Zitat zum Projekt „Stadtteil-Mütter“: Impfen, Sexualität, Wertvorstellung, Bildungssystem) vertraut gemacht wird. Die Prävention reproduziert mit solchen Interventionsprogrammen Vorstellungen einer geschlechtsbezogenen Arbeitsteilung, welche die Frau an die Haus- und Erziehungsarbeit bindet. Die Qualifizierung der Mutter und ihre Versorgung mit Expertenwissen werden in der präventiven Praxis zu einer Schlüsseltechnik. Es ist die Mutter, welche die Kunst der Prävention erlernt. Die Mutter wird in Techniken geschult, die der Versorgung und Erziehung der Kinder dienen. Sie wird zur ersten Ansprechpartnerin und Spezialistin für das Kind (vgl. Weber 2006: 147 f.). Das Kind rückt im Umkehrschluss in das Zentrum einer Familie, die um optimale präventive Absicherung der Nachkommen bemüht sein soll. Prävention moralisiert elterliches Verhalten in der Weise, dass Familien alle Anstrengung in die kindliche Vorsorge legen sollen.

Stadtteil-Mütter sind nicht primär in der eigenen Familie tätig, sondern unterweisen andere Familien des sie umgebenden Nahraums in familiären Regierungsformen, insbesondere solche, die als „unstrukturiert“ gelten und mit dieser Intervention wieder auf Kurs gebracht werden sollen. Es sind nicht die „stabilen“ Familien, die mit der aufsuchenden Prävention in Kontakt kommen. Stadtteil-Mütter suchen vielmehr so genannte Problemfamilien auf, in denen die Eltern ihren Erziehungspflichten nicht nachkommen. Mit dieser selektiven Praxis trägt die Prävention ganz praktisch zur Reproduktion von kulturellen Unterschiede und Klassenunterschieden bei. Denn „Zivilisationsmängel“ entdeckt die Prävention stets „unten“, in den Lebensgemeinschaften der Paria-Bevölkerung (vgl. Cremer-Schäfer 2004: 63). Die präventive Praxis sortiert Familien hinsichtlich der Kategorien Migrations- und Erwerbsstatus und verordnet sich anschließend in unterschiedlicher Intensität. Programme wie die „Stadtteil-Mütter“ schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen gliedern sie einen Teil der Paria-Frauen wieder an den Arbeitsmarkt an und reproduzieren dabei geschlechtliche Rollenzuweisungen. Denn die neu erworbenen Fertigkeiten bleiben weitgehend im Privaten verortet. Zum anderen erstreckt sich das Tätigkeitsfeld der Stadtteil-Mütter auf andere Paria-Frauen, so dass sich die Intervention als Selbstführung innerhalb der Paria-Bevölkerung eigenständig fortsetzt. Die integrativ erscheinende Maßnahme ist insofern zweifach exkludierend, weil sie benachteiligte Bevölkerungsgruppen in von der Mainstream-Ökonomie abgekoppelten lokalen Kapitalkreisläufen belässt und Paria-Frauen zur Anleitung anderer Paria-Frauen einsetzt (vgl. Mayer 2005: 594; Eick 2005).

Prävention bei Familien ist eine Sozialtechnik, welche die einzelnen Mitglieder auf ihren Rollenvollzug verpflichtet und sie in ihrem Selbsthilfepotenzial beschwichtigt. Erst wenn diese beiden Strategien nicht greifen, kommt verstärkte Kontrolle und Disziplinierung familiärer Vorgänge zum Einsatz.

Vor allem muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und die Erziehung der Kinder und Jugendlichen bestenfalls mit, notfalls gegen die Eltern, prägen. (SRL_ 13)

Die Prävention steht vor dem Dilemma, dass sie den Familien zur Ausübung der Selbstsorge einen Freiraum zugestehen muss, in dem sich die Selbstführungskräfte entfalten können. Diese Praxis ist mit einem Risiko verbunden. Aktivierung zur Selbstführung ist gleichzeitig ein Kontrollverlust, den die Prävention aushalten muss. Sie steht dem privaten, sich selbst überlassenen Raum der Familie jedoch nicht ohne Einfluss gegenüber.

Erfolgreiche Prävention muss vielmehr die Kraft haben, die ganze Vielfalt möglicher Ansatzpunkte in den Blick zu nehmen. Diese Vielfalt reicht von bestehenden Erziehungsdefiziten und zerrütteten Familienverhältnissen über Integrationsprobleme, Zukunftsängste bis hin zu fehlender Anerkennung. Der umfassende Ansatz erfordert, beispielsweise auch im Wohnumfeld anzusetzen. (F_01)

Prävention fängt ihr unmittelbares Kontrolldefizit mit Strategien der Verschneidung weiterer Normalisierungsorte im lokalen Umfeld auf. Da die Prävention das Kind umfassender erreichen will, versucht sie, die Familie aus ihrem Innenraum herauszuholen und in ein Netz von gegenseitigen Überprüfungen einzubinden. Dies erreicht sie, indem sie das Kind und die Familie zusätzlich auch in der Schule und im Stadtteil aufsucht. Damit ist auch das spezifisch Neue an der gegenwärtigen Prävention benannt. Es ist ihre Strategie, in der Außenwelt die unterschiedlichen Normalisierungsorte aufeinander abzustimmen und die Zwischenräume zu verengen.

Kinderräume

Die Prävention sucht das Kind an den ihm zugewiesenen Aufenthaltsorten auf. So bilden neben den Familien Kindergärten und Schulen weitere präventive Therapieplätze.

Und dann gehen wir in die Schulen. Auch das ist eine Erscheinung der Neuzeit, will ich mal sagen. Seit zehn Jahren mittlerweile haben wir Polizisten Sprechstunden in den Schu-

len. Also es muss für die ganz normal sein, dass man einen Polizisten auch sieht, ohne dass man ihn bespuckt, ihn tritt oder sonst irgendwie malträtiert. Es sollte ein konfliktfreier Zugang ermöglicht werden auf der (Wort) immer solche Berührungspunkte zu schaffen, die nicht von vorne herein Konflikte zum Gegenstand haben. Aber auf die Weise bleiben wir da beim Thema und ich finde, es ist die richtige Lösung. (SRL_12)

Prävention an Schulen hat es schon immer gegeben, vor allem in Form der Gesundheitserziehung. Als Kriminalitätsvorsorge stieß sie aber lange Zeit in den Schulen auf wenig Zustimmung. Mittlerweile sei jedoch …

… [d]ie Kooperation von Polizei und Schule […] vorbildlich, eine Einschätzung, meine Damen und Herren, die vor 10 Jahren undenkbar gewesen wäre. Damals galt: Die Polizei hat in der Schule nichts zu suchen. (E_30)

In jüngster Zeit stehen Bildung und Kriminalprävention nicht mehr im Widerspruch. Dies zeigt sich einerseits darin, dass sich die Pädagogik kriminalpräventives Vokabular zu Eigen gemacht hat. Umgekehrt greift etwa die polizeiliche Kriminalprävention immer ungezwungener pädagogische Begriffe auf. Die Diffusion von Pädagogik und Kriminalprävention verläuft allerdings nicht nur auf der diskursiven Ebene. Die oben beschriebene Praxis zeigt, dass die Anwesenheit von Polizei an Schulen – auch ohne konkrete Vorkommnisse – zu einer Selbstverständlichkeit zu werden scheint. Schule hat sich zu einer der Hauptnachfragerinnen nach präventiven Interventionen entwickelt.

Wie die anderen Orte der Prävention gilt auch die Schule als ein Einschließungsmilieu, das seine gesellschaftlichen Aufgaben nicht mehr richtig erfülle. Die Prävention begreift die Schule als ein „Spiegelbild unserer Gesellschaft“ (E_53), als einen Ort, an dem familiäre und gesellschaftliche Fehlentwicklungen offensichtlich werden, von dem jedoch auch eigenständige Probleme ausgehen. Insbesondere die PISA-Debatte dient hierbei als stetige Vergewisserung.

Die vorliegenden Zahlen zeigen ebenso wie die Ergebnisse von PISA, welcher enorme Handlungsbedarf an Schulen und in den Elternhäusern besteht. Wir müssen es mit gemeinsamen und erheblichen Anstrengungen schaffen, durch grundlegende Reformen dafür zu sorgen, dass unsere Kinder gerne in die Schule gehen und ihre Bildungschancen wahrnehmen und auch wahrnehmen können. (E_15)

Die Schule ist für die Prävention ein „Sensor“ für Gesellschaftsdiagnosen. Sie ist darüber hinaus ein „Tatort“ (E_13), der selbst Abweichung und Kriminalität hervorbringt. Weil die Schule (wie auch der Kindergarten) als eine Sammelstelle

für Kinder fungiert und die Prävention gleichzeitig die Eigenschaft des Ortes, Menschen aufzunehmen, als ein Problem erfasst, ist eine Schlussfolgerung zwangsläufig: Kinderräume bergen qua Funktion immer das Risiko, zu viele Menschen zu versammeln. Ihr schlichtes „Da-Sein" erscheint daher bereits als ein Kriminalitätsrisiko. Das Ausmaß des Risikos, das von den Schulen ausgehe, vermag die Prävention durch ihre Wissensproduktion noch zu steigern. Mithilfe der Identifizierung von „Verstärkungsfaktoren" (F_06) sortiert sie etwa die Hauptschule aus den übrigen Schulen aus und leitet spezifischen Präventionsbedarf ab. Hier – so die Prävention – sammelten sich nicht nur viele, sondern insbesondere „hoch belastete" Jugendliche.

> Und schließlich muss auf einen Faktor hingewiesen werden, auf den ich später noch einmal zu sprechen komme: die Bedeutung der Hauptschule. Sie erweist sich neuerdings als eigenständiger Verstärkungsfaktor für die Entwicklung von Gewalttäterkarrieren. Das war sie früher nicht. Die Erklärung sehen wir darin, dass es heute in den Hauptschulen zu einer Zusammenballung von hoch belasteten Jugendlichen kommt, die sich gegenseitig negativ anstecken. (F_06)

Die Aussage ist ein erneuter Hinweis darauf, dass die Prävention Kriminalität als eine Krankheit begreift, an der man sich aufgrund geographischer Nähe an anderen Menschen anstecken könne. Aus der „Zusammenballung hoch belasteter Jugendlicher" entstehe ein Ort, der ein besonders hohes Risikopotenzial aufweise und die „kriminelle Ansteckung" von Jugendlichen befördere. Zum Problem wird der Ort selbst bestimmt, da er seine Aufnahmekapazität risikobehafteter Menschen überschritten habe.

Kinderräume wie Schulen und Kindergärten sind der Prävention Ursache und „Registrierplatte" von Kriminalität. Sie sind jedoch vor allem Orte, an denen Prävention praktisch wird. Ihre Aufnahmekapazität gilt zwar als potenziell problematisch. Kinderräume bilden jedoch gleichzeitig eine enorme Ressource, wenn es darum geht, möglichst viele Kinder und Jugendliche mit Prävention zu erreichen. So richten sich die Präventionsstrategien vor allem auf Lebensräume, die von den offiziellen Sozialisationsinstanzen verwaltet und kontrolliert werden, auf Professionen, die tagtäglich in Verbindung mit den Kindern stehen: Lehrer_innen, Erzieher_innen, Kinderärzt_innen etc. (vgl. Wambach 1981: 226).

Die Inklusion in die Kindergärten und in die Schulen birgt vor allem ökonomische Vorteile. Aufgrund der allgemeinen Schulpflicht können nahezu alle Kinder und Jugendliche in kriminalpräventivem Verhalten angelernt werden.

> In der Familie eingeübte gewaltsame Verhaltensweisen und Verhaltensneigungen werden zwangsläufig auch in die Schule hineingetragen. In den Schulen müssen wir – neben den Familien – vor allem deshalb ansetzen, weil wir die Kinder und Jugendlichen hier am besten erreichen. (E_13)

Über keine andere Institution kann ein derart einfacher und kostengünstiger Zugriff erfolgen und die Verwaltung und Therapierung einer vermeintlichen Risikopopulation organisiert werden. Denn institutionalisierte Kinderräume versammeln nicht nur die Interventionsobjekte, sondern gleichsam auch geeignetes Personal unter einem Dach. Sowohl Kindergartenkinder und Schüler_innen als auch Erzieher_innen und Lehrer_innen müssen in ihren Rollen als Präventionsobjekte und Präventionssubjekte nicht neu angelernt werden. Vielmehr kann die Prävention auf das hierarchisch organisierte Arbeitsverhältnis und auf Normalisierungsstrategien zurückgreifen, welche die Kinderräume charakterisieren.

> [J]e früher und je umfassender präventiv gehandelt wird, desto besser sind die Aussichten auf Erfolg. Und deshalb bieten sich geradezu zwangsläufig die Settings Kindertagesstätten und Schule als die idealen Interventionsorte an. (F_04)

Den Schulen kommt seit ihrer Entstehung die Funktion zu, die gesellschaftliche Mitgliedschaft nachwachsender Generationen herzustellen und die staatlich kontrollierte Erziehung der Bevölkerung zu gewährleisten (vgl. Amos 2007: 22). Neben ihrer Aufgabe der Normierung von Individuen auf ihre Produktivität sorgen Schulen über den Prozess der Zwangsintegration durch allgemeine Schulpflicht außerdem für die Auslese zwischen ihnen (vgl. Amos und Cremer-Schäfer 2007: 7). Schule ist also nach wie vor ein Ort der Normierung und Selektion und dient dem staatlichen Interesse, junge Menschen zu guten Bürger_innen zu formen, auch wenn sie in den letzten Jahrzehnten mit ihren Stichworten „Selbstorganisation" und „egalitäre Kommunikation" (Pongratz 2004: 254) einen humanisierten Eindruck vermittelt und in der Wahrnehmung vordergründig an disziplinierendem und normalisierendem Charakter verliert. Da die Kinder in den Schulen demzufolge mit Normalisierungsstrategien vertraut sind, wird die Prävention hier kaum Widerstand provozieren. Darüber hinaus erfüllt die institutionelle Anbindung der Prävention an die Kinderräume legitimatorische Funktion. Wenn Prävention in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen fest verankert ist, festigt sich erstens die Vorstellung, dass Kinder und Jugendliche gefährlich sind und zweitens, dass sie ohne präventive Interventionen noch gefährlicher werden. Die Institutionalisierung der Prävention wird so zur selbst-

erfüllenden Prophezeiung und vorbeugende Intervention zur exklusiven Aufgabe der Bildungseinrichtungen.

Präventive Intervention erfasst die Kinderräume in drei Weisen. Zunächst versucht die Prävention sicherzustellen, dass die als problematisch begriffenen Kinder sich in den vorgesehenen Kinderräumen auch aufhalten und zwar in „richtiger" Verteilung. Prävention beteiligt sich folglich an der „Organisation eines analytischen Raums" (Foucault 1976 [1975]: 84) der Verwaltung und Sortierung von „Risikokindern". Darüber hinaus nutzt die Prävention die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, um ihre Programme „an das Kind zu bringen". Schließlich strebt sie danach, die Normalisierungsinstanzen von Familie, Kindergarten und Schule aufeinander abzustimmen und gesicherte Übergänge zwischen diesen Orten zu schaffen. Diese drei Techniken führe ich im Folgenden aus.

So plädiert die Prävention erstens dafür, Kinder und Jugendliche bereits zu einem frühen Zeitpunkt in die Kinderräume zu integrieren, bzw. aus der Lebenswelt der Erwachsenen zu exterritorialisieren (vgl. Hengst 1981: 31). Dabei unterscheidet sie deutlich zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund.

Und dann haben wir die Kinder genommen, türkische und jugoslawische und andere, die das Glück hatten, dass sie für drei Tage in einem Kindergarten waren, wo maximal in einer Gruppe ein Viertel Fremde waren und drei Viertel Einheimische (Wörter) Niedersachsen. Deren Schulweg haben wir weiterverfolgt und jetzt im Alter von zehn, bzw. zwölf von den Lehrern wissen wollen, habt ihr die für die Hauptschule jetzt zu empfehlen oder für Realschule oder für Gymnasium? Und dasselbe mit Kindern, die im Nachmittagskindergarten (Wörter). Und dann kommt raus, bei denen mit dem Nachmittagskindergarten haben 80 % Empfehlungen für die Hauptschule. Bei denen, die im integrativen Kindergarten waren, wo sie eine Minderheit darstellten, wo sie beim Spielen, spielend buchstäblich Deutsch gelernt haben, da hatten wir nur 40 % Hauptschulempfehlungen, 60 % Empfehlungen für Gymnasium und für Realschule. Wir prägen den Lebensweg unserer kleinen Ausländer im Kindergarten, aber wir haben die Konsequenzen daraus nicht gezogen. (D_01)

Für Kinder mit Migrationshintergrund fordert die Prävention zweierlei, die Erhöhung ihrer Kontaktzeit mit den institutionalisierten Kinderräumen und ihre gleichmäßige Verteilung über sie. Mit der ersten Forderung beteiligt sich die Prävention an der Pädagogisierung sozialer Probleme, bei welcher der Ordnungsschutz immer weiter in pädagogische Institutionen vorverlagert werden soll (vgl. Cremer-Schäfer 2007: 167). Dem Kontakt zu den Erziehungs- und

Betreuungseinrichtungen an sich wird eine kriminalpräventive Wirkung zugesprochen, da hierdurch vor allem die Kontaktzeit mit dem der Prävention schwerer zugänglichen Bereich der Familie reduziert wird. Eine höhere Anwesenheit – so die Schlussfolgerung – sei gleichzeitig bessere Kriminalprävention. Über die Erhöhung der Kontaktzeit gelingt es der Prävention, einen Großteil des Kindertages präventiv zu takten.

Der dritte Punkt, den ich als große Zukunftsaufgabe für bürgerschaftliches Engagement skizzieren möchte, ist die Rettung der Nachmittage der Kinder aus den sozialen Randgruppen. […] Hiergegen gibt es aus meiner Sicht nur ein in der Breite wirksames Gegenmittel: die flächendeckende Einführung von Ganztagsschulen. (F_06)

Geschlossene Handlungsräume pädagogischer Einrichtungen verfolgen den Zweck, Entwicklungsabläufe bei der nachfolgenden Generation planmäßig zu steuern (vgl. Zinnecker 1990: 142). Dies macht sich die Prävention zunutze. Sie bewirbt sich in den Kindergärten als eine Form der Frühförderung abverlangter Kulturtechniken noch vor dem Schuleintritt und als Bestandteil eines umfassenden Frühwarnsystems. Die Unausweichlichkeit der Prävention, die aus der Inklusion bereits in den Kindergärten resultiert, kann folgenreich sein: „Bruchlos an sozialtechnologische Präventionsphantasien als Weg zu einer störungs- und konfliktfreien Gesellschaft anzuknüpfen und Institutionen als sozialhygienische Anstalten zu begreifen, die den fitten und starken, den gesunden und unempfindlichen Nachwuchs entwickeln, erfordert eine weitgehende Ausblendung des Wissens über Diskriminierung in und durch Disziplinarinstitutionen sowie das Vergessen und das Versanden des Wissens über Kontrollwissen(-schaften), die ihnen eigene Verdinglichung und Instrumentalisierbarkeit für soziale Ausschließung." (Amos und Cremer-Schäfer 2007: 17)

Prävention fordert, Kinderräume nach statistischen Faktoren zu homogenisieren.

Sehr früh haben dort Bürgerinitiativen und auch die Politik darauf hingewirkt, dass die Migrantenkinder sich möglichst gleichmäßig auf die Kindergärten eines Stadtteils oder einer Region verteilen. Gute Erfahrungen hat man dabei mit der Grundregel gemacht, dass die ersten 25 Prozent der Kindergartenplätze jeder Gruppe zunächst einmal von Migrantenfamilien beansprucht werden können. Die Einheimischen kommen erst dann zum Zuge, wenn erstere die Möglichkeit gehabt haben, die reservierten Plätze in Anspruch zu nehmen. Bei den Migrantenfamilien wiederum hat man aktiv dafür geworben, etwas längere Anfahrtswege dafür in Kauf zu nehmen, dass ihre Kinder sprachlich und sozial integriert werden. (F_06)

Mit der beschriebenen Verteilungspraxis beteiligt sich die Prävention an der Einrichtung von „,lebenden Tableaus', die aus den unübersichtlichen, unnützen und gefährlichen Mengen geordnete Vielheiten machen" (Foucault 1976 [1975]: 190) sollen. Integrationsprobleme erscheinen hiernach vor allem als ein Verteilungsproblem problematisch geltender Bevölkerungsgruppen, als ein Problem ihrer falschen Anordnung im Raum. Insofern könnten sie über die Gleichverteilung problematischer Kindergruppen gelöst werden. Prävention betrifft daher auch nicht alle Kinder gleichermaßen. Je nachdem, ob sie mit dem Etikett Migrationshintergrund versehen werden oder nicht, werden sie als statistische Gruppe unterschiedlichen Interventionen ausgesetzt und das ganz unabhängig von individuellen Problemlagen.[5] Einschließung und die Generierung homogener Räume setzt voraus, dass Menschen vorab nach statistischen Faktoren (aus-) sortiert werden. Prävention erweist sich hier als eine einschließende Strategie, die unter der Voraussetzung der Spaltung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen erfolgt.

> Ich habe zwei Viertel, die sind also streng, streng türkisch beherrscht, sage ich mal. Das sehen Sie auch, wenn Sie in die Schule gehen. Unser Schulsystem ist ja nun mal Sprengelschule. In die Grundschule geht der, der dort wohnt, hat ja seinen Sinn. Die Kinder sollen ja nicht weit laufen. Und sollen ja auch nicht gefährdet sein auf diesem Weg zur Schule. Aber genau das führt dazu, dass man dann eben also reinrassige Schulen quasi hat, so ungefähr. Nun kann ich das gemeinsame Leben nicht (Wort). Italiener Viertel haben wir und dann haben wir noch zwei Viertel wo Spätaussiedler – im Fachjargon der Türken sind das die Russen – auch zuhause sind und die das dann auch für sich erobert haben. (SRL_10)

Die Prävention beteiligt sich an der Produktion von Fremdheit und benutzt diese im Anschluss als „Zuschreibungsregel für Kriminalität" (Cremer-Schäfer 2007: 169). Wo sich mehr Kinder mit so genanntem Migrationshintergrund versammeln, als der Prävention lieb ist, sei auch eher mit Kriminalität zu rechnen. Die Prävention kennt zwei Extreme: „reinrassige" Schulen gibt es hier wie da, nur sind eben lediglich die Schulen ein Problem, die von den „Falschen" erobert wurden.

---

5 Jedoch gilt nicht jeder „Migrationshintergrund" als problematisch. Schulen, die mit dem Leitbild der „Internationalität" werben, sind – im Gegenteil zu oben beschriebener Praxis – gerade um eine hohe Quote anderssprachiger Kinder bemüht. Dies gilt allerdings nicht etwa für Kinder mit türkischem Migrationshintergrund, deren Muttersprache augenscheinlich nicht in gleicher Weise gewürdigt wird wie andere Sprachen.

Eine weitere Strategie, die Kinder in die Schulen zu bekommen, ist das konsequente Vorgehen gegen „Schulverweigerer", das die Prävention fordert.

Durch unentschuldigtes Fehlen gefährden junge Menschen nicht nur ihre Bildungskarriere und ein später befriedigendes Berufsleben. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen auch Korrelationen auf zwischen häufigem Schulschwänzen und Abgleiten in Delinquenz. Das Schulschwänzen ist ein Indikator für die wachsenden Probleme in dieser Gesellschaft. Das Schulschwänzen ist mehr als nur ein wachsendes Problem für die Schulen. (F_02)

Kern meiner Meldung, das sind aber die Schulschwänzer. Wir sind auch sehr engagiert dabei, die Schulschwänzer mit der Polizei der Schule zuzuführen. Nicht, weil wir glauben, dass die dadurch besser werden. Wir wissen natürlich, dass die in der nächsten großen Pause die Flocke machen, ist völlig klar. Aber der Hinweis ist für alle Klassenkameraden: „Wenn du nicht zur Schule gehst, kommt die Polizei und dann gibt es Stress zuhause." (SRL_12)

Für die Prävention ist die Erklärung des Phänomens „Schulschwänzen" nebensächlich. Als ein auf die Zukunft gerichtetes Handlungsprinzip interessiert sie sich nicht für die Motive einzelner Schüler_innen, dem Unterricht fern zu bleiben, sondern für die möglichen Auswirkungen auf das Funktionieren der gesellschaftlichen Ordnung. Flankiert von „wissenschaftlichen Untersuchungen" fällt die Prognose der Prävention schlicht aus: Schulschwänzen befördert ein Abgleiten in die Delinquenz. Ob jede Art, Wissenschaft zu betreiben, zur Legitimation heran gezogen werden sollte, ist für die Prävention keine Frage. Die Schlussformel „Schulschwänzen und Jugenddelinquenz" (Cremer-Schäfer 2007: 171) übersetzt die Prävention in die Praxis, unkontrollierte Kinder und Jugendliche in ihre Aufbewahrungsorte zurückzubringen, um die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Straffälligkeit zu reduzieren.

Neben der Organisation analytischer Räume und der Sicherstellung, dass eine optimale Verteilung von „Risikokindern" gewährleistet ist, versucht die Prävention zweitens, ihre Programme in den schulischen Alltag einzuflechten.

Das Bildungsministerium hat starkes Interesse an einem Curriculum für kriminalpräventiven Unterricht an Haupt- und Realschulen bekundet, das derzeit als Modellprojekt an einigen Schulen getestet wird. Etwa Anfang nächsten Jahres wird das Bildungsministerium prüfen, ob das Curriculum in die Lehrplangestaltung für ganz Schleswig-Holstein übernommen werden kann. (E_02)

Das Spektrum der abhilfeträchtigen Symptome, die an Kindern beobachtet werden könnten, wird von der Prävention so breit bestimmt, dass die Inflation von Problemlösungsvorschlägen in Form umfangreicher Curricula nicht in Frage gestellt wird (vgl. Hengst et al. 1981: 7 f.).

Das Land Niedersachsen will dazu Hilfestellungen leisten. Denn nur ein abgestimmtes, entschiedenes Vorgehen kann gegen das weitere Ausbreiten von Gewalt in unserer Gesellschaft helfen. Aus diesem Grund hat die Landesregierung bereits verschiedene Initiativen ergriffen und arbeitet eng mit einzelnen Partnern zusammen: Das gemeinsam vom Kultusministerium und Sozialministerium begleitete Programm für Prävention und Integration (PRINT). Es zielt auf eine Verbesserung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule ab, sowie auf die Integration zugewanderter Kinder und Jugendlicher und den Abbau von Fremdenfeindlichkeit. Das vom Lions Clubs in Niedersachsen geförderte Programm „Lions Quest" und „Klasse2000" an den Grundschulen und den weiterführenden Schulen. Das von der Agentur Prevent hier in Oldenburg entwickelte Programm SIGN für Schulen in den Regionen Weser-Ems und Lüneburg. Diese Programme dienen der Stärkung des Selbstwertgefühls der Schülerinnen und Schüler an den Schulen und der Prävention gegen Gewalt und gegen Drogenkonsum. Zur alltäglichen Prävention an Schulen gehört aber auch die Arbeit von Schulpsychologen, Beratungslehrkräften und Schulsozialarbeitern, die sich als qualifizierte Ansprechpartner für die Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte verstehen. Darüber hinaus hat das Kultusministerium durch einen Erlass die Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei und Staatsanwaltschaft gestärkt. Dadurch soll ein zeitnahes und vor allem abgestimmtes Reagieren auf Gewalthandlungen an der Schule sichergestellt werden. Nach einem Jahr können wir sagen, dass dieser Erlass offensichtlich zum richtigen Zeitpunkt kam und sich in der Praxis bewährt hat. Mit einem weiteren Erlass, der sich zurzeit in der Anhörung befindet und noch dieses Jahr in Kraft treten soll, wollen wir zudem für die gemeinsame Erarbeitung von individuellen Sicherheitskonzepten an den Schulen werben. (E_22)

Die angesprochenen Programme „Lions-Quest – Erwachsen Werden", „Klasse2000 – Gesundheitsförderung in der Grundschule, Gewaltvorbeugung und Suchtvorbeugung" oder „Sign – Gemeinsam Schüler stark machen" zielen auf die Vermittlung von Lebens- und Sozialkompetenzen. Darunter werden soziale, emotionale und kognitive Fähigkeiten gefasst, die dabei helfen sollen, „sich selbst zu kennen und zu mögen, sich in andere hineinzufühlen, kritisch und kreativ zu denken, erfolgreich zu kommunizieren und Beziehungen zu führen, Entscheidungen durchdacht zu treffen, Probleme lösen zu können sowie Gefühle und Stress zu bewältigen" (Hilfswerk der Deutschen Lions e. V. 2010). Die Programme basieren u. a. auf dem so genannten Selbstmanagement-Ansatz:

„Gesundheitsförderung vermittelt Kindern Fähigkeiten, um selbstbestimmt Verantwortung für ihre eigene Gesundheit zu übernehmen. Wenn Kinder verstehen, warum sie bestimmte Gefühle haben oder ein bestimmtes Verhalten ausüben, können sie für sich selbst Lösungsmöglichkeiten und Verhaltensalternativen entwickeln. In Programmen werden verhaltenstherapeutische Techniken und Prinzipien, wie Selbstbeobachtung, Selbstbewertung und Selbstverstärkung […] eingesetzt. Sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass das im Programm gelernte Verhalten in den Alltag übertragen wird." (Verein Programm Klasse2000 e. V. 2010: 8) Programme wie „Lions Quest", „Klasse2000" oder „Sign" lehren die Schüler_innen eine Form der Handlungsfähigkeit, die auf *Empowerment* basiert. Im Zentrum steht das Selbst, das darin fit gemacht werden soll, Gefühle und Stress eigenverantwortlich zu bewältigen und sich selbstbestimmt aus einer ungewollten Situation zu befreien. Die Kinder werden angelernt, sich selbst zu beobachten und die eigene Person hinsichtlich möglicher Risikopotenziale abzuschätzen. Die Konzentration auf Selbstmanagementstrategien bei der schulischen Präventionsarbeit hat zur Konsequenz, dass die Probleme der Kinder nicht in ihren sozialen und institutionellen Kontexten untersucht werden. Vielmehr erscheinen sie als persönliche Defizite der Selbstwertschätzung, Selbstdisziplin und Motivation (vgl. Lehmann-Rommel 2004: 272).

Eine Schule, die sich nicht der Auslese, sondern der bestmöglichen Förderung unserer Kinder verpflichtet fühlt. Gelingt es uns, diesen Grundgedanken überzeugend in die schulische Praxis umzusetzen und alle Beteiligten – auch die Eltern – auf einem solchen Wege mitzunehmen, dann können wir mit Fug und Recht von einer lohnenden Investition in die Zukunft sprechen. (E_15)

Prävention gibt den Schüler_innen das Versprechen, dass präventives Selbstmanagement im Erwachsenenalter mit gesellschaftlicher Teilhabe belohnt werde (vgl. Peters 2000: 37). Mit dem Paradigma der Selbstorganisation werden „Schüler umdefiniert zu Selbstmanagern des Wissens, zu autopoietischen ‚lernenden Systemen', denen vor allem dann Erfolg in Aussicht gestellt wird, wenn sie moderne Managementqualitäten an sich selbst entwickeln" (Pongratz 2004: 254). Mit dem Einzug (kriminal-)präventiver Programme in die Schulen wird damit die neoliberale Tendenz forciert, aus der Lebenswelt der Erwachsenen herausgelöste Kinderräume nach ökonomischen Prinzipien der Erwachsenenwelt umzubauen (vgl. Hengst 1981: 31 f.). Die Vorstellung von Kindheit als Moratorium, als eine „Zeit der Entpflichtung" (Andresen 2004: 161) wird abgelöst durch die Vorstellung von Kindheit als Verpflichtung, als Verpflichtung zur Selbstführung. Prävention an Schulen erweist sich als eine gouvernementale

Regierungspraktik, welche die Einzelnen in eine Vielzahl von Netzwerken der wechselseitigen Verpflichtung, Anteilnahmen und Überprüfung einbindet (vgl. Lehmann-Rommel 2004: 266 ff.). Durch Selbstführungsstrategien wird Kindern und Jugendlichen die Verantwortung für ihr Handeln übertragen und kein Unterschied zwischen ihrem Urteilsvermögen und dem Erwachsener mehr gemacht (vgl. Amos 2007: 38). Eigenverantwortlich zu handeln bedeutet für Kinder auch, eigenverantwortlich zu scheitern. Herrschaftsverhältnisse können somit gar nicht mehr oder nur noch in Zusammenhang mit eigenem Versagen thematisiert werden. Mit der Ausweitung von (Kriminal-)Prävention an Schulen unter dem Signum des „Selbstmanagements" wird eine Transformation von Machtbeziehungen weitergeführt, die ungleich „schwerer zu kontrollieren und zu kritisieren [ist], als sie sich als Schülernähe, Erfahrungsoffenheit, Empathie und ‚Beziehungsleistung' verkleidet" (Meyer-Drawe 1996: 655). Der wohlwollende Charakter, der die Prävention begleitet, bewirkt, dass die mit der Prävention einhergehende Normierung und Selektion in den Hintergrund treten.

> Vielmehr geht es um die Ausbildung emotionaler und sozialer Kompetenz. Wie gehen wir mit Gefühlen so um, dass es nicht zur Missachtung anderer und nicht zur Ausübung von Gewalt kommt? Diese Frage muss schon sehr früh bei den Kindern beantwortet und von den Eltern gesteuert werden. Es geht also um Bildungsprozesse in Familien, um Bildungsprozesse in der Freizeit, um interkulturelle Bildungsprozesse und nicht zuletzt natürlich um Bildungsprozesse in der Schule. Mit der Ausbildung von Konfliktlotsen und Streitschlichtern in unseren Schulen, meine Damen und Herren, gehen wir – davon bin ich überzeugt – bereits in die richtige Richtung. (E_07)

An die Seite der Programme, die die Kinder zu „Selbstmanager_innen" ihres Lebens bestimmen, treten Verfahren, welche die Sicherheit durch die Kontrolle der Schüler_innen untereinander gewährleistet sehen wollen. So bieten die hier genannten Programme „Streitschlichter" (Jefferys-Duden 2008) und „Konfliktlotsen" (Hagedorn 2005) Mediationstechniken für Schüler_innen an, die zur Anwendung kommen, wenn bei Gleichaltrigen das Prinzip der Selbstregulation nicht greift. Scheitern Kinder und Jugendliche daran, ihre Probleme eigenverantwortlich zu lösen, wird ihnen in der Konsequenz mittels standardisierter Fremdführungstechniken begegnet. Da die Disziplinierung in solchen Programmen nicht über die Lehrer_innen, sondern durch Gleichgestellte erfolgt, vermitteln die Verfahren den Eindruck einer „egalitären" Kommunikation. Gleichzeitig leistet die Aktivierung der Schüler_innen zur Führung der Anderen, dass die Ursache für Normverstöße als auch die Verantwortung für deren Lösungen innerhalb der Schülerschaft verortet bleibt. Streitschlichtung, die durch solche

Programme standardisiert wird, suggeriert den Schüler_innen, dass Konflikte innerhalb der aufgezeigten Handlungsabläufe verstanden, bewältigt und gelöst werden könnten. Die Programme reproduzieren die Vorstellung, dass die Bewältigung von Konflikten ganz maßgeblich von dem richtigen Einsatz der Methoden abhängig sei. Ist die Schlichtung nicht erfolgreich, liegt nahe, das Scheitern mit individuellen Konfliktlösungsschwierigkeiten und mangelnder Sozialkompetenz zu begründen und weitere präventive Interventionen in die Wege zu leiten. Die Standardisierung befördert außerdem, dass Verhaltensweisen der Mitschüler_innen nach vorgefassten Kriterien als abweichend deklariert und in der Folge mittels Maßnahmen der räumlichen Trennung und Gesprächstechniken präventiv unterbunden werden.

In Programmen wie „Streitschlichter" und „Konfliktlotsen" lernen Kinder und Jugendliche, ihre Mitschüler_innen hinsichtlich ihres Konfliktpotenzials und ihrer Konfliktlösungskompetenz zu sortieren. Solche Präventionsprogramme motivieren daher nicht nur zur Selbstregulation, sondern das Führen und Anleiten anderer avanciert zum persönlich erstrebenswerten Ziel und wird von Schüler_innen als dem Gemeinwohl zuträglich empfunden (vgl. Hahn-Dehm 2007: 112 ff.). Kindern und Jugendlichen wird vermittelt, dass sie ihre Konflikte selbstbestimmt untereinander austragen dürften. Diese Zusage gilt allerdings nur für Abweichungen, die als geringfügige Regelverstöße betrachtet werden und bezieht sich lediglich auf Konflikte, die zwischen den Schüler_innen bestehen. Auseinandersetzungen mit schulischen Akteuren (etwa Lehrer_innen), die auf einer anderen Hierarchiestufe stehen, werden im Streitschlichterprogramm nicht angesprochen.

Ihre Ausgangsidee war, dass junge Menschen im Alter von 18 bis 30 als „Balu" ein benachteiligtes Kind im Grundschulalter mindestens ein Jahr lang ein- bis zweimal die Woche zwei bis drei Stunden aktiv dabei unterstützen, dass es schulisch und sozial gut voran kommt. Die „Moglis" sind 6- bis 10-jährige Grundschüler. Die Klassenlehrer wählen hierfür Kinder aus, um die sie sich Sorgen machen. Die Balus bieten ihnen jede Woche konzentrierte Aufmerksamkeit, Nachhilfe und Freundschaft. Man trifft sich auch in der Gruppe mit den anderen Betreuern und Kindern. (F_06)

Prävention an Schulen ist eine Sortierungspraxis. Sie begegnet den einen mit „Selbstmanagementstrategien", den anderen mit „Betreuungsprogrammen". Sie nimmt eine „Zweiteilung der Adressaten" (Lindenberg und Ziegler 2005: 619) vor, in die Aktivierbaren auf der einen Seite, die der geforderten selbstsorgenden Lebensgestaltung nachkommen können und in „Sorgenkinder" auf

der anderen Seite, die von den Autonomie-Potenzialen der Prävention keinen Gebrauch machen können.

Die Selbst- und Fremdführungsprogramme, für welche die Prävention an Schulen wirbt, betreiben Vorbeugungsarbeit hauptsächlich in einer Dimension. Das Vorgehen gegen die Abweichung von Kindern und Jugendlichen wird zum Vorgehen gegen die Kinder und Jugendlichen selbst, und nicht etwa zum Vorgehen gegen ihre Deklarierung als abweichend. So finden sich keine Programme, die eine kritische Auseinandersetzung mit den strukturellen, institutionellen und sozialen Hintergründen der Probleme von Kindern und Jugendlichen befördern. Die Programme eröffnen daher auch keine Möglichkeiten zu einer Emanzipation von gesellschaftlichen Machtverhältnissen, etwa zu einer Problematisierung wahrheitsproduzierender Begriffe über Kinder und Jugendliche (z. B. Kriminalität, Abweichung, Risikopopulationen, Problemkids usw.), und sie bieten Kindern keine Gelegenheit zur Organisation.

Die Analyse der in der Außenwelt in Anspruch genommenen institutionalisierten Kinderräume zeigt bis hierher erstens auf, dass die Prävention mehr Kinder in den für sie vorgesehenen Kinderräumen zu erfassen versucht. Ich verwies zweitens auf die Inklusion von Lebenskompetenz- und Mediationsprogrammen in Kindergärten und Schulen unter der Federführung der (Kriminal-)Prävention. Eine dritte Weise, in der die Prävention die Kinderräume beeinflusst, ist die Forderung nach einer noch stärkeren Abstimmung des familiären und schulischen Aufenthaltsortes unter präventiven Gesichtspunkten.

> Aus meiner Sicht werden in Zukunft Schulen und Kitas gerade in diesem Zusammenhang mehr Verantwortung übernehmen müssen, allerdings nicht, ohne dass Eltern für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder viel mehr als bisher in die Pflicht genommen werden. Für mich erschließt es sich z. B. nicht ohne weiteres, dass sich die Kommunikation zwischen Eltern und Lehrkräften meist auf sehr förmliche Elternabende und das eine oder andere 10-minütige Gespräch anlässlich der Zeugnisausgabe beschränkt. Hier gilt es, langfristig eine Eltern einbeziehende, fordernde und gleichzeitig ihre Ressourcen nutzende Kultur zu entwickeln und auch zu prüfen, ob unsere Hilfesysteme und andere Angebote nicht viel mehr als bisher um Schule und Kita herum zentriert werden sollten, so wie dies zum Teil in den skandinavischen Ländern der Fall ist. (E_19)

Die Prävention argumentiert mit dem Problem einer mangelhaften Kommunikation und Vernetzung zwischen den Normalisierungsinstanzen. Hier möchte sie die Vermittlerrolle übernehmen, um die Produktivität der beiden Präventionsorte zu steigern. Während die Prävention die Familie als „natürlichen“ Ort vorbeugender Erziehung anruft, dient ihr die Schule als deren staatliche gelenkte Wei-

terführung. Es ist die besondere Leistung und das Ziel der Prävention, das Band zwischen diesen beiden Normalisierungsinstanzen (wieder) enger zu schnüren. Zwischen Eltern und Schule baut die Prävention eine institutionalisierte Beziehung aus, „die auf unterschiedlichen Kompetenzzuweisungen basiert, gleichwohl einer gegenseitigen Informations- und Wissensübertragung dient" (Wambach 1981: 218). Prävention ist bestrebt, die räumlich getrennt wirksam werdenden Normalisierungsinstanzen auf eine gemeinsame Linie hin zu einen.

Die Schweiz ist da sehr erfolgreich mit Quartiersschulen, wo eben Elternarbeit stattfindet, wo die Eltern einbezogen werden in den schulischen Unterricht, weil man sagt, alles andere wird später viel, viel teurer und so muss man es angehen, wie wir es eben in Neukölln jetzt auch praktizieren. (SRL_03)

Mit der parallelen Einflechtung in Schule und Familie erreicht die Prävention, an beide Normalisierungsinstanzen die gleichen Forderungen zu stellen und sie den gleichen Rationalitäten zu unterwerfen. Beide Instanzen sollen es als eine ihrer wesentlichen Aufgaben betrachten, Kinder in vorbeugendem Handeln anzulernen. Als zirkulär aufeinander abgestimmte Präventionsräume des Kindes setzen sie eine sich selbst tragende rückgebundene Kontrolle frei. Über Schulen lässt sich dann die Informationsgewinnung über die familiären Strukturen organisieren. Die institutionalisierten Kinderräume bilden einen Knoten, dessen Stränge in zwei Richtungen weiter laufen: in die Familien und in das Quartier.

Quartier

Das Quartier bildet neben der Familie und den institutionalisierten Kinderräumen die dritte Dimension des präventiven Zusammenrückens um das Kind.

Die Verhütung von Straftaten und Gewaltakten im Elternhaus, in der Schule, in der Wohnanlage, auf Straßen und Plätzen, bei Freizeit und Spiel ist eine komplexe Aufgabe. Sie ist Teil der Jugend-, Sozial- oder Schulpolitik, soweit sie auf potentielle Täter oder gefährdete Personen einwirken will. Sie ist kommunale und polizeiliche Sicherheitspolitik, soweit sie auf Täter einwirken oder die Tatbegehung erschweren will, sei es durch technische Prävention, sei es durch geeignete Stadtplanung oder durch Bündelung gesellschaftlicher Kräfte in Projekt- und Stadtteilarbeit. (E_01)

Nicht jeder Ort gilt als präventionstauglich. Orte der Prävention zeichnen sich durch ihr gleichermaßen ursächliches, symptomatisches und therapeutisches Potenzial aus. Nur ein Ort, der alle drei Bedingungen in sich zu versammeln

vermag, könne eine weitreichende kriminalpräventive Wirksamkeit entfalten. In diesem Sinne erzeugt die Prävention eine Hierarchie von Orten, welche die Stadt und das Quartier (respektive den Stadtteil, das Viertel, den Nahraum, die Gemeinde oder die Nachbarschaft) auf unterschiedliche Positionen verweist, die Stadt auf die Position der Kriminalitätsursache …

Wir alle wissen, dass die Großstadt ein besseres in Anführungszeichen Umfeld für Kriminalität ist, von dem Thema Wohlstand, Wohlstandsgefälle über die sich auflösenden sozialen Strukturen über die höhere Anonymität bis hin zur Verkehrsinfrastruktur, die Verbrechen tendenziell begünstigt. (E_24)

… und das Quartier auf alle drei Positionen. Die Prävention konstituiert das Quartier sowohl als Ursache …

Schwerpunktthema dieses Kongresses: die Gewaltprävention im sozialen Nahraum. Das spiegelt ja genau die gesellschaftlichen Zusammenhänge wider und kommt auch nicht von ungefähr. Keime für Gewalt, Keime für Kriminalität gibt es im Wohnquartier, kann es in der Schule geben und in den Familien. Und davor darf niemand die Augen verschließen. (E_43)

… und „Registrierplatte“ …

Denn die Menschen vor Ort wissen, wo die Ursachen für die Kriminalität sind. Sie im Stadtteil wissen genau, was eigentlich los ist, und diesen Sachverstand von ihnen, von den Menschen vor Ort, den brauchen wir für die Kriminalprävention. (D_14)

… sowie insbesondere als Therapie.

Die Kriminalität muss lokal behandelt werden, denn man kann nicht alle Politik gleichmäßig anwenden, ohne sie an die lokale Situation anzupassen. (E_23)

Auch aus anderen Projekten, insbesondere in Großbritannien und den Niederlanden, wissen wir, dass Erfolge ganz überwiegend im kommunalen Bereich zu erzielen sind. Also vor Ort, wo sich die unterschiedlichsten kriminalitätsauslösenden Faktoren im Lebensumfeld der Menschen am sichtbarsten auswirken, wo Kriminalität somit auch am wirkungsvollsten eingedämmt werden kann. (E_02)

Stadt und Quartier übernehmen in der Prävention gegensätzliche Funktionen. Die Umkreisung des Kindes lässt sich daher auch nicht beliebig ausweiten. Wo

die Stadt in die Dystopie verbannt bleibt, weil sie zu sehr ursächlich mit Kriminalität verwoben ist und damit als Gegenbild gewollter Gesellschaft fungiert, wird das Quartier zum integrativen Moment der Steuerung in der Außenwelt. Im Quartier findet die Kriminalprävention exakt jene Gefährdungslagen und Interventionsfelder vereint, die sie für die präventive Einkreisung des Kindes benötigt. Stadt und Quartier stehen daher im Präventionsdiskurs in implizitem Verhältnis. So integriert das Quartier das Städtische als Ausdruck ungewollter Zustände und Gefährdungslagen in seine Beschaffenheit, was umgekehrt jedoch nicht gelingt. Im Quartier ist immer auch das Städtische enthalten, doch gleichzeitig zeichnet sich das Quartier gegenüber der Stadt auch dadurch aus, dass es therapeutische Funktion übernehmen kann. Diese Möglichkeit der Vorbeugungsarbeit bleibt der Stadt verwehrt, so dass ihr Wechsel in die Außenwelt unmöglich erscheint.

> Wir haben zum zweiten in Stuttgart, um diese Anonymität der Großstadt zu überwinden, einen dezentralen Ansatz gewählt. Wir haben insgesamt die letzten Jahre unsere Verwaltung sehr stark dezentralisiert. Wir haben dazu historisch gewachsene Stadtteile, (Wort) ist neu dazugekommen. Wir haben dann gesagt: Das ist eigentlich das Umfeld, das Wohnumfeld, das doch halbwegs überschaubar ist, das heißt, setzen wir genau dort an. (E_24)

Die Stadt übernimmt im Präventionsdiskurs die Funktion der Ursache von Kriminalität und Abweichung. Das Quartier steht für noch viel mehr. Es ist bevorzugter Ort, bevorzugter Modus und intendierter Effekt kriminalpräventiver Interventionen (vgl. Clarke 2007: 62). Mit der Stadt verbindet die Prävention (und nicht nur sie) Anonymität und Kontrollverlust, mit dem Quartier Überschaubarkeit und unmittelbare Wirksamkeit. Die Prävention hält der Stadt mit dem Quartier eine handhabbare Größe entgegen, eine überschaubare Menschenmenge. Sie nimmt konkrete Territorien in den Blick, die als benachteiligt oder besonders entwicklungsbedürftig ausgewiesen werden (Kessl und Maurer 2005: 116). Die „Diagnosen räumlicher Segregation dienen nun der Begründung von Interventionsstrategien in den sozialen Raum des Lokalen: Soziale Problem werden als Problem spezifischer Territorien identifiziert, woraus die Schlussfolgerung gezogen wird, staatliche Reaktionen seien in Form von Interventionsmaßnahmen in diese spezifischen sozialen Räume des Lokalen zu konzipieren" (Kessl und Krasmann 2005: 236). Zur Präventionsinsel wird das Quartier durch drei Strategien, durch die Strategie der Vernetzung lokaler Institutionen unter dem Signum der Kriminalprävention, durch die räumliche und zeitliche Erfassung der Übergangsräume, die sich zwischen den Normalisierungsinstanzen Familie und Schule auftun und schließlich durch die Schaffung „einzigartiger" Nachbarschaften.

So forciert die Kriminalprävention erstens, die in den Quartieren tätig werdenden Instanzen zu vernetzen und in ihrem Wirken aufeinander abzustimmen. Wissenschaftliche Theorien (Theorie des sozialen Lernens, Netzwerktheorie) konzipieren das Quartier – neben der Familie und der Schule – als eine maßgebliche Sozialisationsinstanz und als sozialen Lernraum (vgl. Häußermann und Siebel 2004: 166). An diese Logik hängt sich die Prävention an und versucht das Quartier zu einem präventiven Lernraum umzubauen.

Das Zusammenwirken von städtischen Ämtern, Schulen, Elterngruppen, Kirchen, Vereinen, Gruppierungen ausländischer Mitbürger usw. hat zu einer breiten Palette von Angeboten der Begegnung, der Aussprache, der Gestaltung des lokalen Wohnumfeldes und der Jugendbetreuung geführt, wodurch nach Aussagen der Beteiligten Konflikt- und Gewaltpotentiale erkennbar abgebaut wurden. Obwohl sich diese positive Entwicklung natürlich noch nicht zählbar in der Polizeilichen Kriminalstatistik niederschlägt, belegt sie die Richtigkeit unseres Ansatzes, ein kommunales kriminalpräventives Netzwerk zu etablieren, um konkrete und dauerhafte Präventionswirkungen insbesondere im örtlichen Bereich zu erzielen. (E_02)

Prävention am Kind soll überall dort betrieben werden, wo Kinder sichtbar sind, in den Familien, in den Kindergärten, in den Schulen, aber auch in den Vereinen, in der Jugendbetreuung und allen anderen kindlichen Kontaktstellen. Die Prävention kann ihre Produktivität steigern, wenn diese Sichtbarkeitsorte des Kindes nicht isoliert voneinander agieren. Insofern ist es ihr Ziel, „die enge Verschränkung von Schule, Sozialarbeit und Polizei vor Ort, im Quartier, im Stadtteil“ (E_50) voranzutreiben, in den unterschiedlichen Instanzen das Bedürfnis nach Zusammenarbeit hervorzurufen.

Diese Sicherheitspolitik einer verstärkten Vorbeugung ruft förmlich nach neuen Strukturen und Konzepten, nach einer ressortübergreifenden Kriminalprävention, die alle gesellschaftlichen Gruppen in Problemlösungsprozesse vor Ort einbezieht. (E_17)

Prävention stellt hierfür die optimalen Bedingungen zur Verfügung. Dies gelingt ihr mit dem Zugriff auf das Quartier und über die „Einrichtung des Präventionsrates und der Ergänzung durch das Quartiersmanagement“ (E_08). In den so genannten Stadtteilgremien schließen sich die lokalen Instanzen zusammen und stimmen ihre Strategien aufeinander ab. So reduziert die Prävention die Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Kontroll- und Normalisierungsinstanzen (z. B. Jugend-/Sozialarbeit und Polizei) und verschmelzt sie zu einem Wirkungskörper.

> Aber sehr wichtig sind die 15 Stadtteilpräventionsräte, weil hier wird lokale Arbeit gemacht, alle freiwillig, vernetzt mit dem Revierleiter der Polizei, mit der Stadtverwaltung und den Vereinen, Kirchengemeinden, Schulen und Kindergärten im Stadtteil. Und die Philosophie ist, die Probleme im Stadtteil zu lösen. Nur wenn die Zusammenarbeit im Stadtteil das Problem nicht löst, auf die Ebene höher bringen. (SRL_09)

Kommunale Kriminalprävention ist damit gleichzeitig eine Strategie der Versöhnung. Aus einer unkoordinierten, häufig konkurrierenden Instanzenvielfalt wird ein einheitliches, kommunales Präventionsmanagement. Das Quartier wird hierbei zu einem kriminalpräventiven Wirkungsfeld, das die günstigsten Bedingungen für die Verbreitung des präventiven Wissens auf lokaler Ebene herstellen soll. Prävention im Quartier ist daher ein Regieren mit Institutionen, die seit jeher Sozialisationsfunktionen übernehmen, ihrer Aufgabe allein aber nicht mehr gerecht würden.

> Um Gewaltpotentiale unter Kindern und Jugendlichen zu reduzieren, müssen gemeinsame Anstrengungen unternommen und Verantwortlichkeiten deutlich gemacht werden. Schule allein kann das nicht schultern. Ein Zusammenwirken unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen ist notwendig. Vor diesem Hintergrund ist auch diese Veranstaltung sehr zu begrüßen, da sie den Rahmen schafft, Impulse und Stimmungen von der Basis aufzunehmen und Ihnen, als Praktikerinnen und Praktikern vor Ort, die Möglichkeit gibt, Ihre Erfahrungen aus Ihren Arbeitsbereichen einzubringen und fachlichen Austausch zu betreiben. (E_22)

Über das Quartier versucht die Prävention die verstreuten Interventionsfelder effektiv zu bündeln und zu vernetzen, was es schon an Bewährtem gibt. Sie erzeugt sich als eine machtvolle Sozialtechnik, weil sie sich mit einer Vielzahl von Mächten verzahnt, die bereits durch die kleinsten Elemente, wie die Familie oder die Nachbarschaft, wirken. Nur weil es dieses feine Netz an Mächten bereits gibt, kann die Prävention so erfolgreich funktionieren (vgl. Foucault 1976: 114 ff.). Als ein Kontinuum von Präventionsprofessionen wird das Quartier damit zum präventiven Interventionsort ersten Ranges. Zusammengeführt als kommunale Kriminalprävention erfahren die bestehenden Gruppierungen eine Aufwertung ihrer Tätigkeiten. Der Polizei und der Jugend- und Sozialarbeit kommen in diesem Prozess besondere Bedeutungen zu. Sie umschließen die Schule, um jede Form der kindlichen Abweichung frühzeitig erfassen und im Verbund therapieren zu können.

Der Vielfalt möglicher Ursachen der Kinder- und Jugendkriminalität und -gewalt ist grundsätzlich mit einem ganzen Maßnahmenbündel zu begegnen. Prävention ist angesagt: So brauchen wir eine bessere und wirkungsvollere Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz und weiteren Institutionen vor Ort. Auch kommt es entscheidend darauf an, dass Familie, Freundeskreis, Schule und das weitere soziale Umfeld – einschließlich der zuständigen Institutionen – angemessen und verantwortungsvoll reagieren. (E_20)

Die geforderte „Projektvernetzung zwischen Jugendarbeit, Schule und Stadtteilarbeit" (E_02) will sich nicht als eine gezielte Einzelmaßnahme begriffen wissen. Sie ist vielmehr als Maßnahmenbündel ein „um die Schule herum errichtete[s] System der Erkennung von Schüler-Anomalien" (Wambach 1981: 217). Das Anliegen, die kinderbezogenen Normalisierungsinstanzen optimal aufeinander abzustimmen, spiegelt das Projekt PiT (Prävention im Team) paradigmatisch wider, das gegenwärtig an zahlreichen deutschen Schulen zur Anwendung kommt und das paraschulische Umfeld zum Verbündeten macht: „Das Grundprinzip ist die Arbeit im Team, d. h. die Zusammenarbeit von Schule mit ihren Partnern im außerschulischen Bereich wie Polizei, Jugendgericht, Suchtklinik, und/oder einer kommunalen Jugendeinrichtung. Dabei ist die Kooperation mit der Polizei in diesem Präventionskonzept besonders intensiv. Ziel des Trainings ist Jugendliche zum Erkennen von Konfliktsituationen und zu einem an den persönlichen Möglichkeiten orientierten Umgang mit Konfliktsituationen zu befähigen." (Deutsches Forum für Kriminalprävention 2010) Am konsequentesten wird das Anliegen der präventiven Abstimmung kinderbezogener Normalisierungsinstanzen derzeit von der Stadt Monheim betrieben, die sich als bundesweites Vorbild struktureller Präventionsarbeit verstanden sehen will und aus diesem Grund den Titel „Hauptstadt des Kindes" anstrebt. Das Programm „Mo.Ki – Monheim für Kids" (Stadt Monheim am Rhein 2010: o. S.) beschreibt den Leitgedanken der Monheimer Jugendhilfeplanung als eine Präventionskette, die sich über die komplette Kindheit erstrecken soll: „Dabei handelt es sich um einen kommunalen Präventionsansatz, der einen systematischen Umbau der Kinder- und Jugendhilfe zum Ergebnis hat – weg von der Reaktion auf Defizite hin zur Prävention als aktive Steuerung und Gestaltung. Im Mittelpunkt aller Bemühungen steht das Kind und seine Entwicklung. Mo.Ki beschreibt eine Präventionskette von der Geburt bis zur Berufsausbildung. Angepasst an erschwerte gesellschaftliche Bedingungen werden Familien über institutionelle Übergänge hinweg begleitet, um Eltern zu unterstützen und Kinder möglichst früh zu stärken. Um nachhaltige Erfolge in der pädagogischen Arbeit zu erzielen, werden die Fachkräfte trägerübergreifend qualifiziert und ein Netzwerk mit

zahlreichen Kooperationspartnern aufgebaut“. Quartiersbezogene Prävention will die vereinzelten lokalen Instanzen auf ein gemeinsames Ziel hin einen. Mit ihr verbindet sich zweitens das Anliegen, das Kind jenseits der Normalisierungsinstanzen Familien und Schule in den Zwischenräumen zu erfassen. Sie weist daher auch eigenschöpferisches Potenzial auf.

Prävention ist, zum Beispiel Jugendliche, vor allem in den Stadtteilen wichtig, dass sie Treffpunkte haben, da würde ich doch an den Herrn Stadtverordnetenvorsteher und auch an die anwesenden Abgeordneten den dringenden Appell richten, sorgen sie dafür, dass in allen Stadtteilen wirklich ausreichen Möglichkeiten für die Jugendlichen und Kinder da sind, wo die sich treffen können, wo die was Sinnvolles machen können. (D_14)

Prävention im Quartier ist eine „fürsorgliche Belagerung“ (Berg 1995) der Übergänge zwischen den Normalisierungsinstanzen Familie und Schule. Ziel dieser Belagerung ist es, die Übergangszonen so zu gestalten, dass sie Kindern eine spezifische Bewegung auferlegt und den unkontrollierten Raum der Straße unter Kontrolle bringt. So konstituiert die Prävention das Quartier als ein Auffanglager, in dem das Kind auch über den übrigen Tag abseits der Normalisierungsinstanzen umsorgt werden kann. Denn wenn der gesamte Aktionsradius des Kindes unter der Federführung der Prävention erschlossen wird, gelingt es, den Tag des Kindes vollständig nach präventiven Gesichtspunkten zu rhythmisieren.

Wir betreiben Projekte in den Stadtteilen, vor allem um Kinder und Jugendliche von der Straße zu holen. Ich nenne hier Sport, Sozialarbeit. Wir versuchen zusätzliche Nachmittagsangebote an den Schulen zu ermöglichen, damit die Kinder dort sind, von der Straße weg. (D_14)

Besonders begrüße ich, dass Polizeifreiwillige im Umfeld von Schulen, Kindergärten, Kinderspielplätzen oder Parks Streife gehen und damit genau an den Orten präsent sind, wo besorgte Eltern sich dies wünschen. (E_11)

Übergangsräume zu erfassen bedeutet einerseits, die „Straße“ unter Kontrolle zu bringen und andererseits, die Aufenthaltszeit von Kindern in diesen ungeschützten Bereichen zu reduzieren. Die „Straße“ steht mit ihren vielen offenen Abzweigungen stellvertretend für einen „gefährlichen“ Ort. Sie ist damit gleichzeitig der Ort des Kindes, der Potenzial zur Produktivitätssteigerung besitzt. Der Aufenthalt auf der „Straße“ ist ein Zeitraum, der noch in eine „ausgefüllte Freizeit“ (E_17) überführt werden kann. Mit der präventiven Erfassung des Quartiers arbeitet die Prävention daher maßgeblich daran mit, dass sich Kinder ihr Umfeld

fremdgelenkt und erwartungssicher aneignen und dass ihre noch freie Zeit berechenbar gestaltet wird. Sie bekommen neben den institutionalisierten Kinderräumen in ihrer Freizeit weitere „Raumkapseln“ (vgl. Zinnecker 1990: 144) zugewiesen, die nach pädagogischen und kriminalpräventiven Gesichtspunkten vorgestaltet sind, seien es Bolzplätze, betreute Spielflächen, Jugendräume oder eigens ausgewiesene Graffitiflächen, an denen die „Schmierereien“ (D_14) auch niemanden stören. Es entstehen neue Kontaktstellen zu den Kindern, die ihnen freiheitliche Handlungsspielräume vermitteln und aus der Distanz gesteuert werden. Ein Beispiel für die Pädagogisierung von Freizeitflächen ist das Projekt „Übungsleiter statt arbeitslos“, das im Rahmen des Programms „Aktive Nachbarschaft“ in Frankfurt durchgeführt wird. Über dieses Projekt war in der Frankfurter Rundschau zu lesen: „‚Auf dem Atzelberg haben wir früher manchmal alleine gespielt, aber es gab oft Streit‘, berichtet Dogukan. ‚Jetzt sind die Erwachsenen dabei und wir hören darauf, was sie sagen.‘ Will heißen: Die Kickerei läuft mit Übungsleitern in spe viel strukturierter ab.“ (Müller 2009: F22)[6]

> Man hat zunächst auch für einen gewissen Zeitraum einen Sicherheitsdienst, einen privaten, eingestellt, der erst mal ein bisschen für Grundordnung gesorgt hat. Wir haben Gesprächstage für Kinder, Jugendliche eingerichtet, einen Teeny Club. Wir haben Gemeinwesenarbeit eingeführt. Das Wohnumfeld wurde durch die Hausverwaltung verbessert. Es wurde ein Stadtteilfest dort durchgeführt, Sprachkurse für Migrantinnen. Und jetzt danke ich sehr der Stadtplanung. Sie hat es geschafft, dass nebenan ein Bolzplatz eingerichtet wird, im Rahmen eines betreuten Projektes, so dass wir jetzt, das ist jetzt ganz neu, hoffen, die entsprechenden Entfaltungs- und Freimöglichkeiten haben für die Kinder und dass dieser Topf, dieser Deckel auf dem Topf abgenommen werden kann und dass wir da in diesem Gebiet mehr Ruhe haben. (SRL_09)

Prävention im Quartier ist eine Strategie, die Kinder von allem abhalten soll, was sie von einer gelingenden Entwicklung abbringt und allem zuführt, was ihre Entwicklung befördert. Mit dem Einfließen von Präventionsprogrammen in das Quartiersmanagement und die Stadtteilarbeit wird die „aktive Verinselung“ der Kindheit und die „Spezialisierung“ der Kinderräume (vgl. Zeiher 1990) weiter vorangetrieben. Mit dem Umbau der Übergangsräume nach kriminalpräventiven Gesichtspunkten geht die Entwicklung einher, dass Kinder sich zwischen eigens auf sie bezogenen Räumen einerseits und Zonen ihres Ausschlusses andererseits bewegen, in denen sie höchstens geduldet, oft sogar feindlich behandelt werden (vgl. ebd.: 37). Die Ausweisung „sinnvoller“ Kinderfreizeitzonen ist darüber

6 Die Aussage von Dogukan ist übrigens auch ein Beleg dafür, wie präventive Fremdführungstechniken erfolgreich in Selbstführungstechniken überführt werden.

hinaus eine materielle Einschreibung und damit Zementierung von Unterschieden zwischen Kindern und Erwachsenen. Die quartiersbezogene Prävention löst die Idee der freien Aneignung des öffentlichen Raums von Kindern durch die Idee einer gesteuerten und effizienten Aneignung ab. Mit der Ausweitung der Betreuungsräume können Kinder und Jugendliche in dem überschaubaren Raum des Quartiers versammelt und in ihrer Entwicklung beobachtet und gelenkt werden. Das Quartier wird damit zu einem Erkenntnisraum über das Kind und Interventionsraum, der das Kind lückenlos erfassen und von allen Seiten umschließen soll.

Neben der hier beschriebenen Effektivierung der Übergangszonen und der weiter oben ausgeführten Vernetzungspraxis, versteht sich Prävention im Quartier drittens als die „Förderung des Gemeinschaftslebens“ (E_50), denn „sicher und wohl fühlt man sich dort, wo ein soziales Klima, wo es Nachbarschaft, wo es beachtete Regeln gibt und wo die Kriminalität gering ist“ (E_61).

> Das Schwerpunktthema will Antworten auf die Frage geben, wie wir unsere Gesellschaft gemeinschaftlich sicherer und attraktiver machen können, denn bürgerschaftliches Engagement, demokratische Beteiligung und Zivilcourage halten die Gesellschaft zusammen und wirken auch kriminalpräventiv. (E_62)

Mit der Anrufung des Quartiers bringt uns die Prävention in ein spezifisches Verhältnis zueinander, in dem wir uns begegnen sollen. Präventives Quartiersmanagement will eine „funktionierende“ (E_44) und „gesunde Nachbarschaft“ (D_06) schaffen. Die nachbarschaftliche Gemeinschaft ist neben der Familie als natürliche Gemeinschaft und der Schule als deren staatliches Pendant ein drittes Element der kommunitaristischen Denkweise, das die Prävention in ihren Diskurs integriert und mit der Anrufung des Quartiers praktisch werden lässt. Aus kommunitaristischer Position (vgl. Etzioni 1995) bildet die geographische Gemeinschaft den Ausgangspunkt einer funktionierenden Gesellschaft. Die kommunitaristische Denkweise sieht einen „natürlichen“, bzw. „organischen“ (Tönnies 1991 [1935]: 4) Zusammenhang zwischen den Menschen (im Gegensatz zu Gesellschaft als „künstliche“ Einheit) aufgrund geographischer Nähe gegeben. Als geographische Gemeinschaft gilt daher, wer Seite an Seite wohnt (vgl. Etzioni 1995: 143). Weiter oben habe ich beschrieben, dass die Prävention die Gemeinschaft der Familie nicht als hinlängliche Präventionspartnerin würdigt und um andere Präventionsorte, wie die Nachbarschaft, ergänzen möchte. Nachbarschaftliche Gemeinschaft existiere allerdings nicht per se, sondern müsse durch Initiatoren des „Wir“ (Etzioni 1995: 145) erst als solche gebildet oder wieder gestärkt werden. Als ein solcher Initiator versteht sich die Prävention.

In diesem Falle ist es ganz anders gewesen. Die Leute haben sich zusammen getan, haben gesagt: „Wir wollen eine Nachbarschaft bilden, wir haben uns gemeinschaftlich gefunden in diesem Planungsprozess." (SRL_13)

Über das Quartier versucht die Prävention ein kleines sozial-ökologisches Netz und eine unternehmerische „Dorfgemeinschaft" zu schaffen (vgl. Weber 2006: 157). Im Quartier kann die Prävention niedrigschwellig ansetzen und gleichzeitig eine Gemeinschaft heraufbeschwören.

Ich sage immer sehr gerne, die Zustimmung des Bürgers fängt vor Ort, in der Nachbarschaft, in der noch so kleinen Ortschaft und nicht erst an irgendwelchen Brennpunkten an. (D_02)

Damit Gemeinschaften auch zu funktionsfähigen Gemeinschaften werden, appellieren Kommunitarier an die Verantwortungsübernahme für die Nächsten (vgl. Etzioni 1995: 168 ff.). Der Einzelne wird als aktiv und verantwortlich Handelnder begriffen, „der für die eigene und die Sicherheit jener sorgt, denen er nahe steht oder stehen sollte" (Rose 2000: 86). Als quartiersorientierter Ansatz verfolgt die Prävention das Ziel, das Selbsthilfepotenzial und die Eigeninitiative der Menschen zu fördern (vgl. Litges, Lüttringhaus und Stoik 2005: 565 f.). „In diesem Sozialraum sollen wechselseitige Selbsthilfe aktiviert, brachliegende Potentiale und Ressourcen identifiziert und mobilisiert, Selbstkoordinationsfähigkeiten der Bewohner gefördert und informelle Netze zu einem wesentlichen Bestandteil öffentlicher Versorgung re-arrangiert werden." (Lindenberg und Ziegler 2005: 623) Die gemeinschaftsstiftende Praxis der Prävention positioniert sich damit als Mittelweg zwischen unserer Anrufung als Bestandteil von Bevölkerung einerseits und Individuum andererseits. Zu unserem zentralen identifikativen Bezugspunkt für praktische Prävention wird die nachbarschaftliche Gemeinschaft. Es geht darum, „wie wir unsere Gesellschaft gemeinschaftlich sicherer und attraktiver machen können" (E_62). Als Individuen sind wir zu anfällig und verstreut, als Stadtbevölkerung zu anonym. Während die Stadt paradigmatisch für eine Beziehung steht, in der wir uns als Individuen auf den eigenen Vorteil bedacht isoliert begegnen und damit in einer für die faktische Prävention völlig unbrauchbaren Weise (aber notwendig im Hinblick auf ihre Legitimation), vereint uns die Prävention in der Außenwelt über die Verortung im Quartier zu einer Gemeinschaft. Wo die Stadtgesellschaft schon lange versagt hat, fängt die nachbarschaftliche Gemeinschaft erst an.

> Ganz ohne Gefühle, zum Beispiel mit einem reinen Verfassungspatriotismus, wird es nicht gelingen, dass Menschen sich so eingebunden fühlen, dass sie bereit sind, Verantwortung für sich und ihre soziale Gemeinschaft zu übernehmen. Wer sich nirgendwo zugehörig und aufgehoben fühlt – sei es in der Familie, seiner Stadt, im Verein oder in seinem Glauben –, wird sich schwer tun, den Punkt zu erreichen, an dem er Verantwortung übernimmt und sich für ein Anliegen engagiert. (F_07)

> Und wir wissen, dass Menschen, wenn sie sich einmischen dürfen, wenn sie sich beteiligen können, wenn über das Mitmachen ein Mindestkonsens möglich ist, dass diese Menschen dann bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, für sich, aber auch für ihr Umfeld. Wo eine Kultur des Vertrauens gepflegt wird, wo Misstrauen keinen Platz hat, wo der konstruktive Streit, intelligente, offene Auseinandersetzung über das, was zu tun ist, möglich ist, wo eine Streitkultur gepflegt wird, die nicht ausgrenzt, ist Gemeinschaft möglich, ist Stadtleben gewinnbringend, kann sich Gemeinsinn und Heimatgefühl entwickeln, entsteht Sicherheit für alle. (E_60)

Wenn geographische Gemeinschaften den Bezugspunkt für kriminalpräventives Handeln bilden, heißt dies im Umkehrschluss, dass vor Ort sichtbare Probleme zu Problemen des Ortes umgedeutet werden. Die quartiersbezogene Prävention leistet damit einer Entwicklung Vorschub, die das Verhalten des Individuums von der gesellschaftlichen Ordnung ablöst und in einen neuen ethischen Rahmen stellt, „in welchem der Einzelne als autonomer Akteur auftritt, der jeweils einzigartige, lokale und spezifische Bindungen an seine Familie und eine besondere Überzeugungs- und Wertegemeinschaft hat" (Rose 2000: 84). Mit der hiermit vollzogenen Verschiebung des Blicks weg von struktureller Benachteiligung hin zu einer raumorientierten Definition von Entwicklung, lassen sich dann auch die aufgezeigten Probleme als Mangel an sozialer Kohäsion und Selbstorganisation im Quartier umdeuten (vgl. Mayer 2003: 268). Die Bezugnahme auf das Quartier als geographische Gemeinschaft hat für die Prävention den Vorteil, dass sie den Abbau von Problemen an die geographische Gemeinschaft der Nachbarschaft überantworten kann. Gleichzeitig appelliert sie an die freiheitliche Verantwortung der Einzelnen für die eigene Sicherheit. Während sich der letzte Appell in die neoliberale Doktrin des individuellen Risikomanagements einbettet, entspringt die Forderung der Stärkung lokaler Gemeinschaften der kommunitaristischen und damit vermeintlichen Gegenposition. Dadurch entsteht kein Widerspruch. Vielmehr verweist diese Praxis erneut auf die Diffusion der Prävention und ihre Fähigkeit, Gegensätze in sich zu vereinen. Die *Community*-Orientierung fungiert als ein „Scharnier" (Kessl und Krasmann 2005: 235) für die neoliberale Anrufung der Einzelnen als Risikomanager_innen ihrer selbst. Die Neuerstar-

kung des präventiven Akzents durch die Kommune wird damit begleitet von politisch motivierten Verschiebungen, weg von einem sozietären Präventionsverständnis hin zur partikular-gemeinschaftlichen, bzw. individuellen Daseinsvorsorge, die auf die Risikominimierung für Einzelne abzielt (vgl. May, Kessl und Schaarschuch 2001: 4).

Mit der Hinwendung zur lokalen Gemeinschaft geht einher, dass sich die Prävention nicht mehr an gesamtgesellschaftlichen Problemlagen orientieren muss, sondern zu einer „ortsspezifischen Anpassung und Umsetzung“ (E_02) zu kommen versucht.

> Sie hatten erwähnt, wirksame Kriminalprävention setzt vor Ort an. Maßgeschneiderte Konzepte, genau verbunden mit der Kenntnis der örtlichen Gegebenheit, die eigene Betroffenheit, das Wissen und die Ressourcen, das genau macht die Akteure vor Ort so stark. (E_59)

> Einengende Vorgaben wären der kommunalen Selbstverwaltung zuwidergelaufen; sie würden auch den jeweiligen Verhältnissen vor Ort in keiner Weise gerecht. Prävention benötigt Freiräume, nur so können Strukturen von unten wachsen, sich verstetigen und in konkrete Präventionsaktivitäten münden. (E_13)

Mit den beschriebenen ortsbezogenen Strategien erzeugt sich die Prävention in der Außenwelt als ein je spezifisch abgestimmtes Verbundnetz unterschiedlicher Steuerungsmechanismen, das sich in immer weiträumigeren Kreisen um das Kind legt. Die Aufsuchung des Kindes in den Familien und den institutionalisierten Kinderräumen ist dabei nichts Neues, wohl aber deren Integration in ein lokales Präventionsmanagement. Die Einkreisung des Kindes durch das Quartier, in dem bewährte Präventionsprofessionen versammelt und neue geschaffen werden, ist das eigentlich neue Moment, das aus der Kriminalprävention eine lokale Angelegenheit macht. Die präventive Sozialtechnik erfährt hierdurch eine unglaubliche Ausdehnung. Sie erschafft sich quer durch alle gesellschaftlichen Instanzen als Querschnittsaufgabe und wird zunehmend selbstverständlich und unausweichlich.

MYTHOS

Wie die Utopie der entmutigenden Dystopie die Vision eines gewaltfreien Lebens entgegenhält, so beteuert der Mythos – der Außenwelt zum Trotz – eine Beständigkeit. Mit dem Mythos vermag die Prävention der irritierenden Gegen-

wart der Außenwelt ein Moment des Möglichseins entgegenzusetzen. Er ist die zweite Konstante der Wissensproduktion und das Element der Aussöhnung mit der Ungewissheit, die der präventiven Utopie zugrunde liegt. Die Utopie lehrt uns, als was wir uns begreifen sollen, nicht jedoch, aus was produktives Leben generiert werden kann. Auf diese Frage antwortet die Prävention mit dem Mythos der Kindheit.

Mit dem Mythos der Kindheit verweist die Prävention auf etwas allgemein Menschliches, in das wir vertrauen können, auf die anthropologische Konstante, dass wir uns entwickeln werden und dass diese Entwicklung lenkbar sei. Entwicklung setzt die Suche nach einem Ansatzpunkt voraus. Hier tritt die Kindheit in Erscheinung als die mythische Quelle, aus der die Prävention Nahrung zieht. Wie die Utopie auf das Zukünftige, so ist auch der Mythos auf etwas Zeitliches bezogen. Das Kind ist für die Prävention Nostalgie, weil es die Sehnsucht nach präventiver Vorverlagerung am konsequentesten verkörpert. Es ist noch unentschieden, ausgestattet mit allen Anlagen, die in ein produktives oder unproduktives Leben führen können und damit bestmögliche Interventionsfigur. Mit dem Mythos der Kindheit richtet die Prävention eine besondere Botschaft an uns. Das Kind als unsere Vergangenheit ist Aussicht auf eine bessere Zukunft. Insofern lohnt es sich, alle Anstrengungen in seine Effektivierung zu legen.

Wenn hier vom Mythos der Kindheit die Rede ist, geht es nicht um die gelebte Wirklichkeit des Kindes (auch wenn beide aufeinander zurückwirken). Im Gegenteil, weil uns die Lebenswirklichkeit von Kindern eine terra incognita ist und daher auch die Erfolge präventiver Interventionen so wahrscheinlich wie Lotteriegewinne sind (vgl. Hengst et al. 1981: 8), muss die Prävention Kindheit als Mythos aufrecht erhalten. Die Prävention setzt uns in Verhältnis zu einer Kindheit, die wir als unsere Erneuerung begreifen sollen. Der Mythos der Kindheit ist daher zuallererst ein Nachdenken über uns und unsere Probleme (vgl. Lenzen 1985: 12). Aufgabe der Analyse des Mythen-Fraktals ist es, die Aussagen freizulegen, die uns Kindheit als Hoffnung auf die Überwindung gesellschaftlicher Wirklichkeit offerieren. Es soll das Wissen um Kindheit untersucht werden, welches der Prävention als Legitimation für die Durchdringung institutionalisierter Kinderwelten im dritten Fraktal dient. Im Detail reproduziert die Prävention Kindheit als:

- Unentschiedenheit,
- Vorverlagerung,
- Erneuerung.

Unentschiedenheit

Prävention beruhigt. Auch wenn vieles verloren scheint, sie kann eine Figur vorweisen, in der noch alles angelegt ist, zum Guten wie zum Bösen. Mit dem Mythos der Unentschiedenheit des Kindes geht die Prävention auf Distanz zu einer entmutigenden Wirklichkeit und richtet den Blick auf das Vorzeitige, auf unsere Wurzeln, die gleichzeitig unsere Zukunft bedeuten. Der Mensch als Kind ist noch völlig unbeschrieben. Die Zukunft ist offen. Kinder sind …

… unbefangen (E_49), begabt (F_06), noch keine Rabauken (F_ 08) …

… aber auch …

… gefährdet (E_46) und vernachlässigt (E_27).

Mit der Figur des Kindes leistet sich der Präventionsdiskurs ein nostalgisches Moment, das noch nicht vollständig gebändigt ist. Zwar hat das Kind von Anfang an politischen Charakter und ist auch in der Prävention durch die Universalität der Erziehung gerahmt. Seine Aufgabe im Präventionsdiskurs ist jedoch gleichermaßen, einen Bereich der Unentschiedenheit offen zu halten, der uns ermutigen soll. Die Figur des Kindes suggeriert uns Hoffnung, dass noch etwas Unbesorgtes existiert. Wir lernen die Kindheit kennen als den besonderen Lebensabschnitt der Unbeschwertheit, der in Opposition zu uns steht. Das Kind ist die Gegenfigur zur Bevölkerung, die als das Kalkulierte relevant wird. In seiner mythischen Unentschiedenheit wird das Kind zu deren Beweggrund als das Kalkulierbare und damit zur Konstante präventiver Intervention. Die Utopie lehrt uns das gute Leben, die Vision einer gewaltfreien Zukunft. Der Mythos lehrt uns das ungeformte Leben des Kindes als Grundlage aller Formierung.

Lange lässt uns der Präventionsdiskurs jedoch nicht in dieser Sicherheit. Er macht schnell deutlich, dass die Idylle nur von kurzer Dauer ist und dem Kind Gefahr von allen Seiten droht, von den Medien, von den Familien, von falscher Ernährung. Durch die Unentschiedenheit sind Kinder immer auch hilflos, bedroht und schuldfähig. Die Prävention reproduziert damit ein Bild des Kindes, das apollinische und dionysische Züge in sich vereint (vgl. Holloway und Valentine 2002: 3 ff.). Unter gesellschaftlichem Einfluss kann sich der Mythos Kindheit sehr schnell ins Gegenteil verkehren. Aus dem vormals unbeschwerten Leben droht verwahrlostes, gewaltbereites, verhaltensgestörtes Leben zu werden.

Dabei könnten wir ein kleines, aber unendlich wichtiges Zeitfenster der Möglichkeiten mehr nutzen: Und dies ist diese kostbare und unwiederbringliche Zeit der ganz frühen Entwicklung, der ganz frühen Hirnentwicklung der Kinder, diese ersten prägenden Jahre, von denen wir eben inzwischen aus der Forschung wissen, dass sie die Weichen stellen für die späteren sozialen, emotionalen und intellektuellen Kompetenzen dieser Kinder. Die Kinder werden mit einem großen Fächer an Möglichkeiten geboren. Und es ist normal und in Ordnung, dass sich dieser Fächer verengt und fokussiert, aber wie er sich fokussiert, das ist entscheidend in den ersten Jahren. Noch einmal vorweg gesagt: Es gibt Kinder, bei denen geht es gut, die wachsen völlig normal auf mit den üblichen Belastungen, üblichen Förderungen und Forderungen, es gibt Geschwister, es gibt emotionale Zuwendung, hier muss der Staat sich überhaupt nicht einmischen. Aber es gibt eben zunehmend Kinder, die wachsen allein auf, der zuverlässigste Ansprechpartner ist vielleicht noch der Fernseher im Wechsel mit dem Computer, die hungrige kleine Seele erhält Cola und Chips, statt Zuwendung und Liebe und emotionale Aufmerksamkeit. Und sie können sich vorstellen, was bei diesen Kindern am Lebensanfang verkümmert, in den ersten Jahren, die darüber entscheiden, ob das Kind seelisch stabil oder labil ist, ob es zuverlässig wird oder verlassen ist, ob es belastbar ist oder chaotisch, hysterisch innerlich wird, ob es kommunikativ oder introvertiert ist, ob es lernfähig ist oder verschlossen ist und abblockt, ob es teamfähig ist oder aggressiv. Und hier muss der Staat eingreifen. (F_04)

Kinder deutet uns die Prävention als von Natur aus mit allem ausgestattet, was sie später zu guten Bürger_innen machen kann, Stabilität, Zuverlässigkeit, Belastbarkeit, Kommunikationsfähigkeit, Lernfähigkeit, Teamfähigkeit. Darüber besteht kein Zweifel. Die aufgeführten Eigenschaften sind die unbestrittenen Maßstäbe, welche die Prävention vorgibt und an denen sich der Prozess der Normierung von Kindern messen lassen muss. Wenn alles normal verläuft, dann werden aus Kindern eben stabile und teamfähige Erwachsene. Denn der Normierungsanspruch von Kindern und Jugendlichen ergibt sich aus der modernen Ausdifferenzierung von Lebensphasen, deren Maßstab die Perspektive des produktiven männlichen Erwachsenenalters bildet (vgl. Andresen 2004: 163). Hieraus resultiert die Vorstellung, dass das Kind ein unfertiges, aber aktives Wesen mit Entwicklungspotenzial sei und dadurch der Unterstützung und Hilfestellung von Seiten Erwachsener für eine optimale Entwicklung bedürfe. Wenn präventive Interventionen aber nicht zum Einsatz kommen, erwächst das Kind zu einem Konglomerat an Anormalität.

Mit dem Moment des Eintritts in die Gesellschaft wird das Kind als schuldfähig erklärt. An diesem Punkt ist Vorsicht geboten. Der Mythos gerät in Gefahr und damit auch unsere Erneuerung. Jetzt sind Interventionen gefordert, die eine ungewollte Entwicklung abwenden können. Mit dem Mythos des Kindes vermag

die Prävention zu trösten, zu schockieren, aufzurütteln – und sich gleichermaßen ins Spiel zu bringen. Denn aus der Unentschiedenheit des Kindes lässt sich sowohl ihr Entwicklungs- und Erziehungsbedarf als auch das Recht auf Schuldlosigkeit und Schutz ableiten (vgl. Holloway und Valentine 2002: 2).

Unsere Gesellschaft steht insgesamt in der Verantwortung, Kinder und Jugendliche vor schädlichen Einflüssen zu schützen. (E_20)

Wenn Kindheit als die Phase des Menschseins behauptet wird, in der Entwicklung stattfindet und die Entscheidung fällt, wer wir später sein werden, dann braucht es auch ein Instrument, das diese Phase schützend begleitet. Prävention postiert sich als ein solches, das die Defizite der als zuständig betrachteten Sozialisationsinstanzen (wie Normalfamilien mit zwei Kindern) wieder ausgleichen kann. Kinder müssen in ihrer Entwicklung vorbeugend begleitet werden, weil die gesellschaftlichen Umstände es notwendig machen. Prävention behauptet sich als Reaktion auf die anthropologische Konstante der Entwicklung und deren Wendung ins Positive. Sie ist die Formel, mit der das Kind vor dem Verlust der Unschuld bewahrt werden kann. Sie ist Begleiterin, wenn die Entscheidung naht, was aus unseren Kindern werden soll und Methode, mit der Kinder zu stabilen, gesellschaftstauglichen Persönlichkeiten gemacht werden können.

Verändere den Menschen oder verändere die Lage. Was gilt? Das hängt ein bisschen von unserem Menschenbild ab. Meines ist eher ein bisschen altchristlich und biblisch: Der Mensch ist hinfällig und zu allem fähig, sowohl zum Schlechten, wie zum Guten. Wenn ich das unterstelle, dann wäre eine interessante Frage, die von der Kindererziehung anfängt, über die Schulerziehung weitergeht und bei der Gewaltprävention nicht endet. Muss ich den Menschen ändern, oder könnte ich nicht auf weite Strecken versuchen, sein Umfeld zu ändern, die Gelegenheitsstruktur zu ändern? (E_49)

Die Prävention entwirft uns den Menschen als willensschwach und zu allem fähig. Als sein Gegenüber tritt das Kind als Mangelwesen in Erscheinung und zwar in zweifacher Hinsicht. Das Kind ist im Unterschied zum Erwachsenen das „noch nicht", also ohne eigene Geschichte und damit Rohmaterial für die Formierung von Bevölkerung. Es ist definiert als „always-incomplete state; when it is complete […] it is no longer childhood" (Katz 2008: 7). Diese Wendung ist nicht ohne Risiko. Durch die Unentschiedenheit erhält das Kind einen ambivalenten Charakter, einerseits als erneuernd, andererseits als zerstörerisch. Die zweite Eigenschaft verschiebt der Präventionsdiskurs in das dystopische Fraktal in die Figur des Jugendlichen. Für die Prävention sind Kinder nämlich nur dann

Kinder, wenn sie sich noch nichts zu Schulden kommen lassen haben. Sie sind aber auch Mangelwesen, weil sie uns aufzeigen, an was es uns in der Gegenwart mangelt. Sie sind uns Mythos, weil sie in ihrer Unentschiedenheit über das enttäuschend Bestehende hinausweisen. Weil uns die Prävention die Gegenwart vergällt, bleibt der Mythos der Kindheit das einzige Moment, das noch (Planungs-)Sicherheit verspricht. Das Kind ist uns Kompensation für die Erschütterung gegenwärtiger Ordnung und für die „Trauer über ein verlorenes Paradies" (Hengst et al. 1981: 23). Beide Facetten des Mangels, sei es der Mangel am Kind oder der Makel unserer Gegenwart, resultieren aus der Betrachtung von Kindheit in Abhängigkeit von dem Erwachsenenalter und in Abhängigkeit von den Erwachsenen, die Kindheit zu dem bestimmen, was sie ist. So habe ich auf keiner Tagung jemals ein Kind sprechen hören! Und Jugendliche kamen, wenn überhaupt, nur dann zu Wort, wenn ihnen explizit das Recht eingeräumt wurde, zu reden.

> Insbesondere, und darüber freue ich mich insbesondere, dass die Konzeption dieses Präventionstages so angelegt ist, dass wir nicht nur über die Jugendlichen reden, sondern dass die Jugendlichen in diesen Kongress mit einbezogen sind. Dass sie als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Dass sie deswegen auch nicht das Gefühl haben, dass sie nur das Objekt von Unzufriedenheit und Bedenken und Skepsis sind, sondern dass sie Subjekt sind. Dass wir mit ihnen Zukunft gestalten wollen und dass diese Gesellschaft die Jugend, und zwar nicht nur ein Teil der Jugend, sondern die ganze Jugend braucht, um Zukunft zu gestalten. (E_61)

Auch in der Prävention gilt: Über Kindheit reden heißt, dass Erwachsene reden (vgl. Lenzen 1985: 11) und dass Erwachsene entscheiden, wann und in welchem Rahmen Kinder und Jugendliche zu Wort kommen. Wenn Jugendliche reden dürfen, hat dies die Funktion, ihnen zu vermitteln, dass von ihnen die Zukunft abhängt. Weniger interessiert sich die Prävention für ihre Anliegen. Kinder treten immer nur im diskursiven Spannungsfeld von Mythos und Dystopie in Erscheinung oder als fleischgewordenes Vorzeigeobjekt gelungener präventiver Intervention.

> Ich weiß nicht, wie es Ihnen, die Sie gestern Abend dabei sein konnten, ging, als Sie die Kinder und Jugendlichen gesehen haben. Und ich weiß nicht, welche Fragen Ihnen dabei kamen. Ich kann von mir sagen, ich war angetan, überrascht, berührt und wurde sehr nachdenklich. Warum gelingt es uns eigentlich nicht, alle Jugendlichen in solchen Aktivitäten zu stärken, ihnen Mut zu machen, Fehler zu korrigieren, Schwächen gelassen zu

ignorieren oder aufzugreifen, weiter zu machen, auch wenn etwas schief gegangen ist? (E_34)

Warum es nicht gelingen kann und darf, liegt in der Notwendigkeit, Kindheit unentschieden zu konstituieren. Prävention muss Kinder immer im Spannungsfeld von apollinischem Heilscharakter und dionysischer Bedrohung verstehen. Die Unentschiedenheit des Kindes hat allerdings noch weitere Konsequenzen: erstens ihre Begleitung von Anfang an, um den Moment der Entscheidung abzupassen, was wird, und zweitens die Investition ins Kind mit dem Ziel, uns selbst zu erneuern.

Vorverlagerung

Prävention endet beim Kind. Wird uns Kindheit als die Phase menschlicher Entwicklung nahe gebracht, in der noch alles offen scheint, muss Prävention notwendigerweise in diesen Zeitabschnitt vorverlagert werden. Kein anderer Zeitraum erscheint so unentschieden, auf keine andere Figur wie das Kind kann so allumfassend zugegriffen werden. Nicht zuletzt auch deshalb, weil ihm selbst die Möglichkeit versperrt und die Fähigkeit abgesprochen wird, für sich selbst zu sprechen. Am Kind vorbeugen ist daher die zwingende Konsequenz der Idee der Vorverlagerung.

Gleichwohl kann Präventionsarbeit keine Wunder bewirken. Nachträgliche Korrekturen mildern gravierende Fehlentwicklungen höchstens ab. Deren Ursachen sind äußerst komplex, unter anderem fehlende emotionale Bindungen, mangelnde Ansprache und Fürsorge sowie übersteigerter Medienkonsum. Hier müssen wir frühzeitig bei Kindern und Jugendlichen ansetzen, um soziale Kompetenz zu fördern. Familien- und Hirnforscher bestätigen alte Weisheiten: Die Grundlagen für die weitere Entwicklung des Menschen werden im frühkindlichen Alter gelegt, d. h. frühkindliche Erziehung und Elternkompetenz sind zu stärken. Medien, Politik und Gesellschaft müssen sich ihrer eigenen Verantwortung bewusst sein. (G_08)

Die Idee der Vorverlagerung – d. h. den Zeitpunkt der Intervention stets weiter nach vorne zu schieben – steht in engem Zusammenhang mit der Konstituierung von Risikopopulationen (vgl. Reichel 1983: 97). Erst vor dem Hintergrund, dass die Risikoabwehr die Abwehr von konkreten Gefahren ersetzt hat, erscheint das Handlungsprinzip folgerichtig, bereits im Vorfeld eines statistisch möglichen Schadenseintritts einzugreifen (vgl. Singelnstein und Stolle 2008: 62). Um unser Verlangen nach mehr Sicherheit zu stillen, muss Prävention also immer früher

ansetzen und einen immer größer werdenden Personenkreis als Zielgruppe erschließen (vgl. Mensching 2005: 21). Dies gelingt in letzter Konsequenz nur über die Kindheit. Vorverlagerung zum Kind meint dann, an Kindern ansetzen und zwar unabhängig von konkreter Abweichung. Denn Kindheit im Gesamten, abgeleitet aus ihrer Unentschiedenheit, gilt der Prävention als potenziell gefährdet und gefährlich. Ihre Unentschiedenheit ist gleichermaßen Hoffnung als auch Legitimation, denn ohne unterstelltes Gefährdungsrisiko macht Vorbeugung keinen Sinn. So sind Kinder nicht aufgrund potenzieller Rechtsgutverletzungen präventionswürdig, sondern allein schon durch ihren „unfertigen" und damit prinzipiell von Abweichung bedrohten Status. Kindheit wird im Sinne der primären Prävention dann generell zu einer Lebensphase deklariert, in der zum Zweck der Vorbereitung auf die Vollbürgerschaft vorgebeugt werden müsse (vgl. Peters 2000: 37). Mit der Vorverlagerung der Prävention in diesen Lebensabschnitt können so Strukturen im Kind angelegt werden, die einerseits Abweichung, andererseits Protest gegen die Normierung gar nicht erst entstehen lassen – unterstützt durch Familien- und Hirnforschung. Das vorgebeugte Kind, so der Mythos, wird sich dann noch besser in die gewünschte Gesellschaftsordnung einpassen.

Mit der Problematisierung von Erziehungsprozessen und Sozialisationsvoraussetzungen ist die Kindheit zwar seit der Entstehung der kriminologischen Wissenschaft Gegenstand insbesondere (sozial-)psychologischer Kriminalitätstheorien. Die spezifisch neue Qualität der Einbeziehung des Kindes ist jedoch, dass die Fixierung auf das Kind gar nicht mehr durch Kriminalitätstheorien begründet werden muss. Präventive Kriminalpolitik heißt schlichtweg, vor und unabhängig von Abweichung einsetzen, und damit beim Kind beginnen.

> Und dann würde ich wirklich ganz unten ansetzen. Ich würde wirklich sagen, wir müssen Kindergärten, Schulen angucken. Und wenn wir Kriminalität verhindern wollen, dann müssen an den Bereichen anfangen, wo möglicherweise die ersten Steine gelegt werden für eine kriminelle Zukunft. (D_02)

In der Prävention gilt nicht die Unschuldsvermutung, und insbesondere nicht für die Kindheit. Denn hier werden *womöglich* die ersten Steine gelegt für eine kriminelle Zukunft. Das muss uns aber nicht verunsichern. Denn mit dem Mythos der Vorverlagerung in die Kindheit gelingt der Prävention, ihr Zeitdilemma zu überwinden und dadurch ihren unsicheren Status zu versichern. Genauer: Es liegt in der Natur der Prävention, dass ein Vorbeugen im Jetzt seine Wirkungen immer erst im Zukünftigen zeitigt. Mit dem Prinzip der Vorverlagerung in die Kindheit kann die Prävention aber ein Moment aufweisen, das vor dem Zukünf-

tigen wirksam wird. In der Kindheit liegt also auch die Hoffnung, Effekte der präventiven Interventionen in die Gegenwart zu überführen, um die Unsicherheit des Zukünftigen umgehen zu können. Mit der Vorverlagerung in die Kindheit können wir heute schon am Zukünftigen teilhaben. Vor diesem Hintergrund sind uns Kinder die wesentlich wertvolleren Präventionsobjekte. Nur in ihrer Figur liegt das Potenzial, den Makel des Zukünftigen zu umschiffen. Es verwundert deshalb auch nicht, dass sich präventive Interventionen immer ausschließlicher auf das Kind beziehen. Kriminalprävention bei Kindern umfasst dann alles, was prinzipiell einem guten Leben zuträglich ist.

Ich entwickle zurzeit mit dem KFN ein Modell, wo wir ganz am Anfang des Lebens dieser Kinder in den Hochrisikofamilien stützend eingreifen. Und es beginnt mit Familienhebammen, das heißt, es beginnt mit dem Thema Gesundheit, wobei wir genau wissen, es bezieht sich nicht nur auf das Thema Gesundheit. Es bezieht sich auf die große breite Palette, die hier Ihr Thema auch heute ist, aber das Thema Gesundheit auch innerhalb der Prävention, auch der Kriminalprävention, später ist eine Möglichkeit, den Zugang zu finden und darauf eine solide Grundlage der Struktur zu schaffen. Diese Kinder brauchen in ihrem Leben so etwas wie einen sicheren Hafen. Wie einen Hafenmeister oder eine Hafenmeisterin. Es gibt nicht überall diese wunderbaren Mütter aus der Geschichte von Astrid Lindgren, die lebensklug sind und auch instinktiv wissen, wie sie richtig zu handeln haben. Und wenn die Väter und Mütter hoffnungslos überfordert sind, dann können die Hafenmeister auch andere Menschen in der Umgebung dieser Kinder sein. Wichtig ist, dass die Kinder immer wieder raus aufs Meer fahren, denn das muss sein im Leben. Aber sie müssen auch wissen, wenn die Stürme des Lebens kommen, wenn die Probleme kommen, wenn die Belastungen kommen, wo der sichere Hafen ist. Das heißt, sie müssen Struktur kennengelernt haben, sie müssen verlässliche Bindungen am Anfang des Lebens kennengelernt haben. (F_04)

Konsequente Prävention beginnt am Anfang des Lebens, sie beginnt mit dem Leben. Sie erfasst uns von Kindesbeinen an und wird uns zum sicheren Hafen, in den wir immer wieder zurückkehren können. Sie wird hierdurch zum Bestandteil unserer Persönlichkeit und Wegbegleiterin auf dem Weg zum Erwachsen-Werden. Die Forderung nach präventiver Fremd- und Selbstführung wird eingelöst, wenn sich die Prävention in allen Erziehungs- und Aufbewahrungsbereichen von Kindern institutionalisieren kann. Sie nimmt in allen Äußerungen zur Prävention oberste Priorität ein.

Außerdem glaube ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir ganz früh damit anfangen müssen, den jungen Menschen ein positives soziales Verhalten und Friedfertigkeit vor dem Kindergartenalter zu vermitteln. (E_36)

Insofern sage ich, es muss ein Umdenkprozess stattfinden und hier fängt es an, mit dem Fundament. Fundament ist die Erziehung zu mehr Courage in den Kindergärten, in den Schulen. (D_14)

Hier sehe ich einen klaren Auftrag auch an die Politik, durch frühzeitige und gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen, aber auch der Erziehungskompetenz ihrer Eltern, die Voraussetzungen zu schaffen, dass sozialer Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe in allen Teilen unserer Bevölkerung möglich sind. (F_07)

Indem die Prävention den Mythos der Vorverlagerung aufrechterhält, gelingt es ihr, sich nicht als Zwang, sondern als Recht der Kinder auf Prävention in unser Bewusstsein zu drängen. Aus dem Mythos der Vorverlagerung wird die Forderung: Keine Kindheit mehr ohne Prävention! Denn wenn Prävention sich als unabdingbar in die Auseinandersetzung mit Kriminalität und Abweichung einbringt, dann muss im Umkehrschluss auch gewährleistet sein, dass jedes Kind in die Möglichkeit versetzt wird, präventiv geformt zu werden und sich selbst präventiv zu führen. Der Mythos der Vorverlagerung lässt uns alle Hoffnung in das Kind legen, was im Umkehrschluss allerdings auch zu großer Enttäuschung führen kann. Wir haben die Jugendlichen bereits als personifizierten Ausdruck gescheiterter Kindheit in der Dystopie kennengelernt. Der Mythos nährt in uns jedoch die Vorstellung, dass das Kind sich mit Prävention besser entwickle als ohne und zu einem friedfertigen Zusammenleben beitrage. Es wird zur Projektionsfläche unsere Wünsche nach Toleranz, Rücksichtnahme und Respekt voreinander, von Werten, die wir selbst nicht gewährleisten können. Die Prävention macht sich damit zur Gehilfin einer Erziehung, „in die starke Projektionen der Erwachsenen eingehen, die die Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes nicht nur erweitern, sondern auch einengen" (Harten 2004: 1080). Durch den Mythos der Vorverlagerung wird Prävention an sich zu etwas Gutem, unabhängig von den Inhalten präventiver Intervention. Die Prävention vermittelt uns, dass wir durch die Vorverlagerung exakt das Kind erhalten, das wir für unsere Erneuerung benötigen.

Erneuerung

Die Prävention offeriert uns das Kind als Spiegelbild unserer Bemühungen. Kinder sind Blaupausen, die so aussehen, wie wir sie zeichnen, die sich so entwickeln, wie wir ihnen begegnen. Sie erscheinen schlichtweg als Effekt eines Prozesses, der je nach erzieherischem Ideal seine Wirkung zeigt. Unter Rückgriff auf den Mythos der Unentschiedenheit des Kindes ist es der Prävention ein leichtes, Kinder als formbar zu beschreiben. Wenn wir nur präventiv in sie investieren, werden sie uns auch dabei helfen, uns zu erneuern.

Wir wissen nicht nur, dass solches Verhalten niemandem gut tut, sondern wir wissen auch – wie Alice Miller in ihrem Buch „Am Anfang war Erziehung" sinngemäß sagt – dass ein Kind zu demütigen lernt, wenn man es demütigt, andere auszulachen lernt, wenn man es auslacht und andere zu verletzen lernt, wenn man es verletzt. Ich füge hinzu: Wenn man es achtet, lernt es achten, wenn man es respektiert, lernt es respektieren, wenn man es liebt, lernt es lieben. (E_56)

Mit dem Bezug auf Alice Miller nimmt die Prävention eine antipädagogische Position ein, die ihr eigentlich entgegensteht – ein weiteres Beispiel für die Diffusion der Prävention und ihr Vermögen, Widersprüchliches in sich zu vereinen. Während die im Zitat angeführte Antipädagogik jede Form der Erziehung radikal in Frage stellt, fordert die Prävention doch gerade sich in jede Erziehungsinstitution korrigierend einzuflechten. Das Kind, welches den präventiven Weg geht, so macht uns der Mythos der Vorverlagerung Glauben, kommt optimal präpariert in der Gesellschaft an. Unser Blick auf Kinder wird in einer einfachen Logik gebündelt: Kinder sind gefährdet, wir müssen sie schützen und Schutz bietet Prävention. Sie ist Motor eines Erziehungsprozesses, der auf die Anforderungen einer Erwachsenenwelt optimal vorbereitet. Vorverlagerung erscheint daher nicht nur aus *kriminal*präventiver Sicht sinnvoll. Prävention bei Kindern macht schon deshalb Sinn, weil wir dadurch gewinnen können. Kinder sind abhängige Variablen, die sich je nach Investitionsvolumen entwickeln werden. Mit Prävention können wir den Ausgang der Entwicklung für uns wertvoller gestalten. Wir sollen Kinder daher nicht nur um ihrer selbst Willen lieben, sondern auch, weil sie unsere Zukunft bedeuten. Aufgabe der Prävention muss daher sein, das Kind seiner Bestimmung zuzuführen und diese ist, so macht sie uns unmissverständlich klar, unsere Erneuerung.

Es gibt eine hochinteressante Studie aus den Vereinigten Staaten. In den vergangenen 40 Jahren hat sie die Entwicklung von zwei Gruppen mit verfolgt: Die eine Gruppe, das sind

> Risikokinder, die ganz früh von Geburt an in den ersten zehn Lebensjahren eine spezielle Förderung erhalten haben. Und die zweite Gruppe sind Risikokinder, wo man nichts Besonderes gemacht hat. Und heute, nach 40 Jahren, zeigt sich – wenn Sie sich zurücklehnen werden Sie sagen: Ja, das ist plausibel – dass die geförderten Kinder als Erwachsene mehr Steuern zahlen, sie mehr Sozialbeiträge zahlen, weniger kriminell sind, weniger Scheidungen haben und mehr Kinder in diese Welt setzen. Dieses ist ein Feld, das wir bisher kaum in seiner Tragweite als Möglichkeit erfasst haben. Und wir brauchen diese jungen Menschen mit der ganzen Bandbreite ihrer Möglichkeiten. (F_04)

Mit präventiver Förderung können auch Risikokinder noch produktiv gemacht werden. Das Risikokind erscheint als krisenhaftes Unternehmen, das bei optimaler Förderung doch noch einen gesellschaftlichen Gewinn abwirft. Prävention investiert in Kinder folglich um der Erwachsenen Willen. Für uns als Gesellschaft werden Kinder relevant in Form von Steuern und Sozialbeiträgen, in Form von Sicherheit und guten Familien. Prävention ist ein geeigneter Mechanismus, der die Bandbreite der Möglichkeiten von Kindern in diese Kategorien zu überführen vermag. Sie vermarktet sich als „Erschließung von Begabungsreserven" (Hengst et al. 1981: 12), die im Kind schlummern und die für die Ausbildung einer produktiveren Gesellschaft in Wert zu setzen sind. Bei bestmöglicher präventiver Behandlung entwickeln sich auch Kinder zu den richtigen Erwachsenen. Kinder sollen uns daher nicht (primär) als Kinder interessieren. Sie kommen im Diskurs immer nur als das vor, was sie sein und werden sollen, nicht aber als das, was sie sind (vgl. ebd.: 8). In ihrer Funktion, das zu werden, was sie sein sollen, sind sie uns Normalisierungsbeschleuniger. Sie sind unser Fortschritt unter der Bedingung, dass gut in sie investiert wurde.

Indem der Präventionsdiskurs auf den Mythos der Erneuerung rekurriert, reproduziert er ein Wissen von Kindheit als die Lebensphase, die auf das Erwachsenensein optimal vorbereiten soll. Unser Blick auf Kindheit erschließt sich erst über die Abgrenzung eines normativ gesetzten Erwachsenseins. Aus dieser Dichotomie leitet die Prävention das Recht auf die Intervention am Kind ab. Sie stellt die Normalisierung der Erwachsenenwelt und im Fall der aufgeführten Aussage der erwachsenen Arbeitswelt sicher und rechtfertigt sich damit gleichermaßen als notwendige Hilfe für die nachwachsende Generation (vgl. Wambach 1981: 193). Mit diesem Erziehungsanspruch korrespondiert die Prävention mit dem Rousseau'schen Kindheitsentwurf, der die Natur des Kindes als Verspechen an die Menschheit sieht (vgl. Berg 2004: 499). Wenn wir vorgelagert in die Kinder investieren, können wir uns im Jetzt erneuern. Was das genau heißt, erklärt uns der folgende Auszug.

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Unter anderem als Erfinder_innen, als Facharbeiter_innen, als Kindergärtner_innen, als Lehrer_innen, als Sportler_innen, Unternehmer_innen, Polizist_innen, um nur einige zu nennen, die für Bildung, Wohlstand, innere Sicherheit und nicht ganz zuletzt für unsere Renten und Pensionen sorgen müssen und hoffentlich auch werden. Selbst wenn wir unsere Kinder und Jugendlichen nicht – was wir aber tun – um ihrer selbst Willen lieben und fördern würden, hätten wir nach dem, was ich Ihnen auch gerade zwischen den Zeilen sagte oder vielmehr andeutete, allen Anlass, uns engagiert, bedachtsam und nachhaltig um die junge Generation zu kümmern. Wohlan, unsere Kinder sind uns lieb und teuer. Ja, teuer, so und so! (E_61)

Kinder sind unsere Zukunft, nicht wir ihre Gegenwart – als Unternehmer_innen oder Lehrer_innen. Die Berufe sind nicht willkürlich gewählt. Die Prävention legt vielmehr normativ fest, was Produktivität bedeutet. Mit dem Rekurs auf Unternehmer_innen und Erfinder_innen appelliert sie an die Investition ins Kind um des Vermehrens, Erschaffens und Erneuerns Willen. Als potenzielle Lehrer_innen und Polizist_innen dienen sie andererseits der sozialen Kontrolle. Die Prävention gibt uns folglich ein funktionalistisches Menschenbild mit. Kinder sind uns Humankapital. Sie sind Mittel zum Zweck unserer Erneuerung. Prävention versteht sich dann als ein weiteres Instrument, mit dem der Staat sich seine Bürger_innen so schaffen kann, wie er sie braucht, damit er konkurrenzfähig bleibt.

Die Politik verhält sich damit so, als läge die Zukunft unseres Landes im Ausbau des Gefängniswesens. Dabei wissen wir doch alle, dass die Prioritäten in der Frühförderung von Kindern liegen müssen, im Ausbau von Schulen zu Ganztagsschulen oder in der Stärkung der Universitäten, damit wir konkurrenzfähig bleiben. (F_06)

Das Kind ist das mythische Pendant zu dem Menschenbild, das uns die Utopie vor Augen führt. Die Dynamik des präventiven Wissens speist sich aus diesen beiden Fraktalen. Bevölkerung und Kind ziehen die Dynamik ihrer Gegensätzlichkeit aus ihrer ungleichen Ausprägung von Kalkulierbarkeit. Als Bevölkerung tritt der Mensch als vollständig in Bezug auf seine Kosten für die Gesamtheit ermittelt in Erscheinung, als das Kalkulierte. Sein Gegenüber ist das Kind, das Unentschiedene und damit das auf unsere Erneuerung hin Kalkulierbare. Auf der Schicht der Wissensproduktion nimmt das Kind die mythische Dimension und die Bevölkerung die ökonomische Sphäre ein. Aufgabe der Prävention ist es, die beiden widersprüchlichen Menschenbilder zusammenzuführen und das Kind aus der natürlichen Unentschiedenheit hinaus seiner gesellschaftlichen Bestimmung zuzuführen. Es ist ihr Paradox, dass sie uns mit dem Mythos der Unentschieden-

heit das Kind zu etwas Fremdem macht, es uns aber gleichzeitig mit dem Mythos der Erneuerung der Bevölkerung ganz und gar annähert. Utopie und Mythos, Bevölkerung und Kind stehen in implizitem Verhältnis, d. h. sie treten unumgänglich gleichzeitig auf. Die Dynamik der Prävention liegt im ständigen Versuch der Überführung des Mythos in die Utopie. Wir sind wieder am Anfang: Prävention ist Utopie, weil sie etwas verändern möchte.

Schluss

Fraktale Sicherheiten war Geographie als Schichtungsarbeit und Recherche im kommunalen Präventionsregister. Während der Schichtungsarbeit wurden poststrukturalistische Geographien aufgebaut, ausgelotet, zum Teil wieder abgetragen und um experimentelle Geographien ergänzt. Die daraus entstandene Oberfläche war mir im Verlauf der Recherche in den Präventionsregistern ein sicheres Fundament. Ich sammelte die Aussagen zur kommunalen Kriminalprävention, nahm sie aus dem Archiv heraus und legte sie zu eigentümlichen Mustern zusammen. Was in diesem Prozess entstand, wirkt – von oben betrachtet – wie eine topologische Landkarte der kommunalen Kriminalprävention

Geographie als Schichtungsarbeit

Der konzeptionelle Teil meiner Arbeit verfolgte das Anliegen, aus den poststrukturalistischen Theorieangeboten und dem gesellschaftspolitischen Anliegen Foucaults, Machtverhältnisse aufzuschließen und ein eigenes analytisches Projekt abzugrenzen. Die Herausforderung bestand vor allem darin, aus der als Archivarbeit charakterisierten Verfahrensweise Foucaults ein für meine Analyse der kommunalen Kriminalprävention passendes Werkzeug der Kritik zu entwickeln, mit dem sich das komplexe Bündel an Beziehungen zwischen den auftretenden Aussagen erfassen lässt. Zu diesem Zweck las ich Foucaults methodologische Anweisungen aus der Perspektive einer an „Raum" interessierten Sozialwissenschaftlerin. Diese Lesart ist auch für die Geographie ungewöhnlich. Denn bislang sind es häufiger seine gesellschaftskritischen Begriffe, die als beflügelnde Elemente für geographisches Arbeiten wahrgenommen werden und seltener seine Verfahren, auch wenn sich beides nur schwer trennen lässt.

Ich hatte Erfolg. Mit der Topologie stieß ich auf ein Konzept, dass über die in der Geographie spezifische Wertschätzung Foucaults für das Aufzeigen materieller Anordnungen im Raum hinausweist. Die Topologie ist im Kern eine Ver-

hältnisbestimmung von Sagbarkeits- und Sichtbarkeitssegmenten und erfasst Räumliches als einen gemischten Zustand aus diskursiver Wahrheitsproduktion und mikrophysikalischen Machtverhältnissen. Als bildhaftes Modell gleicht die Topologie weniger einer netzwerkartigen Struktur von Differenzen, denn einer gefalteten Oberfläche, die Diskursives und Nicht-Diskursives auf die eine Seite und uns auf die andere Seite bringt. Mein Aufgreifen der topologischen Perspektive war von der Beobachtung inspiriert, dass Foucault damit der Geographie etwas Spezifisches anzubieten hat; etwas, was das konstruktivistisch-relationale Raumverständnis der Geographie nach dem *cultural turn* erweitern könnte. Zum einen, weil die topologische Perspektive das Verhältnis des Außen (Sagbarkeits- und Sichtbarkeitsräume) zu uns zu ihrem zentralen Thema macht. Zum anderen, weil die Topologie als Forschungsperspektive nicht den Linien eines Netzwerks zu folgen versucht, sondern im Gegenteil in die Zwischenräume gelangen möchte und damit der aus poststrukturalistischer Position geforderten Reflexion der Brüche und Widerstände eher gerecht werden kann. Die Topologie wird als eigenständiger Raumbegriff und als Forschungsperspektive in den Sozialwissenschaften bislang kaum diskutiert. Es finden sich aber zunehmend Ansätze (z. B. Günzel 2007), die sich um Anschlussmöglichkeiten bemühen. Auch ohne konzeptionelle Letztklärung kann die toplogisch inspirierte Auslegung der Methodentexte Foucaults meines Erachtens dabei helfen, geographische Fragestellungen variantenreicher in den Blick zu bekommen.

Aus dieser Überzeugung entwickelte sich die Suche nach einem geeigneten Analyseverfahren zur Suche nach einem topologisch ansetzenden Instrumentarium. Geographie als Schichtungsarbeit zu betreiben, war darum auch der Versuch, die Beschreibungsdichte poststrukturalistischer Geographien anzureichern oder anders gesagt, ein räumliches Werkzeug zu erproben. Mit der Anwendung des Semiotischen Vierecks startete ich das Experiment, über die in der Neuen Kulturgeographie gängige Erfassung gesellschaftlicher Wirklichkeit in hier/dort-Binarismen hinauszugelangen. Ob sich dieses strukturalistische Modell auch über die Analyse der kommunalen Kriminalprävention hinaus für andere (geographische) Forschungsprojekte oder ganz generell für gesellschaftskritische Forschung als tauglich erweist, lässt sich letztlich nur am Empirischen ausmachen. Denn die Zusammenführung unterschiedlicher Ordnungen ist vor allem eine Herausforderung am Gegenstand und keine theoretische Frage. Ich jedenfalls habe das Arbeiten mit dem Semiotischen Viereck genossen und als Bereicherung zu analytischem Arbeiten erfahren, das lediglich eine Beschreibung in zwei Polen zulässt. Mein Ziel war „aus den Strukturen der Differenzen eine anfechtbare kollektive Welt Gestalt annehmen [zu] lassen“ (Haraway 1995: 33). Das kann nur gelingen, wenn die ausgemachten Strukturen der Differenzen

annähernd vielschichtig beschrieben werden können, wie sie uns entgegentreten. Meines Erachtens hat sich das Semiotische Viereck darin bewährt. Meine so gestaltete Diskursanalyse erzeugte Forschungsdrang nach komplexeren Beziehungen, lies mich andere Zusammenhänge sehen und brachte mich dem Verständnis eines unserer gegenwärtigen Probleme näher.

Recherche im kommunalen Präventionsregister

Es steht uns nicht frei, für oder gegen die Kriminalprävention zu stimmen. Diese Ahnung war Ausgangspunkt der Arbeit und ist ihr Ergebnis geblieben. Und dennoch hat sich etwas verändert. *Fraktale Sicherheiten* war Archivarbeit und struktur-archäologische Analyse der kommunalen Kriminalprävention. Die Studie arbeitete in einer Vielzahl von Registern das Wechselspiel diskursiver Wahrheitsproduktionen und mikrophysikalischer Machtverhältnisse in der kommunalen Kriminalprävention heraus. Dies markiert den ersten Punkt der Veränderung. Nach ihrer Durchquerung liegt das System der Bewertung offen, das der Kriminalprävention ihren Widersinn nimmt und sie als Plausibilität erzeugt.

Mit diesem Anliegen der *Archäologie* beschrieb ich die kommunale Kriminalprävention als gemischten Zustand fraktaler Sicherheiten. Ich ließ mich auf die Utopie eines glücklichen, menschlichen Lebens ein, so wie die Prävention es sich vorstellt. Ich sah mich mit dystopischen Elementen konfrontiert, die mir die Dringlichkeit der Prävention vor Augen führten. In der Außenwelt suchte ich die Disziplinierungs- und Sortierungsorte auf, an denen die Prävention wirksam wird. Schließlich verstand ich, dass die präventive Sache nur zu haben ist, wenn sie am Mythos der Kindheit festhält. Die Analyse bezog somit viele Elemente ein, die über eine enge Betrachtung der kommunalen Kriminalprävention hinausreichen und auch allgemeine Fragen der Prävention berühren. Prävention ist ein Mechanismus, in dem Visionen, Gegenwart und Vergangenheit zusammen fallen und ihre Unterscheidbarkeit aufgehoben wird. Sie ist eine Strategie der Ökonomisierung praktischer Ortsgebundenheit, der Individualisierung der Körper, der Überwachung und zukünftigen Produktivmachung – aber eben nicht nur. Sie ist auch ein Mechanismus, der uns in ein Verhältnis zu uns selbst bringt und uns mit der Frage konfrontiert, was heute als gutes Leben gelten soll. Nicht zuletzt ist sie ein gutes Geschäft mit der Sicherheit.

Die zweite Veränderung bei der Betrachtung der kommunalen Kriminalprävention betrifft die Reihe neuer Fragen, die sich im Anschluss an das Aufzeigen der verschiedenen Schauplätze stellen, an denen sich die Prävention uns in einer spezifischen Weise darbietet. Kritik, so Foucault (1992 [1978]: 15), ist „die Bewegung, in welcher sich das Subjekt das Recht herausnimmt, die Wahrheit

auf ihre Machteffekte hin zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin". Sie entsteht dort, wo das Bündel der Beziehungen zwischen der Macht, der Wahrheit und dem Subjekt zutage tritt (ebd.). In einem solchen Verständnis übte diese Arbeit Kritik an der Prävention. Ich untersuchte die kommunale Kriminalprävention auf die Beziehungen hin, die sie als alternativlos erzeugen. Ich habe die Anstrengungen aufgezeigt, die zu ihrer Durchsetzung und Aufrechterhaltung notwendig sind und darauf insistiert „sichtbar zu machen, welche Zumutungen die Technologien zeitgenössischer Regierung den Einzelnen abverlangen, welche Ambivalenzen und paradoxen Anforderungen sie diese aussetzen, schließlich welche Zwänge und Sanktionen sie ihnen auferlegen" (Bröckling, Krasmann und Lemke 2004: 15).

Diese Haltung der Kritik provoziert jedoch neue Fragen, die letztlich unbeantwortet bleiben müssen. Zum einen bleibt die Frage offen, die Foucault (vgl. 1992 [1978]: 15) selbst stellt: Wie nicht regiert werden? Auf meinen Gegenstand angewendet: Wie der Kriminalprävention vorbeugen? An dieser Stelle ist es dann endgültig mit Foucault vorbei, denn in seinen Schriften findet sich „nirgendwo der Übergang von der Theorie zur Tat" (Veyne 2003: 50). Es gibt keine notwendige Verbindung zwischen dem hier geschaffenen Wissen über die kommunale Kriminalprävention und möglicher Kritik (vgl. Lemke 1997: 357). So kann auch *Fraktale Sicherheiten* keine Auskunft darüber geben, was jetzt zu tun ist. Darum bleibt auch zum anderen die Frage im Raum stehen, „[w]ofür ein anderes Denken gut sein [soll], wenn wir nicht im Voraus wissen, dass dieses andere Denken eine bessere Welt hervorbringt, wenn wir keinen moralischen Rahmen haben, in welchem mit Gewissheit zu entscheiden ist, ob bestimmte neue Möglichkeiten oder Weisen anderen Denkens jene Welt hervorbringen, deren Verbesserung wir mit sicheren und schon etablierten Standards beurteilen können" (Butler 2002: 252).

Als einstige Restauratorin war mir die Archäologie immer suspekt, ihre Radikalität: mit grobem Werkzeug Schichten abtragen, Brocken herausbrechen, bislang gut behütete Kostbarkeiten freilegen, einen Blick darauf werfen und sie dann dem Verfall preisgeben. Sicherheit bot die Restaurierung, welche die Ausgrabungen wie einen Schatz behandelte und sie für die Nachwelt sorgfältig konservierte. Nach der archäologischen Bearbeitung der kommunalen Kriminalprävention fehlen die Mittel zur Konservierung. Die Arbeit ist also einen langen Weg gegangen, um die Frage nach der Prävention jenseits der Kategorien „gut" und „schlecht" stellen zu können. Statt weiter nach Lösungen im Umgang mit Kriminalität und Abweichung durch Prävention zu suchen, habe ich die Lösungen selbst problematisiert und dabei auch auf Brüche und Widersprüche in der Logik hingewiesen (vgl. Donzelot 1980 [1977]: 239), die einen Bereich mögli-

cher Veränderung markieren. Bislang scheint es jedoch so, dass die Prävention an ihren immanenten Brüchen und Widersprüchen noch keinen Schaden genommen hat.

Literatur

Agamben, Giorgio (2009): Signatura rerum. Zur Methode. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Allen, John (1997): Economies of Power and Space. In: Lee, Roger und Jane Wills (Hrsg.): Geographies of Economies: 59-70. London/New York (Arnold).

Amos, S. Karin (2007): Die Rede über den Superpredator und schulische Zero-Tolerance-Politik. In: Amos, S. Karin und Helga Cremer-Schäfer (Hrsg.): Saubere Schulen. Vom Ausbrechen und Ausschließen Jugendlicher: 21-42. Baden-Baden (Nomos).

Amos, S. Karin und Helga Cremer-Schäfer (2007): Saubere Schulen. Vom Ausbrechen und Ausschließen Jugendlicher. Zur Einleitung. In: Amos, S. Karin und Helga Cremer-Schäfer (Hrsg.): Saubere Schulen. Vom Ausbrechen und Ausschließen Jugendlicher: 7-18. Baden-Baden (Nomos).

Andresen, Sabine (2004): Kindheit als Dispositiv. In: Pongratz, Ludwig A. et al. (Hrsg.): Nach Foucault. Diskurs- und machtanalytische Perspektiven der Pädagogik: 158-175. Wiesbaden (VS).

Angermüller, Johannes (2002): „Propheten“ und „Humanisten“. Sciences humaines-Konjunktur und intellektuelles Feld in Frankreich (1960-1980) in der struktural-pragmatischen Diskursanalyse. Magdeburg (unveröffentlichte pdf-Version).

Angermüller, Johannes (2003): Transformation und Narration: Zur Methodologie einer formal-operationalen Textanalyse am Beispiel eines biographischen Interviews mit einer Armenierin in St. Petersburg. In: Kollmorgen, Raj und Heiko Schrader (Hrsg.): Postsozialistische Transformationen: Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde: 199-220. Würzburg (Ergon).

Angermüller, Johannes (2007): Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich. Bielefeld (transcript).

Angermüller, Johannes, Katharina Bunzmann und Martin Nonhoff (Hrsg., 2001): Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen. Hamburg (Argument).

Anzenbacher, Arno (2002[8]): Einführung in die Philosophie. Freiburg im Breisgau/Basel/Wien (Herder).

Arndt, Werner (1996): KOP – EDV-Programm für die kommunale Kriminalprävention. Regionalanalysen als Grundlage für eine wirksame Kriminalprävention. In: *Kriminalistik* 50 (6): 431-438.

Baier, Roland und Thomas Feltes (1994): Kommunale Kriminalprävention. Modelle und bisherige Erfahrungen. In: *Kriminalistik* 48 (11): 693-697.

Barry, Andrew, Thomas Osborne und Nikolas Rose (Hrsg., 1996): Foucault and Political Reason. Liberalism, neo-Liberalism and rationalities of government. London/New York (Routledge).

Barthes, Roland (1979 [1964]): Elemente der Semiologie. Frankfurt am Main (Syndikat).

Bauman, Zygmunt (1997): Flaneure, Spieler und Touristen. Essays zu postmodernen Lebensformen. Hamburg (Hamburger Edition).

Bauman, Zygmunt (2003): Flüchtige Moderne. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Bauman, Zygmunt (2005): Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Hamburg (Hamburger Edition).

Bauriedl, Sybille (2007): Räume lesen lernen: Methoden zur Raumanalyse in der Diskursforschung [86 Absätze]. In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* 8 (2). Internet: http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-07/07-2-13-d.htm.

Bauriedl, Sybille et al. (2000): Verkörperte Räume – „verräumte" Körper. Zu einem feministisch-poststrukturalistischen Verständnis der Wechselwirkungen von Körper und Raum. In: *Geographica Helvetica* 55 (2): 130-137.

Bayerische Polizei (2010): Sicherheitswacht in Oberfranken. Internet: http://www.polizei.bayern.de/oberfranken/wir/sicherheitswacht/index.html/1863 (19.09.2010).

Beccaria, Cesare (2005 [1764]): Von den Verbrechen und von den Strafen. Berlin (Berliner Wissenschafts-Verlag).

Beckmann, Christof (2001): Soziale Arbeit zwischen Prävention und Ausschluss. Über das angebliche Ende ihrer Kontrollfunktion. In: *Widersprüche* 21 (79): 43-62.

Beckstein, Günther (2007): Eingangsstatement des Bayerischen Staatsministers des Innern, Dr. Günther Beckstein, anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung der geographischen Informationssysteme am 11. Juni. 2007 in Mün-

chen. Internet: http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/service/reden/070611_gladis.pdf (27.10.2009).

Behn, Sabine (2005): Kommunale Präventionsräte in Berlin. In: *Berliner Forum Gewaltprävention* 5 (21): 110-114.

Belina, Bernd (1999): Kriminelle Räume. Zur Produktion räumlicher Ideologien. In: *Geographica Helvetica* 54 (1): 59-66.

Belina, Bernd (2000): „Kriminalität" und „Raum". Zur Kritik der Kriminalgeographie und zur Produktion des Raums. In: *Kriminologisches Journal* 32 (2): 129-147.

Belina, Bernd (2006): Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster (Westfälisches Dampfboot).

Belina, Bernd (2007): Kriminalität und Stadtstruktur – Städtebauliche Prävention. In: Baum, Detlef (Hrsg.): Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe: 224-233. Wiesbaden (VS).

Belina, Bernd und Boris Michel (2007): Raumproduktionen. In: Belina, Bernd und Boris Michel (Hrsg.): Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz: 7-34. Münster (Westfälisches Dampfboot).

Berg, Christa (1995): Kinderwelten zwischen fürsorglicher Belagerung und Selbst-Behauptung. In: Reiß, Gunter (Hrsg.): Schule und Stadt. Lernorte, Spielräume, Schauplätze für Kinder und Jugendliche: 27-45. Weinheim/München (Juventa).

Berg, Christa (2004): Kind/Kindheit. In: Benner, Dietrich und Jürgen Oelkers (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Pädagogik: 495-517. Weinheim/Basel (Beltz).

Berger, Peter L. und Thomas Luckmann (2001 [1966]): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main (Fischer).

Berger, Till und Sabine Kaldun (2007): Auditierung des öffentlichen Raumes für ortsspezifische Maßnahmen gegen Verunreinigungen und Unsicherheit in Stadtzentren und Quartieren. In: *forum kriminalprävention* 7 (4): 15-18.

Berndt, Christian und Marc Boeckler (2008): Neue Kritische Geographie? Ein Selbstgespräch! In: *Geographische Revue* 10 (2): 66-77.

Berndt, Christian und Robert Pütz (2007): Kulturelle Geographien nach dem Cultural Turn. In: Berndt, Christian und Robert Pütz (Hrsg.): Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn: 7-25. Bielefeld (transcript).

Best, Ulrich und Dirk Gebhardt (2001): Ghetto-Diskurse. Geographie der Stigmatisierung in Marseille und Berlin. Potsdam (Universitätsverlag Potsdam).

Beste, Hubert (2000): Morphologie der Macht. Urbane „Sicherheit“ und die Profitorientierung sozialer Kontrolle. Opladen (Leske + Budrich).

Bildungsserver Berlin-Brandenburg (2009): PIT Brandenburg – Schulische Prävention im Team. Internet: http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/glossar.html (01.10.2009).

Birkenstock, Laura und Thomas Mentzel (2007): Die Europäische Vornorm 14383-2. Geschichte einer verpassten Chance? In: *forum kriminalprävention* 7 (2): 25-29.

Birmingham, Elizabeth (1999): Reframing the Ruins: Pruitt-Igoe, Structural Racism, and African American Rhetoric as a Space for Cultural Critique. In: *Western Journal of Communication* 63 (3): 291-309.

Birzele, Frieder (1995): Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg – Von der Idee zur Umsetzung. In: Feltes, Thomas (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten: 3-9. Holzkirchen (Felix).

Blankenburg, Erhard (1996): Präventive Sicherheitspolitik in der Großstadt. In: Hammerschick, Walter, Inge Karazman-Morawetz und Wolfgang Stangl (Hrsg.): Die sichere Stadt: Prävention und kommunale Sicherheitspolitik: 169-179. Baden-Baden (Nomos).

Bleses, Peter und Edgar Rose (1998): Deutungswandel der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs. Frankfurt am Main/New York (Campus).

Boers, Klaus (1997): Sozialer Umbruch, Modernisierungsrisiken und Kriminalität. In: Boers, Klaus, Günter Gutsche und Klaus Sessar (Hrsg.): Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland: 35-52. Opladen (Westdeutscher Verlag).

Boers, Klaus (2002): Furcht vor Gewaltkriminalität. In: Heitmeyer, Wilhelm und John Hagan (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung: 1399-1422. Opladen (Westdeutscher Verlag).

Boers, Klaus, Christian Walburg und Jost Reinecke (2006): Jugendkriminalität – Keine Zunahme im Dunkelfeld, kaum Unterschiede zwischen Einheimischen und Migranten. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 89 (2): 63-87.

Böhne, Sabine (2006): Digitale Kriminalistik. Stadtpläne des Verbrechens. Internet: http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,400595,00.html (26.10.2009).

Böllert, Karin (1992): Prävention statt Intervention. Eine andere Funktionsbestimmung sozialer Arbeit. In: Ott, Hans-Uwe, Paul Hirschauer und Hans

Thiersch (Hrsg.): Zeit-Zeichen sozialer Arbeit. Entwürfe einer neuen Praxis: 155-164. Neuwied/Berlin (Luchterhand).

Brand, Thomas, Astrid Fuhrmann und Michael Walter (2003): Aktuelle Bestandsaufnahme von Projekten zur Kriminalprävention. Erste Ergebnisse einer Befragung der Kommunen in NRW. In: *forum kriminalprävention* 3 (1): 3-4.

Brauns, Jörg (1992): Heterotopien. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar* 38 (3/4): 163-169.

Brink, Henning van den (2005): Kommunale Kriminalprävention. Mehr Sicherheit in der Stadt? Eine qualitative Studie über kommunale Präventionsgremien. Frankfurt am Main (Verlag für Polizeiwissenschaften).

Bröckling, Ulrich (2004a): Empowerment. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Glossar der Gegenwart: 55-62. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Bröckling, Ulrich (2004b): Prävention. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Glossar der Gegenwart: 210-215. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Bröckling, Ulrich (2004c): Unternehmer. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Glossar der Gegenwart: 271-276. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Bröckling, Ulrich (2008): Vorbeugen ist besser ... Zur Soziologie der Prävention. In: *Behemoth. A Journal on Civilisation* 1 (1): 38-48. Internet: http://www.behemoth-journal.de/archive/volume-1-no-1/ulrich-broeckling/

Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg., 2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (2004): Einleitung. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Glossar der Gegenwart: 9-16. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Bundeskriminalamt (Hrsg., 2010): Polizeiliche Kriminalstatistik 2009. Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden (Eigenverlag).

Bundesministerium des Innern (Hrsg., 2009): Polizeiliche Kriminalstatistik 2008. Berlin (Eigenverlag).

Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz (Hrsg., 2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin (Eigenverlag).

Burchell, Graham, Colin Gordon und Peter Miller (Hrsg., 1991): The Foucault Effect. Studies in Governmentality. London (Harvester Wheatsheaf).

Busse, Dietrich (2000): Historische Diskurssemantik. Ein linguistischer Beitrag zur Analyse gesellschaftlichen Wissens. In: *Sprache und Literatur* 31 (86): 39-53.

Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Butler, Judith (2002): Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 50 (2): 249-265.

Butterwegge, Christoph, Bettina Lösch und Ralf Ptak (2008): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden (VS).

Castel, Robert (1983): Von der Gefährlichkeit zum Risiko. In: Wambach, Manfred Max (Hrsg.): Der Mensch als Risiko. Zur Logik von Prävention und Früherkennung: 51-74. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Clarke, John (2007): Die Neuerfindung der Community? Regieren in umkämpften Räumen. In: Kessl, Fabian und Hans-Uwe Otto (Hrsg.): Territorialisierung des Sozialen. Regieren über soziale Nahräume: 57-79. Opladen/Farmington Hills (Barbara Budrich).

Clarke, Ronald V. (2000): Situational Prevention, Criminology and Social Values. In: Hirsch, Andrew von, David Garland und Alison Wakefield (Hrsg.): Ethnical and Social Perspectives on Situational Crime Prevention: 97-112. Oxford/Portland (Hart).

Clarke, Ronald V. (2008): Situational Crime Prevention. In: Wortley, Richard und Lorraine Mazerolle (Hrsg.): Environmental Criminology and Crime Analysis: 178-194. Portland (Willan).

Cornel, Heinz (2002): Verkaufsschlager „Zero Tolerance“ – Warum aus dem Wunder von New York kein Wunder von Berlin oder Hamburg wird. In: Cornel, Heinz (Hrsg.): Neue Kriminalpolitik und Soziale Arbeit: 127-129. Baden-Baden (Nomos).

Crawford, Adam (2000): Situational Crime Prevention, Urban Governance and Trust Relations. In: Hirsch, Andrew von, David Garland und Alison Wakefield (Hrsg.): Ethical and Social Perspectives on Situational Crime Prevention: 193-213. Oxford/Portland (Hart).

Cremer-Schäfer, Helga (1997): Kriminalität und soziale Ungleichheit. Über die Funktion von Ideologie bei der Arbeit der Kategorisierung und Klassifikation von Menschen. In: Frehsee, Detlev (Hrsg.): Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe: 68-100. Baden-Baden (Nomos).

Cremer-Schäfer, Helga (1999): Zunehmende Lust auf Jugend, Gewalt und Kriminalität. Die aktuelle kriminalpolitische Jugenddebatte. In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 63 (2). Internet: http://www.cilip.de/ausgabe/63/lust.htm.

Cremer-Schäfer, Helga (2004): Wenn Kinder keine klasse Familie haben. Anmerkungen zur „Entfamilialisierung“ durch Sozialberichterstattung über „Kinderarmut“. In: *Widersprüche* 24 (2): 61-72.

Cremer-Schäfer, Helga (2007): Von der „Gewalt an der Schule“ zum „Schule schwänzen“. Zum Interesse kriminologischer Jugendbeobachtung an negativen Bildungskarrieren. In: Cremer-Schäfer, Helga und S. Karin Amos (Hrsg.): Saubere Schulen. Vom Ausbrechen und Ausschließen Jugendlicher: 157-178. Baden-Baden (Nomos).

Defert, Daniel (2005): Raum zum Hören. In: Foucault, Michel: Die Heterotopien/Der utopische Körper: 67-92. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg., 2001): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band I 1954-1969. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg., 2002): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band II 1970-1975. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg., 2003): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band III 1976-1979. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg., 2005): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band IV 1980-1988. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Deleuze, Gilles (1980 [1977]): Der Aufstieg des Sozialen. Nachwort in: Donzelot, Jacques: Die Ordnung der Familie: 246-252. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Deleuze, Gilles (1992): Foucault. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Deleuze, Gilles (1992 [1973]): Woran erkennt man den Strukturalismus? Berlin (Merve).

Deleuze, Gilles (1993a [1986]): Das Leben als Kunstwerk. In: Deleuze, Gilles: Unterhandlungen. 1972-1990: 136-146. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Deleuze, Gilles (1993b [1986]): Die Dinge aufbrechen, die Worte aufbrechen. In: Deleuze, Gilles: Unterhandlungen. 1972-1990: 121-135. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Deleuze, Gilles (1993c [1986]): Ein Porträt Foucaults. In: Deleuze, Gilles: Unterhandlungen 1972-1990: 147-171. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Deleuze, Gilles (1993 [1989]): Gespräch über Tausend Plateaus. In: Deleuze, Gilles: Unterhandlungen. 1972-1990: 41-54. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Deleuze, Gilles (1993 [1990]): Postskriptum über die Kontrollgesellschaften. In: Deleuze, Gilles: Unterhandlungen 1972-1990: 254-262. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Deleuze, Gilles (2005 [1984]): Über die wesentlichen Begriffe von Michel Foucault. In: Lapoujade, Daniel (Hrsg.): Gilles Deleuze. Schizophrenie und Gesellschaft. Texte und Gespräche von 1975 bis 1995: 231-249. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Deleuze, Gilles und Félix Guattari (1997 [1980]): Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie. Berlin (Merve).

Delorme, Jean (Hrsg., 1979): Zeichen und Gleichnisse. Evangelientext und semiotische Forschung. Düsseldorf (Patmos).

Demirović, Alex (2008): Liberale Freiheit und das Sicherheitsdispositiv. In: Purtschert, Patricia, Katrin Meyer und Yves Winter (Hrsg.): Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault: 229-250. Bielefeld (transcript).

Demirović, Alex (2008): Das Wahr-Sagen des Marxismus: Foucault und Marx. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 38 (2): 179-201.

Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg., 2003): Kommune schafft Sicherheit. Trends und Konzepte kommunaler Sicherheitsvorsorge. Burgwedel (Winkler & Stenzel).

Deutsches Forum für Kriminalprävention (Hrsg., 2005): Impulse für das kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene. Bonn.

Deutsches Forum für Kriminalprävention (2010): PiT – Prävention im Team. Internet: http://www.kriminalpraevention.de/wissen-gegen-gewalt/themen pfade/schule/programme/145-pit-prntion-im-team.html (23.08.2010).

Diaz-Bone, Rainer (2005): Zur Methodologisierung der Foucaultschen Diskursanalyse [48 Absätze]. In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* 7 (1). Internet: http://nbnresolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs060168.

Diaz-Bone, Rainer (2006): Operative Anschlüsse: Zur Entstehung der Foucaultschen Diskursanalyse in der Bundesrepublik. Jürgen Link im Gespräch mit Rainer Diaz-Bone. In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* 7 (3). Internet: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0603208.

Diaz-Bone, Rainer und Werner Schneider (2003): Qualitative Datenanalysesoftware in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse – Zwei Praxisbeispiele. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Dis-

kursanalyse. Band II: Forschungspraxis: 457-494. Opladen (Leske + Budrich).
Doll, Bernd (2002): Einführung. In: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Dokumentation des Fachkongresses „Kommunale Kriminalprävention – Netzwerk der Zukunft“: 22-25. Stuttgart.
Dollinger, Bernd (2006a): Prävention. Unintendierte Nebenfolgen guter Absichten. In: Dollinger, Bernd und Jürgen Raithel (Hrsg.): Aktivierende Sozialpädagogik. Ein kritisches Glossar: 145-154. Wiesbaden (VS).
Dollinger, Bernd (2006b): Zur Einleitung: Perspektiven aktivierender Sozialpädagogik. In: Dollinger, Bernd und Jürgen Raithel (Hrsg.): Aktivierende Sozialpädagogik. Ein kritisches Glossar: 7-22. Wiesbaden (VS).
Donzelot, Jacques (1980 [1977]): Die Ordnung der Familie. Frankfurt am Main (Suhrkamp).
Döring, Jörg und Tristan Thielmann (Hrsg., 2008): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld (transcript).
Dreyfus, Hubert L. und Paul Rabinow (1994[2] [1982]): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Weinheim/Basel (Beltz Athenäum).
Dünne, Jörg und Stephan Günzel (2006): Vorwort. In: Dünne, Jörg und Stephan Günzel (Hrsg.): Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften: 9-15. Frankfurt am Main (Suhrkamp).
Ehmke, Jörn (2004): Sicherheitsmanagement des Wohnungsunternehmens. In: Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Sicherheit planen und gestalten. Realisierung der städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Kriminalprävention durch Leitbilder und Verfahren: 29-35. Hannover.
Eick, Volker (2005): „Ordnung wird sein ...“. Quartiersmanagement und lokale Sicherheitspolitik. In: Dahme, Hans-Jürgen und Norbert Wohlfahrt (Hrsg.): Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis: 110-122. Hohengehren (Schneider).
Eick, Volker, Jens Sambale und Erik Töpfer (Hrsg., 2007): Kontrollierte Urbanität. Zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik. Bielefeld (transcript).
Einig, Klaus et al. (2005): Urban Governance. Zur Einführung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (9/10): I-IX.
Elden, Stuart und Jeremy Crampton (2007): Space, knowledge and power. Foucault and geography. In: Elden, Stuart und Jeremy Crampton (Hrsg.): Space, knowledge and power: Foucault and geography: 1-19. Aldershot/Burlington (Ashgate).
Eribon, Didier (1999): Michel Foucault. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Etzioni, Amitai (1995): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Stuttgart (Schäffer-Poeschel).

Evers, Adalbert und Helga Nowotny (1987): Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Ewald, François (1993): Der Vorsorgestaat. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Ewald, François und Alessandro Fontana (2006): Vorwort. In: Michel Foucault: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I: 7-12. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Fairclough, Norman (1989): Language and Power. London (Longman).

Fairclough, Norman (1995): Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language. London (Longman).

Fairclough, Norman (2001): Globaler Kapitalismus und kritisches Diskursbewußtsein. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden: 335-351. Opladen (Leske + Budrich).

Fehervary, Janos (1996): Community Policing – nun auch in Wien. In: Hammerschick, Walter, Inge Karazman-Morawetz und Wolfgang Stangl (Hrsg.): Die sichere Stadt: 149-166. Baden-Baden (Nomos).

Feltes, Thomas (1996): Bürgernahe Polizeiarbeit – neuer Wein in alten Schläuchen? Anmerkungen zur Frage, ob bürgernahe Polizeiarbeit Konsequenzen für Organisation und Struktur der Polizei haben muß. In: Hammerschick, Walter, Inge Karazman-Morawetz und Wolfgang Stangl (Hrsg.): Die sichere Stadt: 125-148. Baden-Baden (Nomos).

Feltes, Thomas (2003): Kommunale Kriminalprävention: Studien zur Viktimisierung, Verbrechensfurcht und Polizeibewertung als Ansätze zu einer Neuorientierung von Polizeiarbeit. In: Dölling, Dieter et al. (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention – Analysen und Perspektiven – Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg: 10-18. Holzkirchen (Felix).

Feltes, Thomas (2004a): Gemeinschaftliche statt kommunale Kriminalprävention: Ein neuer Weg? In: *Die Kriminalprävention* 8 (1): 5-14.

Feltes, Thomas (2004b): Kommunale Kriminalprävention. Vernetzte Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit? In: Braun, Stefan und Daniel Hörsch (Hrsg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr: 259-268. Wiesbaden (VS).

Feyerabend, Paul (1986 [1975]): Wider den Methodenzwang. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Flitner, Michael (2000): Vom „Platz an der Sonne“ zum „Platz für Tiere“. In: Flitner, Michael (Hrsg.): Der deutsche Tropenwald. Bilder, Mythen, Politik: 244-262. Frankfurt am Main/New York (Campus).

Foucault, Michel (1971 [1966]): Die Ordnung der Dinge. Frankfurt am Main

Foucault, Michel (1976): Mikrophysik der Macht. Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin. Berlin (Merve).

Foucault, Michel (1976 [1975]): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (1977 [1961]): Wahnsinn und Gesellschaft. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (1978): Ein Spiel um die Psychoanalyse. Gespräch mit Angehörigen des Departement de Psychanalyse der Universität Paris/Vincennes. In: Foucault, Michel: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit: 118-176. Berlin (Merve).

Foucault, Michel (1981 [1969]): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (1983 [1976]): Sexualität und Wahrheit I. Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (1987 [1969]): Paolo Caruso: Gespräch mit Michel Foucault. In: Seitter, Walter (Hrsg.): Von der Subversion des Wissens: 7-27. Frankfurt am Main (Fischer).

Foucault, Michel (1989 [1963]): Raymond Roussel. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (1992 [1978]): Was ist Kritik? Berlin (Merve).

Foucault, Michel (1994 [1982]): Warum ich Macht untersuche: Die Frage des Subjekts. In: Dreyfus, Hubert L. und Paul Rabinow: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik: 243-261. Weinheim (Beltz Athenäum).

Foucault, Michel (1999 [1982]): Die Maschen der Macht. In: Engelmann, Jan (Hrsg.): Michel Foucault. Botschaften der Macht. Der Foucault-Reader. Diskurs und Medien: 172-227. Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt).

Foucault, Michel (1999 [1976]): In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76). Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (1999 [1979]): Was ist ein Autor? In: Engelmann, Jan (Hrsg.): Michel Foucault. Botschaften der Macht. Der Foucault-Reader. Diskurs und Medien: 30-48. Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt).

Foucault, Michel (2000): Die „Gouvernementalität“. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Gouvernementalität der Ge-

genwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen: 41-67. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2001 [1962]): Sagen und Sehen bei Raymond Roussel. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecits. Schriften in vier Bänden. Band I 1954-1969: 284-297. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2001a [1966]): Das Denken des Außen. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band I 1954-1969: 670-697. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2001b [1966]): Ist der Mensch tot? In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band I 1954-1969: 697-703. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2001c [1966]): Michel Foucault, „Die Ordnung der Dinge“. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band I 1954-1969: 644-652. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2001a [1969]): Michel Foucault erklärt sein jüngstes Buch. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band I 1954-1969: 980-991. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2001b [1969]): Titel und Arbeiten. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band I 1954-1969: 1069-1075. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2002 [1963]): Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blicks. Frankfurt am Main (Fischer).

Foucault, Michel (2002 [1971]): Nietzsche, die Genealogie, die Historie. In: Defert, Daniel und Francois Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band II 1970-1975: 166-191. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2002 [1972]): Theorien und Institutionen des Strafvollzugs. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band II 1970-1975: 486-490. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2002a [1975]): Gespräch über das Gefängnis; das Buch und seine Methode. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band II 1970-1975: 913-932. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2002b [1975]): Von den Martern zu den Zellen. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften

in vier Bänden. Band II 1970-1975: 882-888. Frankfurt am Main a.M (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2003[9] [1972]): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main (Fischer).

Foucault, Michel (2003 [1976]): Fragen an Michel Foucault zur Geographie. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band III 1976-1979: 38-54. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2003a [1977]): Das Auge der Macht. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band III 1976-1979: 250-271. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2003b [1977]): Die Machtverhältnisse gehen in das Innere der Körper über. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band III 1976-1979: 298-309. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2003c [1977]): Macht und Wissen. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band III 1976-1979: 515-538. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2003 [1978]): Gespräch über die Macht. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band III 1976-1979: 594-608. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2005 [1966]): Die Heterotopien. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2005 [1967]): Von anderen Räumen. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band IV 1980-1988: 931-942. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2005a [1983]): Foucault. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band IV 1980-1988: 776-782. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2005b [1983]): Strukturalismus und Poststrukturalismus. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band IV 1980-1988: 521-555. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2005 [1984]): Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit. In: Defert, Daniel und François Ewald (Hrsg.): Michel Foucault. Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden. Band IV 1980-1988: 875-902. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2006 [1977-1978]): Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Foucault, Michel (2006 [1978-1979]): Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Frank, Manfred (1984): Was ist Neostrukturalismus? Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Frank, Manfred (1989): Das Sagbare und das Unsagbare. Studien zur deutsch-französischen Hermeneutik und Texttheorie. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Frehsee, Detlev (1998): Politische Funktionen Kommunaler Kriminalprävention. In: Albrecht, Hans-Jörg, Friedrich Dünkel und Hans-Jürgen Kerner (Hrsg.): Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht. Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag: 739-763. Berlin (Duncker & Humblot).

Frehsee, Detlev (1999): Verschwindet der Rechtsstaat? In: *Neue Kriminalpolitik* 11 (1): 16-21.

Frehsee, Detlev (2000): Gefahren und Nutzen von Prävention. Fragen an den Deutschen Präventionstag. Internet: http://dvjj.trilos.de/artikel.php?artikel=105 (17.03.2005).

Frehsee, Detlev (2001): Korrumpierung der Jugendarbeit durch Kriminalprävention? Prävention als Leitprinzip der Sicherheitsgesellschaft. In: Freund, Thomas und Werner Lindner (Hrsg.): Prävention. Zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit: 51-67. Opladen (Leske + Budrich).

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule Jugend und Berufsbildung (Hrsg., 2000): Schule und Stadtteil, Teil 1. Konzepte zur Entwicklung von Schule und Stadtteil. Hamburg.

Freikamp, Ulrike et al. (2008): Einleitung. Zum Verhältnis von Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik. In: Freikamp, Ulrike et al. (Hrsg.): Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik: 7-18. Berlin (Karl Dietz).

Füller, Henning und Nadine Marquardt (2010): Die Sicherstellung von Urbanität. Innerstädtische Restrukturierung und soziale Kontrolle in Downtown Los Angeles. Münster (Westfälisches Dampfboot).

Füller, Henning und Nadine Marquardt (2009): One step back to see the whole picture: conceiving governance as power relations. In: Eckardt, Frank und Ingemar Elander (Hrsg.): Urban Governance. Future Urban Research in Europe 2: 93-110. Berlin (Berliner Wissenschaftsverlag).

Garland, David (1996): The Limits of the Sovereign State. Strategies of Crime Control in Contemporary Society. In: *The British Journal of Criminology* 36 (4): 445-471.

Garland, David (1997): ‚Governmentality‘ and the problem of crime: Foucault, criminology, sociology. In: *Theoretical Criminology* 1 (2): 173-214.

Garland, David (2004): Die Kultur der „High Crime Societies“. Voraussetzungen einer neuen Politik von „Law and Order“. In: Oberwittler, Dietrich und Susanne Karstedt (Hrsg.): Soziologie der Kriminalität: 36-68. Wiesbaden (VS).

Garland, David (2008 [2001]): Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart. Frankfurt am Main/New York (Campus).

Gasteiger, Ludwig (2008): Michel Foucaults interpretative Analytik und das unbestimmte Ethos der Kritik. In: Freikamp, Ulrike et al. (Hrsg.): Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik: 33-51. Berlin (Karl Dietz).

Gebhardt, Hans, Paul Reuber und Günter Wolkersdorfer (2003): Kulturgeographie – Leitlinien und Perspektiven. In: Gebhardt, Hans, Paul Reuber und Günter Wolkersdorfer (Hrsg.): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen: 1-27. Heidelberg/Berlin (Spektrum).

Gehring, Petra (2004): Foucault – Die Philosophie im Archiv. Frankfurt am Main/New York (Campus).

Gehring, Petra (2007a): Foucaults „juridischer“ Machttyp, die *Geschichte der Gouvernementalität* und die Frage nach Foucaults Rechtstheorie. In: Krasmann, Susanne und Michael Volkmer (Hrsg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge: 157-179. Bielefeld (transcript).

Gehring, Petra (2007b): Sprengkraft von Archivarbeit – oder: Was ist so reizvoll an Foucault? In: Anhorn, Roland, Frank Bettinger und Johannes Stehr (Hrsg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit: 15-27. Wiesbaden (VS).

Giddens, Anthony (1997[3] [1984]): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt am Main/New York (Campus).

Glaser, Barney G. und Anselm L. Strauss (1998): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern/Göttingen/Toronto/Seattle (Hans Huber).

Glasze, Georg (im Erscheinen): Politische Räume. Die diskursive Konstitution eines „geokulturellen Raums“ – die Frankophonie. Bielefeld (transcript).

Glasze, Georg (2007): Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden [73 Absätze]. In: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 8 (2). Internet: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702143.

Glasze, Georg und Annika Mattissek (2009a): Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. In: Glasze, Georg und Annika Mattissek (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung: 11-59. Bielefeld (transcript).

Glasze, Georg und Annika Mattissek (Hrsg., 2009b): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld (transcript).

Glasze, Georg und Annika Mattissek (2009c): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Glasze, Georg und Annika Mattissek (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung: 153-179. Bielefeld (transcript).

Glasze, Georg und Robert Pütz (2007): Sprachorientierte Forschungsansätze in der Humangeographie nach dem *linguistic turn* – Einführung in das Schwerpunktheft. In: *Geographische Zeitschrift* 95 (1+2): 1-4.

Glasze, Georg, Robert Pütz und Verena Schreiber (2005): (Un-)Sicherheitsdiskurse: Grenzziehungen in Gesellschaft und Stadt. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 79 (2/3): 329-340.

Goldberg, Frank (2000): Kommunale Kriminalprävention in Frankfurt am Main. In: *Polizei in Frankfurt am Main* (34): 18-21.

Greene, Jack R. und Stephen D. Mastrofski (1988): Community Policing. Rhetoric or Reality. Santa Barbara (Greenwood Press).

Greimas, Algirdas Julien (1971 [1966]): Strukturale Semantik. Methodologische Untersuchungen. Braunschweig (Friedrich Vieweg + Sohn).

Greimas, Algirdas Julien (1973 [1966]): Struktur und Geschichte. In: Naumann, Hans (Hrsg.): Der moderne Strukturbegriff. Materialien zu seiner Entwicklung: 421-434. Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).

Greimas, Algirdas Julien und Joseph Courtés (1982): Semiotics and Language. An Analytical Dictionary. Bloomington (Indiana University Press).

Guattari, Félix (1992): Caosmose. São Paulo (Editora 34).

Günther, Klaus und Axel Honneth (2008): Vorwort. In: Garland, David: Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gesellschaft: 7-16. Frankfurt am Main/New York (Campus).

Günzel, Stephan (2006): Zur Archäologie des Raumes. In: Ott, Michaela und Elke Uhl (Hrsg.): Denken des Raums in Zeiten der Globalisierung: 24-38. Münster (LIT).

Günzel, Stephan (2007): Raum – Topographie – Topologie. In: Günzel, Stephan (Hrsg.): Topologie. Zur Raumbeschreibung in den Kultur- und Medienwissenschaften: 13-29. Bielefeld (transcript).

GWH-Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Hessen mbH (2006): dornbusch-HÖFE erhalten Gütesiegel „Ausgezeichnete Wohnsicherheit“. In: *Verbandsmagazin. Themen, Trends und Fakten der Wohnungswirtschaft für Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz* (4): 25.

Haas, Eberhard Th. (2009): Das Rätsel des Sündenbocks. Zur Entschlüsselung einer grundlegenden kulturellen Figur. Gießen (Psychosozial-Verlag).

Häfele, Joachim (2009): „Incivilities“, Kriminalität und Kriminalpolitik. Aktuelle Tendenzen und Forschungsergebnisse. In: *Neue Kriminalpolitik* 18 (3): 104-109.

Hagedorn, Ortrud (2005): Mediation – durch Konflikte lotsen. Stuttgart/Leipzig (Klett).

Hahn-Dehm, Bodo (2007): Über Mediation und das Unbehagen an der Schul-Disziplin in der Bundesrepublik. In: Amos, S. Karin und Helga Cremer-Schäfer (Hrsg.): Saubere Schulen. Vom Ausbrechen und Ausschließen Jugendlicher: 105-122. Baden-Baden (Nomos).

Haraway, Donna (1995): Monströse Versprechen. Eine Erneuerungspolitik für un/an/geeignete Andere. In: Haraway, Donna: Monströse Versprechen. Die Gender- und Technologie-Essays: 11-81. Hamburg (Argument).

Hard, Gerhard (1993): Über Räume reden. Zum Gebrauch des Wortes „Raum“ in sozialwissenschaftlichem Zusammenhang. In: Mayer, Jörg (Hrsg.): Die aufgeräumte Welt. Raumbilder und Raumkonzepte im Zeitalter globaler Marktwirtschaft: 53-77. Rehburg-Loccum (Evangelische Akademie Loccum).

Harten, Hans-Christian (2004): Utopie. In: Benner, Dietrich und Jürgen Oelkers (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Pädagogik: 1071-1090. Weinheim/Basel (Beltz).

Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich (Rotpunktverlag).

Hasse, Jürgen (2007): Übersehene Räume. Zur Kulturgeschichte und Heterotopologie des Parkhauses. Bielefeld (transcript).

Hassemer, Winfried (1998): „Zero tolerance“ – Ein neues Strafkonzept. In: Albrecht, Hans-Jörg (Hrsg.): Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht. Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag: 793-814. Berlin (Duncker & Humblot).

Haug, Frigga (1995): Einleitung zur deutschen Veröffentlichung von „Monströse Versprechen". In: Haraway, Donna: Monströse Versprechen. Die Gender- und Technologie-Essays: 6-8. Hamburg (Argument).

Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (2004): Stadtsoziologie. Frankfurt am Main/New York (Campus).

Hechler, Daniel und Axel Philipps (2008): Einleitung. In: Hechler, Daniel und Axel Philipps (Hrsg.): Widerstand denken. Michel Foucault und die Grenzen der Macht: 7-16. Bielefeld (transcript).

Heinz, Wolfgang (1999): Kommunale Kriminalprävention. In: Rössner, Dieter und Jörg-Martin Jehle (Hrsg.): Kriminalität, Prävention und Kontrolle: 89-116. Heidelberg (Kriminalistik-Verlag).

Heinz, Wolfgang (2005): Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht. In: Bannenberg, Britta, Marc Coester und Erich Marks (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages (17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart): 9-30. Mönchengladbach (Forum-Verlag Godesberg).

Hengst, Heinz (1981): Tendenzen der Liquidierung von Kindheit. In: Hengst, Heinz et al.: Kindheit als Fiktion: 11-72. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Hengst, Heinz et al (1981): Kindheit als Fiktion. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Hermann, Dieter und Christian Laue (2001): Ökologie und Lebensstil – Empirische Analysen zum „broken windows"-Paradigma. In: Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Raum und Kriminalität: 90-120. Mönchengladbach (Forum-Verlag Godesberg).

Hermanns, Fritz (1995): Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Form und Gegenstand historischer Semantik. In: Gardt, Andreas, Klaus J. Mattheier und Oskar Reichmann (Hrsg.): Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien: 69-101. Tübingen (Niemeyer).

Herold, Horst (1988 [1983]): Die Polizei als gesellschaftliches Diagnoseinstrument. Horst Herold im Interview. In: Appel, Roland, Dieter Hummel und Wolfgang Hippe (Hrsg.): Die Neue Sicherheit. Vom Notstand zur Sozialen Kontrolle: 65-92. Köln (Kölner Volksblatt Verlag).

Herriger, Norbert (1983): Präventive Jugendkontrolle – eine staatliche Strategie zur Kolonisierung des Alltags. In: Benner, Dietrich, Helmut Heid und Hans Hiersch (Hrsg.): Beiträge zum 8. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften vom 22.-24. März 1982 in der Universität Regensburg: 231-236. Weinheim/Basel (Beltz).

Hess, Henner (2000): Neue Sicherheitspolitik in New York City. In: Dinges, Martin und Fritz Sack (Hrsg.): Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne: 105-115. Konstanz (UVK).

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (2009): Bürgerengagement für Sicherheit: Erfolgsmodell „Freiwilliger Polizeidienst“. Internet: http://www.hessen.de/irj/HMdI_Internet?uid=ee8609a2-f163-a401-e76c-d1505 eb31b65 (30.09.2009).

Hilfswerk der Deutschen Lions e. V. (2010): Lions-Quest „Erwachsen werden“. Ein Zukunftsprogramm für Jugendliche macht Schule. Internet: www.lions-quest.de (19.08.2010).

Hirsch, Andrew von, David Garland und Alison Wakefield (Hrsg., 2000): Ethical and Social Perspectives on Situational Crime Prevention. Oxford/Portland (Hart).

Hirseland, Andreas und Werner Schneider (2001): Wahrheit, Ideologie und Diskurse. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden: 373-402. Opladen (Leske + Budrich).

Hjelmslev, Louis (1973 [1958]): Für eine strukturale Semantik. In: Naumann, Hans (Hrsg.): Der moderne Strukturbegriff. Materialien zu seiner Entwicklung: 249-269. Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).

Hjelmslev, Louis (1974 [1943]): Prolegomena zu einer Sprachtheorie. München (Max Hueber).

Hohmeyer, Christine (1999): Kommunale Kriminalpolitik in Deutschland. Akteure, Themen und Projekte kriminalpräventiver Gremien. In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 64 (3). Internet: http://www.cilip.de/ausgabe/64/ schoeneb.htm.

Höhne, Thomas, Thomas Kunz und Frank-Olaf Radtke (2005): Bilder von Fremden. Was unsere Kinder aus Schulbüchern über Migranten lernen sollen. Frankfurt am Main (Frankfurter Beiträge zur Erziehungswissenschaft, Reihe Monographien).

Holloway, Sarah und Gill Valentine (Hrsg., 2002): Children´s Geographies. Playing, living, learning. London/New York (Routledge).

Holm, Andrej (2001): „Behutsame Verdrängung“ am Helmholtzplatz: Ausgrenzung im Aufwertungsgebiet. In: *MieterEcho. Zeitung der Berliner Mieter-Gemeinschaft e. V.* (286): 9-11.

Honneth, Axel (2003): Foucault und die Humanwissenschaften. Zwischenbilanz einer Rezeption. In: Honneth, Axel und Martin Saar (Hrsg.): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001: 15-26. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Horlitz, Sabine (2009): Pruitt-Igoe: Ikone des Scheiterns? Planungsparadigmen, Lenkungsmodelle und Rezeption des US-amerikanischen Sozialwohnungsprojektes. Internet: http://userpage.fu-berlin.de/~jfkpolhk/mm/Teaching/PastCourses/SS08/HorlitzExpose%20Pruitt-Igoe.kolloq.pdf (18.09.2009).

Hornbostel, Stefan (1998): Die Konstruktion von Unsicherheitslagen durch kommunale Präventionsräte. In: Hitzler, Ronald und Helge Peters (Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse: 93-112. Opladen (Leske + Budrich).

Hörster, Reinhard (1997): Bildungsplatzierungen. Räume, Möglichkeiten und Grenzen der Heterotopologie. In: Ecarius, Jutta und Martina Löw (Hrsg.): Raumbildung – Bildungsräume. Über die Verräumlichung sozialer Prozesse: 93-121. Opladen (Leske + Budrich).

Hughes, Gordon (1998): Understanding crime prevention. Social control, risk and late modernity. Buckingham/Philadelphia (Open University Press).

Hunsicker, Ernst (1993): Kriminalitätsverhütung. Kommunale und lokale Basisprävention als Ausformung der Idee „Räte der Verbrechensverhütung“. In: *Kriminalistik* 47 (11): 725-729.

Huster, Stefan und Karsten Rudolph (2008): Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat? In: Huster, Stefan und Karsten Rudolph (Hrsg.): Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat: 9-20. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg., 2008): Landespreis für Innere Sicherheit 2008. Düsseldorf.

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2009): Ordnungspartnerschaften. Internet: http://www.im.nrw.de/sch/11.htm (30.09.2009).

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg., 2006): Sachstandsbericht Kriminalprävention im Städtebau. „Soziale und sichere Stadt – Sozialraum-Management“. Kiel.

Institut für schulische Fortbildung und schulpsychologische Beratung des Landes Rheinland-Pfalz (2009): Prävention im Team. Internet: http://ifb.bildung-rp.de/themen/gewaltpraevention-intervention/pit.html (01.10.2009).

Jäger, Joachim (1996): Kommunale Kriminalprävention aus Sicht der Polizei oder: Wie läßt sich versäumtes (schnell) nachholen? In: Kube, Edwin, Hans Schneider und Jürgen Stock (Hrsg.): Vereint gegen Kriminalität – Wege der kommunalen Kriminalprävention in Deutschland: 35-43. Lübeck (Schmidt-Römhild).

Jäger, Margarete (2003): Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. Analyse einer Diskursverschränkung. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II: Forschungspraxis: 421-437. Opladen (Leske + Budrich).

Jäger, Margarete et al. (2002): Zweierlei Maß. Die Berichterstattung über Straftaten von Deutschen und MigrantInnen in den Printmedien und das Dilemma der JournalistInnen. In: Liebhart, Karin (Hrsg.): Fremdbilder – Feindbilder – Zerrbilder: 57-77. Klagenfurt (Drava).

Jäger, Siegfried (1999a): Einen Königsweg gibt es nicht. Bemerkungen zur Durchführung von Diskursanalysen. In: Bublitz, Hannelore et al. (Hrsg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults: 136-147. Frankfurt am Main/New York (Campus).

Jäger, Siegfried (1999b): Zwischen den Kulturen: Diskursanalytische Grenzgänge. In: Hepp, Andreas und Rainer Winter (Hrsg.): Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse: 251-272. Opladen (Westdeutscher Verlag).

Jäger, Siegfried (2001): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden: 81-112. Opladen (Leske + Budrich).

Jäger, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster (Unrast).

Jakobson, Roman (1974): Form und Sinn. Sprachwissenschaftliche Betrachtungen. München (Wilhelm Fink).

Jameson, Frederik (1987): Foreword. In: Greimas, Algirdas Julien: On Meaning. Selected Writings in Semiotic Theory: vi-xxiii. Minneapolis (University of Minnesota Press).

Jameson, Frederik (1988 [1981]): Das politische Unbewußte. Literatur als Symbol sozialen Handelns. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt).

Jasch, Michael (2003): Kommunale Kriminalprävention in der Krise. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 86 (6): 411-420.

Jasper, Michael (2000): Kriminalitätstheorien: Der „Labeling Approach". In: *Kriminalistik* 54 (3): 146-152.

Jeffery, Clarence Ray (1971): Crime Prevention Through Environmental Design. Beverly Hills (Sage).

Jefferys-Duden, Karin (2008): Das Streitschlichter-Programm: Mediatorenausbildung für Schülerinnen und Schüler der Klassen 3 bis 6. Weinheim/Basel (Beltz).

Jessop, Bob (1997): Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. In: Becker, Steffen, Thomas Sablowski und Wilhelm Schumm (Hrsg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung: 50-95. Berlin/Hamburg (Argument).

Jessop, Bob (2007): Raum, Ort und Maßstäbe. Territorialisierungsstrategien in postfordistischen Gesellschaften. In: Kessl, Fabian und Hans-Uwe Otto (Hrsg.): Territorialisierung des Sozialen. Regieren über soziale Nahräume: 25-55. Opladen/Farmington Hills (Barbara Budrich).

Kania, Harald (2004): Kriminalitätsberichte und die Konstruktion von Kriminalitätswirklichkeit. In: Walter, Michael, Harald Kania und Hans-Jörg Albrecht (Hrsg.): Alltagsvorstellungen von Kriminalität – Individuelle und gesellschaftliche Bedeutung von Kriminalitätsbildern für die Lebensgestaltung: 137-156. Münster (LIT).

Kant, Martina und Norbert Pütter (1998): Sicherheit und Ordnung in den Städten. Zwischen ‚Sicherheitsnetz' und ‚Ordnungspartnerschaften'. In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 59 (1). Internet: http://www.cilip.de/ausgabe/59/netz.htm#fn1.

Kant, Martina, Norbert Pütter und Christine Hohmeyer (2000): Kommunale Kriminalprävention in Deutschland. Eine quantitative Annäherung. In: Liebl, Karlhans und Thomas Ohlemacher (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung: Interdisziplinäre Perspektiven in einem sich entwickelnden Forschungsfeld: 201-219. Herbolzheim (Centaurus).

Karstedt, Susanne (2007): Die Vernunft der Gefühle: Emotion, Kriminalität und Strafrecht. In: Hess, Henner, Lars Ostermeier und Bettina Paul (Hrsg.): Kontrollkulturen. Texte zur Kriminalpolitik im Anschluss an David Garland: 25-45. Weinheim (Juventa).

Katz, Cindi (2008): Childhood as spectacle: relays of anxiety and the reconfiguration of the child. In: *Cultural Geographies* 15 (1): 5-17.

Keller, Reiner (1997): Diskursanalyse. In: Hitzler, Ronald und Anne Honer (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung: 309-333. Opladen (Leske + Budrich).

Keller, Reiner (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden: 113-143. Opladen (Leske + Budrich).

Keller, Reiner (2004): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Opladen (Leske + Budrich).

Keller, Reiner (2005): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden (VS).

Keller, Reiner et al. (Hrsg., 2001a): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. Opladen (Leske + Budrich).

Keller, Reiner et al. (2001b): Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch

Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden: 7-27. Opladen (Leske + Budrich).

Keller, Reiner et al. (Hrsg., 2003): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II: Forschungspraxis. Opladen (Leske + Budrich).

Keller, Reiner et al. (Hrsg., 2005): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung. Konstanz (UVK).

Kerchner, Brigitte (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick. In: Kerchner, Brigitte und Silke Schneider (Hrsg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung: 33-67. Wiesbaden (VS).

Kerner, Hans-Jürgen (2003): Ist die Kriminalitätslage in unserem Lande schlimmer geworden? Kriminologische Betrachtungen zur Inneren Sicherheit. In: *Der Bürger im Staat* 53 (1): 5-8.

Kessl, Fabian und Susanne Krasmann (2005): Sozialpolitische Programmierungen. In: Kessl, Fabian et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum: 227-245. Wiesbaden (VS).

Kessl, Fabian und Susanne Maurer (2005): Soziale Arbeit. In: Kessl, Fabian et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum: 111-128. Wiesbaden (VS).

Kessl, Fabian und Hans-Uwe Otto (2007): Von der (Re-)Territorialisierung des Sozialen. Zur Regierung sozialer Nahräume – eine Einleitung. In: Kessl, Fabian und Hans-Uwe Otto (Hrsg.): Territorialisierung des Sozialen. Regieren über soziale Nahräume: 7-21. Opladen/Farmington Hills (Barbara Budrich).

Killias, Martin (2005): Erklärung und Prävention von Verbrechen anhand situativer Faktoren. In: Bannenberg, Britta, Marc Coester und Erich Marks (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages (17. und 18. Mai in Stuttgart): 31-39. Mönchengladbach (Forum-Verlag Godesberg).

Kim, Taehwan (2002): Vom Aktantenmodell zur Semiotik der Leidenschaften. Eine Studie zur narrativen Semiotik von Algirdas J. Greimas. Tübingen (Gunter Narr).

Klemm, Jana und Georg Glasze (2005): Methodische Probleme Foucault-inspirierter Diskursanalysen in den Sozialwissenschaften. Tagungsbericht: „Praxis-Workshop Diskursanalyse“ [64 Absätze]. In: *Forum qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* 6 (2). Internet: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0502246.

Kneer, Georg und Armin Nassehi (1993): Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme. München (Wilhelm Fink).

Knoblauch, Hubert (2001): Diskurs, Kommunikation und Wissenssoziologie. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden: 207-223. Opladen (Leske + Budrich).

Kocyba, Hermann (2004): Aktivierung. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Glossar der Gegenwart: 17-22. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Koetzsche, Helmut (1996): Kommunale Kriminalprävention im Ausland – insbesondere in den Niederlanden und Großbritannien. In: Kube, Edwin, Hans Schneider und Jürgen Stock (Hrsg.): Vereint gegen Kriminalität – Wege der kommunalen Kriminalprävention in Deutschland: 45-78. Lübeck (Schmidt-Römhild).

Kolbe, Peter (2005): Staatlichkeit im Wandel am Beispiel der Kriminalprävention. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (46): 9-16.

Kommunaler Kriminalpräventionsrat Hannover (2009): Die Organisationsform des KKP Hannover. Internet: http://www.hannover.de/de/buerger/feupoju/kommunaler_praeventationsrat/kkporgafor.html (12.11.2009).

Konersmann, Ralf (2003[9]): Der Philosoph mit der Maske. Michel Foucaults L`ordre du discours. Essay in: Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses: 51-91. Frankfurt am Main (Fischer).

Krasmann, Susanne (2000): Gouvernementalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-)trainieren beispielsweise. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen: 194-226. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Krasmann, Susanne (2003): Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernementalität der Gegenwart. Konstanz (UVK).

Krasmann, Susanne und Jürgen Martschukat (2007): Rationalitäten der Gewalt. Staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert – eine Einführung. In: Krasmann, Susanne und Jürgen Martschukat (Hrsg.): Rationalitäten der Gewalt. Staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert: 7-18. Bielefeld (transcript).

Krasmann, Susanne und Sven Opitz (2007): Regierung und Exklusion. Zur Konzeption des Politischen im Feld der Gouvernementalität. In: Krasmann, Susanne und Michael Volkmer (Hrsg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge: 127-155. Bielefeld (transcript).

Krasmann, Susanne und Michael Volkmer (2007a): Einleitung. In: Krasmann, Susanne und Michael Volkmer (Hrsg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge: 7-20. Bielefeld (transcript).

Krasmann, Susanne und Michael Volkmer (Hrsg., 2007b): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld (transcript).

Kreissl, Reinhard (1981): Die präventive Polizei. Auf dem Weg zur gläsernen Gesellschaft? In: *Kritische Justiz* 14 (2): 128-139.

Kreissl, Reinhard (2000): Soziale Kontrolle, Kriminalität und abweichendes Verhalten in zeitgenössischen Gesellschaften. Einige Überlegungen in gesellschaftstheoretischer Absicht. In: Peters, Helge (Hrsg.): Soziale Kontrolle: Zum Problem der Normkonformität in der Gesellschaft: 19-42. Opladen (Leske + Budrich).

Kreissl, Reinhard (2004): Community. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Glossar der Gegenwart: 37-41. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg., o. J.): Sicherheit aktiv gestalten. Kommunale Kriminalprävention im Stadtbezirk. Düsseldorf.

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg., 2005): Kriminalprävention in Düsseldorf. Düsseldorf.

Kube, Edwin, Hans Schneider und Jürgen Stock (1996): Kriminalprävention als kommunale Aufgabe. In: Kube, Edwin, Hans Schneider und Jürgen Stock (Hrsg.): Vereint gegen Kriminalität – Wege der kommunalen Kriminalprävention in Deutschland: 11-23. Lübeck (Schmidt-Römhild).

Kube, Erwin (2003): Städtebau und Kriminalität. Fördert die Unwirtlichkeit unserer Städte Kriminalität? In: *Der Bürger im Staat* 53 (1): 65-69.

Kunz, Karl-Ludwig (1997): Innere Sicherheit und Kriminalitätsvorsorge im liberalen Rechtsstaat. In: Kunz, Karl-Ludwig und Rupert Moser (Hrsg.): Innere Sicherheit und Lebensängste: 13-35. Bern (Haupt).

Kunz, Karl-Ludwig (2008): Kriminologie. Bern (Haupt).

Kunz, Thomas (2005): Der Sicherheitsdiskurs. Die Innere Sicherheitspolitik und ihre Kritik. Bielefeld (transcript).

Kury, Helmut, Andrea Lichtblau und André Neumaier (2004): Was messen wir, wenn wir Kriminalitätsfurcht messen? In: *Kriminalistik* 58 (7): 457-465.

Kury, Helmut und Joachim Obergfell-Fuchs (2003): Kriminalitätsfurcht und ihre Ursachen. In: *Der Bürger im Staat* 53 (1): 9-18.

Laclau, Ernesto (2002^2 [1996]): Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun? In: Laclau, Ernesto: Emanzipation und Differenz: 65-78. Wien (Turia + Kant).

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (Hrsg., 2004): Städtebauliche Kriminalprävention. Theoretische Grundlagen. Beispielhafte Projekte. Interviews mit Experten. Stuttgart.

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz (Hrsg., 2002): Städtebau und Kriminalprävention. Mainz.

Landespräventionsrat Niedersachsen, Niedersächsisches Justizministerium und Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hrsg., 2008): Die Sichere Stadt als interdisziplinäre Aufgabe. Deutsche und europäische Perspektiven. Hannover.

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg., 2004): 10 GUTE GRÜNDE WARUM und WIE kommunale Präventionsräte eingerichtet werden sollten. Argumente Hinweise und Empfehlungen der Landespräventionsräte Mecklenburg-Vorpommerns, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins. Rostock.

Landsberg, Gerd (2003): Vorwort. Kommune schafft Sicherheit. Trends und Konzepte kommunaler Sicherheitsvorsorge. In: *DstGB Dokumentationen* (33).

Lanz, Stephan (2001): Der Staat verordnet die Zivilgesellschaft. In: *MieterEcho. Zeitung der Berliner MieterGemeinschaft e. V.* (286): 4-8.

Laue, Christian (2002): Broken Windows und das New Yorker Modell – Vorbilder für die Kriminalprävention in deutschen Großstädten? In: Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.): Düsseldorfer Gutachten: Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen: 333-436. Düsseldorf.

Legge, Ingeborg (2001): Amerikanische Präventionskonzepte aus deutscher Sicht. In: Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Raum und Kriminalität: 68-87. Mönchengladbach (Mönch).

Legnaro, Aldo (1997): Konturen der Sicherheitsgesellschaft: Eine polemisch-futurologische Skizze. In: *Leviathan* 25 (2): 271-284.

Lehmann-Rommel, Roswitha (2004): Partizipation, Selbstreflexion und Rückmeldung: gouvernementale Regierungspraktiken im Feld Schulentwicklung. In: Ricken, Norbert und Markus Rieger-Ladich (Hrsg.): Michel Foucault: Pädagogische Lektüren: 261-283. Wiesbaden (VS).

Lehne, Werner (1996): Präventionsräte, Stadtteilforen, Sicherheitspartnerschaften. Die Reorganisation des Politikfeldes „Innere Sicherheit“. In: Trotha, Trutz von (Hrsg.): Politischer Wandel, Gesellschaft und Kriminalitätsdiskurse. Beiträge zur interdisziplinären wissenschaftlichen Kriminologie: 299-319. Baden-Baden (Nomos).

Lehne, Werner (1998): Kommunale Kriminalprävention. Die Reorganisation des Politikfeldes „Innere Sicherheit“. In: Hitzler, Ronald und Helge Peters

(Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse: 113-130. Opladen (Leske + Budrich).

Lemke, Thomas (1993): „Der Eisberg der Politik". Foucault und das Problem der Regierung. In: *kultuRRevolution* (31): 31-41.

Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der Gouvernementalität. Berlin/Hamburg (Argument).

Lemke, Thomas (2000): Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die *governmentality studies*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 41 (1): 31-47.

Lemke, Thomas (2007): Eine unverdauliche Mahlzeit? Staatlichkeit, Wissen und die Analytik der Regierung. In: Krasmann, Susanne und Michael Volkmer (Hrsg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität" in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge: 47-73. Bielefeld (transcript).

Lemke, Thomas, Susanne Krasmann und Ulrich Bröckling (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen: 7-40. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Lenzen, Dieter (1985): Mythologie der Kindheit. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt).

Lévi-Strauss, Claude (1969 [1958]): Strukturale Anthropologie. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Lindenberg, Michael (2001): Paradoxe Sicherheit. Sicherheitskonferenzen zwischen kommunaler Kriminalprävention und Quartiersbelebung. In: *Widersprüche* 21 (82): 53-66.

Lindenberg, Michael und Henning Schmidt-Semisch (1995): Sanktionsverzicht und Herrschaftsverlust: Vom Übergang in die Kontrollgesellschaft. In: *Kriminologisches Journal* 27 (1): 2-17.

Lindenberg, Michael und Holger Ziegler (2005): Prävention. In: Kessl, Fabian et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum: 611-627. Wiesbaden (VS).

Lindner, Werner und Thomas Freund (2001): Der Prävention vorbeugen? Zur Reflexion und kritischen Bewertung von Präventionsaktivitäten in der Sozialpädagogik. In: Freund, Thomas und Werner Lindner (Hrsg.): Prävention. Zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit: 69-96. Opladen (Leske + Budrich).

Link, Jürgen (1982): Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. Zur aktuellen Frage, wie subjektive Aufrüstung funktioniert. In: *kultuRRevolution* (1): 6-21.

Link, Jürgen (1986): Kleines Begriffslexikon. In: *kultuRRevolution* (11): 70-71.

Link, Jürgen (1988): Über Kollektivsymbolik im politischen Diskurs und ihren Anteil an totalitären Tendenzen. In: *kultuRRevolution* (17/18): 47-53.

Link, Jürgen (1995): Diskurstheorie. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 2: 743-748. Hamburg (Argument).

Link, Jürgen (2005): Warum Diskurse nicht von personalen Subjekten ‚ausgehandelt' werden. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung: 77-100. Konstanz (UKV).

Link, Jürgen und Ursula Link-Heer (1990): Diskurs/Interdiskurs und Literaturanalyse. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 20 (77): 88-99.

Litges, Gerhard, Maria Lüttringhaus und Christoph Stoik (2005): Quartiersmanagement. In: Kessl, Fabian et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum: 559-576. Wiesbaden (VS).

Loibl, Roswitha (2006): Der Kommissar plant mit. Städtebauliche Kriminalprävention: Um die Sicherheit der Bewohner zu erhöhen, kooperieren in Essen Bauträger und Behörden. In: *Süddeutsche Zeitung* (289) vom 15.12.2006, S. V2/1.

Lossau, Julia (2000): Für eine Verunsicherung des geographischen Blicks: Bemerkungen aus dem Zwischen-Raum. In: *Geographica Helvetica* 55 (1): 23-30.

Lücke, Bärbel (2002): Semiotik und Dissemination. Von A. J. Greimas zu Jacques Derrida. Eine erzähltheoretische Analyse anhand von Elfriede Jelineks „Prosa" „Oh Wildnis, oh Schutz vor ihr". Würzburg (Königshausen & Neumann).

Lüdemann, Christian und Thomas Ohlemacher (2002): Soziologie der Kriminalität. Weinheim/München (Juventa).

Luff, Johannes (2004): Kriminologische Regionalanalysen: Zu Moden und Methoden, Notwendigkeit und Nutzen. Internet: http://www.praeventionstag.de/html/GetDokumentation.cms?XID=69 (22.09.2010).

Lyotard, Jean-François (1985 [1983]): „Nach" Wittgenstein. In: Lyotard, Jean-François: Grabmal des Intellektuellen: 68-74. Graz, Wien (Böhlau).

Lyotard, Jean-François (1994 [1979]): Das postmoderne Wissen. Wien (Passagen).

Mandelbrot, Benoît B. (1991): Die fraktale Geometrie der Natur. Basel (Birkhäuser).

Marchart, Oliver (2002[2]): Gesellschaft ohne Grund: Laclaus politische Theorie des Post-Fundationalismus. In: Laclau, Ernesto: Emanzipation und Differenz: 7-18. Wien (Turia + Kant).

Marchart, Oliver (2004): Techno-Kolonialismus. Theorie und imaginäre Kartographie von Kultur und Medien. Wien (Löcker).

Marschik, Matthias (2004): Sport als „leerer Signifikant“ – Die Neutralisierung des Sportes als Bedingung seiner kulturellen Bedeutungen. In: *Kurswechsel* 10 (2): 35-43.

Mattissek, Annika (2007a): Diskursanalyse in der Humangeographie – „State of the Art“. In: *Geographische Zeitschrift* 95 (1/2): 37-55.

Mattissek, Annika (2007b): Diskursive Konstitution städtischer Identität – Das Beispiel Frankfurt am Main. In: Berndt, Christian und Robert Pütz (Hrsg.): Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn: 83-112. Bielefeld (transcript).

Mattissek, Annika und Paul Reuber (2007): Poststrukturalistische Methoden in der Geographie: das Beispiel der Diskursanalyse. In: Gebhard, Hans et al. (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie: 173-183. München/Heidelberg (Elsevier).

Maurer, Susanne und Susanne Maria Weber (2006): Die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden. Gouvernementalität als Perspektive für die Erziehungswissenschaft. In: Weber, Susanne Maria und Susanne Maurer (Hrsg.): Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft. Wissen – Macht – Transformation: 9-36. Wiesbaden (VS).

May, Michael, Fabian Kessl und Andreas Schaarschuch (2001): Alles im Griff – Prävention als Sozialtechnologie. Zu diesem Heft. In: *Widersprüche* 21 (79): 3-6.

Mayer, Margit (2003): Das Potenzial des Regulationsansatzes für die Analyse städtischer Entwicklungen am Beispiel territorialer Anti-Armutspolitik. In: Brand, Ulrich und Werner Raza (Hrsg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes: 265-280. Münster (Westfälisches Dampfboot).

Mayer, Margit (2005): Das Konzept des Sozialkapitals in der stadtpolitischen Diskussion. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (9/10): 589-598.

Meier, Jaqueline (2008): Das Programm „Soziale Stadt“. Internet: http://www.quartiersmanagement-berlin.de/Programm-Soziale-Stadt.2805.0.html (25.10.2009).

Mensching, Anja (2005): Ist Vorbeugen besser als Heilen? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (46): 17-23.

Meyer, Katrin und Patricia Purtschert (2008): Migrationsmanagement und die Sicherheit der Bevölkerung. In: Purtschert, Patricia, Katrin Meyer und Yves Winter (Hrsg.): Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault: 149-172. Bielefeld (transcript).

Meyer-Drawe, Käte (1996): Versuch einer Archäologie des pädagogischen Blicks. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 42 (5): 655-664.

Michel, Boris (2005): Stadt und Gouvernementalität. Münster (Westfälisches Dampfboot).

Milanés, Alexander (1998): Akte X und Aktenzeichen XY. Über Formen der Inszenierung krimineller Bedrohung im Fernsehen. In: Hitzler, Ronald und Helge Peters (Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse: 51-64. Opladen (Leske + Budrich).

Miller, Linda S. und Kären M. Hess (2004[4]): Community Policing. Partnerships for Problem Solving. Belmont (Wadsworth).

Miller, Peter und Nikolas Rose (1994 [1988]): Das ökonomische Leben regieren. In: Schwarz, Richard (Hrsg.): Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault: 54-108. Mainz (Decaton).

Mitglieder der Redaktion der Zeitschrift Neue Kriminalpolitik (2002): 10 Thesen für eine Kriminalpolitik mit Augenmaß. In: Cornel, Heinz (Hrsg.): Neue Kriminalpolitik und Soziale Arbeit: 337-343. Baden-Baden (Nomos).

Moebius, Stephan und Andreas Reckwitz (2008): Poststrukturalismus und Sozialwissenschaften: Eine Standortbestimmung. In: Moebius, Stephan und Andreas Reckwitz (Hrsg.): Poststrukturalistische Sozialwissenschaften: 7-23. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Mouffe, Chantal (1988): Hegemonie und neue politische Subjekte: Eine neue Konzeption von Demokratie. In: *kultuRRevolution* (17/18): 37-41.

Müller, Andreas (2009): Tor für die Kids vom Atzelberg. In: *Frankfurter Rundschau* 65 (256) vom 04.11.2009, S. F22.

Müller, Martin (2008): Reconsidering the concept of discourse for the field of critical geopolitics: towards discourse as language and practice. In: *Political Geography* 27 (3): 322-338.

Müller, Thomas (2004): Kommunale Präventionsgremien in Niedersachsen. Grundlagen, Rahmenbedingungen und Strukturen für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit. Internet: http://www.lpr.niedersachsen.de/Landespraeventionsrat//Module/Publikationen/Dokumente/20050606_2_F87.pdf (22.09.2010).

Münker, Stefan und Alexander Roesler (2000): Poststrukturalismus. Stuttgart (Metzler).

Nack, Armin (1993): Kommunale Kriminalprävention. In: Kampmeyer, Eva und Jürgen Neumeyer (Hrsg.): Innere Unsicherheit. Eine kritische Bestandsaufnahme: 175-178. München (AG Spak).

Narr, Wolf-Dieter (2000): Kriminalpolitische Kategorie: Ausländer. In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 65 (1). Internet: http://www.cilip.de/ausgabe/65/ katego.htm.

Newburn, Tim (2002): Atlantic crossings. ‚Policy transfer' and crime control in the USA and Britain. In: *Punishment & Society* 4 (2): 165-194.

Newman, Oscar (1972): Defensible Space. People and Design in the Violent City. London (Architectural Press).

Newman, Oscar (1996): Creating Defensible Space. Washington (US Department of Housing and Urban Development).

Niedersächsisches Innenministerium (Hrsg., 2003): Sicheres Wohnquartier. Gute Nachbarschaft. Hannover.

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hrsg., 2004): Sicherheit planen und gestalten. Realisierung der städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Kriminalprävention durch Leitbilder und Verfahren. Dokumentation eines Werkstattgesprächs am 11. Februar 2004. Hannover.

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hrsg., 2008): Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen. Vereinbarung über mehr städtebauliche Sicherheit und Kriminalprävention beim Planen und Sanieren von Wohnquartieren. Hannover.

Nommel, Jens (2002): Die Kriminalität in Raum und Zeit. Die computergestützte Identifizierung kriminogener Faktoren. In: *Kriminalistik* 56 (8-9): 549-550.

Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. „Soziale Marktwirtschaft". Bielefeld (transcript).

Nonhoff, Martin (2007): Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung. In: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe: 7-23. Bielefeld (transcript).

Nonhoff, Martin (2008): Politik und Regierung. Wie das sozial Stabile dynamisch wird und vice versa. In: Moebius, Stephan und Andreas Reckwitz (Hrsg.): Poststrukturalistische Sozialwissenschaften: 277-294. Frankfurt (Suhrkamp).

Obergfell-Fuchs, Joachim (2001): Ansätze und Strategien Kommunaler Kriminalprävention. Begleitforschung im Pilotprojekt Kommunale Kriminalprä-

vention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg im Breisgau. Freiburg im Breisgau (edition iuscrim).

Ohno, Christine (1995): Paradigmen der Bedeutungsanalyse von Aristoteles bis Greimas: Referenz, Differenz und Typisierung. In: *Zeitschrift für Semiotik* 17 (3/4): 319-353.

Ohno, Christine (2003): Die semiotische Theorie der Pariser Schule. Ihre Grundlegung und ihre Entfaltungsmöglichkeiten. Würzburg (Königshausen & Neumann).

Ordnungspartnerschaft Graffiti in Münster (2004): Die Ordnungspartnerschaft Graffiti in Münster im Dialog. Interview mit Prof. Dr. Schwind. Internet: http://www.graffiti-muenster.de/pages/dialog/schwind.html (30.04.2010).

Parmentier, Michael (1989): Strukturanalyse und individuelles Sinnverstehen. Hermeneutische Ansätze für die Erziehungswissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Schleiermacher'schen Position. Internet: http://www2.hu-berlin.de/museumspaedagogik/forschung/parmentier/strukturanalyse.html (28.10.2008).

Pelbart, Peter Pál (2005): Agonistische Räume und kollektive Biomacht. In: Ott, Michaela und Elke Uhl (Hrsg.): Denken des Raums in Zeiten der Globalisierung: 39-50. Münster (LIT).

Peters, Helge (2000): Helfen, Strafen, Überwachen. Begriff und Praxis sozialer Kontrolle. In: *Gruppendynamik und Organisationsberatung* 31 (1): 31-41.

Pfeiffer, Christian (2004): Die Dämonisierung des Bösen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (55) vom 05.03.2004, S. 9.

Philo, Chris (1992): Foucault's Geography. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 10 (2): 137-161.

Pieper, Marianne (2003): Regierung der Armen oder Regierung von Armut als Selbstsorge. In: Pieper, Marianne und Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hrsg.): Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault: 136-160. Frankfurt am Main/New York (Campus).

Pieper, Marianne (2006): Diskursanalysen – Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitische Deutungsmusteranalyse. In: Kerchner, Brigitte und Silke Schneider (Hrsg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik: 269-286. Wiesbaden (VS).

Pohlmann-Rohr, Birgit (1996): Sichere Stadträume – auch für Frauen. Berücksichtigung von Sicherheitskriterien in der kommunalen Bauplanung. In: Kube, Edwin, Hans Schneider und Jürgen Stock (Hrsg.): Vereint gegen Kriminalität – Wege der kommunalen Kriminalprävention in Deutschland: 231-259. Lübeck (Schmidt Römhild).

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Hrsg., 2003): Städtebau und Kriminalprävention. Stuttgart.

Pongratz, Ludwig A. (2004): Freiwillige Selbstkontrolle. Schule zwischen Disziplinar- und Kontrollgesellschaft. In: Ricken, Norbert und Markus Rieger-Ladich (Hrsg.): Michel Foucault: Pädagogische Lektüren: 243-259. Wiesbaden (VS).

Posiege, Petra und Brigitta Steinschulte-Leidig (1999): Bürgernahe Polizeiarbeit in Deutschland – Darstellung von Konzepten und Methoden. Wiesbaden (BKA Forschung).

Prantl, Heribert (2007): Der große Rüssel. Internet: http://www.sueddeutsche.de/politik/vom-umbau-des-rechtsstaats-in-einen-praeventionsstaat-der-grosse-ruessel-1.884547 (21.04.2007).

Prätorius, Rainer (2000): Leitideen der institutionellen Ausdifferenzierung der Inneren Sicherheit. In: Lange, Hans-Jürgen (Hrsg.): Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland: 369-383. Opladen (Leske + Budrich).

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Hrsg., o. J.): Ganze Sicherheit für unser Viertel! Wertvolle Tipps für mehr Sicherheit im Wohngebiet. Stuttgart.

PROKLA-Redaktion (2008): Editorial: Gesellschaftstheorie nach Marx und Foucault. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 38 (2): 174-176.

Pütter, Norbert (1999a): Bürgerorientierte Polizeiarbeit. Gegenwärtige Tendenzen in Deutschland. In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 64 (3). Internet: http://www.cilip.de/ausgabe/64/cp-brd.htm#fnverweis16.

Pütter, Norbert (1999b): Community Policing. Alternative zu herkömmlicher Polizeiarbeit? In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 64 (3). Internet: http://www.cilip.de/ausgabe/64/alternat.htm.

Pütz, Robert, Verena Schreiber und Christian Schwedes (2010): Kriminalpräventive Ortungen: Schulen im Fokus der Kriminalpolitik. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* (84) 3: 273-290.

Pütz, Robert, Verena Schreiber und Christian Schwedes (2009a): Präventionsarbeit an Schulen in Deutschland. Materialien zur Umfrage. Internet: http://www.geo.uni-frankfurt.de/ifh/Personen/puetz/downloads/2009_Umfrage.pdf (02.10.2010).

Pütz, Robert, Verena Schreiber und Christian Schwedes (2009b): Wohnungswirtschaft und Sicherheitsproduktion. In: Heeg, Susanne und Robert Pütz (Hrsg.): Wohnungs- und Büroimmobilienmärkte unter Stress: Deregulierung, Privatisierung und Ökonomisierung: 67-88. Frankfurt (Selbstverlag Rhein-Mainische Forschungen).

Redepenning, Marc (2006): Wozu Raum? Systemtheorie, critical geopolitics und raumbezogene Semantiken. Leipzig (Selbstverlag Leibniz-Institut für Länderkunde).

Reichel, Wolfgang (1983): Der vorverlegte Eingriff. Zur Verrechtlichung von Prävention. In: Wambach, Manfred Max (Hrsg.): Der Mensch als Risiko. Zur Logik von Prävention und Früherkennung: 89-102. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Reuband, Karl-Heinz (1992): Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität. Ein Vergleich der Kriminalitätsfurcht in der Bundesrepublik Deutschland und den USA 1965-1990. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44: 341-351.

Reuband, Karl-Heinz (2007): Steigende Kriminalitätsbedrohung, Medienberichterstattung und Kriminalitätsfurcht der Bürger. In: Hess, Henner, Lars Ostermeier und Bettina Paul (Hrsg.): Kontrollkulturen. Texte zur Kriminalpolitik im Anschluss an David Garland: 71-86. Weinheim (Juventa).

Reuber, Paul und Carmella Pfaffenbach (2005): Methoden der empirischen Humangeographie. Braunschweig (Westermann).

Richter, Martina (2004): Zur (Neu)Ordnung des Familialen. In: *Widersprüche* 24 (92): 7-16.

Riehle, Eckart (1988): Von der repressiven zur präventiven Polizei – oder: Die Verpolizeilichung der Prävention. In: Appel, Roland (Hrsg.): Die neue Sicherheit: vom Notstand zur sozialen Kontrolle: 129-139. Köln (Kölner Volksblatt Verlag).

Riese, Utz (1993): Das Tiri-delirieren der Postmoderne? Ein Vorwort. In: Riese, Utz (Hrsg.): Falsche Dokumente. Postmoderne Texte aus den USA: 9-22. Leipzig (Reclam).

Rolfes, Manfred (2003): Sicherheit und Kriminalität in deutschen Städten. Über die Schwierigkeiten, ein soziales Phänomen räumlich zu fixieren. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 77 (4): 329-348.

Rorty, Richard M. (Hrsg., 1992 [1967]): The Linguistic Turn. Essays in Philosophical Method. With Two Retrospective Essays. Chicago/London (The University of Chicago Press).

Rose, Nikolas (2000): Tod des Sozialen. Eine Neubestimmung der Grenze des Regierens. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen: 72-109. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Rose, Nikolas und Peter Miller (1992): Political Power beyond the State: Problematics of Government. In: *The British Journal of Sociology* 43 (2): 173-205.

Rosenbaum, Dennis P., Arthur J. Lurigio und Robert C. Davis (1998): The Prevention of Crime. Social and Situational Strategies. Belmont (Wadsworth).

Rügemer, Werner (2000): Verzerrtes Bild der Kriminalität. Die Tücken der „Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)“. In: *Kommune* 18 (7): 35-39.

Ruoff, Michael (2007): Foucault-Lexikon. Paderborn (Wilhelm Fink).

Saar, Martin (2007): Macht, Staat, Subjektivität. Foucaults *Geschichte der Gouvernementalität* im Werkkontext. In: Krasmann, Susanne und Michael Volkmer (Hrsg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge: 23-45. Bielefeld (transcript).

Sack, Fritz (1993[3]): Kritische Kriminologie. In: Kaiser, Günther et al. (Hrsg.): Kleines Kriminologisches Wörterbuch: 329-338. Heidelberg (UTB).

Sack, Fritz (1995): Prävention – ein alter Gedanke in neuem Gewand. Zur Entwicklung und Kritik der Strukturen „postmoderner“ Kontrolle. In: Gössner, Rolf (Hrsg.): Mythos Sicherheit. Der hilflose Schrei nach dem starken Staat: 429-456. Baden-Baden (Nomos).

Sarasin, Philipp (2005): Michel Foucault zur Einführung. Hamburg (Junius).

Saussure, Ferdinand de (1967 [1931]): Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft. Berlin (Walter de Gruyter & Co.).

Saussure, Ferdinand de (1998 [1931]): Der Gegenstand der Sprachwissenschaft. In: Mersch, Dieter (Hrsg.): Zeichen über Zeichen. Texte zur Semiotik von Peirce bis Eco und Derrida: 193-215. München (dtv).

Scheerer, Sebastian (1978): Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf. Zur Beeinflussung der Massenmedien im Prozeß strafrechtlicher Normgenese. In: *Kriminologisches Journal* 10 (3): 223-227.

Schleifer, Ronald (1987): A. J. Greimas and the Nature of Meaning: Linguistics, Semiotics and Discourse Theory. London/Sydney (Croom Helm).

Schlögel, Karl (2007[2]): Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik. Frankfurt am Main (Fischer).

Schlömer, Natascha und J. Alexander Schmidt (Hrsg., 2008): Lebensqualität durch Sicherheit. Eine Studie über den Zusammenhang zwischen Städtebau, Architektur, Sicherheit & Kriminalität am Beispiel der Wohnsiedlung HEEME in Essen. Dortmund (Koffler + Kurz).

Schmidt-Semisch, Henning (2004): Risiko. In: Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Glossar der Gegenwart: 222-227. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Schmitt, Christof (2008): Prävention – Zauberformel oder Irrweg für die Kooperation? In: Henschel, Angelika et al. (Hrsg.): Jugendhilfe und Schule. Handbuch für eine gelingende Kooperation: 227-244. Wiesbaden (VS).

Schreiber, Manfred (1980): Gedanken über Möglichkeiten unkonventioneller Prävention. In: Schwind, Hans-Dieter, Friedhelm Berckhauer und Gernot Steinhilper (Hrsg.): Präventive Kriminalpolitik. Beiträge zur ressortübergreifenden Kriminalprävention aus Forschung, Praxis und Politik: 379-393. Heidelberg (Kriminalistik-Verlag).

Schreiber, Verena (2007): Lokale Präventionsgremien in Deutschland. Frankfurt am Main (= Forum Humangeographie 2). Internet: http://www.geo.uni-frankfurt.de/fb/fb11/ifh/Forschung/Publikationen/Forum/FH-2.pdf.

Schubert, Herbert (Hrsg., 2005): Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention. Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen. Köln (Verlag Sozial – Raum – Management).

Schulz, Christa und Manfred Max Wambach (1983): Vorbemerkungen. Oberfläche und Dunkelfeld. In: Wambach, Manfred Max (Hrsg.): Der Mensch als Risiko. Zur Logik von Prävention und Früherkennung: 7-10. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Schwab-Trapp, Michael (2001): Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band I: Theorien und Methoden: 261-283. Opladen (Leske + Budrich).

Schwedes, Christian (2009): Präventionsarbeit an Schulen in Deutschland. Eine kritische Betrachtung von Handlungsfeldern und räumlichen Implikationen. Frankfurt am Main (= Forum Humangeographie 4). Internet: www.geo.uni-frankfurt.de/fb/fb11/ifh/Forschung/Publikationen/Forum/FH-4.pdf.

Schwind, Hans-Dieter (1980): Zur kriminalpolitischen Lage in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schwind, Hans-Dieter, Friedhelm Berckhauer und Gernot Steinhilper (Hrsg.): Präventive Kriminalpolitik. Beiträge zur ressortübergreifenden Kriminalprävention aus Forschung, Praxis und Politik: 3-26. Heidelberg (Kriminalistik-Verlag).

Schwind, Hans-Dieter (2009): Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. Heidelberg (Kriminalistik-Verlag).

Schwind, Hans-Dieter, Friedhelm Berckhauer und Gernot Steinhilper (Hrsg., 1980): Präventive Kriminalpolitik. Beiträge zur ressortübergreifenden Kriminalprävention aus Forschung, Praxis und Politik. Heidelberg (Kriminalistik-Verlag).

Seubert, Walter (2009): Sicherheitsmobil wird Bürgernähe verbessern. Pressemitteilung vom 12.03.2009 der Frankfurter CDU-Fraktion. Internet: http://www.cduffm.de/presse/presse_3067.html (23.10.2009).

Simmel, Georg (1903): Die Grossstädte und das Geistesleben. In: Petermann, Thomas (Hrsg.): Die Grossstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung: 165-186. Dresden.

Simon, Taryn, Salman Rushdie und Althea Wasow (Hrsg., 2007): An American Index of the Hidden and Unfamiliar. Göttingen (Steidl).

Singelnstein, Tobias und Peer Stolle (2008^{2}): Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. Wiesbaden (VS).

Skogan, Wesley G. (1990): Probleme gemeinwesenorientierter Polizeiarbeit am Beispiel des Houston-Projektes. In: Feltes, Thomas und Erich Rebscher (Hrsg.): Polizei und Bevölkerung. Beiträge zum Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung und zur gemeindebezogenen Polizeiarbeit: 117-130. Holzkirchen (Felix).

Skogan, Wesley G. (2004): Community Policing. Can it work? Belmont (Wadsworth).

Skogan, Wesley G. (2005): Community Policing. In: Sullivan, Larry E. und Marie Simonetti Rosen (Hrsg.): Encyclopedia of Law Enforcement. Volume 1: State and Local Law Enforcement: 74-78. Thousand Oaks (Sage).

Soja, Edward W. (1989): Postmodern Geographies: The Reassertion of Space in Critical Social Theory. London (Verso).

Soja, Edward W. (1995): Heterotopologies: A Remembrance of Other Spaces in the Citadel-LA. In: Watson, Sophie und Katherine Gibson (Hrsg.): Postmodern Cities and Spaces: 13-34. Oxford/Cambridge (Blackwell).

Soomeren, Paul van und Julia Mölck (2004): Europäische Norm EVN 14383-2. In: Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Sicherheit planen und gestalten. Realisierung der städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Kriminalprävention durch Leitbilder und Verfahren: 37-42. Hannover.

Stadt Frankfurt am Main (2009a): Quartiersmanagement. Internet: http://www.frankfurt-sozialestadt.de/quartiermanagement.htm (11.10.2009).

Stadt Frankfurt am Main (2009b): Sicherheit & Sauberkeit. Internet: http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2768 (18.11.2009).

Stadt Frankfurt am Main (2009c): Stadtpolizei. Internet: www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2943&_ffmpar%5B_id_inhalt%5D=3014673 (01.10.2009).

Stadt Monheim am Rhein (2010): Mo.Ki – Monheim für Kinder. Internet: http://www.monheim.de/moki/ (23.08.2010).

Stäheli, Urs (1999): Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: Brodocz, André und Gary S. Schaal (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart: 143-166. Opladen (Leske + Budrich).

Stäheli, Urs (2000): Poststrukturalistische Soziologien. Bielefeld (transcript).

Stallybrass, Peter und Allon White (1986): The Politics and Poetics of Transgression. Ithaca (Cornell University Press).

Steffen, Wiebke (2005): Gremien Kommunaler Kriminalprävention – Bestandsaufnahme und Perspektive. In: Bannenberg, Britta, Marc Coester und Erich Marks (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages (17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart): 155-167. Mönchengladbach (Forum-Verlag Godesberg).

Strasser, Hermann und Henning van den Brink (2005): Auf dem Weg in die Präventionsgesellschaft? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46: 3-7.

Sturzenhecker, Benedikt (2000): Prävention ist keine Jugendarbeit. Thesen zu Risiken und Nebenwirkungen der Präventionsorientierung. In: *Sozialmagazin* 25 (1): 14-21.

Teubert, Wolfgang (2007): Korpuslinguistik, Hermeneutik und die soziale Konstruktion der Wirklichkeit (Teil 1). In: *Sprachreport* (3): 19-24.

Tönnies, Ferdinand (1991 [1935]): Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).

Trenczek, Thomas und Hartmut Pfeiffer (1996): Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten. In: Trenczek, Thomas und Hartmut Pfeiffer (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten: 11-31. Bonn (Forum-Verlag Godesberg).

Trojanowicz, Robert C. et al (1998): Community Policing. A Contemporary Perspective. Cincinnati (Anderson).

Ullrich, Peter (2008): Diskursanalyse, Diskursforschung, Diskurstheorie. Ein- und Überblick. In: Freikamp, Ulrike et al. (Hrsg.): Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik: 19-31. Berlin (Karl Dietz).

Verein Programm Klasse2000 e. V. (Hrsg., 2010[2]): Klasse2000. Gesundheitsförderung in der Grundschule, Gewaltvorbeugung und Suchtvorbeugung. Theoretischer Hintergrund und Evaluationsergebnisse. Nürnberg.

Veyne, Paul (2003): Michel Foucaults Denken. In: Honneth, Axel und Martin Saar (Hrsg.): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001: 27-51. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Völker, Wolfgang (1987): Immer lustig und vergnügt. Einwände gegen den präventiven Blick. In: *Widersprüche* 7 (25): 7-14.

Wacquant, Loïc (2009): Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit. Opladen/Farmington Hills (Barbara Budrich).

Walter, Michael (1995): Von einem realen zu einem imaginären Kriminalitätsverständnis? Über den Wandel kriminologischer Blickrichtung und dessen

kriminalpolitische Folgen. In: *Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe* 44 (2): 67-73.

Wambach, Manfred Max (1981): Kinder als Gefahr und Risiko. Zur Psychiatrisierung und Therapeutisierung von Kindheit. In: Hengst, Heinz et al.: Kindheit als Fiktion: 191-241. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Weber, Susanne Maria (2006): Der ‚Intrapreneur' und die ‚Mutter'. Pädagogische Gouvernementalität am Kreuzungspunkt von Ökonomie und Bevölkerung. In: Weber, Susanne Maria und Susanne Maurer (Hrsg.): Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft. Wissen – Macht – Transformation: 139-162. Wiesbaden (VS).

Weber, Susanne Maria und Susanne Maurer (Hrsg., 2006): Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft. Wissen – Macht – Transformation. Wiesbaden (VS).

Wengeler, Martin (2005a): Assimilation, Ansturm der Armen und die Grenze der Aufnahmefähigkeit: Bausteine einer linguistischen „integrativen" Diskursbeschreibung. In: Fraas, Claudia und Michael Klemm (Hrsg.): Mediendiskurse. Bestandsaufnahme und Perspektiven: 39-57. Bern (Peter Lang).

Wengeler, Martin (2005b): „Das Szenario des kollektiven Wissens einer Diskursgemeinschaft entwerfen". Historische Diskurssemantik als „kritische Linguistik". In: *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur* 1 (3): 262-282.

Wilson, James Q. und George L. Kelling (1982): Broken Windows. The police and neighborhood safety. In: *The Atlantic Monthly* 249 (3): 29-38.

Wittek, René und Jörg Fröhlich (2009): CONVA-Sicherheitstraining ... denn Wissen macht stärker. Internet: http://www.conva.de (10.11.2009).

Wittgenstein, Ludwig (2001 [1922]): Logisch-philosophische Abhandlung. Tractatus logico-philosophicus. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Wittgenstein, Ludwig (2003 [1953]): Philosophische Untersuchungen. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Wodak, Ruth (2001): What CDA is about – a summary of its history, important concepts and its developments. In: Wodak, Ruth und Michael Meyer (Hrsg.): Methods of Critical Discourse Analysis: 1-13. London/Thousand Oaks/New Delhi (Sage).

Wodak, Ruth et al (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Wodak, Ruth und Michael Meyer (Hrsg., 2001): Methods of Critical Discourse Analysis. London/Thousand Oaks/New Delhi (Sage).

Wolf, Markus (2003): Kritische Neubeschreibung. Michel Foucaults Beitrag zu einer kritischen Theorie sozialer Praxis. In: *Dialektik. Zeitschrift für Kulturphilosophie* (2): 27-50.

Wurtzbacher, Jens (2008): Urbane Sicherheit und Partizipation. Stellenwert und Funktion bürgerschaftlicher Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention. Wiesbaden (VS).

Zeiher, Helga (1990): Organisation des Lebensraums bei Großstadtkindern – Einheitlichkeit oder Verinselung? In: Bertels, Lothar und Ulfert Herlyn (Hrsg.): Lebenslauf und Raumerfahrung: 35-57. Opladen (Leske + Budrich).

Ziegler, Holger (2001): Prävention – Vom Formen der Guten zum Lenken der Freien. In: *Widersprüche* 21 (79): 7-24.

Ziegler, Holger (2004): Jugendhilfe als Prävention – Die Refiguration sozialer Hilfe und Herrschaft in fortgeschritten liberalen Gesellschaftsformationen. Internet: http://bieson.ub.uni-bielefeld.de/volltexte/2004/533/ (27.09.2009).

Ziercke, Jörg (2001): Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK). Ein kompetenter Partner für mehr Sicherheit in unseren Städten. In: *Kriminalistik* 55 (3): 204-208.

Ziercke, Jörg (2002): Kommunale Kriminalpolitik und Kriminalprävention – Kooperation und Vernetzung der Präventionsakteure aus polizeilicher Sicht. In: *forum kriminalprävention* 2 (4): 8-10.

Zinnecker, Jürgen (1990): Vom Straßenkind zum verhäuslichten Kind. Kindheitsgeschichte im Prozeß der Zivilisation. In: Behnken, Imbke (Hrsg.): Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozeß der Zivilisation: 142-162. Opladen (Leske + Budrich).

Žižek, Slavoj (1991): Looking Awry. An Introduction to Jaques Lacan through Popular Culture. Cambridge, Ma./London (MIT).

Anhang

Datenkorpus

Code*	Datum	Veranstaltung	Datenformat**
Eröffnungsreden			
E_01	14.-16.09.1995	1. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
E_02	14.-16.09.1995	1. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
E_03	25.-27.11.1998	4. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
E_04	08.11.2000	1. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_05	08.11.2000	1. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_06	08.11.2000	1. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_07	10.10.2001	2. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_08	10.10.2001	2. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_09	10.10.2001	2. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_10	10.10.2001	2. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_11	22.11.2001	Fachkongress Kommunale Kriminalprävention	Dokumentation
E_12	22.11.2001	Fachkongress Kommunale Kriminalprävention	Dokumentation
E_13	22.11.2001	Fachkongress Kommunale Kriminalprävention	Dokumentation
E_14	14.11.2002	3. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_15	14.11.2002	3. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_16	28.-29.04.2003	8. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
E_17	08.10.2003	3. Niedersächsischer Präventionstag	Dokumentation
E_18	13.11.2003	4. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_19	13.11.2003	4. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_20	13.11.2003	4. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_21	13.11.2003	4. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_22	24.03.2004	Gesellschaft macht Prävention	Dokumentation
E_23	24.03.2004	Gesellschaft macht Prävention	Dokumentation
E_24	17.-18.05.2004	9. Deutscher Präventionstag	Transkript
E_25	06.07.2004	2. Kriminalpräventives Forum	Transkript
E_26	06.07.2004	2. Kriminalpräventives Forum	Transkript
E_27	06.07.2004	2. Kriminalpräventives Forum	Transkript

Code*	Datum	Veranstaltung	Datenformat**
Eröffnungsreden			
E_28	08.-09.09.2004	Sicher Leben in Stadt und Land	Transkript
E_29	03.11.2004	5. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_30	03.11.2004	5. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_31	03.11.2004	5. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_32	20.-22.01.2005	1. Beccaria Konferenz	Transkript
E_33	20.-22.01.2005	1. Beccaria Konferenz	Transkript
E_34	20.-22.01.2005	1. Beccaria Konferenz	Transkript
E_35	20.-22.01.2005	1. Beccaria Konferenz	Transkript
E_36	10.03.2005	Sicherheit durch Gestaltung der Städte	Transkript
E_37	10.03.2005	Sicherheit durch Gestaltung der Städte	Transkript
E_38	10.03.2005	Sicherheit durch Gestaltung der Städte	Transkript
E_39	10.03.2005	Sicherheit durch Gestaltung der Städte	Transkript
E_40	06.04.2005	1. Thüringer Präventionstag	Dokumentation
E_41	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Transkript
E_42	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Transkript
E_43	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Transkript
E_44	11.-12.06.2005	3. Landespräventionstag MV	Transkript
E_45	11.-12.06.2005	3. Landespräventionstag MV	Transkript
E_46	24.11.2005	6. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_47	24.11.2005	6. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_48	08.-09.05.2006	11. Deutscher Präventionstag	Transkript
E_49	08.-09.05.2006	11. Deutscher Präventionstag	Transkript
E_50	08.-09.05.2006	11. Deutscher Präventionstag	Transkript
E_51	08.-09.05.2006	11. Deutscher Präventionstag	Transkript
E_52	08.-09.05.2006	11. Deutscher Präventionstag	Transkript
E_53	05.06.2006	8. Landespräventionstag Rheinland-Pfalz	Transkript
E_54	26.09.2006	ILS Tagung Stadtentwicklung und Kriminalprävention	Transkript
E_55	26.09.2006	ILS Tagung Stadtentwicklung und Kriminalprävention	Transkript
E_56	01.11.2006	7. Berliner Präventionstag	Dokumentation
E_57	13.-14.12.2006	Die sichere Stadt als interdisziplinäre Aufgabe	Transkript
E_58	13.-14.12.2006	Die sichere Stadt als interdisziplinäre Aufgabe	Transkript
E_59	13.-14.12.2006	Die sichere Stadt als interdisziplinäre Aufgabe	Transkript
E_60	13.-14.12.2006	Die sichere Stadt als interdisziplinäre Aufgabe	Transkript
E_61	18.-19.06.2007	12. Deutscher Präventionstag	Transkript
E_62	02.-03.06.2008	13. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
E_63	08.-09.06.2009	14. Deutscher Präventionstag	Dokumentation

Code*	Datum	Veranstaltung	Datenformat**
SRL-Jahrestagung 2007			
SRL_01	18.11.2007	Eröffnungsrede	Transkript
SRL_02	18.11.2007	Wertewandel und staatliche Intervention	Transkript
SRL_03	18.11.2007	Armut ein Sicherheitsrisiko?	Transkript
SRL_04	18.11.2007	Diskussion: Wie viel Sicherheit verträgt die urbane Bürgergesellschaft?	Transkript
SRL_05	18.11.2007	Impulsreferat I im Themenblock: Überwachung des öffentlichen Raums – trügerische Sicherheit?	Transkript
SRL_06	18.11.2007	Impulsreferat II im Themenblock: Überwachung des öffentlichen Raums – trügerische Sicherheit?	Transkript
SRL_07	18.11.2007	Impulsreferat III im Themenblock: Überwachung des öffentlichen Raums – trügerische Sicherheit?	Transkript
SRL_08	18.11.2007	Diskussion	Transkript
SRL_09	18.11.2007	Impulsreferat I im Themenblock: Kommunale Sicherheitspolitik – Handlungsspielräume	Transkript
SRL_10	18.11.2007	Impulsreferat II im Themenblock: Kommunale Sicherheitspolitik – Handlungsspielräume	Transkript
SRL_11	18.11.2007	Impulsreferat III im Themenblock: Kommunale Sicherheitspolitik – Handlungsspielräume	Transkript
SRL_12	18.11.2007	Diskussion	Transkript
SRL_13	18.11.2007	Impulsreferat I im Themenblock: Städtebauliche Prävention – Herausforderung für Planende und Akteure	Transkript
SRL_14	18.11.2007	Impulsreferat II im Themenblock: Städtebauliche Prävention – Herausforderung für Planende und Akteure	Transkript
SRL_15	18.11.2007	Diskussion	Transkript
SRL_16	18.11.2007	Disput zur europäischen Stadt	Transkript
Grußworte (schriftlich)			
G_01	22.11.2001	Fachkongress Kommunale Kriminalprävention	Dokumentation
G_02	22.11.2001	Fachkongress Kommunale Kriminalprävention	Dokumentation
G_03	14.11.2002	3. Berliner Präventionstag	Dokumentation
G_04	13.11.2003	4. Berliner Präventionstag	Dokumentation
G_05	17.-18.05.2004	9. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
G_06	03.11.2004	5. Berliner Präventionstag	Dokumentation
G_07	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
G_08	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
G_09	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
G_10	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
G_11	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
G_12	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
G_13	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
G_14	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
G_15	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
G_16	08.-09.05.2006	11. Deutscher Präventionstag	Dokumentation

Code*	Datum	Veranstaltung	Datenformat**
(Podiums-)Diskussionen			
D_01	17.-18.05.2004	9. Deutscher Präventionstag. Workshop und Diskussion zu „Migration und Prävention“	Transkript
D_02	06.07.2004	2. Kriminalpräventives Forum. Podiumsdiskussion zur gegenwärtigen Kriminalpolitik mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Praxis	Transkript
D_03	08.-09.09.2004	Sicher Leben in Stadt und Land. Podiumsdiskussion: Welchen Stellenwert hat die Kriminalprävention bei Städtebau/Stadtplanung?	Transkript
D_04	11.-12.06.2005	3. Landespräventionstag Mecklenburg-Vorpommern. Impulsreferate und anschließende Diskussion	Transkript
D_05	11.-12.06.2005	3. Landespräventionstag Mecklenburg-Vorpommern. Podiumsdiskussion	Transkript
D_06	30.06.-01.07.2005	Stadtqualität und Sicherheit. Eröffnungsdiskussion	Transkript
D_07	30.06.-01.07.2005	Stadtqualität und Sicherheit. Impulsreferat und anschließende Diskussion	Transkript
D_08	30.06.-01.07.2005	Stadtqualität und Sicherheit. Impulsreferat und anschließende Diskussion	Transkript
D_09	04.07.2005	Sicherheitswochen Heidelberg. Sicherheit im Städtebau	Transkript
D_10	26.09.2006	ILS Tagung Stadtentwicklung und Kriminalprävention. Podiumsdiskussion zur Fachtheorie	Transkript
D_11	26.09.2006	ILS Tagung Stadtentwicklung und Kriminalprävention. Podiumsdiskussion zur Fachpraxis	Transkript
D_12	13.-14.12.2006	Die Sichere Stadt als Interdisziplinäre Aufgabe. Podiumsdiskussion	Transkript
D_13	13.-14.12.2006	Die Sichere Stadt als Interdisziplinäre Aufgabe. Diskussion nach Impulsreferat	Transkript
D_14	29.10.2007	Bürgerversammlung Frankfurt am Main. Die Sicherheitsarchitektur der Stadt Frankfurt am Main	Transkript
Festvorträge			
F_01	13.-15.11.2000	6. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
F_02	28.-29.04.2003	8. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
F_03	17.-18.05.2004	9. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
F_04	06.-07.06.2005	10. Deutscher Präventionstag	Transkript
F_05	08.-09.05.2006	11. Deutscher Präventionstag	Transkript
F_06	02.-03.06.2008	13. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
F_07	08.-09.06.2009	14. Deutscher Präventionstag	Dokumentation
Einladungen (schriftlich)			
EI_01	10.10.2001	2. Berliner Präventionstag	Dokumentation
EI_02	14.11.2002	3. Berliner Präventionstag	Dokumentation
EI_03	24.11.2005	6. Berliner Präventionstag	Dokumentation
EI_04	24.11.2005	6. Berliner Präventionstag	Dokumentation
EI_05	01.11.2006	7. Berliner Präventionstag	Dokumentation

* Der Code setzt sich zusammen aus der Textart (E=Eröffnungsreden, SRL=SRL-Tagung, G=Grußworte, D=Diskussionen, F=Festvorträge, El=Einladungen) und der Reihenfolge der Texte im Datenkorpus nach ihrem Erscheinungsdatum.

** Der Datenkorpus wurde aus zwei verschiedenen Datenformaten gebildet. Mit „Dokumentation" sind textförmige Daten gemeint, die bereits vorlagen (z. B. in Form von Tagungsbänden oder Internet-Dokumentationen). Das zweite Format „Transkript" bezeichnet eigene Aufzeichnungen, die anschließend verschriftlicht wurden. Die unterschiedliche Herkunft der Texte erklärt auch ihre teilweise unterschiedliche Qualität.

In der Tabelle sind alle Texte aufgeführt, die von mir ausgewertet wurden und in die Analyse der kommunalen Kriminalprävention eingeflossen sind. Es wurde jedoch nicht aus jedem Text wörtlich zitiert.

Dank

Die diesem Buch zugrunde liegende Dissertation war über weite Strecken eine sehr einsame Angelegenheit. Und doch wurde sie nicht alleine geschrieben. So sind viele Anregungen von Kolleg_innen, Freund_innen und meiner Familie in sie eingeflossen. Mein Interesse an einer intensiven Auseinandersetzung mit Diskurstheorie(n) wurde geweckt durch das Wissenschaftsnetzwerk „Diskursforschung in der Humangeographie". Die konzeptionelle Präzisierung meiner Studie verdanke ich den produktiven Diskussionen mit den Kolleg_innen dieses Arbeitskreises, in dem glücklicherweise bis zum Schluss Uneinigkeit in der Frage bestand, was eine Diskursanalyse heute ist. Breite Unterstützung für mein Dissertationsprojekt erfuhr ich am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Besonderen Dank schulde ich meinem Betreuer Prof. Dr. Robert Pütz für die wertvollen inhaltlichen Anregungen sowie sein uneingeschränktes Vertrauen und die entgegengebrachte Geduld. Mein Dank gilt außerdem Prof. Dr. Jürgen Hasse. Die Gespräche mit ihm ermunterten mich stets, experimentell zu arbeiten. Nahezu tägliche Unterstützung in der Sache und anderswo erfuhr ich durch meine beiden lieben Kolleginnen und Freundinnen Dr. Sabine Dörry und Dr. Nadine Marquardt. Nadine Marquardt war mir in den verschiedenen Stadien der Arbeit ständige Gesprächspartnerin; von ihrer scharfsinnigen Kritik hat diese Arbeit erheblich profitiert. Unentbehrlich für die vielen vermeintlich kleinen und dabei sehr zeitaufwendigen Arbeiten waren Yusif Idies, Michael Nowak, Sylke Reisenauer, Julian Stenmanns, Martin Temmen und Julita Ackermann. Den größten Dank schulde ich meinem Mann Jens und meinen beiden Kindern Emma und Anton. Sie waren durch ihre stetige Ermutigung an der Entstehung jedes einzelnen Satzes der Arbeit beteiligt. Es ist allein der Tatsache zu verdanken, dass es Emma und Anton gibt, dass mein intrinsisches Interesse an der Kriminalprävention während der Jahre nicht nachgelassen hat.

Frankfurt am Main, im Februar 2011
Verena Schreiber

Kultur und soziale Praxis



Sylke Bartmann, Oliver Immel (Hg.)
Das Vertraute und das Fremde
Differenzerfahrung und Fremdverstehen im Interkulturalitätsdiskurs

September 2011, ca. 240 Seiten, kart., ca. 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1292-9



Gabriele Cappai, Shingo Shimada,
Jürgen Straub (Hg.)
Interpretative Sozialforschung und Kulturanalyse
Hermeneutik und die komparative Analyse kulturellen Handelns

2010, 304 Seiten, kart., 28,80 €,
ISBN 978-3-89942-793-6



Claudia Schirrmeister
Bratwurst oder Lachsmousse?
Die Symbolik des Essens – Betrachtungen zur Esskultur

2010, 230 Seiten, kart., 23,80 €,
ISBN 978-3-8376-1563-0

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de